C 21734 D

Wir stellen vor: Partido Radicale, Italien S.34



Arbeiterkampf

Jg.9 Nr. 159 6.8.79 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 2,-



Gute Erinnerungen an den heißen Herbst 1969: „Wilder" Streik bei Hoesch in Dortmund

Nach den Ferien – 'wilde Streiks' für Nachschlag ?

Während die Abschlüsse bei den letzten Lohnrunden der Kollegenschaft im Schnitt ganze 4 Prozent mehr (b r u t t o) brachten, kletterten die Verbraucherpreise selbst nach offiziellen Angaben im Juli um 4,6%. Die Tendenz ist hier weiter steigend, sodaß Arbeiter und Angestellte am Ende des Jahres ein deutliches Einkommensminus im Vergleich zum Vorjahr haben werden.

Logisch, daß diese Entwicklung in den Betrieben und Büros nicht widerspruchslos hingenommen wird, sondern die Forderungen nach einem angemessenen Lohn-Nachschlag immer lauter werden. Die Führer der DGB-Gewerkschaften haben sich nicht nur scharf gegen die Forderungen im Einzelnen gewandt, sondern jede Diskussion über Teuerungszulagen und Aktionen zu ihrer Durchsetzung als „systematische Beunruhigung der Basis" (und als „Wasser auf die Mühlen der DKP"!, DGB-Chef Vetter) bezeichnet.

Anstatt ihrer bezahlten Funktion nachzukommen (nämlich im Sinne des erklärten Mitgliederwillens tätig zu werden) haben sich die DGB-Oberen mit den Spitzenbossen des Großkapitals Ende Juli zur „Konzertierten Aktion" getroffen. Wie man hört, unterstrich die Begegnung den Willen zur ‚Loyalität und Kooperation'" (Welt der Arbeit, 26.7.).

Für die Arbeiterschaft in den Betrieben und Büros wird es nunmehr Zeit, die Dinge in die eigenen Hände zu nehmen – und sich in eigenständigen Aktionen das zu holen, was ihnen die „offizielle" Tarifpolitik ihrer Gewerkschaften nicht zu bringen vermag: T e u e r u n g s a u s g l e i c h !

Breite Aktivitäten zum Antikriegstag

Nie wieder Krieg! Für reale Abrüstung!

Der Antikriegstag, der 1. September (40. Jahrestag des 2. Weltkriegs mit dem deutschen Überfall auf Polen), wird in diesem Jahr ein wichtiger Schwerpunkt des Kampfes gegen Aufrüstung und Kriegsgefahr.

- Das 'Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit', in dem vor allem die DKP eine Rolle spielt, hat seine Aktivitäten, die in den vergangenen Jahren regelmäßig im Mai stattfanden, in diesem Jahr auf den Antikriegstag konzentriert. Im Zentrum steht eine Demonstration am 1. September in Bonn, zu der das Komitee bundesweit aufruft.
- Neu ist, daß zum diesjährigen Antikriegstag vielfältige Aktivitäten auch von den Gewerkschaften ausgehen, die in den vergangenen Jahren in der Antikriegs-Bewegung kaum eine Rolle gespielt hatten. Geplant sind vom DGB u.a.: – Eine zentrale Großveranstaltung mit DGB-Chef Vetter in Dortmund am 1. September unter dem Motto „Nie wieder Krieg! Abrüstung – Gewinn für uns!". – Eine Kundgebung in Hamburg am 1.9. in der Innenstadt. – Eine Demonstration in Köln am 31.8. – Fackelzug und Kundgebung am 31.8. in Nürnberg. – Eine zentrale Veranstaltung am 1.9. in München. – Zahlreiche Kundgebungen und Kranzniederlegungen an KZ-Gedenkstätten.
- Neben seinem unzweifelhaft positiven Aspekt scheint das starke Engagement des DGB in diesem Jahr auch mit der Strategie der SPD zusammenzuhängen, stärker in die demokratischen und pazifistischen Massenbewegungen einzugreifen, um den Einlfluß der DKP und linker Organisationen zurückzudrängen.
- Unter den weiteren örtlichen Aktivitäten ist besonders eine Podiumsdiskussion am 31.8. in Hamburg zu nennen, die unter dem Motto 'Frauen zum Bund? – Nein danke!' steht. Es diskutieren u.a. Vertreterinnen der ASF (SPD), der DFI (DKP-nah), der Bunten Liste, des DGB und der feministischen Frauenzeitung „Courage" – in dieser Breite ein Versuch, der unbedingt Schule machen sollte.

Der KB ruft zur Teilnahme an den Aktivitäten zum Antikriegstag auf. Wir grenzen uns dabei von dem „Entspannungs"-Märchen ab, das einhellig vom DGB und vom 'Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit' vertreten wird. 20 Jahre „Entspannung", „Abrüstungskonferenzen" und Verträge sind die Begleitmusik zu einer Aufrüstung, vor allem auf dem Gebiet der Atomwaffen, gewesen, die in der Geschichte beispiellos ist. Nicht Fortsetzung von scheinheiliger „Entspannung" und realer A u f r ü s t u n g ist das Gebot, sondern die Forderung nach w i r k l i c h e n Abrüstungsmaßnahmen.

Savak–Skandal

Iranischen Studenten droht Ausweisung und Organisationsverbot

Seit Mitte Juli hat es in der BRD Aktionen iranischer Studenten gegen 15 vermutlich ehemalige SAVAK-Spitzel gegeben. Die Polizei reagierte mit der Verhaftung von mindestens 27 Iranern (darunter vor allem Mitglieder der CIS, die mit der vaterländischen „KPD" eng zusammenarbeitet); einige Festgenommene wurden inzwischen wieder freigelassen. Nach mehreren Iranern wird noch gefahndet.

Was uns als Linke besonders zu interessieren hat, ist die Kampagne, die an diesen Verhören aufgezogen wird: Von der „Frankfurter Rundschau" – „FR" – bis zur „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" – „FAZ" – und bis zu Strauß wird jetzt die Ausweisung der Verhafteten gefordert. Die „FAZ" fordert das Verbot iranischer Gruppen, darunter CISNU und CIS. Den in Bremen Verhafteten wird die „Bildung einer kriminellen Vereinigung" vorgeworfen; möglicherweise wird eine Sammelklage von der Bundesanwaltschaft erhoben. Mag es in der Linken auch einige Verwirrung um die „Verhöre" geben, so sollten wir doch nicht vergessen, daß die meisten Berichte in der Presse reichlich Schauermärchen erzählen, an denen in der Regel nur die Tatsache der „Verhöre" stimmt (abgesehen davon, haben ein paar Beschimpfungen und Prügel Spitzeln noch nie geschadet).

Ebenfalls sollten wir nicht vergessen, daß es keine Verhöre zu geben brauchte, wenn die Bundesregierung verhindert hätte, daß der SAVAK überhaupt ein etwa 600 Personen umfassendes Spitzelnetz in der BRD aufbauen konnte, und sich nach dem Sturz des Schah-Regimes dafür eingesetzt hätte, daß die Aktivitäten der SAVAK in der BRD aufgehellt werden. Aber daran hat die Bundesregierung gar kein Interesse, zumal dadurch auch die Zusammenarbeit von SAVAK und Verfassungsschutz aufgedeckt worden wäre!

Ende Juni war eine Liste mit 348 Namen von SAVAK-Spitzeln aus der BRD und Österreich von einem unabhängigen „Veröffentlichungskomitee" herausgegeben und im Juli verteilt worden. Diese Liste wurde bislang in der Teheraner SAVAK-Zentrale zurückgehalten, sie ist auch bei weitem nicht vollständig. Die Liste enhält die Namen von Spitzeln in linken iranischen Organisationen in der BRD, deren Agentenführern, Beobachtungszielen und monatlichen Gehältern.

Nach der Veröffentlichung dieser Liste fanden in mehreren Städten in der BRD – Frankfurt, Bremen, Aachen, Konstanz, Freiburg, Krefeld, Hamburg, Kiel, Hannover, Berlin, Gießen, Mainz und Stuttgart – die „Verhöre" statt. Ebenfalls wurde bekannt, daß in München schon am 20. Februar ein „Verhör" stattgefunden hatte. Vor allem wurden die festgehaltenen Studenten danach befragt, ob sie zu Zeiten des Schah-Regimes für die SAVAK gearbeitet hätten. Teilweise wurden sie fotografiert und ihnen die Pässe abgenommen. In Bremen wurde ein Student aufgefordert, nach Hamburg zu fahren, um sich vom dortigen Generalkonsulat bestätigen zu lassen, daß er keine Verbindung zur SAVAK gehabt habe. Vier der fünf festgehaltenen Frankfurter Studenten gestanden die Zusammenarbeit und blieben später – wohl zum Schrecken der Staatsanwaltschaft – auch in deren Vernehmungen bei ihren Aussagen („FR", 19.7.)! Es ist also nicht so, wie die „Hamburger Morgenpost" vom 23.7. hetzte, daß *„iranische Bürger (...) seit Wochen in Todesangst* (leben)", weil *„eine Terrorbande mit dem Namen ‚Khomeiny-Revolutions-Tribunal'"* sie mit Prügeln und Morddrohungen verfolgt. Diejenigen, die jetzt in Angst leben, werden in der Regel sehr wohl wissen, warum. Müssen nicht vielmehr die iranischen Linken in der BRD Angst haben, weil die Spitzel, die jahrelang ihre Genossen dem Schah-Regime verrieten und der Verfolgung im Iran aussetzten, immer noch völlig ungeschoren sind?

Vorgehen gegen die Linke

In den Tagen nach den Verhören wurden 27 Iraner verhaftet, darunter zwei in Frankfurt, acht in Hamburg, fünf in Bremen, vier in Niedersachsen, zwei in Kiel, drei in Berlin, drei in Nordrhein-Westfalen. Bis auf die Verhafteten in Hamburg und Bremen wurden sie wieder freigelassen. Vorgeworfen wird ihnen in den meisten Fällen „Verdacht der Bedrohung, der Nötigung, der gefährlichen Körperverletzung und der versuchten Verschleppung". Die Bremer Staatsanwaltschaft erhob Anklage wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung" und sandte die Akten an die Bundesanwaltschaft.

In Hamburg wurde bei der Verhaftung der acht CIS-Mitglieder ein kleiner Aufstand geprobt: 85 Bullen der Staatsschutzabteilung, des MEK (Mobilen Einsatzkommandos) und der Bereitschaftspolizei verhafteten die Iraner gleichzeitig um sieben Uhr morgens an fünf verschiedenen Orten. In Frankfurt und Offenbach wurden über die Festnahmen hinaus die Wohnungen von sechs Genossen durchsucht, in Bremen wurden elf Wohnungen durchsucht, wobei ein völlig unbeteiligter Iraner von einem Bullen geschlagen wurde.

Fortsetzung Seite 3



Schwamm drüber ?

Blick in die Welt

Zu den ETA-Bomben in Madrid

Bei Bombenanschlägen in Madrid kamen am vergangenen Sonntag (29.7.) fünf Menschen ums Leben, über 100 wurden verletzt. Die Bomben, die von starker Sprengkraft waren, explodierten in den Gepäckabteilungen des Flughafens und zweier Bahnstationen. Für die Bombenanschläge erklärte sich der politisch-militärische ETA-Flügel (ETA/pm) verantwortlich. Es ist das erste Mal — abgesehen von der kürzlichen Bombenserie an der spanischen Mittelmeerküste, für die auch ETA/pm verantwortlich war, bei der aber kein Mensch ernsthaft zu Schaden kam — daß von dieser Organisation Anschläge an derartigen Orten durchgeführt werden.

ETA/pm beschuldigt die Polizei, für die getöteten Menschen verantwortlich zu sein, da rechtzeitig, d. h. eine Stunde vorher, eine telefonische Warnung über die baskische Nachrichtenagentur durchgegeben worden war. (Dies wird auch von der Nachrichtenagentur bestätigt.) In einer Erklärung sagt ETA/pm, das Zögern der Innenbehörde und der Polizei, das Nicht-Räumen der angegebenen Stellen und damit der Tod der betroffenen Menschen sei bewußt inkauf genommen worden, um dem Ansehen von ETA/pm zu schaden. Die verantwortlichen Stellen in Madrid behaupten, sie hätten die Warnung erst 20 Minuten vor dem Hochgehen der Bomben erhalten, im übrigen gingen in Madrid täglich bis zu 20 Fehlalarme ein ...

ETA/pm begründete ihre Bomben mit ihrer Forderung nach Freilassung von über hundert baskischen politischen Gefangenen (überwiegend ETA-Mitglieder), die seit etwa einem Jahr im Gefängnis von Soria inhaftiert sind und dort übelsten Schikanen (Verweigerung von Besuchen, Einzelhaft bis hin zu zahlreichen Folterungen) ausgesetzt sind („El Pais", 31.7.79).

Daß die Bomben von Madrid auch in den Reihen des politischen Bündnisses um ETA/pm (der Wahlkoalition „Euzkadiko Ezkerra") für reichliche Verwirrung gesorgt haben, zeigt ein Interview mit dem parlamentarischen Vertreter von „Euzkadiko Ezkerra", J. M. Bandres (übrigens macht die politische Partei EIA wie auch das genannte Wahlbündnis keinen Hehl aus der engen Verbindung zu ETA/pm).

Man muß wissen, daß die politischen Kräfte um ETA/pm das gerade im Parlament verabschiedete baskische Autonomiestatut ausdrücklich als akzeptablen Kompromiß begrüßt haben. ETA/pm hatte zuvor eine Kampagne durchgeführt unter der Parole: „Mit dem Statut müssen die Gefangenen freigelassen werden". Die Äußerungen von Bandres zeigen, daß er nach den Bomben von Madrid die Welt nicht mehr versteht: „*Ich müßte in der Organisation sein, die sich für die Aktion verantwortlich erklärt hat, um die letzten Gründe für ihre Entscheidung zu kennen, und das bin ich nicht* (...), *aber ich habe den Eindruck, daß sie den Kampf für das Statut vom Kampf für die Gefangenen getrennt hat. Ich weiß nicht, ob es um einen Strategiewechsel oder um einen schweren politischen Fehler geht, aber was mir offensichtlich erscheint, ist, daß diese Attentate nicht nur nicht den Kampf für das Statut unterstützen, sondern daß sie sogar dem Kampf bezüglich der Gefangenen von Soria Schaden zufügen*" („El Pais", 31.7.79).

Das baskische Autonomiestatut

Am 18. Juli wurde das baskische Autonomiestatut im spanischen Parlament verabschiedet. Die Kompromißformulierungen waren in langen Verhandlungen zwischen der Regierungspartei UCD und dem nationalkonservativen baskischen PNV auf der Grundlage eines Statutenentwurfs des baskischen Generalrats ausgearbeitet worden. Der Kompromiß wurde von allen Parteien im Baskenland mit Ausnahme von „Herri Batasuna" (dem politischen Bündnis um den anderen ETA-Flügel gleich ETA/militar) mit unterschiedlichen Beurteilungen im einzelnen als „akzeptabel" gekennzeichnet. ETA militar lehnt das Autonomiestatut ab und hatte in einem Pressekommunique ausdrücklich die Weiterführung des offensiven bewaffneten Kampfes gegen alle spanischen Einrichtungen in Euskadi angekündigt („El Pais", 25.7.79). Vier spanische Polizisten waren nach dieser Ankündigung am selben Wochenende (29.7.) von ETA/m-Kommandos erschossen worden. Kritisiert wird vom ETA/m-Flügel, daß das Recht auf Selbstbestimmung im Statut nicht erwähnt sei, daß die Provinz Navarra nicht eindeutig als ein Teil von Euskadi begriffen werde, daß es bedeutende Einschneidungen auf dem Gebiet der öffentlichen Ordnung (Forderung nach Abzug der spanischen Polizei), auf dem Gebiet der Bildung und des Schulwesens sowie eine nicht ausreichende Verteidigung der baskischen Sprache im Statut gebe („El Pais", 19.7.). Das Statut verstärke lediglich den „*Weg der Konsolidierung der Reform a la Suarez*". Im übrigen sei das Statut auf dem Weg von Geheimverhandlungen zwischen der Regierungspartei und der Partei der nationalen baskischen Bourgeoisie zustande gekommen. „Herri Batasuna/ETA militar will für ein weitergehendes Statut kämpfen, das speziell eine eigene baskische Polizei beinhaltet, die ausschließlich von der baskischen autonomen Regierung abhängt.

Spanien-Kommission

China wiederholt Kriegsdrohungen gegen Vietnam

Erneut hat China mit einer Wiederaufnahme seines Angriffs auf Vietnam gedroht. Diesmal war es der Stellvertretende Ministerpräsident Geng Biao, der (in einem Gespräch mit österreichischen Journalisten) drohte: „**Wenn Hanoi mit seinen Grenzverletzungen fortfährt, werden wir ihm noch eine Lektion erteilen müssen**". China sei in den Verhandlungen mit Vietnam bisher „*sehr geduldig*" gewesen, aber wenn Vietnam seine „*aggressive Politik*" fortsetze, werde ein neuer Krieg „*unvermeidlich*" (nach „il manifesto", 27.7.).

Wie die französische Nachrichtenagentur AFP berichtet, bereitet sich Vietnam intensiv auf die Abwehr einer neuen chinesischen Aggression vor. „*Dutzende von Armeelastwagen transportieren täglich junge Rekruten in die Grenzgebiete. Truppenteile und schwere Artillerie werden aus dem Süden nach dem Norden verlegt, offenbar vor allem, um die Hauptstadt Hanoi zu schützen*".

Es werde für möglich gehalten, daß die Chinesen bei ihrer nächsten Aggression versuchen könnten, über Nordlaos auf Hanoi vorzustoßen (nach „Die Neue", 1.8.). China hat bereits angedroht, daß es seine nächste Aggression örtlich und zeitlich nicht begrenzen wolle (vergl. AK 158).

Türkei
Faschistischer Terror im Knast

Von Genossen der türkischen Organisation Devrimci Yol wurde uns ein Bericht mit der Bitte um Veröffentlichung übergeben. Dieser Bericht schildert die Zustände des Knastes in Mamak, in der Nähe Ankaras.

Das Gefängnis in Mamak ist überfüllt, aber nicht nur Genossen sind in diesem Gefängnis, sondern auch verhaftete Faschisten. In den gemeinsamen Zellen kommt es immer häufiger zu Überfällen der Faschisten, die oft mit den Gefängnisaufsehern gemeinsam verübt werden. Eine linksliberale Tageszeitung forderte in einem Artikel die Trennung der Faschisten von den Linken. Die Militärleitung lehnte die Forderung mit der Begründung ab, „daß das nur dazu führen würde, daß die Gefangenen in zwei Lager gespalten werden." Die Situation in diesem Gefängnis erinnert an die 12. März-Periode, in der das Militär herrschte und in den Gefängnissen gefoltert und getötet wurde.

Wie wir wisssen wurde nach dem faschistischen Massaker in Maras das Kriegsrecht verhängt, um „weitere Gewalttätigkeiten zu verhindern". Wie dieses Kriegsrecht seit seiner Verhängung durchgeführt wird, wie die Grundrechte und Freiheiten mit Füßen getreten werden, wie die fortschrittlichen Massen unterdrückt und gefoltert werden, ist eine inzwischen bekannte Tatsache. Während der faschistische Terror täglich zunimmt und die Verantwortlichen frei herumlaufen, werden die fortschrittlichen, revolutionären Arbeiter, all diejenigen, die sich wehren, ins Gefängnis gesteckt. Diese Menschen aber erleben nicht nur draußen, sondern auch in den Gefängnisssen große Ungerechtigkeiten. Man versucht mit unmenschlichen Methoden (ähnlich wie 1971/72) sie einzuschüchtern. In Ankara, im Militärgefängnis Mamak, herrscht totaler Terror. Die Regierung und die Kriegsrechtsführung versucht die Öffentlichkeit über die tatsächlichen Zustände nicht zu informieren.

Die Ereignisse in Mamak:

- *Der Gemeindevorsteher der CHP Tuzlucayir, der wegen „Lesen einer verbotenen Zeitschrift" verhaftet wurde, ist im Gefängnis krepiert, weil er trotz Krankheit nicht in ein Krankenhaus eingeliefert wurde.*
- *Die gefangenen Genossen dürfen weder rauchen, noch lesen oder Radio hören, noch etwas in der Kantine kaufen. Vier Menschen müssen in einem Bett schlafen. Im Essen findet man häufig Ungeziefer, sogar Mäuse. Es gibt nicht einmal Trinkwasser. Die Zellen werden nicht gelüftet. Bisher starben unter diesen Umständen drei Genossen.*
- *Besucher müssen für eine fünfminütige Besuchszeit zehn Stunden warten.*
- *Gefängnisaufseher üben Selbstjustiz gegen die Genossen.*
- *Auf der anderen Seite haben die faschistischen Mörder jede Bewegungsfreiheit. Ihnen werden durch Offiziere tägliche Besuche ermöglicht.*
- *Der Kriegsrechtskommandant hat von sich aus die fünfzehntägige Inahftierungszeit auf dreißig Tage erhöht.*
- *Der TÖB-DER Generalsekretär (die Lehrergewerkschaft) wurde als verantwortlicher Redakteur einer Zeitung, die niemals erschienen ist, verhaftet. Obwohl das Kriegsrechtsgericht ihn freisprach, hat der Kriegsrechtskommandant ihn eigenmächtig für weitere 15 Tage in der Haft belassen.*
- *Viele Revolutionäre, die seit Monaten aus Lächerlichkeiten und frei erfundenen Gründen in Haft sind, werden nicht vor Gericht gestellt.*
- *Das Vorstandsmitglied der Jugendorganisation DEV-Genc ist seit Monaten in Zellenhaft. Es gibt keinen Anklagepunkt, auch nicht im Zusammenhang mit dem Kriegsrecht. Auch er wird nicht vor Gericht gebracht.*
- *Die Studentenvertretung einer Universität in Ankara, an der über 10.000 Studenten studieren, wurde als „geheime Organisation" tituliert. Alle Mitglieder der gewählten Studentenvertretung sind verhaftet. Sie befinden sich seit drei Monaten in Zellenhaft, werden aber nicht vor Gericht gestellt.*
- *Die Genossen werden nachts mit verbundenen Augen abgeführt und gefoltert. Aus diesen Gründen befinden sich die Genossen seit dem 27. Juni im Gefängnis Mamak im Hungerstreik.*

Solidarität mit den Genossen im Gefängnis Mamak und überall in der Türkei!

Türkei-Kommission

Interview mit ETA (politiko-militar)
Interview mit „Liberation". Nachdruck aus der „TAZ" vom 3.8.

LIBE: Der unglücklicherweise blutige Anschlag von Madrid hat umso mehr überrascht, als ETA (p-m) bis jetzt eigentlich niemals in diesen Typ blinder Gewalt verfallen war.

ETA (p-m): Wir hatten gedacht, alles unternommen zu haben, damit die Sachen nicht in dieser Weise ablaufen können. Wir waren mehr als überrascht ...

LIBE: Das ändert nichts an den 5 Toten.

ETA (p-m): Ja Tote, klar ... (Pause) ... obwohl wir eigentlich genauso vorgegangen waren, wie anläßlich der ersten Phase, der Anti-Tourismus-Aktionen: Die 11 Bomben an der Mittelmeerküste. Wir haben dieselben Medienkanäle benutzt: Um Punkt 12 Uhr hat ein Telefonanruf bei der Agentur „Euskadi Press" in Zarauz den Alarm ausgelöst. Der Agenturdienst hat dann gleichzeitig eine andere, nationale Agentur (EFE) verständigt, wie auch den Zivilgouverneur von San Sebastian. In diesem Augenblick blieb den Behörden genau eine Stunde und 10 Minuten, um die drei angegebenen Orte evakuieren zu lassen. Wir haben im Nachhinein diese Details auf die Minute genau überprüft.



Auf der geheimen Pressekonferenz zwei Mitglieder des politisch-militärischen Flügels der baskischen ETA

LIBE: Warum wurde Madrid gewählt und diese drei Orte, die ganz speziell einen starken Publikumsverkehr aufweisen?

ETA (p-m): Wir haben diese Wahl deshalb getroffen, weil die Bahnhöfe Chamartin und Atocha genauso wie der Flughafen von Barajas über ein Lautsprechersystem und außerdem über ein ständiges großes Polizeiaufgebot verfügen, was eine sehr schnelle Evakuierung erleichtert hätte. In einem Interview mit „Radio Nacional" hat einer der Bahnhofsvorsteher erklärt, daß er kurz vor der Explosion im Gebäude plötzlich heftige Unruhe bei den Polizeikräften bemerkt hätte. Die Polizei wußte also Bescheid, hat aber nichts gemacht ...

LIBE: Das war immerhin eine der Möglichkeiten. Habt Ihr die überhaupt nicht in Betracht gezogen?

ETA (p-m): Wir haben daran nicht geglaubt, das ist wahr. Wir werden von nun an weitaus stärkere Sicherungsmaßnahmen einbauen, damit so etwas nicht wiederholt. Aber ich wiederhole es noch einmal: eine ganze Anzahl von technischen Mitteln, die dieses Drama hätten verhindern können, sind bewußt nicht eingesetzt worden (erregt).

LIBE: Wer ist nach Eurer Meinung also verantwortlich?

ETA (p-m): Der Zivilgouverneur von Madrid, Roson. Und für die ETA ist er bereits zum Tode verurteilt: Er hat 5 Menschenleben obskuren, persönlichen Zielen geopfert.

LIBE: Ist das Eure Analyse?

ETA (p-m): Die Grundfrage bleibt das Statut von Gernika. Wir haben einfach einen politischen Hauptaspekt nicht beachtet: Die tiefe Spaltung in der Regierungspartei über diese Frage. Einige, um Suarez herum, sehen den Autonomiestatus als unabdingbar an, um ihre Macht in Spanien aufrecht zu erhalten. Der andere Block dagegen weist das zurück. Diese Position ist in der Minderheit. Marfin Villa, Cisneros und Roson zählen zum Lager der Unbeweglichen. Der zuletzt genannte Polizeichef von Madrid wollte die Gelegenheit nützen, die sich ihm bot, um zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: zugleich die Autorität von Suarez zu untergraben, indem sie zeigten, daß das Statut den Terrorismus nicht verhindert und der öffentlichen Meinung zu beweisen, daß die ETA und ihre Aktionen einer blinden Gewalttätigkeit entgegentreiben. Das Schweigen von Roson in diesen tragischen Stunden am Sonntag erklärt sich durch sein schändliches, doppeltes Kalkül. Unser Irrtum war es, an die Einheit der Regierungspartei gegenüber dem baskischen Problem und dem Autonomiestatus zu glauben.

LIBE: Hat dieser Irrtum Auswirkungen in der Organisation?

ETA (p-m): Nein, er hat unsere Homogenität und unsere Entschiedenheit nicht beeinträchtigt.

Nichts mehr als ein Schauprozeß?

Am 4. Juni 1979 wurde in der südtürkischen Stadt Adana die größte Massengerichtsverhandlung in der Geschichte der Türkei vor dem Kriegsgerichtshof eröffnet. 803 Angeklagte stehen aufgrund des faschistischen Terrorangriffs im Dezember letzten Jahres in der Stadt Maras vor Gericht. Damals waren hunderte von Menschen ermordet und mehr als 900 Gebäude durch Plünderung und Brandstiftung zerstört.

Der Angriff der Faschisten gehörte in die Strategie der Spannung, mit der die Faschisten ein für sie günstiges Klima des Umsturzes herbeiführen wollten. Die sozialdemokratische Regierung Ecevit verhängte danach mit den Stimmen der Faschisten das Kriegsrecht über 13 Provinzen. Die faschistische „Nationale Bewegungspartei" (MHP) und ihre Terrororganisation „Graue Wölfe" blieben weiterhin unbehelligt. Der Militärstaatsanwalt verlangte für 3o4 der 8o3 Angeklagten die Todesstrafe. Die Anstifter zu diesem Massaker, die Führer der neofaschistischen MHP, befinden sich jedoch nicht unter den Angeklagten.

Einige der „Grauen Wölfe" unter den Angeklagten wurden bereits vorzeitig wegen Mangels an Beweisen auf freien Fuß gesetzt.

Bei diesem Prozeß wird man die Skepsis, daß es sich hier um einen Schauprozeß gegen die Faschisten zur Auffrischung des demokratischen Alibis der sozialdemokratischen Regierung handelt, nicht los. Die effektivste Maßnahme, das Verbot der faschistischen MHP, und die Verhaftung der faschistischen Kader, ist nicht erwogen worden. Es bleibt abzuwarten, ob der Prozeß dazu genutzt wird, die faschistischen Machenschaften aufzudecken. (Informationen aus „Bülten Bulletin Info Türk" v. Juni 1979)

Türkei Kommission

SAVAK in der BRD

– der Großzügigkeit von gestern folgt die Untätigkeit von heute

In der Hetzkampange gegen die CISNU und gegen die Verhöre von ehemaligen SAVAK-Spitzeln gingen die Forderungen, sich um die SAVAK in der BRD und die Zusammenarbeit von SAVAK und Verfassungsschutz zu kümmern, ziemlich unter.

So forderte der ehemalige Hamburger Justizsenator Ulrich Klug/ FDP die deutschen Strafverfolgungsbehörden auf, gegen in der Bundesrepublik lebende ehemalige SAVAK-Mitarbeiter Ermittlungsverfahren einzuleiten. Es kämen unter anderem die Tatbestände der Verschleppung oder der Beihilfe zum Mord in Betracht. Ein solches Vorgehen - u. a. unter Heranziehung von Amnesty-International-Materialien - sei höchste Zeit, um dem „hoffentlich täuschenden Eindruck", auf einem Auge blind zu sein, vorzubeugen (FR, 28.7.). Nun ist es ja gerade dieses blinde Auge, was die iranischen Genossen und die islamische Studentenvereinigung bewogen hat, selbst einen Schritt zur Aufdeckung der SAVAK-Aktivitäten zu machen.

Die Jusos forderten Bundesinnenminister Gerhard Baum auf, zu Berichten über eine Zusammenarbeit Verfassungsschutz-SAVAK Stellung zu nehmen. Dieses tat auch die Redaktion der Fernsehsendung „Monitor". Trotz intensiver Bemühungen erhielt sie nur Absagen - von Innenminister Baum, dem parlamentarischen Staatssekretär von Schöler, dem Staatssekretär Fröhlich, die alle „in Urlaub" waren, dem Staatssekretär Hartkopf und dem NRW-Innenminister Burkhard Hirsch, die nicht zuständig seien, dem Regierungssprecher Bölling, der „wenig Neigung zu einer Stellungnahme" verspürte, wie auch vom derzeitigen Präsidenten des Verfassungschutz, Meyer.

In der Monitor-Sendung vom 31. 7.79 wurde die Arbeit der SAVAK in

In der Monitor-Sendung vom 31. 7.79 wurde die Arbeit der SAVAK in

der BRD auf's Korn genommen, indem ein Agentenführer, der jahrelang im iranischen Konsulat in München tätig war, interviewt wurde: *„Den hauptamtlichen Agenten* (die ohne Ausnahme Angehörige des Diplomatischen Dienstes waren, Anm. AK)*war es verboten, selbst Nachrichten zu gewinnen. Diese Nachrichtengewinnung wurde durch die Quellen gemacht ...Quellen waren die Studenten, die man für diese Tätigkeit der Nachrichtengewinnung angeworben hat. . . Es wurde durch 2 Wege gemacht: einmal wurde den aktiven Studenten, die nach Teheran kamen, die Ausreise verweigert. Man sprach mit ihnen, und wenn man Motive fand zur Mitarbeit, hat man ihnen das vorgeschlagen. . . Dann hat man sich durch die enge Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern vom Konsulat und von der Botschaft Studenten ausgesucht, die wegen Geldmangel oder anderer Motive die Zusammenarbeit mit SAVAK annahmen."* Ihr Auftrag war die Nachrichtengewinnung *„von den Aktivitäten der iranischen Studenten. Es gab Versammlungen,. . . Sie gingen dort 'rein. . . sie haben uns das Protokoll geschrieben, was dort geschehen ist, wer dort gesprochen hat und welche Leute teilgenommen haben."* Weitere Beobachtungsziele waren u.a. die Deutsche Welle, Iranische Redaktion, das Studio Bonn des Iranischen Fernsehens und Praktikanten in Münchner Atomenergieunternehmen. *„Die Zusammenarbeit mit der deutschen Stelle, besser gesagt, mit dem Verfassungsschutz, verlief meiner Meinung nach gut. Sie wußten, daß SAVAK in Bonn tätig ist, daß SAVAK in verschiedenen Städten wie München, Frankfurt, Köln, Berlin und Hamburg tätig ist. Es gab Verbindungsmänner vom Verfassungsschutz, die mit den hauptamtlichen Agenten immer Kontakt hatten. Man hat diese Behörde ab und zu mal, wenn es nötig war um die Adressen der Studenten gebeten, wo sie wohnen, oder um die Personalien, wenn wir diese Personalien nicht von Teheran kriegen konnten, und solche Sachen natürlich."* „Haben Sie dem deutschen Verfassungsschutz oder den Landesämtern für Verfassungsschutz auch Materialien geliefert?"

den Landesämtern für Verfassungsschutz auch Materialien geliefert?"

„Ja, ab und zu mal, z.B. bei den Hauptversammlungen von CISNU haben wir immer ein Protokoll gemacht und an den Verfassungsschutz geschickt." „Haben Sie noch weitere Unterstützung geleistet, z. B. Hinweise gegeben?" *„Ja, Hinweise gegeben haben wir nicht, vielleicht umgekehrt, wir haben manchmal den Namen bekommen oder die Autonummer von Teilnehmern von Versammlungen der CISNU oder vielleicht auch bei der Teilnahme an verschiedenen Besetzungen der iranischen Botschaft und Konsulate."* Der stellvertretende iranische Ministerpräsident und Regierungssprecher Tabatabai durchsuchte Ende April dieses Jahres im Auftrag der neuen Regierung die Geheimdienstzentrale in Bonn. Er fand ein ganzes Arsenal von technisch perfekten Spionagewerkzeugen. Z. B. Aktentaschen, durch deren Verschluß SAVAK-Spitzel unbemerkt die Demonstrationen und Versammlungen oppositioneller Perser fotografieren konnten. Oder Spezialgeräte zur Herstellung von Schlüsselabdrücken. Nach den Kopien wurden in Teheran Nachschlüssel angefertigt, um heimlich die Wohnungen von Schah-Gegnern in der Bundesrepublik zu durchsuchen. Oder Fotoapparate mit Spezialobjektiven, die noch aus einer Entfernung von über 1000 m scharfe Bilder lieferten. Über einen Sender hielt SAVAK Kontakt zur Zentrale in Teheran. Seit langem bestand der Verdacht, daß dieses umfangreiche Agentennetz nur mit Kenntnis deutscher Gehörden so ungehemmt arbeiten konnte. Dazu wurde Tabatabai befragt:

„Bei dem letzten Aufenthalt in der Bundesrepublik haben Sie eine Bemerkung gemacht, daß Sie nämlich Unterlagen hätten, die beweisen, daß der deutsche Verfassungsschutz mit dem SAVAK zusammengearbeitet hat. Stehen Sie noch dazu?"

„Natürlich stehe ich noch dazu. Ich kann sagen, es war unmöglich, daß der SAVAK in der Bundesrepublik arbeiten könnte ohne Kenntnis des Verfassungsschutzes. Das ist das Minimum. Wir haben bei der Untersuchung der SAVAK-Abteilung in der iranischen Botschaft in Bonn Dinge erfahren und Geräte gesehen, Sendestationen entdeckt und Empfangsstationen gesehen, die ohne Kenntnis der Bundesregierung, ohne Kenntnis der Bundespost und ohne Kenntnis des Verfassungsschutzes nicht aufgebaut werden könnten."

Nahost-Kommission

Savak–Skandal

Fortsetzung von Seite 1

Insgesamt werden 55 Iraner verdächtigt; 33 davon sind namentlich bekannt (nicht zuletzt dank den Informationen der Verhörten), die Fahndung wird also weiterlaufen.

Von den acht in Hamburg verhafteten CIS-Mitgliedern führten fünf einen Hungerstreik durch (die anderen drei beteiligten sich aus Gesundheitsgründen nicht daran), um auf ihre Haftbedingungen aufmerksam zu machen. Ihre Anwälte protestierten in einer Erklärung dagegen, daß ihnen die Akteneinsicht verweigert und kein Zeitpunkt für die Haftentlassung genannt wurde. Es würden Informationen an die Presse weitergegeben, die die Verhafteten diffamieren und nur nach den Auskünften eines vermutlichen SAVAK-Spitzels zusammengestellt worden seien. Damit werde einer Vorverurteilung der Boden bereitet. Aufgrund der Verweigerung der Akteneinsicht können die Anwälte und Angeklagten selbst zu den Beschuldigungen nicht Stellung nehmen. Weiter kritisierten die Anwälte, daß die Verhafteten in strenger Einzelhaft sitzen und keine Besuche empfangen dürfen (NDR II, Umschau am Abend, 31.7.79).

In Frankfurt veröffentlichten der AStA, die CISNU, die GLH (Grüne Liste Hessen) und der KB eine gemeinsame Erklärung, der sich fünf weitere ASten und die VDS anschlossen. In der gemeinsamen Erklärung heißt es: *„Die Zielrichtung der Polizeiaktionen und der Pressekampagne liegt offensichtlich darin, die jahrzehntelange enge Zusammenarbeit deutscher Behörden [Verfassungsschutz, BKA] mit dem Folterdienst SAVAK zu vertuschen und Vergeltung für die ,staatsfeindliche' Aufklärungsarbeit der CISNU zu üben ...*

Wir fordern die sofortige Freilassung der inhaftierten Iraner und die Veröffentlichung der Unterlagen über die Tätigkeit von SAVAK und Verfassungsschutz gegen die iranische Exilopposition! ..."



Anti-Schah-Prozesse: Allein oder alle?

Seit Juni 1979 finden vor dem Amtsgericht Hamburg die sog. „Anti-Schah-Prozesse" statt, in denen sich herausgegriffene oder vermutete Teilnehmer der Anti-Schah-Demonstrationen vom Dezember 1978 wegen „Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte" und ähnlichen Vorwürfen zu vertreidigen haben.

Zur Erinnerung: die damaligen Demonstrationen in Hamburg folgten zeitlich auf die Demonstration vom 25.11.1978 in Frankfurt, bei der die Polizei größere Auseinandersetzungen mit den Demonstranten hatte, und die den Vorwand für eine massive Pressehetze gegen alle Anti-Schah-Demonstrationen gab.

Im Verlaufe dieser Demonstrationen waren hunderte von Demonstranten und Passanten in die Fänge der polizeilichen Greiftrupps ge-

ge der polizeilichen Greiftrupps ge-

raten und teilweise bis in die späten Abendstunden widerrechtlich festgehalten worden.

Die Pressefotografen, die von eingesetzten Beamten massiv in ihrer Arbeit behindert worden sind - einer der Journalisten wurde von übereifrigen Beamten von einem Baum geholt -, sahen sich gezwungen, in einem offenen Brief an den Innensenator gegen die Übergriffe der Beamten zu protestieren.

Die Polizeiführung hat sich jetzt offenbar zum Ziel gesetzt, den damaligen rechtswidrigen Einsatz unter allen Umständen von der Justiz legitimieren zu lassen; hierauf deutet jedenfalls das hin, was bis heute über die polizeiliche Vorbereitung der Demonstrantenprozesse vor dem Gericht bekannt geworden ist: die Polizeizeugen werden von Führungsbeamten auf ihre Zeugenaussage vorbereitet, so daß dabei zum Teil direkte Zensur ihrer Wahrnehmungen herauskommt.

Der Polizeieinsatz wird also bis in den Gerichtssaal hinein fortgesetzt, und zwar auf die „saubere" Art, ohne Knüppel und chemical mace, sondern mit Zeugenbetreuung und Falschaussage.

Einigermaßen geklappt hat bisher die juristische Verteidigung der Angeklagten. Von den bisher begonnenen Verfahren endeten drei mit Freisprüchen, einige sind ausgesetzt, einige endeten mit Verurteilungen.

Erfreulicherweise ist es gelungen, die polizeiliche Manipulation der Ermittlungsergebnisse zu beweisen und damit der Polizei zumindest insoweit auch eine Niederlage beizubringen. Wir sind zuversichtlich, daß die noch ausstehenden Verfahren das Desaster der sogenannten „Ermittlungen" vollständig klar werden lassen, und daß die meisten der noch Angeklagten freigesprochen werden müssen.

Völlig im Argen liegt aber die politische Auswertung der Prozesse und die Solidarität der Linken mit den Angeklagten.

Damals waren zig-tausende in die Innenstädte gegangen, um ihren Protest gegen das Schah-Regime zu dokumentieren, heute kommen noch nicht einmal 10 oder 20 Zuschauer zu den Terminen, in denen sich einige von diesen zig-tausenden zu verantworten haben.

Offenbar herrscht bei den meisten der damaligen Demonstranten die Meinung vor, daß der Schah jetzt gestürzt und damit das Ziel des Kampfes vom Dezember 1978 erreicht ist. Was dabei auf der Strecke bleibt, ist die Aufgabe, den Widerstand auch im eigenen Land zu organisieren, und zwar gegen die Leute, die damals den Schah unterstützten und unsere Demonstrationen kriminalisiert haben.

Die Demonstrations-Prozesse haben bisher weitgehend unbemerkt von der Presse und den Medien stattgefunden (ausgenommen einem NDR-Kommentar).

Gemessen an dem, was sich über die Verfahren sagen ließe, und was die Linke aufdecken muß, ist dies eine mittlere politische Katastrophe: letztlich geht es in diesen Prozessen darum, ob man sich nach einer Demonstration überhaupt noch gegen eine Anklage wegen „Widerstand" oder „Körperverletzung" verteidigen kann, wenn damit gerechnet werden muß, daß Polzeibeamte Berichte anfertigen -lassen?-, die bis ins kleinste Detail aufeinander abgestimmt sind. So gesehen ist das Thema der gegenwärtig laufenden Verfahren nicht Dezember 1978, sondern die Demonstrationsfreiheit und das Recht auf einen Prozeß, dessen Ergebnis nicht von der Polizeiführung im vornherein festgelegt wird.

In diesem Sinne sollten sich alle, die damals mitdemonstriert haben, heute dafür einsetzen, daß eine breite Solidaritätskampagne mit den Angeklagten entwickelt wird, die der Polizeiführung ein für allemal klarmacht, daß wir ihr Grenzen setzen können.

IKAH

Einstellung der Prozesse gegen Schah-Gegner!

Anti-Schah-Demonstrationsprozesse: wir haben von Justizsenator Frank Dahrendorf gefordert, Weisung für die Einstellung aller dieser Strafverfahren zu geben.

In einem Strafprozeß vor dem Amtsgericht Hamburg sagte am Freitag, dem 22.6.1979 ein Polizeibeamter namens Tellkamp als Zeuge aus, er habe den dienstlichen Auftrag erhalten, die Polizeibeamten zu versammeln und zu beraten, die als Zeugen gegen anläßlich der Anti-Schah-Demonstrationen im Dezember 1978 festgenommene Personen in Betracht kämen. Tellkamp und zwei Polizeibeamte berichteten zögernd, wie diese „Beratung" ausgesehen hat. So sei in dem ca. 1/2-stündigen Gespräch auch von der Taktik und den Verhaltensweisen der Verteidiger die Rede gewesen, auf die der Polizeizeuge sich einstellen sollte. So sei es die Taktik der Verteidiger in Demonstrationsprozessen, eine Fülle von unwichtigen Detailfragen zu stellen, um dadurch eine Verunsicherung des Zeugen zu erreichen und so seine Glaubwürdigkeit zu beeinträchtigen. Als Gegenmittel empfahl der Zeugenbetreuer den Beamten, sich in „unwesentlichen" Punkten nicht festzulegen, z.B. keine Entfernungsangaben zu machen oder Teilnehmerzahlen nicht anzugeben. Auch für nach Ansicht des Betreuers Wesentliches hatte er Ratschläge zur Hand: Die Zeugen hätten das Recht und die Pflicht, sich für ihre Aussage im Prozeß durch vorherige Einsicht in die Polizeiberichte vorzubereiten.

Auffallend an diesen Berichten in allen Anti-Schah-Prozessen ist wiederum die frapierende Übereinstimmung der Berichte mehrerer Beamter in Formulierungen, Satzfolge, Umfang und sogar Fehlern wie bei Hausnummern oder Eigennamen, die zwingend darauf schließen lassen, daß die Berichte von den Polizeizeugen zusammen verfaßt und abgestimmt worden sind. Offensichtlich um die Ergebnisse dieser Gemeinschaftsarbeiten nicht in Frage zu stellen, hat es die Ermittlungsbehörde in fast allen Verfahren unterlassen, die Zeugen einzeln zu vernehmen, bevor die Anklagen gefertigt wurden. Dem Unterlassen ordnungsgemäßer Ermittlungen nach den Maßstäben der Strafprozeßordnung steht gegenüber ein administrativer Aufwand bei einer Betreuung von Polizeizeugen, die von keiner gesetzlichen Vorschrift gedeckt ist.

Unglaublich ist dieser polizeiliche Eingriff in bestimmte Strafprozesse. Was die Prozeßbeteiligten darüber am 22.6.1979 erfuhren, ist dahingehend zusammenzufassen und zu werten:

1. Polizeiliche Zeugenbetreuung wird nicht nur gezielt für bestimmte Prozeßarten, sondern nach Beginn bestimmter Ermittlungen für konkrete Strafverfahren eingerichtet und durchgeführt;
2. Die Polizeizeugen als einzige Belastungszeugen werden auf erwartetes Verteidigerverhalten vorbereitet in Form des Durchspielens möglicher Fragen an die Zeugen und dabei negativ ausgerichtet. Es wird in den Köpfen das Feindbild „Verteidiger in Demonstrationsprozessen" und damit eine von vornherein befangene Einstellung der Zeugen gegenüber denen, die von „diesen" Verteidigern vertreten werden, produziert;
3. Gegenüber den Zeugen nimmt der Betreuer eine Wertung darüber vorweg, was als Gegenstand gerichtlicher Aufklärung im Prozeß für wesentlich und unwesentlich gehalten wird. Entsprechend der Wertung wird den Zeugen geraten, sich entgegen ihrem möglichen Erinnerungsvermögen in Aussagen nicht festzulegen. An dieser Stelle geht Zeugenbetreuung aus dem ungesetzlichen in den kriminellen Bereich über.

Die weitgehenden Schranken der dem Polizeizeugen erteilten Aussagegenehmigung tun ihr Übriges. Auch dadurch wird der Aussagestoff in kaum überprüfbarer Weise durch die Behörde eingeschränkt und der Zeuge in eine Position gebracht, in der es ihm kaum möglich ist, unbefangen und distanziert über vergangene Ereignisse auszusagen.

Die Polizei hat bei der Zeugenbetreuung kein gutes Gewissen. Als der Zeugenbetreuer Tellkamp selbst als Zeuge benannt und geladen worden war, führte sein Gang zum Gericht erst einmal über den Umweg zum Leiter der Rechtsabteilung der Hamburger Polizei und von dort zum langjährigen Zeugenberater Stöhlmacher.

Wir sind der Auffassung, daß angesichts einer derartigen Determinierung eines bestimmten Komplexes von Strafverfahren durch die Polizei der staatliche Strafanspruch in diesen und anderen Verfahren zurückzustehen hat. Prozessuale Garantien zugunsten der Beschuldigten sind irreparabel verletzt. Die Justiz wäre zum Handlanger polizeilicher Verfolgungsinteressen verkommen, wenn sie nichts anderes täte, als ein derart gesteuertes Ermittlungsmaterial zu reproduzieren. Deshalb haben wir mit der Unterbreitung der Tatsachen den für eine unter Wahrung rechtsstaatlicher Garantien funktionierenden Rechtspflege in der Hansestadt verantwortlichen Justizsenator als oberster Dienstherr der Staatsanwaltschaft aufgefordert, Weisung zur Einstellung aller anhängigen Anti-Schah-Demonstrationsprozesse zu erteilen.

Parteifreies Bündnis kandidiert wieder zum Gemeinderat

Auf einer Vollversammlung des Parteifreien Bündnisses Eugen Eberle (PFB) wurden die insgesamt 60 Kandidaten für die kommenden Gemeinderatswahlen in Stuttgart vorgeschlagen und vorgestellt. Die programmatische Ausrichtung dieses Bündnisses läßt sich am besten in der Zusammensetzung der Kandidaten erkennen. Unter ihnen sind: 24 Frauen, teilweise langjährige Kämpferinnen für die Gleichberechtigung der Frau; acht Betriebs- und Personalräte, darunter zwei Spitzenkandidaten der oppositionellen Betriebsratsliste bei Daimler-Benz, Willi Hoss und Herrmann Mühleisen, beide aus dem DGB ausgeschlossen; Mitarbeiter verschiedener Bürgerinitiativen; Mitglieder der Naturfreundejugend, des Sozialistischen Zentrums/SB und der Sozialistischen Jugend/Die Falken, darunter ein Bundesvorstandsmitglied der Falken; Mitarbeiter von Gesundheits- und Lehrergruppen; Vertreter der „alten" Arbeiterbewegung, Hausfrauen, Kulturschaffende, Ärzte, Rentner, Theologen, Hochschulangehörige usw. usf.

Insgesamt also eine echte bunte Liste!

Das PFB besteht seit acht Jahren. Wesentlicher Initiator und auch heute noch tragende Person ist Eugen Eberle. Bis zum Verbot war er Mitglied der KPD und für sie seit Bestehen der BRD Mitglied im Gemeinderat. Lange Jahre war er Betriebsratsvorsitzender bei Bosch. Nach dem Verbot der KPD kandidierte er mit verschiedenen Gruppierungen weiter zum Gemeinderat und wurde auch immer gewählt. Und seit acht Jahren existiert nun das Parteifreie Bündnis, für das er ebenfalls in den Gemeinderat einzog. Bei den letzten Wahlen errang er 80.000 Stimmen, vor allem im traditionellen Arbeiterbereich, in dem sein Name seit seiner Betriebsratstätigkeit einen „guten Ruf" hat.

Zur Vorbereitung der Kommunalwahlen sind bisher Veranstaltungen durchgeführt worden oder sind in Planung: zum Thema Gesundheitswesen, über „Grenzen Stuttgarter Theaterarbeit" mit Claus Peymann (dem in die Schußlinie der CDU geratenen Intendanten des Stuttgarter Schauspielhauses), über Jugendpolizei, Behinderte und über Zusammenhänge von Betrieb und Kommune (gerade in Stuttgart ein wichtiges Thema, da diese Stadt zum erheblichen Teil von Daimler-Benz „lebt"). Im September ist ein großes Fest unter dem Titel „Politik, Kultur und Emanzipation" geplant, womit der Wahlkampf eröffnet werden soll.

Das PFB sieht seine eigene Aufgabe vor allem in der Vermittlung zwischen dem Kampf von Bürgerinitiativen und Arbeitervertretern und dem, was innerhalb des Parlaments für diesen Kampf zu erreichen ist. Als Ziel hat es sich die Zusammenfassung und Vertretung der Interessen aller in dieser Gesellschaft unterdrückten und diskriminierten Teile der Bevölkerung gesetzt und lehnt entschieden die Orientierung auf nur eine Frage (Ökologie, Umweltschutz) ab.

Verhandlungen hat es für eine gemeinsame Kandidatur auch mit den Grünen gegeben. Diese scheiterten jedoch bisher daran, daß die Grünen die klar auch auf eine ökonomische Verbesserung der Lage der werktätigen Bevölkerung ausgerichteten Forderungen nicht akzeptieren wollten (Ökologie geht vor Ökonomie) und daran, daß Eugen Eberle auch heute noch als Kommunist auftritt, was die Grünen auch nicht akzeptieren wollen. Gerade in diesem Fall zeigt sich der konservativ/reaktionäre Charakter dieser Forderung, denn es kann nicht einmal ins Feld geführt werden, daß Kommunisten die Wähler „verschrecken".

(Information nach: der „anschlag", Zeitung des Sozialistischen Zentrums/SB (Stuttgart) und einem Telefongespräch mit einem Mitarbeiter des PFB).

Werden in Bayern die Weichen gestellt?

Am 7.10. soll in Bayern, von der Zeitung der AUD „die Unabhängigen" bereits groß angekündigt, der Landesverband einer einheitlichen grünen Partei gegründet werden. AUD und GAZ, die bereits den bayerischen Landestagswahlkampf und die Europawahlen gemeinsam als „Die Grünen" bestritten hatten, wollen ihre eigenständigen Strukturen aufgeben und in diesem neuen Landesverband aufgehen. Programmatisch soll am 7.10. nach dieser Planung zwar noch alles offengelassen werden, aber eine Satzung soll verabschiedet werden. Bayern könnte (soll?) zum Modell für andere Bundesländer werden; auch in Baden-Württemberg wollen sich die Grünen gleich als Partei (bzw. als Landesverband derselben) gründen, sicherlich mit demselben Namen und derselben Satzung wie die Bayern. Da Gruhl (GAZ) und Haußleiter (AUD) immer wieder die Notwendigkeit der Partei für eine Bundestagswahlbeteiligung herausstellen, scheint ihr Fahrplan der folgende zu sein: In verschiedenen Bundesländern, wo es keine bunten oder alternativen Listen gibt bzw. diese schwach sind, werden zunächst Landesverbände der grünen Partei gegründet. Auch in den anderen Bundesländern werden sich die Grünen dann lieber ins gemachte Nest setzen, als langwierige Einigungsverhandlungen mit der Bunten über sich ergehen zu lassen. Am Ende sollen sich alle diejendigen, die an der grünbunten Einheit interessiertet sind, doch bitte nicht an organisatorischen Fragen festbeißen (die Partei wird ja durch's Bundeswahlgesetz vorgeschrieben), sondern in die grüne Partei eintreten, die ja „programmatisch offen" ist (aber mit festen Strukturen).

Die GLU Niedersachsen hat sich diesem Fahrplan bereits wiedersetzt, indem sie auf ihrem letzten Parteitag die dringende Empfehlung ausgesprochen hat, nicht vor Beginn des nächsten Jahres mit dem Gründen anzufangen. Auch in Bayern scheint nun nicht alles reibungslos zu verlaufen. In vielen Basisinitiativen regt sich Mißtrauen, ob da nicht schon wieder wie bei der GAZ-Gründung eine abgehobene, basisfeindliche und undemokratische Sache aus der Taufe gehoben wird. Andererseits möchten auch Kräfte innerhalb der bayerischen Grünen nicht von Anfang an Glaubwürdigkeit und Kredit bei den BIs verspielen und sind an Gespächen interessiert (siehe auch die Äußerungen des stellvertretenden bayerischen GAZ-Vorsitzenden Bueb). Informell ist es inzwischen zu Kontakten zwischen Vertretern der Grünen und bunten Sympathisanten in Bayeren gekommen. Besprochen wurde ein gemeinsamer grün-bunter Kongreß in Bayern, möglichst v o r der beabsichtigten Parteigründung. Eine solche Initiative wäre zu begrüßen. Denn wenn die Bunten, Alternativen, BI's usw. erst einmal in der Situation sind, daß sie im ganzen Land grünen Parteigründungen hinterherrennen müssen, hätte die Idee der grünbunten Einheit schon einen Knacks mitbekommen, der nur schwer zu reparieren sein wird.

Nun doch noch grün-bunte Einheit in Münster

Nach langem Hin und Her, grünem Machtpoker und allgemeiner Verwirrung ist nun doch noch eine gemeinsame grün-bunte Liste zur Kommunalwahl am 30.9. zustande gekommen. Das war erst möglich, nachdem die Münsteraner Bunten ihre Kompromißbereitschaft bis zur Grenze des Akzeptablen demonstriert hatten und die skrupellos erpresserische GAZ-Mehrheit sich endgültig zurückgezogen hatte. Immerhin ist der jetzt erreichte Konsens für alle Beteiligten einigermaßen zufriedenstellend: für die Initiative für eine BUNTE/ALTERNATIVE LISTE, die GLU, die Mehrheit der AUD, eine Minderheit der GAZ, sowie die „KPD" und das Komitee für Demokratie und Sozialismus. Die Wählergemeinschaft trägt den Namen GRUNE ALTERNATIVE LISTE (Untertitel: Initiative für Demokratie und Umweltschutz), hat eine demokratische Satzung ohne Unvereinbarkeitsbeschlüsse verabschiedet und einen Vorstand aus drei Grünen, drei Bunten und einer „fraktionslosen" gewählt.

Am 15.8. sollen das Programm verabschiedet und die Kandidaten gewählt werden. Die noch verbleibenden knapp zwei Monate bis zur Wahl werden von allen Beteiligten vollen Einsatz verlangen, weil neben dem Wahlkampf noch eine Reihe bürokratischer Anforderungen bei der Einreichung der Liste erfüllt werden müssen. Dennoch sollte auch für Münster gelten: 5% sind möglich!

KB-Sympathisanten Münster

Aus: „Neue Westfälische Zeitung" (30.7.79)

In die Knie gingen am Sonnabend Kandidaten und Kandidatinnen der „Bunten Liste", um sich als Schuhputzer Wahlkampfgelder zu erarbeiten. Mit dieser Aktion wollte die Wählergruppe vor allem auf die finanziellen Behinderungen durch das kommunale Wahlgesetz hinweisen. Wichtigster Hemmschuh für die Kandidatur kleinerer Wählergruppen sei, so wird betont, daß keine Wahlkampfkosten rückerstattet werden. Während die „etablierten Parteien" bei kommunalen Wahlkämpfen z.B. auf Gelder von zurückliegenden Landtags- oder Bundestagswahlen zurückgreifen können, falls diese „finanzielle Si-



Machtpoker und allgemeiner Verwirrung ist nun doch noch eine gemeinsame grün-bunte Liste zur Kommunalwahl am 30.9. zustande gekommen. Das war erst möglich, nachdem die Münsteraner Bunten ihre Kompromißbereitschaft bis zur Grenze des Akzeptablen demonstriert hatten und die skrupellos erpresserische GAZ-Mehrheit sich endgültig zurückgezogen hatte. Immerhin ist der jetzt erreichte Konsens für alle Beteiligten einigermaßen zufriedenstellend: für die Initiative für eine BUNTE/ALTERNATIVE LISTE, die GLU, die Mehrheit der AUD, eine Minderheit der GAZ, sowie die „KPD" und das Komitee für Demokratie und Sozialismus. Die Wählergemein-
TERNATIVE LISTE (Untertitel: Initiative für Demokratie und Umweltschutz), hat eine demokratische Satzung ohne Unvereinbarkeitsbeschlüsse verabschiedet und einen Vorstand aus drei Grünen, drei Bunten und einer „fraktionslosen" gewählt.

Am 15.8. sollen das Programm verabschiedet und die Kandidaten gewählt werden. Die noch verbleibenden knapp zwei Monate bis zur Wahl werden von allen Beteiligten vollen Einsatz verlangen, weil neben dem Wahlkampf noch eine Reihe bürokratischer Anforderungen bei der Einreichung der Liste erfüllt werden müssen. Dennoch sollte auch für Münster gelten: 5% sind möglich!

KB-Sympathisanten Münster

Aus: „Neue Westfälische Zeitung" (30.7.79)

In die Knie gingen am Sonnabend Kandidaten und Kandidatinnen der „Bunten Liste", um sich als Schuhputzer Wahlkampfgelder zu erarbeiten. Mit dieser Aktion wollte die Wählergruppe vor allem auf die finanziellen Behinderungen durch das kommunale Wahlgesetz hinweisen. Wichtigster Hemmschuh für die Kandidatur kleinerer Wählergruppen sei, so wird betont, daß keine Wahlkampfkosten rückerstattet werden. Während die „etablierten Parteien" bei kommunalen Wahlkämpfen z.B. auf Gelder von zurückliegenden Landtags- oder Bundestagswahlen zurückgreifen können, falls diese „finanzielle Si-**cherheit für Wählergruppen weg, die auf kommunaler Ebene erstmals antreten", erklärte ein Sprecher der „Bunten". Eine weitere Behinderung sei die Tatsache, daß nach dem Parteiengesetz (Paragraph 2) nur Spenden für Parteien, die zu überregionalen Wahlen antreten, steuerabzugsfähig sind. Beste Antwort ist ihrer Meinung nach ein phantasievoller Wahlkampf, der neben der Plakatwerbung neue Aktionsformen umfaßt, um die „Bunten" bekannt zu machen. Die Schuhputzaktion (pro Paar 1 DM) sollte ein Anfang sein. Unser Bild die Gymnasiallehrerin Sabine Landwehr aus Heepen und die Schildescher Gesamtschullehrerin Friederike Borowsky, die auch Ratskandidatin ihrer Wählergruppe ist, beim schuhputzen.**



Frauenpartei in Gründung

Nach dem Arbeitstreffen der an einer Frauenpartei Interessierten zu Pfingsten wenden sich die Frauen jetzt mit einem Rundschreiben an die Frauenpresse und Frauenbewegung. Schon gegen Ende des Arbeitstreffens zu Pfingsten war deutlich geworden, daß Programmatik, Mitgliedschaft usw. in einer solchen Frauenpartei nicht einfach im kleinen Kreis beschlossen werden kann, sondern daß ein Diskussionsprozeß unter Frauengruppen, -zentren usw. eingeleitet werden muß.

Die Frauen verschicken nun eine Präambel und ein Kurzprogramm. Sie rufen auf zu Gründungsspenden (Konto ‚Frauenpartei' Nr. 530 07955 bei der Landesbank GZ Kiel), fordern aber auch zu weiteren Vorschlägen auf. Daß die Frauenpartei den Frauen nicht fertig vorgesetzt werden soll, zeigt auch, daß die Geschichte zur Zeit unter dem Namen »Frauenpartei in Gründung« läuft.

In der Präambel des Programms werden die allgemeinpolitischen Vorstellungen und die Begründung für die Bildung einer Frauenpartei gegeben: *»Wir Frauen gründen eine Frauenpartei, weil wir die bestehenden Herrschaftsstrukturen, die auf Macht und Unterdrückung beruhen, aufbrechen wollen«*. Den verantwortlichen politischen Gruppen und Parteien wird vorgeworfen, die im Grundgesetz der BRD enthaltenen Forderungen nach *»demokratischer Mitbestimmung, sozialer Gleichberechtigung, persönlicher Unabhängigkeit und mitmenschlicher Solidarität«* nicht verwirklicht zu haben.

Die Frauenpartei will deutlich machen, *»daß Mann und Frau ... den gleichen Anspruch und das gleiche Recht auf ein Leben als Persönlichkeit haben. Wir greifen das Rollenbild an, daß die Gesellschaft seit Jahrhunderten Frauen und Männern zugewiesen hat...«*. Die Frauen betonen aber auch *»Unserer Kritik richtet sich nicht gegen die Männer als solche, sondern allein gegen ihre ... Vormachtstellung. Wir setzen uns für die Gleichberechtigung der Frau ebenso ein wie für die Emanzipation des Mannes aus seiner entwürdigenden Vereinseitigung und Selbstentfremdung«*. Sie wollen *»für morgen nicht eine weibliche, sondern eine menschliche Gesellschaft«*.

Außerdem wird in der Präambel der grundsätzliche Verzicht auf Gewalt und Herrschaftsausübung festgeschrieben, dies auch als Forderung an den bestehenden Staat verstanden. Daher setzen sich die Frauen für eine aktive Friedenspolitik ein sowie für die Selbstbestimmung aller Staaten und Völker. Sie fordern einen *»sinnvollen und verantwortlichen Umgang mit Natur und Umwelt«*, d.h. keine Inbetriebnahme und kein Bau von AKW's; stattdessen Förderung der Alternativ-Energie-Forschung.

Den Weg zu einer Gesellschaft in ihrem Sinne stellen sich die Frauen in Form von *»schrittweisen, aber grundlegenden Reformen,... im Rahmen und zur Tatsächlichen Verwirklichung der bestehenden Grundrechte...«* vor.

Der Forderungskatalog enthält u.a. auch die Forderung nach Beruftstätigkeit und Kindererziehung für beie Geschlechter; die Umverteilung von Einkommen, Steuern und Arbeit müsse so erfolgen, daß der *»Widerspruch zwischen bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Hausarbeit und Kindererziehung ... aufgehoben werde«*. In diesem Sinne werden auch mehr Ganztagsschulen, ein Abbau der rollenfixierten Erziehung in den Schulen und Kindergärten, sowie ein Verbot der geschlechtsspezifischen Werbung gefordert.

Gefordert wird die Streichung des § 218 und *»als Übergang Modellberatungskliniken in jedem Bundesland nach dem Bremer Modell«;* außerdem die Einrichtung von Frauenhäusern in jedem Kreis, ohne den diskriminierenden § 72 BSHG. Für Arbeits- und Ausbildungsplätze wird eine Quotierung verlangt. Es bleibt allerdings offen, ob das für alle Tätigkeiten gelten soll. Die Arbeitsschutzbestimmungen dürften nicht zuungunsten der Chancen von Frauen geändert werden: *»Gleiche ... Bestimmungen für Frauen und Männer!«*.

Umstritten ist nach wie vor, ob Männer in einer solchen Partei mitmachen dürften. Wer sich in die Diskussion einschalten will, kann sich an »Frauenpartei in Gründung«, Haselkamp 26, 2300 Kiel 1, wenden.

Eine Genossin aus Flensburg

Freiburg: Erfolgreiche Aktionseinheit für Informationsfreiheit

Ein Gerücht aus „gewöhnlich gut informierten Kreisen" besagt folgendes: Bei einem Treffen zwischen dem Heidelberger Oberbürgermeister (OB) Zundel und dem Freiburger OB Keidel, die nicht nur die letzten drei Buchstaben ihrer Namen gemeinsam haben, sondern auch als starke SPD-Rechtsausleger gelten, prahlte Zundel damit, daß die Heidelberger Innenstadt jetzt endlich „sauber" sei, frei von Informationsständen und Strassenmusikanten. Keidel wollte sich daraufhin nicht lumpen lassen, ließ sich von Zundel das Know-how vermitteln und legte los.

Fest steht jedenfalls, daß im Mai der stark rechtslastige SPD-Bürgermeister Kiefer die Höchstzahl der Stadtstände von 12 auf 6 beschränkte. Dagegen bildete sich dann eine Aktionseinheit, in der sich schnell 30 Gruppen, Organisationen und Initiativen zusammenschlossen. Das Spektrum reicht von amnesty, terre des hommes, CAJ über diverse antiimperialistische Gruppen - darunter der Initiator der AE, die Aktion Dritte Welt - über die Bunte Liste bis hin zu „KPD" und KB.

Der KBW, der früher aufgrund seiner Stärke in Freiburg Aktionseinheiten immer zum Platzen gebracht hatte, mochte sich nur zu einer „Unterstützung des Anliegens der AE" durchringen und blieb nach einiger Zeit weg. Die DKP erschien trotz mehrmaliger Zusagen bisher noch nicht, wahrscheinlich bereitet die berüchtigte „These 41" Schwierigkeiten. Immerhin konnte das DKP-nahe „Bürgerkomitee zur Verteidigung der Grundrechte" für eine Mitarbeit gewonnen werden.

Die AE gab bisher zwei Informationsflugblätter heraus, sammelte mehrere tausend Unterschriften, gab eine Anzeige in der „Badischen Zeitung" auf, die sogar von örtlicher DGB-Prominenz unterschrieben wurde. Das große Orchester der Musikhochschule spielte an einem Samstag zur Unterstützung der AE in der Innenstadt und protestierte damit gleichzeitig gegen die Einschränkungen der Stadt für Straßenmusikanten. Prompt ermittelt jetzt die Polizei gegen den Dirigenten und die Musiker des Orchesters! Auch die Freiburger SPD hat sich in die Auseinandersetzung eingeschaltet und ein Flugblatt gegen die Einschränkung verteilt, in dem freilich die SPD-Mitgliedschaft von Bürgermeister Kiefer nicht erwähnt wird, aber immerhin. Schließlich berichtete auch die Badische Zeitung noch recht positiv über die AE. Als Folge dieses Drucks sah sich Kiefer zu einigen Rückziehern veranlaßt: Erst erhöhte er die Zahl der möglichen Stadtstände wieder auf 9, kürzlich behauptete er gegenüber einem Südwestfunkreporter gar, daß jetzt wieder 11 Stände zugelassen seien. Die AE fordert jedoch nach wie vor die Aufhebung sämtlicher Einschränkungen und will weiterarbeiten.

Zur Bunten Liste

Leider hatte sich schon zu Beginn der AE der Bunte-Liste-Vertreter nicht gerade Freunde damit gemacht, als er die Streichung einer Flugblattpassage forderte, in der positiv über das Engagement des SPD-Stadtrates Landsberg berichtet wurde. Dies schüre Illusionen in die SPD und schade den Bunten. Als dann die Bunte Liste auch einen Vertreter bei der geplanten Podiumsveranstaltung forderte, lehnte die AE-Mehrheit dies mit der formalen Begründung ab, dann müsse man ja auch die DKP (die gar nicht mitmacht) und auch den KBW auffordern. Die BuLi könnte ja im Rahmen der offenen Diskussion reden. Die Veranstaltung scheiterte dann allerdings daran, daß die bürgerlichen Parteien kein Interesse für eine solche Diskussion zeigten. Als die BuLi im Rahmen der Aktion des Orchesters auch Unterschriften für die Zulassung sammelte, behaupteten dann sogar einige AE-Aktivisten, die Bunte Liste wolle das ganze „für sich vereinnahmen".

Bedauerlich, wo das Anliegen der gemeinsamen Aktion immerhin die freie Agitation in der Stadt für die gesamte Linke ist. Angesichts solcher Vorbehalte sollte die BuLi aber besser für solche Aktivitäten vorher in der AE werben.

Ein Freiburger Genosse

Hamburg-Eimsbüttel: SPD kontra Bunte Liste

Im Bezirksparlament von Hamburg-Eimsbüttel arbeiten seit gut einem Jahr zwei Frauen als Abgeordnete der Bunten Liste. Während die SPD anfangs noch zu punktueller Zusammenarbeit und Diskussion mit den beiden BuLi-Abgeordneten bereit war, hat sie seit einigen Monaten – offensichtlich auf Anweisung aus den SPD-Chefetagen – ihre Taktik radikal geändert: Initiativen der Bunten Liste werden grundsätzlich abgeschmettert, meist ohne jede Diskussion; Redebeiträge der BuLi-Abgeordneten werden systematisch gestört. Auf diesen radikalen Konfrontationskurs scheint nahezu die gesamte SPD-Fraktion in Eimsbüttel, einschließlich der meisten ‚Linken', eingeschworen zu sein.

Drei Initiativen aus der Arbeit der Bunten Liste in Eimsbüttel sollen hier, stellvertretend für ähnliche Auseinandersetzungen, dargestellt werden.

1. Vergabe öffentlicher Aufträge

Die SPD brachte einen Antrag ein, daß bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigt werden solle, *„inwieweit die Firmen berechtigten Arbeitnehmerinteressen Rechnung tragen"*. Im Einzelnen wurden im Antrag folgende Kriterien genannt:

1. Es muß ein Betriebsrat vorhanden sein (sofern der Betrieb von der Größe her die Voraussetzungen dafür erfüllt);
2. Frauen sollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten;
3. Tarifvertragliche und gesetzliche ‚Arbeitnehmerrechte' und Schutzvorschriften müssen eingehalten sein;
4. Der betr. Betrieb soll Berufsausbildung betreiben;
5. Er soll Schwerbehinderte in der gesetzlich vorgeschriebenen Zahl beschäftigen.

Insoweit war dieser Antrag durchaus positiv zu werten. Der ‚Pferdefuß' war jedoch, daß die Erfüllung der Kriterien 1 bis 5 durch eine Erklärung des Betriebsrates als gegeben angesehen werden sollte. Diesem Punkt des SPD-Antrags widersprach die Bunte Liste. Sie argumentierte: Der Betriebsrat ist schon vom Gesetzestext her auf das „Betriebswohl" verpflichtet. Von einem Betriebsrat ist nicht zu erwarten, daß er dem Bestehen der Kriterien 1 bis 5 widerspricht, da dies den Betrieb um öffentliche Aufträge bringen und somit möglicherweise ‚Arbeitsplätze gefährden' würde. Insbesondere hinsichtlich der komplizierten Kriterien 2 und 3 wird der SPD-Antrag also zur Farce, da damit zu rechnen ist, daß in aller Regel die Betriebsräte ihrem ‚Arbeitgeber' gezwungenermaßen die nötige Bestätigung ausstellen werden. Dies wiederum, so argumentierte die Bunte Liste, würde die Position der Beschäftigten und des Betriebsrates bei zukünftigen Auseinandersetzungen um die Einhaltung von Tarifverträgen, Schutzbestimmungen usw. erheblich verschlechtern, da sich der Kapitalist dann auf die vorliegende Bestätigung des Betriebsrates berufen könnte.

Die Bunte Liste forderte daher die SPD auf, ihren Antrag zu ändern. Statt einer Bestätigung des Betriebsrates sollte nach Meinung der Bunten Liste eine **„Kontrolle und Überprüfung durch die Gewerkschaften und ihre Gremien"** gefordert werden. Die SPD lehnte jedoch jede Diskussion darüber ab und beharrte auf ihrem Text. In dieser Form waren aber die beiden BuLi-Frauen nicht bereit, dem Antrag zuzustimmen, da sie einen solchen Beschluß ohne reale Kontrolle als unsinnig ansahen. Damit schien rein rechnerisch der SPD-Antrag in der Bezirksversammlung gescheitert, da CDU und FDP geschlossen gegen den Antrag waren. Offenbar war ein solches Scheitern der SPD immer noch lieber als das Eingehen auf einen vernünftigen und konstruktiven Vorschlag der Bunten Liste. Gerettet wurde dieser SPD-Antrag dann letztlich von der CDU, die einen ihrer Abgeordneten zuhause ließ, so daß er mit 20 zu 19 Stimmen die Bezirksversammlung (BV) passierte.

2. Aussperrungsverbot

Ebenfalls am 28.6. stand in der Eimsbütteler BV ein Antrag der Bunten Liste zur Diskussion: **„Die Bezirksversammlung Eimsbüttel fordert die Hamburger Bürgerschaft auf, die Aussperrung im Land Hamburg zu verbieten"**. Die Aussperrung als Kampfmittel der Kapitalisten, ist im Bundesland Hessen verboten. Verfassungsrechtlich wäre ein solches Verbot auch in Hamburg möglich. Das Verbot der Aussperrung setzt sich immer stärker als Forderung in den Gewerkschaften durch. Der BuLi-Antrag hätte also, könnte man annehmen, in der BV ein „Selbstgänger" sein müssen, da sich die SPD angeblich den gewerkschaftlichen Forderungen und Interessen besonders verbunden fühlt. Trotzdem fiel der BuLi-Antrag dem Konfrontationskurs der SPD zum Opfer: Nur einer der 20 SPD-Abgeordneten stimmte dem Antrag zu! Ihre Ablehnung begründete die SPD-Fraktion mit der Behauptung, daß dieser Antrag nicht in die BV gehöre. Man sollte eigentlich meinen, daß die Eimsbüttler SPD derartige Sorgen um die Kompetenz der BV getrost der CDU überlassen könnte, wenn es ihr ernst damit wäre, öffentlichen Druck für ein Aussperrungsverbot zu schaffen. Gerade diesen Druck auf ihre Parteifreunde im Hamburger Rathaus scheint die SPD aber nicht zu wollen.

3. Nazi-Schmierereien

Bewohner Eimsbüttels hatten sich bei der Bunten Liste beschwert, daß immer häufiger nazistische Schmierereien auf Mauern, Parkbänken, Bahnhöfen usw. auftauchen, die oft wochenlang nicht entfernt werden; zudem sei es schwierig, gegen solche Schmierereien Anzeige zu erstatten, da z.T. die Polizei sich weigert, die Anzeigen aufzunehmen („Das wandert doch in den Papierkorb"). Besonders übel fallen die zahlreichen ausländerfeindlichen Schmierereien auf („Türken raus!", „Türken in die Gaskammer!"), die eine unzumutbare Provokation für die ausländischen Kollegen und ihre Familien darstellen.

Die Bunte Liste formulierte daher zur BV am 28.6. einen Antrag, der die „zuständigen Ermittlungsbehörden" dazu verpflichten sollte, die BV regelmäßig „über den Stand der Strafermittlungen zu unterrichten".

Auch dieser Antrag ist eigentlich so selbstverständlich, daß er als „Selbstgänger" anzusehen war. Trotzdem ging die SPD-Fraktion soweit, selbst diesen Antrag (gemeinsam mit CDU und FDP) abzulehnen.

Der totale Konfrontationskurs der SPD gegenüber der Bunten Liste muß vor dem Hintergrund der Tatsache gesehen werden, daß bei den Stimmenverhältnissen in der BV die SPD vielfach auf die BuLi-Abgeordneten angewiesen ist, um nicht von FDP und CDU überstimmt zu werden. Eine Zusammenarbeit und offene Diskussion wäre also von der Sache her dringend geboten.

Das Verhalten der SPD (das durch ähnliche Vorfälle in Basisinitiativen bestätigt wird) deutet daraufhin, daß die SPD gegenüber BuLi und Linken derzeit nicht so sehr die Integration (Umarmungs-Taktik), sondern die offene Konfrontation und Provokation sucht. Ob diese Beobachtung eine Eimsbüttler Besonderheit ist, oder durch andere Erfahrungen bestätigt wird, wäre eine genauere Untersuchung wert.

„Dann müssen wir eben Bürgerinitiativen gründen"

– Bericht von einer Bürgerversammlung in der oberschwäbischen Provinz –

Die folgende Reportage schickte uns ein Mitglied der „Unabhängigen Liste" aus Bad Schussenried. Es ist die Entstehungsgeschichte einer Bürgerbewegung gegen die etablierten Parteien, die ihren Ausgangspunkt in der Jugendbewegung hat. Man könnte fast sagen: Die Jugend drängt nach vorn und rüttelt mit ihren Ideen auch andere Teile der Bewohner dieser Kleinstadt auf. Es zeigt sich anschaulich, daß auch unter scheinbar ungünstigen Bedingungen (erzkonservatives Hinterland) Möglichkeiten für eine fortschrittliche Politik bestehen.

„BAD SCHUSSENRIED ist ein kleines, verschlafenes Nest im Herzen Oberschwabens. Die 4.700 Wahlberechtigten, traditionell erzkatholisch und brave Untertanen, wählen zu 70 – 80 % die CDU. In diesem politischen Umfeld agiert seit März dieses Jahres eine „Unabhängige Liste" (UL), die sich überwiegend auf Leute aus der früheren örtlichen Jugendzentrums- Bewegung stützt (ein selbstverwaltetes JZ wurde von der Stadt nach monatelangem Kampf im Frühjahr 1978 geschlossen) und linke bis radikaldemokratische Positionen vertritt. Die UL, die seit März monatlich mit einer durch Spenden aus der Bevölkerung finanzierten und an alle Haushaltungen kostenlos verteilten Zeitung, dem „Schussenblättle", in die lokalpolitische Diskussion eingreift, initiierte im April eine Unterschriftensammlung zur Einberufung einer Bürgerversammlung durch den Gemeinderat. Der Grund: seit zweieinhalb Jahren hatte keine mehr stattgefunden, obwohl etwa genausolange eine Sanierungsplanung läuft, der 13 überwiegend gut erhaltene Gebäude im Ortskern zum Opfer fallen sollen. Diese Unterschriftensammlung brachte binnen Monatsfrist ganz überraschend das nach der Gemeindeordnung erforderliche Quorum von 10 % der wahlberechtigten Bürger. Letztlich unterschrieben 670 Menschen (13 %), obwohl die Stadtverwaltung und alle Gemeinderatsfraktionen öffentlich zum Nichtunterzeichnen aufgefordert hatten.

Der Gemeinderat mußte dem Antrag also stattgeben, obwohl Bürgermeister Kohler vor der entscheidenden Abstimmung im Rat nochmals unmißverständlich erklärte, seiner Meinung nach dürfe vor Gemeinderatswahlen eigentlich keine Bürgerversammlung stattfinden. Er müsse sich aber wohl oder übel der geltenden Rechtslage beugen.

Am 9. Juli stieg das große Ereignis mit der Tagesordnung: „Stadtsanierung und Bürgerbeteiligung" in der Stadthalle. Diese drohte aus allen Nähten zu platzen. Knapp 800 Menschen waren da, fast jeder sechste Wahlberechtigte!

Auf dem Podium präsentierten sich neben dem Versammlungsleiter, Bürgermeister Kohler, fast alle 22 Stadträte, die sich auf der vorangegangenen Ratssitzung selbst einen Maulkorb verordnet hatten – aus Sorge vor der „Profilierungssucht" macher „Kollegen". Eigentlicher Grund für das selbstverordnete Schweigen dürfte aber eher die Angst gewesen sein, selber auf kritische Fragen antworten zu müssen, ohne sich in die Nesseln zu setzen. Diese unangenehme Aufgabe sollte lieber der Bürgermeister allein übernehmen. Er sollte für die aufgebrachten Bürger den Sündenbock abgeben. Doch die Taktik der schweigsamen Stadträte ging an diesem Abend nicht ganz auf.

Der Bürgermeister besaß gleich zum Auftakt noch einmal die Frechheit, sein Bedauern über die erzwungene Bürgerversammlung auszudrükken. Er gerate durch diese Versammlung so kurz vor der Kommunalwahl in Gefahr, „die der Verwaltung gebotene Neutralität zu verletzen". Zur Sanierung sagte er praktisch nichts. Er „stehe mit leeren Händen da", solange die Planung gänzlich unverbindlich und noch nicht entscheidungsreif sei. Deshalb verstehe er auch die Aufregung in der Bevölkerung nicht. Doch dann präsentierte er, wohl um der Kritik an der über die Köpfe der Leute hinweggehenden Planung zu begegnen, ein Modell für einen „Sanierungsausschuß", der vom Gemeinderat umgehend eingesetzt werden solle und dem auch Vertreter diverser örtlicher Organisationen (Gewerbe- und Handelsverein, Sportvereine etc.) und Institutionen (Schulen, Kirchengemeinde, Polizei!) aber keine Sanierungsbetroffenen und nichtorganisierten Bürger angehören sollen. Dieser „bürgerschaftliche Ausschuß" könne den Gemeinderat dann bei der weiteren Planung beraten, „womit der geforderten Bürgerbeteiligung ja wohl Genüge geleistet sei".

Des Bürgermeisters zwanzigminütige Auftaktrede wurde mit dünnem „Höflichkeitsapplaus" bedacht. Der erste Diskussionsredner war ein Vertreter der UL. Er wies zunächst darauf hin, daß seine Kritik nicht der Person des Bürgermeisters, sondern der politischen Entscheidungsinstanz Gemeinderat gilt: „Die schweigsamen Stadträte verstecken sich heute Abend hinter dem Bürgermeister!" Dann attackierte er die Beschwichtigungsversuche des Bürgermeisters, der so tue, „als ob die Sanierungsplanung, die bereits 50.000 DM gekostet hat, ganz unverbindlich sei". Anschließend wies er Punkt für Punkt nach, welche Gebäude die Stadt bereits „unverbindlich" aufgekauft hat unter Ausschluß der Öffentlichkeit. „Sie brauchen nicht zu glauben, uns für dumm verkaufen zu können. Wenn die Mitbürger auf der Straße erfahren, daß ihre Häuser abgerissen werden sollen, Sie aber so tun, als ob die Information der Bürger über die Sanierungsplanung bisher umfassend gelaufen ist, dann halte ich das für eine Unverschämtheit."

Der starke Beifall im Saal bestätigte den Diskussionsredner. Kohler kam ins Schwimmen: „Nach geltendem Recht ist die Bürgerbeteiligung korrekt abgelaufen." Die weitere Diskussion – fast eine Stunde lang ohne UL-Beteiligung wurde heftiger und könnte gar nicht besser gelaufen sein. Da standen die sogenannten Durchschnittsbürger auf und sagten dem Bürgermeister respektlos ihre Meinung: „Sie regieren über die Köpfe des Kleinen Mannes hinweg!" „Das Gemeindemitteilungsblatt verkauft den Bürger für dumm. Die einzige Informationsquelle ist für uns das ‚Schussenblättle'." „Wir wollen bei so wichtigen Planungen wie der Ortssanierung von Anfang an mitbestimmen!" „Sie haben Angst vor der Öffentlichkeit, hätten gerne Untertanen, die kuschen!"

Durchweg bekamen alle Redebeiträge aus dem Publikum starken Beifall, meist eisiges Schweigen oder Gelächter bei den besonders fadenscheinigen Ausflüchten des Bürgermeisters. Kohler verteidigte die bisherige Politik des Gemeinderats und drückte sich um konkrete Antworten. Und dann stand ein Bürger auf und rief unter tosendem Beifall ins Mikrofon: „Ja wenn das so ist, dann müssen wir Bürger eben aktiv werden und unsere Interessen selber in die Hand nehmen. Dann gründen wir eben Bürgerinitiativen." Der fast außer sich geratene Kohler kläffte zurück: „Dann gründen Sie halt Bürgerinitiativen, wenn Sie glauben, Ihre Interessen kämen zu kurz!"

Wir von der UL brauchten nur sporadisch in die Diskussion eingreifen, weil die ganze Geschichte auch so in unserem Sinne verlief. Das ‚Schussenblättle', in dem wir vor der Bürgerversammlung ganz ausführlich unsere Position zur Sanierung dargelegt hatten und in dem wir eine sofortige Mitbestimmung der Bürger gefordert hatten, zahlte sich aus. Die meisten Bürger haben sich vom ‚Schussenblättle' zu ihren Fragen inspirieren lassen.

Gegen Ende der fast dreistündigen Diskussion leistet sich Kohler noch einen schweren Fehler. Er entzog einem Redner von der UL das Wort. Ohrenbetäubende Buhrufe und gellende Pfiffe signalisierten dem Bürgermeister, was die Bürger von dieser Art Meinungsunterdrückung halten.

Ganz zum Schluß versuchte sich der Bürgermeister noch in Basisdemokratie. Er wollte die anwesenden Bürger über seinen Sanierungsausschuß abstimmen lassen. Vertreter der UL unterbreiteten einen Alternativvorschlag. Sie plädierten für einen offenen Sanierungsarbeitskreis, in dem alle interessierten Bürger mitarbeiten und mitbestimmen können. Das ging dem Schultes (schwäbisch= Bürgermeister) zu weit. Ein fast halbstündiges Hick- Hack zwischen Bürgermeister und UL-Leuten begann. Kohler stellte sich dumm, wollte das UL- Modell nicht kapieren. Gegen 22.45 Uhr brach er die Diskussion ab, und stellte seinen Vorschlag zur Abstimmung. Von den noch gut 600 anwesenden Menschen votierten aber höchstens 40 für seinen Ausschuß! Der Rest enthielt sich, weil Kohler den Alternativvorschlag gar nicht erst zur Abstimmung stellte. Kohler war frustriert, der Saal ratlos. Als ein UL- Vertreter den Bürgermeister auf den unklaren Abstimmungsmodus hinwies und um Wiederholung der Abstimmung mit klaren Alternativen ersuchte, weigerte sich der Bürgermeister und brach die Versammlung gänzlich ab.

Trotz dieses abrupten Endes und der allgemeinen Ratlosigkeit aufgrund der verkorksten Schlußabstimmung, waren wir von der UL über den Verlauf des Abends sehr zufrieden. So massiv standen Verwaltung und Gemeinderat noch nie unter Druck. Die Bürger mißtrauen inzwischen allem, was ihnen „von denen da oben" erzählt wird. Der Wille, selber aktiv zu werden, Druck auf Parlament und Verwaltung auszuüben, wurde von mehreren Diskussionsrednern artikuliert. Diesen Wunsch nach Selbstbestimmung zu fördern, wird weitere Aufgabe der UL sein. Zeit dafür wird genügend bestehen. Denn die für den 28. Oktober angesetzte Kommunalwahl wird um rund ein Jahr verschoben. Die UL wird dadurch gezwungen, ihre im Hinblick auf den Oktober- Wahltermin angelegten Aktivitäten zeitlich enorm zu strecken. Das dürfte zwar einige personelle und nicht zuletzt finanziellen Probleme schaffen (z.B. jeden Monat ein kostenloses ‚Schussenblättle'), hilft uns selber aber auch, das kommunalpolitische Engagement als kontinuierlich zu begreifen und wegzukommen von der BRD- weit nicht seltenen Konstellation eines „alternativen Wahlvereins". Eine bunte oder grüne Wahlbeteiligung als Selbstzweck lehnen wir ab."

Erfolgreicher Diskussionsabend

Trotz des Ferienbeginns nahmen knapp 40 Interessierte an einem kleinen Diskussionsabend teil, den Lüneburger „Sympathisanten der Bunten und Alternativen Listen" organisiert hatten. Es ging um einen Meinungs- und Informationsaustausch über die Kanzlerkandidatur von F.J. Strauß einerseits und um die Frage des Wahlverhaltens der Linken 1980 (Bunte Liste oder SPD?) andererseits.

Ein Schwerpunkt der Diskussion war die Frage der SPD-Einschätzung („kleineres Übel") und die Diskussion um mögliche Maßnahmen gegen die Integrationsstrategie dieser Partei.

Ein weiterer Schwerpunkt entwickelte sich um die Frage, ob sich grün/bunte Initiativen nicht auf die Beteiligung an Kommunalwahlen beschränken sollten, da nur so eine Verbindung zur Basis und zur dezentralen Aktion möglich sei.

Erfreulicherweise trugen sich über die Hälfte der Anwesenden in eine Liste ein, um nach der Sommerpause beim Aufbau einer Bunten Liste in Lüneburg zur Kommunalwahl (1980) und Bundestagswahl miteinbezogen zu werden. Ein Vertreter des Lüneburger GLU-Vorstandes erklärte, daß er an einer Diskussion und Zusammenarbeit mit „Bunten Initiativen" interssiert sei.

KB/Gruppe Lüneburg

„KPD" – Störfaktor in den alternativen Listen

Vor einem Jahr unternahm Ch. Semler, Vorsitzender der „KPD", den Versuch, den „strategischen Stellenwert" alternativer Wahlbündnisse für die Politik der „KPD" zu bestimmen. Demnach betrachtet die „KPD" solche Wahlbündnisse als Teil ihrer „langfristigen Perspektive", nämlich der Herstellung einer „demokratisch-antihegemonistischen Einheitsfront". „Antihegemonistisch" bedeutet dabei Kampf gegen die Sowjetunion. Zur politischen Stoßrichtung der „KPD" in alternativen Wahlbündnissen führte Semler aus: *„Hinsichtlich unserer Programmatik haben wir es als unsere wichtigste Aufgabe angesehen, einseitige ‚grüne' Plattformen zu kritisieren, den Kampf für die wirtschaftlichen Forderungen und die demokratischen Rechte des Volkes zu verankern, diese Forderungen gegen die politische Unterdrückung in beiden Teilen Deutschlands zu orientieren, gegen parlamentarische Illusionen zu kämpfen, und dafür einzutreten, daß die Wahlkämpfe der alternativen Listen sich an den Kämpfen, den Forderungen und Bedürfnissen der werktätigen Massen ausrichten"* („Rote Fahne",26.7.78).

Diese von Semler angegebene politische Stoßrichtung ließ immerhin noch eine positive Rolle der „KPD" bei der Unterstützung fortschrittlicher Programmpunkte zu. In der Praxis war es allerdings schon damals so, daß die „KPD" ihre Energie in erster Linie darauf verwendete, Parolen gegen die DDR, gegen AKWs in der DDR u.ä. in die Programme zu drücken – wobei ihr jedoch insgesamt kaum Erfolgserlebnisse beschieden waren. Lediglich in der Westberliner AL boten sich der „KPD" aufgrund ihrer zahlenmäßigen Dominanz Chancen für die Durchsetzung einer derartigen Programmatik. Die „KPD" schreckte allerdings vor dem Ausspielen dieser Dominanz letztlich zurück, da sie (wohl zu Recht) andernfalls ein Platzen des Bündnisses befürchtete. Obwohl diese Zurückhaltung im eigensten Interesse der „KPD" gebo- Obwohl diese Zurückhaltung im eigensten Interesse der „KPD" geboten war, hat die Taktik in der Westberliner AL offenbar heftige Auseinandersetzungen in der „KPD"-Führung ausgelöst.

Das Ergebnis ist eine deutliche Verschärfung des „KPD"–Kurses. In einer ‚Diskussionsgrundlage des ZK der KPD' wird bemängelt, daß es in der „KPD" zu Erscheinungen der „Anpassung an die vorherrschenden ideologischen Strömungen" gekommen sei, daß man in der Bündnispolitik zu einer „Politik des Machbaren" gekommen sei, statt sich an der „Gesamtstrategie" zu orientieren. *„Innerhalb der Partei halten wir daher den Sozialdemokratismus und linken Reformismus für die Hauptgefahr".* Die Taktik der „KPD" in Wahlbündnissen etc. wird dementsprechend wesentlich schärfer definiert als Ch. Semler dies vor einem Jahr getan hatte: *„In der demokratischen Bewegung sind vor allem diejenigen Kettenglieder zu ergreifen, die eine ideologische Beeinflussung, einen Zusammenschluß und eine Polarisierung im Sinne des Eintretens für demokratische Rechte in beiden Teilen unseres Landes, für nationale Unabhängigkeit und Einheit und für den Widerstand gegen den sowjetischen Hegemonismus im nationalen, europäischen und internationalen Maßstab ermöglichen.* **Dies – vor allem die antihegemonistische Position – ist unser wesentlicher Beitrag zur demokratischen Bewegung.** *Diese Position ermöglicht keine ‚friedliche Koexistenz' mit der staatsbürokratischen Verfälschung des demokratischen Kampfes und der prosowjetischen Manipulation* (als „prosowjetisch" wird in der Sprachregelung der „KPD" in erster Linie der KB verstanden) *von Antiimperialismus, Antimilitarismus und Antifaschismus sowie deren Zutreibern bzw. Verbündeten. Unser ideologisches und politisches Eingreifen in die demokratischen Bewegungen muß daher strategisch so definiert werden, daß es der Förderung dieses Linienkampfes in solchen Bewegungen und Zusammenschlüssen dient".* („Diskussionsvorlage des ZK der KPD", in „Theorie und Praxis", 2/79).

Die Hauptaussagen dieser Passage sind: **1. Die „KPD" betrachtet die Durchsetzung antisowjetischer („antihegemonistischer") Parolen als d a s zentrale Ziel ihrer Arbeit in demokratischen Bündnissen. 2. Die „KPD" will zukünftig offensiv für dieses Ziel kämpfen und von sich aus die Auseinandersetzung darum provozieren.** Das würde, in die Tat umgesetzt, eine radikale Wende der „KPD"- Taktik bedeuten, die bisher dem Streit um ihre „antihegemonistischen" Thesen lieber ausgewichen ist, um sich nicht von vornherein zu isolieren. Das hat dazu geführt, daß die „KPD" bisher zwar relativ oft in demokratischen Bündnissen präsent war, aber ohne dort ihre speziellen („antihegemonistischen") Inhalte plazieren zu können. Die n e u e Taktik hingegen läuft faktisch auf die Preisgabe von Bündnismöglichkeiten hinaus.

So stellte sich die „KPD" bereits bei den Vorgesprächen zum Frankfurter „Rock gegen Rechts" selbst ins Abseits, indem sie die Aktion in ein „Rock gegen die DDR" umfunktionieren wollte – mit der Begründung, für den Neonazismus in der BRD sei die DDR verantwortlich, und die Gefahr eines neuen Faschismus komme heute sowieso nicht von rechts, sondern von der DKP.

Auch in der alternativen Wahlbewegung zeigt der Taktikwechsel der „KPD" erste Folgen. Auffallende Beispiele dafür sind die Europa- Wahlen und die Wahldiskussion in Bremen.

In der „Roten Fahne" vom 31.5.79 erklärte der „Ständige Ausschuß", höchstes Gremium der „KPD", daß die „KPD" die „Grünen" bei den Europa- Wahlen nicht unterstützen werde. Dies wurde nicht etwa mit dem Charakter dieser Wahlen begründet (Die „KPD" ist bekanntlich f ü r das „Vereinigte Europa") und auch nicht mit rechten Tendenzen bei den „Grünen". Ganz im Gegenteil! T r o t z *„Gemeinsamkeit im Kampf für Umweltschutz und demokratische Rechte"* gebe es a u ß e n politisch allzu tiefe Differenzen, nämlich *„in der z e n t r a l e n Frage des notwendigen europäischen Zusammenschlusses gegen die Supermächte, besonders gegen den sowjetischen Hegemonismus".* D e s h a l b seien die „Grünen" nicht wählbar.

So betrachtet könnte die „KPD" zukünftig keine einzige alternative Liste mehr unterstützen, da kaum zukünftig keine einzige alternative Liste mehr unterstützen, da kaum Aussichten bestehen, daß sich die „KPD" irgendwo mit ihrer „antihegemonistischen" Linie durchsetzen wird. Nun könnte es allerdings sein, daß die „KPD" bei Kommunalwahlen gar so strenge Maßstäbe auch zukünftig nicht anlegen will. Zumindest für die Bundestagswahlen hat die Entscheidung des „Ständigen Ausschusses der KPD" aber ein deutliches Signal gesetzt. In diesem Sinne schrieb die „Rote Fahne" am 19.7. denn auch, eine alternative Wahlliste dürfe *„gerade zu den Bundestagswahlen nicht in politischer Abstinenz bei zentralen Fragen der Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen Gruppierungen verharren, wie das bei Landtags- und Kommunalwahlen in gewissen Grenzen immerhin noch möglich ist".* Sie müsse sich vielmehr zur Frage der Demokratie und Unabhängigkeit *„für Ost- und Westeuropa"* und zum „Kampf gegen die Supermächte" („besonders den Sozialimperialismus") klar äussern – natürlich im Sinne der „KPD". Auf dieser Basis, so ist zu vermuten, könnte die „KPD" allenfalls mit ein paar ganz rechten „Grünen" (aus der „nationalrevolutionären" Ecke z.B.) ins Geschäft kommen.

Bei der Wahldiskussion in Bremen konzentrierte sich die Taktik der „KPD" denn auch darauf, die durch die Bildung einer rechten „Grünen Liste" ohnehin angeschlagene alternative Wahlbewegung weiter zu schächen und zu lähmen, um letzten Endes das Auftreten einer eigenständigen alternativen Liste zu den Wahlen im Herbst zu verhindern.

- Als sich nach der Bildung der rechten Liste Resignation in der Linken ausbreitete, zog sich die „KPD" zurück und erklärte, das Projekt einer Alternativen Liste sei gescheitert.
- Als trotzdem die Wahldiskussion wieder in Schwung kam, war plötzlich auch die „KPD" wieder da. Ihre Linie: Prinzipiell unterstütze die „KPD" eine Alternative Liste, nur möge man sich damit doch nicht „übereilen". So widersetzte sich die "KPD" auf der Gründungsversammlung der AL Bremen am 25.5. dem Gründungsbeschluß (vergeblich) und versuchte (letztlich auch ohne Erfolg) zumindest die Beschlußfassung über eine Gründungserklärung und über eine konkrete Wahlbeteiligung auf die lange Bank zu schieben. Diese Manöver schwächten selbstverständlich die Verhandlungsposition der AL gegenüber den rechten „Grünen", die gerade zu dieser Zeit bundesweit einem starken Einigungsdruck ausgesetzt waren.
- Nachdem die Manöver der „KPD" gescheitert waren. schien die „KPD" einzulenken. Am 12.7. meldete die „Rote Fahne": **„Bremen: Alternative Liste kandidiert. Tragfähiger Kompromiß erzielt".** Zwei Wochen später jedoch hieß es, die AL Bremen sei **„gescheitert"** und **„ohne Basis"**. („Rote Fahne", 26.7.). Jens Scheer („KPD") trat von der bereits beschlossenen Kandidatenliste der AL zurück, und die „KPD" versuchte (allerdings erfolglos), den Beschluß der AL zur Wahlbeteiligung doch noch umzustoßen. Die „Rote Fahne" vom 26.7. behauptete: **„Allein die Mauschelpolitiker des KB betreiben gegenwärtig mit aller Macht eine Kandidatur der AL".** Diese Behauptung erwies sich freilich als Bumerang.

Die (erfolglose) Taktik der „KPD" in der Bremer Wahldiskussion zielte letztlich darauf ab, für die rechten „Grünen" freie Bahn zu schaffen. Wenn dies auch mißlungen ist, so kann sich die „KPD" doch als Verdienst anrechnen, daß durch die von ihr inszenierten „Machtkämpfe" um die AL und in der AL die alternative Wahlbewegung Bremens spürbar geschwächt wurde. Die in Bremen von der „KPD" verfolgte provokatorische Taktik könnte zukünftig durchaus modellhaft für ihr Vorgehen in anderen Städten werden. Wenn die „KPD" schon nicht in der Lage ist, alternative Wahlbündnisse inhaltlich zu beeinflussen, so hat sie doch vielerorts noch die Kraft, sie zu schwächen und zu behindern. Sie baut dabei auf das liberale Selbstverständnis einer Linken, die sich lieber angeekelt vom Schauplatz derartiger „Machtkämpfe" abwendet, statt die Provokateure vor die Tür zu setzen.

Im Sinne einer Schwächung der alternativen Wahlbewegung liegt es auch, wenn die „KPD", mit super-„linken" Phrasen, die Bedeutung der Wahlergebnisse und der politischen Arbeit im Parlament herunterzuspielen versucht. Die Bedeutung der alternativen Wahlbewegung liegt gerade darin, daß sie nicht nur einen x-beliebigen „Zusammenschluß" darstellt, sondern daß sie für die bürgerlichen Parteien zu einer echten Opposition auch i m Parlament zu werden droht, also das bürgerliche Parteienmonopol in Frage stellt. Die „KPD" mag ihre Störmanöver noch so super-„links" als *„klare Absage an jegliche parlamentarischen Illusionen"* ausgeben („Rote Fahne", 12.7.79) – tatsächlich zielt sie damit gerade darauf ab, der alternativen Wahlbewegung ihre für die Herrschenden bedrohlichste Seite zu nehmen. Für die Bundestagswahlen 1980 hat die „KPD" in ihrer zentralen Stellungnahme schon jetzt die Behauptung aufgestellt, ein mögliches alternatives Wahlbündnis werde mit Sicherheit die „5%- Hürde" nicht **schaffen, also auch keine Abgeordneten ins Parlament schicken könnten** („Rote Fahne", 19.7.79). **Sich darauf zu einzulassen, käme für die alternative Wahlbewegung einer Kapitulation gleich, bevor der Kampf überhaupt begonnen hat.**

Aus den Äußerungen und Verhaltensweisen der „KPD" ergibt sich für die Bundestags-Wahldiskussion folgende Prognose:

- Die „KPD" geht (wohl zu recht) davon aus, daß sich bei der Diskussion zu den Bundestagswahlen die „zentralen Fragen" (vor allem Außenpolitik, Frage der Abrüstung, Haltung zur Sowjetunion usw.) nicht ausklammern lassen. Im Gegenteil ist damit zu rechnen, daß jedes denkbare demokratische Wahlbündnis sich zu diesen Fragen in einer Weise äußern wird, die total der „antihegemonistischen" Linie der „KPD" widerspricht.
- **Die „KPD" ist daher an einer Mitarbeit in einem solchen demokratischen Wahlbündnis nicht interessiert.** Da sie die Chancen eines solchen Wahlbündnisses zudem nicht besonders hoch einschätzt, stellt sich für die „KPD" die Frage eines eigenständigen „antihegemonistischen" Wahlbündnisses nach der Devise „Klein aber rein" – in Perspektive gemeinsam mit MLD, KBW und Teilen der „Komitees" ehemaliger KBW'ler.
- Unabhängig von der Frage einer eigenen Kandidatur zielt aktuell die Taktik der „KPD" darauf ab, die alternative Wahldiskussion negativ zu beeinflussen. Den derzeitigen Schwerpunkt bildet dabei ihr Versuch, eine gemeinsame Stoßrichtung der alternativen Wahlbewegung gegen den CDU/CSU- Kandidaten Strauß zu verhindern. Strauß soll nach Willen der „KPD" geschont werden, weil sie in ihm einen „wachsamen und weitsichtigen Politiker" im Sinne ihres „antihegemonistischen Kampfes" sieht.
- **Es muß auch befürchtet werden, daß die „KPD" (eventuell gemeinsam mit Teilen der Ex-KBW-„Komitees") nach Bremer Muster Provokationen unternimmt, die insbesondere die linken Teile der Wahlbewegung gegenüber den rechteren „Grünen" schwächen könnten.**
- Nach den bisherigen Erfahrungen wird sich die „KPD" bei dieser Taktik vorzugsweise einer super-„linken" Phraseologie bedienen und eine entsprechende Bündnispolitik gegenüber „Spontis", Wahlboykott-Anhängern usw. versuchen. Während die „KPD" selbst die Zusammenarbeit mit CDU'lern anstrebt (wie auf der berüchtigten „Lissabonner Konferenz" im Mai 78 bereits praktiziert) und sich programmatisch zur „Einheitsfront mit Teilen der Monopolbourgeoisie" (gegen den „Sozialimperialismus") bekennt, wird sie mit Phrasen über „parlamentarische Illusionen" oder „Ablenkung vom Kampf gegen die SPD" auf Dummenfang gehen.

„Nazi-Umtriebe?" – „Alles KGB-gesteuert!"

„Der KGB oder andere kommunistische Geheimdienste veranlassen – wie inzwischen unwiderlegbar bewiesen ist – Hakenkreuzschmierereien auf jüdischen Friedhöfen bei uns. DKP und SED schulen Subversanten, die rechtsradikale Mini-Organisationen gründen und mit stupiden neonazistischen Sprüchen für weithin sichtbares öffentliches Ärgernis sorgen. Ein paar kommunistische Hetzblätter zunächst und anschließend auch offizielle SPD-Organe übernehmen es, Verbindungslinien zwischen diesen Umtrieben und Namen wie Springer, Löwenthal und Strauß zu konstruieren". So tönt im neuesten „Deutschland-Magazin" CSU-Chef Strauß zum Thema **„angebliches Wiederaufleben des Rechtsradikalismus".**

Vom Tenor her völlig gleichlautend heißt es zum selben Thema in der Juli-Ausgabe der NPD-offiziellen „Deutschen Stimme", *„daß der gegenwärtige Neonazi-Rummel von Provokateuren und Dummköpfen angelegt wurde, um dem deutschen Volk Schaden zuzufügen und neue Vorwände zu seiner Erpressung zu liefern, wie das schon einmal 1959 der Fall war. Damals hatte das sowjetrussische KGB und der Verfassungsschutz seine Hand im Spiel".*

Seit ziemlich genau 20 Jahren verbreiten die CDU/CSU und die Nazis selbst immer wieder diese Lüge von den „KGB-gesteuerten Nazi-Umtrieben".

Das erste Mal tauchte diese Geschichte 1959 auf, als ein Hakenkreuz an die Kölner Synagoge geschmiert worden war. Adenauer persönlich beschuldigte damals den sowjetischen Geheimdienst KGB. In der Folgezeit wurde zwar ein Kommunist verhaftet, nach Monaten aber o h n e irgendeinen Beweis wieder freigelassen. V e r u r t e i l t wurden wegen Hakenkreuzschmierereien damals ausschließlich Mitglieder und Sympathisanten der neofaschistischen Deutschen Reichspartei.

Zu dem damaligen Vorfall schreibt der Ex-SPD-Verfassungsschützer Günter Nollau in seinen Memoiren: *„Das Amt* (= Verfassungsschutz – Anm. AK) *untersuchte den Fall. Noch ehe wir fertig waren, behauptete Gehlens Organisation* (der Bundesnachrichtendienst – Anm. AK), *die Hakenkreuze seien von der illegalen KPD geschmiert worden. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben nichts, was geeignet war, diese Information zu bestätigen. Meine Organisation hatte in der KPD Dutzende von geheimen Vertrauensleuten. Ich ließ alle befragen. Keiner kannte Anweisungen der Partei, Hakenkreuze zu malen".*

Seit damals aber wird diese Legende gehandelt und gehört zum festen Inventar der rechten Demagogie. Von der „Deutschen Wochen-Zeitung" bis zur Springer-Presse findet sie sich genauso wie im „Sturm" (Herbst 77), der Zeitung der „Hansa"-Bande, die SDAJ-Mitglieder beim Malen von Hakenkreuzen gesehen haben wollte. Der Strauß-Intimus und frischgebakkene bayerische Innenminister Tandler erklärte kürzlich, ihm seien zwar keine Beweise für die Verfassungswidrigkeit der „Wehrsportgruppe Hoffmann" bekannt; es sei aber „überlegenswert", ob nicht die DDR diese Gruppe finanziere! („PDI", 1.7.79). Es gibt in der Tat einiges an Nazi-Prominenz, das offenbar in der BRD bessere Möglichkeiten für seine Umtriebe vorzufinden glaubt als in der DDR: Sowohl Schönborn als auch Hoffmann kamen Anfang der 50er Jahre aus der DDR. Auch die Nazis Rahl (NSDAP-Westberlin) und Priem (NS-Kampfgruppe Priem, heute ebenfalls Westberlin), kommen beide aus der DDR – sie saßen dort wegen rechter Umtriebe im Knast und wurden von der Bundesregierung freigekauft.

CDU und Nazis – Keine Berührungspunkte?

Ebenso wie die Nazi-Gruppen selbst in der Sicht der Herren Strauß, Tandler und Geistesverwandter eine Erfindung des KGB sind, um „Deutschland" zu schaden, so sind auch alle Meldungen über Verbindungen der CDU/CSU zu Nazis nur eine Erfindung „linker Fanatiker".

„Doch eines vermochte die Rechtsradikalismus-Propaganda nicht umzufälschen: In den Unionsparteien gibt es weder programmatische noch personelle Berührungspunkte zu den Neonazis." – So Strauß im „Deutschland-Magazin".

Es ist also alles falsch, was bisher zu diesem Thema gesagt wurde:

- daß CDU- und CSU-Mitglieder regelmäßig im „Hilfskomitee südliches Afrika" mit NPD-Leuten konferieren;
- daß im rechten „VDA" CDU- wie NPD-Leute ihre Hände im Spiel haben;
- daß in der „Deutschlandstiftung" bis vor wenigen Jahren rege Kontakte zu Neonazis bestanden;
- daß es Wahlabsprachen zwischen CDU-Mitgliedern und NPD gegeben hat;
- daß Strauß in seiner Sonthofener Rede ein politisches Programm verkündet hat, das einen Vergleich mit den Nazis nahelegt.

Wie Strauß heute schon mit Antifaschisten umspringt, die diese Tatsachen veröffentlichen, macht das Beispiel des „Pressedienst Demokratische Initiative" (PDI) deutlich, den Strauß mit höchstrichterlichem Segen als „kommunistische Tarnorganisation", seine Mitglieder als „Untergrundkommunisten" diffamieren darf.

Zum richtigen Zeitpunkt hat der PDI ein neues Buch auf den Markt gebracht, das am Beispiel Bayern und der Strauß-CSU „Berührungspunkte" zwischen CDU/CSU und Nazis zusammenträgt.

PDI-Taschenbuch 2: „Rechtstendenzen in der Bundesrepublik – eine notwendige Auseinandersetzung", 6,60 DM.

Antifa-Kommission Hamburg

Widersprüche im DGB zu Strauß

Die DGB-Spitze setzt ihren Kurs der Anpassung an einen Kanzlerkandidaten fort. Allen Ernstes ließ DGB-Pressesprecher Preussner am 19.7. gegenüber der Presse verkünden, daß die Materialien des CSU-Generalsekretärs Stoiber zur Spaltung der Gewerkschaften nicht der Meinung von Strauß entsprächen: Dieser habe sich ,,*internen Kreis ... eindeutig gegen die Pläne seines Generalsekretärs Edmund Stoiber*'' ausgesprochen (,,Süddeutsche Zeitung'' — ,,SZ'', 20.7.79). Prompt kam das Dementi der CSU-Landesleitung. Berichte, daß Strauß für die Einheitsgewerkschaft sei, seien ,,*in jeder Hinsicht falsch*''. Die CSU vertrete in ihrem Grundsatzprogramm ,,*gewerkschaftliche Pluralität*'' und lasse sich nicht ,,*das Recht und die Pflicht absprechen, wichtige gesellschaftspolitische Themen zu diskutieren*'' (ebenda).

In den Einzelgewerkschaften des DGB deutet sich allerdings eine Differnzierung an, die Ausdruck starker Unterschiede in der Beurteilung eines Kanzlerkandidaten Strauß sind und zeigen, wie notwendig diese Diskussion in den Gewerkschaften ist, die nicht den DGB-Oberen überlassen werden darf.

Am schärfsten tritt dieser Widerspruch zur Zeit in der IG Metall auf. Deren Vorsitzender Loderer gehört zu denen, die wiederholt ihre untertänigste ,,Loyalität'' gegenüber einem ,,demokratisch gewählten Kanzler Strauß'' betonten (siehe AK 158). Ganz im Gegensatz zu Loderer führt die jüngste Ausgabe der IGM-Zeitung ,,metall'' (vom 18.7.79) eine scharfe Abgrenzung von Strauß und bietet ihren Mitgliedern eine ausgezeichnete Übersicht und Charakterisierung über Taten und Vorstellungen des F.J. Strauß. Dies wiederum hat Loderer zu einer vorsichtigen Distanzierung von der ,,metall'', deren Mitherausgeber er ist, veranlaßt. Die IG Metall wolle Strauß ,,*weder dämonisieren, noch emporschmähen*'', die Attacken in der ,,metall'' gegen Strauß seien zwar heftig, jedoch wolle er ,,*Äußerungen der IG Metall-Zeitung nicht reglementieren oder zensieren, er werde jedoch mit den Redakteuren ,reden'* '' (,,Frankfurter Rundschau'' — ,,FR'', 30.7.79). Hier droht also der Versuch, daß die IGM-Spitze in Übereinstimmung mit den maßgeblichen DGB-Führern versucht, einer fortschrittlichen Gewerkschaftszeitung einen Maulkorb umzubinden, ganz im Sinne der SPD-Parole, Strauß nicht zu ,,dämonisieren'' (Herbert Wehner), sprich: die Gefahren, die von einem Kanzler Strauß in diesem Falle für die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften drohen, nicht anzugreifen. Hier ist einiger Zündstoff in den Gewerkschaften angelegt.

***

,,metall": Strauß — ,,Kandidat des großen Geldes"

,,*Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen*''. Dieses Strauß-Zitat aus der berüchtigten Sonthofener Rede ziert die Titelseite der ,,metall'' vom 18.7.79. Ansonsten ist der Titel ganz in schwarz gehalten. ,,*Es liegt nicht daran, daß uns zu Strauß nichts mehr eingefallen wäre. Warum dieses Titelbild so schwarz ausgefallen ist, hat seine Ursache in sich selbst*'', heißt es in einer redaktionellen Erklärung. Nachdem die Redaktion auf ihre ständigen Bemühungen verwiesen hat, Strauß und seine Praktiken zu entlarven, betont sie am Schluß: ,,*Kreide fressen nützt nichts — allen Abwieglern zur Mahnung. Metall bleibt in der Tradition, gegenüber Strauß recht zu haben. Darum auf den Seiten 10 bis 13 in dieser Ausgabe eine weitere Analyse darüber, warum der Mann für alle Arbeitnehmer in diesem Lande so gefährlich ist.*''

Diese wohltuende Stellungnahme der ,,metall''-Redaktion wird fortgesetzt in dem erwähnten Artikel. Unter der Überschrift der ,,*Kandidat des großen Geldes*'' wird zunächst dargelegt, wie die ,,metall'' dazu beigetragen hat, die Gewerkschaftspläne der CSU zu enthüllen und was diese Pläne aussagen (s. AK 156). Die ,,metall'' wertet die zentralen Aussagen der ,,Stoiber-Papiere'', indem sie sagt, Strauß wolle schon ,,*Zwangsarbeitskammern, wenn er dort das Sagen hätte, er würde gerne den DGB unterwandern, wenn ihm die nötigen Arbeiterbataillone zur Verfügung ständen. Er würde gern den DGB fraktionieren, wenn er sich fraktionieren ließe und die CSU die Oberfraktion würde. Er würde gerne eine eigene Staatsgewerkschaft gründen, wenn sie wie in Chile das Monopol hätte. Und er würde natürlich auch mit dem CGB etwas Großes anfangen, wenn er nicht so erbarmungswürdig klein wäre. Nein, die fünf Punkte sind Spielmaterial, wichtiges Spielmaterial, das nur einem Zweck dient: Es soll den Deutschen Gewerkschaftsbund erpressen, so wie sich die Christlich Demokratische Union erpressen ließ*'' ... ,,*Doch hier haben sich einige Herren verrechnet. Strauß konnte die CDU erpressen — doch mit dem DGB funktioniert* dieses Spielchen nicht. Schon gar nicht mit der CSU-Chaoten-Parole: ,*Vor jeder Diskussion um eine vierte Partei sollte zuerst eine Diskussion über eine zweite, dritte und vierte Gewerkschaft geführt werden'. Die CDU konnte man mit solchen Parolen einseifen, die deutsche Einheitsgewerkschaft nicht.*''

***

GHK: ,,Es ist Zeit zum Aufstehen"

In der Augustausgabe der ,,Holzarbeiterzeitung'' (Gewerkschaft Holz und Kunststoff) nimmt die Redaktion kritisch zu den Diskussionen im DGB Stellung. Da heißt es: ,,*Aber dieser Ruck nach rechts, den Strauß ausgelöst hat, trifft nicht nur die Union, sondern drängt die übrigen Parteien in die gleiche Richtung. Auch die Gewerkschaften werden wohl von diesem Trend nicht verschont bleiben. Das gilt selbst dann, wenn die CSU-Pläne zur Gründung einer eigenen Gewerkschaft nicht realisiert werden.*''

Zu den Stoiber-Papieren schreibt die GHK: ,,*Selbstbeschwichtigungen mancher verantwortlicher Kollegen, all das seien Versuchsballons ... von denen der CSU-Parteichef nichts wisse, bringen uns nichts. Denn sie vergessen offenbar, daß die Parole ,Strauß ist unser Programm' nach wie vor gilt ... Der Streit, der von den Gewerkschaften weder gewünscht noch gar veranlaßt wurde, muß um unserer Organisation willen durchgestanden werden. Denn das ,wollen-wir-mal-abwarten-was-kommt' oder ,lassen-wir's-mal-laufen' ist keine Politik. Es ist Zeit zum Aufstehen*''.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

,,Sozialistische Dreckwerfer"



,,*Sozialistische Dreckwerfer*'', pöbelt die CSU im ,,Bayernkurier'' gegen die Gewerkschaftszeitung ,,Metall'', weil F.J. Strauß ,,diffamiert'' worden sei.

Hier nun von den Diffamierungen des Vorsitzenden einige ,,Kostproben'', die ,,*das Schlimmste fürchten lassen*'' (,,Bayernkurier''):

Auf der Titelseite von ,,Metall" prangte in dicken gotischen Lettern über einem Bild von Strauß der Titel ,,Sein Kampf" — ,,*eine eindeutige Anlehnung an den Buchtitel ,,Mein Kampf'* '' , wie die ,,FAZ" sehr intelligent feststellte.

Das ,,Sozialdemokrat-Magazin" hat in seiner Juli-Ausgabe einen Autoaufkleber angeboten, auf dem Hitler von einer Wolke auf die Umrisse der BRD herabblickt und den Satz ,,Strauß will Kanzler werden" mit einem selbstzufriedenen ,,Sauber" kommentiert.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Lutz soll nach der Nominierung von Strauß geschrieben haben: ,,Habemus Satan" (,,Wir haben einen Teufel" — in Anlehnung an den entsprechenden Ausruf nach einer Papstwahl).

Der ,,Bayernkurier'' nennt diese Äußerungg einen ,,*Niedergang des politischen Stils*'' und bescheinigt Lutz bitter ,,*unzulängliche Lateinkenntnisse*''.

Auf einem Schweinfurter Kinderfest hatten die ,,Falken'' kürzlich eine Schießbude aufgebaut. Auf die Zielscheibe eines Pfeilwurfspiels war ein Aufkleber mit einer Strauß-Karikatur und der Aufschrift ,,Wollt ihr den?" geklebt. In der ,,FAZ" (26.7.) wurden aus den Wurfpfeilen gar ,,lanzenartige Wurfgeschosse". — Die Schweinfurter CSU sprach von einem ,,*Angriff auf die Menschenwürde*". (,,SZ", 20.7.).

Gekränkt zeigte sich der ,,Bayernkurier'' auch über eine Karikatur in der ,,tz" aus München, die die ,,Grenzen des Geschmacks" verletzt habe: Strauß als Wolf, der Kreide gefressen hat, klopft bei den Geißlein (Wähler) an: ,,Aufmachen! Ich bin eure liberale, tolerante, elastische und gelenkige Mutti!". Laut ,,FAZ" ist der CSU noch eine Diffamierung durch die Lappen gegangen: In einer Gewerkschaftszeitung ,,*wurde Strauß als Schwein gezeichnet, vor dessen Kopf Knochen mit der Aufschrift ,Arbeitnehmer' liegen*". (,,FAZ", 26.7.).

Antifa-Kommission Hamburg



tz, München

„Aufmachen! Ich bin eure liberale, tolerante, elastische und gelenkige Mutti!"

Strauß — Ein Faschist!

Unter diesem Motto stand unser Infostand, den wir von der Frankfurter KB-Frauengruppe am 28.7. in der Innenstadt druchführten.

Auf einer großen Stellwand waren mehrere Wandzeitungen zu lesen, die auch ein interessiertes Publikum fanden: »Die Worte des Vorsitzenden F.J.Strauß« — eine über die Nazi-Vergangenheit von Strauß, eine über die Kette der Skandale, in die er verwickelt war, eine zu den Vorstellungen der CSU, wie die Gewerkschaften zerschlagen werden sollen, sowie eine mit der Überschrift »Ungeborenes Leben woll'n sie retten, geborenes legen sie in Ketten«. Damit wollten wir vor allem gegen den menschenfeindlichen Zynismus und die Verhöhnung der Frauenrechte protestieren, die sich in dem Zitat eines CSU'lers ausdrückt, Abtreibung sei »organisierter Massenmord wie Auschwitz«!

Die Reaktionen waren ziemlich gemischt. Einerseits haben wir gut verkauft,z.B. unsere Frauenbroschüre (Dokumentation: Frauen und Faschismus), und auch einige AK's; die Flugblätter »Strauß — ein Faschist« waren schnell verteilt. Wir machten auch die positive Erfahrung, daß eine Menge Leute, die erstmal von ihrer äußeren Erscheinung her nicht zur ,Szene' gerechnet werden können, die Aufkleber »Strauß — Nein Danke« kauften und die es gut fanden, daß wir so an die Öffentlichkeit gehen.

Andererseits gab es deutliche und manchmal erschreckende Ablehnung zu spüren, wobei der Spruch »Geht doch rüber« noch zu den harmlosesten gehörte. Der Tenor aller dieser Anmachen war: Hoffentlich kommt endlich der Strauß ran, damit sowas wie ihr nicht mehr auf der Straße steht!

Teilweise bildeten sich auch erregte Diskussionen zwischen Gegnern und Anhängern von Strauß vor dem Stellschild — ein Zeichen dafür jedenfalls, daß das ,Thema Strauß' auf lebhaftes breites Interesse stößt. Von daher hat uns der Vormittag auch allen viel Spaß gemacht.

KB-Frauengruppe Frankfurt

Strauß droht H. Broder mit Prozeß

Daß die CSU/CDU und ihr Umkreis (zu erinnern ist an Ziesel/Deutschland-Stiftung!) und natürlich CSU-Chef Strauß selbst nicht gern an die Nazi-Vergangenheit erinnert werden, schon gar nicht, wenn sie selbst etwas damit zu tun haben sollen, ist bekannt. Strauß beispielsweise war seine Namens-Schreibung mit dem Doppel-S erst unlängst einen Prozeß gegen den ,,Arbeiterkampf'' wert. Nun geht es um ein Strauß-Zitat, das seit 1969 (als es die ,,Frankfurter Rundschau'' zum erstenmal brachte) bekannt und mehrfach — in verschiedenen Büchern, Zeitschriften usw. — nachgedruckt wurde: **,,Ein Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen vollbracht hat, hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen''.** Diese aufschlußreiche Äußerung zur Vergangenheits-Bewältigung fand auch der jüdische Journalist Henryk M. Broder in seinem 1978 erschienenen Buch ,,Deutschland erwacht — Die neuen Nazis'' (Lamuv-Verlag) zitierenswert. Kein Mensch käme auf den Gedanken, das Auschwitz-Zitat n i c h t Strauß zuzutrauen — dieser jedoch ließ seinen Anwalt in Aktion treten, der vom Lamuv-Verlag ultimativ die Original-Quelle des Strauß-Ausspruches zu erfahren verlangte. (Übrigens auch noch die eines anderen, ähnlichen Zitats von Strauß, das Broder ebenfalls abgedruckt hatte). Die CSU droht, der ,,Rechtsstreit'' werde in Richtung ,,gerichtliche Auseinandersetzung fortgesetzt werden. (,,Zeit'', 3.8.).

Strauß statt Striptease

Fast 500 Mitglieder hat die CDU durch die Wahl von Franz Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten der Union verloren. Immerhin, wäre man geneigt zu sagen...

...wenn nicht während der gleichen Zeit 800 Neuzugänge bei der CDU zu verzeichnen gewesen wären; unter dem Strich also ein Plus von 300! Das ergab jedenfalls laut »Welt« (23.7.) eine Umfrage der »Bild«-Zeitung bei den CDU-Landesverbänden.

Eine interessante Vergleichszahl: Als die CDU auf ihrem Kieler Parteitag Striptease-Tänzerinnen mit nacktem Busen auftreten ließ, traten 200 Mitglieder aus. Von Eintritten ist nichts bekannt.



Interview mit Ossip K. Flechtheim

(Unterstützer der Grünen bei den Europawahlen)

Frage: *Herr Professor Flechtheim, worin sehen Sie die Gründe dafür, daß der extremste rechte Exponent in der CDU/CSU, Strauß, als Kanzlerkandidat aufgestellt wurde?*

Flechtheim: Ich glaube, die Antwort muß wohl vielschichtig sein. Um zunächst einmal von dem Äußeren und vielleicht Sekundären auszugehen: Zunächst haben wohl innerparteiliche Probleme eine große Rolle gespielt; Herr Strauß hat immer wieder mit Spaltung der CDU/CSU gedroht, damit, daß er die CSU von der CDU ganz loslösen wird, daß er sie auf die Bundesrepublik außerhalb Bayerns erstrecken wird, daß er eventuell mit anderen rechten Gruppierungen, Parteien usw. zusammengehen wird. Ich nehme an, daß eine ganze Reihe von auch gemäßigteren Leuten in der CDU sich gesagt haben: Der Strauß ist im Stande, hier so etwas wie eine neue, relativ große und einflußreiche Partei rechts von uns aufzubauen, und wir kommen dann in eine schwierige Lage, weil wir dann eingeklemmt sind zwischen dieser Rechtspartei und der SPD, und außerdem natürlich noch als gemäßigte Rechtspartei oder Partei der rechten Mitte mit der FDP konkurrieren müssen.

Aus rein parteipolitischen Erwägungen, parteiegoistischen Erwägungen heraus muß Strauß in irgendeiner Form besänftigt – appeased sagt man –, befriedet werden. Nun kann man sagen, daß es überhaupt in den Parteien gar nicht so selten ist, daß die Führung eher rechts als links „angesiedelt" ist. Wenn Sie etwa die FDP nehmen: Genscher ist ja auch kein Mann der Linken, ja auch eher der Rechten als der Mitte, und Schmidt ist sicherlich kein Mann der Linken oder auch nur der Mitte, sondern eher der Rechten, so daß es also auch von daher gar nicht so ungewöhnlich ist, daß in einer Partei jemand, der ziemlich weit rechts steht, sich durchsetzt und Führer und Kanzlerkandidat wird.

Ich kann mir auch vorstellen, daß eine ganz andere Erwägung bei einigen mitgespielt hat, nämlich die: Das ist eine Gelegenheit, den Strauß endlich mal loszuwerden. Wenn der jetzt aufgestellt wird, und – wofür ja einiges spricht – nicht gewählt wird, dann ist das eine solche Blamage, eine solche Niederlage, daß wir ihn in der Bundesrepublik außerhalb Bayerns los sind.

Männer wie Albrecht und Kohl sagen sich vielleicht, dann ist bei der übernächsten Wahl 1984 das Feld frei, und dann kann einer von uns endlich mal den Sieg davontragen.

Erwägungen mögen auch eine Rolle gespielt haben, daß Strauß, wenn er Kanzler würde, nicht so „radikal", so extrem auftreten würde, daß er aus der ‚staatsmännischen Position' heraus zur Mäßigung gezwungen würde. Man würde ihn also in gewisser Beziehung „einbinden"; er würde einen Rechtskurs steuern, aber keinen Katastrophenkurs, keinen wilden Kurs, d.h. einen maßvollen

le gespielt haben, daß Strauß, wenn er Kanzler würde, nicht so „radikal", so extrem auftreten würde, daß er aus der ‚staatsmännischen Position' heraus zur Mäßigung gezwungen würde. Man würde ihn also in gewisser Beziehung „einbinden"; er würde einen Rechtskurs steuern, aber keinen Katastrophenkurs, keinen wilden Kurs, d.h. einen maßvollen

Rechtskurs. All das erinnert in fataler Weise an die Situation 1933, wo ja auch sehr viele Konservative, Deutschnationale, aber auch Reichswehr, Schwerindustrie usw. dafür waren, Hitler zum Reichskanzler zu machen, weil sie sich sagten: Auf der einen Seite bringt er uns die Unterstützung der Massen, auf der anderen wird er aber als Reichskanzler von seinen wildesten Vorstellungen loskommen, und wird umgeben von den anderen gemäßigteren Konservativen schon eine relativ vernünftige, – d.h. natürlich konservative Politik, aber keine Katastrophenpolitik betreiben. Solche Erwägungen mögen durchaus eine Rolle spielen, wobei ich betonen möchte, daß die Situation heute anders ist. Strauß ist kein Hitler. Strauß würde sicherlich nicht wieder einen Zwei-Fronten-Krieg riskieren. Ich glaube, daß er einfach mehr Fingerspitzengefühl und Einsicht in internationale Machtverhältnisse hat. Er würde sich hüten, die Sowjetunion frontal anzugreifen. Er würde also nicht wie Hitler eine Vabanque-Politik spielen. Daß er freilich aus der gesamten Situation heraus auch unter Umständen große Risiken eingehen und ein gefährliches Spiel spielen könnte, halte ich für möglich; das heißt also, daß diese Vorstellung von der Einbindung auch wieder problematisch ist.

Es gab einmal dieses Wort von dem damaligen amerikanischen Außenminister Dulles: Sich am Rande des Krieges bewegen. Und das könnte ich mir bei Strauß auch vorstellen: verstärkte Aufrüstung, eventuell gewisse Konflikte riskieren; immer in der Erwartung, wir werden schon im letzten Moment zu einer für uns vorteilhafteren Einigung kommen – was aber auch schiefgehen kann.

Noch ein Punkt: Auch in der CDU besteht wohl, nicht nur auf dem rechten Flügel, die Vorstellung, wir gehen schweren Zeiten entgegen, gewisse soziale und sonstige Konflikte sind nicht zu vermeiden, wir haben nicht mehr dieses Wirtschaftswachstum vor uns, wir müssen also das, was wir haben, so verteilen, daß die Arbeiter und die Gewerkschaften nicht zu viel davon abbekommen, daß die Rentabilität und Profitabilität des Kapitals gewahrt bleibt. Dazu brauchen wir aber einen starken Mann, der auch mal einen Konflikt mit den Gewerkschaften wagt und der auf der anderen Seite auch wieder eine gewisse Massenunterstützung hat, der mindestens sagen kann, in Bayern stehen nicht nur die Oberschichten, sondern auch viele Arbeiter hinter mir; aber ich habe auch Sympathien in gewissen Kreisen in der Bundesrepublik. Also wieder die Vorstellung eines echten Rechtskurses, der auch über die – ich würde sagen – maßvoll konservative Politik der jetzigen Regierung noch hinausgehen würde. Aber das heißt nicht, und das möchte ich betonen, daß, wie vielleicht der eine oder andere meint, mit Strauß sozusagen ein neuer Hitler da ist, eine neue faschistische Diktatur mit Auschwitz und Herausforderung der ganzen Welt.

Frage: *Sie nannten eben zu Anfang hauptsächlich parteipolitische Gründe für die Nominierung von Strauß als Kanzlerkandidaten. Nun hat Strauß ja in seiner Sonthofener Rede sich als den Mann für die Krise vorgestellt. Meines Erachtens gibt es heute aktuell kaum Anzeichen für eine handfeste Krise, die von heut' auf morgen – oder von einem Jahr aufs andere – vor der Tür stehen würde. Die Stellung der SPD/FDP ist relativ konstant. Meinen Sie, daß sich hinter der Nominierung von Strauß als Kanzlerkandidaten die Vorbereitung auf handfestere Krisensituationen verbergen?*

Flechtheim: Ich kann mir vorstellen, daß man sich sagt, wenn alles gut geht, kommen wir so einigermaßen um die Runde, aber wir müssen damit rechnen, daß in Folge der Rohstoffverknappung, der Ölkrise usw. usf. doch die Wirtschaftslage sich in ein, zwei, drei Jahren wieder verschlechtern wird (auch die Gewerkschaften sprechen gelegentlich von zwei Millionen oder zweieinhalb Millionen Arbeitslosen in den 80er Jahren), und da brauchen wir eben einen entschlossenen Mann wie Strauß, nicht einen Zauderer wie Kohl.

Frage: *Welche Chancen räumen Sie dem Kanzlerkandidaten Strauß ein?*

Flechtheim: Das ist eine Frage, die ich eigentlich nicht beantworten kann; aber man könnte davon ausgehen: 50 zu 50. Das soll heißen, daß also wirklich die beiden Gruppierungen ganz nahe aneinander kommen werden. Wenn Sie mich festlegen wollen: 49 zu 51; Also es

Frage: *Welche Chancen räumen Sie dem Kanzlerkandidaten Strauß ein?*

Flechtheim: Das ist eine Frage, die ich eigentlich nicht beantworten kann; aber man könnte davon ausgehen: 50 zu 50. Das soll heißen, daß also wirklich die beiden Gruppierungen ganz nahe aneinander kommen werden. Wenn Sie mich festlegen wollen: 49 zu 51; Also es

scheint mir im Augenblick so, als wenn Schmidt und die sozialliberale Koalition – das sagen ja auch wohl die mit Vorsicht zu genießenden Meinungsbefragungen – noch immer ein gewisses Übergewicht hat. Wenn die Wirtschaftslage oder die sonstige Lage sich nicht sehr verschlechtert, kann ich mir vorstellen, daß der nüchternere, der hanseatische, der norddeutsche Schmidt gegenüber dem Bajuwaren Strauß doch die größere Anziehungskraft hat, schon deshalb, weil ja die Nicht-Bajuwaren, die Norddeutschen (wie sagt Strauß: die Nordlichter?) in der Bundesrepublik einfach zahlenmäßig erheblich überwiegen. Es leben – ich weiß nicht wieviel – drei- oder viermal so viel Leute in Nordrhein-Westfalen wie in Bayern.

Frage: *Sie vertrauen also nicht darauf, daß sich viele Wähler auch der CDU empört von einem Kanzlerkandidaten Strauß abwenden werden, sondern Sie halten es durchaus für möglich, daß Strauß innerhalb des nächsten Jahres eine gewisse Anziehungskraft entwickeln könnte?*

Flechtheim: Ja, ich glaube nicht, daß es einen Erdrutsch geben wird. Es werden vielleicht mehr Wähler als früher sich der Stimme enthalten; es werden sicherlich einige bisherige CDU-Wähler FDP wählen. Ich kann mir vorstellen, daß sogar aus den Kreisen der christlichen Sozial-Ausschüsse der eine od andere Arbeiter auch SPD wählt, aber ich glaube nicht an einen Erdrutsch.

Frage: *Welche Auswirkung könnte diese Kandidatur auf das Parteienspektrum haben? Ist die FDP beispielsweise von der Fünf-Prozent-Klausel bedroht?*

Flechtheim: Ja, aber zunächst ein paar Worte über das Parteienspektrum überhaupt:

Diese Kandidatur führt sicherlich – und wir sehen das ja bereits in den allerersten Anfängen – zu einer gewissen Polarisierung. Der Eindruck entsteht, daß die CDU/CSU noch mehr als bisher von der Mitte weg nach rechts rückt, und selbst wenn die anderen Parteien ihre jetzige Position halten, erweitert sich dadurch der Abstand, ohne daß das nun dramatische Ausmaße annehmen muß.

Andererseits folgt wohl aus der Kandidatur von Strauß, daß es nicht zu einer Vierten Partei auf der Rechten kommen wird, und auch nicht zu einer Spaltung der CDU und CSU, daß also insofern das bisherige Parteiensystem sogar in gewisser Beziehung bewahrt und erhalten wird; was vielleicht für manche auch ein Grund war, sich schließlich doch nicht gegen Strauß auszusprechen.

Nun sehe ich eine Möglichkeit darin, daß die FDP unter der Fünf-Prozent-Grenze bleibt. Es sieht im Augenblick nicht sehr danach aus, weil wahrscheinlich eher einige Wähler – wie ich schon sagte – von der CDU zur FDP gehen werden, ohne daß viele Wähler von der FDP zur CDU/CSU gehen werden. Die FDP-Wähler in Bayern – es sind ja nicht sehr viele – haben alte Vorbehalte gegen Strauß, und in Norddeutschland wird er die meisten FDP-Wähler kaum anziehen.

Möglicherweise wird aber die FDP an der Fünf-Prozent-Klausel scheitern, und dann wäre die Frage etwa die, ob wir nicht zu einem Zwei-Parteien-System kämen, wobei ich es dann für wahrscheinlicher halte, daß die CDU/CSU mehr Stimmen bekommt als die SPD (was ja wohl bisher bei allen, mit Ausnahme der Wahl von 1972, wohl immer der Fall gewesen ist; 1972 hat die SPD 46 % bei den Zweitstimmen bekommen und bei den Erststimmen sogar 49 % – ein Traumergebnis), und ich sehe – um jetzt, wenn Sie wollen, schon zur nächsten Frage zu kommen *(Anmerkung AK: Die nächste Frage lautete: Welche Möglichkeiten sehen Sie, einen Wahlsieg Strauß' zu verhindern?)* – hier ein sehr großes Problem:

Ich würde ganz nüchtern sagen: Es gibt schon einen Unterschied zwischen einer Strauß-Regierung und einer Schmidt-Regierung, auch wenn die eine nicht die Katastrophe bedeutet und die andere nicht die sozialistische klassenlose Gesellschaft. Es gibt schon einen Unterschied, und man sollte schon nicht alles, aber einiges tun, um den Wahlsieg der CDU zu verhindern, und das heißt wohl auch, in dieser Situation dafür eintreten, daß die FDP doch wieder ins Parlament kommt, weil das Risiko, wenn nur SPD und CDU einander gegenüberstehen, doch sehr groß ist.

Es gibt schon einen Unterschied, und man sollte schon nicht alles, aber einiges tun, um den Wahlsieg der CDU zu verhindern, und das heißt wohl auch, in dieser Situation dafür eintreten, daß die FDP doch wieder ins Parlament kommt, weil das Risiko, wenn nur SPD und CDU einander gegenüberstehen, doch sehr groß ist.

Es käme also darauf an, die Fünf-Prozent-Klausel in diesem Fall unschädlich zu machen. Da ist mir durch den Kopf gegangen – das klingt wahrscheinlich sehr unrealistisch, vielleicht sogar verwegen – ob man nicht die beiden Gruppierungen, die im Augenblick von der Fünf-Prozent-Klausel besonders bedroht sind – nämlich die FDP und die Grünen – in irgendeiner Form zusammenspannen könnte. – Wenn FDP und Grüne zusammengehen würden, würden sie sicher über die fünf Prozent hinauskommen und wären dann beide auch im Parlament vertreten; dann könnte die FDP ihre Koalitionspolitik mit der SPD fortführen, und die Grünen könnten von Fall zu Fall unter Umständen kritische Solidarität mit der Koalition bei einer Bedrohung seitens der CDU/CSU üben.

Frage: *Sie sagten eben, daß sich bei der Gegenüberstellung von CDU/CSU und SPD mit der Nominierung von Strauß der Abstand, der politische Abstand zwischen diesen beiden Parteien vergrößern würde. Halten Sie es nicht auch für möglich, daß durch die Nominierung von Strauß das politische Klima in der BRD insgesamt nach rechts sich verschiebt, also die SPD mitgezogen wird, so daß der Abstand sich eventuell doch gar nicht vergrößert?*

Flechtheim: Ja, auch das ist durchaus denkbar. Die SPD sieht ja in Strauß sicher irgendwie eine Bedrohung, nicht nur, daß sie mal wieder den Regierungssessel verliert, sondern auch im Sinne – und das ist durchaus ernst zu nehmen – einer weiteren Entwicklung in Richtung auf ein autoritäres System, auf weiteren Abbau der Demokratie. Sie wird sicherlich aus diesem Grunde fast alles tun, um den Wahlsieg von Strauß zu verhindern, und das heißt wohl auch, sehr stark um die Wähler in der Mitte – oder um die gemäßigt rechten Wähler – sich bemühen. Das heißt aber auch, daß etwa, wenn Strauß der SPD vorwirft, sie sei sozialistisch, die SPD dann sagt: Nein, sozialistisch sind wir ja gar nicht. Wir sind sozial und demokratisch, meinetwegen auch noch christlich und freiheitlich, das seid ihr ja auch, nur wir sind es besser; oder wie vor Jahren einmal der gute Willy Brandt gesagt hat: Wir sind ja alle eine große Familie und wir wollen doch diese Familienstreitigkeiten zwar ernst nehmen, aber nicht übertreiben, und deswegen können eigentlich Wähler, die vielleicht in mancher Beziehung von Strauß angezogen sind, eigentlich auch Schmidt wählen, der nun auch – das hat Brandt damals auch mal überAdenauer gesagt – dasselbe, aber besser. Wobei besser natürlich heißt, daß es doch etwas anders gemacht wrd.

Aber ich weiß nicht, ob die SPD das so durchhalten kann. Es gibt ja immerhin in der SPD einige linke Kräfte (linke jetzt im weiten Sinn, ich würde auch Eppler dazu zählen), die einen gewissen Auftrieb bekommen und die wahrscheinlich während des Wahlkampfes sagen werden: Wir müssen uns auch gegenüber Strauß profilieren. Wenn Strauß etwa als großer Anwalt des raschen Ausbaus der Atomenergie auftritt, können wir nicht sagen, wir bauen die Atomenergie noch besser und noch rascher aus; wir müssen da schon gewisse Alternativen offen halten.

Frage: *Sie hatten eben eine gemeinsame Kandidatur von FDP und Grünen erwogen (oder laut gedacht). Nun gibt es innerhalb der Grünen, oder besser gesagt der alternativen Szene, verschiedene politische Schwerpunkte, verschiedene Richtungen. Meinten Sie bei der Kandidatur FDP/Grüne d i e Grünen, oder sehen Sie auch Möglichkeiten für eine Einigung in der alternativen Szene?*

Flechtheim: Ich würde natürlich eine Einigung begrüßen. Es hat ja eine gewisse Einigung stattgefunden. Ich selber war auf dem Parteitag damals in Frankfurt, wo verschiedene Gruppen sich zusammengeschlossen haben zu dieser gemeinsamen Europa-Liste. Das sind wohl auch die Leute, die – ich glaube, inzwischen hat schon wieder eine Tagung stattgefunden – wahrscheinlich auch für die Bundestagswahlen eine gemeinsame Wahlliste vorbereiten.

Ich würde es begrüßen, wenn weitere Gruppen, Grüne oder auch unabhängige sozialistische Gruppen sich dieser Kombination anschließen würde, so daß sie möglichst stark würde. Aber selbst dann fürchte ich, daß der Durchschnittswähler sagen wird: Ja, ob die über die fünf Prozent 'rüberkommen, das ist doch zweifelhaft. Sie haben jetzt 3,2 Prozent bekommen. Nehmen wir mal an, sie haben sehr viel Glück, dann kommen sie

hängige sozialistische Gruppen sich dieser Kombination anschließen würde, so daß sie möglichst stark würde. Aber selbst dann fürchte ich, daß der Durchschnittswähler sagen wird: Ja, ob die über die fünf Prozent 'rüberkommen, das ist doch zweifelhaft. Sie haben jetzt 3,2 Prozent bekommen. Nehmen wir mal an, sie haben sehr viel Glück, dann kommen sie

auf 4,7 oder auf 4,9 Prozent, und dann ist doch alles letzten Endes für die Katz.

Das ist freilich nicht richtig: Ein solches Wahlergebnis hat doch eine gewisse Bedeutung; aber zunächst unmittelbar rein parlamentarisch gesehen, würden sie ja nicht zum Zuge kommen. Deswegen würde ich zu erwägen geben, ob nicht jene Grünen, (es gibt daneben ja Grüne, die wollen als solche gar nicht kandidieren) die sich wirklich ernsthaft über eine Aufstellung von Listen Gedanken machen, ob die nicht in irgendeiner Form – das müßte man technisch im Einzelnen noch untersuchen – dazu kommen können, eine Lösung zu finden, wobei sie einerseits – was ich ungeheuer wichtig halte – ihre Unabhängigkeit behalten, herausstellen, betonen; aber andererseits doch nicht so sehr auf Kosten der sozialliberalen Koalition, dieser vielmehr sogar indirekt eine gewisse Unterstützung geben.

Eine Möglichkeit wäre da, das ist nicht viel, aber immerhin etwas, daß die Grünen die Erststimmen in den Bundestagskreisen, wo es akzeptable sozialdemokratische oder freidemokratische Kandidaten gibt (also Linke in der einen oder anderen Form, die sich für die Bürgerrechte, gegen die Atomenergie ausgesprochen haben), diesem Kandidaten geben, so daß der unter Umständen dadurch mehr Stimmen bekommen kann als der entsprechende CDU/CSU-Kandidat. Er ist ja dann schon mal als Person gewählt. Aber das wird ja dann verrechnet, und wichtiger ist natürlich die Abgabe der zweiten Stimme. Und da ist die Frage, ob nicht die FDP und die Grünen eine Vereinbarung schließen können, daß sie für diese Wahl eine gemeinsame zweite Liste aufstellen, etwa im Verhältnis 2:1. Dabei müßte man wahrscheinlich davon ausgehen, daß heute die FDP ungefähr doppelt soviel Wähler hat wie die Grünen. Diese Liste hätte dann eine sehr gute Chance, weit über die Fünf-Prozent-Klausel an Stimmen zu bekommen. Dann würden, sagen wir mal an die 40 FDP-Abgeordnete in den Bundestag kommen, und sagen wir mal 20 Grüne, oder 18 Grüne. Damit würde die CDU/CSU so gut wie sicher in der Minderheit bleiben.

Die Schwierigkeit ist sicherlich, den Wählern der FDP einerseits, der Grünen andererseits, klarzumachen, wieso zwei Gruppen, die auch politisch soweit auseinander liegen, zusammengehen können – gerade in Deutschland, wo man ja aus jeder politischen Frage auch eine große Weltanschauungsfrage macht. In anderen Ländern wäre es vielleicht einfacher zu sagen, man kann politisch konträrer Auffassung sein, man kann aber doch unter Umständen rein wahltechnisch zusammengehen, wenn man sich eben nicht als Todfeind versteht. Man kann das nicht mit der NPD machen oder mit einer kommunistischen Partei, die auf die Alleindiktatur ausgeht, aber wenn die Grünen so wie die FDP sagen, wir stehen auf dem Boden des Grundgesetzes, wir sind der Auffassung, daß wir ein Mehrparteiensystem haben werden, wir akzeptieren das – dann

wenn man sich eben nicht als Todfeind versteht. Man kann das nicht mit der NPD machen oder mit einer kommunistischen Partei, die auf die Alleindiktatur ausgeht, aber wenn die Grünen so wie die FDP sagen, wir stehen auf dem Boden des Grundgesetzes, wir sind der Auffassung, daß wir ein Mehrparteiensystem haben werden, wir akzeptieren das – dann

ist nicht einzusehen, warum man

Fortsetzung auf Seite 9

Fortsetzung von Seite 8

nicht hier ein solches Zweckbündnis machen kann, was ja auch nicht bedeutet, daß etwa die Abgeordneten nachher in einer Fraktion bleiben. Sobald sie gewählt sind, gehen sie wieder auseinander, die FDP hat ihre Fraktion und die Grünen haben ihre Fraktion.

Frage: *Da habe ich eine Nachfrage: Bekanntlich unterstützten FDP-Mitglieder – soweit sie an Regierungen beteiligt sind – z.B. den sogenannten Radikalenerlaß. Andererseits ist es möglich, daß bei den Grünen sich Leute finden, die von solch einem Erlaß betroffen sind, d.h. da spielt das Problem der Abgrenzungspolitik eine Rolle. Halten Sie – das im Hinterkopf – eine Kandidatur auf der Grundlage der Gleichberechtigung zwischen FDP und Grünen für möglich?*

Flechtheim: Ja Gleichberechtigung unter Berücksichtigung der Tatsache, daß wohl – soweit man das sehen kann – im Augenblick die FDP ein größeres Wählerpotential hat, daß man also die Listen so aufstellt, daß, wie ich schon sagte, etwa auf zwei FDP-Abgeordnete ein Grüner käme. Es stimmt ja, daß die FDP da ungeheure Missetaten begangen hat, sie ist aber in letzter Zeit davon abgerückt. Es gibt ja eine Reihe von Parteibeschlüssen, gerade auch bei der FDP (die Regierung hält sich leider nicht immer daran), die jetzt wieder relativ liberal lauten, gegen den Radikalenerlaß und ähnliche Dinge. Einige Landesverbände, wie Berlin und Hamburg, haben sich da jetzt eindeutig im Sinne einer liberaleren Politik festgelegt.

Frage: *Welche programmatischen Schwerpunkte sollte sich eine grüne Liste im Bundestagswahlkampf setzen?*

Flechtheim: Etwa in Anknüpfung an das, was bereits gesagt worden ist anläßlich der Europa-Wahl: Abrüstung scheint mir sehr wichtig; als erstes müssen wir versuchen, aus diesem Rüstungswettlauf herauszukommen, der ja früher oder später doch mit einem tödlichen Kriege enden muß, d.h. also auch weiter Entspannungspolitik; Umweltschutz, mit all den ungeheuren Problemen, die das aufwirft, alternative Lebensformen, Drosselung der Industrie, Verzicht oder Minimisierung der Kernenergie; dann scheint wichtig der Schutz der Grundrechte und weitere Demokratisierung, Ausbau der Mitbestimmung und ähnliche Dinge; Justizreform einschließlich Anullierung des Kontaktsperregesetzes, des Radikalenerlasses usw.; Sozialreform, Ausbau der Sozialgesetzgebung, Stärkung der Gewerkschaften, vielleicht als Endziel: Aufhebung des Aussperrungsrechts; Angleichung, Egalisierung in dem Sinne, daß die zu bringenden Opfer in erster Linie von den Wohlhabenderen und Großverdienern gebracht werden, bis in die mittleren Schichten hinein, und daß nicht wie bisher die Unteren noch mit herangezogen werden, sondern im Gegenteil ihr Status möglichst noch etwas ausgebaut wird; also dieser ganze Komplex der Sozialleistungen und dann als letztes, aber durchaus nicht unwichtig, eine ganz andere Haltung zur Dritten Welt, d.h. echter internationaler Lastenausgleich. Ein Weltplan zur Beseitigung von Not, Elend und Hunger in der Dritten Welt.

Diese Frage *(nach einer Alternativen Liste)* kann ich heute nicht beantworten. Eine unabhängige Alternativliste kann nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Die Entscheidung wird von der Lage 1980 abhängig zu machen sein. Wir können heute noch nicht übersehen, welches die wirtschaftlichen oder politischen Bedingungen für eine erfolgversprechende linke Strategie in mehr als einem Jahr sein werden.

IMPRESSUM

ARBEITERKAMPF
Herausgeber, Druck und Verlag: Verlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 53 46; V.i.S.d.P. H. Eckhoff/Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 55,-- im Abruf, sonst PSchA Hamburg, 240595-203; Einzelpreis DM 2,--; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe: 10.000

Einem Teil dieser Auflage ist Prospektmaterial beigelegt.

Interview mit Prof. Jürgen Seiffert

Prof. J. Seiffert lehrt an der Uni Hannover Politik. Er gilt als Verfassungsexperte. Zu seinen Veröffentlichungen gehört eine Untersuchung zu F.J. Strauß. J. Seiffert wurde wegen seiner Aktivitäten für den SDS aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen.

Frage: Wie beurteilen Sie die Strauß-Kandidatur im Hinblick auf das Wählerverhalten gegenüber der SPD?

Seiffert: *Das sogenannte Wählerpotential der SPD bröckelt ab, und Schmidt hat alles getan, daß es abbröckelt. Insofern kann er zufrieden sein, daß Strauß für die SPD Wählerpotential mobilisiert. Strauß ist, wenn man so will, die stärkste Wahllokomotive für die Sozialdemokratische Partei. Auf der anderen Seite muß ich sagen, daß Schmidt diesen Kandidaten Strauß selbst mitproduziert hat. Wer wie Schmidt die beste CDU-Politik macht, die es je gab, und die Liberalen innerhalb der CDU an den Rand gespielt hat, der mußte damit rechnen, daß ein Rechtsaußen innerhalb der Unionsparteien damit auch einmal zum Zuge kommt.*

Frage: Wird es Ihrer Meinung nach durch die Strauß-Kandidatur zu einem SPD-Wahlkampf kommen, der keinerlei Zugeständnisse an die SPD-Skeptiker von links und die Umweltschützer machen muß?

S.: *Ich möchte eigentlich zunächst sagen, daß ich der SPD schon seit Jahren, seit Jahrzehnten keine sozialistische Position zumesse, sondern von ihr und da unterscheide ich mich von den Jungsozialisten, von ihr allenfalls das erwarte, was man die Rolle einer demokratischen Partei nennen kann, da sie eine wichtige Funktion in der Abwehr von Tendenzen zum autoritären Staat, in der Abwehr von faschistoiden Tendenzen spielen kann. Leider Gottes hat die SPD diese Abwehrfunktion von autoritären Tendenzen nicht immer wahrgenommen, sie ist nicht das demokratische Schutzschild, was sie ihren ganzen Programmen nach immer sein will. Sie produziert Exekutivmacht, Exekutivstaat. Und trotzdem erwarten doch viele Wähler von der SPD, daß sie diese Abwehrrolle, diese Abwehrfunktion gegenüber dem autoritären Staat wahrnimmt.*

Nun würde ich sagen, daß man Strauß nicht verteufeln, auch nicht dämonisieren darf – ich habe die Spiegel-Affäre analysiert, ich habe mich in der Frühzeit viel mit den Affären von F. Strauß auseinandergesetzt, aber ich würde nicht sagen, daß Strauß ein Hitler ist. Diese Überzeichnungen sind ganz sicher falsch. Treffender wäre zu sagen: F.J. Strauß ist ein deutscher De Gaulle mit schlechten Manieren. Das soll jetzt nicht 'ne Bagatellisierung der Gefahren sein, die ein deutscher Gaullismus a la Strauß für die BRD mit sich bringt. Die französische Linke ist heute noch nicht über die Probleme hinweggekommen, die ein De Gaulle dort geschaffen hat und dort ist die demokratische Linke insgesamt viel viel stärker, dort gab es eine Widerstandsbewegung, die für die ganze demokratische Bewegung eine große Rolle spielte. Obwohl Frankreich eine Verfassung hat, die weit rechts vom Grundgesetz steht, ist die Verfassungsrealität in Frankreich viel demokratischer als in der Bundesrepublik. Insofern könnte Strauß, ein Gaullismus a la Strauß in der BRD, d.h. die Aufrichtung eines autoritären Staates und der Versuch, mit Mitteln des Strafrechts Gegenpositionen zu zerschlagen, für die BRD eine Verschärfung der Restauration bedeuten, die sich viele heute nicht vorstellen.

Frage: Sie haben vorhin von der demokratischen Rolle der SPD gesprochen, die sie nicht mehr wahrnimmt oder nicht mehr in dem Maß wahrnimmt, wie es möglich wäre. Welche Rolle hat sie jetzt in dieser Situation?

S.: Das gegenwärtige Problem besteht darin, daß die Kanzlerkandidatur von Strauß einem Mann wie Schmidt die Möglichkeit gibt, sich als einzigen, wenn man so will, als letzten Schutzschild vor dieser m. M. n. bedrohlichen Alternative darzustellen. Das halte ich für das zentrale Problem, wenn es nicht gelingt, daß diese Position, daß nur eine einzige Figur alleine als Alternative dasteht, aufgeweicht wird. Deswegen sagen ja viele Leute, die Grünen sollten kandidieren, so z.B. Peter Brückner.

Ich halte das nun allerdings für falsch! Ich halte es für richtig, daß das Potential, das die Alternativen mobilisieren können, mobilisiert wird. Und zwar gegen Strauß. Aber nicht so, daß H. Schmidt sagen kann, ich bin der einzige, der Schutz gewährt gegen Strauß. Ich halte es für richtiger, wenn die Alternativen, einschließlich der Grünen, deutlich machen würden, daß ihr eigentliches Feld die außerparlamentarische Bewegung ist, d.h. was man mit Rock gegen Rechts veranstaltet hat in Frankfurt, wenn man das bspw. in München, in Stuttgart, im Ruhrgebiet, in Hamburg fortsetzt, und mit einer politischen Frontstellung gegen Strauß verbindet. Das halte ich für einen ganz wichtigen Akzent, daß man zeigt: hier, wir führen in der uns eigenen Weise außerparlamentarische Demonstrationen oder Aktionen durch, um zu zeigen, wir sind da. Aber ich hielte es für falsch, sich auf dem Gebiet in eine Schlacht zu begeben, wo man eigentlich nur eine Niederlage einstecken kann.

Frage: Daraus geht ja noch nicht hervor, warum die Bunten und Grünen nicht kandidieren sollten. Steckt dahinter der Gedanke, daß sie der SPD vielleicht doch schädlich sein könnten?

S.: Der erste Punkt ist, daß ich es nicht für ausgemacht halte, daß Strauß nicht doch u.U. die Wahl gewinnen kann. Und das halte ich, wie gesagt, doch für ein so ernstes Problem, daß man nicht die Hand dafür reichen darf, daß so etwas produziert wird.

Der zweite Punkt ist der, daß vielleicht nicht alle diejenigen, die jetzt Grüne gewählt haben, so sehen wie ich, aber doch ein sehr großer Teil, und deswegen eine Kandidatur von den Grünen wahrscheinlich in eine Polarisierung hineinkommt, die den Grünen keinen Gewinn bringt.

Ich analysiere Landtagswahlen immer sehr genau. Wenn man hier Hamburg und Niedersachsen nimmt, dann haben die Grünen gerade hier, weil es keine so scharfe Polarisierung gab, Erfolge errungen. In Hessen, wo die Alternative Dregger/Börner stand – und die Alternative gleicht sehr ähnlich der Alternative Strauß/Schmidt – haben viele Grüne und viele, die längst nicht mehr denken, SPD zu wählen, doch noch SPD gewählt. Weil sie sagten, ein Ministerpräsident Dregger bedeutet für die Bundesrepublik eine Schwenkung. In Berlin wieder, da war diese Polarisierung nicht da, da es völlig wurscht war, ob Stobbe oder Weizsäcker an die Regierung kommen – da konnten sich die Alternativen durchsetzen. Und ebenso bei der Europawahl. Das Ergebnis der Europawahlen, wo über 3,3 % die Grünen gewählt haben, verschlechtert man notwendig, wenn man sich zur Wahl stellen würde, weil ein Großteil derjenigen, die jetzt Grüne gewählt haben, da nicht Grüne wählen werden. Und die höhere Wahlbeteiligung – es werden dann ja wahrscheinlich wieder 90 – 92 % sein bei der nächsten Bundestagswahl, bei der Polarisierung – würde dazu führen, daß man prozentual gemessen an den gültigen Stimmen nicht mehr das augenblicklich erreichte Ergebnis bewahren kann. Wenn man das einmal vor Augen hält, dann muß man sich doch überlegen: kommt es eigentlich darauf an, daß man sich in jeder, auch in der denkbar schlechtesten Situation zur Wahl stellt? Sollte man nicht sagen, in dieser Sondersituation stellen wir uns nicht zur Wahl, bereiten uns aber auf die nächsten und die davor liegenden Wahlen, bspw. die Landtagswahlen in NRW, umso kräftiger vor.

Frage: Sie sagen, daß die Grünen und Bunten Listen ohnehin kaum Stimmen bei den Bundestagswahlen zu erwarten hätten und trotzdem äußern sie die Befürchtung, daß sie bei einer Kandidatur einen Strauß-sieg mitproduzieren könnten. Zur Hessenwahl wäre noch anzumerken, daß dort die Kämpfe zwischen den Grünen das Wahlergebnis mitverursacht haben.

S.: Ich bin nicht der Ansicht, daß es daran gelegen hat. Für Hessen war es bei der Alternative Dregger/Börner absolut falsch, sich zur Wahl zu stellen. Da haben auch Sozialisten den Bogen überspannt. Diese Wahlniederlage wirkt sich heute noch in Hessen bei den Grünen aus. Bei der Europawahl war das Ergebnis der Grünen in Hessen denkbar schlecht, d.h., es hat nicht zur Konstituierung einer Alternativliste geführt.

Wenn wir jetzt aber Schleswig-Holstein nehmen: Dort hält sich ja Ministerpräsident Stoltenberg im Grunde eigentlich nur an der Macht gegen eine Stimmenmehrheit – wenn alle Stimmen zusammengenommen würden, die gegen ihn abgegeben wurden, dann wäre Stoltenberg nicht mehr Ministerpräsident. Und dieselbe Spekulation stellt ein Strauß an, wenn er sagt, Stimmenzersplitterung kann dazu führen (und es können ja manchmal 400.000 Stimmen den Ausschlag geben), daß ich mich durchsetzen kann. Ich bin der Auffassung, ein Strauß hätte sich nicht zur Wahl gestellt, als Kanzlerkandidat, wenn er nicht mit solchen Komponenten rechnen würde. Deswegen sage ich, die Sache ist schon ernst genug, und meine, daß es jetzt wirklich darauf ankommt, daß man im Grunde der politischen Rechten in der BRD eine Wahlniederlage beifügt. Zugespitzt gesagt, Strauß muß eine Wahlniederlage hinnehmen, wie das Goldwater in den Vereinigten Staaten mit der Rechten hinnehmen mußte, damit in der Bundesrepublik diese äußerste Rechte endlich einmal so geschlagen wird, daß sie sich nicht mehr erholen kann. Das wäre ein wirklicher Erfolg: wenn Strauß wenige Prozente weniger als Kohl und Barzel bekommen würde, das wäre eine Niederlage der politischen Rechten. Und dann kommen bei uns in der Bundesrepublik die politischen Auseinandersetzungen wieder in anderer Weise in Fluß, als sie es gegenwärtig sind. Dann könnten sich bspw. in der CDU u.U. liberale Typen, liberale Figuren durchsetzen, (nehmen wir mal einen Rommel, der sicher auch Mängel hat, aber im Augenblick als Fahne einer solchen anderen CDU gehandelt wird). Das würde auch automatisch wieder Rückwirkungen auf die politische Linke in der BRD haben.

Frage: Was hat das für eine Konsequenz? Also, im Endeffekt doch diesmal wieder SPD wählen?

S.: Es bleibt gar nichts anderes übrig. Ich wähle dann nicht SPD, weil ich irgendwie existenziell mit dieser Partei verbunden bin, oder weltanschaulich verbunden oder sonstwie; sondern ich wähle sie, weil die Mehrheit der Bevölkerung, wie ich hoffe, bei dieser Stimmabgabe gegen Strauß stimmen will und gegen den autoritären Staat. Und da muß man sie unterstützen, und da muß man die politische Rechte in der BRD im Grunde schlagen. Es wäre was anderes, wenn es absolut sicher wäre, daß eine Alternativliste zum Zuge kommt. Aber das ist so unsicher und so unwahrscheinlich – meine Prognose ist, daß sie eigentlich unter 2 % liegen müssen, wahrscheinlich noch weit darunter.

Frage: Aber bei dieser Polarisierung kann die SPD-Führung es sich ohne Hindernisse erlauben, auf wesentliche Kritiken, wie zur Frage der Kernenergie, einfach nicht einzugehen. Schmidt hegt z.B. keinerlei Befürchtung, daß er mit seiner Haltung zur Energiefrage Wählerverluste hinnehmen müßte.

S.: Deswegen bin ich der Ansicht: bei Kommunalwahlen, bei der Landtagswahl in NRW und bei anderen Wahlen kann man sich wieder zur Wahl stellen. Bei dieser Wahl aber kann es darum gehen, ob hier Weichen in eine andere Richtung gestellt werden, oder nicht. Und wie verheerend eine solche Wahl manchmal ausgehen kann, das sieht man daran, daß Hindenburg 1925 von der politischen Rechten gewählt wurde, auch gegen eine Stimmenmehrheit von Linken, Sozialdemokraten, bis hin zu Liberalen. Und es war, so schrieb damals die Frankfurter Zeitung, eine Niederlage der Republik. Wenn Hindenburg sich 1925 nicht hätte durchsetzen können als Reichspräsident, als Kaiserersatz, dann wäre vielleicht auch die deutsche Geschichte anders verlaufen.

Frage: Es wäre ja möglich, daß die Bunten und Grünen einen antireaktionären Wahlkampf führen gegen Strauß und Stimmen mobilisieren von Leuten, die sonst nicht mehr wählen würden. Das wäre eine zusätzliche Kraft gegen Franz Strauß und eine Alternative gegen die SPD-Rechte, die zur Zeit die Politik machen kann, die sie will.

S.: Ich würde gerade umgekehrt sagen. Die SPD-Rechte würde sagen, wenn sich die Grünen und die Alternativlisten zur Wahl stellen und gegenüber der Europawahl von 3,3 auf 1,7 oder 1,6 Prozentpunkte herabsinken: ,Seht ihr, das grüne Problem schaffen wir'. In dem Moment, wo wir sagen, wir stellen uns aus diesen politischen Gründen nicht zur Wahl, bleibt der SPD-Rechten dieses Argument nicht. Sondern man kann sogar sagen, wir rufen diesmal, obwohl uns das zuwider ist, zu einer Anti-Strauß-Stimme auf, stellen uns aber nicht zur Wahl, führen außerparlamentarisch einen Wahlkampf gegen Strauß und die, das scheint mir das entscheidende, durch ihn repräsentierte politische Position, d.h. die Position des autoritären Staates, die Position der Unterdrückung von Minderheiten, von Gegenpositionen, die Einbeziehung von Strafrecht in politische Unterdrückung, die sich im Augenblick nur andeutet, aber die, wenn man sich die 1. Phase der politischen Restauration, der Kommunistenverfolgung ansieht, noch große Steigerungen zuläßt und die ein F. Strauß zu handhaben weiß. Und noch eins: er ist nicht gehemmt durch einen Bundesrat, d.h. da stehen CDU-Mehrheit im Bundestag und CDU-Mehrheit im Bundesrat zusammen. Auch das Bundesverfassungsgericht würde kaum ein Hemmnis sein. Ich könnte mir vorstellen, daß sich auch sehr schnell in den Medien ein völliger Wandel durchsetzen würde, d.h., daß wir auf der Mattscheibe ein Privatfernsehen haben würden, wie es Albrecht in Niedersachsen durchführen will, und das könnte in der politischen Landschaft u.U. noch was ändern.

Ich halte Strauß von seiner Politik her für gefährlicher als Albrecht, und auch gefährlicher für die Linke, weil Strauß immer wieder gezeigt hat, daß er an bestimmten Punkten keine Schlaghemmungen hat. Daß er Minderheiten eigentlich nicht achtet. Bei Albrecht kann man das nicht in der Weise sagen, zumindest gibt es diese Affären, die wir von Strauß her kennen, nicht. Albrecht wäre für die SPD, auch weil er evangelisch ist, für den norddeutschen Raum ein sehr gefährlicher Gegenkandidat, eine entsprechende Gegenfigur zur Figur Schmidt. Strauß mag, das ist das entscheidende Problem, sogar für das Jahr 1980 eine Niederlage einkalkulieren. Vielleicht spekuliert er dann auf 1984, auf eine Demoralisierung der SPD, die von Schmidt ja in hervorragender Weise betrieben wird. Und keiner weiß, welche Wirtschaftskrisen, welche anderen Krisen noch eintreten. Und Strauß ist in der Lage, das halte ich für das Problem, Niederlagen einzustecken. Deswegen kommt es für mich ganz zentral darauf an, daß die Straußsche Politik bei einer Wahl eine Niederlage einstecken muß, wie sie Goldwater einstecken mußte in den Vereinigten Staaten. Wenn das erreicht ist, dann kann linke Politik in der BRD wieder zum Zuge kommen, dann kann der Rechtsruck, der sich für die BRD für die nächsten eineinhalb Jahre ganz klar abzeichnet, (alle Parteien sind nach rechts gerückt, auch die SPD), wieder zurückgebracht werden. Und deswegen plädiere ich jetzt so ganz entschieden dafür, daß man von den Alternativen und Grünen sich nicht in einer Polarisierung zur Wahl stellt, sondern sagt: Wir führen auf dem Gebiet die Auseinandersetzung, wo wir eh stark sind, in Fragen der Basismobilisierung, in Fragen des außerparlamentarischen Kampfes, und zeigen dabei der SPD, daß Schmidt nicht der einzige Abwehrschild gegen F.J. Strauß ist. Das scheint mir der zentrale Punkt zu sein.

Frage: Es ist doch das Kalkül in der SPD-Politik, daß sie als kleineres Übel Stimmen an sich bindet. Aber als Alternative wird das wohl auf Dauer nicht reichen.

S.: Ich bin der Ansicht, daß die Mehrzahl der Wähler, die man ja immer für dumm hält, immer mehr kapiert, daß diese Schaukelpolitik sich nicht auszahlt. Daß man so eine linke Fahne hißt, wie mit Eppler oder Brandt, die noch bestimmte Leute bindet, und auf der anderen Seite rechte Politik dabei rausspringt. Das ist eigentlich ein großer Erfolg.

Jakob Moneta:

Strauß als Kanzlerkandidat: Das größere Übel bekämpfen, um das kleinere zu beseitigen

Die Führungskrise der CDU hat mit der Ersetzung von Kohl durch Strauß ihr vorläufiges Ende gefunden. Was dieser Wechsel bedeutet, drückt die ideologische Werkstätte des Großkapitals, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" („FAZ", 20.7.79) so aus: *„Die Nominierung von Strauß hat nur dann Sinn, wenn Strauß den Kurs in der Wirtschafts-, Finanz- und auch in der Sozialpolitik markiert".* Die Volkspartei CDU, die versuchte, die Volkspartei SPD mit der „neuen sozialen Frage" von „links" zu überholen, um ihr Wählerstimmen abzujagen, ist damit gestorben.

Die „FAZ" hämmert den Kritikern von Strauß in der Union ein, daß er nicht die *„Sozialpolitik Geißlers betreiben kann"*. Denn *„Strauß strebt eine niedrige Staatsquote an... Das schließt eine ohnehin nicht finanzierbare Expansion der Sozialausgaben aus."* Vielfach bleibe es verborgen, schreibt die „FAZ", daß es beim Streit um Personen *„auch um unterschiedliche politische Auffassungen geht, insbesondere in der Sozial- und Gesellschaftspolitik"*. So verfechte Geißler die Partnerschaftsrente, *„die weder realisierbar, noch finanzierbar"* sei, Geißlers Nachfolger als Sozialminister in Mainz trete *„mit überholten Rechnungen"* für die Herabsetzung der Altersgrenze ein und Norbert Blüm werbe für *„seinen Traum eines Sabbathjahres."*

Der soziale Plunder soll weg

Der Wirtschaftsrat der CDU, der Generalstab des deutschen Kapitals, kann sich solchen sozialen Plunder nicht mehr leisten. Er setzt auf Strauß, weil er weiß, daß die sich häufenden und vertiefenden Wirtschaftskrisen dazu zwingen, den „Sozialstaat" zu demontieren, wenn man die kapitalistische Profitwirtschaft erhalten will.

Hierbei mag der CDU-Wirtschaftsrat durchaus in Rechnung stellen, daß Strauß es nicht im ersten Anlauf schafft, Bundeskanzler zu werden. Aber die zu erwartende Polarisierung mit Strauß als CDU/CSU-Kandidat treibt Helmut Schmidt den letzten sozialdemokratischen Arbeiter, aber auch ein Großteil des linken Wählerpotentials zu. Das garantiert die Stabilität des Systems bis zum Augenblick einer sehr ernsten Krise. Dann kann man die Sozialdemokraten an die Wand drücken und ihnen den sozialen Offenbarungseid abfordern (wie 1930). Da sie ihn nicht leisten können ohne ihren Kredit in der Arbeiterklasse völlig zu verlieren, gibt

zialen Offenbarungseid abfordern (wie 1930). Da sie ihn nicht leisten können ohne ihren Kredit in der Arbeiterklasse völlig zu verlieren, gibt

man ihnen dann den Eselstritt und schickt den Ersatzmann Strauß auf das politische Spielfeld. Das aber ist nicht einfach ein Wechsel im parlamentarischen Spiel, denn Strauß wird die Regeln von Grund auf ändern.

• Strauß hat mit der Drohung der Spaltung die CDU erpreßt und sich ihr aufgezwungen.

• Strauß versucht mit der Drohung der Spaltung die Gewerkschaften zu erpressen, um ihnen „parteipolitische Neutralität" aufzuzwingen. Sie sollen stillhalten, wenn er erklärt, daß „angesicht der faktisch erreichten Mitbestimmung die Gewerkschaften gegen sich selbst streiken", wenn sie in der Strahlindustrie einen Arbeitskampf führen. Sie sollen stillhalten, wenn er ihnen „die Vergiftung des Klimas, die Verschärfung der politischen Atmosphäre, die volkswirtschaftlichen Verluste" und natürlich auch den „gesellschaftspolitischen Rückschlag" in die Schuhe schiebt.

Gewerkschaften als Sündenbock

Für die Sünden des Kapitalismus hat Strauß die Gewerkschaften als Sündenbock ausersehen. Da aber die Führung der meisten Gewerkschaften und Helmut Schmidt sich scheuen, den Zusammenhang zwischen Krise und kapitalistischer Wirtschaftsordnung aufzudecken, weil das in der BRD tabuisiert ist, ist die Gefahr groß, daß die Demagogie von Strauß verfängt.

• Schon jetzt ist es ihm gelungen, den selbständigen Mittelstand, den die Großkonzerne immer härter bedrängen und der darum auf gewerkschaftliche Forderungen besonders empfindlich reagiert, auf seine Seite zu bringen.

• In den Reihen der Angestellten, deren Arbeitsplätze in der Krise besonders gefährdet sind, die keine festgefügte Tradition von gewerkschaftlichem und Klassenbewußtsein haben, liegt ebenfalls ein Potential, das Strauß gewinnen könnte — wenn die Arbeiterbewegung keinen aktiven Kampf gegen die Krise führt.

• Einen Gefahrenherd bildet auch die „Entideologisierung" der unorganisierten und ungelernten Arbeiterschaft. Die geistlose Anpassung des größten Teils der Führung der westdeutschen Arbeiterklasse an die „soziale Marktwirtschaft", an den „Sozialstaat", das Aufgeben jeder sozialistischen Vision, hat erheblich zur politischen und moralischen Entwaffnung der Arbeiterklasse beigetragen.

• Nicht zuletzt aber zeigt der Kniefall der im DGB organisierten Führung der Christlichen Arbeitnehmerschaft vor Strauß, wie rasch gewerkschaftliche Grundsätze parteipoliti-

• Nicht zuletzt aber zeigt der Kniefall der im DGB organisierten Führung der Christlichen Arbeitnehmerschaft vor Strauß, wie rasch gewerkschaftliche Grundsätze parteipoliti-

schen Erwägungen geopfert werden.

Wenn Strauß Bundeskanzler wird ...

Sollte Strauß irgendwann Bundeskanzler werden, so wird er nicht dumm genug sein, sich gleich den s t ä r k s t e n Gegner, die Gewerkschaften, vor die Brust zu nehmen. Er wird die Arbeiterklasse, die immerhin in den letzten beiden Jahren erhebliche Kampfbereitschaft gezeigt hat, nicht sofort frontal angehen. Er wird in altbewährter Salamitaktik auf der Linken beginnen. Hierbei braucht er nur das ganze Arsenal antidemokratischer Gesetze, Notverordnungen, Überwachungsinstrumente, das die SPD/FDP-Regierung „zur Verteidigung der Demokratie" geschaffen hat, einzusetzen. Dann wird er sich scheibchenweise vorwärtstasten, mit Verordnungen über Streikposten, Reglementierung von Streiks, einem Verbändegesetz, das die Gewerkschaften knebelt, ohne sie zu verbieten!

Das Programm von Strauß? Was die „FAZ" für die Großbürger offenherzig schreibt, sieht natürlich ganz anders aus als das, was die von Arbeitern meistgelesene „Bild"-Zeitung verbreitet. Dort wurde ein äußerst volkstümliches Fünf-Punkte-Programm von Strauß veröffentlicht:

1. Die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung. Natürlich nicht durch die 35-Stunden-Woche, sondern indem man Energie „zu vernünftigen Preisen" in Atomkraftwerken erzeugt.

2. Finanzielle Sicherung des sozialen Netzes, bevor es weiter ausgedehnt wird. Wie das geschehen soll, sagt Punkt drei:

3. Erhöhung der Geburtenraten. Mehr Kinder sichern die Renten der Alten. Das bedeutet natürlich Erschwerung der Schwangerschaftsunterbrechung, die vom CSU-nahen erzbischöflichen Ordinariat in München ein „brutaler Massenmord" genannt wird. (Die Millionen lebender Kinder, die Jahr für Jahr in der Welt verhungern, zählen nicht als Massenmord, aber die Ungeborenen, die ihre Mütter sich weigern, in das irdische Jammertal zu setzen, werden als Ermordete abgestempelt).

4. Steuersenkung. Der Staat darf den Bürgern nicht noch tiefer in die Taschen greifen. Was könnte populärer sein, vor allem, wenn man nicht sagt, w e m er nicht in die Taschen greifen soll?

5. Frieden. Abrüstung muß gefördert werden!

Der Mann, der als Bundesverteidigungsminister den Rüstungshaushalt,

5. Frieden. Abrüstung muß gefördert werden!

Der Mann, der als Bundesverteidigungsminister den Rüstungshaushalt,

nicht zuletzt durch die Ausgaben für die Starfighter, gewaltig in die Höhe getrieben hat, tritt hier als Abrüster auf. Strauß, der über die Wiederaufbereitungsanlagen die Hand aufs Plutonium legen will, den Stoff, aus dem die Atombomben gemacht werden, mit denen er die Frage der deutschen Einheit und der Revision der Oder-Neiße-Grenze (die er immer noch nicht anerkennt) mit ebensolch bedrohlicher Erpressung aufgreifen könnte, wie er die CDU erpreßt hat und die Gewerkschaften zu erpressen versucht, tritt als Friedensengel auf! Aber Krieg als Programmpunkt (wie Hitler in „Mein Kampf") ist trotz der offenen Drohungen der Strauß-nahen Presse, man müsse die Rohstoffe für die imperialistischen Staaten auch mit Gewalt sichern, nicht populär.

Wer bahnte ihm den Weg?

Daß der Weg für Strauß durch die Politik von Helmut Schmidt gebahnt wurde, ist unbestreitbar. Die ideologische Entwaffnung der Arbeiterklasse, die Große Koalition von 1966, in die Strauß als Minister eintreten konnte, obwohl er politisch am Ende war, die Notstandsgesetze, die Berufsverbote, die Einschränkung demokratischer Rechte, der Ausbau des Überwachungsstaates, all das sind Stationen, die Strauß den „Marsch nach Bonn" erleichtern. Ebenso die Tatsache, daß die SPD mit Helmut Schmidt einen „Macher" an die Spitze gestellt hat, dem der Macher Strauß heute mit Aussicht auf Erfolg entgegentreten kann. Das im Wahlkampf n i c h t auszuprechen, bedeutet, die Wähler zu betrügen.

Drei Möglichkeiten

Wer aber das kleinere Übel — die rechte SPD-Führung — beseitigen will, muß zuerst das größere Übel Strauß bekämpfen. Hierfür gibt es drei politisch sinnvolle Möglichkeiten:

1. Eine „Sozialistische Arbeiterpartei", die mit einem antikapitalistischen (und antistalinistischen) Programm konkrete Antworten auf die brennenden Tagesfragen gibt und aufzeigt, wie man den Übergang von ihnen zu „Sozialismus u n d Freiheit" findet. Eine solche Partei gibt es nicht.

2. Ein sozialistisches Wahlbündnis, das von verschiedenen linken Gruppierungen auf p r o g r a m m a t i s c h e r Grundlage geschlossen wird. Das könnte heute noch keine Alternative für breite Teile der Arbeiterklasse darstellen. Es würde nur die Bedeutung haben, eine Fahne aufzupflan-

scher Grundlage geschlossen wird. Das könnte heute noch keine Alternative für breite Teile der Arbeiterklasse darstellen. Es würde nur die Bedeutung haben, eine Fahne aufzupflan-

zen, die in Zukunft zu einem Sammelpunkt enttäuschter sozialistischer Arbeitender werden könnte. Um den Kontakt zu den linken Sozialdemokraten nicht zu verlieren, deren Verbindungen tief in die Arbeiterklasse hineinreichen, müßte ein solches Wahlbündnis sinnvollerweise empfehlen, die Z w e i t s t i m m e der SPD zu geben. Das würde deutlich machen, daß man sehr wohl zu unterscheiden weiß zwischen der CDU/CSU als Partei des Großkapitals und der SPD als Zwittergebilde einer bürgerlichen Volkspartei mit Arbeiteranhang.

3. Aber könnte die Linke einen e i g e n s t ä n d i g e n mobilisierenden Wahlkampf führen zur „ k r i t i s c h e n W a h l u n t e r s t ü t z u n g" der SPD. Sie dürfte nicht die Fehler der SPD verschweigen, sie müßte versuchen, den Klassenkonflikt, der in diesen Wahlen verborgen liegt, herauszuarbeiten und vor allem die arbeitende Jugend mobilisieren — wie es ihr mit „Rock gegen Rechts" so eindrucksvoll gelungen ist. Ein solcher Wahlkampf hat Chancen, auch Helmut Schmidt durch den linken SPD-Flügel unter Druck zu setzen.

„Grüne Liste" – Nein danke

Was ein Marxist auf keinen Fall tun kann, ist die Unterstützung einer „grünen" Wahlliste. Denn diese repräsentiert nichts anderes als eine dritte „Volkspartei", die ebensowenig wie die SPD Erklärungsmuster für die Krise liefert, die kein bewußtes antikapitalistisches Programm und kein sozialistisches Ziel hat. All das ist für die Arbeiterklasse nicht aufklärend, sondern nur verwirrend!

Sicherlich wird der Einwand kommen, daß eine kritische Unterstützung der SPD in welcher Form auch immer bedeutet, das kleinere Übel zu wählen. Hierauf muß man zweierlei antworten: 1. Ist nicht ersichtlich, warum man das g r ö ß e r e Übel wählen sollte. 2. aber richtete sich der Vorwurf, den man in der Weimarer Republik der SPD machte, das kleinere Übel zu wählen, auf ihr Bündnis mit b ü r g e r l i c h e n Parteien, womit sie die Klassenschranke überschritten hat!

Niemand aber hat bisher Arbeitern, die SPD wählten, vorgeworfen, sie würden damit die Klassenschranke überschreiten (außer den Wahnsinnigen, die jene famose Sozialfaschismus-Theorie erfanden!).

Sich von der Illusion der „permanenten Reform" im kapitalistischen System zu lösen, ist für die Arbeiterklasse ein schmerzhafter Prozeß, der durch viele Brüche und Krisen hindurchgeht. Eine richtige Politik der

nenten Reform" im kapitalistischen System zu lösen, ist für die Arbeiterklasse ein schmerzhafter Prozeß, der durch viele Brüche und Krisen hindurchgeht. Eine richtige Politik der

Linken kann ihn beschleunigen, eine falsche in die Katastrophe führen.

Interview mit Norbert Cobabus (Ffm — Deutsche Bibliothek)

Frage: *Was für Erwartungen setzt du in die Kanzlerkandidatur von Strauß?*

Antwort: Ich finde die Kanzlerkandidatur gar nicht so überraschend, denn seit der Entwicklung von Kreuth und vor dem Hintergrund der Rechtsentwicklung in der BRD war abzusehen, daß sich Strauß zum Kanzler mausern wird, und daß er auch die Rechtsentwicklung die sich in der Union, in der CSU sowieso, abzeichnet, für sich ausnutzen kann.

Ich würde sagen, daß man allerdings jetzt nicht den Fehler machen sollte, ihn gegen Schmidt auszuspielen, so daß man wieder das kleinere Übel in der SPD sieht.

Die Frage ist aber eigentlich die, wie man sich als Gewerkschafter gegen die Tendenzen sowohl von der CDU/CSU als auch von der SPD wehren kann, und wie man gegen die Angriffe auf die Arbeiterbewegung die Arbeiterklasse autonom stärkt.

Frage: *Wie würde sich aus Deiner Sicht als Betriebsrat und Gewerkschafter die Kanzlerkandidatur Strauß konkret auf die Arbeiterschaft auswirken? Ich denke hier auch an bereits geäußerte Positionen z.B. von Vetter, man könne sich auch mit Strauß arrangieren oder auch an das Stoiber-Papier bezüglich einer Christlich-reaktionären Gewerkschaft.*

Antwort: Interessant ist, daß sich historische Parallelen auftun, wenn man an die Äußerung von Vetter denkt, die er nach der Strauß-Kandidatur gemacht hat, wenn man an das Arrangement denkt, das jetzt Strauß und Vetter nach dem Stoiber-Angriff machen werden. Vor 1933 war ja so etwas ähnliches auch mal gewesen, daß die Gewerkschaft dort von offizieller Seite den Weg zum Kotau gegangen ist. Mir scheint es aber typisch zu sein, daß nämlich die gewerkschaftliche Bürokratie letztendlich, wenn es hart auf hart kommt, auf der anderen Seite der Barrikade steht, eben auf der Seite der Kapitalisten und dann auch gegen ihre eigene Klasse losschlagen würde. Brecht hat mal gesagt, „die Bürokraten würden sich dann eben eine neue Basis suchen". Sie sehen dabei aber gerade nicht, daß sie hierbei aufgerieben werden.

Was Vetter hier macht, ist völlig klar: Er geht ein Arrangement ein, was insoweit eine neue Qualität darstellt, als die Funktion des Ordnungsfaktors, die die Gewerkschaft ja immer schon gespielt hat und jetzt in der Krise zunehmend spielt, hier sehr stark potenziert wird und auch dazu führen wird, daß die Restriktionen zunehmen, die ja in den einzelnen Gewerkschaften mit den Ausschlüssen nicht mehr nur auf der Ebene der Unvereinbarkeitsbeschlüsse laufen.

Ich stelle mir vor, daß die Stoiber-Überlegungen zunächst einmal eine Drohgebärde ein Warnschuß sind, der noch gar nicht soweit gereift ist, jetzt tatsächlich diese christliche Gewerkschaft zu gründen, sondern der die DGB-Gewerkschaften disziplinieren, und zumindest seitens der Bürokratie, umfunktionieren soll.

Ich glaube, daß die Schwierigkeiten, in die Arbeiterbewegung hineinzuwirken, mit einer christlichen Gewerkschaft doch größer sind, als die taktischen Manöver innerhalb der CDU und CSU. Ich vermute jedoch, daß persönliche Korruption und solche Dinge schon befürchten lassen, daß einschneidende Veränderungen hin zu restriktiven Maßnahmen auf die Arbeiter zukommen können. Es wird notwendig sein, daß man das Bewußtsein schärft und klar macht, wie man sich autonom gegen diese bürokratischen Eingriffe zur Wehr setzt. Es wird bis in die Reihen der normalen SPD-Mitglieder in der Gewerkschaft gehen, diese zu disziplinieren.

Frage: *Du gehst also weiter davon aus, daß die Gewerkschaften auch zukünftig die Rolle der Ordnungsmacht spielen und nicht, wie einige Stimmen meinten, jetzt wo Strauß an den Drücker kommt, werden die Gewerkschaften wieder kämpferischer?*

Antwort: Nein, einfach deswegen, weil meine Überzeugung aus der ganzen Geschichte der Gewerkschaftsbewegung immer war, daß von dem Augenblick an, wo sich ein bürokratischer Apparat gebildet hat, der ja auch in dem Augenblick immer schon von den Kapitalisten bestochen wurde, er notwendigerweise immer auf der anderen Seite der Barrikade steht und das drückt sich besonders deutlich in der Krise aus. Genau wie der Noske bei der SPD den Bluthund gespielt hat, gibt es auch die Gewerkschafter, die den Bluthund spielen. Und das wird kommen.

Frage: *Unter welchen Vorzeichen müßte deiner Ansicht nach der Wahlkampf derjenigen, die sich einer konsequenten, einer linken Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit verpflichtet fühlen, stehen?*

Antwort: Es ist wichtig, anhand der Kandidatur von Strauß deutlich zu machen, wie die Rechtsentwicklung weiter zunimmt, und daß, falls Strauß rankäme, die neonazistischen Bewegungen, die ja im letzten Jahr schon Auftrieb gewonnen haben, dann noch verstärkten Aufwind bekämen. Sicher stärker als unter Schmidt bei der SPD. Aber auf der anderen Seite würde ich sagen, wenn man sich gerade die Schmidt-Regierung ansieht, so funktioniert sie eigentlich fürs Kapital vorzüglich, was Straußens Regierungsprogrammatik im Interesse der Herrschenden anbieten kann, wird sich kaum davon unterscheiden.

Ich sehe die Hauptaufgabe darin, daß man die Arbeiterbewegung fördern muß, daß sie autonomer wird, ihre Abhängigkeit zur SPD verliert. Also auf der einen Seite gegen Strauß, aber andererseits genauso gegen Schmidt; d.h. also gegen CDU/CSU u n d SPD.

Welche Alternative gibt es zur Zeit für die Arbeiterbewegung? Eine unabhängige Arbeiterpartei, die die Klasseninteressen der Arbeiter vertritt, haben wir z.Z. nicht. Es gibt aber autonome Bewegungen einerseits in den Betrieben und andererseits im Bereich der Reproduktionsverhältnisse und der Umweltbedingungen. Dabei denke ich weniger an ein Konglomerat von Grünen wie bei der Europawahl oder in Bayern und Schleswig-Holstein, sondern mehr an Ansätze wie in Hamburg und Berlin. Wenn solch eine Umorientierung nicht möglich ist, muß man in irgendeiner Form zum Wahlboykott aufrufen und sich darauf verlegen, den Kampf in den Betrieben selbst zu führen. Und das, wie ich schon sagte, ein bißchen stärker unter Einbeziehung der ganzen Umweltproblematiken, der Reproduktionssektoren, wo sich die ganze Scheiße in den letzten zwei Jahrzehnten immer mehr verschlimmert hat und auf eine Krise, auf einen Knall zusteuert.

Frage: *Ob, und wenn ja, wie siehst Du Möglichkeiten für betriebliche Aktionen gegen die Strauß-Kandidatur?*

Antwort: Betriebliche Aktionen gegen die Strauß-Kandidatur würde ich schon für sinnvoll halten. Es darf aber nicht nur gegen die Person Strauß gehen, sondern v.a. gegen das Konzept, die Gewerkschaftsbürokratie zur verschärften Disziplinierung von Ansätzen autonomer Bewegungen zu veranlassen.

Die Gewerkschaften brauchen Strauß nicht zu fürchten, wenn sie zur Konfrontation bereit sind

Interview mit Dieter Brumm, stellvertretender Bundesvorsitzender der Deutschen Journalisten Union in der IG Druck und Papier

Frage: Welche politischen Auswirkungen erwartest Du von einem Kanzler Strauß?

Man muß zunächst feststellen, daß F.J. Strauß ein zweifelhaftes Verhältnis zur Demokratie hat. Er ist als Wunschkandidat des Großkapitals ein Mann, der alle demokratischen Bewegungen und Entwicklungen der Basis mit Argwohn betrachtet und betrachtet hat.

Er ist außerdem ein Mann, der seinen Machtanspruch schon immer sehr krass deutlich gemacht hat. Ich erinnere an das Gespräch 1970 in New York, daß Zeugen mitgehört haben, und in dem er gesagt hat: „Wer mich daran hindern würde an die Macht zu kommen, den würde ich umbringen. Ich will Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlgefühl für des Deutsche Volk, wenn es sein muß, mit der Maschinenpistole." Bei anderer Gelegenheit hat er gesagt: „Ich bin ein Deutschnationaler und fordere bedingungslosen Gehorsam." Das alles zeigt, daß dieser Mann in seinem Machtanspruch vor nahezu nichts zurückschreckt.

Eine andere Sache ist, wie Strauß an die Macht kommen will. Dazu hat er sich 1975 im Fernsehen geäußert: „Wenn ich zur Macht wollte, dann würde ich versuchen, mich einschmeichelnder Redensarten zu bedienen, dann würde ich versuchen, die Öffentlichkeit durch gefällige Worte für mich zu gewinnen." Er ist also durchaus fähig und wohl auch willens, unter Vorspiegelung demokratischer Verhaltensweisen sich die Macht zu erschleichen.

Was man konkret für die Politik in der Bundesrepublik von ihm zu erwarten hat, kann man wohl in wenigen großen Zügen umreißen. Er wird zwar zunächst gezwungen sein, die Ostverträge einzuhalten, wird aber Versuchen, sie zurückzudrehen, wo er kann. Er wird keinesfalls nach weiteren Verständigungsmöglichkeiten mit den sozialistischen Ländern suchen und innenpolitisch sicherlich zu einer Vereisung des Klimas beitragen wie es schon in der Adenauer-Ära bestand.

Er wird dafür sorgen, daß nicht nur die CDU/CSU-regierten Länder so etwas wie einen möglichst durchgreifenden Radikalenerlaß praktizieren. Er wird vielleicht auch dafür sorgen, sämtliche kommunistische Parteien zu verbieten, falls sie ihm nicht als Alibi wichtig erscheinen.

Man kann also nicht darauf hoffen, daß irgendein liberaler oder demokratischer Aspekt der bundesdeutschen Politik da unangetastet bleibt.

Außerdem ist Strauß natürlich der Wunschkandidat von Springer, das wurde in den Blättern dieses Unternehmens oft genug dargelegt. Man kann also darauf rechnen, daß Strauß nicht nur im Wahlkampf von der Springerpresse hochgejubelt wird, man wird auch sehen, daß er später, falls er an die Regierung kommen sollte, die Unterstützung dieses Teils der Presse hat. Und Springer ist nur ein Name für viele.

In den Auseinandersetzungen um den NDR hat sich gezeigt, daß die CDU/CSU nach Wegen sucht, die öffentlich-rechtlichen ARD-Anstalten insgesamt zu zerschlagen oder mindestens zu disziplinieren. Überdies steht für die nächste Regierungsperiode die Verkabelung der Großstädte an, die auch private Fernsehprogramme ermöglicht, und Strauß hat ja bereits erklärt, daß er die Verleger und an ihrer Spitze Springer an diesen Programmen beteiligen will.

Was auf die Arbeiter und Gewerkschaften zukommt, ist damit zum Teil schon beantwortet, aber man muß noch einiges hinzufügen. Ich hatte gesagt, Strauß ist der Kandidat des Großkapitals, und so wird er ganz sicher versuchen, das, was man so die Macht der Gewerkschaften nennt, und was ja nichts anderes ist als die Solidarität der Arbeiter und Angestellten, zu beschneiden.

Das kann auf verschiedene Weise geschehen. So hat die CSU ja schon einmal den Gedanken ins Spiel gebracht, den Christlichen Gewerkschaftsbund zu stärken und damit aus seinem armseligen Schattendasein herauszuführen.

Klar ist, daß Strauß nicht mit der Politik der christdemokratischen Mitglieder im DGB, z.B. in den Sozialausschüssen der CDU, einverstanden ist. So wird er entweder versuchen, sich die Gewerkschaftsführungen irgendwie gefügig zu machen, zu verpflichten, oder er wird versuchen, sie zu irgendeiner Form des Stillhalteabkommens, der ausgewogenen Tarifabschlüsse zu bringen – wie das unter Adenauer teilweise gelungen war.

Auf eine Konfrontation mit dem DGB wird er es nur dann ankommen lassen, wenn er sich seiner Macht so sicher ist, daß er glaubt, diese Kraftprobe auch bestehen zu können. Daß das dann, nach allem was inzwischen auch in den Gewerkschaften passiert ist, eine sehr schwerwiegende Konfrontation werden wird, scheint mir sicher. So gesehen glaube icht nicht, daß die Gewerkschaften Grund hätten, Angst vor Strauß zu entwickeln – jedenfalls dann nicht, wenn sie zu einer solchen Konfrontation bereit sind.

Die Kandidatur von alternativen Listen zur Bundestagswahl sehe ich nicht im direkten Zusammenhang mit Strauß, denn erstens gab es die schon länger, und dann sind das ja alternative Listen auch zur SPD.

Sie werden sich allerdings in einem brutal und turbulent geführten Wahlkampf durchsetzen müssen, denn da wird von Seiten der CDU/CSU sicherilich wie in den 60er Jahren alles mobilisiert werden – auch an Wählerängsten und Ressentiments. Da werden wir dann jeden Tag in den Springerzeitungen die großen Anzeigen merkwürdiger Vereine finden, die für Demokratie und Freiheit und gegen den Sozialismus eintreten – Geld wird jedenfalls keine Rolle spielen.

Vor dieser Wahl kann sich nun für viele Leute das Problem stellen, wie sie den Sieg des Kandidaten Strauß am besten durchkreuzen. Wenn sie nämlich Grund zu der Befürchtung haben, daß die alternativen Listen keine 5 Prozent erreichen, müssen sie sich überlegen, wie sie verhindern wollen, daß diese Stimmen der bisherigen Koalition fehlen und also Strauß zugute kämen. Weil dieser Fall eintreten kann, ist es in meinen Augen sinnlos, ohne Rücksicht auf die reale Entwicklung für die alternativen Listen stimmen zu wollen.

Diese alternativen Listen haben in meinen Augen viel für sich, weil die SPD nicht nur manche ihrer eigenen Ankündigungen – z.B. in der Medienpolitik – gar nicht erst aufgegriffen hat, sondern weil sie unter dem gegenwärtigen Bundeskanzler überhaupt nicht mehr in der Lage scheint, tiefergreifende Reformen durchzusetzen. Daß solche Reformen notwendig sind, zeigt schon der Blick auf den mangelden Umweltschutz und die ungehemmte Industriealisierung in unserem übervölkerten Land. Auf der anderen Seite ist der Unterschied zwischen einer sozialliberalen Koalition Schmidt/FDP und einer CSU/CDU-Regierung unter Strauß, wie gesagt, so groß, daß man beides nicht gleichsetzen kann. Man wird sich also vor der Wahl fragen müssen: haben die alternativen Listen eine reale Chance? Wenn ja, kann man sie guten Gewissens wählen, wenn nein, muß man wohl wieder in den sauren Apfel SPD beißen, um Schlimmeres zu verhindern. Denn hier geht es um die politischen und ökonomischen Lebensbedingungen der nächsten vier Jahre und nicht um einen bloßen Theorienstreit.

Professor Christian Sigrist

Die Frage der alternativen Liste macht sich nicht an Strauß fest

Im wesentlichen habe ich nichts anderes zu sagen als Peter Brückner. Es kann in diesem Interview also nur um einige Ergänzungen aus meiner Sicht gehen. Zunächst meine eigene Einschätzung zur Strauß-Kandidatur: ich würde schon glauben, daß diese symptomatisch ist. Sie paßt zur Bundesrepublik ähnlich wie die Präsidentschaft von Carstens. Sie ist sehr viel redlicher als z.B. die Präsidentschaft Heinemanns. Die Ära Heinemann, die Präsidentschaft von Heinemann paßte nicht zu den realen Machtstrukturen und hatte eine Alibifunktion. So wie Carstens die Machtkonstellation klarer gemacht hat, macht auch Strauß die innenpolitische Situation in der Bundesrepublik klarer. Darin zeigt sich einerseits, daß die Kapitalherrschaft in der Bundesrepublik ungebrochen ist. Es ist ganz eindeutig, daß Strauß durchaus in der Lage ist, die Kapitalinteressen zu vertreten, wenn er auch eben nur eine Variante von deren politischer Sicherung anbietet. Es gibt noch die andere Variante, und die heißt SPD. Beide sind für das Kapital akzeptabel. Daß die Strauß-Kandidatur möglich geworden ist, ist auch das Ergebnis von inzwischen zehn Jahren sozialliberaler Koalition, die alles getan hat, um die ökonomischen und politischen Voraussetzungen zu schaffen, damit so etwas nicht nur denkbar, sondern auch real möglich geworden ist.

Insofern ist Strauß nicht der irrationale Einbruch von etwas kaum Denkbarem, sondern er ist der konsequente Ausdruck der Entwicklung seit 1969. Und die SPD trägt die volle Mitverantwortung daran.

Im übrigen bin ich nicht der Ansicht, daß Strauß so viel gefährlicher ist als Albrecht. Das große Entsetzen brach ja aus, als nicht Albrecht, sondern Strauß definitiver CDU-Kandidat geworden war. Ich habe noch sehr gut in Erinnerung die Passage über die Folter in seinem „staatsphilosophischen" Buch, die Albrecht später aufgrund des Protestes zurückgenommen hat. Das überbietet meines Erachtens Strauß noch. Ich halte Albrecht in sogenannten Ernstsituationen der gleichen Dinge für fähig wie Strauß. Das gleiche würde ich auch für Schmidt sagen. Daß bei Strauß gewisse irrationale emotionale Momente stärker vorhanden sind als bei den beiden anderen, ist sicher richtig, und daß er von daher verheerende Konsequenzen hervorbringen kann, die man bei Schmidt nicht so umstandslos befürchten muß, das ist auch richtig.

Bestürzend kann aber die Strauß-Kandidatur nur für jemanden sein, der die innenpolitische Entwicklung der Bundesrepublik in den letzten Jahren überhaupt nicht zur Kenntnis genommen hat. Unter der Verantwortung der SPD ist in den letzten Jahren systematisch ein Kontroll- und Repressionsapparat gegen alternative Basisbewegungen geschaffen worden, den die SPD lediglich besonnener, „rationaler" einsetzt, als dies Strauß tun wird. Was nicht heißt, daß das gegenwärtige Repressionssystem nicht zu steigern ist, daß Strauß das nicht noch gründlicher besorgen wird als Schmidt. Aber um das zusammenzufassen, die Strauß-Kandidatur schafft keine grundlegend neue innenpolitische Konstellation, welche dazu führen könnte, daß die außerparlamentarische Linke sich einem SPD-Diktat unterwirft.

Ich habe gerade an der FAO-Konferenz zur Agrarreform in Rom teilgenommen und hatte nebenbei Gelegenheit, zumindest ein paar Einschätzungen zur innenpolitischen BRD-Konstellation mitzubekommen. Es ist ganz klar, daß für progressive Entwicklungsländer und für die Dritte Welt insgesamt eine CDU-Regierung eine Verschlechterung darstellt aus ihrer Sicht. Ich glaube, das stimmt auch kurzfristig objektiv. Diese Länder fahren im Augenblick mit einer SPD-Regierung günstiger. Sie bekommen günstigere Konditionen. Die SPD-Politik ist wenigstens doppelgleisig, was z.B. Afrika und die Befreiungsbewegungen angeht: sie macht sowohl das Geschäft mit den rassistischen Regimes in Afrika, aber sie unterhält auch Kontakte zu Befreiungsbewegungen, während die CDU eindeutig nur noch die rassistischen Regimes unterstützen würde. Ähnliches gilt für Entwicklungshilfeprojekte, für bilaterale Abkommen. Auch was das Verhalten der Bundesregierung auf internationalen Konferenzen angeht, würde eine Regierungsübernahme durch die CDU sicher eine Verschlechterung bringen. Man kann sagen, daß die progressiven Länder der Dritten Welt sehr skeptisch gegenüber der SPD sind, aber zumindest mittelfristig ein Interesse haben, daß es nicht zu einem Wechsel zugunsten der CDU kommt.

Das deckt sich im Grunde auch mit meiner eigenen Einschätzung; sicher bedeutet eine CDU-Herrschaft eine Verschärfung der Arbeitsbedingungen, und zwar in jedem Bereich, sowohl (in meinem Fall;) an der Hochschule als auch der politischen Arbeitsbedingungen. Aber das berechtigt nicht dazu, irrational die Lage zu dramatisieren und das jetzige Repressionssystem zu verharmlosen, sondern das muß man im Zusammenhang sehen. CDU/CSU gehören zu einem Parteiensystem, zum etablierten, und die SPD trägt auch dafür die Verantwortung und die kann sie nicht uns zuschieben, wie das jetzt zu tun versucht wird. Von dort aus halte ich die Einschätzung von Oskar Negt z.B. nicht für richtig. Wir können uns die Konsequenzen, die aus der sozialliberalen Koalition resultieren, nicht selbst noch zuschreiben. Wir haben genug darunter zu leiden. D.h. daß diese Strauß-Kandidatur auf keinen Fall bedeuten kann, daß wir unsere politische Identität aufgeben, nicht einmal in der Wahlfrage. Im übrigen ist es ja zunächst so einzuschätzen, daß rebus sic stantibus, wenn sich also nicht entscheidende Daten ändern, ein CDU-Sieg unwahrscheinlicher geworden ist. Ich würde jedoch auch die vorsichtige Einschätzung von Brückner teilen, so etwas läßt sich in der Tat nicht völlig vorausberechnen. Aber die Verantwortung dafür tragen, so oder so, nicht wir.

Nun zu den Fragen, die im Zusammenhang mit der Strauß-Kandidatur ja schon gestellt worden sind. Kann man unter den gegebenen Bedingungen überhaupt verantworten, nicht SPD zu wählen, d.h. müssen wir uns jetzt dieser proklamierten Polarisierung zuordnen? Da würde ich ganz klar nein sagen. Die Frage einer alternativen Wahlliste zur Bundestagswahl 1980 macht sich nicht an der Kandidatur von Strauß fest, sie ist prinzipiell zu diskutieren. Eine solche Kandidatur würde natürlich eine gewisse Verpflichtung beinhalten, über die 5% hinauszukommen, d.h. nicht von vornherein eine Strategie zu verfolgen, aus der absehbar ist, daß man bei 2% hängenbleibt. Das könnte in der Tat Konsequenzen haben, die wir nicht unbedingt wollen. Ich würde an eine solche Kandidatur zunächst einmal nur die eine Bedingung knüpfen, daß eine Erfolgschance besteht – eine Sicherheit kann man da natürlich nicht geben – und daß alles unternommen wird zu verhindern, daß die CDU aufgrund verlorener Alternativstimmen die absolute Mehrheit bekommt. Aber auch eine solche Bedingung würde ich unabhängig davon stellen, ob nun Strauß oder Albrecht der Kandidat wäre, weil die CDU weiß Gott auch ohne Strauß schlimm genug ist. Die Probleme, die mit so einer alternativen Liste verbunden wären, liegen jenseits eines vordergründigen Datums wie jetzt eben der Strauß-Kandidatur und betreffen solche Fragen, ob man sich auf das parlamentarische Spiel überhaupt einlassen soll. Das ist ein Problem, wo ich mich auch nicht mit letzter Sicherheit verhalten kann, wo man sich entscheiden muß, ohne alle Implikationen überschauen zu können.

Für eine solche Kandidatur spräche, daß sie eine Möglichkeit böte, die Aufklärungsarbeit zunächst während eines gewissen Zeitraums zu verbessern. Ich hätte da ganz klare Bedingungen: es müßte ganz klar sein, daß man nicht die Perspektive hat, an die Regierungsmitverantwortung zu kommen. Der Beteiligung am Parlamentarismus müßten von vornherein Grenzen gesetzt werden, und die Beteiligung an Wahlen müßte dem Ziel einer besseren Verankerung in den Massen untergeordnet werden. Nur im Hinblick darauf ist das überhaupt zu rechtfertigen.

Ich möchte noch einmal eingehen auf die Frage, ob in Anbetracht des „Ernstes der Lage" ein Verzicht auf eine alternative Liste notwendig wäre, wie das auch Negt fordert, wobei dann immer auch wieder in Aussicht gestellt wird, man könnte durch einen solchen Identitätsverzicht die Linke in der SPD stärken. Nach allen Erfahrungen würde ich das eindeutig verneinen. Zunächst ist allgemein zu sagen, daß die Unzuverlässigkeit der SPD, was ihre Wahlversprechen angeht, sprichwörtlich ist. Das gilt z.B. für den Rentnerbetrug. Auch wenn die CDU dieses Schlagwort verwendet, stimmt es halt, daß die SPD nicht als zuverlässige Partei eingeschätzt werden kann, wenn es um die materiellen Interessen der Bevölkerung geht. Aber sie ist vor allem unzuverlässig auch hinsichtlich der Versprechen, die sie gegenüber der Linken abgibt. „Mehr Demokratie wagen" hieß es 1972, und wir wissen, was bereits in den dreieinhalb Jahren Brand-Regime an Demokratie zerschlagen wurde. Ich war 13 Jahre lang aktives Mitglied der SPD, auch in ehrenamtlichen Funktionen, und ich kenne sie hinreichend, um sagen zu können, daß sie ihren Charakter als organisatorisches Instrument der Bourgeoisie nie verloren hat, daß ihre Repressionsspitze eindeutig nach links gerichtet ist, daß die Partei bis heute durch die Tatsache geprägt worden ist, daß der Ebert-Groener-Pakt die Unterwerfung unter das Diktat der Bourgeoisie und die Mitverantwortung für die Ermordung Rosa Luxemburgs und Liebknechts und vieler Kommunisten danach beinhaltet, und daß das den „historischen Charakter" der SPD prägt. Das schließt nicht aus, daß ich weiß, daß es nach wie vor Sozialisten in der SPD gibt, die dort versuchen, eine demokratische Arbeit zu machen, daß es auch linke Abgeordnete gibt, progressive Abgeordnete. Auch hier wieder aus der Dritten-Welt-Perspektive: das sind Abgeordnete wie Coppik, Holtz, Hansen, Thüsing, früher Walkhoff.

Das sind sicher innenpolitische Elemente, mit denen man in gewisser Weise rechnen kann, auf die man auch setzen muß, mit denen man zusammenarbeiten muß. Ich halte es auch für richtig, daß man solche Abgeordnete unterstützt; aber man kann sie nicht dadurch unterstützen, daß man SPD wählt als Angehöriger der außerparlamentarischen Opposition. Man kann die Linke in der SPD und auch die linken Abgeordneten in der SPD nur stützen, indem man ihnen auch gegenüber der SPD überhaupt eine Rechtfertigung dafür gibt, daß sie sich in Zukunft konsequenter verhalten, als sie es bisher getan haben. Und diese Möglichkeit sähe ich u.a. darin, daß eine alternative Liste im Bundestag vertreten wäre. Dann wären diese Abgeordneten nicht mehr linksaußen. Sie könnten sich dann innerhalb der SPD darauf berufen, daß auf ihre Vorstellungen besser eingegangen werden muß, weil sonst die SPD nach links noch weiter Stimmen verliert. Ich glaube, daß die Resignation des SPD-Abgeordneten Dieter Lattmann ganz klar zeigt, daß, solange sich an der bisherigen Konstellation nichts ändert, Sozialisten in der SPD wirklich nur eine Alibifunktion haben, daß sie an entscheidenden Punkten nichts erreichen können, einfach übergangen werden. Das ist natürlich eine ganz immanente Argumentationsweise. Gerade weil ich nicht der Ansicht bin „Je schlimmer desto besser": wenn man dem repressiven Kurs der Bundesrepublik gegensteuern will, kann man das nicht dadurch leisten, daß man durch eine SPD-Stimmabgabe die SPD-Linke zu stärken versucht. Die SPD-Linke im Bundestag wäre nur zu stärken, indem eine Alternative im Bundestag selbst erscheint. Das ist ganz reformistisch argumentiert, und alle Ausführungen, die ich mache, binden sich auch daran, daß das keine exklusive Perspektive der Sozialisten in der Bundesrepublik sein kann. Ich möchte mich auch heute nicht definitiv festlegen, was ich für richtig halte. Die Funktion meiner Äußerungen ist nur, ein paar Scheinantworten auf die Vexierfrage Strauß zu eliminieren.

Frage: Welche Möglichkeiten bzw. Probleme sehen Sie in der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen „grünen" Ökologieströmungen?

Der relative Erfolg einer solchen alternativen Liste schiene mir selbst dann sinnvoll, wenn er mit einer relativen Dominanz bürgerlicher Elemente verbunden wäre. Ich sehe das auch vor dem Hintergrund dessen, was ich theoretisch im Kopf habe. Ich glaube, ein Problem der Bundesrepublik und Deutschlands ist die fehlende Tradition auch bürgerlichen Widerstands, und das ist auch von Bedeutung für die sozialistische Bewegung. Die Sozialisten in der Bundesrepublik werden erst dann bessere Verankerungsmöglichkeiten haben, bessere Möglichkeiten haben, Aufklärungsarbeit zu machen, Kader zu bilden, wenn die Totstellreflexe abgebaut werden, wenn die Bereitschaft, Widerstand zu leisten gegen arbiträre (willkürliche – d.Red.) Maßnahmen, wächst. Die bisher durchaus beachtlichen Aktionen der Umweltschutzbewegung, der anti-nuklearen Bewegung, die ja auch stark von bürgerlichen Kräften getragen wurden, leisten auf jeden Fall das eine, daß Widerstandhaltungen überhaupt aufgebaut werden, daß dieser automatische Unterwerfungsreflex abgebaut wird. Insofern würde ich glauben, daß auch eine stark bürgerliche Determination einer solchen Protestbewegung, wie man das schon nennen muß, hinzunehmen wäre, weil das für die demokratische Entwicklung ein Erfolg wäre. Man darf sich nur über den Charakter einer solchen Bewegung, einer solchen Organisation, keine Illusionen machen und auch hier nicht die eigene Identität aufgeben.

Nachrichten vom Widerstand

Neueste Beschlüsse zur internationalen Demo in Bonn

Am 21./22. Juli fand ein erneutes Treffen des Koordinationsausschusses für die geplante Großdemonstration am 14. Oktober in Bonn statt. An diesem Treffen beteiligten sich Vertreter aus mehr als 35 Bürgerinitiativen, darunter u.a. Vertreter der BUU Hamburg, des AK gegen Atomenergie Göttingen, des BBU, der BAK und der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen. Es wurde vereinbart, daß die Demonstration die Form eines Sternmarsches annehmen soll. Die Route der verschiedenen Demonstrationszüge wird direkt bis an die Bannmeile führen. Anschließend wird es eine Großkundgebung mit viel Kultur und einigen Redebeiträgen geben. So wird ein Vertreter der Demo-Leitung etwas zum Stand des westdeutschen Atomprogramms sagen. Ein Vertreter des AK-Leben im DGB wird zur Frage Atomenergie und Arbeitsplätze Stellung nehmen. Andere Themen, die angesprochen werden sollen, sind: Kriminalisierung von AKW-Gegnern und internationale Kampferfahrungen der Anti-AKW-Bewegung.

Schon eine Woche vor der Demonstration werden von verschiedenen Standorten Trecks nach dem Vorbild der Gorleben-Demo in Hannover in Richtung der Bundeshauptstadt organisiert. Auch die Frage der Demonstrationsleitung konnte geklärt werden. So wurden die Landeskonferenzen der BIs aufgefordert, je einen Vertreter für die Demo-Leitung zu bestimmen. Vertreter der internationalen Koordination in Basel, die ebenfalls den Aufruf der Bonn-Demonstration unterstützt, werden mit vollem Stimmrecht in die Demonstrationsleitung integriert. So haben bis jetzt belgische und luxemburgische AKW-Gegner erklärt, in diesen Ländern für die Bonn-Demo zu mobilisieren. Im Hinblick auf eventuell beginnende Tiefbohrungen in Gorleben empfiehlt das Bonner Vorbereitungstreffen für den 22./23. September eine Bundeskonferenz in Abstimmung mit der BI Lüchow-Dannenberg durchzuführen. Wenn eine dringende Notwendigkeit im Hinblick auf die Entwicklung in Gorleben besteht, kann diese Bundeskonferenz vorverlegt werden. Aufgabe der Bundeskonferenz wird es sein, konkrete Schritte und Widerstandsaktionen gegen die Tiefbohrungen in Gorleben zu diskutieren und in Angriff zu nehmen.

Ebenfalls wird hier im Falle einer zeitlichen Überschneidung zwischen Bonn-Demonstration und beginnenden Tiefbohrungen in Gorleben, die Entscheidung zu treffen sein, ob die Anti-AKW-Bewegung in der Mehrheit bereit ist, an der Bonn-Demonstration festzuhalten.

Diese Bundeskonferenz soll von einer BI an einem zentral gelegenen Ort ausgerichtet werden.

* * *

Im Hinblick auf die Bonn-Demonstration findet am 18. August in Rendsburg / Schleswig-Holstein ein Koordinationstreffen statt, zu dem alle BIs eingeladen sind. Hier soll u.a. auch der Vertreter für die Demo-Leitung aus Schleswig-Holstein gewählt werden.

Das Treffen beginnt um 14.00 Uhr im Hotel Germania.

AKW-Nein-Kommission

Achtung Bauernfängerei!

Einfach ekelhaft sind die Bemühungen der Atommafia um die Bauern und traditionellen CDU-Wähler in Lüchow-Dannenberg. Ohne, daß er je darum gebeten wurde, ließ CDU-Vorsitzender Kohl *„den Bürgern des Kreises Lüchow-Dannenberg für ihren bisherigen Beitrag zur NEZ-Diskussion* (NEZ gleich Nukleares Entsorgungszentrum) *seinen Dank übermitteln"* und Minister Hauff dankte *„besonders der Bevölkerung in Lüchow-Dannenberg für die sachliche Diskussion in den letzten zwei Jahren und die konstruktive Mitarbeit"* („Elbe-Jeetzel-Zeitung" vom 27.6.69). Es blieb leider nicht beim „Danke schön":

— Am 10.6. wurde eine Gruppe von Landwirten zu zweitägigen „Informationsgesprächen" nach Bonn eingeladen. Geboten wurden Fachgespräche im Landwirtschaftsministerium, Gespräche mit dem Staatssekretär des Innenministeriums Dr. Hartkopf, sowie Vertretern des Finanzministeriums. Auch Kohl empfing die Gruppe.

— Am 21.6. wurde für „Vertreter der Lüchow-Dannenberger Landwirtschaft" ein weiterer Besuch in Bonn organisiert: Erneut fanden Gespräche mit Vertretern des Bundesinnen- und des Landwirtschaftsministeriums sowie eine Diskussion mit den „zuständigen Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion" statt.

— 22.6.: 18 Mitglieder der Gorleben-Kommission (Vertreter des Kreistages, der gesellschaftlichen Gruppen usw.) besuchten Bonn. Auf dem Programm stand ein vierstündiges Gespräch mit Minister Hauff, ein Gespräch mit Vertretern des Innenministeriums sowie eine Sitzung mit zwölf CDU/CSU-Abgeordneten unter Vorsitz von Helmut Kohl.

— 19.7.79: Albrecht empfing in Anwesenheit von Vertretern des Landwirtschafts- und Sozialministeriums eine Delegation des Lüchow-Dannenberger „Arbeitskreis Junger Landwirte".

Motto: „Mit Speck fängt man Mäuse"

„Besorgnisse und Ängste abbauen" sollen laut CDU-MdL Grill diese Gespräche. So betonte Albrecht in der Unterredung, daß durch Zwischen- und Endlager die „landwirtschaftliche Produktion (...) in keiner Weise geschädigt" werde und auch die Infrastruktur nur so geringfügig geändert werde, *„daß auch hier keine erhebliche Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Produktion zu erwarten sei"*. Und selbstverständlich sei die WAA „endgültig vom Tisch" („Elbe-Jeetzel-Zeitung", 21.7.).

Noch penetranter sind die Versuche, die Landwirte mittels materieller Anreize in den Dialog einzubinden: Hauff versprach *„die Förderung einer Forschung für alternative Technologien im Bereich der Landwirtschaft für den Landkreis Lüchow-Dannenberg. Eine entsprechende Vorlage soll aus den Reihen der Landwirte für das Bundesministerium für Forschung und Technologie gemacht werden"* („Elbe-Jeetzel-Zeitung", 27.6.).

Die Gespräche wurden jeweils so arrangiert, daß die unmittelbaren Belange der Landwirte mit im Mittelpunkt der Erörterungen standen. So stießen während des Albrecht-Gesprächs die Forderungen des „Arbeitskreis Junger Landwirte":

— Ansiedlung von „verarbeitender Industrie für landwirtschaftliche-Produkte",
— Schaffung „außerlandwirtschaftlicher Alternativen",
— „Unterstützung bei den Bemühungen um Ausweitung der Brennrechte für Kartoffelalkohol",
— zusätzliche Förderungsmittel für die Errichtung von geeigneten Vermarktungseinrichtungen für Speisekartoffeln"

„selbstverständlich" auf offene Ohren („Elbe-Jeetzel-Zeitung", 21.7.79).

Und im Bonner Landwirtschaftsministerium wurde „im Sinne eines Anschlusses an die allgemeine Einkommensentwicklung" um das „einzelbetriebliche Förderungsprogramm für benachteiligte Gebiete" gefochten und eine „bevorzugte Behandlung ebenfalls im Rahmen einer für den Bereich der Landwirtschaft einzurichtenden Zonenrandförderung" im Rahmen des Marktstrukturgesetzes gefordert („Elbe-Jeetzel-Zeitung", 27.6.79).

Daß es bei diesen Gesprächen nicht um bessere Bedingungen für die Bauern im Fichtelgebirge (Zonenrandgebiet) geht, liegt auf der Hand. Den in diesem Frühjahr arg in Bedrängnis geratenen Politikern und Bauernfunktionären soll die Möglichkeit gegeben werden, mit materiellen Anreizen die „Angst vor dem Atom" auszutreiben und verlorenes Terrain wettzumachen.

Ein 2. Gorleben-Symposium im Oktober?

Im oben erwähnten Gespräch sicherte Albrecht ebenfalls zu, *„daß die Bohrergebnisse einer kritischen Begutachtung zugänglich gemacht werden und bei der Eignungsfeststellung auch ablehnende Wissenschaftler Gehör finden würden"*. Gemeint sind hier die Ergebnisse der Tiefbohrungen.

Konkreter äußerte sich der Leiter der neueingerichteten „Informationsstelle des Bundes für die nukleare Entsorgung in Gorleben", Forstoberrat Kuhlke (SPD):

„Im Oktober möchte Kuhlke ein öffentliches Symposium, an dem Befürworter und Kritiker des Bonner Entsorgungskonzepts teilnehmen sollen, über den Salzstock Gorleben veranstalten" („Elbe-Jeetzel-Zeitung", 12.7.79).

Für Kuhlke ist dieses Symposium der Schwerpunkt im neuen „Programm für den Bürgerdialog" (andere Punkte sind: Veranstaltungen für bestimmte Gruppen wie Ärzte, Landwirte etc., Betreuung von Seminaren, Besichtigung von Atomanlagen usw.).

Ein ähnliches Projekt („Anhörung internationaler Experten" zur Eignung von Salzstöcken) wurde bereits Anfang Juni von allen Gruppen des lokalen Widerstandes — Ärzten, Landwirten, GLU, BI, Gesellschaft für Umweltfragen und Naturschutz (GUN) — gefordert.

In einem Brief Mitte Juni forderte die GUN von Albrecht, daß ein Hearing über Salzstöcke durchgeführt werden soll, vor Beginn der Bohrungen die Kriterien festgestellt und veröffentlicht werden sollen, die an einen geeigneten Salzstock zu stellen wären und alternative Standorte zu benennen, die gleichzeitig zu untersuchen seien („Elbe-Jeetzel-Zeitung", 16.6.79).

Mit dem Aufgreifen dieser Forderung versuchen Leute wie Kuhlke und Albrecht den Eindruck zu wecken, es handele sich bei den Tiefbohrungen lediglich um einen rational nachvollziehbaren Prüfvorgang, der bei negativem Befund mitsamt aller Endlagerungspläne aufgegeben wird.



In der Verankerung dieser verlogenen Argumentation sehen sie derzeit die größte Chance, zu Beginn der Tiefbohrungen die lang herbeigewünschte Spaltung in „vernünftige gesprächsbereite Bürger" und „harte unverbesserliche Trupps einheimischer und auswärtiger AKW-Gegner" durchzusetzen.

Ob die „Bauernfängerei" erfolgreich ist, läßt sich derzeit nicht überblicken. Ein Teil der BI LüchowDannenberg geht davon aus, daß sich das Gros der Landwirte mit den Tiefbohrungen abfindet oder sich zumindest bei Tiefbohrungsbeginn passiv verhält. Andere meinen, daß sich die Landwirte wie in der Vergangenheit über Nacht mobilisieren lassen — wenn es erst los geht.

Ein Genosse aus Lüneburg

Epplers entschiedenes Jein zur Atomenergie

„Viele junge Leute sind uns in den letzten Wochen zu den Grünen weggelaufen" („Badische Zeitung" — „BZ", 12.6.79), so Erhard Eppler in der Euro-Wahlnacht. In der Tat sind die 4,5 % „grünen" Stimmen vor allem aus dem SPD-Reservoir gekommen. Auf dem Landesparteitag Mitte Juli sollten deshalb die Weichen gestellt werden, um bei den Wahlkämpfen im kommenden Jahr diesen Trend aufhalten zu können. Zwei Methoden standen sich dabei gegenüber: Eppler setzte auf eine „grüne" Profilierung der SPD, die sich stärker vom Schmidt'schen Kurs abgrenzen sollte: *„Das* (das Euro-Wahlergebnis) *ist jetzt eine Quittung für die unbedachten energiepolitischen Erklärungen von Bundeskanzler Schmidt. Was der zur Kernenergie und zu einem drohenden Ölkrieg gesagt hat, hat die kritischen Leute in Scharen vertrieben"* („BZ", 12.6.79).

Die Kanalarbeiter-Fraktion um die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), DGB- und IGM-Spitze (Steinkühler) sah das anders. Einer ihrer Sprecher: *„Wir haben uns hier im Land den Grünen doch geradezu angebiedert und sie damit erst salonfähig gemacht"* („BZ", 12.6.79).

Freilich sind die Gegensätze nicht so schroff, denn Erhard Eppler ist kein AKW-Gegner: *„Vor allem aber betonte Eppler, seien Atomkraftwerke gegenwärtig politisch nicht durchzusetzen"* („BZ", 3.7.79).

Die laufenden Atomschrottwerke will Eppler nicht stillegen lassen. Und der von ihm über den Landesvorstand vorgeschlagene Bau- und Genehmigungsstop für Atomanlagen bis 1984 kostet natürlich wenig, dürfte die SPD mit ihren 34 % in Baden-Württemberg (bei den Euro-Wahlen) doch wohl kaum in die Verlegenheit kommen, derartige Wahlversprechen in die Tat umsetzen zu müssen.

Dennoch hätte der Epplersche Vorschlag natürlich einen propagandistischen Nutzeffekt für die Anti-AKW-Bewegung bedeutet, also die Front gegen Epplers Parteifreund Schmidt verstärkt.

Daher wurde auf dem Parteitag der Antrag des Landesvorstandes in Zusammenarbeit mit den Kanalarbeitern verändert: Zusätzlich wird jetzt dafür plädiert, daß die „Option Kernenergie" offen gehalten werden müsse, eine Formulierung, die schon auf dem Hamburger Bundesparteitag 1977 verabschiedet wurde.

Die „Badische Zeitung" kommentiert: *„Und schließlich stimmten die rund 320 Delegierten mit nahezu osteuropäisch anmutender Mehrheit für jenen mit reichlich verbalem Gummi angereicherten Antrag 53, aus dem die Kernkraftgegner das Ziel einer ‚Energiepolitik ohne Kernkraftwerke' und der Gewerkschaftsflügel das ‚Offenhalten der Option für Kernenergie' herauslesen kann"* („BZ", 16.7.79).

Die Delegierten aus den Räumen Freiburg und Tübingen, die wacker auch für die Abschaltung der schon laufenden AKWs kämpften, wurden bei diesem „Kompromiß" unter den Tisch gewischt. Interessant ist übrigens, daß Eppler schon beim Ulmer Landesparteitag vor zwei Jahren ebenfalls erfolgreich darum bemüht war, die konsequenten Atomgegner in der Partei zum Abrücken von ihren Forderungen zu bewegen.

Warum er das alles tut: *„Und die demokratischen Sozialisten* (Eppler meint damit die SPD — Anm. AK) *müssen begreifen, daß sie in den 80er Jahren an den Rand gedrückt werden könnten, falls ihnen die Integration dieser* (der grünen — Anm. AK) *Bewegung nicht gelingt"* („Spiegel", 7.8.78). Mit seinem „grünen" Auftreten versucht er, *„Gruppen und Strömungen, die Schmidt nicht erreicht, anzusprechen, im Bemühen, daß der Bundeskanzler dabei keinen Schaden nimmt"* („BZ", 30.8.78). Auf Dauer wird es Eppler natürlich schwerfallen, das kritische Potential zu integrieren und gleichzeitig nicht konsequent Front gegen die Bundesregierung zu machen.

Auf die Eiertänze beim Bundesparteitag darf man deshalb gespannt sein.

Ein Genosse aus Freiburg

„Gorleben-Polizei" bereitet Tiefbohrungen vor

Die ersten beiden Hundertschaften der im Aufbau befindlichen 4. Abteilung der niedersächsischen Landespolizei werden in Uelzen stationiert. Als „Gorleben-Polizei" werden sie mit dem 50 Mio. Etat finanziert, den die Bundesregierung dem Land Niedersachsen zur Durchsetzung des „Nationalen Sorgenzentrums" nach wie vor pro Jahr zur Verfügung stellt. Für weitere 1.500 Mann „Gorleben-Polizei" soll bei Lüchow eine Kaserne gebaut werden. Am 17.5.79 (einen Tag nach der Albrecht-Grundsatzentscheidung) gab der Lüchower Gemeinderat grünes Licht für die angebliche „Polizeischule", die mit Gorleben „nichts zu tun" habe, sondern lediglich „junge Leute" in den Landkreis holen solle (s. AK 154).

Doch Lügen haben kurze Beine und bereits einen Monat später konnte die BI Lüchow-Dannenberg einen Brief des niedersächsischen Innenministers Möcklinghoff an den Lüchower Stadtdirektor Krüger (datiert mit 13.3.79) veröffentlichen, in dem dieser bekanntgibt, daß die Kaserne *„zur Unterbringung der im Landkreis Lüchow-Dannenberg im Zusammenhang mit der Planung eines nuklearen Entsorgungszentrums tätigen Sicherungskräfte der Landespolizei"* bereits fest eingeplant ist („Elbe-Jeetzel-Zeitung", 22.6.69). Während zur Zeit von einer Reduzierung der Polizeikräfte im Landkreis die Rede ist, betonte Möcklinghoff anläßlich eines Besuches in Lüchow, *„daß bei Fortsetzung der Bohrarbeiten erneut stärkere Polizeikräfte in diesem Kreis zusammengezogen werden müßten und deshalb neue Kasernen erforderlich würden"* („Elbe-Jeetzel-Zeitung", 28.7.79).

Gemeint ist hier sicher der Tiefbohrungsbeginn, auf den sich die Polizei bereits mit strategischen Planspielen vorbereitet. Einem Augenzeugenbericht zufolge befindet sich in der Lüchower Polizeizentrale ein Modell der Baustelle 1004 mit Hubschrauberlandeplatz, doppelter Umzäunung, Scheinwerfer etc. pp. ...

Diese Dinge erinnern an die Geheimpapiere über die Innenministerbesprechungen vom Sommer letzten Jahres (vollständig abgedruckt im AK 143).

Ein Genosse aus Lüneburg

Betrieb und Gewerkschaft





Konzertierte Aktion gegen Teuerungszulage: „Wilde Streiks" nach der Sommerpause!

In den Betrieben, vor allem den Großbetrieben der Stahl- und Automobilindustrie, nehmen die Forderungen nach einer Teuerungszulage zu. Der Vorstand des DGB, der IG Metall, der IG Chemie und der IG Bergbau haben jetzt ausdrücklich diese Forderung der Arbeiter zurückgewiesen und es abgelehnt, noch in diesem Jahr über einen tariflichen Lohnnachschlag zu verhandeln. Auch eine Preissteigerung von voraussichtlich 4,6 % in diesem Monat (bei 4-%-Bruttolohnabschlüssen!) hat an dieser Entscheidung nichts geändert. Bürgerliche Wirtschaftsforscher sagen für die nächsten beiden Monate Preissteigerungen von fünf bis sechs Prozent voraus.

Wie anders ist die Absage der Gewerkschaftsführer zu verstehen, als eine Aufforderung an die Arbeiter, in den Betrieben selbst zu handeln. Entsetzt registrierte denn auch die bürgerliche Presse am 27. Juli, daß das Schlagwort von der „Selbstbedienung" durch die Betriebe geistere. Nun, die Sommerpause ist bald vorbei, dann wird es auch höchste Zeit, die Lohnkasse der werktätigen Bevölkerung wieder etwas aufzufüllen. Wo die Gewerkschaftsvorstände nicht wollen, da muß schon mal ein wenig „wild" gestreikt werden ...



Vetter und Esser sind sich einig: Wir brauchen keine Teuerungszulage. . .

„Konzertierte Aktion"

Am 2o. Juli trafen sie erstmals wieder nach fast zwei Jahren offiziell zusammen, die Spitzen der Unternehmerverbände Esser (BDA) und Rodenstock (BDI) sowie der Gewerkschaften mit den Vorsitzenden Vetter (DGB), Loderer (IG Metall), Hauenschild (IG Chemie) Sperner (IG Bau) und Vietheer (HBV). Außer der öffentlich zur Schau getragenen Harmonie und Bereitschaft zur Einigung in allen wirtschaftlichen Problemfragen, ist konkret angeblich nur darüber geredet worden, das Mitbestimmungsgesetz von 1976 *„loyal und kooperativ"* anzuwenden („Welt der Arbeit", WdA, 26.7.). Für die Arbeiterklasse wichtige Fragen wie Arbeitslosigkeit und ihre Beseitigung, Aussperrung, „Tabukatalog" der Unternehmer und vor allem die aktuell diskutierte Teuerungszulage sind nicht behandelt worden. Vetter: *„Wir sollten nicht die Schmiedehämmer hervorholen, die man in der Zwischenzeit hat aneinanderklingen lassen".* Dafür habe man *„eine solche Tragfähigkeit erzielt, daß wir die weitere Arbeit in der Arbeitsgruppe und im Gesprächskreis fortsetzen können"* („WdA", 26.7.).

Es ist also das alte Lied: Während sich die wirtschaftliche Lage der werktätigen Bevölkerung zunehmend verschlechtert, während die Unternehmer ihre Interessen immer härter durchsetzen, unterwerfen sich die Führer der Gewerkschaften einem erneuten „Stabilitätspakt". Insbesondere die Teuerungszulagendiskussion macht dies deutlich.

„... nicht verrückt machen lassen"

Kaum war die Sitzung der Führungsspitzen von DGB und Kapitalisten vorbei, starteten beide ein makabres Schauspiel, das ganz offensichtlich aufeinander abgestimmt war. Die DGB-Führer erklärten öffentlich und wiederholt: über Teuerungszulagen wird nicht verhandelt. Als „Gegenleistung" appellierte Arbeitgeberpräsident Esser an die Unternehmer, *„auch in den kommenden Monaten durch ein stabilitätsorientiertes Verhalten dazu beizutragen, die Voraussetzungen für eine ausgewogene Wirtschafts- und Einkommensentwicklung zu erhalten"* („FAZ", 2.8.), einmalig meint der bürgerliche FAZ-Kommentator, *„wohl zum erstenmal in dieser Form"* habe ein Arbeitgeberpräsident *„die Leute in seinem Lager aufgefordert, sich ‚stabilitätsorientiert' zu verhalten"* (3.8.) – ja, die Herren wissen, was n i c h t s kostet!

Dieser Zauber ist nun wirklich nicht neu. DGB-Chef Vetter aber „beruhigt": *„Die Öffentlichkeit sollte sich nicht verrückt machen lassen"* („WdA", 26.7.), Forderungen nach Teuerungszulagen aus den Betrieben sind für ihn eine *„Warnung an die Unternehmer, zur Vernunft zu kommen und die Preissteigerungen zu stoppen. Ich hoffe, daß die Unternehmer die Warnungen verstehen ... daß die Gewerkschaften die Tarifverträge einhalten können"* (Interview in der „Bild"-Zeitung, 25.7.), die Preise aber steigen trotz aller „Warnungen" unaufhörlich ...

Die Führung der IG Metall besitzt sogar die Unverfrorenheit, ihre Ablehnung des Antrags der Tarifkommission Baden-Württembergs auf Kündigung der Tarifverträge über „betriebliche Sonderzahlungen" ‚fortschrittlich' zu begründen: dann gebe es Tarifverhandlungen, Schlichtung, Urabstimmung, gar Streik, damit würde man den Arbeitgebern *„in die Falle oder ins offene Messer"* laufen (Hans Jannssen vom IGM-Vorstand in der „FR" vom 27.7.). *„Jedes Ergebnis, das schließlich herauskommen könne, würde gering sein"* (ebenda). Und sein Vorstandskollege von der IG Chemie, Karl Hauenschild, vertröstete auf die nächste reguläre Lohntarifrunde 1980: *„Eventuelle ‚Zwischenlösungen' im Herbst '79* (damit meint er den Nachschlag) *müssen zwangsläufig Flickwerk bleiben und außerdem den tarifpolitischen Spielraum für 1980 einengen"* („Gewerkschaftspost", August '79).

Beim Wort genommen heißen diese Aussagen: von den Gewerkschaften ist offiziell nichts zu erwarten.

Wir sollten dies als Handlungsanleitung interpretieren!

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Einmaliger Vorgang

Baden-Württembergs große Tarifkommission der IG Metall beantragt beim Vorstand der IGM die Kündigung eines Vertrages, der bereits seit dem 31.12.78 monatlich kündbar ist: der Tarifvertrag über „betriebliche Sonderzahlungen". Der Vorstand der IG Metall aber sagt: NEIN!

Die Forderung der Baden-Württemberger war ein (fauler) Kompromiß der dortigen Gewerkschaftsführung auf den Druck von der Basis, jetzt endlich Teuerungszulagen durchzusetzen (wir berichteten ausführlich in AK 158). Die dortige Bezirksleitung fälschte also bereits den Mitgliederwillen um, indem sie etwas vortäuschte, was gar nicht der Ausgangsforderung entsprach: Während nämlich bereits 50 % eines Monatsgehalts tariflich abgesichert sind (meist als Weihnachtsgeld gezahlt), zahlen die meisten Unternehmen heute bereits 100 %. Die beantragten Tarifverhandlungen wären also um Gelder gegangen, die sowieso schon gezahlt werden – mit Teuerungs z u l a g e hat das natürlich nichts zu tun.

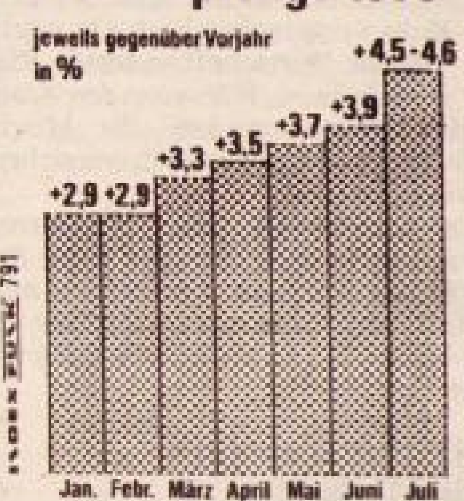
Wenn jetzt zusätzlich der IGM-Vorstand selbst hierzu noch NEIN sagt, zeigt das nur, mit welcher Härte von oben jede Diskussion um Teuerungszulagen abgeblockt wird (wobei eine Portion Realismus sicher die Entscheidung mitbestimmt hat: Die IGM-Führer wissen natürlich auch, welchen Mitgliederärger sie sich einhandeln, wenn sie mit den Zulagenerwartungen der Mitglieder im Rücken über Nichts verhandeln).

Dieser Vorgang belegt außerdem mal wieder, wie zentralistisch und diktatorisch die Gewerkschaften aufgebaut sind: Ein kleiner Vorstand hat die Rechte, in einem solchen Fall NEIN zu sagen, so steht es in der Satzung. Eine solche Ablehnung einer regulären Tarifvertragskündigung durch den Vorstand ist allerdings auch in der Geschichte der IG Metall einmalig. Den Vorstandsbürokaten fällt doch immer noch eine Steigerung gewerkschaftlicher Undemokratie ein.

Warnstreik für Teuerungszulage

700 von 1.300 Beschäftigten der **Häller-Hille GmbH (Thyssen-Konzern) in Ludwigsburg** streikten am 19.7. für eine dreiviertel Stunde, um ihre Forderung nach einer einmaligen Teuerungszulage von 1.000 DM zu unterstreichen.

Folgende Betriebe forderten ebenfalls Teuerungszulagen:
- die Vertrauenskörperleitung von **Hoesch-Phönix in Dortmund.**
- Die Vertrauenskörperleitung der **Hoesch-Westfalenhütte in Dortmund.** Sie erwartet eine Teuerungszulage, die dem derzeit laufenden Tarifvertrag angerechnet wird.
- Die Vertrauensleute der **Krupp-Stahlwerke Südwestfalen;**
- die Vertrauensleute der **Maximilianshütte (Klöckner), Sulzbach,** fordern rückwirkend ab 1.7. 150 DM monatlich, die bis zum 1. Februar 1980 auf den laufenden Tarif angerechnet werden;
- die Betriebsräte der **Karlsruher Firmen IWK, Geiger, Argus und Ellingen** protestierten in Schreiben an den Vorstand der IGM gegen die Ablehnung der Tarifvertragskündigung.



Unternehmerlob für DGB-Führer

Der Unternehmerverband „Gesamtmetall": *„IG Metall traf richtige Entscheidung"* („Handelsblatt", 27.7.). —

„Mit seiner eindeutigen Entscheidung bewies der Vorstand der IG Metall Mut zum Risiko" („Frankfurter Rundschau", 27.7.). —

„Der Vorstand der IG Metall hat Festigkeit und Geschicklichkeit zugleich bewiesen" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 27.7.). —

„Die Entscheidung der IG Metall verdient besondere Anerkennung" (Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Schlecht, laut „Frankfurter Rundschau", 1.8.). —

„Die Situation ist gefährlich. Wenn aber bei den Unternehmern wie bei den Gewerkschaften diese Brisanz gesehen wird, wenn man die Notwendigkeit gegenseitiger Verständigung einsieht und öffentlich darüber spricht, dann ist schon viel geholfen. Es gibt sicher wenige Länder, in denen Ähnliches möglich ist" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 3.8.). —

DKP – was nun?

Gegenüber der „Rheinischen Post" vom 1.8.79 warnte der DGB-Vorsitzende Vetter vor spontanen Streiks. Sie seien *„Wasser auf die Mühlen der DKP"*, durch eine *„systematische Beunruhigung der Basis"* könne es zu *„gefährlichen Führungsproblemen in den Gewerkschaften"* kommen.

Die DGB-Führer haben sich also bereits auf den Eventualfall von spontanen Streiks eingerichtet: Dann wird eine scharfe antikommunistische Kampagne gefahren, wo gewerkschaftliche Funktionäre bewußt in die Nähe von Kommunisten und der DKP gerückt werden sollen, um sich zu distanzieren.

Gleichzeitig bereitet die DGB-Führung offensichtlich eine weitere Verschärfung ihres Kurses gegen die DKP vor, die sowieso schon unter starkem Anpassungsdruck in den Gewerkschaften steht. Da wird offensichtlich schon mit neuen Unvereinbarkeitsbeschlüssen gewinkt?!

Und die DKP? Sie bemüht sich in einem Kommentar am 3.8., den Kollegen Vetter davon zu „überzeugen", daß sie es doch nur gut meint: *„Wer wirklich etwas für die Konjunktur tun will, der muß für mehr Kaufkraft sorgen, nicht 1980 oder 1981, sondern jetzt!"* („UZ", 3.8.).

Die DKP schließt weiter brav die Augen vor der Anti-DKP-Kampagne der DGB-Führung. Man muß allerdings auch auf die Bibel und nicht etwa auf Karl Marx zurückgreifen, wo wie durch ein Wunder die Blinden sehend wurden. Vielleicht wird die ja neuerdings in der „UZ"-Redaktion gelesen.

AEG Kanis Essen: Jetzt geht's aufs Ganze!



„Ich weiß nicht, wie es weitergehen soll. Wenn die hier dichtmachen, ist mein berufliches Lebenswerk zerstört. Ich müßte noch einmal ganz von vorne anfangen. Und das mit Frau und drei Kindern." Die Worte des vierzigjährigen Transportmeisters Eckhard Wilker zeigen noch den Schock, den die gerade bekanntgewordene Nachricht bei allen Kollegen der AEG-Kanis in Essen ausgelöst hat. Nur wenige waren darauf gefaßt. So der Facharbeiter Claus Peter Eckerle: *„Ich habe mit dieser Schließung eigentlich gerechnet"*.

Genau einen Tag hielt der Schock an. Wie gelähmt hatten die 1.500 Beschäftigten der Gasturbinenfabrik des zweitgrößten Elektro-Konzerns der BRD (nach Siemens) am Montag, dem 23. Juli, auf der Betriebsversammlung die Mitteilung der Geschäftsleitung entgegengenommen, daß bis auf 200 Kollegen der Service-Abteilung alle entlassen werden sollen. „Schließungskommissar" Dr. Strub, der für die Geschäftsleitung sprach, wurde zwar immer wieder von gellenden Pfiffen unterbrochen; vor dem Rednerpult wurden zwar ein großes Holzkreuz und ein hastig zusammengezimmerter Sarg aufgestellt (Aufschrift: „Hier ruht die Sozialpartnerschaft" — „Hier werden 1.700 Arbeitsplätze begraben"). Doch zu Kampfmaßnahmen kam es an diesem Tag nicht. Zu groß war die Betroffenheit der Kollegen, zum großen Teil hochspezialisierte Facharbeiter, die schon zwanzig und mehr Jahre dem Betrieb angehören.

> **Worte des Vorsitzenden Cipa**
>
> **„Wer morgen in Frieden leben will, muß heute Angst und Schrecken verbreiten."**
> **aus: ‚Turbine" 3/79**

Ganz anders das Bild am nächsten Tag: *„Selbst der Betriebsrat und die IG-Metall-Funktionäre wurden von der Spontan-Reaktion der Belegschaft von AEG-Kanis ... überrascht: Während Betriebsratsvorsitzender Hans Fehr am Tor der Fabrik an der Altendorfer Straße vor Fernsehkameras ein Statement abgab, formierten sich* [illegible] *rund 1.000 Arbeiter zu einem Demonstrationszug zum Verwaltungsgebäude auf dem Kennedyplatz"* („WAZ", 25.7.) — mit vielleicht 300 Kollegen hatte man gerechnet, tausend waren gekommen!

Einige hatten Transparente und Plakate gefertigt: *„Cipa kam und befahl 1.500 Mann weg ... wie Dreck"*, *„Die Schrumpfer sind raus, jetzt ist's mit der AEG-Kanis aus"*. In ihren Arbeitsanzügen oder im Büro-Zivil kamen die Kollegen aus allen Hallen, „ohne uns vorher informiert zu haben", wie ein Vertrauensmann sagte.

Auf dem Kennedyplatz mußten die Kanis-Leute zunächst einmal warten. Bürgermeister Kuhs wurde eilends aus Düsseldorf herangeholt. Er berichtete den Kollegen von einem Gespräch, das er am Vortag mit AEG-Chef Cipa hatte. Nach dessen Worten sei an der Werksschließung nichts mehr zu drehen. Kuhs versprach, gleich am nächsten Tag zu Wirtschaftsminister Riemer zu fahren. *„Wir von der Stadt werden alles versuchen, die Misere noch einmal abzuwenden"*, versicherte er den Kollegen.

Es wurde ihm eine Resolution übergeben, in der *„die über 1.600 Beschäftigten Rat und Verwaltung auffordern, alles Menschenmögliche zu unternehmen"*, um die Stillegung zu verhindern.

AEG-Konzernpolitik: Radika(h)lschlag

Was sich seit einiger Zeit im AEG-Konzern abspielt, ist ein uraltes kapitalistisches Strickmuster: Wo die Profite nicht stimmen, müssen die Arbeiter büßen. Insbesondere mit dem Versuch, im Geschäft mit der Atomkraft abzusahnen, hatten sich die Bosse gründlich vergaloppiert. Als die AEG ihre 50-prozentige Beteiligung an der Kraftwerks-Union dem anderen Partner Siemens überlassen mußte, waren damit rund drei Milliarden Mark Verlust „erwirtschaftet" worden („WAZ", 26.7.). Insgesamt hat AEG rund 5,7 Mrd. Mark Verbindlichkeiten, auf gut Deutsch auch Schulden genannt.

Wer dafür einstehen soll, hat Vorstandsvorsitzender Cipa auf der Aktionärsversammlung im Juni dieses Jahres erneut klargemacht. Sein „Sanierungskonzept", das angeblich *„keine Stillegungsstrategie"* sei, sieht vor, daß noch in diesem Jahr rund 15.300 Arbeitsplätze vernichtet werden sollen, *„falls eine beschleunigte Sanierung nicht noch mehr Arbeitsplätze fordert"*. *„Die Liste der bereits geschlossenen oder zur Aufgabe geplanten AEG-Fabriken ist lang: Geschlossen und verlagert wurden die Kleinmotorenfabriken Berlin-Ackerstraße und Vechta in Oldenburg. In Franken wurde in Zeil die Bauelemente-Produktion eingestellt. Die AEG-Tochter Olympia hat ihre Produktion in Schweinfurt aufgegeben. In Lambrecht in der Pfalz wurde die Werkstatt für Energie- und Industrietechnik dichtgemacht.*

Bis Ende dieses Jahres soll die Hausgeräte-Fabrik in Bruchsal aufgegeben werden. Bis Mitte 1980 wird die Hausgeräte-Fabrik in Uffenheim bei Nürnberg geschlossen. Bis 1980 werden die Olympia-Werke ihre Rechenmaschinen-Produktion in Braunschweig einstellen. Die Stillegung der Kanis-Gasturbinenfabrik in Essen ist das jüngste, jedoch nicht das letzte Glied in dieser ‚Abwrack-Kette' " („WAZ", 26.7.).

Dabei hatte gerade das Essener Gasturbinen-Werk in den letzten Jahren saftige Gewinne abgeworfen. Es hatte seine *„Hochkonjunktur, als 1976 ein Rußland-Auftrag den Auftragseingang insgesamt von nahezu 500 auf 1.360 Millionen DM und ein Jahr später die Umsätze von knapp 360 auf 1.050 Millionen hochschnellen ließ. Damals ist ... die Belegschaft aufgestockt worden"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung" — „FAZ", 24.7.). Inzwischen, so die Konzernspitze, sei der Weltmarkt stark geschrumpft, und die Preiskonkurrenz aus den USA und Japan sei gewachsen.

Bemerkenswerterweise scheint der andere westdeutsche Elektro-Riese, Siemens, die Entwicklung völlig anders zu beurteilen: *„So investierte beispielsweise die Siemens-Tochter Kraftwerk-Union ca. 50 Millionen Mark in die Gasturbinenproduktion, und ein holländisches Unternehmen weitet, trotz eines gegenüber der Bundesrepublik höheren Lohn- und Gehaltsniveaus, seine Produktion im Gasturbinengeschäft aus"* („NRZ", 28.7.). Da nur die eine der beiden unterschiedlichen Entscheidungen geschäftspolitisch richtig sein kann, drängt sich der Verdacht auf, daß es zwischen den beiden Elektro-Konzernen Absprachen über Markt- und Produktionsaufteilungen gibt, deren Opfer nun die Kollegen der AEG-Kanis in Essen sein sollen.

Daß die Schließung in der Konzernspitze von langer Hand vorbereitet worden ist, könnte auch der Hintergrund sein für den fristlosen Rausschmiß des früheren Kanis-Chefs Dr. Nowag. Er hatte den Betrieb zwanzig Jahre lang geführt und konnte 1977 auf das beste Ergebnis in der Firmengeschichte verweisen.



Belegschaft schlecht vorbereitet

Schon seit März 1978 wurde im Essener Werk kurzgearbeitet. Und seit Jahresbeginn stand, ebenso wie im Nürnberger Dampfturbinen-Werk der Kanis, die Androhung von Entlassungen im Raum (über die Auseinandersetzungen in Nürnberg siehe ausführlich AK 155). Es war von 290 geplanten Entlassungen in Essen die Rede. Die Nürnberger Belegschaft hatte auf die Entlassungspläne schon sehr früh reagiert. Es kam schon im Februar zu mehreren Aktionen. Die Essener Kollegen zogen erst im Juni mit einem Warnstreik nach. Mit ihrer eindrucksvollen Aktion am 24.7. haben aber auch die Essener Kollegen unzweifelhaft deutlich gemacht, daß sie bereit und in der Lage sind, für ihre Arbeitsplätze zu kämpfen.

Deutliche Unterschiede gibt es jedoch in der Führung des Kampfes durch die Betriebsräte und Vertrauensleute in den Nürnberger und Essener Werken. Während die Nürnberger Betriebsräte ihre Belegschaft s y s t e m a t i s c h auf die anstehenden Auseinandersetzungen vorbereiteten, indem sie jede Möglichkeit der Information der Belegschaft und der Öffentlichkeit ausschöpften, und so schon frühzeitig die Initiative an sich gezogen hatten, wurden die Essener Betriebsräte vom Gang der Ereignisse getrieben — die Initiative lag hier bei den Kapitalisten. Allzulange war alles seinen „sozialpartnerschaftlichen Gang" gegangen, mit Verhandlungen hinter verschlossenen Türen anstelle der Einbeziehung der Belegschaft. Ein besonders krasses Beispiel: Während die Nürnberger Betriebsräte auf die Kurzarbeit mit einer Diskussions- und Aufklärungskampagne und der Absetzung sämtlicher Überstunden reagierten, werden in Essen b i s h e u t e Überstunden geleistet. In Nürnberg wurde die Kurzarbeit Ende 1978 abgesetzt. Wie sehr die Essener Betriebsrats-Führung, unterstützt durch den Bevollmächtigten der IG-Metall-Verwaltungsstelle, K. H. Völker, dem Denken in Sozialpartnerschaftskategorien verhaftet ist und wie sehr sich diese Gewerkschafter den Kopf der Kapitalisten zerbrechen, zeigen zwei weitere Beispiele:

— Nicht ohne Stolz gab Betriebsratsvorsitzender Hans Fehr bekannt, daß es über die Verbindungen des Betriebsrates gelungen sei, schon 120.000 Refa-Stunden für andere Firmen hereinzuholen. Es muß ihn sehr enttäuscht haben, daß die AEG-Kapitalisten an diesem Geschenk kein Interesse zeigten.

— Auf einer Vertrauensleute-Sitzung dachte Fehr laut darüber nach, ob das Essener Kanis-Werk nicht in einen Rüstungsbetrieb umgewandelt werden könnte ...

Dies sind natürlich nicht die geeigneten Mittel, mit denen der Kampf um die Arbeitsplätze gewonnen werden kann. Eindeutig eine Orientierung in die falsche Richtung ist beispielsweise auch der folgende bemerkenswerte Satz: *„Die notwendigen Entscheidungen sind nun vom Management des Unternehmens zu treffen, d i e B e l e g s c h a f t e n s i n d z u r L e i s t u n g s h e r g a b e b e r e i t"* (entnommen einer einstimmig gebilligten Vertrauenskörper-Entschließung vom 10. April 1979).

Inzwischen ist aber unter dem Eindruck der tausendköpfigen Kanis-Demonstration auch in Essen von den Kollegen dazu übergegangen worden, verstärkt die Öffentlichkeit anzusprechen. So werden jetzt mit Unterstützung der IG Metall an mehreren Info-Tischen Unterschriften gegen die Schließung gesammelt. Am ersten Samstag kamen 2.000 zusammen. Das Ziel sind 50.000 bis 60.000 Unterschriften.

Die betriebliche Linke

Zum 1. Mai wurden bei Kanis Flugblätter verteilt, auf denen, anknüpfend an die aktuelle betriebliche Situation, zur Teilnahme an der Mai-Demonstration des DGB aufgerufen wurde. Dies war der Startschuß für eine Betriebszeitung namens „Turbine", von der seitdem drei Nummern erschienen sind. Die Herausgeber stellen sich in einem Extra-Blatt so dar:

„Wir sind ein Kreis von Kollegen, die der Ansicht sind, daß die Verteidigung und Vertretung unserer Interessen am besten bei uns selbst aufgehoben ist. Wir sind alle Gewerkschaftsmitglieder. Doch wir sind der Ansicht, daß die führenden Vertreter der IGM im Betriebsrat nicht immer alles so machen, wie wir es für richtig halten. Deshalb geben wir die ‚Turbine' heraus". Gleich die erste Nummer schlug im Betrieb deutlich ein. Nannte doch die „Turbine" erstmals den Kollegen die genauen Zahlen der geplanten Entlassungen, die der Belegschaft bis dato vorenthalten worden waren (und die inzwischen durch den Schließungsbeschluß überholt sind). Darüber hinaus informierte die „Turbine" (Motto: „Von Kollegen für Kollegen") über Fragen wie beispielsweise: *„Wie läuft das ab, eine Massenentlassung?"* Wichtiger Bestandteil der bisherigen Ausgaben war auch die Berichterstattung über die Vorgänge im Nürnberger Kanis-Werk.

Die Ausgaben der „Turbine" wurden von den Kollegen geradezu verschlungen. Die bisherige Informationspolitik des Betriebsrates hatte einfach zu große Mängel gehabt. Erwartungsgemäß wurde diese Betriebszeitung von der Betriebsratsführung sofort scharf angegriffen. Besonders auf der jüngsten Jugendversammlung zog der teilnehmende Betriebsrat heftig gegen die „Chaoten" zu Felde.

Immerhin wird von der „Turbine" das bisherige Konzept der betrieblichen Interessenvertretung weitgehend infrage gestellt. Während die Wortführer des Betriebsrates Petitionen und Bittbriefe an die Politiker verschicken und Aktionen der Belegschaft innerhalb dieses Konzepts nur als Begleitmusik erwünscht sind, vertritt die „Turbine", daß die Belegschaft sich in erster Linie auf die eigene Kraft stützen muß.

In der letzten Ausgabe hatte die „Turbine" mit einer Information aufzuwarten, die auch den alteingesessenen Essenern in der Belegschaft neu war: AEG-Vorstandschef Cipa wohnt auch in Essen! Und zwar im Feine-Leute-Viertel Essen-Bredeney, Stocksiepenstr. 4a. Anonym, ohne Namens- und Nummernschild. Die „Turbine"-Kollegen schlagen vor: „ ... *wir sollten den armen einsamen Cipa einmal alle zusammen besuchen in seiner Hütte und etwas Leben in die Bude bringen. Wie wär's, wenn wir dazu die Zeit nutzen, die wir beim nächsten Warnstreik haben?"* („Turbine", 3/79).

Wie geht es weiter?

Bisher gibt es keinerlei Hinweis, daß sich die AEG-Konzernspitze von ihren Schließungsplänen abbringen lassen will. Auch in Aussicht gestellte finanzielle Unterstützung konnte daran nichts ändern. Nach den Vorstellungen Cipas sollen die noch unvollendeten Aufträge abgewickelt werden, so daß der erste Entlassungsschub von 500 Beschäftigten zum 31.12.79 durchgezogen werden kann. Die restlichen 800 Entlassungen sollen dann etappenweise je nach Stand der Auftragsabwicklung 1980 erfolgen, bis nur noch 200 Beschäftigte, vorwiegend für den Service, übrig bleiben.

Die Betroffenen erhalten mittlerweile die ersten Solidaritätsbekundungen. So schrieben die Vertrauensleute und der Betriebsrat von Krupp In- und der Betriebsrat von Krupp Industrie- und Stahlbau (KIS): *„Ihr Kollegen könnt unserer Solidarität sicher sein. Wir werden nicht vergessen, daß Ihr uns vor zwei Jahren mit Aufträgen geholfen habt, um unsere Werkstätten auszulasten"* („NRZ", 28.7.).

Noch hat die Belegschaft ein wichtiges Unterpfand in der Hand. Noch sind die laufenden Aufträge nicht abgewickelt, noch kann deshalb niemand entlassen werden. Ein nächster Schritt könnte sein, den Betriebsrat zu veranlassen, endlich die Überstunden, die nur den Stillegungsstrategen in die Hände spielen, zu stoppen.

Die Forderungen der „Turbine" sind: Keine Entlassungen auf Raten, Kein „Fehrtiger" Sozialplan, Erhaltung aller Lehrstellen, Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit, vor allem durch Kontaktaufnahme mit anderen Betrieben.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

> **Erfolg in Nürnberg**
>
> Nach monatelangen Auseinandersetzungen können die Kollegen der Nürnberger AEG-Kanis einen großen Erfolg verbuchen: Sämtliche geplanten Entlassungen wurden zurückgenommen! Der Betriebsrat hat jetzt eine schriftliche Erklärung, daß die dortige Dampfturbinenproduktion fortgeführt wird. Auch die vom Betriebsrat seit langem geforderten Investitionen zur Erhaltung der Arbeitsplätze wurden bis Mitte August zugesagt.
>
> Auf der Betriebsversammlung sagte Betriebsratsvorsitzender Patzelt: *„Gestärkt durch die Erfahrungen in der bisherigen Auseinandersetzung wird die Belegschaft bei künftigen Angriffen auf die Arbeitsplätze jeden Quadratmeter des Nürnberger Werkes verteidigen"* („UZ", 26.7.). Gleichzeitig protestierte er schärfstens gegen die Absicht der Konzernspitze, das Essener Gasturbinenwerk zu schließen.

Daimler Benz: Erste Erfolge im Kampf gegen ISA

Im letzten AK wurde bereits ausführlich auf die geplante Einführung des „Informationssystems Arbeitseinsatz und Arbeitsplatzplanung" (ISA) bei Daimler-Benz eingegangen. Mit den 9.000 Unterschriften gegen die Speicherung ihrer persönlichen Daten haben die Kollegen inzwischen erreicht, daß die Geschäftsleitung die Probeläufe für ISA bis zum 15. September ausgesetzt hat.

In einem vierseitigen „Informationsbrief für die Führungskräfte der Daimler-Benz AG", der an alle Meister in den Werken verteilt wurde, sollen diese noch einmal von der Harmlosigkeit des Systems überzeugt werden. Begründet wird das unter anderem damit, daß *„in letzter Zeit in der Öffentlichkeit eingehend und zum Teil polemisch"* zu ISA Stellung genommen worden sei.

Die Öffentlichkeitsarbeit und die breite Information der Belegschaften bereitet den Kapitalisten natürlich Unbehagen!

Dies ist auch weiterhin die einzig erfolgversprechende Methode, der bis dahin klammheimlich gelaufenen Einführung von ISA noch etwas entgegenzusetzen. Genau in dieser Frage scheiden sich auch im Betriebsrat die Geister.

So war die Unterschriftensammlung in Untertürkheim erst auf Antrag und Druck der oppositionellen Hoss-Mühleisen-Fraktion im Betriebsrat mehrheitlich beschlossen worden, nachdem der Gesamtbetriebsrat, in dem die Opposition nicht vertreten ist, die Probeläufe akzeptiert hatte.

Auch nach der Unterschriftenaktion versucht die IGM-Fraktion, die Initiative wieder abzuwürgen. Mit der scheinbar „linken" Argumentation, die Namen der Kollegen nicht den Kapitalisten preiszugeben, weigert sie sich, die Unterschriften bei der Geschäftsleitung abzugeben. Bei 9.000 Unterschriften ist das natürlich absurd!

„Die linke Betriebsratsfraktion dagegen fordert, die Unterschriftenlisten bei der Firmenleitung abzugeben und mit ihnen das ISA-Projekt erst einmal total zu stoppen. Von dieser starken Position soll dann der Betriebsrat mit der Geschäftsleitung verhandeln" („alternative, Daimler Harburg).

Hinter der Haltung der IGM-Fraktion steht im Grunde genommen die Ansicht, daß das System als solches gar nicht so schlecht sei, wenn nur der Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht habe. Deshalb ist ihr Ziel bei der Unterschriftensammlung auch im Grunde nicht die Verhinderung des Systems.

So meinte der stellvertretende BR-Vorsitzende in Untertürkheim, Gerhard Marte: „ *Wir wollen dem Testlauf erst zustimmen, wenn die Grundsätze einer Betriebsvereinbarung absehbar* (!) *sind"* („Stuttgarter Nachrichten", 11.7.79). *„Aber dann ist er durchaus an einem Test interessiert (...) Denn für den Betriebsrat geht es am Ende darum, die Arbeitnehmer nicht um die Vorteile von ISA zu bringen, aber jeden Mißbrauch des Systems auszuschließen. Marte: ‚Das ist wie mit einem Brotmesser – ein nützlicher Gegenstand, aber auch ein Mordinstrument' "* (ebenda).

Mit dieser Argumentation geht man im Grunde schon den Begründungen der Kapitalisten für die Einführung von ISA auf den Leim. Als offizielle Begründung wird ja immer vorgeschoben, ISA diene in erster Linie der besseren „Betreuung der Belegschaft" und dem besseren Einsatz älterer und „leistungsgewandelter" (also kaputtgemachter) Kollegen.

Wir meinen, daß ISA keines dieser Probleme löst und auch nicht als *„nützlicher Gegenstand"* angesehen werden kann, der bei richtigem Einsatz auch von uns genutzt werden könnte. Statt mit einem Brotmesser könnte man ISA besser mit der Nutzung der Atomkraft vergleichen. Auch hier kann man auf der einen Seite Atombomben und auf der anderen Seite Atomkraftwerke produzieren. Schädlich ist sowohl die militärische wie die „friedliche" Nutzung...

Aktionen in den anderen Werken

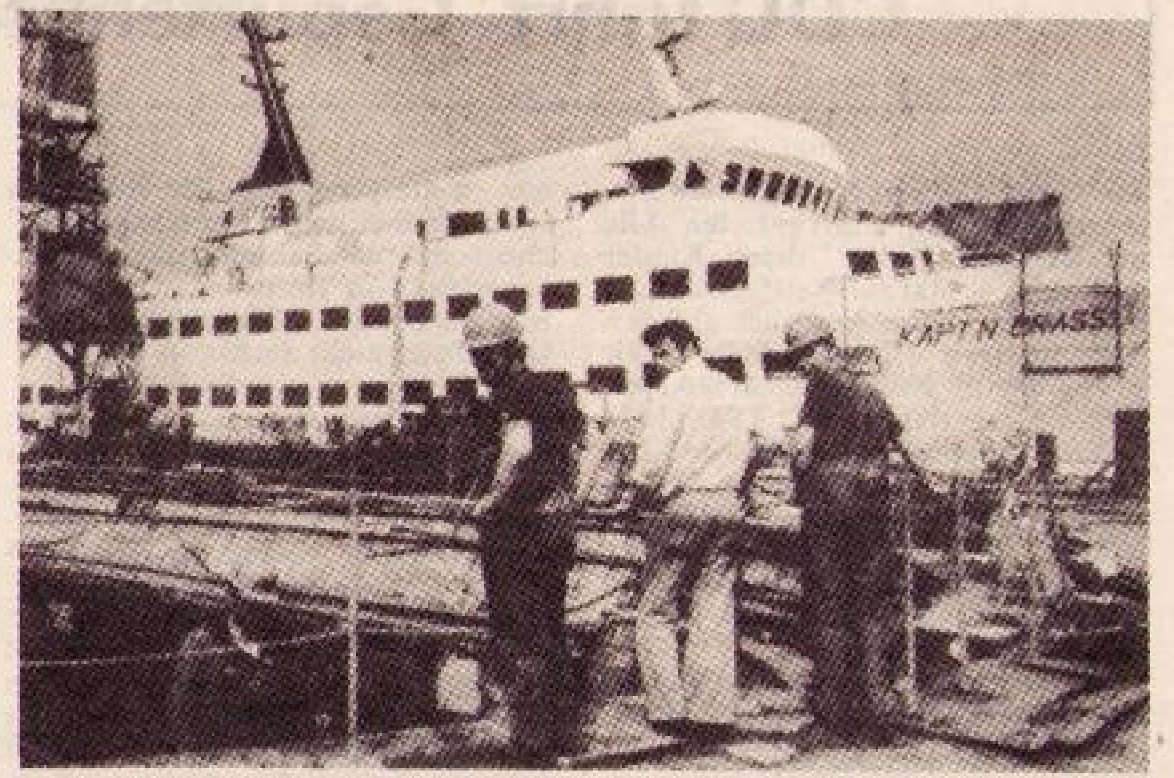
Da ISA von Daimler konzernweit geplant ist und auch in den anderen Werken bereits Aktivitäten in Richtung der Einführung laufen, haben die Oppositionellen dort auch damit begonnen, die Kollegenschaft zu informieren. Anders als in Untertürkheim, wo sie durch die Öffentlichkeitsarbeit der Hoss-Mühleisen-Gruppe dazu gezwungen wurden, haben die IGM-Vertreter in Bremen und Hamburg-Harburg bisher noch keine Aktivitäten entfaltet. In Bremen haben „IGM Kollegen von Daimler" in ihrem Informationsblatt ausführlich über die Hintergründe und Gefahren von ISA informiert und an anschaulichen Beispielen illustriert, wie sich das System konkret auswirken würde. In Harburg wurde von einem Vertreter der „alternative" bereits mehrfach im Betriebsrat und auf einer Betriebsversammlung die Problematik von ISA angesprochen, ohne daß sich die IGM-Fraktion überhaupt bemüßigt sah, darauf zu reagieren. Erst nachdem die Geschäftsleitung eine Schulung über ISA angesetzt hatte – mit dem Ziel, die Betriebsräte dafür zu gewinnen – konnte man auch im Betriebsrat darüber diskutieren.

In Harburg wird in diesem Jahr ein neues Rechenzentrum installiert. In den Hallen werden bereits Leitungen zu diesem Zentrum verlegt. Offiziell sollen dort Zeiterfassungsgeräte für die gleitende Arbeitszeit und Bildschirme in den Meistereien für die Fertigungsabläufe installiert werden. Daß solche Einrichtungen dann auch sehr gut im Rahmen von ISA eingesetzt werden können, liegt auf der Hand. Daher wäre es wohl das verkehrteste, sich durch die Aufschiebung des Probelaufs einlullen zu lassen. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß nur die Information und Mobilisierung der Kollegen und Kollegen etwas gegen die Einführung von ISA ausrichten kann.

Betriebszelle Daimler-Benz, Harburg



Werftarbeiter verhindern Demontage der Jadewerft



Als Ende Juni bekannt wurde, daß die Jadewerft in Wilhelmshaven kurz vor der Pleite stand, kamen die Gläubiger scharenweise mit Lastwagen, um alles, was nicht niet- und nagelfest war, von der Werft zu fahren. Dies wurde jedoch durch das entschlossene Eingreifen der Kollegen verhindert. Sie riegelten die Werft ab, organisierten Wachen und Schichtpläne.

Mit dem Auftraggeber eines kurz vor der Fertigstellung stehenden Schiffes wurde vereinbart, das Schiff in eigener Regie ohne die Werftkapitalisten zu Ende zu bauen. Dadurch konnten die Kollegen sich wenigstens noch ihren Lohn für Juni und die erste Juliwoche sichern.

Jetzt wurden sie nach der Ablieferung des Schiffes erst mal zwangsweise in Urlaub geschickt.

Die weitere Zukunft der 230 Kollegen ist noch unklar. Die niedersächsische Landesregierung ist nach Meinung der IG Metall nicht bereit, die *„Durststrecke bis zu sicheren Neuaufträgen von über 20 Mio. DM im Herbst zu überbrücken"* („UZ", 31.7.79).

Die Jadewerft ist die einzige Werft in Wilhelmshaven und die IG Metall beklagt den Widerspruch, daß die Bundesregierung mit dem 500 Mio.-Werfthilfeprogramm , Arbeitsplätze sichern will und andererseits eine ganze Werft, die zudem noch *„über ein sehr gefragtes Spezialprogramm für Schlepper verfügte"* einfach dicht macht („Metall", 18.7.79).

Dies zeigt noch einmal sehr deutlich, was es mit der Werfthilfe auf sich hat: Die Gelder sollen keine Arbeitsplätze erhalten, sondern vernichten.

So hat sich auch schon gleich die Großwerft Bremer Vulkan gemeldet und das Brauchbare herausgepickt: Die Werftkapitalisten von „Vulkan" sind bereit, das Konstruktionsbüro in Wilhelmshaven zu übernehmen.

Betriebs- und Gewerkschaftskommission

Frauen kämpfen für ihr Recht

Frauenstreik bei Derndruck / Neu-Isenburg

Als am 6. Juli sechs von 40 Frauen aus der Kleberei mit einer Lohnerhöhung (zwischen 0,15 DM und 0,30 DM) bedacht wurden und die anderen – mal wieder – nichts erhielten, verließen vier Frauen spontan ihren Arbeitsplatz. Am Montag, dem 9.7., erhielten sie ihre fristlose Kündigung, woraufhin am Dienstag und Mittwoch fast alle Frauen der Abteilung streikten. Die Zurücknahme der Kündigungen wurde erreicht – wenn auch mit relativ großen Zugeständnissen des Betriebsrates.

Die Frauen in der Abteilung Kleberei arbeiten unter so extremen Bedingungen, daß sie in einer arbeitswissenschaftlichen Studie als „an die Grenzen der menschlichen Belastbarkei reichend" bezeichnet werden. Männer, die an den Klebe-Maschinen gearbeitet hatten, erhielten eine Mark die Stunde mehr als die Frauen, hielten es aber trotzdem nicht lange aus. Die Frauen werden nach dem Tariflohn des Bereiches Papier und Pappe bezahlt. Die betrieblichen Zulagen sehen allerdings für alle sehr verschieden aus: Jede Maschine hat drei Frauen und einen Einrichter, jedoch gibt es drei verschiedene Löhne für die gleiche Arbeit an derselben Maschine. Als nun wiederum nur ein paar Frauen „heimlich" eine Lohnerhöhung erhielten, reichte es eben den vieren, und sie verließen unter Protest den Betrieb.

Nachdem die Frauen der Abteilung an zwei Tagen die Arbeitsaufnahme verweigerten, erklärte die Geschäftsleitung am Freitag auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung die Zurücknahme der Kündungen unter der Bedingung, daß die Streikzeit an Samstagen nachgearbeitet werden müsse. Außerdem müssen sich die Frauen zunächst (?) mit den ungleichen Löhnen einverstanden erklären und erhalten darüberhinaus eine Verwarnung. Allen Kollegen wurde die fristlose Kündigung bei zukünftigen Streikaktionen und „Ungehorsam" (UNGEHORSAM!!!) angedroht. Allerdings solle es weitere Verhandlungen über die Löhne in der Kleberei zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung geben.

(Informationen aus der „taz" vom 20.7.79)

* * *

Forderung nach Hausarbeitstag mit Kündigung beantwortet!

„Frauen, die regelmäßig mehr als fünf Tage in der Woche arbeiten, haben in Nordrhein-Westfalen einmal im Monat gesetzlichen Anspruch auf einen bezahlten Hausarbeitstag" („ötv-magazin", 7/79).

Im katholischen Sankt-Elisabeth-Krankenhaus galt dieses Gesetz allerdings bisher nicht. Dort wurde an sechs Tagen die Woche gearbeitet. Als eine Kollegin der Wäscherei bei der Personalleitung massiv für sich und ihre Kolleginnen diesen freien Tag forderte, erhielt sie nur ausweichende Antworten. Dann geschah wochenlang nichts. Die Krankenhausleitung versuchte die Wäscherinnen zu überzeugen, einer 37,5-Stunden-Woche ohne Samstagsarbeit – aber ohne Lohnausgleich – zuzustimmen.

Die Frauen lehnten ab. Weil es weder Betriebsrat noch überhaupt eine Personalvertretung in dem Krankenhaus gibt, veranstaltete die ÖTV außerhalb des Betriebes eine Versammlung zum Thema Hausarbeitstag. Die Kollegin, selbst ÖTV-Mitglied, nahm an dieser Versammlung teil und erhielt am Tag darauf ihre fristgerechte Kündigung mit sofortiger Beurlaubung ohne Begründung.

Mittlerweile laufen jetzt drei Klagen gegen das Krankenhaus:
1) klagt die Kollegin auf Wiedereinstellung und für korrekten Lohn (es wurde nämlich aufgedeckt, daß alle Wäscherinnen zu niedrig eingestuft sind);
2) klagt eine Kollegin aus einer anderen Abteilung gegen die Sechs-Tage-Woche ohne Hausarbeitstag (nur in der Wäscherei wurde inzwischen die 40-Stunden-Woche eingeführt ohne Samstagsarbeit), und
3) klagt die ÖTV für ein Zutrittsrecht ins Krankenhaus.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

IGM-Betriebsräte unterstützen Entlassungen fortschrittlicher Belegschaftsvertreter

Daß ein Betriebsrat sich nicht an Kündigungen von Kollegen beteiligt, dieser Grundatz wird heute in den DGB-Gewerkschaften und den ihnen angehörenden Betriebsräten nicht überall akzeptiert.

Hartmann und Braun

Der IG Metall-Betriebsrat Wolfgang Becker wurde einen Tag vor Beginn seines Sommerurlaubs von der Unternehmensleitung fristlos gekündigt. Ihm wurde ein langes „Sündenregister" vorgehalten: u.a. Verletzung der Arbeitsordnung, übermäßige Ausnutzung seiner Betriebsratstätigkeit. Alles Gründe, die aller Voraussicht nach auch arbeitsrechtlich nicht haltbar sind, die aber herangezogen wurden, um ihn erstmal aus dem Betrieb rauszukriegen.

Letzter Anlaß für die Kündigung (im März hatte der Betriebsrat einstimmig schon einmal eine Kündigung Beckers abgelehnt) war wohl seine Klage gegen die Unternehmensleitung: Becker hatte, wie im Betrieb üblich, zusammen mit seiner Betriebsratstätigkeit auch die Tätigkeit als Vertrauensmann verrechnet. Offensichtlich zur Einschränkung gewerkschaftlicher Arbeit im Betrieb strich die Unternehmensleitung diese tarifvertraglich nicht geregelte Verrechnungsmöglichkeit für Vertrauensleute generell, allerdings war Becker der einzige, dem dies dann auch rückwirkend vom Lohn abgezogen wurde – woraufhin er klagte.

Die Unternehmensleitung aber erreichte ihr Ziel mit dieser Druckmaßnahme. Einige Kollegen suchten die Schuld hierfür nicht etwa beim Kapitalisten, sondern bei denen, die ihre gewerkschaftlichen Rechte voll ausnutzten. Sechs Kollegen beschwerten sich, daß Becker sich „Kompetenzen angemaßt" und „Unruhe gestiftet" habe (dies tauchte dann auch in der Unternehmensbegründung für seine Entlassung auf!). Der Skandal spielte sich dann im Betriebsrat ab: mit 8 gegen 7 Stimmen befürwortete die Betriebsratsmehrheit die fristlose Kündigung: Dafür stimmten die rechte Mehrheitsliste der IGM und drei CDU-Betriebsräte, dagegen die IGM-Minderheitenliste (der Becker angehört) und die oppositionelle Liste. Auch der IGM-Vertrauenskörper und die Kollegen aus Beckers Abteilung hatten gegen die Kündigung protestiert.

Die rechte CDU/IGM-Mehrheit im Betriebsrat, die ganz offensichtlich die Unterstützung der IGM-Führung hat, orientiert sich immer noch an den Grundsätzen ihres Vorgängers, des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Lothar Becker. In diesen Grundsätzen wird dem Betriebsrat als zukünftige Aufgabe gestellt, *„unternehmenspolitische Interessen gegenüber der Bellegschaft durchzusetzen"*, und zwar mit *„Überzeugungskraft"* (Neue, 31.7.)

Adler-Werke

Franco Valdes, Betriebsratsmitglied auf einer oppositionellen Liste, wurde von der Unternehmensleitung mit Zustimmung der Betriebsratsmehrheit der IG Metall-Betriebsräte fristlos gekündigt (die gleiche Mehrheit hatte versucht, ihn wegen der oppositionellen Kandidatur aus der IGM auszuschließen, wir berichteten über den Fall im AK). Anfang Juli entschied das Frankfurter Arbeitsgericht, daß die Kündigung zu Unrecht erfolgte. Doch zurück in den Betrieb darf Franco nicht, sein Antrag auf Weiterbeschäftigung wurde abgelehnt, weil die Unternehmensleitung Widerspruch eingelegt hat. Der nächste Prozeß beginnt aber erst am 17. Januar 1980 (dann ist Franco schon über ein Jahr nicht mehr im Betrieb)!.

Auch dann wird Franco vermutlich wieder Recht bekommen, nur eingestellt werden wird er wegen „Unzumutbarkeit" voraussichtlich nicht, es bleibt die übliche Abfindung (eine Praxis des Arbeitsrechts, die die Unternehmer weidlich gern gegen linke Kollegen ausnutzen). Ein Schicksal, das auch Wolfgang Becker von Hartmann und Braun droht. Vor diesem Hintergrund sind die Praktiken rechter IGM-Betriebsräte um so schärfer zu verurteilen. Die Frankfurter IGM-Verwaltungsstelle sollte aufgefordert werden, Stellung zu beziehen, ob sie weiterhin Unternehmerpraktiken in den eigenen Reihen dulden will.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Mutterschaftsurlaub in Kraft getreten

CDU führt Geburtenprämie ein

Am 1. Juli 1979 ist das Mutterschaftsurlaubs-Gesetz in Kraft getreten. Alle berufstätigen Mütter, deren Kinder nach dem 4. Mai zur Welt gekommen sind, haben damit Anspruch auf den viermonatigen „Zusatzurlaub". Wir haben uns in vorhergehenden Arbeiterkämpfen (Nr. 158, 154, 151) schon in mehreren Artikeln und Leserbriefen mit diesem neuen Gesetz auseinandergesetzt. Unklar blieb allerdings die endgültige Fassung des Gesetzes, die wir hier kurz in den wesentlichen Punkten darstellen wollen:

Im Anschluß an die bisherige acht- oder zwölfwöchige Mutterschutzfrist nach der Geburt kann eine Mutter bis zu vier (bei Früh- und Mehrlingsgeburten bis zu drei) Monate Mutterschaftsurlaub verlangen.

Die Frau behält ihren Arbeitsplatz. Sie darf während des Mutterschaftsurlaubes und noch zwei Monate danach nicht gekündigt werden.

Sie erhält für die Zeit des Mutterschaftsurlaubs weiterhin Mutterschaftsgeld in Höhe von maximal 750,– DM monatlich netto aus Bundesmitteln (wie das Geld errechnet wird – dazu siehe Leserbrief in AK 158). Ausgezahlt wird das Geld über die zuständige Krankenkasse.

Die Mutter bleibt beitragsfrei in der Renten- und Krankenversicherung versichert. Die Beitragsausfälle werden vom Bund ersetzt.

Die Frau ist beitragsfrei gegen Arbeitslosigkeit versichert. Außerdem gilt die Regelung auch für arbeitslose Mütter, die Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Unterhaltsgeld nach dem Arbeitsförderungsgesetz beziehen.

Der Mutterschaftsurlaub muß spätestens vier Wochen vor Ablauf der Schutzfrist nach der Entbindung vom Kapitalisten verlangt werden. Die Frau soll dem Unternehmer mittei-
Kapitalisten verlangt werden. Die Frau soll dem Unternehmer mittei-len, ob sie nach dem Mutterschaftsurlaub weiterarbeiten will.
(Alle Informationen aus: „Sozialpolitische Informationen des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung" vom 22.6.79 und den „Informationen zum Mutterschaftsurlaub" des gleichen Ministeriums vom 1. Juli 1979).

Auch CDU/CSU stimmt Gesetz zu

Nachdem Anfang Mai im Bundestag der Gesetzentwurf zur Einführung des Mutterschaftsurlaubs mit großer Mehrheit – u.a. auch von der CDU/CSU – verabschiedet wurde, versucht diese, ihre Vorstellungen auf anderem Wege verwirklichen.

Die Oppositionsfraktion hatte von Anfang an „große Bedenken.. gegen den Gesetzentwurf, kam er doch ihren weitergehenden Vorstellungen einer „freiheitlichen Familienpolitik" und somit der Zahlung eines „Familiengeldes" in Höhe von DM 500,– monatlich auch für nicht erwerbstätige Mütter nicht nach.

Eine andere Gruppe von 83 CDU-Bundestagsabgeordneten hatte gar ein Familiengeld von DM 400,– monatlich für eineinhalb Jahre gefordert, das aber sowohl der SPD/FDP-Fraktion als auch Teilen von CDU/CSU vorerst einfach zu teuer war. Die Forderung nach Familiengeld wurde von dem CDU-Abgeordneten Blüm dahingehend begründet, daß es *„die Möglichkeit (schaffe), zwischen Erwerbs- und Mutterarbeit zu wählen"* („FR", 11.5.79). *„Solange staatliches Geld nur für erwerbstätige Mütter gezahlt werde, entstehe ein starker Sog zur Erwerbsarbeit der Mutter"*. Daß die CDU die Frauen nicht gerne erwerbstätig sieht und sie lieber nur in ihrer angeblich vorbestimmten Rolle als Mutter haben möchte, zeigt auch die Polemik des Bundestagsabgeordneten Heino George in der Zeitschrift „der arbeitgeber" (11/31-79): *„Kinder haben ein Grundrecht auf elterliche Betreuung. Einigkeit besteht auch darin, daß die leibliche Mutter die beste Garantie zur Realisierung dieses Grundrechtes ist"*. Das Mutterschaftsurlaubsgesetz führe geradewegs in die Ein-Kinder-Gesellschaft mit lebenslanger Berufstätigkeit der Frau.

Das ist natürlich lachhaft und es ist auch der CDU/CSU bekannt, daß das jetzt verabschiedete Gesetz keineswegs die Frauen in die Betriebe „treibt".

Auch dürfte es bekannt sein, daß die SPD/FDP-Fraktion in Grunde genommen keine grundsätzlich anderen Vorstellungen bezüglich der Mutter- und Frauenrolle hat. So schreibt Arbeitsminister Ehrenberg in seinem Informationsblatt zur Frage, warum
Arbeitsminister Ehrenberg in seinem Informationsblatt zur Frage, warum
„Hausfrauen" das Geld nicht bekommen: *„Die Hausfrauen werden weder durch das bisherige noch durch das weiterentwickelte Mutterschutzsystem gegenüber den im Arbeitsverhältnis stehenden Müttern diskriminiert. Frühkindliche Betreuung und Haushaltsführung sind Aufgaben aller Mütter (!). Für die Arbeitnehmerin tritt jedoch eine zusätzliche Belastung aus der Erwerbstätigkeit ... hinzu"*.

Es gibt allerdings eine Bundestags-Entschließung (Papier ist geduldig) vom 10.5.79, die vorsieht, daß auch Lösungen entwickelt werden sollen, die eine „partnerschaftliche Erziehung" möglich machen.

Dafür, daß derartige Überlegungen gar nicht erst angestellt werden, sorgt die CDU/CSU mit ihrer massiven Kampagne. Daß diese Kampagne allerdings nicht nur vorbeugenden Charakter hat, zeigt bereits die P r a x i s am Beispiel des CDU-regierten Baden-Württemberg.

Geburtenprämie in Baden-Württemberg

Der baden-württembergische Ministerrat hat nämlich Ende Juli eine Aufstockung der finanziellen Förderung der Familie beschlossen. Ab 1. September '79 erhalten alle nicht erwerbstätigen Mütter ein selbständiges, einkommenabhängiges Familiengeld von DM 2000,– bei der Geburt eines Kindes.

„Die Einführung des Familiengeldes wird nach Auffassung der Stuttgarter Landesregierung 'Signalwirkung' im ganzen Bundesgebiet haben und soll als Überbrückung bis zu dem Zeitpunkt bezahlt werden, an dem durch Bundesregelung die Gleichstellung von berufstätiger und nicht erwerbstätiger Mütter wieder hergestellt sei" („Neue", 27.7.79). Auch wenn z.B. in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (27.7.79) darauf hingewiesen wird, daß die anderen CDU/CSU-regierten Bundesländer aus Finanzgründen erst einmal nicht nachziehen werden (in Baden-Württemberg stehen nämlich Wahlen bevor), zeigt dieses Beispiel doch schon, was die Frauen in der BRD unter einer CDU/CSU-geführten Regierung zu erwarten hätten: Geburtenprämien, zur Förderung des Kinderkriegens und zum Erhalt der „deutschen Familie und Rasse"; die Idealrolle der Frau als „leibliche Mutter" soll wieder schmackhafter gemacht werden.

Vater klagt auf „Mutterschaftsurlaub"

Gegen die Neuregelung des Mutterschaftsurlaub-Gesetzes ist von einem Hamburger Vater Verfassungsbeschwerde erhoben worden. Er verlangt, daß das Gesetz Regelungen für den Fall vorsehen müsse, daß nicht die Mutter, sondern der Vater die Betreuung des Babys allein oder gemeinschaftlich mit der Mutter vornimmt („Neue", 17.7.79). Der Kläger meint, dadurch, daß diese Regelung fehle, seien die Artikel 2 (freie Entfaltung der Persönlichkeit) und 3 (Gleichheitsgrundsatz) des Grundgesetzes verletzt worden. Außerdem bestehe nach acht Wochen Mutterschutzfrist kein „biologischer Grund" mehr, daß nur die Mutter zu Hause bleiben müsse. Weiter begründet der Vater seine Klage damit, daß die Frauen durch das Gesetz noch stärker am Arbeitsplatz benachteiligt sind.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Neues vom Atomfilz

Die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus der Kernenergie zur Energieversorgung der Bundesrepublik haben der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter und der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, der SPD-Abgeordnete Adolf Schmidt, betont. **Vetter**: Entscheidende Kriterien seien für die Gewerkschaften die Sicherung der Energieversorgung *„als Grundlage einer aktiven Politik des qualitativen Wachstums"* („FR", 30. 7.79).

Schmidt: Die Bundesregierung würde sich „um Kopf und Kragen bringen", wenn sie völlig auf Kernenergie verzichtete oder sie weniger nutze als andere Staaten (ebda).

* * *

Die von den Jusos angekündigte Unterschriftenaktion in der SPD zugunsten eines *„kritischen Kernenergieantrags"* auf dem Parteitag wurde von **Horst Niggemeier** scharf angegriffen. Niggemeier, Pressesprecher der IG Bergbau und Energie und Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Recklinghausen, erklärte, die Forderungen der Jusos nach Baustopp und Stilllegung von Kernkraftwerken führten *„zwangsläufig in eine für die SPD unerträgliche Konfliktsituation zu den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern. In der SPD sollte alles vermieden werden, was Strauß in die Lage versetzen würde, sich über den Umweg der Kernenergiediskussion unverdienterweise als Interessenwahrer der an einer gesicherten Energieversorgung interessierten Arbeitnehmer darzustellen"* (nach „FR", 25.7.79).

* * *

Der DGB-Landesbezirksvorsitzende **Julius Lehlbach** in Mainz bejaht ausdrücklich den „erforderlichen Ausbau der Kernenergie zur Deckung des Strombedarfs".

Die vom baden-württembergischen Parteitag mit großer Mehrheit angenommene Kompromißformel, *„in der die Genehmigung neuer Reaktoren dann befürwortet wird, wenn der zusätzliche Bedarf durch Kohle nicht zu decken sei und keine Sicherheitsbedenken bestünden"* („FR",16.7.79), wurde jedoch von ÖTV und DGB nicht akzeptiert.

In den Wochen vor dem Landesparteitag der baden-württembergischen SPD kam es zu scharfen Auseinandersetzungen um den Leitantrag zur Energiepolitik. Der DGB-Landesvorsitzende **Lothar Zimmermann**, gleichzeitig Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) der SPD in Baden-Württemberg, sowie IG-Metall-Bezirksleiter **Franz Steinkühler** (stellvertretender SPD-Landesvorsitzender) wollten den in Epplers Antrag enthaltenen Verzicht auf Kernenergie abschwächen.

Der „linke" Steinkühler wußte zu berichten, seine *„Arbeiter kennen Wichtigeres und Bedrohlicheres als die Kernenergie"* („TAZ", 16.7.79).

* * *

In einem „Offenen Brief" des **Aktionskreis Leben"** an den DGB-Landesvorsitzenden Zimmermann werden dessen Äußerungen auf dem SPD-Landesparteitag angegriffen:
„Wir ... lehnen deine unkritische Haltung zur Atomenergienutzung entschieden ab ... Wir verstehen daher nicht, daß du zu Harrisburg noch nicht öffentlich Stellung bezogen hast, dich aber jetzt so einseitig für die Atomenergienutzung einsetzt.
Wir fordern, daß die Frage der Atomenergienutzung endlich gewerkschaftsöffentlich und breit diskutiert werden kann."

In Stuttgart sind innerhalb eines Monats vom Aktionskreis Leben 951 Unterschriften von Gewerkschaftern gegen die Atomenergie gesammelt worden (nach „TAZ", 20.7.79).

Betriebs- und Gewerkschaftskommission

DruPa widerspricht Vetter

In einem Rundschreiben an alle Vorstände der DGB-Gewerkschaften hatte DGB-Chef Vetter eine scharfe Abgrenzung vom Alternativgutachten der Wirtschaftswissenschaftler, „Memorandum 79", geführt. Das Memorandum enthalte *„entscheidende Abweichungen von gewerkschaftlichen Zielvorgaben"*. Der DGB sehe darin *„keine Unterstützung seiner wirtschaftspolitischen Ziele"* (siehe den Wortlaut des Briefes in AK 156). Im gleichen Monat Juni, in dem Vetter diesen Brief schrieb, veröffentlichte die Zeitung der HBV, „Ausblick" 6/79, eine positive Besprechung des „Memorandums". Die Redaktion der Zeitung der Druckergewerkschaft, „Druck und Papier", hat in ihrer Ausgabe 15 vom 16.7.79 eine kritische Antwort auf die DGB-Kritik am Memorandum veröffentlicht (Mitherausgeber der Zeitung ist Detlef Hensche, einer der Unterzeichner des Memorandums). Daran wird Kritik und notwendige Auseinandersetzung mit dem Memorandum begrüßt. Weiter heißt es: *„Bei alledem dürfen wir jedoch nicht aus den Augen verlieren: insgesamt bietet das Memorandum eine Untermauerung gewerkschaftlicher Forderungen"*. Lobend erwähnt werden die Passagen zur *„grundlegenden Darstellung der wirtschaftlichen Lage"*, *„die Analyse der Arbeitslosigkeit"*, *„die Vorschläge zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung"*. *„Lesenswert sind schließlich die Kapitel über die Arbeitszeitverkürzung"*.

Fazit der „Druck und Papier":
„Angesichts des Kartells der öffentlichen Meinung, das wesentlich von konservativen Volkswirtschaftlern geprägt wird, allen voran von dem Sachverständigenrat, ist die Vorlage derartiger kritischer wirtschaftswissenschaftlicher Gutachten dringend notwendig", schreibt es und druckt auf drei Seiten Auszüge aus dem „Memorandum 79". Eine deutliche Abgrenzung von der Vetter-Stellungnahme.

Rudolf Hickel, linker Bremer Professor und einer der Hauptautoren des Alternativgutachtens, behauptet allen Ernstes in Kenntnis des Vetter-Briefes: *„Es geht unserer Ansicht nach – um das von vornherein auszuschalten – bei der kritischen Kommentierung nicht darum, uns etwa einzuschüchtern ... Bewertungen dieser Art sind purer Unsinn"* („Vorwärts", 5.7.).

Diese öffentlich zur Schau getragene Ignoranz Hickels wird zumindest den DGB-Vorstand im Gegensatz zur DruPa-Kritik nicht kratzen (ähnlich ignorant und verharmlosend gegenüber der Kritik aus dem DGB äußerten sich am 13.6. die Westberliner Professoren Altvater und Hoffmann gegenüber der „Neuen".

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Gewerkschaftsführer: „Gesellschaft muß mehr Polizei in Kauf nehmen"

Er sei gegen private Polizei zum Objektschutz, er sei auch gegen ihre Bewaffnung, dafür müsse bei Bedarf eben mehr Polizei eingestellt werden. *„Wenn sich eine Gesellschaft empfindliche Einrichtungen wie zum Beispiel Kernkraftwerke leistet und damit ihr Gefahrenpotential erhöht, muß sie auch mehr Polizei in Kauf nehmen, weil nur so eine Gefahrenabwehr gewährleistet werden kann."* Der dies sagte, ist Führer der seit 1978 dem DGB als 17. Einzelgewerkschaft angehörenden „Gewerkschaft der Polizei", Helmut Schirrmacher. Veröffentlicht in einem Interview des DGB-Organs „Welt der Arbeit" am 26.7.79.

Juso-Chef Schröder antwortet Hensche (DruPa-Vorstand)

Die Diskussion um die „kommunistische Unterwanderung" der Gewerkschaften geht weiter. In den Augustausgaben der Gewerkschaftspresse mit zwei kontroversen Beiträgen:
Von Detlef Hensche, Vorstandsmitglied der IG Druck und Papier, in der Zeitung der Gewerkschaft Holz und Kunststoff („Holzarbeiterzeitung", 8/79 – erstmals veröffentlicht in der „druck und papier" 12, 4.6.79) und von Gerhard Schröder, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, im „ÖTV-Magazin" 8/79.
Schröders Beitrag ist eine Antwort auf Hensche.

Hensche stellt einen Zusammenhang zwischen zunehmend reaktionärer Politik des Kapitals und Angriffen auf die Gewerkschaften: *„Begleitmusik und Flankenschutz dieser Konfrontation sind verstärkte propagandistische Angriffe gegen die Gewerkschaften. Nach bekanntem Muster: unter die Gürtellinie. Unter anderem durch Verdächtigungen wie die von der kommunistischen Infiltration"*. Da auch Gewerkschafter dies mit übernehmen, stellt Hensche in vier Thesen fest:

„1. *Das Gerede von der kommunistischen Unterwanderung richtet sich keineswegs nur gegen Kommunisten"*, sondern gegen *„die Bereitschaft zu aktiver gewerkschaftlicher Gegenwehr"* . . . .
2. fordert er inhaltliche Auseinandersetzung. *„Bisher ist nirgends aufgezeigt worden, in welchen Fragen sich denn etwa kommunistische Gewerkschaftspolitik von sonstiger, etwa sozialdemokratischer Gewerkschaftspolitik unterscheidet"*.
3. stellt er einen Zusammenhang her zwischen Aufbau von „Feindbildern" und „Disziplinierung": *„Und was der Stempel Kommunist oder DKP-Sympathisant zu sein, heute, in einer Zeit des Radikalenerlasses bedeutet, sollte zumindest jedem Gewerkschafter klar sein"*.
4. fordert Hensche, daß auch Kommunisten zur Einheitsgewerkschaft gehören und weiter: *„In der Einheitsgewerkschaft haben Partnerschaftsvorstellungen der katholischen Soziallehre Ihren Platz wie die Klassentheorie des Marxismus"*.

Schröder: Richtung Unvereinbarkeitsbeschluß

Interessant ist die Antwort Schröders. Mit These 1, 3 und 4 setzt er sich überhaupt nicht auseinander. Er benutzt einfach einen Kunstgriff, indem er Hensche im Bestreben, die Einheitsgewerkschaft z.B. gegen die CSU zu verteidigen, zustimmt.
Schröder:
„Wenn sich alle Gewerkschaften danach über das Ziel, die Einheitsgewerkschaft zu erhalten und zu stärken, klar sind, bleibt die Frage, wie diese Arbeit am wirkungsvollsten geleistet werden kann." Er macht Hensche den Vorwurf, daß dieser nicht die Perspektiven der DKP angreift: Die seien *„Monopolanspruch"* als Partei, den *„kein Sozialdemokrat akzeptieren kann"*.

Schließlich greift Schröder an, daß der Kommunismus der DKP nicht *„Sozialismus und Demokratie"* bedeute, die angeblich *„für Sozialdemokraten ... untrennbar sind"*. Insbesondere greift er dabei an, daß die DKP bereit sei, *„die politischen Rechte der Massen einzuschränken"* und behauptet, *„Auch in dieser Frage unterscheiden sich Sozialdemokraten von Kommunisten"*. Vom Abbau demokratischer Grundrechte in der BRD und Berufsverboten unter einer SPD-Regierung hat er anscheinend nichts gehört?!

So wenig man die DKP gegen diese Vorwürfe, undemokratisch zu sein, in Schutz nehmen kann, so bleibt allerdings, daß es sich um pure Heuchelei handelt, wenn führende Sozialdemokraten sich hierbei zum Zensurenverteiler aufspielen, um die Gewerkschaften, die in der Hauptsache sozialdemokratische Richtungs- und Regierungsgewerkschaften sind, gegen die DKP zu „schützen".

Schröder drückt sich um eine konkrete Ausführung, was er mit seiner Hensche-Kritik will. Der Tenor allerdings ist deutlich: er geht in Richtung eines Unvereinbarkeitsbeschlusses in den Gewerkschaften gegenüber der DKP.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Weiterhin tarifloser Zustand im Einzelhandel Westberlins und Niedersachsens

Nachdem am 11. Juli nach 17stündiger Verhandlung ein Tarifvertragskomromiß zwischen den Verhandlungskommissionen der HBV und der Kaufhauskapitalisten im Westberliner Einzelhandel sich abzeichnete (vergl. letzter AK), hat nun, nach Ablauf der Erklärungsfrist, die Große Tarifkommission der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) den ausgehandelten Tarifvertrag abgelehnt.

Dieses durchaus ungewöhnliche Ereignis, daß die Große Tarifkommission dem ausgehandelten Kompromiß der Tarifrunde widerspricht, ist ein weiterer Ausdruck der vorhandenen Kampfbereitschaft der Westberliner Einzelhandelskolleg/inn/en.

Die Ablehnungsbegründung:

1. Die Höhe des Tarifabschlusses (zwischen DM 64 und 80 mehr im Monat) sei im Hinblick auf die zu erwartende Inflationsrate nicht akzeptabel.

2. fehle im Tarifabschluß jede Maßregelungsklausel, die die am Streik beteiligten Kollegen und Kolleginnen vor weiteren Repressionen schützen soll. Neben zahlreichen Bedrohungen und Einschüchterungen von streikenden Kolleg/inn/en haben die Kaufhauskapitalisten von „KaDeWe" (Hertie-Konzern) Antrag auf fristlose Kündigung für zwei Betriebsräte gestellt, die *„unentschuldigt gefehlt"* hätten und *„an Warnstreiks teilgenommen"* hätten („Die Neue", 20. 7. und 27.7.). Die beiden Betriebsräte sind Mitglieder der HBV-Tarifkommission.

Auch im niedersächsischen Einzelhandel gehen die Tarifauseinandersetzungen weiter.

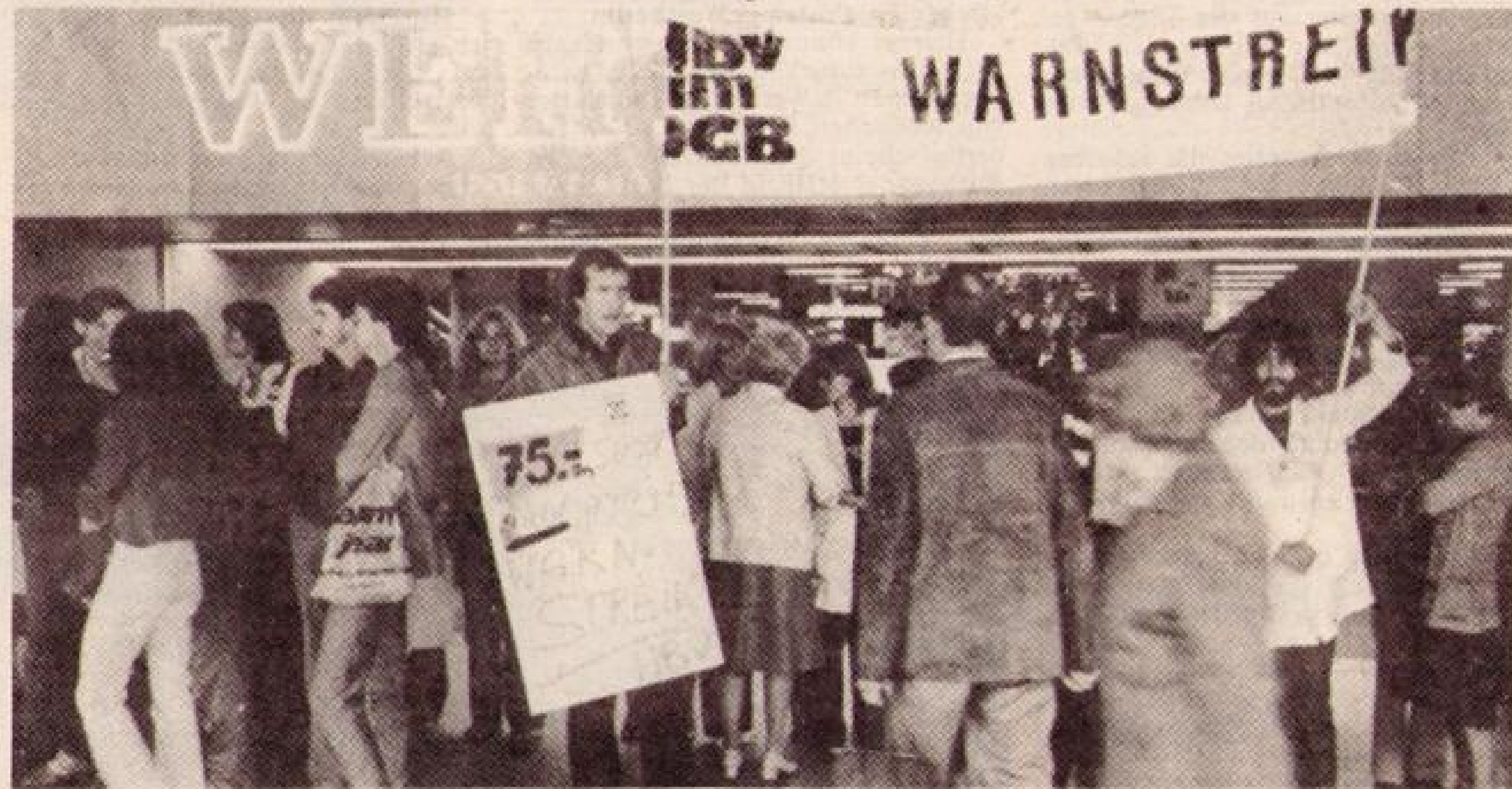
Der HBV-Landesvorstand hat einen Aktionsplan beschlossen. *„Nach der Urlaubszeit wollen die Gewerkschafter mit Einzelmaßnahmen, die bis zum Streik gehen sollen, den Abschluß eines neuen Tarifvertrags erkämpfen"* („Die Neue", 27.7.79). Auch hier geht es neben der Tariferhöhung darum, Maßregelungen der Kaufhauschefs zu verbieten.

Es bleibt abzuwarten, ob sich die HBV nun doch noch entschließt, zur Streik-Urabstimmung zu schreiten.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist zwar im letzen Jahr – im wesentlichen in dieser Tarifauseinandersetzung – von 12 Prozent auf 20 Prozent gestiegen; ob diese Organisierung jedoch für einen regulären Streik ausreicht, dürfte von der weiteren Entwicklung der Tarifauseinandersetungen abhängig sein.

In Rheinland-Pfalz hat sich die HBV-Verhandlungskommission mit den Einzelhandelverbänden wenige Tage vor der Urabstimmung auf neue Tarifverträge geeinigt. Danach werden Löhne und Gehälter durchschnittlich um fünf Prozent erhöht. Für 60 Prozent der Beschäftigten (das Verkauspersonal) tritt mit Beginn des nächsten Jahres eine zweite Stufe in Kraft – dann werden ihre Tarifsätze um ein weiteres Prozent erhöht.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft



Nazi-Aktivitäten auch im Chemiebetrieb Beiersdorf

Im Hamburger Stadtteil Eimsbüttel wurden in der letzten Zeit zunehmend Nazischmierereien wie „NSDAP jetzt", „Juda verrecke", „Nur für Deutsche" und Hakenkreuze an -zig öffentlichen und privaten Gebäuden entdeckt.

Den Betriebszeitungen „Sprühkopf" (SDAJ) und „Alternative" (oppositionelle Betriebsgruppe) bei Beiersdorf, einem Chemiewerk in Eimsbüttel, konnte man entnehmen, daß die Nazis nun auch im Betrieb immer frecher auftreten.

„In der Werkstatt in Lokstedt (Eimsbüttel) und auch in anderen Abteilungen wurden Hakenkreuzembleme und Hitlerbilder offen gezeigt. So gibt es in Werk I (auch Eimsbüttel) jemand, der sich offen zur NSDAP/AO bekennt ... Besonders besorgniserregend ist, daß gerade in der Lehrwerkstatt, unter den Jugendlichen, solche Sachen aufgetaucht sind. Hier hat es bereits des öfteren Schmierereien an den Spinden der Lehrlinge gegeben: ‚Juden raus' und Judenstern, ‚Türken raus' (es gibt dort einen türkischen Auszubildenden). Der neueste Fall ist jetzt gewesen, daß im Pausenraum der Lehrwerkstatt eine Tafel total beschmiert war, mehrere Hakenkreuze, Wehrmachtszeichen, ‚lieber tot' als rot'. Diese Tafel stand ca. eine Woche so im Pausenraum, offensichtlich ohne daß es jemand gestört hat. Erst als eine Betriebsrätin der ‚Alternative' darauf aufmerksam gemacht wurde ... wurde die Tafel entfernt und beschlossen, die Lehrlinge zu einem Gespräch zusammenzuholen" („Alternative" Nr. 51/Juli 79).

die Lehrlinge zu einem Gespräch zu-

Obwohl im Betriebsrat bei Beiersdorf wenig Bereitschaft bestand, über diese Nazi-Umtriebe zu diskutieren, gelang es, das Thema zweimal auf die Tagesordnung zu setzen. Der IG Chemie-Mehrheit (zumindest der Geschäftsführung des Betriebsrates) war das Thema eigentlich gar nicht neu, denn auf dem Verwaltungsstellenjugendausschuß der IG Chemie hatte die Jugendvertretung von Beiersdorf schon im Juni davon berichtet.

Trotzdem war von der IG Chemie-Führung im Betrieb nichts unternommen worden und auf den Betriebsratssitzungen schob man vor, daß man ja „keine Beweise habe". Die „Alternative"-Betriebsrätinnen dagegen argumentierten, daß es zwar auch wichtig sei, der Täter habhaft zu werden, *„in erster Linie es aber wichtig sei, und das auch zur Fürsorgepflicht des Betriebsrates gegenüber den Auszubildenden gehört, hier Aufklärungsarbeit zu machen und diesen Dingen öffentlich entgegenzutreten"* (ebenda).

Konkret machten die Betriebsrätinnen den Vorschlag, einen Tag des dreitägigen „Gesellschaftspolitischen Seminares" (obligatorisch für die neuen Lehrlinge), dem Thema Neonazismus zu widmen, an die Berufschulen einen Brief zu schreiben, in dem die Lehrer gebeten werden, diesem Thema im Gemeinschaftskundeunterricht besondere Beachtung zu schenken und vor allen Dingen auch die Jugendvertretung in antifaschistischen Aktivitäten zu unterstützen.

Chemiekommission

Arbeitszeitverkürzung für Lehrer: Springer schürt den „Volkszorn"

Jetzt sind auch die letzten Verhandlungen zur Arbeitszeitverkürzung der Lehrer gescheitert. Die GEW brach die Gespräche mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth ab, der provokativ angeboten hatte, *„Belastungsspitzen bei den Lehrern abzubauen"* („FAZ", 17.7.). Wenn jetzt der Bundesvorstand der GEW keinen Rückzieher macht, wird es nach den Sommerferien zu Kampfmaßnahmen der GEW-Mitglieder kommen. Erste Schritte sollen die Verweigerung von Mehrarbeit und ein zweistündiger Proteststreik sein.

Währenddessen beginnt die Presse, und hierbei allen voran natürlich der Springerkonzern, publizistisch das Klima vorzubereiten. **„Streik auf Kosten der Kinder!"** mit dieser Schlagzeile begann die „Bild am Sonntag" die Kampagne. Der Ärger und Unmut vieler Eltern über den regelmäßigen Unterrichtsausfall soll nun ‚gegen die Lehrer gewendet werden. Natürlich findet man in diesem Artikel keinen Hinweis darauf, daß schon bald 10.000 ausgebildete Lehrer arbeitslos sind und somit der Unterrichtsausfall kaum als Argument gelten kann. Nun ist es aber tatsächlich so, daß durch einen möglichen Lehrerstreik die Schüler betroffen wären. Nur, darauf herumzureiten ist keine neue Masche. Gegen den Streik der Müllmänner wurde ebenso mit der Demagogie ihrer ‚Verantwortung' vor ihren Mitmenschen gearbeitet. Auch den Stahlarbeitern ging es nicht anders, denn sie haben angeblich gegen die ‚Wirtschaft' und damit gegen ‚alle' gestreikt. Es ist dies die alte lateinische Weisheit vom ‚Teilen und Herrschen', die die Kapitalisten und ihre Regierungen in diesem Land fast zur Perfektion gebracht haben.

Natürlich können durch Kampfmaßnahmen eines Teils andere Teile in ‚Mitleidenschaft' gezogen werden. Dagegen kann nur gestellt werden, daß Lehrer und Schüler tatsächlich in einem Boot sitzen. Denn neben den Lehrern sind es vor allem die Schüler, die unter den gegenwärtigen Bedingungen an den Schulen zu leiden haben, im wahrsten Sinne des Wortes.

Nun hat aber die „BamS" auch entdeckt, daß die Lehrer gar nicht streiken wollen, daß dies nur ein von den Gewerkschaftsfunktionären aufgezwungener Kampf sei. In der Form wie sie sonst ihre Horoskope zusammenstellt, zitiert sie Lehrer aus Kiel, Hamburg, Bremen, Hannover, Frankfurt und München, wobei der Tenor ist: **„Lehrer: Überwiegend dagegen!"** Mit Tatsachen hat das natürlich wenig zu tun. So erfährt man hier auch nicht die Tatsache, daß in Bremen 4.000 von 7.000 eingeschriebenen Gewerkschaftsmitgliedern auf einer Versammlung eine Demonstration während der Schulzeit beschlossen und auch durchführten. Für den Bremer Senat war dies ‚Verweigerung des Dienstes'. So wie in Bremen sieht es heute mindestens schon in Hamburg, Hessen und Baden-Württemberg aus, wo von der Gewerkschaftsbasis die Forderungen nach einer Urabstimmung kommen. Auch dies ist schon aus anderen Streiksituationen bekannt. Als „Volksblatt" kann es sich die „Bild" eben schlecht leisten, gegen die streikenden Menschen selbst vorzugehen. Stattdessen werden Sündenböcke aufgebaut: die Gewerkschaftsfunktionäre und die „Extremisten".

Da der „Bild" der Unmut innerhalb der Lehrerschaft sehr wohl bekannt ist (immerhin droht auch der dem Springerkonzern sehr nahestehende „Deutsche Lehrerverband" mit „Dienst nach Vorschrift") ist die nächste Stufe die offene Drohung. Sollten die Lehrer sich nicht von ihrem Vorhaben aubhalten lassen, müsse überlegt werden, *„ob den ‚Paukern' der Beamtenstatus aberkannt werden soll"*. Auch dieses ‚Argument' ist schon aus dem ÖTV-Streik her bekannt. Auch damals wurde massiv die Forderung erhoben, den Angestellten im Öffentlichen Dienst bestimmte Sondervereinbarungen zu streichen (z.B. die Unkündbarkeit ab einer bestimmten ‚Dienstzeit'). Nun tut aber die „Bild" geradezu so, als wären den Lehrern gewisse Privilegien aus reiner Menschenfreundlichkeit zugestanden worden und nicht, um sie besser an die Kette zu legen. Und wenn die „deutsche Beamtenmentalität", ein ‚treuer Diener' seines Herrn zu sein, brüchig wird, drohen die Herren mit Strafe. Und sollte dies alles noch nicht gezogen haben, kann die „BamS" noch einen Schlag zulegen: *„Der übliche Tagesablauf dieses Realschullehrers aus Heilbronn (der seinen Namen natürlich nicht sagen will, Anm.AK): ‚ Vier Unterrichtsstunden für Deutsch und Englisch, dann Mittagessen und eine Stunde Schlaf. So bin ich fit für meine Hobbys, Tennis und Volleyball.'* " Eine Lüge muß eben nur groß genug sein, damit zumindest etwas immer hängenbleibt! Und während die „BamS" gerade dies schreibt, rechnet das ‚Flaggschiff' des Springerkonzerns vor, daß Lehrer durchschnittlich 51 Stunden in der Woche arbeiten – nun dieses Blatt wird eben auch von Lehrern gelesen.

Ein Lehrergen., KB/Gruppe Hamburg

1.800 Lehrer entlassen!

In einem vervielfältigten Schreiben wurde 1.800 Lehrern in Baden-Württemberg mitgeteilt, daß sie nach den Sommerferien nicht weiter beschäftigt werden können! Betroffen sind zwei Drittel aller Junglehrer (insgesamt 2.700), die jetzt ihr 2. Staatsexamen abgelegt haben und bisher einen Teilzeitangestelltenvertrag über 16-20 Stunden hatten. Neben 1.800 arbeitslosen Lehrern würde dies also bedeuten, daß jede Woche ca. 30.000 Schulstunden ausfallen müßten. Die Landesregierung begründet diese Massenentlassung lapidar mit „Haushaltsschwierigkeiten".

Die GEW hat mit scharfen (verbalen) Protesten reagiert. Sie wirft der Landesregierung *„ein Stück Arbeitgebermentalität aus dem vorigen Jahrhundert"* vor, da diese Massenentlassung nicht einmal durch einen „Sozialplan" begleitet wird. Sie fordert die sofortige Bereitstellung von weiteren Haushaltsmitteln, um weitere Lehrer anstellen zu können. Schüler und Eltern haben in zahlreichen Protesten an die Behörden und die Regierung erklärt, daß sie diese Maßnahmen nicht hinnehmen wollen. Auf einer Pressekonferenz trat Ministerpräsident Späth den Forderungen entgegen. Er warf den jetzt ausgebildeten Lehrern vor, sie hätten die Warnungen, die schon seit 1974 vor der Aufnahme eines Lehrerstudiums ausgestoßen wurden, überhört und müßten nun die Folgen tragen. Als besonders „gewichtiges" Argument meinte er in die Debatte werfen zu müssen, daß in Baden-Württemberg bisher im Gegensatz zu den anderen Ländern fast alle Lehrer eingestellt wurden. Nun ist dies aber im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß in diesem Land der katastrophalste Lehrermangel überhaupt herrschte.

Erste Anzeichen der Reaktion auf die massiven Proteste sind aber schon zu verspüren. Inzwischen wurde die Zahl der zu kündigenden auf 1.200 gesenkt, für weitere 200 sollen Haushaltsmittel bereitgestellt werden. Aber immer noch sollen 1.000 Lehrer entlassen werden, also mehr als ein Drittel. Gleichzeitig weigern sich die Länderregierungen, die seit Jahren versprochene Arbeitszeitverkürzung für Lehrer zu bewilligen. Die Rationalisierung macht auch vor diesem „priviligierten" Arbeitsbereich nicht halt!

Ein Lehrergenosse, KB/Gruppe Hamburg



Terror der „Grauen Wölfe" in Westberlin

Seit dem Besuch des türkischen Faschistenführers Türkes im Oktober 1978 in Westberlin stiegen die Gewalttaten seiner als „Graue Wölfe" bekannten Killer- und Schlägertrupps sprunghaft an.

Im Juli 1978 war der europäische Dachverband („Türk-Federasyon") der Tarnvereine („Idealistenvereine", etc.) der türkischen Faschistenpartei MHP („Nationalistische Bewegungspartei") gegründet worden. Das war nötig geworden, weil die Auslandsvertretungen der MHP vom türkischen Verfassungsgericht verboten worden sind.

De. Besuch Türkes in Westberlin und Dortmund diente zur Stärkung und Organisierung seiner Kommandos, um sie in die Lage zu versetzen, weiterhin Terror gegen linke Türken auszuüben.

Wie in keiner anderen westdeutschen Stadt kam es seitdem in Westberlin fast wöchentlich zu Schlägereien. Fortschrittliche türkische Vereine erhielten Drohbriefe, es wurde bisher zweimal in demokratische türkische Arbeitervereine geschossen (!) und mehrere Brandanschläge verübt.

An Terror türkischer Faschisten ist uns bekannt geworden:

– Am 25.11.1978 versuchten Mitglieder des faschistischen „Türkischen Studenten- und Jugendvereins" (Türk Genc) einen Frauentarnverein zu gründen. Der Versuch in den Räumen der „Arbeiterwohlfahrt" mißlang, die Faschisten wurden rausgeschmissen.

– Im Dezember 1978 wird der Vorsitzende des fortschrittlichen „Vereins der Arbeiter aus der Türkei" wiederholt anonym angerufen und bedroht mit den Worten: *„Berlin wird euer Grab sein"*.

– Ebenfalls im Dezember 1978 wurde die Aufschrift „Berlin wird euer Grab sein" an der Fabrikwand der AEG-Werke angebracht.

– Am 26.12.1978 wurden die Scheiben vom Laden des „Türkischen demokratischen Arbeitervereins" eingeworfen.

– Ende 1978 führten alle demokratischen türkischen Vereine Demonstrationen wegen des faschistischen Massakers von Kahramanmaras in der Türkei durch. Als „Quittung" dafür erhielten sie Drohbriefe von einem „Friedenskommando der Freien Türken" und einer „Rachebrigade" des in der Türkei gesuchten Mörders Cengiz Ayan. In einem Drohbrief heißt es: *„Wir werden unseren Kampf mit den schärfsten Methoden weiterführen, und euch Rote zur Strecke bringen. In Kürze werdet ihr von uns hören, ihr gottlosen Kommunisten! Mit der Kraft, die Allah uns verleiht, werden wir an die Sache gehen und euch auf den richtigen Weg bringen oder wir werden eure Leichen auf die Straße schleppen '.*



Westberliner Bullen schützen türkische Faschistenverantstaltung

– 17.3.79. Demonstration von 1.300 Anhängern der reaktionär-faschistischen „Islamischen Jugend" und des „Türkischen Kultur- und Solidaritätsvereins".

Die Teilnehmer konnten sich unter Polizeischutz zusammenrotten und offen zum „Heiligen Krieg" gegen Andersdenkende aufrufen. Bei ähnlichen Demonstrationen wurden

1978 in der Türkei 200 Menschen ermordet.

– Am 24.3.79 wurden türkische Flugblattverteiler von einer Horde von 40 Faschisten mit Ketten, Schlagstöcken, Gummischläuchen usw. zusammengeschlagen. Dabei gab es vier Verletzte.

– 30.3.79. Auf den Laden des „Berliner Kultur- und Solidaritätsvereins" und des „Vereins der Arbeiter aus der Türkei" wurden Feuerüberfälle verübt.

Von der Polizei wurde dem „Verein der Arbeiter aus der Türkei" geraten, wegen der Schüsse den „Privatklageweg" zu gehen, da unsicher sei, ob „öffentliches Interesse" vorläge!

– Am 4.4.79 wurden die Scheiben des Ladens des „Progressiven Volksvereins" eingeschlagen.

– Am 10.4.79 in der Nacht wurde das Büro des „Bundes der Werktätigen aus der Türkei" in Brand gesteckt. Der Brand wurde zum Glück rechtzeitig entdeckt und richtete keinen großen Schaden an.

– Ein Brandsatz wurde an der Tür eines fortschrittlichen türkischen Vereins am 17.4.79 befestigt. Er wurde rechtzeitig entdeckt und gelöscht.

– Aus Anlaß der sich häufenden faschistischen Überfälle riefen alle westberliner fortschrittlichen türkischen Vereine, sowie die „Antifa-Front" und der KB am 21.4.79 zu einer Demonstration auf. Während der Demonstration versuchten türkische Faschisten an mehreren Stellen die Demonstrationsteilnehmer zu provozieren. Dabei wurden sie von der Polizei geschützt!

– Einen Tag später erhielt ein bisher verschont gebliebener türkischer Verein telefonische Drohungen: *„Als nächstes seid ihr dran, wir beobachten euch ständig, wir werden euch auch ermorden"*.

– Am 29.4.79 wurden Flugblattverteiler des demokratischen „Berliner Kultur- und Solidaritätsvereins" überfallen. Die Angreifer waren mit langen Schlagstöcken bewaffnet. Mehrere Flugblattverteiler wurden verletzt, einem wurde der Arm ausgekugelt.

– Am 3. Mai fand im faschistischen „Berlin Türk Ocagi" eine von 100 Türken besuchte Feier zum „Tag des Türkentums" statt. *„Gefeiert wurde der 3. Mai 1944, der Tag, an dem der jetzige Vorsitzende der ‚Nationalistischen Bewegungspartei' (MHP) und Chef der Killerkommandos ‚Graue Wölfe', Türkes, einen Rechtsputsch versucht hatte. Türkes wurde verhaftet und ein paar Monate später von der deutschen GeStaPo freundlich erwähnt. Gefeiert wurde also der Beginn des türkischen Faschismus"* (zitiert nach „Neue", 15.5.79).

– 4.5.79. Auf dem Kreuzberger „Türkenmarkt" wurden 40 Mitglieder antifaschistischer Ausländergruppen von etwa 100 türkischen Faschisten angegriffen. 15 Antifaschisten mußten mit z.T. schweren Verletzungen ins Krankenhaus.

– 11.5.79. 2oo wohlorganisierte türkische Faschisten überfielen mit Zaunlatten und Gummiknüppeln türkische Antifaschisten. Bei der Massenschlägerei gab es zwei Verletzte.

– Im Juli wurde die Fensterscheibe des Ladens einer demokratischen türkischen Frauengruppe eingeschlagen, weil im Fenster der Aufruf zu einer Kundgebung gegen „Graue Wölfe" hing.

Organisatorische Struktur der türkischen Faschisten

Voraussetzung für den in diesem Ausmaß einzigartigen Terror ist die personelle Stärke und die gute organisatorische Verankerung der türkischen Faschisten in Westberlin.

Hierbei können sie auf jahrelange Erfahrung zurückblicken. 1970 tauchten erstmals in Westberlin Flugblätter von türkischen Faschisten auf. Westberlin scheint die Keimzelle für den Aufbau der MHP in der BRD gewesen zu sein. Nach dem Verbot der MHP in Westeuropa existieren nun in Westberlin die örtlichen Tarnvereine „Büyük Ülkü Dernegi", (Großer Idealverein), „Türk Genc" (Türkischer Studenten- und Jugendverein) und „Berlin Türk Ocagi" (Türkenhaus Berlin). Diese Vereine sind im europäischen Dachverband der MHP, „Türk Federasyon" organisiert. Daneben gibt es noch vier weitere türkische faschistische Vereine. Ein besonders gewalttätiger Verein ist die „Islamische Jugend". Mitglieder von ihr überfielen am 24.3. und am 11.5.79 demokratische türkische Flugblattverteiler.



Bekannte türkische Rechtsextremisten: Konsulatslehrer (Berlin – Neukölln) ,Ismail Guler (erster von links), Konsulatslehrer (Tiergarten), Avni Kilic (zweiter von links) und Lokman Kundakei, Führer der europäischen Föderation der türkischen Rechten (rechts)

In mindestens 14 Koranschulen und schätzungsweise 30 Korankurse reicht der Arm der MHP in Westberlin. Koranschulen, meist von der türkischen religiös-fanatischen „Nationalen Heilspartei" (MSP) getragen, arbeiten in Westdeutschland eng mit der MHP zusammen. In nachweislich einer Koranschule ist der Vorsitzende des faschistischen „Großen Idealvereins", **Ihlan Hancer**, als Lehrer tätig.

Den türkischen Faschisten gelang es, bei der Türkes-Veranstaltung im Oktober 78 rund 2.000 Leute zu mobilisieren. Ihr Potential dürfte wegen ihres Einflusses bei den religiösen Fanatikern jedoch weitaus größer sein.

Das „Berlin Türk Ocagi" muß als Hauptquartier der türkischen Faschisten in Westberlin betrachtet werden. Bis vor einiger Zeit residierte hier der Führer der Westberliner „Grauen Wölfe", **Osman Nuri Kurt**. Kurt ist (war?) gleichzeitig Mitglied des dreiköpfigen Beratergremiums der MHP in Europa.

Im „Berlin Türk Ocagi" fand auch die schon erwähnte Feier zum Türkes-Putsch am 3. Mai 79 statt.

Mitglieder dieses Vereins beteiligten sich nachweislich an Überfällen auf demokratische türkische Flugblattverteiler in Kreuzberg und Neukölln.

Neben der dichten organisatorischen Struktur ist eine weitere Voraussetzung für den Terror der „Grauen Wölfe", daß sich einige ihrer internationalen Spitzenkader eine Zeitlang in Westberlin aufhielten oder noch aufhalten.

Dazu gehören der oben erwähnte Osman Nuri Kurt ebenso wie der in der Türkei gesuchte Mörder **Cengiz Ayan**, über den es Hinweise gibt, daß er sich in Westberlin aufhält. Ayan unterzeichnete Anfang 79 Drohbriefe an türkische Arbeitervereine. Der Vorsitzende vom „Großen Idealverein", **Ihlan Hancer**, war Generalsekretär der „Türk Federasyonu".

Propagandaoffensive der türkischen Faschisten und Widerstand

In Westberlin fand am 14. Juli eine Veranstaltung zur „Befreiung der gefangenen Türken" statt. Gemeint mit „gefangenen Türken" sind die türkischen Minderheiten besonders in der

„gefangenen Türken" sind die türkischen Minderheiten, besonders in der

Sowjetunion, die „heim ins Reich" geholt werden sollen. Veranstalter waren hier die örtlichen MHP-Tarnvereine „Türk Genc", „Berlin Türk Ocagi" und „Büyük Ülkü Dernegi". Auf der Veranstaltung wurde der faschistische Film „Wann wird die Sonne wieder scheinen?" (Günes ne zaman Dogacak?) gezeigt, der in der Türkei Anlaß für das Massaker in Kahramanmaras war und seitdem verboten ist.

War es in Kiel noch gelungen, daß eine ähnliche Veranstaltung türkischer Faschisten wegen dieses Films verboten wurde, wies ein Westberliner Gericht eine einstweilige Verfügung zweier Rechtsanwälte ab!

Scheinheilig bedauerte die Gewerkschaft der Polizei, *„daß es keine (!) Rechtsgrundlage gäbe, die Veranstaltung zu verbieten"* („Tagesspiegel", 14.7.79).

Gegen die Veranstaltung gab es Proteste von der „Alternativen Liste" (AL) und dem neugegründeten „Initiativkomitee gegen türkische Faschisten". Auf einer Pressekonferenz betonte die AL, daß allein der rassistische Film den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt. Von der AL und dem „Initiativkomitee gegen türkische Faschisten" wurde zu einer Gegenkundgebung aufgerufen, zu der 400 Westberliner und türkische Antifaschisten erschienen.

Die zum Teil sehr kämpferische Kundgebung der Antifaschisten, die von einem riesigen Bullenaufgebot „geschützt" wurde, machte schließlich eine spontane Demonstration über den Kurfürstendamm zur Gedächtniskirche, wo auf die skandalöse Veranstaltung der türkischen Faschisten hingewiesen wurde.

Die Protestkundgebung gegen die Faschistenveranstaltung war der bisherige „Höhepunkt" von Aktionen der Antifaschisten gegen die Terror- und Propagandaoffensive der „Grauen Wölfe".

Zu einer anderen Kundgebung am 6. Juli aus Anlaß eines Überfalls auf türkische Flugblattverteiler erschienen nur knapp 200 Menschen.

Zum Terror der „Grauen Wölfe" veranstaltete die Alternative Liste in Kreuzberg ihr 2. Bürgerforum. Der Kreuzberger Bezirksbürgermeister Pietschker (SPD) war eingeladen worden, hielt es jedoch nicht für nötig, zu erscheinen.

In einem Redebeitrag wurde über die Hintergründe des Terrors der „Grauen Wölfe" berichtet. Türkische Genossen erzählten, wie in ihre Läden geschossen wurde.

Ein GEW-Vertreter berichtete über das in Westberlin besonders starke Auftreten faschistischer türkischer Konsulatslehrer. Betroffene Kollegen erzählten exemplarisch über die Neuköllner Löwenstein-Oberschule, wo unter Anleitung des „Lehrers" **Safa Bayraktar** „Graue Wölfe"-Schüler fortschrittlichen Lehrern wiederholt Prügel angedroht und Klassenräume verwüstet haben. Das Bezirksamt will den Vertrag von Bayraktar verlängern...

Die 400 Besucher des Bürgerforums verabschiedeten eine Resolution, in der das Verbot der Tarnorganisationen der „Grauen Wölfe" und die Entlassung faschistischer türkischer Lehrer gefordert wird.

Die niedrigen Mobilisierungszahlen zu Aktionen gegen „Graue Wölfe" zeigen, wie wenig noch über türkische Faschisten bekannt ist.

Da nützt es auch nichts, wie es die Kräfte um die „KPD/ML" im „Initiativkomitee" praktizieren, einmal im

Kräfte um die „KPD/ML" im „Initiativkomitee" praktizieren, einmal im

Monat die kleine Schar engagierter Antifaschisten auf Anti-„Graue Wölfe"-Kundgebungen zu verschleißen.

Wir müssen mit unserer Agitation und Aufklärung über die „Grauen Wölfe" mehr als bisher in das ganze Spektrum demokratischer, antifaschistischer und linker Gruppen, Organisationen und Verbände hineinwirken. Wir werden in einem der nächsten AKs auf die Verbindungen der MHP/„Graue Wölfe" zur Westberliner CDU und auf die Begünstigung der MHP/„Graue Wölfe" durch SPD und Polizei näher eingehen.

(Sämtliche nicht gekennzeichneten Informationen entnahmen wir der Broschüre „Stoppt die ‚Grauen Wölfe'" des „Initiativkomitees gegen türkische Faschisten".)

Antifa-Kommission Westberlin



Neonazis vor Gericht

Wegen Verbreitung nationalsozialistischer Kennzeichen und wegen Vorrätighalten nationalsozialistischer Propagandaschriften ist der Braunschweiger Nazi Paul Otte, 54 Jahre, zu sieben Monaten Freiheitsstrafe o h n e Bewährung verurteilt worden.

Anfang 1977 waren bei Otte u.a. rund 150 Hakenkreuzplakate („Trotz Verbot nicht tot" oder „Kampf den Judenparteien") gefunden worden.

Nach Aussagen eines ehemaligen Nazi-Kumpanen ist Otte oberster „NSDAP/AO"-Chef in der BRD gewesen.

Im Herbst beginnt gegen Otte ein weiterer Prozeß wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung". Otte – so ergab der Bückeburger Prozeß gegen die „Hansa"-Bande – gab zwei Rohrbomben an Gesinnungsbrüder (Kühnen und einen Nazi aus Schleswig-Holstein) weiter. **Außerdem soll Otte mehrere Bombenanschläge selbst geplant haben.**

* * *

Der neonazistische Autor Heinz Roth aus Odenhausen/Lumda darf nicht mehr behaupten, das Tagebuch der Anne Frank sei eine Fälschung. Dies entschied der 16. Zivilsenat beim Frankfurter Oberlandesgericht. Damit hob das Oberlandesgericht ein Urteil unterer Instanz wieder auf, in dem der Richter Roths Verleumdungen als „Meinungsfreiheit" hatte durchgehen lassen. Damals war es übrigens derselbe Richter, der erst vor kurzem Schönborn von der Anklage der Volksverhetzung freigesprochen hat.

* * *

Am 1.8.79 beginnt in Verden ein Prozeß am Amtsgericht gegen den stellvertretenden JN-Bundesvorsitzenden und Landesvorsitzenden Niedersachsen Fritz-Ulrich Bundt und seinen JN-Komplizen Jürgen Döhr.

Sie sind wegen Körperverletzung und Diebstahl angeklagt, nachdem sie am 2.12.78, einen Tag vor dem NPD-Landesparteitag, Antifaschisten bedroht und einen von ihnen festgehalten und zusammengeschlagen hatten. Einen Motorradhelm ließen sie gleich mitgehen. **(Nach Informationen des Antifaschistischen Arbeitskreis Verden).**

Am 13. August findet in Soltau der Prozeß gegen den „Gauleiter Niedersachsen" der „Wiking-Jugend", Klaus Hoffmann, statt. Hoffmann hatte im vergangenen Jahr einen Journalisten und einen Soltauer Antifaschisten mit einem Hammer angegriffen (siehe AK 136), als diese einige Aufnahmen von einem „Wiking-Jugend"-Lager machen wollten. Daraufhin wurde Hoffmann wegen versuchter Sachbeschädigung, versuchter Körperverletzung und Nötigung angezeigt.

Hoffmann ist stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD, Ortsgruppenvorsitzender der „Schlesischen Landsmannschaft" Munster und Kreisjugendreferent des „Bundes der Vertriebenen". Im Mai 78 organisierte er eine Revanchistenveranstaltung mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Czacha. „Gauleiter" der „Wiking-Jugend" ist Hoffmann seit mindestens 1976.

Prozeßtermin: 13. Aug., 9.00 Uhr Amtsgericht Soltau, Zimmer 12

Nazi-Banden in Bayern „aufgedeckt"

In Bayern (Landkreis Regen) wurde Anfang August eine Gruppe rechtsradikaler „Waffensammler" aufgedeckt: Sie soll aus vier jungen Leuten bestehen, darunter ein 20jähriger BGS-Beamter (verhaftet) und ein ebenfalls 20-jähriger ehemaliger Bundeswehrsoldat (festgenommen, aber wieder auf freiem Fuß). Nach Angaben des Landeskriminalamts München wurden bei einem der vier 7 „Langwaffen", 3 Vorderladerrevolver, zahlreiche Waffenteile, Magazine, Munition, Bajonette und Gasmasken gefunden.

Kurz danach wurde in München eine weitere Nazi-Bande, diesmal aus 11 Mitgliedern bestehend, „ausgehoben" (Unklar ist bislang, ob beide Gruppen zusammenhängen). Elf gleichzeitig durchgeführte Haussuchungen brachten jetzt Nazi-Materialien zutage, die – so die Staatsanwaltschaft – auf Verbindungen zur „NSDAP im Ausland" hinweisen, womit die NSDAP/AO – mit Chef Gary Lauck, Nebraska/USA – gemeint sein dürfte. Ermittelt wird dementsprechend wegen Verstoßes gegen § 86aStGB (Nazi-Kennzeichen).

Interessanterweise wird auch diese Bande – neun Jugendliche, zwei Erwachsene – von einem Ex-Bundeswehr-Soldaten (Unteroffizier) angeführt. Die Gruppe hatte sich verschiedentlich zum Singen von Nazi-Liedern und zu Hakenkreuz-Schmierereien getroffen. Der 24-jährige Anführer wurde vor geraumer Zeit wegen Hakenkreuz-Schmierereien am Münchner Dom zu 10 Monaten verurteilt.

suchungen brachten jetzt Nazi-Mate-

Trotz Protesten: NPD-Parteitag in Augsburg

Am 22. Juli konnte die NPD in Augsburg ihren Landesparteitag für Bayern durchführen. Dem war ein wenig erfreuliches juristisches und taktisches Hickhack vorausgegangen. Anfang Juli – nach Bekanntwerden des NPD-Plans – hatten DGB/SPD auf Orts- und Kreisebene eine Kundgebung am 19. und eine Gegenveranstaltung am 22.7. angekündigt. Ein (vom DGB) gegründetes „Komitee" – unterstützt bis hin zur „Katholischen Arbeiterbewegung" und CSU – kündigte heftigen Protest an, Protest kam auch von verschiedensten Organisationen.

Ein Verbot des NPD-Landesparteitags zu verlangen, konnte sich der Oberbürgermeister Breuer dann jedoch nicht durchringen; lediglich der Mietvertrag (der städtischen Räume) wurde der NPD gekündigt. Daraufhin traten – wie üblich – die Gerichte in Aktion: Erst das Verwaltungsgericht, dann der Verwaltungsgerichtshof verordneten, Augsburg habe den NPD-Parteitag zu ermöglichen.

Die Stadtverwaltung nahm sich's zu Herzen; sie drohte dem „Komitee" an, seine Gegenkundgebung werde möglicherweise verboten; einem SDAJ-„Rock gegen Rechts", das wie das NPD-Treffen und gleichzeitig in der Augsburger Kongreßhalle angesagt war, wurde gekündigt, die Kündigung per einstweiliger Verfügung aber aufgehoben.

Das DGB/SPD-geführte „Komitee", das mit 100.000 Flugblättern zu einer kundgebung am Donnerstag aufgerufen hatte – zugleich aber sich gegen das ungebetene Auftauchen von Linken verwahrt hatte – verfiel angesichts dieser Entwicklung der Dinge in tiefe Resignation. (Zur Donnerstag-Kundgebung kamen etwa 500 Antifaschisten – wobei DKP/VVN und „K-Gruppen" das Bild bestimmten). Auf die für den 22. angekündigte Gegendemonstration verzichteten DGB/SPD, *„damit tätliche Auseinandersetzungen vermieden"* würden. Stattdessen fand eine Gedenkfeier auf dem Westfriedhof, am Mahnmal für die Opfer des Faschismus, statt. Dort versammelten sich ca. 300 bis 500 Personen; viele davon hatten zuvor – unangemeldet – vor der NPD-Tagungsstätte eine Protestdemonstration durchgeführt.

Es bleibt die Ankündigung des Augsburger DGB-Vorsitzenden und SPD-Bundestagsabgeordneten Max Amling, er wolle sich in der SPD-Bundestagsfraktion für ein Verbot der NPD stark machen – dasselbe hat CSU-Stadtrat Dietsche für die CSU-Parteigremien versprochen. Den Herren wäre etwas Beeilung anzuraten, denn ein bereits im Januar 79 abgeschlossener Mietvertrag der NPD für die gleiche Augsburger Kongreßhalle liegt auf dem Tisch: Es soll dann dort im Herbst 1980 der Bundesparteitag stattfinden!



Dies ist nun die gerade erschienene III. Anti-Hoffmann-Broschüre über die letzten Provokationen der „Wehrsportgruppe Hoffmann".
Format A 4, 28 Seiten
Preis DM 2,– + DM -,50 Porto – Versand nur gegen Vorauskasse
Anschrift: L. Dicke, Postfach 150473, 8500 Nürnberg
Konto: L. Dicke, Kto.-Nr. 2171 85-855, Postscheckamt Nürnberg

Leserbrief: Betr. Artikel zum 20. Juli 1944

Obwohl der Genosse in seinem Artikel durchaus richtig den reaktionären Charakter der Beck-Goerdeler-Gruppe darlegt, stellt er nicht genügend die politischen Differenzen der am „20. Juli" direkt oder indirekt beteiligten Kräfte heraus.

Neben der Gruppe um Beck und Goerdeler stand der Kreisauer Kreis, eine Gruppe, die durchaus zum demokratischen Widerstand zu zählen ist, in engem Kontakt zu den Putschisten. Der Kreisauer Kreis forderte im Gegensatz zu Beck/Goerdeler: *„Aus wichtigen Stellungen sind irgendwie führende Nationalsozialisten grundsätzlich zu entfernen!"* (Anm. 1). Diese Gruppe forderte darüber hinaus, die *„Schlüsselunternehmen des Bergbaus, der eisen- und metallverarbeitenden Industrie, der Grundchemie und Energiewirtschaft"* in das *„Eigentum der öffentlich Hand"* zu überführen (Anm. 2). Dieser Gruppe gehörten u.a. an: Der Gefängnispfarrer Harald Poelchau, Graf Helmut James von Moltke, Eugen Gerstenmaier, die Sozialdemokraten Theodor Haubach, Adolf Reichwein, Carlo Mierendorf und Julius Leber. Leber und Reichwein führten am 22. Juni 1944 ein Gespräch mit den KPD-Funktionären Franz Jacob und Anton Saefkow. Für das Zustandekommen des Gesprächs hatte sich auch Stauffenberg eingesetzt. Er war keineswegs ein Anhänger der Beck-Goerdelerschen Vorstellungen. Stauffenberg wollte, wie es der Sozialdemokrat Julius Leber zitierte, „kein neues Weimar" und *„nicht etwa wieder eine bürgerlich-kapitalistische Ordnung"*! (Anm. 3). Richtig ist, daß Stauffenberg und der Kreisauer Kreis keinen entscheidenden Einfluß auf das Regierungsprogramm der Putschisten gewinnen konnten. Die dargestellten Fakten sind jedoch wichtig, um rechten Geschichtsklitterungen entgegenzutreten.

Ein Genosse aus dem Raum Hamburg

Anm. 1: Rheinhard Kühnl: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1978, S. 449
Anm. 2: Siehe Anm. 1, S. 452
Anm. 3: Fritz Sänger: Stauffenberg: Auch mit der KPD, in „Die Zeit", 15.8.78

Nachtrag zu „NPD-Harting läßt antifaschistisches Plakat verbieten" (AK 158)

Mittlerweile liegt die schriftliche Urteilsbegründung der 1. Zivilkammer des Landgerichts Bochum zu dem Zivilverfahren (Antrag einer „einstweiligen Verfügung") vor, das der Kamener NPD-Funktionär **Karl-Heinz Harting** gegen die **„Landeskonferenz antifaschistischer Arbeitskreise aus Nordrhein-Westfalen"** und zwei ihrer Mitglieder angestrengt hatte. Obwohl Harting mit einigen Anträgen vor Gericht durchkam (s.a. unsere ausführliche Berichterstattung in AK 158, S. 24), enthält die Urteilsbegründung dennoch einige Passagen, die bei zukünftigen juristischen Auseinandersetzungen mit NPD-Mitgliedern und anderen Neonazis von Nutzen sein könnten. Das Gericht stellte fest:

– *„Die Überschrift des Plakats: ‚Faschisten in NRW' kennzeichnet den politischen Standort der auf dem Plakat abgebildeten Personen. Eine solche Kennzeichnung muß der Antragsteller als NPD-Funktionär auch insoweit hinnehmen, als er als ‚Faschist' bezeichnet wird. Dieser Ausdruck ist im politischen Meinungsstreit zu dulden (vgl. OLG Karlsruhe a.a.O.). Dies gilt zumal in einer Auseinandersetzung mit einer rechtsextremistischen Partei".*

– *„Soweit sich die Behauptungen auf das Gut des Antragstellers beziehen, ist zunächst nicht zu erkennen, wieso seine Ehre dadurch verletzt wird. Aber im übrigen ist in der Bezeichnung als ‚Eventuell paramilitärisches Schulungszentrum' keine Beeinträchtigung des Persönlichkeitsrechtes des Antragstellers zu sehen. Mit dieser Äußerung wird kein Unwerturteil über den Antragsteller abgegeben. Der Antragsteller bestreitet nicht, daß Gut Barenbräucker ein Schulungszentrum der Jungen Nationaldemokraten ist. Wenn diese Schulung als möglicherweise paramilitärisch bezeichnet wird, ist dies zumindest angesichts des behaupteten und nicht bestrittenen Auftretens von NPD-Mitgliedern oder Anhängern, die nach dem Gesamteindruck des Plakats dort ausgebildet sein sollen, eine sich im Rahmen des Zulässigen haltende Wertung".*

Die vollständige Urteilsbegründung (Az. 1 O 245/79) kann gegen Einsendung einer Solidaritätsspende von DM 5 (in Briefmarken oder Geld) unter der folgenden Adresse bestellt werden:

Dietrich Schulze-Marmeling,
Hornstr. 30,
4400 Münster.

Antifa-Kommission NRW

Die tragische Figur des Datenschützers Bull — Bilanz des Datenschutzes —

— Bilanz des Datenschutzes—

Am 1. Januar 1979 legte der Bundesdatenschutzbeauftragte, Prof. Bull, seinen ersten Tätigkeitsbericht vor. Darin befindet sich ein Abschnitt zur Anwendung des Bundesdatenschutzgesetzes auf die Bereiche der Polizei und der Geheimdienste des Bundes (abgedruckt in: „Innere Sicherheit", Nr. 48 vom 18.5.79).

Der Abschnitt des Berichts zu Polizei und Geheimdiensten wird mit folgendem Satz eingeleitet: *„Entgegen einem weitverbreiteten Irrtum gelten für die Sicherheitsbehörden des Bundes, nämlich das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), das Bundeskriminalamt (BKA), den Bundesnachrichtendienst (BND) und den militärischen Abschirmdienst (MAD) sowie das Wehrersatzwesen die materiellen Regelungen des BDSG* (Bundesdatenschutzgesetz, AK) *über die Zulässigkeit der Speicherung, Übermittlung, Veränderung und Löschung von personenbezogenen Daten grundsätzlich ebenso wie für andere öffentliche Stellen des Bundes; außerdem gilt selbstverständlich das bisher vorhandene bereichsspezifische Datenschutzrecht".*

Eine ermutigende Feststellung; konnte frau/man als demokratisch eingestellte(r) Zeitungsleser(in) doch im vergangenen Jahr sehr leicht den Eindruck gewinnen, Polizei und Geheimdienste fühlten sich nicht an Recht und Gesetz gebunden. (Grenzschnüffeleien von VS und BGS; Brief- und Paßkontrollen des BND; „Kommune-Datei", „Befa" und „Annoncenprogramm" des BKA).

Diese Ermutigung wird in Bulls Bericht allerdings gleich gedämpft. Es ist nämlich sehr schwer zu kontrollieren, ob die „Sicherheits"behörden sich auch an die gesetzlichen Bestimmungen halten:

Was geschieht mit der Frage eines besorgten Bürgers nach seinen Geheimdaten?

„Sicherheits"behörden sind nämlich (neben einigen weiteren Behörden) weder zur Veröffentlichung ihrer Daten verpflichtet, noch müssen sie bei Anfragen Auskunft über die vom Betroffenen gespeicherten Daten geben. Wohlgemerkt – sie k ö n n t e n Auskunft geben, sie müssen aber nicht. In der Praxis – so Bull – hätten die „Sicherheits"behörden des Bundes diese ‚Rechtslage' genutzt, um nahezu ausnahmslos die Auskunft an die Betroffenen zu verweigern.

In all diesen Fällen könnten sich hätten die „Sicherheits"behörden des Bundes diese ‚Rechtslage' genutzt, um nahezu ausnahmslos die Auskunft an die Betroffenen zu verweigern.

In all diesen Fällen könnten sich die Betroffenen an ihn – den Datenschutzbeauftragten Bull – wenden. Der Datenschutzbeauftragte hat nämlich eine Kontrollbefugnis, d.h. er hat Zugang zu den bei „Sicherheits"behörden gespeicherten Daten. (Auch diese Befugnis kann übrigens eingeschränkt werden, wenn *„die jeweils zuständige oberste Bundesbehörde im Einzelfall feststellt, daß die Einsicht in Unterlagen und Akten die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet").*

Bei seiner „Kontrollbefugnis" unterliegt der Datenschutzbeauftragte einer Verschwiegenheitspflicht, d.h. auch er darf „geheime" Daten dem Betroffenen Frager nicht mitteilen. So kann er z.B. auch nicht im Gespräch mit ihm nachprüfen, ob die gesammelten Daten überhaupt stimmen. Es wird auf Anfrage lediglich nachgeprüft, ob der Vorgang der Datenspeicherung „rechtmäßig" erfolgt ist. Die/der Betroffene erhält also keine Auskunft darüber, w e l c h e Daten gespeichert sind – sondern nur einen Bescheid darüber, daß alles „rechtmäßig" geschieht.

In einem Fall hat Bull allerdings – am Rande seiner Kompetenz wohlgemerkt – eine Behörde darauf hingewiesen, daß ihre Verwertung von Geheimdaten zu beanstanden gewesen sei. Ob jedoch dieses Einschreiten von der getadelten Behörde beherzigt wurde, steht in den Sternen.

Außer der Unmöglichkeit, Auskunft über Geheimdaten zu erlangen, benennt Bull's Bericht weitere Mängel:

Daten bei den Geheimdiensten

Der Abschnitt des Berichts, der sich mit Daten beim Bundesamt für Verfassungsschutz geschäftigt, ist getragen von dem Wunsch, „Besorgnis", „Mißtrauen" und „verbreitete Unruhe" gegenüber der Schnüffelpraxis des VS abzubauen.

Ein schwieriges Unterfangen – wie der Bericht zeigt. So beschreibt Bull zunächst die angeblichen verfassungsmäßigen Grenzen geheimdienstlicher Tätigkeit: Innerhalb des gesetzlichen Auftrages, *„Unterlagen über Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und über geheimdienstliche Tätigkeiten zu sammeln und auszuwerten"*, darf nur dasjenige Material gesammelt werden, das für diesen Auftrag **„unumgänglich notwendig"** ist. Es dürfen n u r Personen überwacht werden, gegen die ein k o n k r e t e r Verdacht für solche Bestrebungen vorliegt. Keineswegs ist

„unumgänglich notwendig" ist. Es dürfen n u r Personen überwacht werden, gegen die ein k o n k r e t e r Verdacht für solche Bestrebungen vorliegt. Keineswegs ist

es dem VS gestattet, b e l i e b i g e Organisationen oder Personen zu beobachten.

Bull gibt allerdings zu, daß der VS sich an diese „verfassungsmäßigen" Grenzen nicht hält: *„Die Schwelle, oberhalb derer die Tätigkeit des Verfassungsschutzes einzusetzen hat, bei der also Material zu speichern ist, kann im voraus nicht hinreichend eindeutig abgegrenzt werden. Daher wird es auch künftig unvermeidbar sein, daß das BfV seine Aufmerksamkeit Personen widmet, bei denen sich nach einer gewissen Zeit zweifelsfrei ergibt, daß sie keine verfassungsfeindlichen Bestrebungen verfolgen."*

Mit diesem Fazit wäre die Schnüffelpraxis des VS vom höchsten Datenschützer abgesegnet.

Ähnlich geht Bull in seinem Bericht mit den 1978 bekannt gewordenen Schwarzen Listen des VS um, an Hand derer der BGS Grenzreisende beschnüffeln soll(te): Der Bundesinnenminister habe diese Listen zurückgezogen; Innenministerium und Leitung des VS hätten die Verbreitung dieser Listen als ungeeignet und schädlich angesehen, und Bull habe keine Anhaltspunkte dafür gefunden, daß auf Grund der Listen Meldungen vom BGS an den VS erfolgt seien.

Rechtlich sei diese Angelegenheit „p r o b l e m a t i s c h", da die Amtshilfepflicht damit kollidiere, daß dem VS keine polizeilichen Befugnisse zustünden. Dieses Problem werde gerade von einer Arbeitsgruppe im Bundesinnenministerium erörtert.

Weiterhin setzt sich Bull mit konkret bekanntgewordenen Fällen von Schnüffeleien in Bibliotheken nicht auseinander. Diese Fälle übergeht er mit der Bemerkung, daß eine g e n e r e l l e Kontrolle des Ausleihverkehrs in öffentlichen Bibliotheken durch den VS nicht festgestellt werden konnte. Übertragen wir eine derartige Behandlung von Rechtsbrüchen auf den Alltag, so könnte sich ein Autofahrer, der bei Rot über die Ampel fährt und geschnappt wird, darauf berufen, daß er ja schließlich nicht i m m e r bei Rot über die Ampel fahre, und deshalb alles nicht so schlimm sei. Im Alltag unglaublich – der VS macht's möglich.

Zusammenfassend für alle Rechtsbrüche des Staates schlägt Bull vor, über neue rechtliche Regelungen nachzudenken, die die Tätigkeit der Geheimdienste „verfassungskonform" ordnen sollen.

Mindestens an einem Punkt schlägt Bull offensichtlich Augenwischerei

nachzudenken, die die Tätigkeit der Geheimdienste „verfassungskonform" ordnen sollen.

Mindestens an einem Punkt schlägt Bull offensichtlich Augenwischerei

vor: Gegenwärtig entscheiden Behörden auf Grund von VS-Materialien über das Schicksal von Bürgern, beispielsweise bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst. Der VS weigert sich jedoch unter Berufung auf sein Geheimhaltungsrecht selbst Gerichten gegenüber, diese Unterlagen preiszugeben und nachprüfbar zu machen. Durch diese pauschale Weigerung werde nun das ohnehin weitverbreitete Mißtrauen in die „Sicherheits"behörden ohne Grund verstärkt. Um dieses Mißtrauen (nicht etwa die Schnüffelpraxis) abzubauen, soll es – so Bulls Vorschlag – *„auch möglich sein, die Akten in einen geheimhaltungsbedürftigen und in einen offenen Teil zu trennen (noch besser: die Akten von vornherein so anzulegen, daß eine Aufteilung ohne weiteres möglich ist). In den offenen Teil könnten Daten aus allgemein zugänglichen Quellen (z.B. Zeitungsausschnitte, Flugblätter oder andere Unterlagen, deren Existenz für den Betroffenen offenkundig ist, wie etwa Strafregisterauszug, Paßverlustmeldung) „aufgenommen werden".* Daneben gibt es natürlich nach wie vor g e h e i m e Unterlagen.

Daten beim Bundeskriminalamt

Für den Bereich des BKA werden Rechtsbrüche bestätigt, wenn auch zurückhaltend formuliert. Der Bericht bestätigt höchstamtlich, daß

- die Abteilung „Terrorismus" des VS ohne weiteres auf das Informationssystem PIOS im BKA/T zurückgreifen kann.
- das BKA an den Computer der Geheimdienste, NADIS, angeschlossen ist.
- der VS Zugang zum Datenbestand der „beobachtenden Fahndung" (Befa) hat.

In dieser Passage wird die gewollte Ohnmacht des obersten Bundesdatenschützers wiederum besonders deutlich. Angesichts dieses in das S y s t e m polizeilicher Datenverarbeitung eingebauten Verfassungsbruchs stellt Bull lediglich fest: *„Es erscheint daher f r a g w ü r d i g, ob angesichts dieser Trennung von Polizei und Verfassungsschutz die aufgrund polizeilicher Befugnisse gewonnenen Erkenntnisse den Ämtern für Verfassungsschutz überhaupt zugänglich sein dürfen".*

Bezüglich der „beobachtenden Fahndung" beim BKA wird in einem weiteren Fall die Illegalität der Datenspeicherung höchstamtlich bestätigt. Die Befa dient zum größten Teil nicht der Verfolgung einer bestimmten strafbaren Handlung, sondern resultiert aus der V e r m u t u n g der Polizei, daß sich irgendwann einmal mögliche Verdachtsmomente erhärten könnten. Ließe sich allenfalls für die Länderpolizeibehörden für solche Maßnahmen eine Rechtslage konstruieren, so steht dem BKA diese präventivpolizeiliche Befugnis eindeutig n i c h t zu.

Bull fordert den Staat dazu auf, den „rechtlichen Rahmen" für die Befa genau abzustecken".

Löschung von Daten

Die „Sicherheits"behörden sind verpflichtet, Daten zu löschen, wenn die Unschuld des Betroffenen erwiesen ist. Allein die Tatsache der Speicherung könnte sich nämlich für den/die Betroffene(n) zum Nachteil auswirken. Nun scheint jedoch der Begriff „Löschen" bei den „Sicherheits"behörden ein Fremdwort zu sein: *„Wie jede aktenführende Verwaltung hat sich auch die eine oder andere Sicherheitsbehörde bereits in der Vergangenheit um der eigenen Entlastung willen von manchen alten Beständen befreit; eine vollständige Bestandsüberprüfung in nicht zu langen Abständen ist aber, soweit ich sehe, in keinem Bereich bisher realisiert".*

Das Löschen scheint sehr schwierig (offenbar -zigmal schwieriger als das Sammeln und Speichern):

Die speichernde „Sicherheits"behörde gibt eine Aufbewahrung von Daten fast unbegrenzt für erforderlich aus, wehrt sich also prinzipiell gegen Löschung.

– Sollte eine Behörde sich dazu entschließen, gewisse Daten auf die Notwendigkeit ihrer Aufbewahrung hin zu überprüfen, so müßten Kriterien und Verfahren entwickelt werden (die es noch nicht gibt), nach denen diese Überprüfungen automatisch durchgeführt werden können. Ist diese Hürde genommen, – so „erfolgt die vollständige Löschung allerdings in Stufen":

1. Stufe: die Daten werden auf dem Hauptdatenträger gelöscht.
2. Stufe: Alle Daten werden ‚zur Sicherung' noch einmal kopiert und aufbewahrt. Nach einer Frist sollen auch diese Kopien gelöscht werden.
3. Stufe: Es existieren immer noch die Akten, aus denen der Computer mit Daten gespeist wird. Auch diese Akten müßten vernichtet werden.

Gegenwärtig werden Daten kaum gelöscht, nachweislich sogar solche nicht, die eindeutig hätten gelöscht werden müssen. Betroffene haben keine Möglichkeit, eine Löschung zu überprüfen (da die Daten ja geheim sind).

Unterm Strich

Der die „Sicherheits"behörden betreffende Teil dieses ersten Datenschutzberichtes bestätigt einerseits offene Rechtsbrüche, ebenso wie er andere verschleiert. Die am Anfang von Herrn Bull für den VS aufgestellte Behauptung, er habe *„keine Anhaltspunkte dafür gefunden, daß die geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften, welche die Tätigkeit dieser Behörden ordnen und einschränken, mißachtet würden"*, führt er in seinen Ausführungen selbst ad absurdum. Er berichtet nämlich mehrfach, daß der VS sich bei „problematischen" Praktiken auf die Amtshilfepflicht beruft, deren pauschale Gültigkeit sogar in Regierungskreisen umstritten ist, und die bisher beliebig ausgedehnt wurde (und zwar soweit, daß sogar der verantwortliche Minister Maihofer seinen Hut nehmen mußte).

Deutlich macht der Bericht die Ohnmacht des Datenschutzbeauftragten, dessen Kompetenzen sich darauf beschränken, neben einer mehr oder weniger offenherzigen Beschreibung entweder Fragen aufzuwerfen, oder gesetzliche Vorschläge anzuregen, die Unrecht zu Recht werden lassen sollen.

Antifa-Kommission Hamburg

Diese Seite steht Ihnen zur Verfügung, um Beobachtungen sofort schriftlich festzuhalten.

Name der gesuchten Person:

Wann gesehen?

Wo gesehen?

Allein oder mit wem?

Mitgeführte Gegenstände?

Benutztes Fahrzeug (Marke, Typ, Farbe, Kennzeichen, Besonderheiten am Kfz, z.B. Aufkleber, Streifen, Aufschriften)?

Welche Fahrtrichtung?

Merkmale zur Personenbeschreibung

1 Geschätztes Alter
2 Gesamterscheinung
3 Körperlänge
4 Körperform
5 Frisur
6 Haarfarbe
7 Kopfform
8 Gesicht
9 Hände
10 Bekleidung
11 Schmuck



22 Monate Knast für Rechtsanwalt Härdle

Der seit Ende Januar 79 gegen Rechtsanwalt Dr. Härdle in Heidelberg geführte Prozeß fand am 29.5. ein Ende. Für alle Beteiligten völlig überraschend verkündete Richter Dr. Gutmacher am 48. Verhandlungstag sein Urteil: 22 Monate ohne Bewährung wegen Landfriedensbruch, Widerstand, Körperverletzung und Falschaussage. Er soll im August 1976 Polizeibeamte angegriffen haben, als diese einen Wahlkampfstand des KBW abräumten (s. dazu auch AK 150.)

Die Umstände, unter denen dieser Prozeß stattfand, waren von Anfang an dazu angetan, die größten Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit der (Straf)-Justiz im allgemeinen und der „Unabhängigkeit" des Richters Gutmachers im besonderen aufkommen zu lassen. So wurde

- RA Härdle vom Oberbürgermeister Zundel bereits 1976 als „sogenannter Rechtsanwalt" bezeichnet;
- Anklage vor dem Landgericht (anstatt wie sonst üblich vor dem Amtsgericht) erhoben;
- den Verteidigern im Prozeß u.a. das weitere Befragen eines Zeugen verwehrt mit der Begründung „weitere Fragen dienten nicht mehr der Sachaufklärung";
- Richter Gutmacher gegenüber den Zuhörern mehrmals „erzieherisch" tätig, indem er saftige Ordnungsstrafen für Kleinigkeiten (z.B. Blättern in einem Fachbuch während der Verhandlung) verhängte usw.

Am 48. Verhandlungstag machte Richter Gutmacher plötzlich „kurzen Prozeß": In Abwesenheit des Angeklagten und einem seiner Verteidiger verkündete er das Urteil, versehen mit einer lediglich 25minütigen Begründung. Dem Gericht war bekannt, daß an diesem Tag RA Härdle und sein Anwalt vor dem Oberlandesgericht Stuttgart die Rechtsanwälte Müller und Newerla verteidigten. Unerschrocken von alledem verkündete Dr. Gutmacher sein Urteil, obwohl:

- die Beweisaufnahme noch nicht abgeschlossen war (am 29.5. stand ein vom Gericht geladener Zeuge vor der Tür), und
- das Gericht über einen Befangenheitsantrag der Verteidigung noch nicht entschieden hatte.

„Seine Ausführungen (die Dr. Gutmachers, d. Red.) bestanden dabei die längste Zeit aus Kritik und Vorwürfen gegenüber dem Angeklagten und seinen Verteidigern". So faßte die „Stuttgarter Zeitung" vom 31.5. die Urteilsbegründung zusammen. Und die Vorwürfe gegen die Verteidiger fielen bei Dr. Gutmacher so aus: Sie hätten prozessuale Rechte mißbraucht, Ablehnungsanträge lediglich gestellt, „um die Richter bloßzustellen", Belastungszeugen so lange über die Hintergründe befragt, „bis sie zusammenbrachen". Die Berichterstattung in de Presse bezeichnete er als „abträgliche Presseberichte", Zuschauer als „vorbestellte Ware" der Verteidigung.

Demgegenüber heißt es in einer Erklärung der Anwälte von Härdle, daß tatsächlich 53 Zeugen vernommen wurden. Davon bestätigten 3 - nämlich Polizeibeamte - die Anklagevorwürfe, während eine Reihe von Zeugen den Angaben der Polizisten widersprachen. „Über die Aussagen dieser Entlastungszeugen verlor das Gericht in der Urteilsbegründung kein Wort".

Breiter Protest

Gegen soviel Willkür hatte es von Anfang an massiven Protest gegeben:

- Zu Beginn des Prozesses protestierten über 150 Rechtsanwälte aus der BRD.
- Die unzumutbare Behinderung der Verteidigung kritisierte der Vorstand und die Mitgliederversammlung der Rechtsanwaltkammer in Karlsruhe (Dr. Gutmacher dazu: „Sonderbare Aktivitäten der Anwaltschaft").
- Bis zum 31.7. haben 316 Rechtsanwälte aus der BRD einen offenen Brief an das Land gericht Heidelberg unterschrieben, in dem sie u.a. fordern, daß die Verurteilung von Härdle aufgehoben werden muß.
- Der ASJ (Arbeitskreis sozialdemokratischer Juristen) hat in einer Veranstaltung gegen das Urteil protestiert und der VDJ (Verband Demokratischer Juristen) hat sich der Protestresolution angeschlossen.

IKAH Hamburg

Internationale Kommission zu Haftbedingungen

Nach sieben Wochen war der Hungerstreik der politischen Gefangenen wegen des lebensbedrohlichen Zustandes von Irmgard Möller und Siegfried Haag unterbrochen worden. Daraufhin bildete sich eine Kommission, die seitdem mit den für die Haftbedingungen zuständigen Behörden über Hafterleicherungen zu verhandeln sucht.

Presseerklärung

„Es sind so viele unterstützende Zuschriften und Anfragen bei uns eingegangen, daß wir uns veranlaßt sehen, einen Zwischenbericht zur Information zu geben, da es uns zeitlich nicht möglich ist, allen zu antworten:

Der Delegation gehören inzwischen folgende Mitglieder an:
Claude Bourdet, Journalist, Paris;
Jean-Pierre Faye, Wissenschaftler und Schriftsteller, Paris;
Lord Tony Gifford, Rechtsanwalt, London;
Stefano Mistura, Arzt und Schriftsteller, Fiorenzuolo/Italien;
im Auftrag der Angehörigen der Gefangenen:
Winke Zitzlaff, Staufenberg
Christa Cullen, Baden-Baden

Die Mitglieder haben jeweils in ihrem eigenen Land Unterstützung durch weitere namhafte Personen, die sie gegebenenfalls auch in der Delegation vertreten würden.

Während des Hungerstreiks wurden am 21.6.79 alle Justizminister und Innenminister der einzelnen Bundesländer angeschrieben — ebenfalls der Ministerpräsident von Baden-Württemberg sowie Bundesjustizminister und Bundesinnenminister — und um ein Gespräch gebeten.

Für alle Mitarbeiter der Delegation ist klar, daß diese Gespräche zustandekommen müssen und daß die Forderungen der Gefangenen Grundlage unserer Verhandlungen sein werden.

Mehr kann an dieser Stelle heute noch nicht mitgeteilt werden. Wir bitten um Verständnis und Geduld.

Winke Zitzlaff, Christa Cullen

(nach „Taz", 26.7.79)

Urteil im Schmücker-Prozeß: Wahnsinn

Wenn wir nun auch einiges gewöhnt sind an bundesdeutscher „Rechtsprechung", so hat uns doch das Urteil im Schmücker-Revisions-Verfahren die Sprache verschlagen:

Lebenslänglich für Ilse Jandt, 8 Jahre für den angeblichen Todesschützen Wolfgang Wesslau, je 4 Jahre für die Mitangeklagten Wolfgang Strueken, Soenke Loeffler und Annette v. We del (bis auf Ilse Jandt wurden alle zu Jugendstrafe verurteilt).

Damit hat das Gericht das Urteil des ersten Verfahrens voll bestätigt (lediglich W. Strueken erhielt ein Jahr weniger).

Die Verurteilung stützt sich nur auf die Aussagen der Kronzeugen Jürgen Bodeux und Götz Tilgener (der in der Zwischenzeit gestorben ist).

Sämtliche von der Verteidigung vorgebrachten Fakten, die zumindest nahelegen, daß Jürgen Bodeux Mitarbeiter des Verfassungsschutzes war, als er der Wolfsburger Gruppe um Ilse Jandt beitrat, fegte Richter Fitzner als nicht bewiesen vom Tisch: *„Denn wenn dies der Fall gewesen wäre, so hätte sich entweder der Verfassungsschutz an einem Mord beteiligt oder aber die Aussagen des Kronzeugen wären sämtlich frei erfunden. Ein solcher Schluß — so Fitzner — ‚stoße bei jedem rechtstreuen Bürger auf Unverständnis"* („Taz", 30.7.79).

Auch die Weigerung der Westberliner Senatoren für Inneres und Justiz, Akten über Schmücker und Bodeux in den Prozeß einzuführen, auch die Nichtgenehmigung der Aussage von Verfassungsschützern durch eben diese Behörden, ebenso die verweigerte Aussagegenehmigung für den Chef der V-Leute beim Verfassungsschutz durch die Bundesregierung — das alles diente Richter Fitzner als B e w e i s für die Glaubwürdigkeit von Bodeux, es *„bestehe nicht der geringste Anhaltspunkt"* („Taz", 30.7.79) an den Behördenerklärungen zu zweifeln, daß Bodeux kein ‚Mitarbeiter' des VS gewesen sei.

So soll Ilse Jandt ihr Leben hinter Knastmauern verbringen, weil sie *„Ostern 1974 unmißverständlich geäußert habe, daß Schmücker wegen der von ihr vermuteten Zusammenarbeit mit dem Verfassungs- und Staatsschutz hingerichtet werden soll"* („Spand. Volksblatt", 28.7.79).

„Ilse Jandt", so Fitzner, *„wurde mit ihrer Gruppe innerhalb der Bewegung nicht ernstgenommen. Und so wollte sie sich mit einer spektakulären Aktion profilieren"* („Berliner MoPo", 28.7.79).

Auch das Ergebnis der Beweisaufnahme, Schmücker sei n i c h t durch einen „Nahschuß" getötet worden, bog Richter Fitzner zurecht. Nun soll der Schuß aus einem halben Meter Entfernung gefallen sein. Damit ist eben W. Wesslau der Todesschütze, der zwar nach Zeugenaussagen gar nicht schießen kann, aber aus unmittelbarer Nähe trifft eben auch ein ungeübter.

Bleibt noch zu sagen, daß sämtliche Entlastungszeugen von Richter Fitzner (einschl. Mutter und Schwester von W. Wesslau) als unglaubwürdig abgetan wurden.

Und daß sämtliche Angeklagten mit den Verfahrenskosten belastet wurden, *„schließlich seien sie jung und könnten arbeiten"* („Taz", 30.7.79).

„Derart massiv haben sich Behörden bis dahin noch nie in einen Strafprozeß eingemischt, weshalb wir es hier tatsächlich mit einer neuen Qualität eines politischen Prozesses zu tun haben. Das hat uns insbesondere der Senator für Inneres wissen lassen, als er dem Gericht eine Erklärung abgab, in der er behauptete, das Wohl des Landes und die Belange der Angeklagten gegeneinander abgewogen zu haben und sicherlich d a n n die beantragten Aussagegenehmigungen erteilt hätte, wenn die Gefahr bestände, daß U n s c h u l d i g e verurteilt würden — was umgekehrt heißt: Die Angeklagten sind schuldig, weswegen eine Aussagegenehmigung nicht erteilt wird. So weit sind wir also wieder ..." (aus einer Presseerklärung der Anwälte Faensen, Häusler und Heinisch v o r der Urteilsverkündung nach „Taz", 10.7.79).

Westberliner Antirepressionskommission des KB

Tür und Tor für Denunziationen geöffnet

Vorgeschichte: Ein Amateurfunker wird durch die Angaben eines Staatsschutz-„gewährsmannes" als „Spion des Ostens" verdächtigt, was Anfang 1976 zu seiner Überprüfung in „staatsschutzmäßiger Hinsicht" führte. Das Opfer dieser Maßnahmen hatte daraufhin in seinem kleinen Wohnort eine gehässige Rufmordkampagne durchzustehen. Der Amateurfunker wandte sich daraufhin an das bayerische Innenministerium, um den Namen des „Gewährsmannes" zu erfahren und Strafanzeige wegen falscher Verdächtigungen stellen zu können, worauf er abschlägigen Bescheid erhielt. Auch der Klageweg bis zum Oberlandesgericht Bamberg blieb erfolglos, genauso wie die Klage beim Verwaltungsgericht Würzburg, in dessen ablehnender Begründung es u.a. heißt, daß die Polizei keineswegs nur dann gehalten sei, Ermittlungen aufzunehmen, wenn ganz konkrete Behauptungen über eine strafbare Handlung vorlägen; vielmehr könne sie bereits dann einschreiten, wenn nur der Verdacht bestehe.

Auch der bayerische Verwaltungsgerichtshof als nächste Instanz wies die Klage ab; der zuständige Oberlandesanwalt sah keine Anhaltspunkte dafür, daß der Kläger bewußt wahrheitswidrig oder leichtfertig belastet worden sei, der Informant habe nur Wahrnehmungen mitgeteilt, die ihm „eigenartig und für die Polizei möglicherweise bedeutsam erschienen... Die Vertraulichkeit müsse gewahrt werden, weil die Bevölkerung um Mithilfe bei Fahndung nach Terroristen aufgerufen und hierbei die vertrauliche Behandlung bei Hinweisen zugesichert sei.

Um den Namen des Informanten zu erfahren, kann der Amateurfunker jetzt nur noch vor das Bundesverwaltungsgericht gehen — alles auf eigene Kosten, versteht sich. Er sieh: durch die bisherigen Ansichten der Gerichte Tür und Tor für Denunziationen geöffnet (Aktenzeichen 3712 VII 78, nach „FR", 31.7.79).

IKAH/Hamburg

Über 1.000 Prozesse zum „Fall Günter Routhier"

Aus Anlaß des 5. Todestages von Günter Routhier (er starb am 18.6. 1974 nach einem Polizeieinsatz im Arbeitsgericht) haben Rotraud und Pit Routhier einen Aufruf veröffentlicht, in dem sie u.a. zu einer Veranstaltung im August oder September in Duisburg aufrufen. *„Günter Routhier wurde von der Polizei ermordet"*, wegen dieser und ähnlicher Äußerungen ging auf die Kritiker des Polizeieinsatzes eine Prozeßlawine nieder. Rotraud und Pit Routhier sprechen in ihrem Aufruf von über 1000 Prozessen, über 500.000,- DM Geldstrafe und ca. 100 Jahre Gefängnis. Geplant ist, daß außer Pit Routhier auf der Veranstaltung Prof. Sigrist spricht, ebenso die „Todesschußinitiative Bochum"; Walter Moßmann wird für den kulturellen Teil sorgen.

Nähere Informationen über:
Bücherstube Hamborn
Alleestr., 41 Duisburg

Ehemalige Mitglieder des „Sozialistischen Patientenkollektivs" verurteilt

Nach nur zweistündiger Verhandlung wurde das Urteil gesprochen: Je neun Monate Freiheitsstrafe für Susanne Herminghausen und Ewald Görlich wegen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung". Die bei Görlich noch nicht abgesessenen zwei Monate wurden zur Bewährung ausgesetzt. Als 1972/73 das Hauptverfahren gegen Mitglieder des SPK eröffnet wurde, tauchten beide unter. Auf Vermittlung der Frankfurter Rechtsanwälte Plottnitz und Golzem sagten die beiden zu, freiwillig dann in die BRD zurückzukehren, wenn sie einen schnellen Prozeßtermin bekämen und die Haftbefehle außer Kraft gesetzt werden. Die Staatsanwaltschaft in Karlsruhe akzeptierte.

Nachdem beide zu Beginn der Gerichtsverhandlung ihre damalige Mitgliedschaft im SPK bejahten, wurden sie wegen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" verurteilt. Beide wollen sich in Frankreich eine neue Existenz aufbauen, da dies in der BRD unmöglich sei. Bei ihrer Einreise in die BRD hatte die „Bild"-Zeitung sie als die „meistgesuchten Terroristen" vorgestellt („FR" 19.7. 1979).

IKAH Hamburg

Vorzeitige Haftentlassung — einmal bewilligt, einmal abgelehnt

Mitte Juli ist der frühere APO-Anwalt Horst Mahler vom geschlossenen in den offenen Strafvollzug umgezogen. Wahrscheinlich im September wird er eine Lehre beim Rotbuchverlag als Verlagskaufmann beginnen. Im August 1980 – dann sind 2/3 seiner Haftstrafe um – wird damit gerechnet, daß Mahler auf Bewährung entlassen wird.

Ebenfalls einen Antrag auf Entlassung nach zwei Dritteln der Gesamtstrafe haben die Anwälte von Rechtsanwalt Croissant gestellt. Das Gericht lente ab, mit dem Hinweis „auf künftig von Croissants zu erwartende Straftaten". („SZ" vom 24. u. 26.7. 79).

Militarismus Antimilitarismus

DGB: „Nie wieder Krieg' — Abrüstung — Gewinn für uns!"

„ In der Welt ist ein Wettrüsten einem Vernichtungspotential ent tet worden, das alles Bisherige weit in den Schatten stellt. Gegenwärtig gibt die Welt für Militär etwa 330 Milliarden Dollar aus, das heißt ebensoviel wie für Gesundheit und Bildung. Dies geschieht trotz der Tatsache, daß etwa 600 Millionen Menschen auf der Welt unterernährt sind, daß ca. 1 Milliarde Menschen keine angemessene Wohnung hat, etwa 1,5 Milliarden einer wirksamen medizinischen Versorgung entbehrt, ca. 250 Millionen Kinder keine Schule besuchen und 800 Millionen Menschen Analphabeten sind. Die Bundesrepublik ist an diesem Wettrüsten in jeder Minute mit 70.000 DM dabei. Millionen Menschen in aller Welt sind für die Rüstung tätig, über 400.000 Wissenschaftler arbeiten an der Entwicklung immer barbarischerer Waffen- und Vernichtungstechniken. Dies muß ein Ende haben!"

So beginnt eine Broschüre, die die DGB-Jugend NRW's unter dem Motto:
„Nie wieder Krieg!
Abrüstung – Gewinn für uns!"
in über 100.000 Auflage herausgebracht hat. Diese Broschüre ist ein Ausdruck der Tatsache, daß von verschiedensten gewerkschaftlichen Gremien in diesem Jahr verstärkte Bemühung für den Anti-Kriegstag unternommen worden sind (s. Liste), nachdem bis 1977 überhaupt nur DGB-offiziell Feierstunden zum Volkstrauertag unternommen worden waren.

Zwar verfolgen die DGB-Führer mit der Duldung und Organisierung solcher Aktionen offen das Ziel, eine Konkurrenz zur Mobilisierung des Komitees für Frieden und Abrüstung aufzubauen, die vor allem von DKP-Bündniskräften getragen wird, um so insgesamt die friedenspolitischen Aktivitäten schwächen zu können, aber eine breite Mobilisierung fortschrittlicher und antimlitaristischer Kräfte vor allem in den Gewerkschaften dürfte solchen Plänen einen Strich durch die Rechnung machen.

Hamburg. Die Hauptveranstaltung des DGB-Nordmark wird in Form einer Kundgebung vor der Nicolai-Kirche am 1.9. um 15.00 Uhr stattfinden. Die DGB-Jugend plant vom 3. bis 7.9. eine Aktionswoche (‚Takelbodenprogramm'/Stadtrundfahrten). Am 7.9. wird abends im Audi-Max eine Großveranstaltug der DGB-Jugend durchgeführt (u.a. mit Hannes Wader).

Niedersachsen. Geplant ist eine zentrale Kundgebung des DGB im ehemaligen Konzentrationslager Esterwegen.

NRW

Dortmund. Geplant ist eine zentrale Kundgebung des DGB am 1. September am Mahnmal für die Opfer des Faschismus in Dortmund-Bittermark von 15.30 bis 17.30 Uhr. Als Redner sind Ministerpräsident Rau und der DGB-Landesvorsitzende Bleicher angekündigt. Abends soll eine Großveranstaltung in der Westfahlenhalle mit dem Hauptredner H.O.Vetter (ausgerechnet der...) stattfinden. Außerdem wurden hierfür angekündigt die Schmetterlinge, Erich Fried und Eric Burdon.

Krefeld. Geplant ist eine Aktionswoche vom 24. August bis 5. September (Filme, Diskussionsveranstaltungen, Ausstellungen etc.). Am 31. August führt ein Fackelzug zu einer Kranzniederlegung an der ehemaligen Synagoge Krefeld. Es wird zur Großveranstaltung in Dortmund mobilisiert (Busse).

Ostwestfahlen-Lippe. Geplant ist für den 31.8. eine Großveranstaltung im Schulzentrum Lage mit Detlev Hensche (Drupa).

Köln. Für den 31.8. ist eine DGB-Demonstration geplant. Außerdem sollen Film- und Dichterveranstaltungen zum Thema Krieg durchgeführt werden.

NRW, sonstiges. Soweit uns bekannt, führt der DGB im gesamten NRW Klausurtagungen zur Vorbereitung des Anti-Kriegstages durch.

Hessen. Die IG Metall plant drei zentrale Fahrten zu den Gedenkstätten für die Opfer des Faschismus in Hessen.

Saarland

Saarbrücken. Hier ist für den 19. September eine Kundgebung geplant.

Baden-Württemberg. Geplant ist die Entsendung von Delegationen zu den ehemaligen Konzentrationslagern Dachau und Struthof am 1. September.

Hamburg. Die Hauptveranstaltung des DGB-Nordmark wird in Form einer Kundgebung vor der Nicolai-

Entsendung von Delegationen zu den ehemaligen Konzentrationslagern Dachau und Struthof am 1. September.

Antikriegstag 1979

DGB-Jugend NRW

Abrüstung-Gewinn für uns!

Am 1. September mit Schweigemarsch

Kundgebung für Frieden und Abrüstung

Die Stadt will ein Signal setzen und das Bewußtsein für die Friedens- und Abrüstungsbemühungen in aller Welt schärfen. 40 Jahre nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges, am Sonnabend, 1. September, findet deshalb in Kiel eine „Kundgebung für Frieden und Abrüstung" statt, zu der Stadtpräsident Rolf Johanning alle Kieler Bürger aufgerufen hat. Sie beginnt um 11 Uhr auf dem Asmus-Bremer-Platz. Redner sind Stadtpräsident Rolf Johanning und der frühere Berliner Bürgermeister Pastor Heinrich Albertz. Danach beginnt ein Schweigemarsch über Hafenstraße, Andreas-Gayk-Straße, Berliner Platz und Kehdenstraße zum Standbild des „Geistkämpfers" von Ernst Barlach an der Nikolaikirche am alten Markt. Stadtpräsident Rolf Johanning und OberbürgermeisterGünther Bantzer haben im Namen der Ratsversammlung und des Magistrats alle Kieler Organisationen und Verbände aufgefordert, sich an der Kundgebung zu beteiligen und den Tag mit eigenen Beiträgen mitzugestalten. Johanning: „Wir müssen das Freund-Feind-Denken überwinden und lernen, Konflikte zwischen den Völkern mit friedlichen Mitteln auszutragen." Ein Schritt auf diesem Wege sei zum Beispiel das Stoppen der Rüstungsspirale.

(aus der Kieler Lokalpresse)

Bayern

Nürnberg. Für den 31.8. plant der DGB eine Veranstaltung mit Fackelzug und Kundgebung.

Dachau. Gedenkveranstaltung am 1. September.

München. Geplant ist für den 1.9. eine zentrale Veranstaltung für Süd-Bayern im Münchener „Circus-Krone-Bau" von 10.00 bis 12.00 Uhr.

Allgemein Bayern Vom 24. bis 29.8. ist für Bayern eine Aktionswoche angesagt.

Stukenbrock. Am 1. September wird eine Mahn- und Gedenkkundgebung der Aktion „Blumen für Stukenbrock" an den Gräbern der 65.000 ermordeten Kriegsgefangenen stattfinden. Redner sollen Prof. Horst Herrmann (Münster), Klaus Thüsing (SPD-MdB) und Kurt Bachmann (DKP) sein. Mit dieser Kundgebung soll eine Friedenswoche in der Stadt **Essen** eingeleitet werden. In der Zeit vom 1. bis 9. September sind dort über 20 Aktionen und Veranstaltungen angemeldet worden. Das Bündnis für diese Friedenswoche umfaßt neben den DKP-Bündniskreisen vor allem kirchliche Kreise und Organisationen, den deutschen Kinderschutzbund, Schülervertretungen, die Falken, die Deutsche Sportjugend, die IG Bergbau und Energie und andere mehr.

Offenbach. Der AMK Offenbach will im September in Offenbach eine Aktionswoche durchführen. Geplant sind verschiedene Aktivitäten (genaueres über AMK, Hospitalsstr. 14, 5500 Offenbach)

Göttingen. In Göttingen haben die SO/ZDL, die DFG/VK und die Gewaltfreie Aktion eine umfangreiche Aktionswoche zum Antikriegstag geplant und zum Teil schon vorbereitet. Geplant ist u.a.: Bildausstellungen – „Nie wieder Krieg" und „Vietnam", ein Jugendgottesdienst, diverse Straßenaktionen, Filme, Gedichte und Liederabende, eine Podiumsdiskussion, ein antimilitaristisches Fußballturnier, es soll auch versucht werden beim Kultusministerium aus gegebenem Anlaß die Erlaubnis zu kriegen, in den Schulen im Unterricht mit den Schülern zu diskutieren. (Nach dem Bericht eines Göttinger Genossen)

Neumünster. Unter dem Motto „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg" führt ein breites Bündnis am 31.8. eine Filmveranstaltung („Mama, ich lebe") und am 1.9. eine Fackeldemonstration durch. An dem Bündnis sind die DAG-Jugend, Jusos, Stadtjugendring, Judos, Demokratische Bewegung, Aktionseinheit Demokratischer Schüler, die VVN, die SDAJ, DKP und KB beteiligt (wobei letztere mit Rücksicht auf das Bündnis nicht offiziell in Erscheinung treten). Als gemeinsame Plattform wurde der Aufruf des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" ein wenig verändert.

Aktivitäten anderer Organisationen

Aktivitäten anderer Organisationen

Das SB hat zum Antikriegstag ein „links"-Sonderflugblatt herausgegeben, in dem an verschiedenen Aspekten die Bedeutung des 1. September herausgestellt wird: *„Kriege finden nicht mehr in Europa statt"*, *„Der ‚große' Krieg ist nicht ausgeschlossen"*, *„Ist Abrüstung machbar?"*, *„Sozialisten und Krieg"*.

Weiter ruft das SB dazu auf, eine Antikriegswoche durchzuführen. Desweiteren ist ein „Anit-Kriegs-Kongreß des SB" in der Zeit vom 28. bis 30. September 1979 geplant, wo *„auch in möglichst breitem Umfang antimilitaristisch arbeitenden Gruppen die Möglichkeit gegeben werden soll, ihre Arbeit und deren Vermittlungsformen...darzustellen"*, schreibt das SB dazu. Vorgesehen für den Kongreß ist ein Einleitungsreferat (*„Sozialpsychologische Ursachen von Krieg"*). Danach sollen etwa ein Dutzend Arbeitsgruppen folgen, die sich mit spezifischen Fragen befassen (Frauen, Medien, Widerstandsmöglichkeiten, Entspannung und Abrüstung, Rüstung und Ökonomie, Sozialismus und Krieg u.a.m.). Als Abschluß ist eine Podiumsdiskussion geplant.

Das SB hat sich unseres Wissens noch nicht zu einer Beteiligung, weder an der KOFAZ-Demonstration, noch an den Gewerkschaftsveranstaltungen geäußert. Im Flugblatt des SB sind diese nicht einmal erwähnt. Allerdings gehört der (SB-)Professor Arno Klönne zu den Erstunterzeichnern des KOFAZ-Aufrufs.

Genauere Informationen zu den geplanten Aktivitäten des SB über:
Christian Engel
Güntzelstraße 63
1000 Berlin 31
Tel.: 030/8 54 54 10

Arbeiterbund:

Der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" weiß in der „KAZ" Nr. 168 zu berichten, daß *„die Vorbereitungen zum Antikriegstag ... in der Gewerkschaftsjugend auf vollen Touren (laufen)"*, daß *„wir jungen Gewerkschafter uns einig"* sind, in der Losung „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg", und daß *„auch die Gewerkschaftsführung...diese Losung nicht mehr weg (bringt)"*. Und weiter heißt es dann im originellen Originalton der KAZ: *„Kann aber diese richtige allgemeine Losung für den 1. September 1979 ausreichen? Nein. Sie beantwortet noch nicht, was heute und hier in diesem Lande getan werden muß, damit es nie wieder Faschismus und Krieg gibt."* So fordert der „Arbeiterbund" dazu auf, die Aktivitäten zentral gegen Strauß zu richten, „denn Strauß heißt Krieg". Zu den Aktivitäten des KOFAZ verliert der Arbeiterbund kein Wort.

KABD:

Zum Antikriegstag erläutert der „Rebell" des RJVD (Jugendverband des KABD), daß der gefährlichste Feind der Völker der „staatsmonopolistische Kapitalismus mit den beiden Supermächten an der Spitze" sei. Deshalb ruft der RJVD dazu auf: *„Kämpft gegen das imperialistische Profitsystem, der Wurzel aller Kriege"*, die Beteiligung am Antikriegstag, bzw. Aktivitäten des DGB seien ein Schritt dazu.

„KPD" – Rote Fahne

Die „KPD" hat sich mehrfach in der „Roten Fahne" in Sachen Antikriegstag zu Wort gemeldet.

Sie begrüßt es, *„daß die Gewerkschaften...den Antikriegstag wiederbeleben wollen"* und sieht darin *„eine große Chance, auch innergewerkschaftlich eine offene Diskussion...zu führen"*. Denn der Kampf um den Frieden erfordere *„wie zu allen Zeiten den Kampf gegen die Kriegstreiber..., gerade den sowjetischen Sozialimperialismus"*. Die Kriegsgefahr entspringe heute *„nur"* aus dem Ringen der beiden Supermächte, insofern möchte die vaterländische „KPD" auch die *„nationale Unabhängigkeit"* verteidigt sehen.

Von daher kritisiert die „Rote Fahne" die DKP, die beim KOFAZ die Stoßrichtung *„nur auf eine Abrüstung der BRD orientiert"*, allerdings sei es der DKP gelungen *„viele demokratische Persöhnlichkeiten"* zu gewinnen, *„denen es im Gegensatz zu den DKP-Führern ehrlich um den Frieden geht"*. Zum Ausscheren der Jusos aus dem KOFAZ und der gleichzeitigen Wiederbelebung der DGB-Aktivitäten erklärt die „KPD", daß in DKP-Bündnissen keine *„realen Möglichkeiten"* bestehen, *„die politische Richtung derartiger Aktivitäten zu beeinflußen"*. Die DKP habe sich angesichts der DGB-Aktivitäten *„bis zu einem gewissen Grade selbst ins Abseits manövriert"*. Allerdings bedauert die „KPD", daß die Abgrenzung des DGB *„hauptsächlich taktischer Natur"* sei. *„Sie wird hinter verhohlener Hand vorgenommen. Denn inhaltlich ist es die Entspannungspolitik, die nach wie vor die gemeinsame Klammer beider Gruppierungen darstellt"*. Bedauerlich für die „KPD", eine Bewegung für nationale Unabhängigkeit und Rüstung gegen die Gefahr der Sowjetunion fehlt eben.
(Aus „Rote Fahne" Nr. 19, 25, 29, sowie vom 5.7.79)

Das „Entspannungs"-Märchen ist immer noch erfolgreich

Die Unterzeichner-Basis für den diesjährigen Aufruf des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" scheint breiter als in irgendeinem früheren Jahr. Das zeigt, daß die Sorge vor einem neuen Krieg und die Bereitschaft, etwas dagegen zu unternehmen, zugenommen haben.

Diese Tendenz setzt sich durch, trotz eines wieder inhaltlich schlechten Aufrufs, der deutlich die Handschrift des DKP-Parteivorstandes trägt und so gut wie nichts von den positiven Diskussionsansätzen der letzten Jahre aufgenommen hat.

Im Aufruf des „Komitee" ist erneut, wenn auch nicht ganz so blumig wie in früheren Jahren, die Rede von einer angeblichen „politischen Entspannung", die sich in zahlreichen Verträgen manifestiere und die es nun „nur" noch „durch die militärische Entspannung zu ergänzen" gelte. Auch ein Satz über den segenbringenden „Ost-West-Handel" konnte plaziert werden.

Abrüstung sei „keine Utopie", „Erfolge sind möglich", wird in dem Aufruf behauptet. Als Wege zum Erfolg werden „Erziehung zum Frieden", Sicherung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung und „ein vorurteilsfreies, demokratisches Bewußtsein" genannt. W e l c h e konkreten Erfolge auf dem Weg zur Abrüstung in den letzten Jahren angeblich erreicht worden seien, wird nicht näher ausgeführt. **Man müßte dann nämlich davon sprechen, daß g e r a d e im Klima einer äußerst gefährlichen Pseudo-„Entspannung" in den letzten 20 Jahren eine Aufrüstung vorangetrieben worden ist, die in der ganzen bisherigen Menschheitsgeschichte ohne Parallele ist.** Unter der diplomatischen Tarnung großartiger „Abrüstungskonferenzen" und Verträge haben sich NATO und Warschauer Pakt das atomare Potential zur Vernichtung unseres Planeten aufgebaut. **Dieses beispiellose Wettrüsten beweist, daß die Hauptmächte der Weltpolitik an die von ihnen verkündete „politische Entspannung" selbst nicht glauben, sondern sich im Gegenteil auf ein weltweites „Kräftemessen" vorbereiten, an dessen Ende der Untergang unserer Zivilisation stehen könnte.**

Die „Entspannung" war von Anfang an ein gigantischer Betrug zur Verschleierung des Wettrüstens. Die blutige Kehrseite dieser Art von „Entspannung" zeigte sich vor allem im Vietnam-Krieg der USA. Selbst diese Pseudo-„Entspannung" wird heute aber zunehmend in Frage gestellt. Es mehren sich in den NATO-Staaten die Stimmen, die zu einer direkten Konfrontationspolitik gegenüber der Sowjetunion und ihren Verbündeten zurückkehren wollen. Die KanzlerKandidatur von F.J. Strauß gehört in diesen Zusammenhang.

„Entspannung" kann im besten Fall nicht mehr sein als ein vorübergehender politischer Zustand zwischen Staaten. Die Kriegsgefahr hängt nicht von freundlichen Worten, „Abbau des Mißtrauens" oder „Erziehung zum Frieden" ab. **Sie ergibt** sich aus realen politischen und wirtschaftlichen Interessen und aus den zu ihrer Durchsetzung angehäuften Waffenarsenalen. In diesem Sinne ist die Menschheit heute ihrer Selbstzerstörung so nahe wie nie zuvor.

Gegen die Gefahr eines neuen Krieges muß Front gemacht werden. Nötig ist dazu das Eintreten für Forderungen nach w i r k l i c h e r Abrüstung, g e g e n eine Verschleierung des Wettrüstens durch Pseudo-„Entspannung". **Der kleinste Schritt zur w i r k l i c h e n Abrüstung ist wertvoller als hundert „Friedenskonferenzen" nach denen die Waffenarsenale weiter aufgestockt werden.**

Die Anti-Kriegs-Bewegung in der BRD ist heute noch von der DKP politisch dominiert. Dies gelingt ihr, weil ihre ideologische Basis in dieser Bewegung – das „Entspannungs"-Märchen – gleichermaßen auch über die linke Sozialdemokratie und liberale Kräfte vermittelt wird. Die Dominanz der DKP in der westdeutschen Anti-Kriegs-Bewegung ergibt sich zum einem aus dem traditionellen Einfluß der KPD (Anti-Atom-Bewegung, Ostermarsch); zum anderen aber auch daraus, daß die DKP mit dem „Entspannungs"-Märchen breite demokratische Strömungen instrumentalisieren kann, die noch an der „Entspannungspolitik" der Regierung hängen.

Einige Anzeichen deuten darauf hin, daß der Einfluß der DKP in der Anti-Kriegs-Bewegung in den nächsten Jahren abnehmen wird:

1. Mit der Rückkehr zu Formen des „Kalten Krieges" schwindet die materielle Basis für eine auf dem „Entspannungs"-Märchen aufbauende Bewegung.
2. Die SPD versucht zunehmend, sich in diese und andere demokratische Bewegungen einzuschalten, um den Einfluß der DKP und linker Organisationen zu brechen.

Daraus ergibt sich aber auch, daß es in der nächsten Zeit zunehmend Diskussionen um die politischen Inhalte der westdeutschen Anti-Kriegs-Bewegung geben wird. In diese Diskussionen mischen wir uns ein mit einer klaren Analyse von 20 Jahren „Entspannungspolitik" und mit der Forderung nach e c h t e n Abrüstungsschritten.



Entspannung, *Raimond Reiter*



Verdrehen der Wirklichkeit: Der revisionistische „Entspannungs"schwindel wird auch in ihren Karikaturen betrieben.

AUFRUF ZUM ANTIKRIEGSTAG 1979

Den Frieden sichern – Das Wettrüsten beenden

Vor vierzig Jahren – am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg, der opferreichste aller Kriege

Am Morgen dieses 1. September marschierten deutsche Truppen ohne Kriegserklärung in Polen ein. Den Vorwand zu diesem vorsätzlichen Friedensbruch hatten sich die Nazis selbst geschaffen. Hitler ließ am 31. August 1939 von Deutschen in polnischen Uniformen den Sender Gleiwitz überfallen, um die angebliche Bedrohung aus dem Osten zu beweisen.
Für die Völker begannen sechs Jahre der Zerstörung und des Todes. 50 Millionen Menschen mußten sterben – im Bombenterror und in den Schützengräben, in den Konzentrationslagern und im Widerstand.

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg mahnt und verpflichtet uns: Gemeinsam und engagiert einzutreten für Frieden und Völkerverständigung

Denn heute wie damals gilt:
Frieden wird nicht durch Abschreckung und Konfrontation gesichert. Rüstungswettlauf schafft den Völkern keine Sicherheit, sondern bedroht die Menschheit in zunehmendem Maße.
Vorurteile und Haßgefühle gegenüber anderen Völkern, Unterdrückung demokratischer Rechte und Streben nach Vorherrschaft bilden den Nährboden für Kriege.
Rüstung behindert wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt.
Dies waren 1945 die Einsichten von Millionen von Menschen. Dies bestätigten damals alle Parteien in ihren Programmen. Dies fand als Verpflichtung zum Frieden Eingang in das Grundgesetz.

Zum friedlichen Miteinander gibt es keine vernünftige Alternative

Die politische Entspannung schafft die Möglichkeit, das Wettrüsten in Ost und West zu beenden. Die zahlreichen Verträge über Gewaltverzicht und Zusammenarbeit, über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, wie z.B. die gesamteuropäische Konferenz von Helsinki (KSZE) und die Verhandlungen zwischen UdSSR und USA über die Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT) beweisen, daß Fortschritte zu erzielen sind. Die Entspannung bringt mehr Sicherheit als Kalter Krieg. Sie muß ausgebaut, gefestigt und durch die militärische Entspannung ergänzt werden.

Dennoch wird weiter aufgerüstet und damit die Gefahr eines neuen Weltkrieges heraufbeschworen

Heute, 40 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges, gibt es in der Welt Zehntausende von Atomwaffen, mit denen die Menschheit sich selbst zu vernichten droht. 700 Milliarden DM werden jährlich weltweit für Militär und Rüstung ausgegeben. Die Bundesregierung z.B. will 1979 58 Milliarden DM (nach NATO-Kriterien) für Rüstungszwecke ausgeben und hat dem neuen Langzeit-Rüstungsprogramm der NATO zugestimmt. Das Wettrüsten wird damit bis zum Jahre 1993 vorprogrammiert. Immer neue zerstörerische Massenvernichtungswaffen werden entwickelt. So wird an der Perfektionierung solcher Atomwaffen wie der Neutronenbombe gearbeitet. Entscheidende Einzelteile dieser Waffe, die vor allem in der Bundesrepublik stationiert werden soll, werden bereits hergestellt. Diese neue Generation von Atomwaffen senkt die atomare Schwelle und macht einen atomaren Weltbrand wahrscheinlicher.

Rüstung tötet – auch ohne Krieg

Während täglich zwei Milliarden DM für die Rüstung ausgegeben werden, sterben stündlich 4000 Menschen in Afrika, Asien und Süd- und Mittelamerika an Hunger und Seuchen. Der verstärkte Rüstungsexport trägt dazu bei, die Entwicklung dieser Länder zu verhindern.
Heute wird dreißigmal soviel für die Rüstung wie für den Kampf gegen Analphabetentum, Epidemien und Unterernährung in der Dritten Welt ausgegeben.

Das Wettrüsten vernichtet Arbeitsplätze und verschärft Arbeitslosigkeit

Mit den über 3 Milliarden DM, um die die Bundesregierung den Rüstungshaushalt jährlich aufstockt, könnten zusätzlich 150000 Arbeitsplätze geschaffen werden. In der hochtechnisierten Rüstungsindustrie ist ein Arbeitsplatz doppelt so teuer wie in der zivilen Wirtschaft, viermal so teuer wie im Bildungsbereich. Trotz höchster Gewinne hat die Rüstungsindustrie laufend Arbeitsplätze wegrationalisiert. Hingegen entstanden in den letzten fünf Jahren der Entspannung durch den Ost-West-Handel mehr Arbeitsplätze als in der gesamten Rüstungsindustrie heute vorhanden sind.

Abrüstung ermöglicht sozialen Fortschritt

Auch für die Bundesrepublik gilt:
Jede Mark kann nur einmal ausgegeben werden, entweder für Rüstung oder wirtschaftliche und soziale Reformen.
Hunderttausend Jugendliche finden keinen Ausbildungsplatz. Von dem Geld für 250 moderne Kampfpanzer könnten qualifizierte Ausbildungsplätze geschaffen werden.
Zehntausend Lehrer sind arbeitslos. Von dem Geld der geplanten MRCA-Tornado-Kampfflugzeuge könnten 50000 Lehrer ein Jahr lang bezahlt werden.
Für einen hinreichenden Umweltschutz können nicht genügend Gelder zur Verfügung gestellt werden.
Von den 800 Millionen DM, die die abgestürzten Starfighter gekostet haben, hätten Seen und Flüsse gesäubert und der Erholung zur Verfügung gestellt werden können.

Das Wettrüsten gefährdet die demokratische Entwicklung und stärkt entspannungsfeindliche und neonazistische Kräfte

Der vierzigste Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges mahnt, einen Abbau der Demokratie nie wieder zuzulassen.
Fortschreitende Einschränkung demokratischer Rechte, Berufsverbote, die Aushöhlung des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung sind entspannungs- und demokratiefeindlich und erzeugen ein Klima des Mißtrauens und der Vorurteile. Mit alten und neuen Feindbildern, mit antikommunistischen Parolen, wie sie schon bei den Nazis üblich waren, und durch Verunglimpfung anderer Völker soll die Zustimmung zur verstärkten Aufrüstung erreicht werden.
Wie in der Vergangenheit sind es wieder jene, die an der Rüstung verdienen, die mit der angeblichen Bedrohung aus dem Osten die internationalen Abrüstungsverhandlungen erschweren und versuchen, Entspannung zu verhindern.
Mit der Verharmlosung des Hitler-Regimes und seiner Untaten soll die Erinnerung an das Grauen ausgelöscht und demokratische Bewußtseinsbildung verhindert werden.
Im Interesse der Demokratie und des Friedens müssen wir dagegen aktiv werden.

Abrüstung ist keine Utopie – Erfolge sind möglich

Ebenso wie bei der Entspannung sind auch Fortschritte bei der Abrüstung möglich, wenn jeder sich dafür einsetzt. Darum gilt es, die Erziehung zum Frieden zu entwickeln, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu sichern und ein vorurteilsfreies, demokratisches Bewußtsein zu schaffen, um gemeinsam für den Frieden zu arbeiten.
Die letzten Jahre haben gezeigt:
Die Völker können erfolgreich handeln – ohne ihr Handeln wird es keinen Fortschritt zu Demokratie und Frieden geben.
Von der Mehrheit der Staaten in den Vereinten Nationen, von Regierungen, von Gewerkschaften, Parteien und Kirchen sowie von anderen gesellschaftlichen Kräften wurden konstruktive Vorschläge unterbreitet. Mit ihnen gemeinsam fordern wir:
- Keine weitere Erhöhung der Rüstungshaushalte und Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte, einschließlich der Neutronenbombe
- konstruktive Beiträge zum UNO-Abrüstungsprogramm, zu den SALT-Verhandlungen und zu den Wiener Verhandlungen über die Verringerung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa
- Senkung der Rüstung entsprechend der UNO-Resolution zunächst um zehn Prozent, um die freiwerdenden Gelder für wirtschaftliche und soziale Aufgaben bei uns und in den Entwicklungsländern zu verwenden.

Beendet das Wettrüsten in Ost und West

Wir rufen auf, gemeinsam dafür zu handeln

Wir rufen auf zur gemeinsamen Demonstration und Kundgebung am 1. September 1979 in Bonn

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Inge Aicher-Scholl
Pfarrer Heinrich Albertz
Prof. Dr. Wilhelm Alff
Carl Amery, Schriftsteller
Alfred Andersch, Schriftsteller

Carl Backhaus
Prof. Dr. h.c. Fritz Baumann
Gerd Baltus, Schauspieler
Prof. Dr. H.-W. Bartsch DD
Willi Baumann, Gewerkschaftssekretär
Heinz Bennent, Schauspieler
Senta Berger, Schauspielerin
Rolf Berghorn, Bundesvors. des Soz. Hochschulbundes
Prof. Dr. Luise Berthold
Willi Bleicher
Wolfgang Bleyer, Personalratsvorsitzender
Prof. Dr. Klaus Brake
Paul Bresgen, Gewerkschaftssekretär
Klaus Breithauer, Betriebsratsvorsitzender
Prof. Dr. Egbert Brieskorn
Heidrun Brieskorn, Musikerin
Werner Buchner, Vertrauenskörperleiter
Helmut Buck, Gewerkschaftssekretär
Dr. Ernst Busche, Sprecher d. Bürgeraktion Gartenstadt Hauste
Martha Buschmann, Mitgl. des Präsidiums der DKP

Peter Chotjewitz, Schriftsteller

Prof. Dr. Frank Deppe
Prof. Dr. h.c. Walter Dirks, Schriftsteller
Franz Josef Degenhardt, Schriftsteller
Dr. Karlheinz Deschner, Schriftsteller
Pfarrer Wolfgang Döbrich, Studienleiter der Ev. Akademie Tutzing
Prof. Dr. Andreas Dress
Pastor Hartmut Drewes
Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin
Dr. Hans Dux, Richter

Dr. Konrad Ebbeser, Vors. des Christl. Friedensdienstes
Bernt Engelmann, 1. Vors. des Schriftstellerverbandes in der Industriegewerkschaft Druck und Papier

Anne-Marie Fabian, Journalistin
Prof. Dr. Walter Fabian
Peter Anatol Feil
Hansjörg Felmy, Schauspieler
Richard Förster, Betriebsratsvorsitzender
Helmut Friedrich, Betriebsratsvorsitzender
Gert Fröbe, Schauspieler
Karin Fröbe
Ernst Fritz Fürbringer, Schauspieler

Wolfgang Gehrcke, Bundesvors. der SDAJ
Prof. D. Dr. Hans Gerber
Prof. Dr. Wolfgang Glässberg
Klaus Goehrke, Hauptpersonalratsvorsitzender
Lutz Görner, Schauspieler
Prof. Dr. Dietrich Goldschmidt, Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Manfred Gotter, Personalratsvorsitzender

Manfred Haas, stellvertr. Betriebsratsvorsitzender
Prof. Dr. Friedrich Hahn
Dr. Franz von Hammerstein, Akademiedirektor
Heinrich Hannover, Rechtsanwalt
Herbert Haas, stellv. Betriebsratsvorsitzender
Dr. Michael Hatry, Dramaturg
Prof. Dr. Helmut Heinemann
Martin Held, Staatsschauspieler
Kurt Herrmann, Betriebsratsvorsitzender
Professor Dr. Carl Georg Heise, Direktor d. Hamburger Kunsthalle
Prof. Dr. Joachim Hellmer
Dieter Hildebrandt, Kabarettist
Helga Hirsch, stellvertr. Betriebsratsvorsitzende
Rainer Hirsch, Autor
Prof. Dr. Hans Heinz Holz
Prof. Dr. Horst Holzer
Prof. Dr. Klaus Horn
Günter Hutter, Personalratsvorsitzender
Prof. Dr. Jörg Huffschmid

Mechtild Jansen

Prof. Dr. Gerhard Kade
Helmut Wolfgang Kahn, Autor
Werner Kandlbinder, Personalratsvorsitzender
Christine Kaufmann, Schauspielerin

Alma Kettig, Demokratische Fraueninitiative
Heinar Kipphardt, Schriftsteller
Prof. H.G. von Klöden
Prof. Dr. Arno Klönne
Dr. Heinz Kloppenburg DD, Oberkirchenrat iR
Herbert Knapp, Betriebsratsvorsitzender
Rolf Knecht, Gesamtbetriebsratsvorsitzender
Lorenz Knorr, Mitgl. d. Direktoriums der DFU
Prof. D. Walter Kreck
Volker Kriegel, Musiker
Franz Xaver Kroetz, Schriftsteller
Prof. Dr. H.J. Krysmanski
August Kühn, Schriftsteller
Prof. Dr. Reinhard Kühnl

Beate Landefeld, Vors. d. MSB-Spartakus
Pfarrer Gerhardt Langguth, Akademiedirektor
Liberaler Hochschulverband
Loriot – Vicco von Bülow –
Pastor Konrad Lübbert, Vors. des Versöhnungsbundes
Heinz Lukrawka, Betriebsratsvorsitzender

Albert Mangelsdorff, Musiker
Klaus Mannhardt, Bundesvors. der DFG-VK
Hansjörg Martin, Schriftsteller
Michael Martin, Vertrauensleutesprecher
Achim Mastra
Eva Mattes, Schauspielerin
Gunnar Matthiessen
Pfarrer Friedhelm Meyer, Vors. Kirchliche Bruderschaft im Rheinland
Inge Meysel, Schauspielerin
Dr. h.c. Herbert Mochalski

Naturfreundejugend Deutschlands – Bundesjugendleitung –
Pastor D. Martin Niemöller

Pfarrer Hans Joachim Oeffler

Prof. Dr. Uta Ranke-Heinemann
Josef Reding, Schriftsteller
Prof. Dr. med. Michael Regus
Rechtsanwalt Heinz Reichwaldt, Staatssekretär aD
Prof. Dr. Helmut Ridder
Werner Riedel, Betriebsratsvorsitzender
Werner Rieß, Gewerkschaftssekretär
Luise Rinser, Schriftstellerin
Klaus Rogner, Betriebsratsvorsitzender
Rudolf Rolfs, Schriftsteller
Dr. Joseph Rossaint, Präsident d. VVN-BdA
Heinz Rühmann, Schauspieler
Dr. Erika Runge, Autorin

Adolf Salzer, Stadtverordneter
Prof. Dr. H.J. Sandkühler
Hans Sechler, Betriebsratsvorsitzender
Prof. Dr. Dorothee Sölle
Ernst Spalm, Betriebsratsvorsitzender
Eckart Spoo, Vors. der Deutschen Journalisten-Union in der Industriegewerkschaft Druck und Papier
Dieter Süverkrüp, Graphiker
Pfarrer Horst Symanowski
Pastor Kurt Scharf, Bischof em.
Heinrich Schirmbeck, Schriftsteller
Prof. Dr. C.U. Schminck-Gustavus
Volker Schlöndorff, Regisseur
Alice Schwarzer, Journalistin
Christoph Strässer, DJD-Bundesvorsitzender
Prof. Dr. Fritz Straßmann
Prof. Dr. Gerhard Stuby

Harald Thumann, Musikproduzent
Prof. Dr. Karl Hermann Tjaden
Prof. Dr. Margarete Tjaden-Steinhauer
Horst Trapp
Margarethe von Trotta, Regisseurin
Peter Tümmers, Betriebsratsvorsitzender

Gösta von Uexküll, Publizist

Vereinigte Deutsche Studentenschaften – Bundesvorstand – (einstimmig)

Konrad Wagner, Betriebsratsvorsitzender
Otto Waalkes
Edith Wehner, Dipl.-Psychologin
Prof. Dr. Roderich Wahsner
Günter Wallraff, Schriftsteller
Gerhard Weber, Generalsekretär CVJM Hamburg
Prof. Dr. med. Erich Wulff

Jochen Zimmer, stellvertr. Landesvors. der JuSo Baden-Württbg.

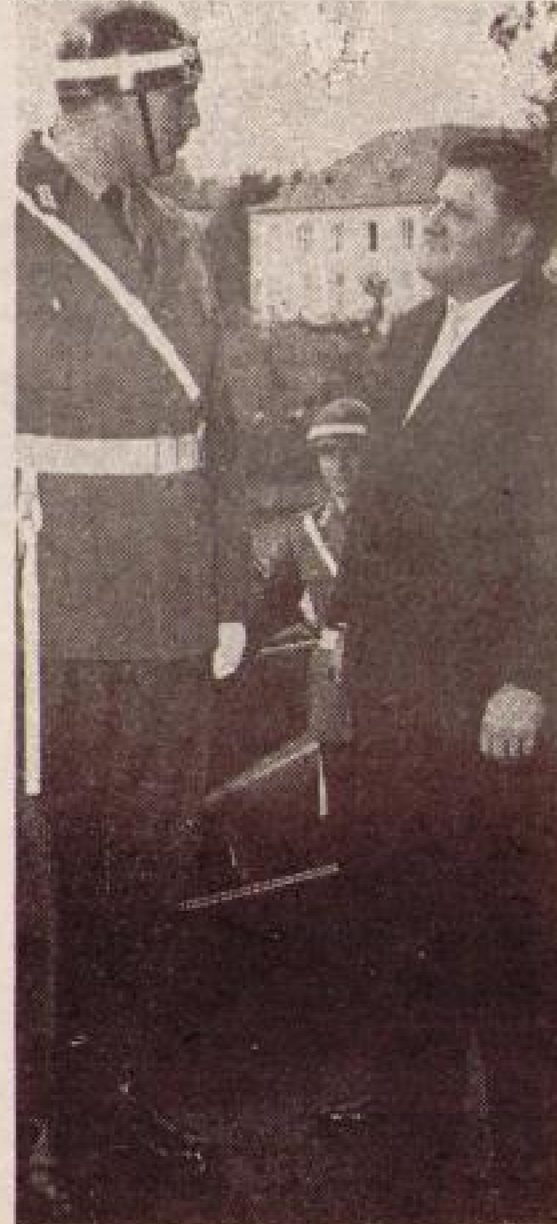
MAD-Gesetz geplant

Endlich! Den illegalen Praktiken des Militärischen Abschirmdienstes soll ein Riegel vorgeschoben werden. Der für den MAD zuständige Verteidigungsminister Hans Apel ließ vor kurzem den Einsatz von „Wanzen", von Kameras (Post/Briefe) sowie von Observationseinsätzen außerhalb des militärischen Bereichs durch den MAD stoppen und erklärte freiweg, daß alle diesbezüglichen Aktivitäten des MAD in der Vergangenheit „rechtswidrig" waren. Allerdings – wen wundert das noch – nur solange, bis ein MAD-Gesetz verabschiedet wird, daß die militärische „Abwehr" dem Verfassungsschutz gleichstellt, also den Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln („Wanzen" und Kameras) erlaubt und die Tätigkeit des MAD außerhalb der Kasernen legalisiert. Setzt sich Apel mit seinen Plänen durch, braucht er sich keine Sorgen mehr darum zu machen, ähnlich wie sein Vor(ab)gänger Leber über illegale Lauschereien des MAD zu straucheln. Klar, die Praktiken bleiben. Aber ein bißchen weniger Illegalität ist ja auch schon wieder ein bißchen mehr „Rechtsstaat". Oder?

Und „Rechtsstaats-Bewußtsein" kann gerade beim MAD nicht schaden. Zur Verdeutlichung: Der MAD ist eine, „wenn man so will, Unterabteilung der Bundeswehr – eine militärische Diensteinheit. Er unterliegt somit allen Gesetzen, die für die Bundeswehr allgemein gültig sind. Besondere Rechte hat der MAD per ministerieller bzw. militärischer Anweisung oder Dienstvorschrift lediglich gegenüber Soldaten und Zivilangestellten der Bundeswehr. Und auch hier nur sehr eingeschränkte. Darüber hinausgehende rechtlich festgelegte Kompetenzen, wie sie etwa der VS besitzt, existieren für den MAD nicht. Sämtliche Maßnahmen des MAD, wie etwa das Abhören von Telefonen, das Öffnen und Lesen von Briefen und die Bespitzelung von Zivilisten, sind somit in der Tat „rechtswidrig'"(Spiegel",16.7.79).

Der Bundestagsausschuß, der ermitteln sollte, welcher Frevler vor über einem Jahr den CSU-Strauß bei einem Telefongespräch mit dem Chefredakteur des „Bayernkurier" be-
über einem Jahr den CSU-Strauß bei einem Telefongespräch mit dem Chefredakteur des „Bayernkurier" be-
lauscht hatte, recherchierte aufgrund verschiedener Indizien vornehmlich in MAD und BND-Kreisen. Zwar konnte von diesem Gremium kein Strauß befriedigendes Ergebnis vorgelegt werden, dafür bekam man jedoch andere Erkenntnisse. Über die Zeugenaussagen verschiedener MAD-Verantwortlicher hieß es im Abschlußbericht u.a.:

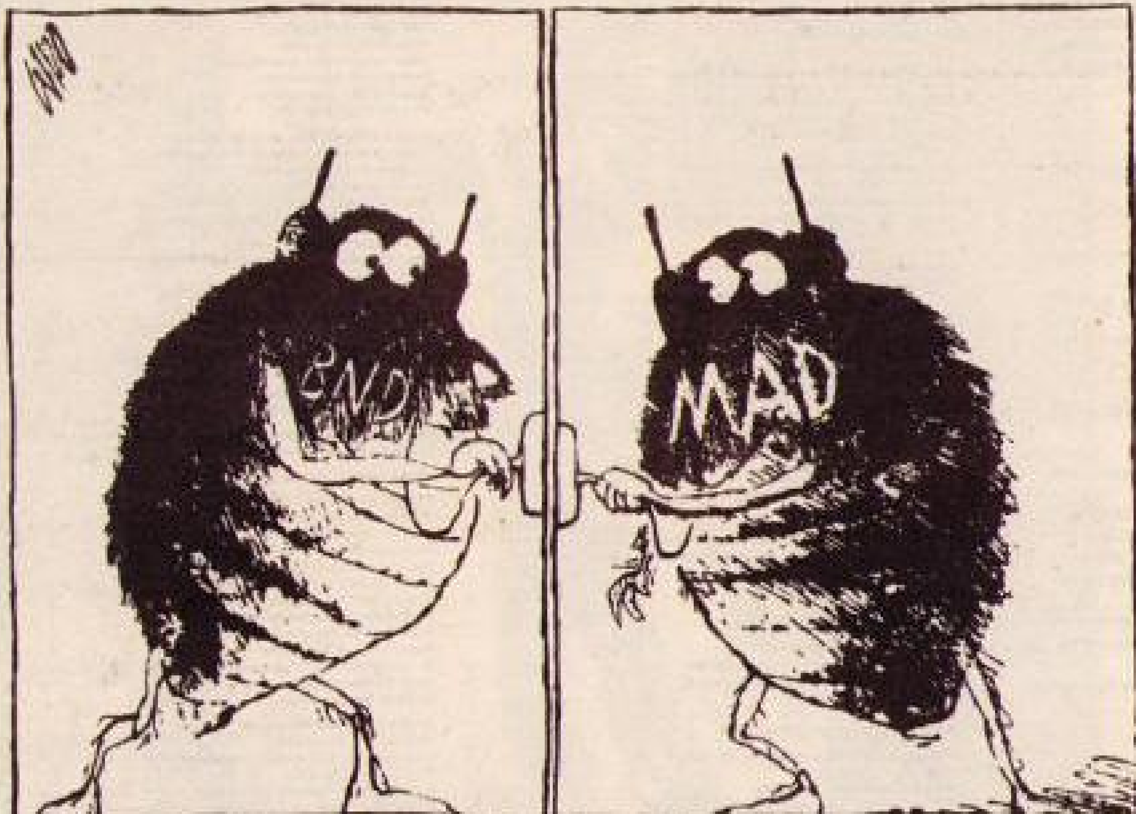
„Im MAD hat von Anfang an überwiegend die Auffassung geherrscht, zum Einsatz von Lauschmitteln berechtigt zu sein. Von Seiten der aus dem Bereich des MAD stammenden Zeugen wurde hierzu darauf hingewiesen, daß der MAD niemals vom Bundesministerium der Verteidigung darauf aufmerksam gemacht worden sei, die derzeitige Rechtslage decke den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nicht. Auch habe der damalige Bundesminister des Innern, Prof. Dr. Maihofer, im März 1978 erklärt, daß auch der MAD nachrichtendienstliche Mittel wie der Verfassungsschutz anwenden dürfe. Der Zeuge Scherer (ehemaliger Chef des MAD, Brigadegeneral und SPD-Mitglied! – Anm. AK) *hat ... seine Auffassung vorgetragen, daß unter bestimmten Voraussetzungen der MAD auch ohne gesetzliche Grundlage zum Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel befugt sei"* (zitiert nach „Spiegel", 16.7.79). Das entsprechende Fazit des Ausschusses lautete: *„Insgesamt existiert für den MAD nicht der Begriff einer illegalen Lauschoperation (...) Die Mitarbeiter des MAD verneinen ein subjektives Unrechtsbewußtsein."* Dämlicher gehts nimmer. Der Minister befiehlt: Lauscht kräftig – ihr dürft allemal...Der General gibt den Befehl weiter, im festen Glauben, daß im Interesse der fdGO auch ohne gesetzliche Grundlage gelauscht werden muß...Des Rechtsbruchs schuldig fühlt sich natürlich keiner...Und dann wird von den Medien die alle entlastende Behauptung des Strauß-Ausschusses serviert, dies alles sei nur so, weil bis 1977 bei den Planungen „im Amt" kein Rechtsberater hinzugezogen worden sei, der entsprechend aufklärend hätte wirken können (ebenda).



Wurde F.J. Strauß vom MAD belauscht?

Wurde F.J. Strauß vom MAD belauscht?

Im Falle der illegalen Lauschaktionen des MAD lautete der „Urteilsspruch" der Justiz wie folgt: Der zuständige Generalbundesanwalt Rebmann ließ **k e i n** Ermittlungsverfahren gegen die an Lauschaktionen beteiligten MAD'ler einleiten, weil *„nicht jedes etwa fehlerhafte Verhalten einer Dienstperson auch als Straftat gewertet werden ‚müsse'. Außerdem sei nicht ersichtlich, auf welcher Gesetzesgrundlage der Generalbundesanwalt tätig werden könne. Wenn Rebmann Ermittlungsverfahren einleiten wolle, müsse es sich um den Verdacht eines Staatsschutzdeliktes (ist es nicht gerade dies, ein Delikt des Staatsschutzes??–Anm.AK) handeln. Nach den gesetzlichen Vorschriften gebe es derzeit keine sichtbare Möglichkeit für ein Eingreifen..."!* Dies ist wohlbemerkt keine Satire oder ähnliches. Wort für Wort ist alles nachzulesen in der „FR", vom 4.2.78.



An der Mauer, auf der Lauer, steht eine dicke Wanze

Nun gut. Es wäre den Ermittlern ohnehin schwergefallen, konkreten Personen oder Gruppen des MAD eine Beteiligung am Rechtsbruch nachzuweisen. Denn *„Einzelheiten ...operativer Art sind in der Leitung des BMVG...nie zur Kenntnis gebracht worden, zumal diese eine derartige Kenntnis auch nicht wünschte"*, heißt es im Abschlußbericht des schon erwähnten ‚Strauß-Ausschusses'.

Was ist der MAD?

Wie eingangs gesagt, ist der MAD eine Einheit der Bundeswehr, nicht mehr und auch nicht weniger. Seine offiziell formulierte wesentlichste Aufgabe ist die *„Abwehr von Bestrebungen und Tätigkeiten sicherheitsgefährdender Kräfte gegen die Bundeswehr, ihren personellen Bestand sowie ihre Anlagen, Einrichtungen und Wehrmittel".* Aus dieser verkürzt zitierten militärischen Dienstanweisung sowie aus dem Verfassungsauftrag der Bundeswehr und dem Soldatengesetz (...der BRD treu zu dienen...Recht und Freiheit tapfer zu verteidigen...etc.) wurde bisher die „Berechtigung" des MAD zu den verschiedensten Maßnahmen abgeleitet.

Die Bilanz der Maßnahmen von etwa 2000 professionellen MAD-Mitarbeitern ist imposant. *„Bis heute ungehindert und unkontrolliert hat der Geheimdienstleiter (Scherer) in den den MAD-Computern Informationen über weit mehr als vier Millionen Bundesbürger zusammentragen lassen – vom Arbeiter in der Rüstungsindustrie über die Kantinenkellnerin bis hin zum Wachmann am Kasernentor, vor allem aber über Soldaten...Was die (MAD)Mitarbeiter... an ‚Erkenntnissen' gesammelt haben, läßt Scherer neuerdings nach sogenannten ‚Merkmalpersonen' durchsieben – Bundesbürger, die als Sicherheitsrisiko im Verteidigungsfall bereits jetzt auf die schwarze Liste kommen. Jeder Bürger, der irgendwann einmal gedient hat, kann ohne sein Wissen im Computer gespeichert sein"*(Stern", 10.2.77). Seit seinem Bestehen bis 1976 führte der MAD über 14000 „Abwehroperationen" durch, das heißt jährlich etwa 700. täglich etwa zwei. In diesem Zeitraum wurden 900 Personen der Staatsanwaltschaft übergeben und angeklagt. 100 von diesen 900 wurden verurteilt („Die Zeit", 2.4.76; „Tagesspiegel", 4.2.78; – Angaben nach „Nicht länger geheim" – Militärverlag der DDR, 1978, S.450). Daß der MAD auch im zivilen Bereich „tätig" wurde und wird ist kaum noch ein Geheimnis. Der „Spiegel" enthüllte 1962 (Nr.44) ein Schreiben des MAD an die territorialen Stäbe der Bundeswehr, in welchem monatliche Berichte über folgende Dinge gefordert wurden:
alen Stäbe der Bundeswehr, in welchem monatliche Berichte über folgende Dinge gefordert wurden:
„1.Wehrfeindliche Veranstaltungen... 2. Wehrfeindliche Aktionen... (Protestmärsche und Kundgebungen, Flugblattaktionen usw.); 3. Wehrfeindliche Pressezeitungen (Leserbriefe, Glossen usw.); 4.Informationen über Tätigkeit der illegalen KPD und... linksradikalen Oragnisationen oder Personen, soweit sie gegen die Wehrbereitschaft oder Bundeswehr gerichtet ist"(nach „Nicht länger..." S.452).

Diese Praxis wurde auch unter der SPD/FDP-Regierungsherrschaft fortgesetzt. Das Wehrbereichskommando 3 forderte in einer Anordnung (Aktenzeichen G3/4-Az 10-82-02, Teil A, Nr. 2/73 vom 29. Oktober 73) folgende Meldungen zur territorialen G2 (Sicherheits-)Lage: *„Alle Ereignisse, Vorkommnisse, auch Ankündigungen von Aktionen, die die G2-Lage berühren, sind unverzüglich formlos dem Standortältesten zu melden. Dies sind insbesondere Flugblatt-, Plakat- und Drucksachenaktionen, Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen, Stör- und Gewaltaktionen, Auftreten irregulärer Kräfte und sonstige Aktionen... Hierbei interessieren möglichst umfassende Informationen über: Ort, ggf. Ortsteil, Objekt, verantwortliche Organisation(en), sowie Mitarbeiter/Mittäter, Titel, Thema, Ziele, Autor, Täter (Impressum, Redner, Unterschrift), wie geschah es (Modus) und warum (Motiv), Reaktion der Bevölkerung/Truppe, eigene Maßnahmen, Bemerkungen"* (ebenda, S. 735).

In welchem Umfang vom MAD Telefone angezapft und Wanzen gelegt werden, läßt sich schwer schätzen. Der „Spiegel" (1/74) wußte zu berichten, daß *„allein die MAD-Techniker mehrere Millionen jährlich für den Abhorchdienst ausgeben"* (ebenda, S. 452). Mit solchen Mitteln ist gut mithören. 1977 wurde bekannt, daß der MAD im Zusammenhang mit relativ massiven Forderungen von Luftwaffenpiloten nach Fliegerzulagen, über 1.500 Piloten permanent telefonisch bespitzelt hat. Ob persönliches oder dienstliches – der MAD ließ die Tonbänder laufen. Seine Opfer waren dabei nicht nur Linke oder einfache Soldaten, selbst Generale und Admirale wie Waagemann und Steinhaus wurden belauscht. Von Sekretärinnen der Bundeswehr ganz zu schweigen. In gewisser Weise eine Spitzenleistung vollbrachte der ehemalige MAD-Chef Scherer (SPD), als er in seinen eigenen Räumen eine Wanze installieren ließ, um ein Gespräch mit „Spiegel"-Redakteuren mitschneiden zu können. Er wollte, wie er später versicherte, lediglich seine eigenen Worte festhalten, da bei der Größe der „Spiegel"-Redaktion nicht auszuschließen sei, daß die Inhalte des Hintergrundgespräches dem Osten zugetragen würden („Spiegel", 6/78)!
nicht auszuschließen sei, daß die Inhalte des Hintergrundgespräches dem Osten zugetragen würden („Spiegel", 6/78)!

Daß sogar Auslandseinsätze zum Tätigkeitsbereich des MAD gehören, konnte der Leser der „FR" vom 13.7.78 erfahren. Ein in den Niederlanden bei der Nato stationierter Soldat und MAD-Vertrauter bekam von seiner Zentrale den Auftrag, dortige holländische Kriegsgegner und besonders die Soldatengewerkschaft VVDM zu bespitzeln. Zwei MADler wurden in Österreich, wo sie einer „spionageverdächtigen" Bundeswehr-Sekretärin hinterherschnüffelten, enttarnt und angesprochen. Sie nahmen schlichtweg „reißaus". Dies führte sogar zu „diplomatischen Protesten" („Spiegel", 6/78).

Allein die bekanntgewordenen widerrechtlichen Aktivitäten des MAD könnten hier einige Spalten füllen, das tatsächliche Ausmaß ist kaum schätzbar. Jede(r) wird sich denken können, daß speziell die Kriegsdienstverweigerer im MAD-Computer einen Ehrenplatz haben. Dies allein sind seit 1956 etwa 200.000 Personen, die sich einer Eintragung sicher sein können. In der SPD-regierten Hansestadt Bremen ist es gängige Praxis des MAD, die Listen aller wehrpflichti-
nen. In der SPD-regierten Hansestadt Bremen ist es gängige Praxis des MAD, die Listen aller wehrpflichti-
gen Bremer dem Verfassungsschutz zuzustellen. Dieser prüft, ob „Erkenntnisse" vorliegen und informiert den MAD. Der MAD wiederum, dem es im Gegensatz zum VS erlaubt ist, Verhöre vorzunehmen (es besteht für Soldaten keine Aussage **p f l i c h t** – nicht vergessen!) liefert entsprechende Ergebnisse wiederum an den Nadis-Computer des VS. Gemeinsam werten MAD und VS beispielsweise auch das Bildmaterial von 1. Mai-Demonstrationen aus („Stern", 19.7.78).

All diese bislang noch „rechtswidrigen Aktivitäten" (Apel) sollen nun per Gesetz legal werden. Ein über 20 Jahre lang tätiger Geheimdienst wird nun offiziell eingeführt.

MAD – Nein Danke!

Antimilitarismus-Kommission



Der MAD hört mit. Demnächst sogar legal

Kurzmeldungen

Am 19. Mai trafen sich im hessischen Staufenberg alte und neue Nazis zum „Traditionstreffen" des Immelmann-Geschwaders. Dabei u.a. Oberst a.D. Hans-Ulrich Rudel und ein Obergefreiter der Bundeswehr, der es sich nicht nehmen ließ, beim Absingen der ersten Strophe des Deutschland-Liedes militärisch zu grüßen. Das DGB-Ortskartell der Nachbargemeinde forderte eine Disziplinarmaßnahme durch die Bundeswehr und darüber hinaus: Abriß des Immelmann-Denkmals, Verbot künftiger Veranstaltungen ehemaliger Stuka-Flieger und Schluß mit den Aktivitäten des Immelmann-Geschwaders! (nach „Metall" 13/79).

* * *

KDV-Zahlen 1978

1978 sind 39.720 Anträge auf Anerkennung als KDV in der BRD gestellt worden. 1977, als das Prüfungsverfahren teilweise ausgesetzt war, waren es noch 69.969. Der Vorsitzende der evangelischen KDV-Zentralstelle, Pastor Finckh, vermutet aber, daß es sich bei den Zahlen für 1978 nur um *„echte Neuanträge"* handelt. Die Neuanträge, die aufgrund des BVG-Urteils, erneut gestellt werden müssen, seien nicht berücksichtigt, da es der Bundesregierung darum gehe, die KDV-Zahlen nach dem Karlsruher Urteil als möglichst gering darzustellen (nach „antimilitarismus-info", 6/79).

SPDler fordert „Arbeitsdienst"

Heinz Kühn, ehemaliger Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Sozialdemokrat, hat in der „Bild"-Zeitung den Vorschlag unterbreitet, für jugendliche Arbeitslose, KDV und Mädchen einen „europäischen Arbeitsdienst" einzurichten. Kommentar der Militaristen-Zeitung „Soldat im Volk" zu dem von Hitler abgeguckten Vorschlag: *„Es ist gut, daß diese Anregung von einem so bekannten sozialdemokratischen Politiker kommt, der bestimmt nicht in den Verdacht geraten kann, ‚undemokratische Maßnahmen' zu fördern"* („Soldat im Volk", Juli '79). Woher auch ? Vor allem, wenn der Arbeitsdienst „europäisch" abgetarnt werden soll.

* * *

Elf ZDL strafversetzt

Am Freitag, den 13.7.79, bekamen alle elf ZDL des Heinrich-Schleich-Altersheims in Frankfurt ihre Versetzungsbescheide. Begründet wurde diese Maßnahme mit § 27 des Zivildienstgesetzes: „Störung des Betriebsfriedens". Dieser Friede wurde dadurch gestört, daß sie versuchten, ihre Rechte durchzusetzen (z.B. pünktliche Bezahlung, Dienstunterricht) und sich außerdem für die Interessen der alten Menschen dort einsetzten. Alle ZDL wollen versuchen, die Rückversetzung in das Altersheim zu erreichen (nach „TAZ", 16./17.7.79).



Die Reaktion greift die „Reform" des § 218 an

„Zahl der Abtreibungen stieg" („FR", 2.6.79), **„Papst verurteilt die Abtreibung"** („SZ", 9.6.79); **„Kirchen besorgt über Schwangerschaftsabbrüche"** („SZ", 28.6.79); **„Ärzte: der §218 wird als Recht auf Abtreibung mißbraucht"** („Welt", 21.5.79); **„Zahl der Abtreibungen schnellte drastisch in die Höhe – Viele Eingriffe bei unverheirateten Frauen zwischen 18 und 25 Jahren / 58% der Abbrüche nach sozialer Indikation"** („FR" 1o.7.79).

Dies ist nur ein kleiner Auszug von Schlagzeilen, die in den letzten Monaten durch die bundesdeutsche Presse gejagt wurden und zumindest Besorgnis, wenn nicht Angst und Schrecken vor der *„ungehemmten Praxis des Schwangerschaftsabbruchs"* („FR", 21.5.79) wecken sollen. Die Angriffe auf die liberalisierte Praxis des § 218 kommen massiv; sie richten sich sowohl gegen die Frauen als auch gegen Ärzte und Einrichtungen wie Pro Familia, die Schwangerschaftsabbrüche auch und gerade nach der Sozialen Indikation vornehmen. So sagte z.B. der leitende Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, G.Heintze, auf der letzten Generalsynode: *„Es sehe so aus, als ob sich ‚viele Frauen aus reiner Bequemlichkeit und aus bedenklicher Mißachtung der Verantwortung für die Bewahrung gefährdeten Lebens' in Behandlung* (gemeint ist: Schwangerschaftsabbruch Anm.AK) *begeben"* („SZ", 28.6.79).

Zurück nach Auschwitz?

„Die Nationalsozialisten haben die Juden getötet und die internationalen Sozialisten töten ungeborenes Leben. Das, was in unserem Volk passiert, ist exakt der Weg zurück nach Auschwitz" („SZ", 18.7.79) Diesen zynischen Angriff startete der Vorsitzende des Gesundheitspolitischen Arbeitskreises der CSU, Dr. Hartwig Holgartner, auf einem Kongreß in München. Während Vertreter von SPD und FDP diese Äußerung kritisierten, stellte sich der Generalsekretär der CSU, Edmund Stoiber, schützend vor Holzgartner. Er wertete die Äußerung zwar als *„sicherlich überzogen und unglücklich"*, bekundete aber Verständnis dafür, daß *„ein Arzt daran verzweifle, daß die Zahl der Abtreibungen als Erfolgsziffern gemeldet und dafür noch jährlich 2oo Millionen an Steuergeldern aufgewendet würden"* („FR", 18.7.79). Der bayerische Sozialminister Pirkel meinte, ein Vorstoß zur Änderung des Abtreibungsparagraphen sei zwar derzeit noch nicht geplant, aber *„man müsse auf andere Mehrheiten im Bundestag warten"* („SZ", 18.7.79).

Eine Spezialität des „Freistaates Bayern"?

Wer meint, derartige Angriffe auf die „liberalisierte" Praxis des § 218 kämen nur aus Bayern, hat sich getäuscht. Auch im Norden, im scheinbar fortschrittlichen, abtreibungsfreundlichen Bremen, wird scharf geschossen. Schon vor der Hetzkampagne aus Bayern startete der Präsident der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages, Karsten Vilmar (Bremen) einen Angriff auf das Beratungs- und Behandlungszentrum von Pro Familia Bremen.(Dort werden außer Beratungen auch ambulant Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen).

Nachdem auf dem Ärztetag im Mai schon Stimmung in gewissen Ärztekreisen gegen eine „liberalisierte" Handhabung des §218 gemacht wurde (Die Befürchtung „mißbräuchlicher" Schwangerschaftsabbrüche durch die Möglichkeit der Sozialen Indikation habe sich bestätigt; die Neufasssung des §218 sei als „Recht auf Abtreibung" mißverstanden worden; es sei nicht Aufgabe der Ärzte, mit Abtreibungen soziale Konflikte zu lösen) ging Vilmar in einem Interview mit Radio Bremen am 23.6. in die Vollen. In diesem Interview rückte er die Arbeit von Pro Familia in die Nähe faschistischer Denkweise und Tradition. Darauf reagierte Pro Familia mit einem Offenen Brief, in dem dieser Angriff entschieden zurückgewiesen wird. Am Ende des Briefes heißt es: *„Wenn Ihre Bemerkungen in Radio Bremen der Auftakt für eine Kampagne zur weiteren Beschränkung des Schwangerschaftsabbruchs von standespolitischer Seite der Ärzteschaft sein sollte, dann wollen wir bereits jetzt die historische Tatsache in Erinnerung bringen, daß staatliche Unterdrückung von Schwangerschaftsverhütung und Schwangerschaftsabbruch langfristig ihr bevölkerungspolitisches Ziel nie erreichen konnten. (...) Wer den Schutz des werdenden Lebens propagiert, ohne an die Zukunft des geborenen Lebens zu denken, setzt sich dem historisch begründeten Verdacht aus, nicht am Leben des einzelnen interessiert zu sein, sondern allein am Wachsen der Bevölkerungszahlen. Diese Moral ohne soziale Verbindlichkeit ging in der Vergangenheit auch immer zu Lasten der Arbeiterklasse und sozialer Randgruppen."* Durch die „Reform" des §218 ist unsere zentrale Forderung Weg mit dem §218! – „FÜR DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER FRAU" nicht durchgesetzt worden. Nun zeichnet sich nach drei Jahren „Reform" eine Entwicklung ab, wo reaktionäre, frauenfeindliche Kräfte systematisch versuchen, die „liberalere" Handhabung des § 218 wieder zunichte zu machen. Dem gilt es, Widerstand entgegenzusetzen!

Eine Genossin der AG Frauen/ Bremen

Freiburg:

nach Auschwitz" („SZ", 18.7.79) Diesen zynischen Angriff startete der Vorsitzende des Gesundheitspoli- durch die Möglichkeit der Sozialen Indikation habe sich bestätigt; die Neufasssung des §218 sei als „Recht

Eine Genossin der AG Frauen/ Bremen

Freiburg: Das Recht auf Abtreibung steht bei uns nur auf dem Papier!

In Freiburg gibt es derzeit keine Möglichkeit, einen legalen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen. Noch bis Ende 1978 konnten die Frauen in eine Klinik nach Bad Krozingen fahren, wo jährlich 1400 Abbrüche vorgenommen wurden. Seitdem diese Klinik geschlossen wurde, sieht es ganz miserabel aus.

Die Freiburger Uniklinik hat in den letzten Jahren nur wenigen Frauen geholfen. Frauen mit einer Notlagenindikation wurden in die psychiatrische Klinik geschickt, um dort ein psychiatrisches Gutachten zu bekommen.

Die offizielle Begründung dafür ist erschreckend: **„Abtreibung wegen einer sozialen Notlage ist hier nicht drin. Der Mord an ungeschütztem Leben erinnere doch sehr an die Judenmordideologie unter Hitler"!** („Badische Zeitung", 27.7.79).

Da erstaunt es, daß die Uni-Klinik sehr freimütig Adressen von holländischen Abtreibungskiniken verteilt.

Elf Gynäkologen haben sich bisher vergeblich bemüht, eine Genehmigung für die ambulante Durchführung von Abbrüchen zu bekommen.

Die letzte Hilfe, die Pro Familia-Beratungsstelle, soll geschlossen werden! In der Landtagsdebatte vom 27.6.79 erklärte die Sozialministerin, Frau Griesinger, daß eine Übernahme der Kosten nach dem Auslaufen der Bundesfinanzierung durch das Land nicht in Frage komme. Die Finanzierung sei vor allem die Aufgabe der Träger und der Kommunen. Dabei ist es ein offenes Geheimnis, daß Pro Familia keinen finanzkräftigen Geldgeber im Hintergrund hat - im Gegensatz zu den konfessionellen Beratungsstellen. Damit soll das Schicksal dieser Beratungsstellen besiegelt werden. In Wirklichkeit geht es noch um viel mehr. Wie Frau Griesinger in der Landtagsdebatte selber sagte, mute es sie gespenstisch an, daß in Baden Würtemberg bei 90.000 Geburten 11.000 Schwangerschaften abgebrochen werden.

Bis zum Ende des Jahres ist noch viel Zeit, um für die weitere Finanzierung dieser Beratungsstellen zu kämpfen. Die Frauengruppe der Bunten Liste Freiburg sammelt bereits Unterschriften für Pro Familia. Zu einem späteren Zeitpunkt soll eine Veranstaltung über dieses Thema durchgeführt werden.

KB Freiburg

Westberlin: Endlich ein 2. Frauenhaus!

Die Initiativgruppe für ein 2.Frauenhaus hat es geschafft: Voraussichtlich noch im August wird sie das 2. Frauenhaus eröffnen

Die katastrophale Überfüllung des ersten Frauenhauses ist bereits seit langer Zeit bekannt. Schon vor 1 1/2 Jahren berichtete die Presse über unhaltbare Zustände. Damals lebten durchschnittlich 1oo Frauen und Kinder in der Villa mit 13 Wohn- und Schlafräumen, die ehemals das Domizil einer einzigen Familie war. Ende Juni war die bisherige Höchstzahl mit 83 Frauen und 87 Kindern erreicht! Die Verhältnisse kann sich jede lebhaft vorstellen:

Wo früher sechs Betten standen, sind es jetzt 14 übereinander. Die Kinder müssen sich Schlafplätze teilen. Spiel- und Beratungszimmer existieren nicht mehr. Ein Kellerraum ohne Tageslicht, der als einziger einigermaßen ruhiger Raum zum Schularbeitszimmer geworden war, mußte jetzt auch mit Betten vollgestellt werden. Elf Personen müssen jetzt in diesem naßkalten Raum schlafen. Diese Bedingungen stellen eine totale Überforderung der Mitarbeiterinnen (und auch der Bewohnerinnen) dar. Die Frauen und Kinder, die hier Zuflucht suchen und meist eh nervlich am Ende sind, können überhaupt nicht angemessene Hilfe und Betreuung finden. Für diese unhaltbaren Zustände trägt der Westberliner Senat die Verantwortung. Seit 1 1/2 Jahren steht die Initiative für ein zweites Frauenhaus in Verhandlung mit dem Senat. Obwohl senats- oder bezirkseigene Häuser vorhanden sind, obwohl auch sonst bei gegebenem Anlaß (z.B. bei Vietnam-Flüchtlingen) schnelle und unbürokratische Hilfe möglich ist – hier stellte sich der Amtsschimmel stur. Es fällt nicht schwer, dahinter Berechnung zu vermuten. Berechnung, die darauf setzt, daß die Frauen der Initiative unter Druck der Verhältnisse im 1.Frauenhaus von ihren ursprünglichen Forderungen abrücken. So hätten die Frauen wohl schon längst einen Mietvertrag (denn es gab schon mehrfach geeignete Häuser), wenn sie nicht an ihrem grundsätzlichen Konzept, das Selbstverwaltung und Anonymität der betroffenen Frauen beinhaltet, festgehalten hätten. Die Frauen lehnen es auch heute noch ab, nach §72 des BSHG finanziert zu werden (wir berichteten im AK mehrfach über die Problematik dieses Gesetzes).

...den Verantwortlichen immer wieder auf die Pelle gerückt

Daß sie jetzt kurz vor der Unterzeichnung des Nutzungsvertrages stehen, ist nur darauf zurückzuführen, daß die Frauen des 1. und 2. Frauenhauses unermüdlich seit Monaten ihre Forderungen öffentlich gemacht haben.

Durch eine Veranstaltung, Presseerklärungen und Go-Ins in Wahlveranstaltungen verliehen die Frauen während der Wahlkampfzeit ihren Forderungen Nachdruck. Alle Fraktionen erklärten nacheinander ihre grundsätzliche Bereitschaft, ein zweites Frauenhaus zu unterstützen. Nach den Wahlen sagte auch der Senat die finanzielle Unterstützung zu. Aber weiterer Druck war nötig. So marschierten z.B. Frauen der Initiative in die Bürgermeistersprechstunde, um Stobbe an seine Zusage zu erinnern. In einer Presseerklärung des Frauenhauses hieß es; *„Unsere Geduld ist zu Ende. Sollte unseren Forderungen nicht entsprochen werden, sehen wir uns gezwungen, das Raumproblem auf unkonventionelle Art und Weise zu lösen"* (nach „Courage", 8/79, S.44). Und endlich veranstalteten die Frauen eine „Picket-Linie" vor dem Schöneberger Rathaus. Sie banden sich Schilder um, liefen auf und ab, sprachen jeden Abgeordneten an, der vorbeikam. *„Wohnungssenator Ristock, nach Wohnmöglichkeiten befragt, gab die Auskunft: ‚Wir vergeben Wohnungen an intakte Familien!' und entschwand zunächst. Die Frauen drangen aber bis in sein Büro vor und – unterstützt von einer freundlichen Sekretärin – sagte der Senator dann doch zu, ein bislang noch von der evangelischen Kirche gemietetes Haus, das diese aber an die Frauenhausfrauen abzugeben bereit war, auf seine Bausubstanz hin überprüfen zu lassen. Und zwar innerhalb von 24 Stunden, denn die Frauen konnten keine Zeit verlieren"* („Courage", 8/79, S.44).

So wird es nun im Herbst ein zweites Frauenhaus geben. Das Haus liegt in Spandau und es wird noch einige Zeit dauern, bis es entsprechend umgebaut und renoviert ist, so daß 7o Frauen dort Platz finden können. Der Senat hat zunächst 4oo.ooo DM für die Instandsetzung und die Erstausstattung des Hauses zur Verfügung gestellt. Insgesamt sollen 1 Mio. Mark für das Projekt vorgesehen sein.

Über die bewilligten Gelder soll die Initiative jedoch nicht selbstständig verfügen, sondern der Senat will die Investitionsplanung vornehmen (und damit schon mal ein Bein in der Tür haben).Die Stellen der Mitarbeiterinnen des 2.Frauenhauses sind in diese Finanzierung nicht einbezogen, sondern werden voraussichtlich über das Arbeitsamt und „Netzwerk" bezahlt.

Bauaufsicht droht mit Ausquartierung von Frauen

Die Frauen sind entschlossen, schon Mitte August mit 25 Frauen aus dem ersten Frauenhaus die Arbeit zu beginnen, auch wenn nebenher die Bauarbeiten laufen, denn die Überfüllung des ersten Frauenhauses hat schon die Bauaufsicht auf den Plan gerufen. Dem Frauenhaus wurde eine Frist bis zum letzten August-Drittel gesetzt, die Bewohnerzahl einzuschränken. Geschehe das nicht, *„muß man die Frauen herausholen und woanders einquartieren"* äußerte CDU Baustadtrat Hermann. Den Frauen wurde vorgeschlagen, sie vorübergehend in einem Kinderheim unterzubringen. Diesen Vorschlag lehnt die Frauenhausinitiative als unzumutbar ab, sowohl wegen der Heimsituation als auch wegen der gedrängten Unterbringung mit den Kindern.

Die nächsten Schwierigkeiten warten schon

Noch ist die längerfristige Finanzierung völlig unklar. Zunächst steht nur das Haus fest und Geld für die Umbauten. Der §72 BSHG scheint erst einmal vom Tisch zu sein. Die Frauenhausinitiative wird aber sowohl bei den Verträgen wie bei der Finanzierung durch den Haushaltsplan von 198o noch zu kämpfen haben, um ihre Vorstellungen gegen den Zugriff des Senats zu verteidigen. Der Senat wird auch weiterhin sein Ziel, die Arbeit im Frauenhaus unter seine Kontrolle zu bringen und inhaltlich zu bestimmen, nicht aus dem Auge verlieren. So ist bereits in den letzten Monaten des öfteren ein Projekt der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in die Diskussion geworfen worden. Die AWO ist erst dabei, eine Konzeption zu erarbeiten. Sie bietet aber bereits heute an, die Trägerschaft für ein drittes Frauenhaus zu übernehmen. Dieses dritte Haus ist bereits heute nötig, denn das zweite Frauenhaus mit seinen geplanten 7o Plätzen wird gerade in der Lage sein, die Frauen aufzunehmen, die das erste Haus bisher nur notdürftig versorgen konnte.

Eine Genossin aus Westberlin

Hamburger Frauengruppen sagen: Zum Bund? Nein danke!

Zum erstenmal haben sich in Hamburg Frauengruppen der unterschiedlichsten Strömungen, u.a. DFI, ASF und Bunte Liste, zusammengetan, um eine Veranstaltung zum Thema „Frauen zur Bundeswehr? Nein danke!" am **31.August, 20 Uhr in der Markthalle** durchzuführen. Sie sind sich darüber einig, daß der in den Medien und in herrschenden politischen Kreisen diskutierte Vorschlag des „Gemeinschaftsdienstes" für Frauen der zynischste Beitrag zur Emanzipationsdebatte seit langem ist. Es gib durchaus unter den Frauengruppen unterschiedliche Beweggründe der Ablehnung wie auch der Strategien gegen diesen Angriff.

So gibt es den Standpunkt der Gewaltlosen, der traditionellen Friedensbewegung, wie die prinzipiell gegen das kapitalistische System gerichtete Haltung. Aber die Diskussionsveranstaltung in der Markthalle soll der Anfang sein, mit zahlreichen, möglichst bundesweiten Aktivitäten zu zeigen, daß die Frauen aus der Geschichte gelernt haben und sich nicht verschaukeln lassen werden; daß sie gemeinsam zu handeln wissen. Die Veranstaltung ist bewußt im Zusammenhang mit dem - dieses Jahr erstmals auch vom DGB mit einer Kundgebung gewürdigten - Anti-Kriegstag, 40 Jahre nach Kriegsausbruch, geplant worden.

Unter den Frauen auf dem Podium und anschließend mit dem Publikum sollen folgende Fragen diskutiert werden:

- Ist „Frauen in die Bundeswehr" ein Beitrag zur Emanzipation oder zur Militarisierung?
- Warum kommt der Vorschlag gerade jetzt? Welche Hintergründe gibt es?
- Wie ist sowas schon mal gelaufen?
- **Was können wir dagegen unternehmen?**

Auf dem Podium diskutieren Vertreterinnen der

ASF, Bunten Liste, DFI, DFU, „Courage", DFG/VK. DGB-Frauen, DGB-Jugend, der Evangelischen Kirche, eine Widerstandskämpferin und die Journalistin Peggy Parnass.

Gegendarstellung zu

„Von einer, die auszog, das Fürchten zu lernen"

Wir antworten auf den Artikel „Von einer, die auszog, das Fürchten zu lernen" (AK 158, S.17). Für Leser, die zurückblättern wollen: Wir sind in der Geschichte A. aus der AG Frauen im KB und der Bunte-Liste-Kandidat B., deren Initialen so gelungen verändert wurden.

Wir antworten gemeinsam, weil wir in der folgenden Darstellung übereinstimmen, auch wenn nicht in jeder Phase des Geschehens beide anwesend waren.

Uns ist bewußt, wie schwer die Korrektur einer Geschichte angenommen wird, die wie ein einzigartiger Komplott gegen eine Frau dargestellt wurde; besonders dann, wenn der zeitliche Ablauf von Darstellung und Gegendarstellung von der Redaktion so gewählt wurde, daß die Aufbereitung eines Komplotts zuerst sickern kann, bevor eine Gegendarstellung ermöglicht wird.

Dem verantwortlichen Redakteur Kt. war bekannt, daß es seit über einem halben Jahr eine andere Darstellung und Auffassung vom Ereignisablauf gibt. Wir lesen, daß AG Frauen und AK- Redaktion auf Seite 43 desselben AK zum Abdruck eines zweiten Göttinger Papiers sagen:„ *Wir halten es nicht für vorwärtstreibend, diese Behauptung einseitig und unkommentiert stehen zu lassen, sondern wollen den Göttinger Genossinnen und der AG Frauen Gelegenheit zu einer parallelen Stellungnahme geben. Der zweite Artikel... erscheint also erst in AK 159 zusammen mit den Antworten...*".

Der erste Teil der Geschichte von E. schildert Vorgänge, die über ein halbes Jahr zurückliegen. Auch nach dem Inhalt des AK- Artikels von E. sind wir (A. und B.) nur an diesen Vorgängen mit „Verfehlungen" beteiligt. Wir waren deshalb überrascht, so spät aus dem AK die Ereignisabläufe aus E.'s Sicht zu lesen, ohne die Möglichkeit erhalten zu haben, unsere Darstellung gleichzeitig bringen zu können.

Zum Ablauf des Geschehens: E. drückt zu Beginn ihres Artikels aus, wie sehr ihr daran gelegen war, bei uns einzuziehen, nachdem sie gezwungenermaßen übergangsweise bei ihrem Freund gewohnt habe. Uns erklärte E. damals (vor ca. 1 1/2 Jahren), daß sie aus einer anderen Wohngemeinschaft (WG) ausziehen mußte und nun woanders ein Zimmer suche. Sie habe aber vor, wieder mit ihrem Freund zusammenzuziehen oder in dessen Nähe zu wohnen. Wir waren bereit, E. das Zimmer in unserer WG zu geben, ohne daß wir E. kannten.

E. setzte ihre Vorstellung dann nach einigen Monaten in die Tat um und zog zu ihrem Freund. E. war fortan nicht mehr in unserer Wohnung, außer zum Begießen der Blumen. Sie zahlte weiter Miete, um auf dieses Zimmer ausweichen zu können – so wird es in E.'s AK- Artikel beschrieben –, falls sie das später einmal wolle.

In dem Artikel wird E.'s faktischer Auszug aus unserer WG nicht damit erklärt, daß sie mit ihrem Freund zusammenwohnen wollte, sondern weil sie in unserer Wohnung von den Männern aufgefordert worden sei, den Wohnungsdienst für die Genossin A. zu erledigen, wobei die Männer vorher nichts gemacht hätten und auch jetzt nur die Arbeit von der einen Frau auf die andere verteilen wollten.

Diese Schilderung mag zwar die Empörung richtig hochtreiben, sie ist aber schlicht unwahr.

Fakt ist, daß E. sich, auch als sie noch in der WG wohnte, überhaupt nicht an irgendwelchen Gemeinschaftsaufgaben beteiligte. Der Einsatz der Männer war ebenfalls nicht ausreichend gewesen. Sie setzten sich nach einer berechtigten Kritik von A. zusammen, um zu diskutieren, welche Aufgaben sie zusätzlich übernehmen müßten. E. wurde gefragt, ob sie noch ein Interesse habe, in der Wohnung zu sein und in diesem Rahmen bereit sei, sich auch an Regelungen zu beteiligen.

E. lehnte sowohl als auch ab. Da E. kein Interesse an der WG hatte und auch bereits zu ihrem Freund gezogen war, ist es völlig verständlich, daß sie sich an Regelungen in der WG nicht mehr beteiligen wollte. E. ist darauf nie mehr angesprochen worden.

Zur Darstellung im AK: „Ohne eigenes Bett":

Nachdem E. monatelang bereits ausgezogen war und erklärt hatte, bei uns nicht mehr wohnen zu wollen, wurde ihr der Vorschlag von A. gemacht, das „Durchgangszimmer", das immerhin nach allen Seiten abgeschlossen ist, für ihre Möbel zu nehmen. Dann hätten A. und B., die beide ständig in der Wohnung wohnen mußten, nicht jeweils im Durchgangszimmer zum/zur anderen leben müssen. Der Vorschlag hatte zur Grundlage, eine günstigere Zimmeraufteilung unter denen vorzunehmen, die in der WG verblieben waren.

E. sollte nicht, wie es im Artikel heißt, ihr Zimmer halbwegs mit einem fremden Mann teilen.

Als E. den Vorschlag ablehnte, ist ihr keineswegs von den Männern frauenfeindlichkeit vorgeworfen worden oder auch nur ähnliches. Solche Behauptungen sind unwahr und allenfalls dazu angetan, den Ablauf der Geschichte in ein gewolltes Licht zu rücken. Der Mann B. hatte sich nur einmal gemeinsam mit A. und anderen aufgeregt, als E. soweit ging, der Genossin A. aus der AG Frauen vorzuwerfen, sie sei genauso schlimm wie ein Typ, der sie schlage.

Desweiteren hatte niemand vor, E. ihr eigenes Bett als Ausweichmöglichkeit von ihrem Freund zu nehmen. E. hatte monatelang erklärt, sie wolle ausziehen. In dieser Zeit hatten die anderen in der WG den Wunsch entwickelt, in einer anderen Zusammensetzung zusammenzuwohnen. Allein deshalb hätte die Wohnung in der bestehenden Zusammensetzung irgendwann aufgegeben werden müssen. E. wurde gefragt, ob sie angesichts der Tatsache, daß sie selbst erklärtermaßen nicht mehr in der Wohnung wohnen wollte, bereit sei, ein anderes Zimmer in einer anderen Wohrung, die wir ihr vorschlugen, als eventuelle Ausweichmöglichkeit von ihrem Freund zu nehmen. Die angebotene Wohnung war nicht teurer, unschöner und E. hätte nicht mit fremden Leuten zusammenziehen müssen. E. erklärte, ihr sei ein Umzug zu umständlich.

Als E. dann sagte, sie würde in einem, spätestens in zwei Monaten die Möglichkeit haben, woanders hinzuziehen, wurde sie von A. gefragt, ob sie bereit sei, ihre Möbel für diese Zeit auf den Boden oder woandershin zu stellen. Eine andere Frau wollte mit ihrem Freund bei uns einziehen. Beide hätten dann ihre Zimmer herrichten können und wären nicht gezwungen gewesen, für diese Zeit in einem Zimmer schlafen zu müssen. Wir wiederholen noch einmal: Grundlage für diesen Vorschlag war, daß E. seit Monaten nicht mehr bei uns zu sehen war, daß E. selbst erklärt hatte, nicht mehr in die WG zurückkommen zu wollen, daß damit auch realistisch nach so langer Zeit nicht mehr zu rechnen war und E. erklärt hatte, in ein bis zwei Monaten, woanders hinziehen zu wollen.

Als A. den Vorschlag machte, antwortete E. sie wolle mit ihrem Freund Kt. darüber sprechen und wieder anrufen. Drei Tage später rief E. zurück und willigte ein.

Der Umzugstag wurde vereinbart. E. wollte dabei sein, kam aber später. Ihre Möbel waren von den Nachmietern schon auf den Boden gebracht worden. Es stimmt, daß die Nachmieter und Helfer beim Umzug E.'s Sachen ohne Rücksicht auf Verluste auf den Boden gedonnert hatten. Wir haben diese Geschichte vor über einem halben Jahr ebenfalls kritisiert und mit den Nachmietern darüber diskutiert. A. und B. vereinbarten mit E., welche Sachen auf unsere Kosten gereinigt würden und welche Gegenstände nicht auf dem Boden bleiben sollten. Wir trugen diese Sachen wieder in die Wohnung zurück.

Alle Schilderungen in E.'s Artikel, die darauf hindeuten, wir hätten gemeinsame Gespräche geführt, in denen wir die Verantwortung für die Möbel auf dem Boden übernommen hätten, wir wollten im Haus herumgehen, um alle Mitbewohner aufmerksam zu machen und wir wollten mit dem Hausmeister Regelungen treffen, sind frei erfunden. Es muß aus heutiger Sicht als Nachlässigkeit bewertet werden, aber wir haben damals nicht im Traum daran gedacht, daß der Hausmeister sich ein halbes Jahr später an den Sachen vergehen würde, um sie an andere im Haus zu verteilen. Genauso wenig konnten wir davon ausgehen, daß die Möbel von E. über ein halbes Jahr auf dem Boden bleiben würden, und daß E. sich um ihre Sachen genausowenig kümmerte, wie wir auf E.'s Möbel geblickt haben.

Vom gesamten weiteren Verlauf erfuhren wir erst, als der Hausmeister einige Sachen von E. schon in den Keller geschleppt und andere Dinge an Mitbewohner im Haus verteilt hatte, also etwa ein halbes Jahr nach dem Verstellen der Möbel. Der Hausmeister hatte niemandem aus unserer WG Angebote gemacht.

Als wir von diesen Auswirkungen erfuhren, haben wir uns mit dem Hausmeister in Verbindung gesetzt, im Haus nach E.'s Sachen gefragt und während E. im Urlaub war, beim Umzug ihrer Möbel mitgeholfen. Diese Dinge schildert E. nicht, schreibt aber, nachdem sie in Zweidrittel ihres Artikels den Verlust der Sachen beschreibt: *„Hatten A. und B. das gar nicht gewußt, als sie mir versicherten, ich könne unbesorgt meine Sachen auf den Boden stellen?"*.

Die Unterstellung, die diesem Satz zugrunde liegt, läuft darauf hinaus, uns für alles verantwortlich zu machen, selbst für das Handeln des Hausmeisters.

Ganz abgesehen von der erfundenen Versicherung, sie könne ganz unbesorgt sein.

Wir bedauern, daß E. private Sachen verloren hat und unterstützen eine Geldsammlung für E. bei uns im Haus.

C. aus der AG-Frauen und
R. von der Bunten Liste

P.S.: E. schreibt in ihrem Artikel, ich hätte mich wohl wesentlich unter Druck von B. nicht einsichtig gezeigt. Um neuen Spekulationen vorzubeugen: Ich trage diese Gegendarstellung, die von mir und B. ausgearbeitet wurde, ohne Druck.

C. alias A.

Es ist wirklich zum Fürchten

C. und R. machen mir – als Redakteur für die Frauenseiten im AK – den Vorwurf, ihnen nicht die Gelegenheit zu einer parallelen ‚Gegendarstellung' gegeben zu haben. Dazu ist zu sagen:

– Die ganze Geschichte des „Auszugs" von E. aus der Wohnung von C. und R. war bereits im Januar Gegenstand einer längeren Diskussion in der AG Frauen, (deren Mitglied C. ist), an der sich z.T. auch ein Genosse des LG beteiligte. Hierzu liegen Papiere auch von C. und R. vor. Sie widersprechen m.E. der Darstellung von E. im Wesentlichen n i c h t . Das meiste, was C. und R. jetzt in ihrer ‚Gegendarstellung' dazu schreiben , sind n a c h t r ä g l i c h e Konstruktionen: E. sei quasi freiwillig aus der Wohnung ausgezogen, um mit mir zusammenzuziehen etc. Wäre ich hier nicht persönlich betroffen und angeschuldigt, so würde ich mich übrigens dem Abdruck derart zynischer Konstruktionen im AK entschieden widersetzen. Doch dazu noch später.

– Der Ablauf der „Durchsuchungsaktion" ist in der von E. geschilderten Form unabhängig voneinander von mehreren beteiligten Genossinnen der AG Frauen bestätigt worden.

Auf einer s o l c h e n Grundlage ist m.E. der Abdruck einer parallelen ‚Gegendarstellung' unnötig. Im Übrigen sehe ich nicht einmal, daß die ‚Gegendarstellung' von C. und R. den Bericht von E. wirklich in wesentlichen (!) Punkten widerlegt. Es wird lediglich versucht, die Akzente zur eigenen Entlastung etwas anders zu setzen. Wirklich strittig ist i m W e s e n t l i c h e n nur die Frage, ob von C. bei E.'s „Auszug" eine Zusage gegeben wurde, im Haus und beim Hausmeister herumzugehen, um sie auf die auf dem Boden abgestellten Sachen aufmerksam zu machen. Auch dazu komme ich noch.

Nun zu einigen der Details, wobei mir klar ist, daß das Breittreten von Details der p o l i t i s c h e n Aufarbeitung der ganzen Geschichte eher hinderlich ist. Nur läßt es sich leider nicht völlig vermeiden.

1. E. habe erklärt, *„sie habe aber vor, wieder mit ihrem Freund zusammenzuziehen oder in dessen Nähe zu wohnen ... E. setzte ihre Vorstellung dann nach einigen Monaten in die Tat um und zog zu ihrem Freund"*, d.h. zu mir. Um den unglaublichen Zynismus darin zu erfassen, muß man wissen, daß ich e i n Zimmer bewohne (abgesehen von einem kleinen, mit Archivmaterial vollgestellten, nicht bewohnbaren Arbeitszimmer). E. hat auf Grund der Auseinandersetzungen in der WG ihr Zimmer dort schließlich fast nicht mehr benutzt, hatte dort aber ihre sämtlichen Sachen. Das monatelange Zusammenleben von zwei Menschen in einem Zimmer wird man kaum ernsthaft als gewollte Umsetzung eigener Vorstellungen bezeichnen können.
2. *„Nachdem E. monatelang bereits ausgezogen war und erklärt hatte, bei uns nicht mehr wohnen zu wollen..."*. E. hat dies nicht erklärt, sondern sich in dieser Zeit (Herbst 78) lediglich um eine neue Wohnung b e m ü h t, in die sie mit einer Freundin einziehen wollte. (Seltsam, wo sie doch gerade erst mit mir „zusammengezogen" war !?) Dieser Plan zerschlug sich, weil die (schwangere) Freundin sehr schnell eine neue Wohnung brauchte und günstig eine kleine Wohnung angeboten bekam.
3. Man habe E. eine Wohnung angeboten, die sie aber ausgeschlagen habe, weil ihr *„ein Umzug zu umständlich"* gewesen sei. Richtig ist jedoch, daß E. diese Wohnung d e s h a l b nicht wollte, weil es sich um eine Ein-Personen-Wohnung handelt, unter der sich im Erdgeschoß ein B o r d e l l befindet, zudem in einer recht finsteren Straße. Daß eine Frau eine solche Wohnung nicht möchte, ist wohl nicht unbedingt eine dumme Marotte.

Nebenbei bemerkt: Die Version mit dem angeblichen Hinweis von E. auf die „Umständlichkeit" des Umzugs ist neu. In ihren Papieren vom Januar hatten C. und R. noch übereinstimmend behauptet, E. habe die Wohnung abgelehnt, weil sie dort hätte allein wohnen müssen.

4. *„Als E. dann sagte, sie würde in einem, spätestens in zwei Monaten die Möglichkeit haben, woanders hinzuziehen..."*. Das war eine vage Hoffnung, mehr nicht. Es ging dabei um das Zimmer eines Genossen, der zwar seinen Auszug „irgendwann" plante, aber dies erst im Sommer dieses Jahres realisierte. E. hätte niemals dem Vorschlag von C., ihre Sachen auf den Boden zu stellen, also ihr Zimmer in der ...straße aufzugeben, zugestimmt, wenn ich ihr nicht intensiv dazu geraten hätte – weshalb ich mir selbst auch eine beträchtliche Mitschuld an den weiteren Ereignissen zurechne.
5. **Als von einem Boden die Rede war, gingen E. und ich von separat verschließbaren Räumlichkeiten aus.** In ihrer ‚Gegendarstellung' bestreiten C. und R., daß sie später zugesagt hätten, im Hause und beim Hausmeister auf die Sachen von E. auf dem Boden aufmerksam zu machen. Auf den Gedanken, daß etwas gestohlen werden könnte, sei niemand – also auch E. nicht – damals gekommen. Diese Darstellung ist eindeutig falsch. C. hatte vor dem „Auszug" mit E. vereinbart, daß bestimmte Sachen (z.B. eine Kommode) in der Wohnung bleiben könnten, der Rest solle auf den Boden gestellt werden. E. fand dann am Tage ihres Auszugs a l l e s auf dem Boden wieder, der zudem für alle Mieter (und den Hausmeister) zugänglich ist (womit E. überhaupt nicht gerechnet hatte). E wandte sich daraufhin schriftlich (Datum 7.1.) an die AG Frauen. Sie schilderte den ganzen Vorgang und schrieb u.a.: „.... **Außerdem stehen alle Sachen unverschlossen auf dem allgemeinen Boden, wo sich jeder Hausbewohner holen kann, was er will**". Das Ergebnis war, daß C. (nach Eingreifen der AG Frauen) schließlich zusagte, daß – wie vereinbart – ein Teil von E.'s Sachen zurück in die Wohnung geschafft wurden, und daß C. außerdem zusagte, im Haus herumzugehen, um zu verhindern, daß Sachen von E. als herrenloses Gut „gefunden" werden.
6. „.... *Genauso wenig konnten wir davon ausgehen, daß die Möbel von E. über ein halbes Jahr auf dem Boden bleiben würden, und daß E. sich um ihre Sachen genauso wenig kümmerte, wie wir auf E.'s Möbel geblickt haben"*. Richtig ist, daß der Diebstahl von uns Anfang Mai entdeckt wurde, also nach etwa vier Monaten, nicht nach über einem halben Jahr. Daß E. sich um ihre Sachen nicht „gekümmert" habe, ist nach der Zusage, sich bei den Hausbewohnern und beim Hausmeister wegen der Sachen zu melden, zynisch. Die Sachen standen solange auf dem Boden, weil F. kein Zimmer bekam (und wir so notgedrungen wieder in einem Zimmer hausten), nicht aus lauter Dollerei.
7. „.... *Eine andere Frau wollte mit ihrem Freund bei uns einziehen"*.

Hinter dieser ausserordentlich Frauenfreundlichen Formulierung verbirgt sich die Tatsache, daß der B r u d e r von R. mit seiner Freundin einziehen wollte.

Auf ein paar weitere Details gehe ich hier nicht ein, um die Geschichte nicht uferlos auszuweiten.

Wesentlich scheint mir die prinzipielle Hartnäckigkeit und auch Selbstgerechtigkeit, mit der C. un.. R. sich aus ihrer Mitverantwortung herauszuwinden versuchen – bis hin zu der Fabel, E. sei ja längst schon „ausgezogen" (nämlich zu mir ins Zimmer), habe sich also ihr Anrecht auf das Zimmer in der WG ohnehin schon verscherzt gehabt.

Fast noch ärgerlicher scheinen mir aber die Reaktionen, die von nichtbeteiligter Seite auf den Artikel von E. gekommen sind. Vergleichsweise freundlich waren noch die gehässigen Kommentare, daß „so etwas" doch nun wirklich nicht in den AK gehöre. „So etwas" dürfe die Redaktion doch gar nicht „durchgehen" lassen. Alternativ wurde von einigen angeregt, „so etwas" vielleicht in internen Rundbriefen publik (bzw. eben n i c h t publik) zu machen. Als „übel" und „denunziatorisch" wurde es besonders im Freundeskreis von C. und R. gewertet, daß sie im Artikel von E. für alle, die sie kennen, identifizierbar seien.

Ich meine, daß die ganze Geschichte in der weitverbreiteten Gleichgültigkeit und Gedankenlosigkeit spurlos untergegangen wäre, wenn sie nur in allgemeiner Form berichtet worden wäre, ohne Personen kenntlich werden zu lassen. Es hätte sich höchstwahrscheinlich niemand angesprochen gefühlt.

Nun hat sich aufgrund des Artikels von E. echte Betroffenheit und Mitgefühl breitgemacht – allerdings vielfach zunächst keineswegs mit E., die alle ihre Sachen verloren hat, sondern mit C. und R., denen durch die Veröffentlichung der Geschichte doch gar so übel mitgespielt worden sei. Sage also keiner, wir wären zu echten Gefühlen nicht mehr in der Lage! . . .

Ich finde es ärgerlich, wenn ganz und gar Unbeteiligte lediglich aufgrund ihrer persönlichen Bekanntschaft mit C. und R. mit der Version losziehen, die ganze Geschichte von E. sei ja wohl großenteils übertrieben. Ich finde es ebenso ärgerlich, wenn einige Genossen die ganze Geschichte unheimlich komisch finden und sich zu irrsinnig witzigen Possen hinreissen lassen. Komisch und heiter ist die ganze Geschichte, was immer man sonst noch dazu denken mag, nun wohl zu allerletzt.

Sehr bemerkenswert fand ich auch den Beitrag eines Genossen, der zur Zeit des „Auszugs" von E. ebenfalls in der Wohnung von C. und R. wohnte, und er sich nun meldete: Damit hätte man doch rechnen können, daß die Sachen auf dem Boden geklaut würden. D a s hätte er ihr gleich sagen können **(hat er aber nicht! ! !)**. Das sei doch i h r Risiko gewesen.

Wer sich fragt, warum es mit dem „r e a l e n Sozialismus" so schlecht läuft – hier kann man viele Antworten finden.

D a s gibt's auch!

Wenn es auch das Problem - wie gehn wir miteinander um - nicht löst, so ist für die betroffene E. ein bißchen Schaden-Ersatz vielleicht ganz sinnvoll. Wenn sich möglichst viele, gerade auch die in dem Artikel Aufgeführten, daran beteiligen würden, wäre das ja was – immerhin. Kann das beiliegende Geld bitte an E. weitergeleitet werden?

R., Lehrer-Genosse

Red. Anmerkung: Dem Brief lagen 50 DM bei.

Eigentum ist Diebstahl?

Das mit der Abschaffung des Privateigentums hat sich Karl Marx wohl doch etwas anders vorgestellt als es im letzten AK von einer Genossin, die „auszog, das Fürchten zu lernen", an Hand drastischer eigener Erfahrungen geschildert worden ist. Allen Genoss(inn)en sei empfohlen, im „Kommunistischen Manifest" noch einmal nachzulesen: **„Was den Kommunismus auszeichnet, ist nicht die Abschaffung des Eigentums überhaupt, sondern die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums".** Was er und Friedrich Engels damit meinen, sagen sie auch ganz deutlich: **„Der Kommunismus nimmt keinem die Macht, sich gesellschaftliche Produkte anzueignen, er nimmt nur die Macht, sich durch diese Aneignung fremde Arbeit zu unterjochen".**

Also Genossinnen und Genossen, ihr braucht nicht um Eure Stereoanlage zu fürchten! Ganz im Gegenteil: Durch die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums, die Verwandlung des Kapitals in gemeinschaftliches Eigentum, werden wir überhaupt erst in die Lage kommen, uns viele heute nur erträumte Produkte anzueignen.

Das alles klappt natürlich nur, wenn wir uns nicht selbst einen Strick drehen, indem wir das Eigentum unserer Genossen mit dem bürgerlichen Eigentum „verwechseln". Wir meinen damit vor allem die alltägliche Mißachtung des individuellen Eigentums von Genossen. So unter dem Motto: Wir sind doch Genossen – da wird man sich doch mit seinen Sachen nicht so haben! Da wird dann „gefunden", da hat man dann „geschenkt bekommen" (und der Schenkende weiß manchmal gar nichts davon), oder man hat „gedacht, das gehört niemandem."

Wir halten es für ein elementares Mißverständnis gerade in den Köpfen oder Hinterköpfen von Linken, daß das Inbeschlagnehmen des Eigentums anderer Genossen irgendetwas mit sozialistischen Verkehrsformen zu tun hat. Die Methoden sind da sehr vielfältig.

Was Dir gehört, soll auch mir gehören

Wer kennt das nicht aus Wohngemeinschaften. Da werden Klamotten einfach angezogen, ohne zu fragen, unachtsam behandelt und man/frau bekommt sein Eigentum dreckig oder kaputt wieder. Da gibt es das Auto, auf und mit dem rücksichtslos herumgegurkt wird – bis es „plötzlich" kaputt ist. Dann ist es bis nach Durchführung der Reparatur wieder „deins". Da wird dein Zimmer bis hin zum eigenen Bett mitbenutzt, ohne vorher zu fragen, ob es denn recht ist. Da sucht man/frau in der ganzen Wohnung die Schere, das Feuerzeug, Kämme, Handtücher, Schallplatten, Zigaretten, Bücher, Schuhe ... (Rest des Satzes aus Platzgründen weggelassen).

Bei manchen Sachen will man/frau ja nicht als pingelig gelten. Warum sollen Bücher nicht kollektiv genutzt werden. Da kann man sich auch „grün" ärgern. Die geliehenen Sachen kommen gar nicht wieder oder in einem Zustand, den man eigentlich nicht erwartet hatte. Hat man mal jemanden zu fassen, dem man etwas „geliehen" hat, erfährt man, daß die Leihgabe schon unbekannterweise weiter„verliehen" ist. Will man dann finanziellen Ersatz, hat man den großen Ärger – wie z.B. der Genosse, der vor drei Jahren ein Zelt verliehen hat, das dann auf merkwürdige Weise verschwand, und für das bis heute kein finanzieller Ersatz geleistet worden ist.

Wenn man/frau wagt, solche Sachen zu kritisieren, gilt man schnell als kleinbürgerlich und unsozial. An solchen Problemen, einem im Grunde ganz einfachen Widerspruch, sind schon einige Wohngemeinschaften zerbrochen.

Kollektiveigentum: alles gehört uns und wenn die Uhr kaputt ist, ist es niemand gewesen

Leiht man von einer Privatperson Werkzeug, z.B. eine Bohrmaschine, so weiß man immerhin, daß man diese(n) Genoss(in)en auf der nächsten Demo treffen könnte und auf den Verbleib der Maschine angesprochen wird. Aber wie ist es, wenn man z.B. in einer Initiative oder einem linken Betrieb etwas ausleiht.

Da ist die „Toleranzgrenze" viel höher. Es wird nicht unbedingt geklaut, aber sehr viel leichter eben total „vergessen". Denn wer wird schon nach der Bohrmaschine fragen! Und die Maschine könnte in 100 Haushalten sein. Da taucht man/frau leicht in der Anonymität der „Mitgehenlasser" unter.

Aus unserer Arbeit in einer Initiative können wir über derlei wirklich ein Lied singen. Zufällig herumliegende Klamotten werden nicht – wie in so manchem bürgerlichen Betrieb – als gefunden abgegeben; sie werden privat vereinnahmt. Oder das initiativeigene Auto. Zu Anfang konnte jeder es sich ausleihen. Da hatten wir dann pro Woche mindestens ein Strafmandat, falsches Parken etc. Und keiner war's gewesen. Wir haben dann „repressiv" reagiert; es wird aufgeschrieben, wer mit dem Auto fährt. Abgemacht ist, daß jeder sein Strafmandat bezahlt (sofern's notwendig ist). Seit einem Jahr gibt es jetzt kaum noch diese Zettel von der Verkehrspolizei. Ob die jetzt weniger aufschreiben? Hunderttausend andere „Kleinigkeiten" wären aufzuzählen: Das Telefongespräch, das vom Ini-Telefon geführt wird, ohne zu bezahlen. Der Kuli auf dem Fußboden, der – weil „herrenlos" – aufgehoben, „gefunden" und eingesteckt wird. Das Obst, das eigentlich die Kinder essen sollen – wird auch mitgenommen („Ich dachte, es verfault sonst").

Eine andere Seite von lockerem Umgang mit Kollektiveigentum ist die Unachtsamkeit: Da liegt auf dem Boden Spielzeug, über das einfach rübergetrampelt wird. Macht man/frau das auch mit dem Spielzeug des eigenen Kindes? Da drückt man die Zigarette auf dem Fußboden aus. Wer tut das schon in einer Privatwohnung? Da vertrocknen die Blumen. Wer läßt zu Hause die Pflanzen eingehen? Oder da gibt es Ungeziefer in der Initiative, der „Kammerjäger" muß kommen, kündigt sich an – und der zuständige Genosse fährt in Urlaub. Wer macht das, wenn bei ihm zu Hause Ungeziefer herumkrabbelt? Da wird der Motor des initiativeneigenen Autos kaputtgefahren – und der Wagen bleibt zwei Wochen kaputt an einer Hauptverkehrsstraße stehen. Wer macht das mit seinem Auto? Da wird Post verschickt, Einladungen. Und natürlich bekommt jeder eine per Post ins Haus – auch die, die tagtäglich in die Ini kommen. Es wär' doch wohl eher ein Gag, wenn man die Mitbewohner seiner Wohngemeinschaft per Post zur Geburtstagsfete einlädt?!

Geld ? Wahnsinnig kompliziert !

Besonders vertrackt und katastrophal wird's, sobald es sich um Geld handelt. Mit dem eigenen Geld ist man durchaus eigen: nicht einen zuviel ausgeben, herumgeizen beim Bier spendieren, Geld muß pünktlich auf dem Konto sein, Schulden pünktlich beglichen werden, sonst kostet es Zinsen. Anders sieht's schon aus, wenn es um Geld geht, das einem nicht selbst gehört. Das, was man für die Broschüre eingenommen hat, landet so „ganz aus Versehen" doch im eigenen Portemonnaie. Oder der Beitrag für die Initiative wird eben am 30. und nicht am 1. gezahlt (Wer würde sich das mit seinem Gehalt bieten lassen).

Achtung und Verantwortlichkeit

Es geht uns um den Schutz und die Achtsamkeit von und vor Kollektiveigentum bzw. dem individuellen Eigentum, das einem nicht selbst gehört.

Es geht um das Erlernen der proletarischen Sichtweise: Klaue nichts von Deinesgleichen! Z.B. der Genosse, der – wie im letzten AK berichtet – E's Lederjacke angezogen hatte: würde der sich (als Beamter !) in einem Kaufhaus die gleiche Jacke vom Haken nehmen und den Mut finden, ohne zu zahlen, den Laden zu verlassen?

Es geht gegen die Verwandten des „Klauens" – das Finden, das Vergessen und Verschlampen. Was anderen gehört, brauchst Du nicht anzufassen! Du brauchst Dir auch nichts „schenken" zu lassen. Eine typisch kleinbürgerliche, weil eben auch feige Mentalität, besteht darin, z.B. eine Packung Süßigkeiten, die „so da liegt" und von der man essen möchte, erst einmal anderen großzügig anzubieten. Schon ist man nicht der einzige Klauer. Witzbolde nennen das dann frei nach Hilferding „Sozialisierung"!

Die Frage ist auch, warum nur wenige Genossinnen und Genossen – meistens immer dieselben – solche Fragen ansprechen, daß hier was fehlt, da was weggekommen ist. Einerseits wird gerade der Anspruch gestellt, mit Genossen solidarisch umzugehen, im Kollektiv mitzubestimmen. Die Verantwortung wird dabei, was Eigentum angeht, kleingeschrieben.

Diese Haltung dient anderen Genossen dann wieder, sich mit dem Hinweis auf schlechte Erfahrungen, mit ihren Sachen (z.B. dem „Mittelklassewagen") unheimlich anzustellen.

Wir können uns vorstellen, daß der Sozialismus ein noch schwierigeres Ding wird, wenn wir heute nicht schon anfangen, diszipliniert und solidarisch in der „Eigentumsfrage" zu sein.

Genossin und Genosse aus Hamburg

„Für Vergewaltigung kann es keine Verteidigung geben"?

Leserbrief



Anfang der siebziger Jahre wurde in Bremen eine Sechzehnjährige auf dem Heimweg von einer Diskothek vergewaltigt und anschließend ermordet. Nach einem Jahr Ermittlungen durch die Polizei beschuldigte die Staatsanwaltschaft den Gelegenheitsarbeiter Becker, der, obwohl er sich selbst als homosexuell bezeichnete, der Vergewaltigung und des Mordes angeklagt wurde.

Da das Verbrechen erhebliches öffentliches Interesse und Empörung hervorgerufen hatte, war der von der Staatsanwaltschaft vorgeführte „Täter" einer starken Vorverurteilung ausgesetzt; das Gericht folgte und verurteilte Becker.

Doch es kam anders. Der Anwalt Beckers gab keine Ruhe, ermittelte selbständig weiter, enthüllte, daß bei der Staatsanwaltschaft eine Spurenakte einfach verschwunden war und daß entlastende Hinweise unberücksichtigt geblieben waren. Es gelang dem Anwalt, ein vielbeachtetes Wiederaufnahmeverfahren zu erreichen. Becker wurde freigesprochen.

Der Anwalt, der diesem der Vergewaltigung und des Mordes beschuldigten Mann den Beweis seiner Unschuld verschaffte, heißt H e i n r i c h H a n n o v e r. Ein Anwalt, der nicht nur in KPD-Prozessen Kommunisten verteidigte, sondern auch Karl-Heinz Roth und Ulrike Meinhof zu seinen Mandanten zählte. Ein linker Anwalt also.

Für der Vergewaltigung Verdächtigte kann es keine Verteidigung geben? Becker säße immer noch in Bremen-Oslebshausen oder in der Heilanstalt. Die beiden Westberliner Genossinnen werden vielleicht einwenden, der hier gebrachte Vergleich sei unfair, das hätten sie überhaupt nicht infragegestellt. Das wäre doch selbstverständlich, einen Unschuldigen aus den Fängen der Klassenjustiz zu holen; außerdem handele es sich auch um Mord, die entwürdigende Beschnüffelung des Opfers im Gericht sei ja gar nicht mehr möglich.

Ich glaube, daß die beiden Genossinnen mit ihrer p r i z i p i e l l e n Argumentation zum Schluß genau da landen, wo sie auch ein Vorgehen wie das Hannovers a b l e h n e n müssen. Ich will hier nicht die Frage thematisieren, wieweit ein linker Anwalt in erster Linie eben Anwalt ist, der natürlich nicht allein von politischen Prozessen leben kann (da mögen sich die Anwälte zu äußern), sondern ich will mich auf zwei Aspekte des Westberliner Artikels konzentrieren: Den der lediglich verbal geteilten Unschuldsvermutung und der Forderung nach härteren Strafen für Vergewaltiger.

„Unschuldig – ja aber?"

„Schily und Geulen ist Recht zu geben, wenn sie sagen, daß wir vom Grundsatz der Unschuldsvermutung ausgehen müssen" (AK 158), meinen die beiden Westberliner Genossinnen, um dann aber wenige Zeilen später zu verkünden: *„....wir meinen, daß p r i n z i p i e l l in einem Vergewaltigungsprozeß ein linker Anwalt die Verteidigung nicht übernehmen kann, weil wir nichts verteidigungswürdiges an einer V e r g e w a l t i g u n g finden."* (AK 158, Hervorh. d. V.)

Mit dem zuletzt Zitierten wird die verbal bekundete Unschuldsvermutung ad absurdum geführt. Jeder Unterschied zwischen Täter und Verdächtigtem wird verwischt; im Klartext heißt der Satz nichts anderes als: Wer einen der Vergewaltigung Beschuldigten verteidigt, verteidigt Vergewaltigung! Das ist aber eher die Logik der Reaktion, die z.B. Verteidiger von „Terroristen" flugs selber der Terrorszene zuschlug, als die von Kommunist(inn)en.

Die Genossinnen haben natürlich recht, wenn sie anführen, daß der Versuch einer Verteidigung eines der Vergewaltigung Beschuldigten, immer über die Erschütterung der Glaubwürdigkeit der Frau, des Opfers, geht. Die Verteidigung geht also zu Lasten des Opfers, und es ist mehr als fragwürdig, wenn ein Anwalt, der sich als links begreift, sich daran beteiligt. Ein solcher Anwalt ist also mehr als gut beraten, sich die Übernahme eines solchen Mandats sehr gut zu überlegen.

RA Becker hat diese Überlegungen offensichtlich nicht angestellt, sonst hätte er in d i e s e m Fall das Mandat für einen Zuhälter nicht übernehmen dürfen. Seine Argumentation, die er zu seiner Rechtfertigung in der TAZ ausbreitete, war nicht nur völlig formaljuristisch, sie zeigte auch, daß er von der entwürdigenden, erniedrigenden Rolle, die Vergewaltigungsopfer vor Gericht zu spielen gezwungen sind, nichts begriffen hat.

Etwas ganz anderes ist es aber, den Widerspruch zwischen dem Recht eines Angeklagten auf Verteidigung und dem der erneuten Erniedrigung der Frau vor Gericht im Stile Alexanders des Großen zu lösen, als er den Gordischen Knoten zerschlug, wie es die beiden Westberliner Genossinnen tun. Sie argumentieren nämlich nicht an dem konkreten Fall, sondern prinzipiell: Sie halten es in jedem Fall für undenkbar, daß ein linker Anwalt ein solches Mandat übernimmt. Und wenn der Beschuldigte wirklich unschuldig ist? Auch dafür haben die Genossinnen eine Antwort:

Vergewaltiger in den Knast

„.... es muß schon als Fortschritt für die Frauen angesehen werden, wenn Vergewaltigung härter bestraft wird." (AK 158) Ich halte diese Formulierung für ungeheuer gefährlich. Zu Zeiten, wo der Zensur-Hammer wieder einmal verschärft auf vorgeblich „pornografische" Werke niedergeht (Beschlagnahme von „Sexualität-konkret", Anklage gegen „Sexfront"), zu einer Zeit einer wieder rigider werdenden Moral, sollte man/frau mit Forderungen nach schärferen Strafen sehr, sehr vorsichtig sein. Sie lassen sich zu gut von der Reaktion instrumentalisieren.

Hanebüchen ist auch die Begründung, mit der die Genossinnen die Strafverschärfung für Vergewaltiger fordern: Nicht etwa, weil dieser dadurch etwas lernen würde oder gar aus Rachegefühlen heraus, *„sondern weil wir damit eine Vorstellung in unserer Gesellschaft angreifen wollen, die Gewalt gegen Frauen als Kavaliersdelikt betrachtet und folglich auch kaum verfolgt."* (AK 158)

Die Konsequenz aus dieser Aussage müßte heißen: Wird Vergewaltigung wegen der höheren Strafen nicht mehr als Kavaliersdelikt aufgefaßt, wird die Zahl der Vergewaltigungen zurückgehen. Diese Argumentation ist nichts anderes als die alte Theorie von der abschreckenden Wirkung harter Strafen, mit der z.B. Maggie Thatcher die Wiedereinführung der Todesstrafe begründet, nur links gewandet.

Durch härtere Strafen greift der bürgerliche Staat also eine Vorstellung an, die er selber mitproduziert, und damit soll es nach Logik der beiden Westberliner Genossinnen wohl auch weniger Vergewaltigungen geben, oder wie? Ich halte das für dummes Zeug.

In Frankreich ist vor gar nicht langer Zeit, unter anderem auch auf Drängen von Teilen der Frauenbewegung, der Paragraph über Vergewaltigung verschärft worden – von welchen politischen Kräften im Parlament braucht hier ja wohl nicht erwähnt zu werden. Liebe Westberliner Genossinnen, glaubt ihr im Ernst, daß deswegen in Frankreich auch nur eine Frau weniger vergewaltigt worden ist? Es ist leider nicht so.

Solche Verschärfungen des Strafgesetzbuches und auch eine verschärfte Urteilspraxis, haben im wesentlichen nur einen Effekt: Nämlich die Unzahl von Vergewaltigungen in der Ehe und sonstwo, die nie vor Gericht erscheinen, den Teil des Eisbergs, der unter Wasser ist, zu bemänteln und zu decken.

Das Göttinger AStA-Frauenreferat hat vor kurzem eine Woche „Gewalt gegen Frauen" veranstaltet, in deren Verlauf auch ein Vergewaltigungsprozeß hier vor Ort gemeinsam besucht wurde. In der neuesten Ausgabe der „göttinger nachrichten – nicht nur – für frauen" schreiben sie unter anderem zu diesem Prozeß: *„Unsere Solidarität galt dem Opfer. Dem Opfer gehört sie auch heute noch, oder besser: Den Opfern."* Worauf sie sehr

Fortsetzung auf Seite 28

Freiheit für Dessie Woods

Dessie Woods ist eine schwarze Frau aus Georgia in den USA, wo sie eine 22-jährige Gefängnisstrafe verbüßt. Sie hat einen weißen Mann mit ihrem eigenen Gewehr getötet, der versucht hatte, sie und eine Freundin zu vergewaltigen. Bisher sind alle Zeugenaussagen in ihrem Fall mißachtet worden. Um diesen Fall auch international ins Bewußtsein zu rücken, wird Damemesha Blackearth, Sprecherin des "Nationalen Verteidigunskomitees von Dessie Woods" im August und September Europa besuchen.

Woods' Fall ist ein deutliches Beispiel für die Menschenrechtsverletzungen in den USA. Alle Erklärungen, die seit ihrer Inhaftierung an die Polizei gegeben wurden, sind gegen sie verwandt worden.

Seit ihrer Verurteilung ist Dessie Woods im Gefängnis mehrfach mißhandelt worden. Sie ist in eiskalte Isolationszellen gesteckt worden. Man hat ihr Prolixin gegeben, eine der stärksten und gefährlichsten das Bewußtsein verändernden Drogen. Die Nebeneffekte sind Zittern, Gedächtnisverlust, Starre und Verlust der Kontrolle über die einzelnen Körperteile. Diese Nebenwirkungen können zwei bis sechs Wochen anhalten.

Damemesha Blackearth wird in Kopenhagen, Lund, Hamburg, Frankfurt, Paris, Amsterdam und London sprechen. Sie wird über die Gründe reden, die zu Dessie Woods Verurteilung führten, und sie wird versuchen darzustellen, daß dieser Fall nur einer von vielen Menschenrechtsverletzungen ist, die es in den USA gibt.



Kontakt:
Dessie Woods
Suppcrt Coalition,
Post Office Box 921,
San Francisco,
California 94101, USA

Aus „TAZ", 30.7.79

Fortsetzung von Seite 27

ausführlich auf den Lebenslauf dieses Vergewaltigers eingehen, versuchen zu beschreiben, wie einer zu so etwas wird. Sie kritisieren das Gericht, weil dieses trotz erheblicher Zweifel an der wirklichen Schuld den Angeklagten verurteilt hat. *„Deutsche Gerichte sprechen nicht 'Recht', wenn der Begriff etwas mit 'gerecht' zu tun haben soll. Schuld ist für sie immer die Angelegenheit eines Individuums. Die Gesellschaft sitzt nicht auf der Anklagebank."* (frauen gn) Sie resümieren: *„Nur sollten wir uns, sollte sich die Frauenbewegung überlegen, ob wirklich...diese Justiz der Anwalt unserer Interessen sein soll, oder ob wir nicht dringend andere Formen des Öffentlichmachens, des Anprangerns, des Unmöglichmachens von Gewalt gegen Frauen brauchen."* (ebd.) Dem ist m.E. nichts hinzuzufügen.

Ich glaube, wir sollten die Frage der Verteidigung von den wegen Vergewaltigung Beschuldigten durch linke Anwälte ebenso wie die Forderung nach härteren Strafen für Vergewaltiger noch einmal gründlich überdenken. In der Art, wie die beiden Westberliner Genossinnen darangegangen sind, kann die Sache sehr schnell einen schlimmen Zungenschlag bekommen, etwa: „Keine Verteidigung für Vergewaltiger und ab in die Kiste!" Zugegeben – eine böswillige Interpretation, aber keine unmögliche.

jür, KHB Göttingen

Zur Rechtslage in Vergewaltigungsprozessen

Darüber, ob und wie Vergewaltiger verteidigt werden sollen, auch von Anwälten, die als fortschrittlich gelten, ist die Debatte sicherlich noch nicht beendet. Ich bin allerdings sicher, daß Frauen sich nicht in erster Linie den Kopf über eine sinnvolle Verteidigung des Vergewaltigers zerbrechen sollten, sofern es nicht die Haltung der Verteidiger den Frauen gegenüber betrifft.

Wichtiger scheint mir zu sein, sich ein sicheres Wissen über die Rechte der Frau in einem Vergewaltigungsprozeß zu erwerben.

In diesem Punkt einige Anmerkungen zu dem Artikel in AK 158.

Ihr schreibt:

„Doch sollte dabei bedacht werden, daß das Rumschnüffeln im Privatleben nur möglich ist, weil die Frau als Nebenklägerin die Beweislast tragen muß."

Und weiter: *„Es ist schon bezeichnend für diese Art von Prozessen, daß die Frau als Anklägerin eine Verteidigung braucht!"*

Hier geht einiges durcheinander:

Im Strafprozeß ist der Vergewaltiger formal erst einmal Angeklagter und die Frau Zeugin. Mit der Anklage hat die Frau nur insofern etwas zu tun, als sie die Zeugin der Anklage (des Staatsanwalts) ist.

Als Zeugin hat sie jedoch überhaupt keine Möglichkeit, aktiv in den Prozeß einzugreifen, sondern ist der schmutzigen Phantasie der übrigen Prozeßbeteiligten ausgeliefert.



Eine Chance, dieser vogelfreien Situation als Zeugin zu entgehen oder zumindest die schlimmsten Unverschämtheiten abzuwehren, besteht gerade darin, als Nebenklägerin aufzutreten.

Durch die ihr in diesem Fall zustehende Anwältin (Anwalt) hat die Frau die Möglichkeit, mit Anträgen und Fragen (z.B. an den Angeklagten) aktiv in den Prozeß einzugreifen. Ihr Rechtsbeistand kann ein Plädoyer halten, und durch diesen kann die Frau auch ein Schlußwort vortragen lassen.

Die meisten Vergewaltigungsprozesse laufen jedoch ab, ohne daß die Frau von der Möglichkeit der Nebenklägerschaft überhaupt weiß. Die Nebenklägerschaft ist in Vergewaltigungsprozessen heute leider völlig unüblich und schon gar nicht obligatorisch.

Eher ist sie eine Entdeckung der Frauenbewegung, denn - vorausgesetzt, sie beauftragt nicht gerade einen Becker als Anwalt - ist sie geradezu ein Vorteil für die Frau. Sie sollte daher nicht verdammt, sondern propagiert werden.

Eine Genossin der AG Frauen

Aus der Sicht des Rechtsanwalts

Ich habe als Anwalt bisher dreimal einen der Vergewaltigung angeklagten Mann verteidigt. Dies war für mich immer unangenehm und durchaus widersprüchlich. Auch weiß ich, daß es nicht zwei gleich starke Parteien im Vergewaltigungsprozeß gibt. Vielmehr muß die Stellung der Frau mehr geschützt werden, u.U. muß sie selbst anwaltlichen Beistand erhalten.

Es geht jedoch nicht an, wenn der Tenor lautet: „Für Vergewaltigung kann es keine Verteidigung geben!". Dies ist zu allgemein. Der Vergewaltiger selber braucht rechtlichen Beistand, da es eine Fülle von Möglichkeiten gibt, wie es ohne Verteidigung zu einem Fehlurteil kommen kann. Auch kann die Strafe zu hoch ausfallen, was den Vergewaltiger nach seiner Entlassung nur noch sexuell gehemmter und frustrierter werden läßt - mit der erhöhten Gefahr einer erneuten Vergewaltigung. Lange Knastzeit nützt keinem, schon gar nicht 'sog. Triebtätern. Der Abschreckungseffekt ist, da die Taten zumeist ungeplant passieren, nicht groß.

Das Recht auf anwaltlichen Beistand ist im übrigen ein unverzichtbares Grundrecht - für jeden, das steht außer Zweifel. Die entscheidende Frage ist vielmehr, w i e die Verteidigung zu handhaben ist. Ich versuche es auf folgende Weise: Ich mache dem Angeklagten in einer Art sozialpädagogischem Gespräch deutlich, warum ich die Vergewaltigung nicht billigen kann, warum die Frau in der Regel den schwächsten Part spielt. Ich diskutiere mit dem Mann. Dadurch wird diesem oft einiges klar. Ich erkunde für ihn therapeutische und gutachterliche Möglichkeiten. Die Arbeit vor dem Prozeß ist insofern wichtig.

Im Prozeß fangen die Widersprüche allerdings vehement an. Ich gebe zu, ich bin froh, wenn das Gericht selber schon die üblichen Fragen, die einem Mann landläufig bei Vergewaltigung einfallen, stellt. Hier wäre dann ein Rechtsbeistand für die Frau nötig. Leider gibt es eine solche zwingende Notwendigkeit in der Strafprozeßordnung nicht. Es kann der Frau lediglich geraten werden, als Nebenklägerin mit Anwältin aufzutreten.

Wenn ich selber Fragen an die Frau stellen muß, so bemühe ich mich, in einer Weise zu fragen, die die Frau nicht herabwürdigt. Ich meine, daß dies so recht und schlecht geht; zufrieden bin ich mit dieser Situation aber nicht.

Hier besteht das Dilemma, meinen Mandanten zu vertreten und gleichzeitig die Frau zu schonen. Das geht manchmal nicht zur gleichen Zeit. Eine gute Lösung habe ich hier noch nicht gefunden.

Wichtig wäre jedenfalls, wenn die geschädigten Frauen mehr als bisher die Erfahrungen mit der Justiz mit anderen Frauen besprechen. Und Anwälte sollten sich stärker Gedanken zur Handhabung der Verteidigung in solchen Prozessen machen.

Rechtsanwalt Arnold v. Bosse

Buchbesprechung:

Guten Morgen, du Schöne

Frauen in der DDR

Ich wollte was über DDR-Frauen wissen, und ich erfuhr auch etwas über uns. Die Protokolle, die die DDR-Journalistin und Autorin Maxie Wander durch intensives Zuhören und ein aktives Interesse an ihren Mitlebenden zusammengestellt hat, zeichnen Frauenportraits und zeigen Einstellungen, die weniger entfernt von uns sind, als man zunächst annehmen möchte. Gleichzeitig sind die dargestellten Selbsteinschätzungen von einer Offenheit u n d Präzision, wie es sie in Frauenreportagen oder -aufzeichnungen hierzulande kaum gibt. *„Hier wurde niemand ‚ausgefragt', kein wohlkalkuliertes Unternehmen unter Dach und Fach gebracht; es sprechen Frauen miteinander, die einander brauchen, die sich selbst und die anderen entdecken"*, schreibt die DDR-Autorin Christa Wolf im Vorwort. Und: *„Diese Texte entstanden nicht als Belege für eine vorgefaßte Meinung; sie stützen keine These ..."*. Eine Absage Maxie Wanders also sowohl an den Reportage-Stil bürgerlicher Frauenzeitschriften als auch an Alice Schwarzers „Kleinen Unterschied".

Die Herausgeberin hat Frauen aus allen Altersgruppen, Berufen und Situationen zu Wort kommen lassen. Da ist Erika, die 41jährige Dramaturgieassistentin, die sich fragt: *„Vielleicht ist das Emanzipation, daß Dinge, die früher zur Katastrophe geführt haben, heute kein Problem mehr sind. Daß eine Frau sagen kann: Wenn du nicht mitmachst, dann mach ich das alleine. Obwohl das nicht einfach ist"*.

Oder die 34jährige Sekretärin Rosi: *„Ach ja, unser sozialistischer Konformismus. Wie soll eine Gesellschaft weiterkommen, die nicht mehr infrage stellt, nicht mehr verändern will, Risiken scheut? Da hätten wir doch den lieben Gott und die Dogmen unserer Großeltern übernehmen können"*.

Mit einer Hausfrau, einer Bibliothekarin, einer Facharbeiterin, einer Funktionärin und Serviererin u.a. mehr hat Maxie Wander gesprochen. *„Man lernt dabei, das Einmalige und Unwiederholbare jedes Menschenlebens zu achten und die eigenen Tiefs in Beziehung zu anderen zu bringen"*, sagt sie. Und doch bei aller Unterschiedlichkeit und der Nähe zu unseren Erfahrungen als Frauen in der BRD – eines ist mir besonders aufgefallen: die Hoffnung, der unverkrustete Lebensmut, der trotz erlebter Enttäuschungen, trotz Verzichts auf gewisse Selbstverwirklichungswünsche, trotz des Ärgers mit den Bürokraten ja doch auch etwas mit der DDR-Geschichte zu tun haben muß. Christa Wolf sagt dazu: *„Es zeugt von Selbstvertrauen, und es zeugt von einer historischen Situation, die Frauen verschiedenster Schichten eine solche Souveränität gegenüber persönlichsten Erfahrungen gibt, welche sie vor kurzem noch sich selbst und anderen verschwiegen"*.

und:

„Die Möglichkeit, die unsere Gesellschaft ihnen gab: zu tun, was die Männer tun, haben sie ... zu der Frage gebracht: Was t u n die Männer überhaupt? Und will ich das eigentlich?".

Damit ist in den Frauenprotokollen jedoch nicht der Rückzug vom gesellschaftlichen Engagement gemeint, sondern der neue, andere Umgang mit Menschen, die Genossen oder Mitbürger sind, am Arbeitsplatz genauso wie im Berufsleben. Lena, 43, Kunstdozentin und Funktionärin, ist ein Beispiel dafür: ihr Leben ist voller Emotionalität und Tatkraft, sie kann sich selbst in Frage stellen, ohne an sich zweifeln zu müssen. In diesem Buch findet man nichts von der Halbherzigkeit, dem Muff, Lippenbekenner- und Duckmäusertum, die eigentlich laut gängiger Berichte auch bei diesen Frauen zu vermuten wären. Im Gegenteil, die Interviews zeigen, daß nicht Anpassung und Einrichten im Mittelmaß, sondern der Hunger nach Leben mehr als nach Konsum im Vordergrund des Verlangens der Frauen steht. „Genug ist nicht genug"! (K. Wecker). Dieses Buch ist eine Absage an Kalte Krieger ebenso wie an DDR-Fans a la DKP.

R., Kulturkommission

Die Scham ist vorbei

Eine persönliche Erzählung

Noch eine Buchbesprechung

Dieses Buch war mir als ein sehr spannendes und ehrliches Frauenbuch empfohlen worden. Auf unserem Frauengruppen-Wochenende habe ich das Buch gelesen und wurde schon nach den ersten 10 Seiten in den Bann dieses Buches gezogen.

Das Buch ist in einer ungemein spannenden Ausdrucksweise, mit frauenfreundlicher Wortwahl, geschrieben. Autobiographisch erzählt Anja Meulenbelt ihre Lebensgeschichte, ein Frauenschicksal. Durch das ganze Buch zieht sich, mit Gordes gekennzeichnet, die Gegenwartszeit, in der sie dieses Buch schreibt. Die Leserin erfährt über ihr jetziges Leben, Anjas gerade zu Ende gegangene Freundschaft und Liebe mit Anna, die Urlaubsreise mit ihrem Sohn Armin und ihrem neuen Freund Hans. Zwischen den Gegenwartserzählungen erfährt die Leserin die Vergangenheit dieser emanzipierten Frau. Mit 16 Jahren schwanger, Heirat, 3 Jahre Unterdrückung und Prostitution in der Ehe, Leben als alleinstehende Mutter, neue Berufsausbildung als Sozialarbeiterin, drei Jahre Leben in der Subkultur, drei Jahre politisches Leben. Dann Entwicklung zur Feministin. Gegenwart und Vergangenheit schließen sich zusammen in der Erzählung vom Leben einer lesbischen Frau mit ihren Zweifeln und Träumen. Ich finde es legitim, daß eine lesbische Frau in einem Buch ihre persönliche Lebensweise vertritt. Das ist eigentlich auch der angenehmste und wirklich überzeugende Aspekt in ihrem Buch.

Auf die Frage *„Wirst du nun glücklich vom Feminismus?"* antwortet sie: *„ ‚Naja, nein, manchmal', sage ich zögernd. Glücklich? Einfacher ist es sicher nicht. Wir überfordern uns regelmäßig durch unsere eigenen Ideale, bringen davon noch wenig zustande. Sisterhood ist Powerful – it can kill you."* (Lesbischsein ist machtvoll – es kann dich aber auch töten). Es machte mir sehr viel Spaß zu lesen, mit welcher Offenheit und auch Witz die Autorin z.B. die Auseinandersetzung um feministische Positionen führt. *„Findest du das nun wirklich schön, nur mit Frauen?, fragt ein dicker Mann am Ausgang und grinst mich suggestiv und unfreundlich an. Ja, natürlich sage ich giftig, stell dir mal vor, sie sind fast wie Menschen"*

Eine antikommunistische Erzählung

Durch das Buch zieht sich aber auch eine politische Geschichte. Die Geschichte einer politisch aktiven Frau, die in den Mühlen der „K-Gruppen" untergeht. Vom ersten Augenblick der Begegnung an werden „K-Gruppen"-Menschen als autoritär, brutal und frauenfeindlich dargestellt.

Die erste Begegnung mit den „K-Gruppen" findet statt, als Anja noch bei der Black-Panther Zeitung arbeitet. Diese Arbeit wird als sehr fruchtbar dargestellt und – wie sollte es anders sein – dann von den „K-Gruppen"-Leuten kaputt gemacht. *„Eine Demonstration (Black-Panther) wird gesprengt durch die Cineclub-Jungen* (angebliche „K-Gruppe", Anm. d. Verf.), *die auf einmal Vorhutanfälle bekommen und vor den Zug rennen, erstaunt angestarrt durch die Aktionsgruppen der Surinamer und Antilianer, die vorne gingen und nicht verstehen, was das Grüppchen weisser, ins Megafon schreiender Knaben soll. Hanna und ich gingen als Abordnung zum Cineclub, um es auszudiskutieren, Beschlüsse zu fassen. Wir beschließen nun, sagt einer der Jungen des Cineclubs, und danach wird abgestimmt Zwanzig Jungen, Hanna und ich zu zweit. Das ist nun demokratischer Zentralismus, sagt der Anführer zufrieden. Da hattet ihr keine Ahnung von, was? Wir gehen weg. Männer, sollen wir uns über sie hermachen, sagt der jüngste Junge, der ungefähr vierzehn sein müßte"* (Seite 111).

Warum Anja nach dieser für sie doch wohl erschreckenden Erfahrung schon auf der nächsten Seite des Buches doch den Schritt macht, sich *„dem marxistisch-leninistischen Studentenbund – dem Kindergarten der KEN"* (niederländische „ML"-Organisation) anzuschließen, bleibt eigentlich unlogisch, von ihrer sonstigen Entwicklung aus betrachtet. Nur, wenn die Autorin eine antikommunistische Geschichte braucht, dann ist es sicherlich überzeugender, eigene Erfahrungen in so einer „K-Gruppe" gemacht zu haben. In der „ML"-Gruppe gibt es denn auch alles, was so als antikommunistisches Klischee durch die Lande zieht. Z.B. keine kritischen Fragen und ein autoritärer Vorsitzender – *„Merke, daß ich nicht viele kritische Fragen stellen darf, wenn der Vorsitzende zum hundertsten Male seine durchbohrenden Augen auf mich richtet ..."* (S. 113).

Selbstverständlich tauchen auch der *„kahle Schreibtisch und das Klappbett mit nur einer alten Decke als Bettdecke, einem Bücherbrett, dem Plakat mit den Köpfen von Marx, Engels, Mao, Stalin und Lenin an der Wand"* auf (S. 114).

Anja und ihr Freund wollen sich „völlig aufopfern für die Sache der Arbeiter", so sammeln sie für einen Streik Geld. Doch was für ein Reinfall: *„Als ich das Geld abliefere und die Büchse Gulasch, die ich auch noch mitbekommen habe, beginnt es mir zu dämmern, daß Willem und ich fast die einzigen sind, die sich die Sohlen heißgelaufen haben. Und somit steht die Frage ... Bleiben wir ewig Laufjungen?"* (S. 116).

Last not least ist sexuell die Welt für Anja auch nicht mehr in Ordnung. Liebemachen ist nicht groß geschrieben bei den Genossen, außer dem anderen können sie es einfach auch nicht richtig. Anja ist enttäuscht. Sie tritt aus der „K-Gruppe" aus und in die Gewerkschaft ein, wo sie nun die „echten" Arbeiter trifft. *„Meine ersten Arbeiter, die mir die KEN so lange vorenthalten hat"* (S. 119). Jetzt beginnt die Zeit der erfolgreichen Arbeit mit den „echten" Arbeitern; aber da haben sich die „K-Gruppen"-Leute schon wieder etwas Schlimmes einfallen lassen: sie unterwandern die Gewerkschaft!

Ein „ML"er fordert, *„daß wir wieder Mitglieder werden und uns den Aufträgen unterordnen, die wir vom Zentralkomitee bekommen. Wir weigern uns."* Stattdessen findet Anja es völlig legitim, den „K-Gruppen"-Menschen bei der Gewerkschaftsführung zu denunzieren und ist danach entsetzt über seine Wut.

Zu allem fähig sind die „K-Gruppen"-Menschen: *„Ich breche euch alle Knochen, wenn ihr euren Fuß noch einmal über diese Schwelle setzt, schreit das KEN-Mitglied und wir sehen, daß er dazu imstande ist"* Anja *„Taucht für ein paar Wochen in einer Studentenwohnung unter, als wir hören, daß das KEN-Mitglied bei einem anderen vor der Tür gestanden hat, um ihn zusammenzuschlagen"* (S. 123).

Ich finde die ganze politische Geschichte der Anja M. nicht nur total überzeichnet und von Klischees geprägt, sondern ich sehe auch die Gefahr darin, daß beim Lesen entsprechende Assoziationen eintreten. Die eine oder andere dargestellte Geschichte kennt frau sicherlich als Anekdote (oder auch eigener Erfahrung) über diese oder jene linke Gruppe. Anja Meulenbelt hat ein Buch gerade für linke Frauen geschrieben, mit der eindeutigen Empfehlung: Finger weg von den Kommunisten! – Und was macht Anja politisch weiter?

„Wärme durch gemeinsame Arbeit, Wärme, die wir mit ins Bett nehmen. Zusammen machen wir eine neue Gruppe auf ... die an der Beziehung zwischen Feminismus und Sozialismus arbeiten" will (S. 238). Es bleibt die Frage, ob die persönliche, offene Darstellung der Liebesgeschichten und Gefühlswelt von Anja Meulenbelt nur Mittel zum Zweck ist, den Antikommunismus zu propagieren?

Eine Genossin der AG Frauen Hamburg

Mädchenheim Heiligensee [Westberlin]:
Der alltägliche Skandal

Unter diesem Titel hat der „Arbeitskreis Heimerziehung Berlin" eine Dokumentation herausgegeben: *„Die Inhalte dieser Dokumentation würden nur wenigen Medien Anlaß dazu geben, eine Schlagzeile aufzusetzen oder eine Nachricht zu verbreiten. Von keinem Fast-Totschlag oder angeketteten Heimmädchen ist die Rede, sondern von unmenschlichen Arbeitsbedingungen, von undemokratischen und auf Willkür angelegten Entscheidungskompetenzen, von menschenverachtenden pädagogischen Grundsätzen, von kleinen aber ständigen Quälereien, kurzum, vom alltäglichen Skandal im Mädchenheim des Diakoniezentrum Heiligensee"* (S.5).

Betroffene Mädchen und Erzieher/innen hatten sich zusammengesetzt, um einmal minutiös den Heimalltag zu schildern - von Seiten der Erzieher/innen und von Seiten der Mädchen. So werden auf 40 Seiten Tagesabläufe, Erfahrungsberichte, der Träger des Heims, die Personalsituation, die Entscheidungsabläufe und die Versuche, sie zu unterlaufen dargestellt. Auf die Schulsituation, die angebotenen Berufswege, die Freizeit, die medizinische Versorgung, auf die Strafen und die Diskriminierung der Sexualität der Mädchen wird eingegangen. Hier nur einige Beispiele aus dem „heilpädagogischen Heim": *„Vom guten Willen der Pförtner sind die Mädchen abhängig, soweit sie mal nach 22.oo Uhr - also verspätet - zum Heim zurückkehren. Dann entscheiden die Pförtner, je nach Lagebeurteilung und vielleicht auch guter Laune selbstherrlich, ob die zuständige Erzieherin angerufen wird... Unterbleibt der Anruf, so werden die Mädchen zwar auf das Heimgelände gelassen, doch müssen sie dann riskieren, daß auch andere Erzieherinnen und Mädchen aufwachen und auf ihr Zuspätkommen aufmerksam werden.*

Da Zuspätkommen in der Regel aber mit einer Strafe belegt wird, ziehen es daher manche Mädchen nicht selten vor, bis zum nächsten Morgen vor dem Haus zu warten." (S.19). Die Mädchen dürfen z.B. auch nicht ohne Erlaubnis telefonieren! Auf die Sexualität und die Zärtlichkeitsbedürfnisse der Mädchen wird von Seiten der Heimleitung gar nicht oder in demütigender Weise eingegangen: *„Körperliche Kontakte der Mädchen untereinander und zu den Erzieherinnen, wie Umarmungen und sonstige Zärtlichkeiten sind unerwünscht und werden sehr schnell als lesbische Kontakte bezeichnet. „Verdächtig" machen sich Mädchen schon, wenn sie Arm in Arm übers Gelände laufen"* (S.21). Dagegen: *„Einen anständigen, netten festen Freund zu haben, wird von der Heimleitung belohnt. Er muß sich allerdings erst (...) vorgestellt haben. Danach ist es ohne weiteres möglich, daß die Ausgangszeiten dieses Mädchens sogar den Wünschen ihres Freundes angepaßt werden. Das schafft zusätzliche Abhängigkeiten"* (S.21).

Auch sonst werden die Mädchen voll auf das „normale" Frauenbild hin erzogen. So wird bei heiminternen Veranstaltungen auf das Tragen von Röcken großen Wert gelegt. Dezentes Schminken ist erwünscht. Die Arbeitsangebote bestehen aus Küche, Friseur, Schneiderei, Wäscherei, Putzen.

Planstellen sind nicht besetzt, der häufige Wechsel der Erzieherinnen macht eine sinnvolle Arbeit nicht möglich. Mit Vorliebe werden ältere Erzieherinnen eingestellt, durch Kredite und Darlehn wird versucht, eine Abhängigkeit des Personals herzustellen. Ein ganzes System gegenseitiger Bespitzelung existiert.

Wenn ein Mädchen auf „Trebe" war und zurückkommt, wird es in die „Isolierzelle" gesteckt und muß dort bleiben bis zum wöchentlichen Besuch der Frauenärztin. Man unterstellt den Mädchen sofort, sie hätten Geschlechtsverkehr gehabt und trügen womöglich Geschlechtskrankheiten ins Heim. Diese Behandlung ist absolut demütigend und erniedrigend.

Am Ende der Dokumentation machen sich die Herausgeber Gedanken darüber, daß in letzter Zeit fast alle Heimskandale Mädchenheime betrafen. *„Wir kamen zu der Einschätzung, daß dies kein Zufall sein kann, sondern der Grund hierfür in den subtileren Unterdrückungsmechanismen zu suchen ist, denen Mädchen in Mädchenheimen ausgesetzt sind." (...)*

„Mit dem Einsetzen der Pubertät werden neue Rollenerwartungen an die Mädchen gestellt. (...) Die Sexualität der Mädchen, in ihrer Kindheit tabuisiert, wird ihnen jetzt brutal „erfahrbar" gemacht. In dieser widersprüchlichen Situation spitzen sich die Konflikte für die Mädchen immer weiter zu, und sie reagieren auf diesen Druck häufig mit Weglaufen und Schulverweigerung.

In diesem Entwicklungsabschnitt werden die Mädchen häufig in Heime abgeschoben. Sexueller Mißbrauch und Vergewaltigung der Mädchen durch Väter, Stiefväter, Verwandte und Freunde, wird als „sexuelle Verwahrlosung" den Mädchen angelastet. Durch die Heimeinweisung wird der Konflikt für die Familie zwar vordergründig beseitigt, für die Mädchen jedoch heißt dies doppelte Diskriminierung" (S.37).

Statt den Mädchen zu helfen, werden sie auch im Heim immer weiter in ihre „Minderwertigkeit" hineingestoßen.

Die Herausgeber hoffen, daß die Dokumentation dazu beiträgt, daß die Auseinandersetzungen über die Zustände und Veränderungsmöglichkeiten in der Heimerziehung wieder öffentlich geführt werden.

Die Dokumentation und eine Veranstaltung zum gleichen Thema haben ziemlich viel Staub aufgewirbelt. So berichteten Tagespresse und Radiosender über die Zustände im Heim. Der Träger des DZM beeilte sich, mitzuteilen, die Dokumentation enthalte „viele unwahre Behauptungen und ungerechtfertigte Vorwürfe" und entrüstete sich, daß sie vor Veröffentlichung keine Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten hätten („Tagesspiegel", vom 23.6.79).

Kurze Zeit später wurde eine 27 Seiten lange Gegendarstellung auf einer Pressekonferenz verteilt. Die Äußerungen des Herrn Mach, Vorstandsmitglied des Evangelischen Jugend- und Fürsorgewerks e.V., Träger des Mädchenheims, lieferten dabei erneute Beweise für den Erziehungsstil, der dort üblich ist. Seine Kernaussage lautete demagogisch: *„Grenzenlosigkeit kann unmenschlich sein, besonders für den Konfliktbeladenen".* Immerhin wurde verkündet, man werde die Ausgangszeiten künftig individueller und lockerer gestalten. Ansonsten soll aber alles beim alten bleiben („Tsp.", 14.7.79 und „TAZ" v. 16.7.79).

Der Senat, dem laut Jugendwohlfahrtsgesetz die Heimaufsicht obliegt, deckt das Diakonische Werk - immerhin mit 28 Einrichtungen der größte Verband in Westberlin. So wurde zur gleichen Zeit eine „Kommission für Unterbringungsfragen" gegründet, wo - anscheinend ohne jede Schwierigkeiten - Vertreter der Bezirksämter, des Senats, Wissenschaftler und eben die Wohlfahrtsverbände mit dem Diakonischen Werk an der Spitze einträchtig *„beraten und nachdenken"* („Tsp." v. 7.7.79).

Auf einer Pressekonferenz am 17.7.79 zur Berliner Heimsituation bezog der Senatssprecher mit keinem Wort Stellung zu den Zuständen im DZM. Auf Nachfrage wurde schließlich erklärt:

„Auch wenn der Senat die Heimaufsicht habe, bedeute dies nicht Ermittlung, sondern Beratung, und in diesem Sinne fänden z.Z. Gespräche mit der Heimleitung und den Erziehern des Mädchenheimes statt. Im Übrigen sei es üblich, daß die laufende Durchführung der Heimaufsicht den Spitzenverbänden - in diesem Fall also dem Diakonischen Werk - übertragen würde. Auf gut deutsch: Der Verband beaufsichtigt sich selbst" („TAZ" v.19.7.79).

Von dieser Seite ist also nichts zu erwarten.

Eine Genossin aus Westberlin

Der alltägliche Skandal – Dokumentation über das Mädchenheim im Diakoniezentrum Heiligensee.
Hrsg: Arbeitskreis Heimerziehung Berlin
4o Seiten 3,-DM

zu beziehen über:
Regenbogen-Buchvertrieb
Seelingstr. 47
1ooo Berlin 19

Ich möchte hier mal aufschreiben, was mich schon seit einiger Zeit bewegt und ein paar Denkanstöße geben.

Ich, fast 29 Jahre, habe vier Kinder. Bin seit September 1977 in der „linken Szene". Meine Entwicklung:

Ich - ohne Schulabschluß und ohne Berufsausbildung (wozu, heirate ja doch) wollte möglichst früh aus dem Elternhaus, weil ich mich dort nicht wohl fühlte. So habe ich auch promt mit achtzehn mein erstes Kind gekriegt, mit neunzehn den Vater des Kindes geheiratet, mit 21 das zweite, mit 23 das dritte und mit 25 das vierte Kind bekommen. Dann hatte ich die Schnauze voll und habe mich sterilisieren lassen (Verhütung ist halt Frauensache). Meine Ehe war ziemlich kaputt. Mein Mann gab mir kaum Geld zum Lebensunterhalt, kam oft nicht nach Hause und vieles mehr. Mir war schon recht mies in der Zeit, aber ich wußte nicht, wie ich mich dagegen wehren sollte. Ich hatte Angst vor der Trennung, Angst allein zu sein, allein auch mit den Sorgen um die Kinder.

Irgendwann bekam ich mal von einem netten jungen Mann ein Flugblatt in die Hand gedrückt über Atomkraftwerke usw. Darunter stand auch die Adresse einer Frauengruppe. Ich dachte mir, da gehe ich mal hin, nur so aus Neugier. Ich habe mich dann regelmäßig mit den Frauen getroffen. Ich ging auch zur BI gegen AKWs und in mir erwachte nach jahrelangem Tiefschlaf Interesse am politischen Leben. Kurz: Ich wachte auf. Ich war da! Ich erkannte auch meine Situation und mir wurde immer klarer, daß ich mich von meinem Eheklotz befreien mußte. Ich habe mich also von dem Typ mit Hilfe der Frauengruppe und der BIler getrennt. Ich entdeckte an mir Sachen, die ich vorher nie für möglich gehalten hatte (kein Wunder nach acht Jahren Eheapathie). Ich war aufgeschlossen und wißbegierig. Ich wollte nun endlich leben.



Aber das war doch nicht so einfach. Ich habe ja vier Kinder. So organisierte ich die Kinder von mir weg, um meinen Bedürfnissen (Terminen etc.) nachzukommen. Irgendwie klappte es aber nicht so. Die Leute, die mich in der Kinderfrage unterstützten, wußten auch nicht so recht, wie sie mit den Kindern umzugehen hatten. So wurde fast jeder Kinderdienst chaotisch. Chaotisch für die Kinder und für die Leute. Ich wurde unzufrieden, wollte alles hinschmeißen, machte den Leuten Vorwürfe, reagierte moralisch.

Durch Zufall geriet ich an eine Kinderinitiative und bekam auch Plätze. Ich merkte schon, daß sich an meinem Verhalten den Kindern gegenüber was veränderte, aber durch die Belastung habe ich oft große Fehler gemacht. Das Verhältnis zwischen mir und meinem ältesten Kind N. war so gespannt, daß es mir oft passierte, ihn zu schlagen. Ich litt sehr darunter, denn ich hatte/habe den Anspruch, Kinder repressionsfrei aufwachsen zu lassen. Ich war ziemlich verzweifelt, wenn's wieder geschah.

Nun wohnt N. in einer Wohngemeinschaft, in der er sich sehr wohl fühlt. Ich arbeite halbe Tage in der Kinderinitiative mit. Obwohl sich einiges positiv verändert hat, bin ich noch sehr belastet mit meinen drei anderen Kindern. Wir wohnen in einer 67 qm kleinen Wohnung.

Ich bin oft resigniert, denn neben dem täglichen Kleinkram und der Arbeit muß ich auch Zeit für die Kinder haben. Allein schaffe ich es nicht. Es muß eingekauft werden, gewaschen, genäht und dererlei mehr gemacht werden, sodaß ich abends meistens nicht mehr die Kraft habe, mich sinnvoll mit den Kindern zu beschäftigen. Wenn ich einen Termin habe, steht immer die Frage an: „Was mit den Kindern?". Meistens paßt eine Nachbarin auf, aber das Optimale ist das nicht. Samstage und Sonntage sind ziemlich öde, da bin ich dann nur Hausfrau. Oder möchte ich mal lesen, z.B. den AK, geht es nur abends, und weggehen kann ich nur ziemlich spät, wenn alles schläft. Da ich mich auf meine früheren Termine fast nie vorbereiten konnte (Zeitmangel), gehe ich kaum noch auf irgendwelche, weil es so eh sinnlos ist. Ein Freund von mir kann nur mittwochs Kinderdienst machen, ein anderer nur unregelmäßig donnerstags. Das sind Sachen, die mich ziemlich nerven, weil die Termine, die mich interessieren, nicht auf diese Wochentage fallen. Überhaupt ist es so, daß es gerade noch akzeptiert wird, mal auf die Kinder aufzupassen. Aber möglichst nicht zu oft, das ist zu anstrengend, denn bei dreien ist es schon ziemlich schwierig, auf die Bedürfnisse der Kinder einzugehen.

Ich halte es auch nicht für sinnvoll, wenn laufend die Personen wechseln, weil sich die Kinder immer auf die „Neuen" einstellen müssen und keinen Bezug zu ihnen entwickeln können, sich durch das viele Wechseln von mir abgelehnt fühlen und sich dadurch noch mehr an mich klammern.

Die Kinder schlafen auch mal bei anderen Kindern aus der Initiative. Aber es ist schon ein Problem, alle auf einmal unterzubringen, weil es ja auf freiwilliger Basis geschehen soll. So bin ich doch nie alle auf einmal „los", wenn ich was vorhabe. Oder wenn ich mich durchsetze, geht das auf Kosten des Kindes, das zu Hause sein möchte. Ich habe schon außer den Terminen in der Kinderinitiative, zu denen ich gehen muß, keine anderen Termine mehr, das macht mich wütend, weil ich auch gerne andere Sachen machen möchte, z.B. BI-Arbeit und Frauengruppe.

Mein fünfjähriges Kind schläft oft woanders und ist ziemlich selbstbewußt. Wir haben mal diskutiert, ob es nicht sinnvoll ist, wenn es bei einem anderen Kind, bei dem es gern schläft, auch wohnt, da die Leute F. gerne mögen und auch räumlich dazu in der Lage sind.

Ich habe mit F. darüber gesprochen. F. war entsetzt und der Meinung, ich will sie nicht. Und schlief eine ganze Zeit nicht mehr bei anderen Kindern. Ich akzeptiere, daß sie bei mir bleiben will. Mit den beiden anderen Kindern gehts nicht. G. schläft kaum woanders und hängt sehr an mir. Und K., drei Jahre alt. Da steht's nicht an. K. ist in der Kindergruppe, in der ich auch bin und würde nie verstehen, warum nun woanders wohnen.

Deshalb suche ich eine Wohngemeinschaft. Ich sehe darin große Vorteile. Die Kinder hätten feste Bezugspersonen, würden viel mehr Zuwendung bekommen, als ich jetzt in der Lage bin zu geben. Und in meiner jetzigen Situation bin ich kaum in der Lage, da was zu ändern, weil ich - wie erwähnt - neben der Kindererziehung auch alles andere schmeisse.

Ich würde durch die Wohngemeinschaft entlastet sein und auch politisch „mit gutem Gewissen" was machen können. Dabei ist mir klar, daß so eine Wohngemeinschaft erhebliche Anforderungen an die Mitbewohner stellen würde. Aber bisher muß ich diese Anforderungen ganz allein erfüllen.

Ich erwarte z.B. von den Leuten, daß sie sich verbindlich um die Kindererziehung kümmern. Deshalb geht es nicht, daß man mal eben so locker zusammenzieht und, wenns nicht klappt, wieder abhaut.

D.h. sie müssen eventuell andere Interessen zurückstellen, wie z.B. den eigenen Kinderwunsch. Sich mehr Zeit für die Kinder nehmen, statt andere Sachen zu machen. Ich finde es wichtig, daß die Leute auch bereit sind, von Kindern was zu lernen.

Ich habe meinen Wunsch, in eine Wohngemeinschaft zu ziehen, in der Kinderinitiative und auch mit einigen Eltern besprochen. Dort zeigten zwei Leute, allerdings auch mit Kindern, Interesse. Das halte ich für ein Problem (mit noch mehr Kindern zusammen zu ziehen), weil dann die gerechte Besetzung mit Erwachsenen nicht gewährleistet ist.

Ich habe dann mit „kinderlosen" Genossen diskutiert, Jeder fand meine Idee, in eine Wohngemeinschaft zu ziehen, gut. Aber sie selber stellten sich außen vor. Es kamen Argumente wie: **„Ich fühle mich jetzt nicht in der Lage, mit Kindern zusammenzuziehen"**, oder: **„Ich mache politisch zu viel und müßte dann einiges streichen"** oder: **„Ich mache Schule und brauche Ruhe, um zu arbeiten!"** und vieles mehr.

Sicher wurde bemerkt, daß ich stark belastet bin, aber jeder hat die Verantwortung weit von sich geschoben, da was zu verändern. Von mir wird erwartet, daß ich es schaffe. Schaffe, mich politisch zu engagieren, zu arbeiten, für die Kinder da zu sein und den anderen Kram zu machen. Sicher hat man gesehen, daß ich kaum Zeit für mich habe, aber mit einem mitleidigen Achselzucken wars getan. Ich solls packen!

Kann mir 'mal jemand sagen, wie ich das machen soll, ohne daß irgendjemand oder irgendwas dabei zu kurz kommt, wenn niemand sich angesprochen fühlt???

Wie wär's in Zukunft mit weniger Sprüchen und mehr Taten?!

U., Hamburg

Lesben und Schwule rebellieren in San Francisco



Am 10. Jahrestag der Stonewall-Rebellion antwortete die schwule und lesbische „Community" (Gemeinschaft) San Franziskos mit einem militanten Aufstand auf die ständigen Angriffe auf ihre Rechte durch Bullen, Gerichte, Medien, Staat und Kirche. Am 21. Mai stürmten – wie bereits kurz berichtet – 5.000 aufgebrachte Lesben und Schwule das Rathaus der Stadt, griffen die Bullen an, brannten deren Autos nieder und rächten Harvey Milk.

Unmittelbarer Anlaß für dieses Zweite Stonewall war das skandalöse Urteil gegen den rechtsradikalen Killer Dan White, der im November 1978 den ersten offen schwulen Stadtrat Harvey Milk sowie den Bürgermeister Moscone erschossen hatte. Am 21. Mai kam White mit einer milden Strafe wegen Totschlags davon (siehe Kasten). Dieses Urteil stellt eine ungeheure Provokation der „Gay and Lesbian Community" dar und war der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte: Bereits im Verlauf des Prozesses hatten reaktionäre und faschistische Kräfte mächtig für ein mildes Urteil für White mobilisiert.

Die Rebellion von San Franzisko ist aber auch eine Antwort auf zunehmende Hetze reaktionärer, sexistischer und faschistischer Kräfte in den USA, auf die Briggs- und Bryant-Kampagnen, die Liquidierung schwuler/lesbischer Rechte durch Volksabstimmungen in Dade County (Florida), Wichita (Kansas), St. Paul (Minnesota) und Eugens (Oregon), die Verweigerung einer „Gay and Lesbian Rights Bill" in New York, die ständigen Bullenüberfälle auf die Sub und eine Klassenjustiz, die Schwule und Lesben als minderwertiges Leben behandelt.

Pro-White-, sowie rassistische, sexistische und speziell antischwule/lesbische Slogans waren überall in der Stadt aufgetaucht. So liefen z.B. Bullen außer Dienst mit T-shirts „Free Dan White" rum (Gay Community News, 26.5.79), hatten acht besoffene Bullen in Zivil das Lesbenlokal „Peg's Place" überfallen und die Frauen mit sexistischen Sprüchen angemacht und beleidigt, hatte eine Polizeistreife einen Schwulen beim Plakatekleben festgenommen.

Dan White: Ex-Bulle, Reaktionär sexistisch!

Der politische Charakter der Morde an Milk und Moscone ist offensichtlich. Milk hatte als offen Schwuler für den Stadtrat kandidiert und seine Wahl war ein wichtiger Sieg im Kampf für schwule/lesbische Rechte. Milk trat für die Rechte der „Black Community" und anderer Minderheiten ein, war antirassistisch und unterstützte soziale Programme für die Armen. Moscone vertrat als Bürgermeister einer Stadt mit stark liberaler und gewerkschaftsfreundlicher Tradition und einer stets wachsenden großen homosexuellen Bevölkerung eine Politik, die ihm erbitterte Feindschaft der Rechten und Konservativen und des „Gesunden Volksempfindens" einbrachte.

White ist ein Repräsentant der äußersten Rechten: Ex-Bulle, nahm als Mitglied der faschistischen „Black Barets"-Truppe am Vietnam-Krieg teil, und kandidierte auf einem „Law and Order"-Programm für den Stadtrat. Besonders aus Kreisen der Polizei wurde seine Kandidatur unterstützt. Eine Sprecherin der kürzlich gegründeten Gruppe „Lesben und Schwule gegen Polizeibrutalität und Todesstrafe" über White: *„Für uns ist White ein Repräsentant des reaktionären, äußerst rechten Flügels. Er ist ein Verbündeter des großen Kapitals und Vertreter einer „Law and Order"-Politik. Er unterstützt die gleiche Politik der Unterdrückung wie Briggs. Für uns ist er der „normale" Ex-Bulle, pervers in seinem Haß auf Schwarze, Schwule und Lesben!"* (Workers World, 25.5.79). Als White am 21.5. wegen Totschlags zu einer vergleichsweise milden Strafe verurteilt wurde, war es klar, was dieses Urteil für die „Gay and Lesbian Community" bedeutete: Eine neue Jagdsaison auf alles „Unnormale" sollte eröffnet werden.

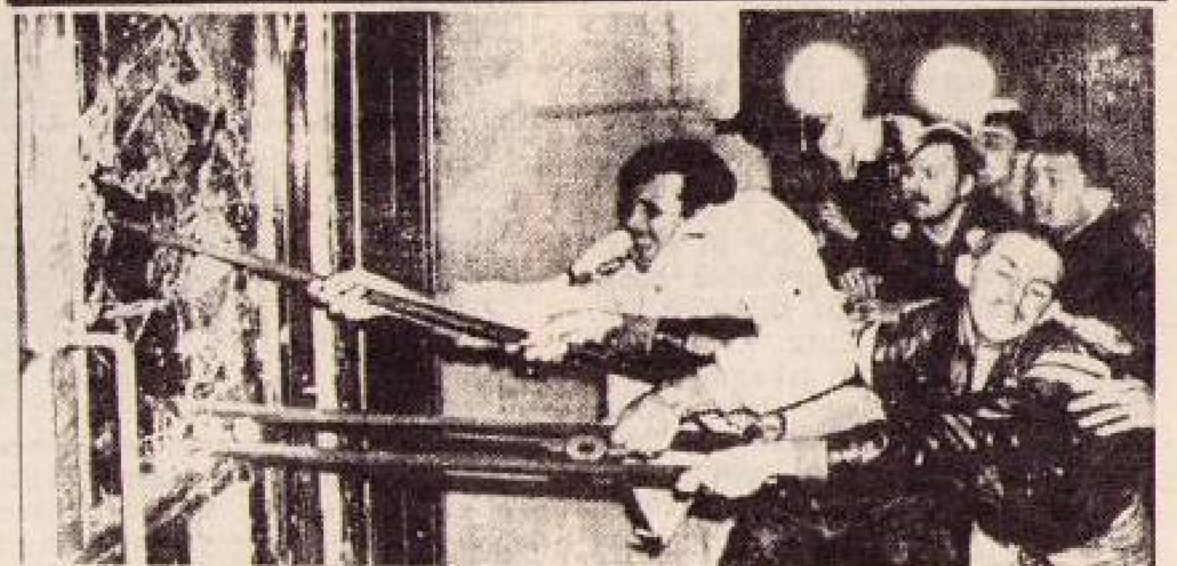
„Out of the Bars, into the Streets!"

Am Montag, den 21.5.79, 17.28 Uhr, wurde das Urteil über Radio und Fernsehen bekanntgegeben. Bereits 15 Minuten später hatten sich 200 bestürzte und empörte Schwule und Lesben in der Castro-Street versammelt. Transparente forderten: „Rache für Harvey Milk", Flugblätter wurden verteilt. Um 19 Uhr war die Menge auf 1.000 angewachsen. Castro-Street (schwules und lesbisches Zentrum von SF) wurde für den Verkehr gesperrt, kurze Zeit später Market-Street. Hauptparole: „Out of the Bars, into the Streets" (Raus aus den Bars, in die Straßen). Die Zahl der Demonstranten wurde immer größer, der Zug setzte sich in Richtung Rathaus in Marsch. Neue Parolen: „Wir wollen Gerechtigkeit!", „Bürgerrechte oder Bürgerkrieg!", „Rache für Harvey Milk!" Die Stimmung wurde zunehmend militanter. Ein Teilnehmer: *„Als wir am Rathaus ankamen, waren wir 3.000 ungeheuer wütend. Die Eingangstüren des Rathauses wurden eingeschlagen. Polizei eilte durch die Menge, um die Demonstranten daran zu hindern, durch die Nebeneingänge in das Gebäude zu kommen, wo gerade der Stadtrat tagte..."* (Torch, Supp. on Gay Lib., June '79). Eine in der Eile geplante Kundgebung mußte abgebrochen werden, weil niemand bereit war, den abwieglerischen Argumenten des schwulen/lesbischen Establishment (darunter Leonhard Matlovich und Harry Britt, Nachfolger Milks im Stadtrat) zuzuhören. Lediglich eine militante Lesbe konnte sich Gehör verschaffen. Sie brachte die Stimmung der mittlerweile auf 5.000 angewachsenen Menge auf den Punkt: *„Unsere Wut ist gerecht! Es wird endlich Zeit mit den Süßigkeiten aufzuhören!"* (vgl. Kasten!)

Den im Rathaus eingeschlossenen Stadtvätern und -müttern wurde es langsam mulmig. Sie schickten zunächst Carol Ruth Silver, die *„gewöhnlich mit Schwulen und Lesben gut zurechtkommt"* („Newsweek", 4.6.79) auf den Balkon, um die Menge zu pazifizieren. Sie mußte sich wegen der Steinbombardements zurückziehen. Als nächstes versuchte Dianne Feinstein, Bürgermeisterin, ihr Glück. Allein ihr Erscheinen war schon deswegen eine weitere Provokation, als sie den Wahlkampf von Dan White mitunterstützt hatte. „Nieder mit Dianne! Wir wollen Gerechtigkeit" schallte es ihr entgegen, begleitet von Steinwürfen. Jetzt versuchten die Bullen, die Menge auseinanderzutreiben, mußten sich jedoch unverrichteter Dinge wieder ins Rathaus verziehen, um sich zu schützen: Steine, Flaschen, Dosen, Mülleimer flogen ihnen entgegen, sobald sie das Gebäude verließen.

Die Wut erreichte jetzt den Höhepunkt. Ein Teilnehmer: *„Eine Stunde war vergangen, nachdem wir auf dem Rathausplatz angekommen waren, als wir damit begannen, Zeitungskioske umzuwerfen und sie abzubrechen. Dies veranlaßte andere, die Fenster des Rathauses einzuwerfen. In wenigen Minuten waren alle*

Fortsetzung auf Seite 31



Klassenjustiz

Moscone und Milk waren die Opfer eines planmäßigen Mordes. Dan White hatte sie vorsätzlich und nacheinander in ihren Büros exekutiert: Moscone durch zwei Schüsse in den Kopf und zwei in den Körper, Milk ebenfalls durch zwei Schüsse in den Kopf und drei in den Körper (International Herald Tribune, 23.5.79).

Der Prozeß gegen diesen Doppelmörder offenbarte, wie die Gerichte einen der ihren schützen: Während der Verhandlung legten die Verteidiger Whites Gutachten von vier Psychiatern und Psychologen vor, die aufgrund von Aussagen Familienangehöriger und Freunde bescheinigten, daß White *„von frühester Jugend an unter periodischen Depressionen gelitten habe. Sie diagnostizierten ihn als manisch-depressiv und behaupteten, daß W. nicht in der Lage sei, vorsätzlich zu töten oder auch nur in der Lage sei, die Konsequenzen seiner Handlung abzuwägen."* Weiterhin bestätigten sie W. eine *„reduzierte geistige Kapazität"*. So habe W. *„einen emotionalen Kollaps erlitten, als er die Schüsse abgefeuerte."* (Man/frau bedenke: Dieses „Seelchen" gehörte der faschistischen US-Killer-Truppe „Black Barets" in Viet-Nam an, war Bulle und Mitglied des Stadtrats). Wozu diese Scheiß-Gutachter-Psychterroristen noch fähig sind, zeigt folgendes: Ws. „Gefühlszustand" sei auch durch seine Ernährung negativ beeinflußt worden. Er hätte zuviel Süßigkeiten gegessen – genauer: Zuviel Bonbons, Kekse und Cola. Dies hätte Depressionen im Wege komplizierter *„chemischer Veränderungen im Gehirn"* hervorgerufen (NHT 23.5., Newsweek 4.6.79).

Den Agenten der Diktatur der Normalität ist wirklich kein Argument zu hirnrissig, um ihr System damit abzusichern. Die Jury, bestehend aus 7 Frauen und 5 Männern, ließ sich dann auch von dieser „wissenschaftlich" verbrämten Mäusescheiße beeindrucken und verurteilte White wegen Totschlags, d.h. *„White kann in weniger als 5 Jahren frei sein. Eine Festlegung der Strafe erfolgte nicht."* Merke: Eine bourgeoise Krähe hackt einer bourgeoisen Schnepfe kein Auge aus!

Fortsetzung von Seite 30

Fenster des ersten Stocks und dem Parterre im Arsch und (nachdem die Menge das Rathaus gestürmt hatte) wurde damit begonnen, den 2. Stock ranzunehmen. (Akten und Möbel zum Fenster rausgeschmissen). Nachdem wir das Rathaus genommen hatten, wendeten wir unsere Aufmerksamkeit den Bullen zu. Am südlichen Ende der Menge wurden jetzt die Bullen mit Steinen und Flaschen beworfen. Unter dem Einfluß des Bombardements zogen sie sich zurück. 2.000 Leute liefen hinter ihnen her und zwangen die Bullen, noch schneller zu laufen, um sich vor der Wut der Menge zu retten. Nachdem die cops vertrieben waren, kamen wir wieder alle an die Front des Rathauses zurück. Wir mußten vermeiden, voneinander getrennt zu werden.

Die wenigsten von uns hatten zuvor irgendwelche Erfahrungen mit Straßenaktionen, aber jenen, die Bescheid wußten, war klar, was als nächstes kommen würde: Tränengas. Schwuler/Lesbe begann sich darauf einzustellen. Es wurde überall hin weitergegeben, kleine Gruppen zu bilden und Stoffe naß zu machen, um dadurch zu atmen. In aller Eile fingen wir an, unsere T-Shirts, Schals und sonst geeignete Sachen vor den Mund zu binden. Einige Minuten später wurde das Gas eingesetzt. Teile von uns waren jetzt gezwungen, auf den „UN-Plaza" auszuweichen. Dort erholten sich die Demonstrant/inn/en, einschließlich Kinder, von dem Gasangriff, als die Bullen mit Knüppeln über sie herfielen. Besonders auf isolierte Einzelne hatten sie es abgesehen. Vor allem wurden Frauen isoliert und übel behandelt. So wurde eine von einem Bullen angefallen und gefragt: „Möchtets du's mir machen?", bevor er sie zu Boden schlug.

Zurück auf dem Rathausplatz vermieden die meisten, mit dem Gas in Berührung zu kommen, indem sie sich hinsetzten und abwarteten, bis die Schwaden abgedriftet waren.

Den ganzen Abend über hatte es eine Spaltung gegeben zwischen jenen, die zurückschlagen wollten und jenen, die „Keine Gewalt mehr!" forderten. Als das Tränengas kam, mußte eine Entscheidung getroffen werden. Die „Gewaltlosen" forderten die Leute auf, sitzen zu bleiben – dies im Angesicht von hunderten Bullen in Bürgerkriegsausrüstung! (Mittlerweile hatte Dianne den Polizeinotstand ausgerufen und alle Bullen außer Dienst sowie die „California Highway Patrol" und „Municipal Transit Police" und die Polizeikräfte der umliegenden 12 Bezirke mobilisiert, die jetzt auf dem Anmarsch waren – „Workers World",
kräfte der umliegenden 12 Bezirke mobilisiert, die jetzt auf dem Anmarsch waren – „Workers World",
25.6.79 – Anm. AG Schwule) *Die andere Fraktion forderte dazu auf, sich zu erheben und die Kontrolle über ihre Stadt zu übernehmen. Langsam, eine nach dem anderen, trafen sie ihre Entscheidung, erhoben sich vom Boden. Die Entscheidung war gefallen: Der Pazifismus war tot!*

Alle Leute um mich herum hatten bisher noch niemals an solchen Aktionen teilgenommen, jetzt begannen sie, Zeitungsstände anzuzünden, Müllcontainer umzukippen und Parkuhren auszureißen, Steine zu sammeln. Ein Streifenwagen wurde mehrere Male angegriffen, seine Fenster zertrümmert. Jedes Mal schlugen die Bullen die Nachzügler zusammen. Schließlich wurde der Wagen angezündet und die Menge machte eine kurze Pause, um das Schauspiel anzusehen. Aber nur kurz. Sieben Polizeiwagen standen in einer Reihe vor dem Rathaus! Eine erste Gruppe stürmte sie, zerschlug ihre Fenster. Eine zweite Gruppe stürmte hinterher und warf brennende Zeitungen in die Autos. Alles brannte in wenigen Augenblicken. Die Bullen schauten zu, machtlos. Fünfzehn Streifenwagen wurden in dieser Nacht verbrannt.

Auf der anderen Seite des Rathauses konzentrierten sich die Angriffe auf die Banken. Der erste Schlag wurde gegen die „Wells Fargo" geführt. Rufe wie „Dies ist für das chilenische Volk!" waren zu hören, als die ersten Steine durch die Fenster flogen (Wells Fargo hatte der chilenischen Junta massiv Kredite gegeben). In der Market-Street wurden große Müllcontainer durch die Glas-Türen der „Banc of Amerika" gerollt. Bis zum Morgengrauen gab es in dieser Gegend keine Bank mehr, die nicht zumindest einige Scheiben verloren hatte.

Ungefähr 70 von uns mußten wegen Verletzungen behandelt werden, die sie im Verlauf der Auseinandersetzungen erhalten hatten. Die meisten hatten Quetschungen, Schnitte, gebrochene Arme und Rippen. Viele waren verletzt worden, als sie versuchten, gestürzten Genoss/inn/en zu helfen." (Torch, ebd.)

Nachdem in der späten Nacht die Rebellion niedergeschlagen worden war, „*marschierte die wiedergeordnete Polizei in militärischer Formation in die „Gay and Lesbian Community" und schlug jeden zusammen, der auf der Straße war. Anschließend überfielen die Bullen zwei schwule Kneipen und demolierten sie. Über 150 wurden verletzt, 20 verhaftet.*" (WW 25.5.79)

Am Dienstagmorgen verhängte Bürgermeister Dianne Feinstein über San Franzisko und die umliegenden Städte den „Civil Defence Alert" (etwa: Ziviler Verteidigungszustand) und verkündete: „*Jeder, der sich an öffentlichem Eigentum vergreift, wird verhaftet*" (UPI, 22.5.79). Diese Maßnahmen wurden getroffen, um die rechtlichen Grundlagen für eventuelle Überfälle auf die Demo zu schaffen, die an diesem Tag anläßlich des Geburtstages des toten Harvey Milk stattfinden sollte. 5000 kamen, die Veranstaltung verlief ohne Zwischenfälle. Der Stadtrat setzte gleichzeitig eine „Untersuchungskommission" ein, die die Rebellion unter die Lupe nehmen soll.

In New York organisierte die Schwulen/Lesbenbewegung eine Protestdemonstration gegen das White-Urteil und gegen Polizeibrutalität. 300 Lesben und Schwule blockierten für zwei Stunden den Verkehr am Sheridan-Square und forderten: „Wehrt euch gegen Polizeibrutalität!"

In Chicago, wo am Wochenende des 18./20.5. Lokale von Bullen überfallen worden waren und 550 Lesben/Schwule gefilzt und auf die Straße geworfen wurden, fand am 5.
fallen worden waren und 550 Lesben/Schwule gefilzt und auf die Straße geworfen wurden, fand am 5.
Juni eine Protest- und Solidaritätsdemo mit S.F. statt. 2000 kamen. (Torch, ebd.)

Verschiedene Schwulen- und Lesbenorganisationen drückten in Telegrammen und Briefen ihre Solidarität mit den Verletzten und Verhafteten von San Francisko aus. So schrieb z.B. das „Detroit-Ann-Arbor-Organisationskomitee für den Marsch auf Washington" (findet am 14. Oktober 79 statt!!): „*Einige unserer Brüder und Schwestern werden angeklagt werden. Unser Komitee steht hinter ihnen. Die Gerichte werden behaupten, daß jene Lesben und Schwule, die auf den Straßen kämpften, 'Kriminelle' seien. Aber die einzigen Kriminellen sind in Wirklichkeit jene Leute, die für die Unterdrückung von Schwulen/Lesben verantwortlich sind...*". (Torch, ebd.)

STONEWALL LEBT!

AG Schwule im KB

Diakon wegen Homosexualität gekündigt

Bargteheide (Kreis Stormarn): Der örtliche Kirchenvorstand will den Arbeitsvertrag des offen homosexuellen Diakons Horst Kirchmeier nicht verlängern. Obwohl der Kirchenvorstand nach einer geheimen Sitzung die Homosexualität als Kündigungsgrund nicht angab (sowas sieht halt zu „intolerant" aus), steht fest, daß dies der einzige Grund für die Entlassung des Diakons ist. Horst K. bekennt sich seit langem offen zur Homosexualität, hat zum Thema zwei Arbeiten veröffentlicht und ist wegen seiner sexuellen Orientierung bereits zwei Mal entlassen worden.

Erfreulich ist, daß sich eine breite Front der Solidarität für Horst gebildet hat: Rund 200 Jugendliche, Eltern und Lehrer machten eine Demonstration durch den Ort und forderten seine Weiterbeschäftigung. Auch vier Pastoren der Gemeinde stehen solidarisch zu ihm. Ein Mit-



glied des Kirchenvorstandes, Tischlermeister Gustav Rieder, legte wegen des „unchristlichen Verhaltens" des Vorstandes sein Amt nieder.

Es muß Aufgabe aller Aktionsgruppen sein, Horst K. jede Form von Solidarität und Unterstützung zukommen zu lassen!

Homolulu

Begeistert mitklatschende ältere Frauen, singende parolenrufende Schwule und Lesben, phantasievoll angefummelte Tunten, Lederkerle mit der Plakette „Nieder mit dem Männlichkeitswahn!", Musik aus Lautsprechern und von mitgebrachten Instrumenten - das war der Höhepunkt des internationalen Schwulentreffens HOMOLU-LU in Frankfurt, die Parade am Samstag, den 28.7.79.

In der Woche vom 23. – 28.7. beteiligten sich etwa 300 Schwule und Lesben an den 15 Workshops und besuchten bis zu 2.000 die Veranstaltungen im Festzelt im Biegwald nahe Frankfurts. Zum ersten Mal zeigten sich auch Presse, Rundfunk und Fernsehen interessiert und brachten die ganze Woche über Berichte, Interviews usw. Ob Presseagenturen, Zeitungen wie die „Frankfurter Allgemeine", „Bild"(!), „Welt am Sonntag"(!) oder Magazine wie „Spiegel" und „Stern", alle kamen und wollten berichten. Rundfunkinterviews



mit Sendern aus der ganzen BRD sowie Radio Luxemburg und dem US-Sender ABC, schließlich Fernsehberichte im ZDF („Heute") und in der ARD („Tagesschau") machten das Treffen überall bekannt.

Wie in früheren Ankündigungen geschrieben, teilte sich das Treffen in zwei Teile. Der erste Teil im Studentenhaus der Uni Frankfurt bestand vorwiegend aus Workshops, in denen über die Situation als Schwuler oder Lesbe diskutiert und Erfahrungen und Ideen hinsichtlich einer Weiterentwicklung der Schwulenbewegung ausgetauscht wurden. Daneben liefen allabendlich Schwulen- und Lesbenfilme, und die Theatergruppe des Frankfurter Schwulenzentrums spielte „Die Wildnis des
und Lesbenfilme, und die Theatergruppe des Frankfurter Schwulenzentrums spielte „Die Wildnis des
Dorian Gray" – ein Stück über die Lage der Schwulenbewegung und der einzelnen Schwulen.

Workshops

Während der Woche tagten verschiedene Arbeitsgruppen, die sich mit einer weit gefächerten Thematik beschäftigten und in der Regel gut besucht waren.

Die AG „Schwule Lehrer" erarbeitete einen umfangreichen Forderungskatalog, um der Diskriminierung Homosexueller in den Schulen entgegenzutreten:

– *Keine Diskriminierung schwuler Lehrer und Erzieher am Arbeitsplatz*

Änderung in den Rahmenplänen für die Schulen. Homosexualität soll als eine der Heterosexualität gleichwertige und gleichberechtigte Form menschlicher Sexualität behandelt werden!

– *Änderung des schwulenfeindlichen Medienangebots in den Landesbildstellen.*

Nichtzulassung von Schulbüchern, die Homosexualität in diskriminierender Form darstellen.

Kein Verbot und keine Behinderung, sondern Förderung von selbstorganisierten schwulen Schülergruppen! Schüler in einer durch Hetero-Normen geprägten Umwelt brauchen gerade in der Phase der Entdeckung und Akzeptierung ihrer Homosexualität die Möglichkeit, sich mit Gleichaltrigen über ihre Probleme auseinanderzusetzen. Nicht ohne Grund liegt bei Homosexuellen der Häufigkeitsgipfel für den ersten Selbstmordversuch zwischen dem 16. und 18. Lebensjahr, wenn schwule Schüler durch die Sexualerziehung in der Schule verunsichert werden und keine schwule Identität ausbilden können.

– *Im Unterricht soll den Schülern vermittelt werden, daß im Hitler-Faschismus außer Juden und anderen Verfolgten Zehntausende Schwule im KZ gefoltert und ermordert wurden. Nach 1945 wurde keiner der „Männer mit dem rosa Winkel" rehabilitiert.*

Der Forderungskatalog endet mit einem Aufruf an alle Schwulen, die „*demnächst ins Referendariat oder Beamtenverhältnis aufgenommen werden wollen*" eine Gruppe zu bilden, um sich gegen Diskriminierungen, speziell Berufsverbote, zu wehren: „*Berufsverbote dieser Art werden in der Regel offiziell nicht mit Schwulsein begründet. Wir wollen versuchen, in solchen Fällen die Hintergründe und Machenschaften der Behörden aufzudecken und im Falle von offensichtlichen Berufsverboten uns Gegenmaßnahmen überlegen*". Kontakt: SGK Kassel, Goethestr. 96, Tel. 0561/36015.

Der Workshop Schule befaßte sich mit der „Situation schwuler Schüler und den Möglichkeiten zur Bildung schwuler Schülergruppen" und entwickelte konkrete Vorstellungen zur Einrichtung solcher Gruppen.

Die AG „Rosa Hilfe" tauschte Erfahrungen in der Beratung und Unterstützung einzelner Schwuler aus und forderte massenhaftes Erscheinen – speziell auch von „Fachleuten" – zum nächsten bundesweiten Treffen der „Rosa Hilfe"-Gruppen in Dortmund am 12. und 13. Oktober.

Weiterhin wurden Arbeitsgruppen zum Thema „Schwule Geschichte" (wir Schwulen und Lesben stehen erst am Anfang der Rekonstruktion unserer Geschichte!), zu „Schwule Oldies und Generationenfrage", „Schwule Kunst", „Yoga und Körperbewußtsein", „Schwuler Wohnen", „Schwule und Subkultur", „Schwule und Psychotherapie", „Schwule Alkoholiker", AG „Homosexuelle Ärzte und Therapeuten", „Pädophilie", AG „Lesben", eine AG zum Thema Bundestagswahlen und Strauß-Kandidatur, schließlich eine AG zum Problem schwuler Zeitungen, in der ein Gedankenaustausch mit Freunden der französischen Schwulenzeitung „Le Gai Pied" stattfand und die Bildung einer überregionalen deutschen Schwulenzeitung angesprochen wurde. Hierzu stellt Martin in der „Homolulu-Zeitung" Nr. 4 fest:

„*Für mich ist im Laufe des Treffens klargeworden, daß die Absicht, mit anderen eine überregionale Zeitung zu machen, im Augenblick nicht zu verwirklichen ist, da mehr persönliche Differenzen ausgetragen wurden, als Versuche zur Zusammenarbeit unternommen wurden.*" Wir fürchten, daß Martin mit seiner pessimistischen Einschätzung recht hat, doch sollten weiterhin alle Anstrengungen unternommen werden, diese persönlichen Querelen zu überwinden, denn eine überregionale Schwulenzeitung tut bitter not, Schwestern!!

Wer ist der „Normalste" im Land?

Am Donnerstag wurde das Homolulu-Festzelt im Biegwald mit einem Auftritt der Gruppe „Hot Peaches" aus New York eingeweiht. Die Stimmung, die im Laufe des Tages immer besser geworden war, entwickelte sich gewaltig und hielt auch am folgenden Tage an, als Mitglieder der Theatergruppe „Brühwarm" und die Hamburger „Spaldingsisters" Songs und Sketche vortrugen. Plötzlich Unruhe vor der Bühne: Aus der Indianer-Kommune Nürnberg waren einige gekommen, um **die Diskussion über das Selbstbestim**mungsrecht von Kindern im Allgemeinen und Pädophilen im Besonderen zu diskutieren. Durch ihr provokatives Auftreten war es für viele der Anwesenden ein Leichtes, von den vorgetragenen Inhalten abzulenken und die Diskussion allein um die „Form der Diskussion" zu führen. Es wurde argumentiert, daß es eine Diskussion über Pädophilie hätte geben können, „wenn sie vorher angemeldet worden wäre", jetzt sei es zu spät und das Programm sollte weitergeführt werden. Dem wurde u.a. entgegengehalten, daß Pädophilie genauso wie Sadomasochismus auch unter Schwulen stark tabuisiert werde und die meisten sich nur scheuen würden, diese heißen Eisen anzupacken. Schließlich wurde darüber abgestimmt, ob die Diskussion fortgesetzt werden solle, die Mehrheit war dagegen. Die Mitglieder der Indianerkommune diskutierten dann anschließend draußen mit einigen Interessierten weiter. Es zeigte sich an diesem Abend, wie kaputt unser aller Verhältnis gegenüber dem „Anderssein" – das eben noch in Liedern besungen wurde - ist, obwohl wir als Schwule und Lesben doch gerade dagegen kämpfen, daß die heterosexuelle Umwelt u n s e r „Anderssein" nicht akzeptiert: Tunten akzeptieren Ledertypen nicht und umgekehrt, junge Schwule nicht die Älteren, „normale" Schwule nicht die Pädophilen usw. Jede/r hofft, doch noch ein wenig „normaler" zu sein als der/die andere und zieht einen Teil des Selbstbewußtseins aus der Diskriminierung anderer „Unnormaler". Da hatte der heterosexuelle Redakteur einer Behinderten-Zeitung, der sich in Homolulu informieren kam, mehr kapiert: Er stellte viele Parallelen in der Diskriminierung Behinderter und Homosexueller fest und meinte, wir müssen unsere gegenseitigen Vorurteile bekämpfen, um uns gemeinsam gegen die Normen durchsetzen zu können, die uns als Minderheiten ausgrenzen! (Anschrift der Behindertenzeitung: „Leben und Weg" c/o Arndt Ewerth, Schergstr. 3, 8752 Goldbach)

Die Demo — bisher die größte!

Die Demo am Samstag stellte einen Höhepunkt von Homolulu dar. Etwa 1.500 Lesben und Schwule zogen durch die Frankfurter Innenstadt. Die Musik vom Lautsprecherwagen, die Lieder, begleitet von Bongo-Trommeln, Saxophon, Flöten, ließen eine Bombenstimmung aufkommen. Mehrere Gruppen verteilten Flugblätter an die Passanten, auf denen die Abschaffung der §§ 174 bis 176 gefordert wurde, auf denen gegen die Diskriminierung von Homosexuellen als Kranke protestiert und die Berufsverbote angeprangert wurden. Diese Forderungen wurden auch auf Transparenten erhoben, daneben Transparente, die vor allem schwules und lesbisches Selbstbewußtsein ausdrückten. Mancher anfangs eher schüchtern am Straßenrand stehende Schwule bekam so doch Mut und reihte sich in die Demo ein.

Auf einer Zwischenkundgebung wurde eine Resolution verabschiedet mit schwulen Forderungen. (Siehe Kasten)

Homolulu zeigt das wachsende Selbstbewußtsein einer sich jetzt auch in der Bundesrepublik zunehmend breiter entwickelnden Schwulenbewegung.

Besonders das Echo in den Medien – bisher einmalig – wird vielen von uns den Mut machen, sich weiter in der Bewegung zu engagieren und den Kampf gegen Hetero-Chauvinismus und Schwulen/Lesbenfeindlichkeit aufzunehmen. Das nächste Homolulu kommt bestimmt!

AG Schwule im KB

Resolution von Homolulu

Resolution von Homolulu

Die in Homolulu zusammengekommenen Schwulen fordern gleiche Rechte für Homo- und Heterosexuelle. Wir verlangen, daß endlich mit der Benachteiligung der Unverheirateten Schluß gemacht wird. Wir fordern im Erb und Steuerrecht die Gleichbehandlung. Die Darstellung der Heterosexualität als einziger gesunder wünschenswerter Form der Sexualität muß endlich ein Ende haben. Wir verlangen Unterstützung für eigenständige Institutionen der Schwulen: Schwulenzentren, Schwulenberatungsstellen, Schwulengesundheitsorganisationen. Wir fordern das Recht der Schwulen, sich selbst in öffentlichen Medien, wie z.B. Rundfunk und Fernsehen, darstellen zu können. Wir fordern einen Sitz im Rundfunkrat. Wir fordern Selbstdarstellung der Schwulen im Sexualkundeunterricht. Wir fordern gesetzlichen Schutz vor Diskriminierungen. Wir fordern „Wiedergutmachung" für schwule KZ Opfer sowie Rehabilitierung der Überlebenden. Wir fordern die ersatzlose Streichung von § 175.

Leserbrief des BuLi-Kandidaten W. Krömer, Hamburg

Am 28.7.79 standen vor dem Hamburger Schwulen-Cafe Tuc Tuc in Altona mehrere angetrunkene Jugendliche mit dicken Holzbalken in der Hand. Der Bewirtung des Cafes waren diese Typen nicht unbekannt, hatten sie doch schon des öfteren Krawall gemacht: insgesamt haben schon etwa fünf Überfälle von diesen und anderen Randalierern stattgefunden.

Da die Eingangstür verschlossen wurde, machten sie vor dem Fenster Radau, zerschlugen schließlich zwei Fensterscheiben und verschwanden.

Interessant ist das Verhalten der Polizei: Obwohl sofort benachrichtigt, erschien sie erst nach etwa 30 Minuten, als alles vorbei war.

Ein Schwuler meinte, daß die Nachbarn mal tuscheln, habe er ja schon erlebt, aber daß es in unserer Zeit möglich ist, daß Angriffe auf das Leben Schwuler gestartet werden, hätte er nicht gedacht. – Nun, würden die einen nicht tuscheln, würden die anderen nicht randalieren.

Die Schwulengruppen der Bunten Liste Hamburg interessiert, ob es ähnliche Vorfälle auch in anderen Städten gibt. Kontakt: Bunte-Liste-Büro, Fruchtallee 9, 2000 Hamburg 19, Schwule.

Schwule wollen Tribunal gegen Khomeini

Die italienische Schwulen-Organisation FUORI hat demjenigen 1 Million Dollar versprochen, der Khomeini nach Turin schafft, wo ihm der Prozeß gemacht werden soll. FUORI lehnt sich damit offenbar an die von Khomeini ausgesetzte Belohnung für die Ergreifung des Schah an.

Mit der Aussetzung einer Kopfprämie auf Khomeini will FUORI nicht nur gegen die Schwulen-Unterdrückung im Iran protestieren, sondern alle Minderheiten des Iran im Kampf gegen einen streng religiös ausgerichteten Staat unterstützen.

Die Aktion von FUORI hat in der italienischen Linken und Schwulenbewegung heftige Diskussionen ausgelöst. Die einflußreiche Schwulenzeitung „Lambda" z.B. bezeichnete das Vorgehen von FUORI als „dumm und provokatorisch". Zum einen sei die Aussetzung von Kopfprämien eine Methode der Polizei und repressiver Regimes. Zum anderen gibt „Lambda" auch zu bedenken: *„Auch wenn wir entschieden die Verhaftungen und Hinrichtungen verurteilen, die sich im Iran mehrfach gegenüber den Minderheiten ereignet haben, die sich nicht mit der islamischen Religion identifizieren, steigt uns doch ein Zweifel auf: Hat etwa Reza Pahlevi der FUORI die 1 Million Dollar gegeben, um Khomeini aus dem Weg zu räumen?"*. Da, abgesehen von sonstigen Schwierigkeiten, kaum ein Tribunal gegen Khomeini in Italien stattfinden könnte, scheint der Vorschlag von FUORI eher symbolisch-provokant gemeint zu sein, um gegen die Schwulenverfolgung im Iran eine adäquate Reaktion zu setzen. Gegen eine solche nur-symbolische Interpretation spricht allerdings, daß das Geld für die Kopfprämie bereits gesammelt sein soll (aufgebracht von Schwulen in aller Welt) und der Vertreter von FUORI ausdrücklich sagte, es handele sich nicht um einen Scherz.

(Nach „Il manifesto", 27.7.79).

„Saubere" VVN

Ein schwuler Journalist versuchte Ende Mai beim Bundeskongreß der VVN erfolglos, ein Flugblatt zu verteilen, in dem er um Informationen über das Schicksal homosexuellen KZ-Häftlinge bat. Die VVN argumentierte wie so oft formal: nur offizielles Material dürfe verteilt und ausgelegt werden. Ein Sprecher der VVN meinte nur, daß jeder überlebende „Rosa-Winkel"-Häftling seine Probleme in die politische Arbeit einbringen könne, aber man dürfe von der VVN nicht erwarten, daß sie sich auch noch dieser Menschen
sie sich auch noch dieser Menschen
annähme. Anscheinend passen „Unnormale" nicht ins saubere Weltbild der VVN. Wir hoffen, daß es bald ein Ende mit dem schleimigen Wandeln auf den Pfaden eines halbherzigen Antifaschismus hat.

AG Schwule

Köln: Schwule planen Politikerbefragung!

In Anlehnung an eine erfolgreiche Veranstaltung der Westberliner AHA: „Die politischen Parteien und die Homosexuellen" (siehe hierzu auch AK 151) wollen die Kölner Schwulengruppen SAK und GIF eine solche am 21. September veranstalten. Anlaß: die bevorstehenden Kommunalwahlen am 30. September. Eingeladen sind Vertreter aller bürgerlichen Parteien, die DKP und die Bunte Liste Köln. Wir werden weiter darüber berichten.

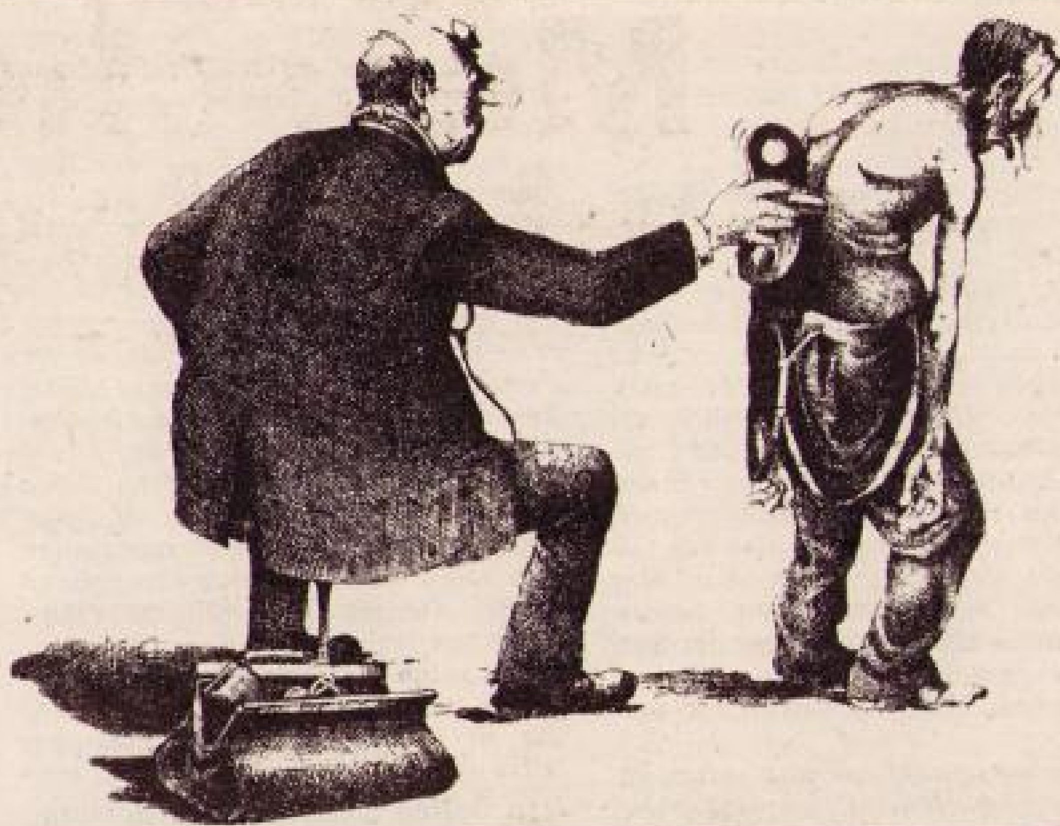
Neofaschisten gegen Schwule

Im Rahmen einer dreitägigen Veranstaltung der Osnabrücker Schwulengruppe in den dortigen Lagerhallen kam es zu neofaschistischen Provokationen: Während der Vorführung des Films „Rosa Winkel – das ist doch schon lange vorbei" warfen einige Neonazis eine Salzsäurebombe ins Foyer der Lagerhalle. Glücklicherweise konnte die Bombe rechtzeitig entdeckt werden. Nach Bremen, wo an die Wände des Schlachthofs (ein Kommunikationszentrum) am Tage des „Schwulen Karnvals" neonazistische Parole wie z.B. „Schwule ins KZ – NSDAP/AO" geschmiert wurden, ist dies die zweite uns bekannte neonazistische Provokation gegen die Schwulenbewegung in diesem Raum (TAZ, 13.7.)

Schwuler Pastor klagt gegen Versetzung

Der homosexuelle Pastor Klaus B., der aufgrund seiner Homosexualität aus seiner Gemeindearbeit „entfernt" wurde, hat gegen seine Versetzung an ein Priesterseminar nach Göttingen jetzt Klage gegen die niedersächsische Landeskirche beim Rechtshof der Konföderation evangelischer Kirchen eingereicht. Wie wir bereits im AK 156 berichteten, hatte sich gegen diese Versetzung innerhalb seiner Gemeinde spontan eine Bürgerinitiative gebildet. Auf dem kürzlich stattgefundenen Kirchentag in Nürnberg konnten ca. 5000 Solidaritäts-Unterschriften gegen die Versetzung von Klaus B. gesammelt werden. Trotzdem will er nicht auf Weiterbeschäftigung in seiner Heimatgemeinde klagen, weil er dort keinerlei Unterstützung durch den Kirchenvorstand genießt. Ihm geht es jetzt zunächst darum, daß die niedersächsische Landeskirche ihm eine übergemeindliche Stelle oder eine Stelle in einer Gemeinde zuweist und generell darum, daß grundsätzlich festgestellt wird, daß die sexuelle Orientierung eines Pastors oder anderer Kirchenangestellten kein Grund zur Ablehnung darstellen darf. Wir berichten über diesen Fall weiter.

AG Schwule im KB



Landesregierung rechtfertigt menschenunwürdige Zustände

Das Sozialministerium der schleswig-holsteinischen CDU-Landesregierung hat nicht lange auf sich warten lassen, nachdem in einem Bericht der „Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychatrie" (DGSP) die Zustände in der Kinder- und Jugendpsychiatrie Schleswig-Hesterberg massiv angeklagt worden sind (siehe AK 158): Einige Kinder und Jugendliche sollen hier seit Jahren keine Sonne mehr gesehen haben! Ebensowenig zurückhaltend haben sich die zuständigen Herren verhalten, sondern gleich ein ganzes Register teils unglaublicher Antworten und Maßnahmen gezogen:

– Erwogen werden heute bereits Disziplinierungsmaßnahmen gegen einige Mitglieder der DGSP, Diplompsychologen, die in der Kinder- und Jugendpsychatrie in Schleswig arbeiten (nach „Pop und Politik", NDR, 28.7.). Hinsichtlich spürbarer Zustimmung, die die betroffenen Kollegen bereits bei vielen anderen Kollegen/innen gefunden haben, die allerdings noch nicht öffentlich geäußert worden ist, soll hier offensichtlich rechtzeitig einer möglichen Verbreiterung des Protests insbesondere fachlich kompetenter Kreise vorgebeugt werden, indem auf die einschüchternde Wirkung gesetzt wird.

– Dem Vorwurf der DGSP, es sei menschenunwürdig, daß viele geh- und bewegungsbehinderte Kinder seit Jahren keine Sonne mehr gesehen haben (sie werden in oberen Stockwerken verwahrt; wegen Personalmangel und fehlenden Fahrstühlen nicht ins Freie gebracht) begegnete Fritz Beske, Staatssekretär im CDU-Sozialministerium, mit geradezu kriminellem Zynismus: Diese Kinder würden ohnehin *„aus der Sonneneinstrahlung einen therapeutischen Nutzen nicht ziehen"!* (nach „Eckernförder Zeitung", 21.7.)

– *„Die Probleme dieser überaus aggressiven Kinder (!) seien auch mit noch so hohem Personalaufwand nicht zu lösen"*. („Eckernförder Zeitung", 19.7.). So kommentierte das CDU-Ministerium den Vorwurf, Kinder müßten wegen akuten Personalmangels zum Teil ans Bett gefesselt, mit Psychopharmaka ruhiggestellt und in Zwangsjacken gesteckt werden. Währen der Chef der Kinder- und Jugendpsychatrie, Professor Dr. Meyerhoff, diese Praxis unter ausdrücklichem Hinweis *„auf enorme Schwierigkeiten im Personalbereich und den Stellenplan, der einfach keine anderen Lösungen zulasse"* („Kieler Nachrichten", 28.7.) zumindest noch bedauert, kann davon im CDU-Ministerium keine Rede sein. Hier werden Rechtfertigungen konstuiert: Diesen Kindern sei eben weil sie *„zu Selbstverletzungen neigen und zum Zertrümmern des Mobiliars"*, nicht anders beizukommen. Warum das so ist, ob nicht etwa die totale Isolation, die Massenverwahrung, die Reizarmut, die Zuneigungsbeschränkungen in Hesterberg die entscheidenen Ursachen sind, scheinen jene Herren sich gar nicht erst fragen zu wollen. Auch für den CDU-Sozialminister Braun steht fest, daß die Kinder in Schleswig-Hesterberg *„nicht verwahrt, sondern nach den derzeitigen Erkenntnissen der modernen Kinder- und Jugendpsychatrie behandelt werden."* („Kieler Nachrichten", 19.7.).

– In dem Bericht der DGSP wird u.a. darauf hingewiesen, daß es keine eigene Station für suicidale, neurotische und psychotische Kinder und Jugendliche gibt (entsprechende Räume stehen seit Monaten wegen Personalmangel leer!); Kinder und Jugendliche mit akuten Psychosen und Drogen- und selbstmordgefährdete Jugendliche werden in der Erwachsenenpsychatrie verwahrt. Die Antwort des Ministeriums: *„Wir sind eingebunden in die finanziellen Möglichkeiten des Landes"* („Eckernförder Zeitung", 21.7.). Was allerdings davon zu halten ist, wird an der Tatsache deutlich, daß insbesonders in CDU-regierten Ländern entsprechende Initiativen, Selbsthilfeeinrichtungen zu schaffen, massiv unterdrückt werden (laut „Pop und Politik", 28.7.).

– Nicht weniger provokatorisch reagierte das Ministerium auf die dringenste Forderung, umgehend rund 70 zusätzliche Planstellen für Hesterberg bereitzustellen: Ganze drei (!) Stellen sollen möglicherweise (!) zugelassen werden („KN", 28.7.). Und der Hinweis darf nicht fehlen: *„Sozialminister Braun will seine besondere Aufmerksamkeit darauf verwenden, die gegenwärtigen Mängel ... zu beheben"* („EZ", 21.7.).

Hier soll mit minimalen Mitteln verwahrt werden; in der Nazi-Zeit wurde „unwertes Leben" (merke: „diese überaus aggressiven Kinder") einfach ausgerottet – gewiß besteht ein Unterschied, aber wie groß ist er eigentlich?! Und zu all dem Elend und den Leiden, das den Kindern zugemutet wird, kommt auch noch der Hohn. Originalton Sozialminister Braun: *„In Hesterberg wird nach den derzeitigen Erkenntnissen der modernen Kinder- und Jugendpsychatrie behandelt."*

KB/Gruppe Kiel

„44 Stunden durcharbeiten ohne richtige Pause"

Duisburg: Überall in der BRD herrschen in Krankenhäusern durch Stellenstreichungen, Einstellungsstops etc. katastrophale Bedingungen für Patienten und Mitarbeiter. Patienten müssen noch nachts zum Waschen geweckt, Kleinkinder sondiert werden, weil bei dem wenigen Personal keine Zeit zum Füttern bleibt. Wie es an einem Duisburger Krankenhaus aussieht, verdeutlicht ein Interview mit einer Kollegin in der „Neuen Arbeiterpresse" (Nr. 137) aus dem wir zitieren.

„Mir ist es passiert, daß ich Donnerstag morgens um halb acht zum Dienst gekommen bin und Bereitschaftsdienst von Donnerstag auf Freitag hatte. Wir haben also Donnerstag halb acht angefangen, dann habe ich um fünf Uhr meine erste Pause gemacht, dann ging das weiter die ganze Nacht durch; da war ich mal für eine halbe Stunde zu Hause, dann kam der Anruf nachts um zwei Uhr, es ging weiter und wir haben aber bis halb vier im OP gestanden und gewartet, bis der Patient überhaupt kam.

Dann haben wir bis morgens um zehn Uhr durchoperiert. Dann sind wir beiseite gegangen, haben uns hingesetzt und haben gesagt: Ihr könnt machen was ihr wollte, wir frühstükken jetzt. Wir haben eine Stunde gefrühstückt, und dann ging es durch bis freitag nachts um zwölf Uhr. Ohne Pause.

Das waren also 44 Stunden ohne Pause. Ohne richtige Pause, ohne mal ein Bett gesehen zu haben. Ich habe wohl einmal mit einem Bett geliebäugelt, und schon kam der Anruf und ich mußte wieder weiterarbeiten."

Eine weitere skandalöse Sache ist, daß an dieser Klinik von 32 Schwesternschülerinnen nur ganze fünf (!) übernommen wurden. Dabei sind aber zwei Stationen –angeblich aus Personalmangel– geschlossen worden. Die 70 bis 80 betroffenen Patienten wurden auf andere Stationen verlegt, das Personal der aufgelösten Stationen im ganzen Haus verteilt oder entlassen ....

Nach einem Bericht der Deutschen Krankenhausgesellschaft fehlen in der BRD im Jahr 1985 nicht weniger als 32.000 Arbeitskräfte im Krankenpflegebereich. Diese Zahl ist berechnet auf der Grundlage eines Pflegestandes wie im Jahre 1969 („FAZ", 16.5.79).

Gesundheitskommission

BI für gemeinde – nahe Psychiatrie

In Bottrop hat sich eine Bürgerinitiative zur Erhaltung einer „Gemeindenahen Psychiatrie" gebildet, nachdem bekannt geworden war, daß die sozial-psychiatrische Station am örtlichen Knappschaftskrankenhaus geschlossen werden soll. Als Begründung für die Schließung wird Personalmangel angegeben, obwohl in der letzten Zeit wiederholt arbeitssuchende Krankenschwestern von der Leitung des Hauses abgewiesen wurden (am 30.6. wurden in NRW 8973 Arbeitslose im Gesundheitsbereich registriert).

Für die Patienten bedeutet das: Sie müssen in die schon ohnehin überfüllten Abteilungen in Essen und Dortmund verlegt werden.

Die Bürgerinitiative plant Informationsveranstaltungen und eine Podiumsdiskussion, damit der Krankenhausträger die Schließung nicht in aller Stille durchziehen kann.

(nach: „Die Neue", 20.7.79)

Gesundheitskommission

Menschen ohne Chance Obdachlosigkeit in der BRD

Lange Zeit glaubte man, daß Obdachlosigkeit in unserem „Sozialstaat" lediglich eine Nachwirkung des Krieges sei, und die Probleme mit der Zeit gelöst werden. Bei stark expandierenden Wohnungsbauzahlen in den 60er Jahren ging die Zahl der Obdachlosen tatsächlich auch zurück und einzelne Obdachlosensiedlungen konnten sogar aufgelöst werden. Doch seit 1976 ist diese Entwicklung gestoppt und es zeichnet sich ein zunehmender Trend ab (1). Jährlich werden ca. 25.000 Personen obdachlos, meist ohne Chance, wieder eine Wohnung zu bekommen.

Das triste Leben in menschenverachtenden Unterkünften wird für immer mehr Familien zum Dauerzustand:

- 260.000 Personen wohnen heute in Not-, Schlicht- oder Einfachwohnungen ohne Mietvertrag und ohne die geringsten Mieterrechte;
- 500.000 Personen hausen in ähnlichen Notunterkünften, allerdings mit Mietvertrag, so daß sie offiziell nicht als Obdachlose in die Statistik eingehen (2);
- ca. 150.000 Nichtseßhafte haben überhaupt keine Bleibe, darunter ca. 50.000 „Stadtstreicher" und 40.000 nichtseßhafte Jugendliche (3).

Damit leben rund 900.000 Menschen oder 1,5 % der westdeutschen Bevölkerung unter unwürdigen Wohnbedingungen: Nur das Problem einer Randgruppe, die sich nicht integrieren will?

Ursachen der Obdachlosigkeit

Während oft noch die Meinung vorherrscht, Obdachlose seien „selbst dran schuld" und hätten individuell versagt, beweisen neue Untersuchungen, daß *„mit Sicherheit behauptet werden (kann), daß Obdachlosigkeit nur selten ein ausschließlich selbstverschuldetes Ereignis darstellt"* (4).

Die Obdachlosigkeit wird in den meisten Fällen durch das Zusammenspiel mehrerer Faktoren herbeigeführt: durch Armut, Arbeitslosigkeit, Krankheit, familiäre Umbruchsituationen, Sanierungsmaßnahmen und – als Folge von Mieterhöhungen – von Zahlungsunfähigkeit. (5)

Auf billigen Wohnraum in Altbauten oder in sozialen Wohnungsbauten sind dabei insbesondere die 4,6 Millionen Haushalte angewiesen, deren Einkommen unter oder an der Grenze der Regelsätze der Sozialhilfe liegt – das sind 1/5 aller Haushalte (6)!

„Obdachlosigkeit ist das Produkt zweier Faktoren der kapitalistischen Gesellschaft: der ökonomischen Krisen (Konjunkturschwankungen) und
Gesellschaft: der ökonomischen Krisen (Konjunkturschwankungen) und
der Wohnpolitik mit ihrer Hauptkomponente, dem Boden- und Mietrecht." (7)

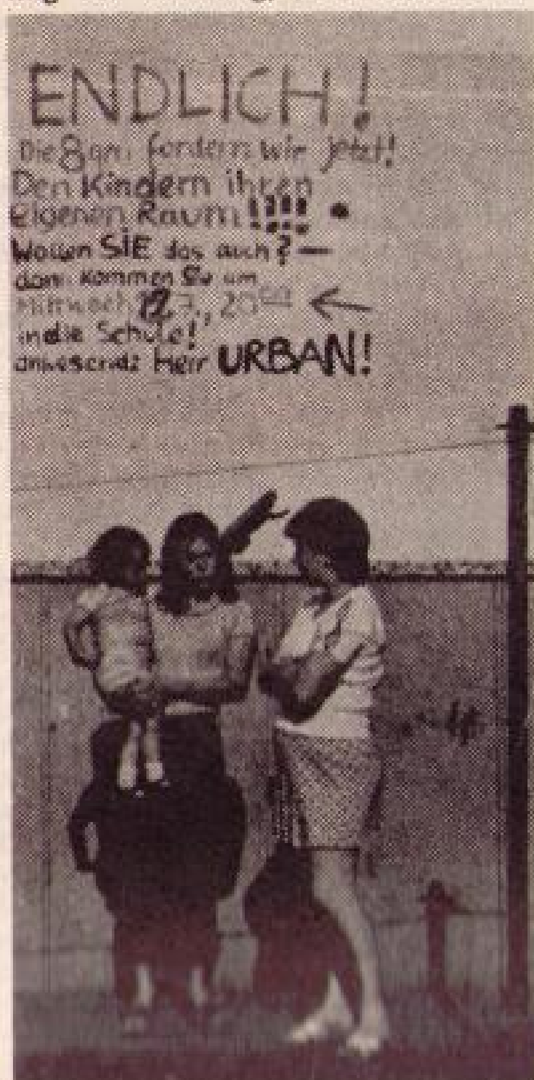
Das Mietrecht erlaubt heute die Kündigung der Wohnung, wenn der Mieter mit nur zwei Mietzahlungen im Rückstand ist. Bei unvorhersehbaren finanziellen Belastungen durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit kann das schnell passieren!

So sind in Wuppertal 80 % der Obdachlosen „Räumungsschuldner": Familien, die ihre Miete nicht mehr bezahlen konnten (8).

In den letzten Jahren hat der Anteil der Mütter mit Kindern in den Obdachlosenheimen stark zugenommen. Besonders die nicht berufstätigen Mütter mit mehreren Kindern sind als Folge der Ehescheidung durch potentielle Obdachlosigkeit gefährdet. (9)

Das Leben in Obdachlosensiedlungen

„Obdachlosigkeit wird als ordnungswidriger Zustand angesehen, als Störung der Ordnung, welche die Ordnungspolizei zum Eingreifen zwingt. Die Ordnung wird wiederhergestellt, indem der obdachlosen Familie ein Obdach zugewiesen wird, das der vorübergehenden Unterbringung dienen soll. Deshalb sind die Gemeinden verpflichtet, für solche Notfälle Unterkünfte zur Verfügung zu halten" (10) – so eine Studie im Auftrage des Familienministeriums.



Obdachlose in Hamburg fordern einen eigenen Raum für Kinder.

Fehlende sanitäre Ausstattung, Feuchtigkeit, Fußkälte, schlechte Bausubstanz und insbesondere große
Bausubstanz und insbesondere große
Enge kennzeichnen die Wohnungen in Obdachlosensiedlungen. Selten stehen einer Person mehr als 10 qm zur Verfügung, bei großen Familien sind es oft noch weniger. Ein Erlaß aus Nordrhein-Westfalen billigt gemeinsame Räume für Eltern und Kinder, empfiehlt *„daß wenigstens Trennmöglichkeiten durch Möbel möglich sein sollten"* (11). Es gibt Obdachlosensiedlungen, wo 240 Personen ohne WC und mit einer Pumpe als Wasserquelle auskommen müssen, in anderen Siedlungen teilen sich fünf bis acht Familien eine Wasserstelle und ein WC – oft auch noch weit außerhalb der Unterkünfte. Nur in wenigen Häusern gibt es Sammelduschanlagen und Waschküchen. Entsprechend schlecht ist die infrastrukturelle Versorgung: Trotz hohem Kinderanteil stehen im Schnitt nur 0,2 qm je Einwohner an Kinderspielplatz zur Verfügung (Richtwert: 3 qm). Die Siedlungen liegen oft völlig isoliert und sind nicht oder schlecht an das öffentliche Verkehrssystem angeschlossen. (12)

Diese katastrophalen Verhältnisse sind kein Zufall, sondern g e p l a n t: Es galt für die Verwaltung und die Kommunalpolitiker jahrelang und vielerorts auch noch heute die Prämisse, daß die bereitgestellte Notwohnung die Obdachlosenfamilien nicht dazu verleiten durfte, sich dort wohnlich zu fühlen. (13) Als ob jemand freiwillig in eine Obdachlosensiedlung zieht!

Wenn jemand nicht schon aufgrund von Arbeitslosigkeit obdachlos wird, hat er größte Schwierigkeiten im Beruf oder bei der Arbeitssuche wenn er seine „Adresse" angibt. Aber ohne Arbeit besteht kaum eine Chance, eine Wohnung zu bekommen; so sind viele in einem Teufelskreis gefangen.

Wenn Arbeitsmöglichkeiten in Obdachlosenasylen angeboten werden, dann fast immer unter Tarif. In dem Bonner Obdachlosenasyl liegt ein Wochenverdienst kaum über 20 DM! (14)

So wundert es nicht, daß die Aufenthaltsdauer in Notunterkünften immer länger wird. Sie beträgt bei drei Viertel der Obdachlosen mehr als zwei Jahre, bei kinderreichen Familien häufig weit länger als fünf Jahre.

In Hamburg betrug 1973 die durchschnittliche Aufenthaltsdauer 6,5 Jahre, in Düsseldorf 5,4 Jahre (15).

Eine Untersuchung aus Bonn ergab, daß 37 % bereits seit ihrer Geburt in Notunterkünften lebten (darunter ist nicht nur die Generation der Kinder und Jugendlichen erfaßt). Schätzungen vermuten, daß bis zu 80 % der Obdachlosen bereits in Notunterkünften geboren sind. (16)

Mit dem Leben in einer Obdachlosensiedlung sind wesentliche Grundrechte beschnitten. *„Mit der Einweisung in eine Notunterkunft hat sich der Obdachlose dem Anstaltsrecht zu unterwerfen"* heißt es lapidar in dem
der Obdachlose dem Anstaltsrecht zu unterwerfen" heißt es lapidar in dem
Erlaß für das Land Nordrhein-Westfalen zum Obdachlosenwesen.

Das bedeutet im Konkreten:

- **das Verbot der auch nur besuchsweisen Aufnahme von Freunden oder Verwandten;**
- **das Verbot, Tiere zu halten;**
- **die Pflicht, Behördenvertretern jederzeit das Betreten der Wohnung zu gestatten;**
- **die Pflicht, Um- oder Ausquartierungen zu dulden.** (17)

Die Unverletzlichkeit der Wohnung sowie das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit sind somit faktisch aufgehoben. Mieterrechte gibt es auch nicht; statt Miete wird nur eine „Nutzungsgeführ" erhoben – die allerdings durchaus höher sein kann als die Miete bei Altbauwohnungen.

Besonders betroffen: die Kinder

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen bei den Obdachlosen ist doppelt so hoch wie bei der übrigen Bevölkerung. Fast die Hälfte der Familien hat drei und mehr Kinder unter 18 Jahren. Der Anteil von kinderreichen Familien wird in letzter Zeit immer größer. Die Kinder haben kaum Hoffnung auf ein besseres Leben: Sie sind in ihrer Entwicklung stark benachteiligt.



Obdachlosensiedlung in Dortmund, 1939 von den Nazis gebaut

Dortmunder Erziehungswissenschaftler fanden heraus, daß von den Schulanfängern aus Obdachlosenasylen 70 % konzentrationsgestört waren, 39 % Sprachschwierigkeiten hatten, 8 % stammelten, 7 % stotterten und 14 % Bettnässer waren. (18)

Es ist nicht erstaunlich, daß 40 bis 60 % der Schulkinder auf eine Sonderschule gehen und von den Volksschülern ein großer Teil das Schulziel nicht erreicht.

Für Jugendliche aus Obdachlosenlagern ist es zudem fast aussichtslos eine Lehrstelle zu bekommen.

Es ist abzusehen, daß die Obdachlosigkeit in Zukunft nicht geringer, sondern sich ausweiten wird, da durch Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen billiger Wohnraum verloren geht, der soziale Wohnungsbau drastisch verringert wurde und durch Inflation und Arbeitslosigkeit die ökonomische Situation vieler Familien sich verschärft. Die Lage der Obdachlosen und von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen bleibt daher ein wichtiges Thema für Mieterinitiativen und für kommunalpolitische Arbeit.

Wohnungskommission



Kinder in Obdachlosensiedlungen: Jedes zweite schulpflichtige Kind geht in eine Sonderschule

Anmerkungen

(1) Stand der Forschung über Obdachlose und Hilfen für Obdachlose, in: Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Bd. 62, Stuttgart 1979 S. 18
(2) dito
(3) Bericht des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit an den Europarat zur Fragen der Nichtseßhaftigkeit, zit. nach: „Rote Fahne", 31.5.79
(4) Stand der Forschung ... S. 19
(5) „FR", 6.5.78
(6) Obdachlosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, Forschungsbericht der GEWOS e.V., Hamburg 1976, S. 43
(7) Karam Khella, Theorie und Praxis der Sozialarbeit und Sozialpädagogik, 1. Teil, Hamburg 1974
(8) „Die Neue", 26.7.79
(9) Stand der Forschung ... S. 19
(10) „FR", 29.7.78
(11) „FR", 3.1.73
(12) Obdachlosigkeit ... S. 18
(13) Stand der Forschung ... S. 63
(14) ppp, 3.1.77
(15) Stand der Forschung ... S. 67
(16) „FR", 3.1.73
(17) Obdachlosigkeit ... S. 82
(18) „UZ", 2.8.74

Besetzte Wohnung nach einer Woche von Polizei geräumt

Freiburg: War es vor zwei Jahren in Freiburg noch möglich, durch eine Hausbesetzung Freiburgs größten Wohnungsspekulanten zu einem Mietvertrag zu bewegen, so hat sich seitdem das Klima merklich verschärft. Jüngster Mißerfolg wurde die Besetzung von zwei Wohnungen im Schwarzwaldhof. Der Schwarzwaldhof, ein altes, recht zentral gelegenes Wohngebiet, soll nach Freiburger Art „saniert" werden: Das bedeutet Abriß und Bau finanziell lukrativerer Betonbunker. Dagegen wehrt sich jedoch ein großer Teil der derzeitigen Bewohner des Schwarzwaldhofs, ein kleinerer Teil ist ausgezogen. In zwei leerstehende Wohnungen zogen dann am 17.7. die Besetzer ein, zahlten Miete auf ein Sperrkonto und wandten sich an die Öffentlichkeit. Gleichzeitig boten sie dem Besitzer, der „Haus- und Grundstücks GmbH", Verhandlungen an und erklärten, es gehe ihnen *„bei ihrem Schritt nicht um politische Ziele"* („Badische Zeitung", 18.7.). Der Besitzer ließ sich jedoch nicht auf Verhandlungen ein, stattdessen wurden andere leerstehende Wohnungen demoliert. In einem Haus wurde sogar das Wasser abgedreht, obwohl dort noch eine 70-jährige Frau wohnt. Am 25.7. wurden die beiden besetzten Wohnungen von der Polizei geräumt, die Besetzer wegen Hausfriedensbruch angezeigt und erkennungsdienstlich behandelt.

KB Freiburg

Hamburg: Grundeigentümer verweigern Zustimmung zum Mietenspiegel

Hamburgs Bausenator Volker Lange ist angeblich sauer. Der Grundeigentümerverband handele „kurzsichtig" und „unverständlich", ließ er verlauten. Was war passiert?

Der Grundeigentümerverband hat dem neuen Hamburger Mietenspiegel seine Zustimmung verweigert: Begründung: Man habe die dem Spiegel zugrundeliegenden Daten, die von der Gewos erhoben worden sind, nicht überprüfen können. Das wäre aber gegen das Datenschutzgesetz, sagt der Bausenator. Die Frage ist, warum macht der Vermieterverband solche Eskapaden, wo er der Art der Datenerhebung zugestimmt hat und der Mietenspiegel 18-25 % höhere Mieten ermöglicht? (Vergl. „Bunte Liste Zeitung" Nr. 7).

Die Tatsache, daß der Vorsitzende des Grundeigentümerverbandes, Sasse, angekündigt hat, man wolle den Spiegel trotzdem für seine Mitglieder bereithalten, läßt vermuten, daß die Hausbesitzer sich in den Fällen, wo ihnen der Mietenspiegel nützt, auf ihn berufen werden, in gegenteiligen Fällen aber andere „Begründungen" hinzuziehen werden, immer nach der Devise: Recht ist, was dem Vermieter nützt. Hätten sie jetzt dem Mietenspiegel voll zugestimmt, wäre es für sie schwieriger geworden, in Einzelfällen über ihn hinauszugehen.

Wohnungskommission

Italien

Wir stellen vor: Partido Radicale

Am 12.7.79 hatten wir Gelegenheit, auf Einladung der Partito Radicale in Rom mit den Genossen Andreas Steiner, Francesco Tullio und Claudio Jaccarino (Mitglied im nationalen Sekretariat der PR) ein längeres Interview zu führen, das wir hier leicht gekürzt wiedergeben. Wir haben es dabei nicht als unsere Aufgabe betrachtet, die zahlreichen Widersprüche zwischen uns und der PR zu diskutieren, sondern die PR und ihre Politik, die hierzulande kaum bekannt ist, vorzustellen.
Auf diesem Wege auch einen herzlichen Dank an die PR-Genossen für die offene und solidarische Art, mit der sie unsere Fragen beantwortet haben!
Ra., Ge., Jü. (KB Gruppe Hamburg)

Vorbemerkung

Die Partito Radicale hat in den letzten Parlamentswahlen erheblich an Stimmen gewonnen: Mit 3,4 % gegenüber 1,1 % (1976) gelang es ihr, 20 Abgeordnete ins italienische Parlament zu bekommen. Sie ist zu einer der wichtigsten Organisationen der italienischen Linken geworden. Die PR bezeichnet sich selber nicht als rein italienische Partei: Sie hat die Vorstellung, sich in europäischem Rahmen zu organisieren. Zwar ist sie in Italien gegründet worden und hat dort auch ihre stärkste Basis, aber kleinere Sektionen existieren auch in Frankreich und Belgien, assoziierte Mitglieder gibt es in allen westeuropäischen Ländern. Die PR unterhält einen eigenen Radiosender und eine Presseagentur.

Einheit - Alternative — Erneuerung

Frage: Die Partito Radicale (PR) unterscheidet sich im Aufbau sehr stark von den herkömmlichen Parteien. Könnt Ihr etwas Genaueres dazu sagen und wo definiert Ihr selbst Euren politischen Standort?

Antwort: Die PR hat sich von Anfang an als eine linke Partei herausgebildet und die Hauptpunkte, für die sie schon damals als kleine, völlig unbedeutende Partei gekämpft hat, waren die Einheit, die Alternative und die Erneuerung der Linken. Einheit bedeutet dabei nicht Einheit im ideologischen Sinne, sondern Einheit bezüglich der Kampfziele. Alternative be-
gischen Sinne, sondern Einheit bezüglich der Kampfziele. Alternative be-
deutet, daß sich die Linke in Italien gemeinsam als Alternative gegen die rechten Kräfte in der Regierung (DC) stellt. Erneuerung bedeutet für die italienischen Radikalen im strukturellen Sinne nicht eine zentralistische Organisation, sondern eine föderalistisch-regional organisierte Linke, die ihre Wurzeln in den libertären Sozialisten und den italienischen Anarchisten hat.

Trotzdem haben wir uns entschlossen, uns eine Partei zu nennen; und zwar wollen wir dem Begriff der Partei eine neue Bedeutung geben: „Partei" im Sinne von Partei nehmen, Stellung nehmen. (...) Aber im Grunde genommen ist die PR eine Bewegung. Es gibt jedoch eine politische Struktur, eine Art Parteistruktur, die aber ihren Keim in den jeweiligen regionalen Bewegungen hat. Die Genossen, die in der Partei arbeiten, arbeiten z.B. nur für ein Jahr (gemeint sind die Funktionäre — AK). Jährlich finden zentrale Kongresse statt, an denen alle eingeschriebenen Mitglieder aus Italien und aus Westeuropa teilnehmen und zu Wort kommen können. Man kann also sagen, die PR vereinigt zwei Tendenzen: Die eine ist die außerparlamentarische Tendenz, die außerinstitutionelle Tendenz; die andere eine organisierte, institutionalisierte Tendenz. Es gibt einen Kongreß, es gibt einen Parteisekretär, es gibt einen Kassenwart usw.

Die Organisation besteht im nationalen Kongreß, der die jeweiligen Kämpfe beschließt, die vorangetrieben werden müssen. Und zwar sind dies immer nur ein oder zwei große Initiativen, die auf nationaler Basis von allen Mitglieder betrieben werden. Unabhängig davon sind die regionalen, föderierten Verbände, die ihre eigenen, regionalen Kämpfe und Initiativen vorantreiben können, ohne dem nationalen Kongreß Rechenschaft schuldig sein zu müssen.

Frage: Könnte man also Parallelen ziehen zum Aufbau der Bunten und Alternativen Listen in der Bundesrepublik?

Antwort: Ohne weiteres! Es gibt manche Sachen, die man vergleichen kann, es gibt aber auch einige Unterschiede: Erstens haben wir ein Statut, das garantiert, daß die Organisation nicht zentralisiert werden kann. Es sind die Bündnisse und die Basisorganisation, die die Partei aufbauen. Es ist garantiert, daß sich keine feste Spitze aufbauen kann. Das haben die Bunten Listen bisher nicht. (...).

Frage: Aufgrund Eures Parteiaufbaus, aufgrund des Vorwurfs, in der PR würden ehemalige Reaktionäre mitarbeiten, bezeichnet Euch vor allem die PCI als kleinbürgerlich-reaktionäre Bewegung, verbunden mit dem Vorwurf der Programmlosigkeit, keine Klassenpartei des Proletariats zu sein, u.ä.. Wie steht Ihr dazu, und wie seht Ihr unter diesem Gesichtspunkt auch die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der PCI?

Antwort: Unsere Kämpfe und nicht unsere Ideologie entscheiden unsere Klassenidentität. Unsere Kämpfe wie z.B. für die Legalisierung der Abtreibung und der Ehescheidung und auch des Antimilitarismus sind ja im Grunde genommen Kämpfe der Linken. In dem Sinne sind es Kämpfe, die ohne weiteres Klassenkämpfe sind... Die Polemik zwischen PCI und PR hat ihren Ursprung auch in der Angst von Seiten der PCI, weil eben die Kämpfe der PR auch Kämpfe der Linken sind; die letzten Wahlen haben gezeigt, daß viele PCI-Wähler PR gewählt haben. Das geht aus der Wahlanalyse hervor.

(...) Die gegenwärtige Abgeordnetengruppe (20 Abgeordnete) im Parlament besteht aus zwei Genossen von Lotta Continua, drei Ex-PCIlern, zwei Ex-PSI-Abgeordneten, das wäre im Grunde ein Mikrokosmus, der der Vorstellung entspricht, die wir in Zukunft realisieren wollen, also eine Einheit der Linken.

Frage: Es ist uns berichtet worden, daß Anwälte der PR in der Vergangenheit ihre Kraft auch dafür eingesetzt haben, Faschisten zu verteidigen. Geratet Ihr damit nicht in Widerspruch zu Eurem fortschrittlichen Anspruch? Hat das keine Probleme innerhalb der Partei aufgeworfen? Wie hat die italienische Linke darauf reagiert?

Antwort: Wir sind für den Rechtsstaat und das bedeutet, daß die Anwälte je-
Antwort: Wir sind für den Rechtsstaat und das bedeutet, daß die Anwälte je-
den verteidigen müssen. Zweitens haben unsere Anwälte Ventura (ital. Faschist und Mitverantwortl. für die Bombe in der Mailänder Landwirtschaftsbank 1969 — AK) im Fall des „Strage di Stato" verteidigt, gerade um die Beziehung zwischen Staat und SID (italienischer Geheimdienst — Anm. AK) klar und offensichtlich zu machen. Die Verteidigung wurde dann fallengelassen, weil der Pakt von Ventura nicht eingehalten wurde und er nicht gesagt hat, was er hätte sagen müssen. (...). Wir waren immer gegen eine gewisse Art von Demonstration, wie sie von Lotta Continua und den kleinen linken Organisationen vorangetrieben wurde, aus dem einfachen Grund, weil wir nicht an die Möglichkeit glaubten, auf diese Art zum Erfolg zu gelangen: Diese Art der Demonstration — hart und kämpferisch — in denen ein Faschist, ein konkreter Mensch, zahlen mußte, indem man ihn dann zusammengeschlagen hat. Dagegen sind wir nicht nur, weil wir gewaltfrei sind, sondern auch, weil das für uns praktisch politisch falsch war.

Für uns wird der Faschismus nicht vertreten durch den kleinen einzelnen Anhänger der MSI, sondern er ist ein Staatsfaschismus, hauptsächlich vertreten durch die DC. Es ist nicht unser Interesse, gegen den einzelnen faschistischen Militanten zu kämpfen, sondern gegen diesen Staatsfaschismus. (...). Es gibt in Italien die Tendenz, den kleinen Faschisten nicht sprechen zu lassen. Die PR hat das immer als kindisch empfunden, denn in Italien wird der wirkliche Faschismus durch den Staat und die DC vertreten.

Man muß dazu erklären, daß dieser Antifaschismus in Italien einfach eine große Sache geworden ist, alle haben den Mund voll mit Antifaschismus und das ist durch die Kämpfe der Neuen Linken gekommen. Jetzt sagt sogar die DC, sie sei antifaschistisch. (...) In Mailand gab es zwischen Linken und Rechten eine Auseinandersetzung, wo jeder verhindern wollte, daß der andere zu Wort kommt. Da gab es sinnloses Hinmorden. In diesen dunklen Monaten hat die PR Tische aufgestellt, um gegen das „legge reale" (ital. Polizeistaatsgesetz — AK) Unterschriften zu sammeln und zu demonstrieren, daß der reale Faschismus der Staatsfaschismus ist.

Frage: Wie seht ihr die Zusammenarbeit mit den anderen Linken, zum Beispiel NSU oder PdUP. Gibt es da Verbindungen, eventuell Doppelmitgliedschaften?

Antwort: Die Möglichkeit einer Doppelmitgliedschaft besteht natürlich. Außerdem gibt es seit 1974 die Zusammenarbeit zwischen Linken und der PR auf der Basis der konkreten Kämpfe, in diesem Fall der acht Referenden, aber nicht im ideologischen Sinn. Eine Debatte auf ideologischer Basis besteht immer, z.B. mit Lotta Continua hat sich das konkretisiert, dieser Meinungsaustausch dauert schon Jahre an. Er hat sich konkretisiert, indem jetzt zwei Lotta Continua-Genossen mit der PR im Parlament sitzen (in der Fraktion der PR — Anm. AK). Wir haben die „legge reale" zusammen bekämpft, d.h. auf konkreter Ebene. Bei uns sind auch Kommunisten der verschiedenen Gruppen.

Seit 1976 waren vier Abgeordnete der PR im Parlament und sechs der DP (Democrazia Proletaria). Es muß aber gesagt werden, daß es in den konkreten Kämpfen weniger eine Allianz zwischen unseren Gruppen gab, als zwischen der PR und Massimo Gorla sowie Mimo Pinto. (Die DP war damals die gemeinsame Organisation der PdUP, Lotta Continua und Avantguardia Operaia; G und P. waren Abgeordnete der DP — Anm. AK).

„Das ist, was wir ‚Germanisazione' nennen..."

Frage: Nach dem Tod Moros, nach den polizeistaatlichen Maßnahmen, die darauf folgten, ist die italienische Linke insgesamt in eine tiefe Krise geraten. Die Tendenz zu individuellen Lösungen, sei es der Rückzug aus der Politik, sei es der individuelle Terrorismus, ist sehr stark geworden. Wo seht Ihr die Ursachen dieser Entwicklung, und inwieweit seid Ihr selber betroffen?
lung, und inwieweit seid Ihr selber betroffen?

Antwort: Was uns von den anderen Linken unterscheidet und unterschieden hat, war das Problem der Gewaltanwendung und der Gewaltfreiheit. Es bestand eine theoretische Auseinandersetzung; theoretisch deswegen, weil Gruppen wie z.B. Manifesto zwar für eine Gewaltanwendung waren — im theoretischem Sinne, in der Revolution, sie in der Praxis aber nie anwandten. Es waren immer gewaltlose Demonstrationen. (...). Die Gegensätze zwischen der bewaffneten Partei (partito armata) und der gewaltfreien Partei, die gab es schon vor dem Tode Moros. Sie sind nur durch den Fall Moro völlig zum Ausdruck gekommen. Die PR muß dazu sagen, daß sie nicht in der Lage war, die Moral der Gewaltfreiheit bei dieser Gelegenheit genügend zu problematisieren, zu zeigen, daß sie die einzige Alternative zur bewaffneten Partei war. Die bewaffnete Partei, das sind alle Genossen, die sich zum Terrorismus bekennen. Nach der Affäre Moro, als jeder die Entscheidung für oder gegen die bewaffnete Partei zu treffen hatte, haben sich viele zurückgezogen in das Privatleben und hatten auch keine Ziele mehr. Das auch, weil wir es nicht fertiggebracht haben, die gewaltfreie Aktion als Instrument zur Opposition — dem Nicht-einverstandensein mit dem Staat — zu propagieren.

Es ist das Ziel der PR, der radikalen Politik, diese Leute, die diesen Rückschlag erlebt haben, die sich nicht mit der bewaffneten Partei identifizieren, die also anders agieren wollen, diese Leute davon zu überzeugen, daß man auch aktiv Politik machen kann, ohne zur bewaffneten Partei überzugehen, daß eine gewaltfreie Politik, eine gewaltfreie Aktion die große Alternative ist.

Frage: Also die Krise der Linken in Italien ist für Euch in erster Linie die Krise der politischen Taktik, des politischen Programms der Organisationen, also der Zusammenbruch der revolutionären Ideologie innerhalb der Linken. Ist es nicht auch so, daß die Aktionen des Staates gegenüber den Linken ganz erheblich dazu beigetragen haben?

Antwort: Ja, das ist wahr. Es gibt im Grunde genommen drei Alternativen: Die bewaffnete Partei, Mitgliedschaft in der PCI oder die direkte Aktion, wie sie im Augenblick nur die PR bieten kann.

Frage: Es gibt eine Reihe von Organisationen in Italien, die die Politik des individuellen Terrors vertreten, z.B. die Brigate Rosse. Wie steht Ihr zu diesen Organisationen, und vor allem: Wie seht Ihr die Solidaritätsbewegung mit den politischen Gefangenen? In der Bundesrepublik bekommt ein Teil der Linken starke Bauchschmerzen, wenn es darum geht, sich mit den politischen Gefangenen zu solidarisieren, gegen deren Haftbedingungen zu protestieren usw.. Diese Leute halten die Distanzierung für den besten Garant des eigenen politischen Überlebens und betreiben damit objektiv das Geschäft der Gegenseite.

Antwort: Das ist, was wir in Italien „Germanisazione" nennen, also Verdeutschung der hiesigen Verhältnisse! Wir bewegen uns im Rahmen des Rechtsstaates, weil wir immer den Rechtsstaat verteidigt haben, auch gegenüber denen, die sich nicht in diesem Rechtsstaat erkennen. So ist es auch zu erklären, daß wir andauernd Abgeordnete und Mitglieder der Partei zu den Verhafteten des 7. April schicken, also zu Negri usw., um zu garantieren, daß die Verfassung, die wir verteidigen, auch in all ihren Klauseln zum Schutz der Gefangenen angewandt wird.

Zum Beispiel kennzeichnend ist, daß wir eine Verhaftung und einen Urteilsspruch nur aufgrund von Fakten akzeptieren, und nicht aufgrund einer Meinung. In diesem Sinne sind wir auch für Meinungsfreiheit der Zeitungen, z.B. „Metropolis" oder anderen, die zum Terrorismus neigen oder die sogar offen für den Terrorismus eintreten. Es geht also nicht darum, moralische Urteile zu fällen, sondern, wenn ein Urteil gefällt wird — ein konstitutionelles, legalistisches Urteil — dann nur aufgrund von Fakten, für Verbrechen, die begangen worden sind.

Erfolge bei den Wahlen

Erfolge bei den Wahlen

Frage: Die PCI hat bei den Wahlen im Juni erhebliche Einbußen erlitten, die PR dagegen verhältnismäßig viel dazugewonnen. Vielleicht könnt Ihr eine allgemeine Analyse des Wahlergebnisses geben, welche Schlußfolgerungen zieht Ihr daraus?

Antwort: Das Resultat dieser Wahlen darf nicht als einzelnes Resultat gesehen werden. Es ist die Entwicklung eines langjährigen Kampfes, der schon 1976 beginnt, mit den vier radikalen Abgeordneten und den sechs der DP. (...). Die Stimmen, die den Anteil der PR verdreifacht haben, das sind die Stimmen, die von den Kommunisten und Sozialisten kommen. Das sind die Stimmen, die der PCI verlorengegangen sind. Das bedeutet aber nicht, daß die PR in ihrer Parteistruktur nun zu einer kommunistischen Partei wird, sondern sie bleibt eine „radikale" Partei und behält ihr außerparlamentarisches Engagement. Das Ziel ist, die Einheit der Linken aufzubauen. Anzeichen sind schon gegeben, dadurch daß die nächsten Nummer der „Rinascita" — das ist das wöchentlich erscheinende theoretische Organ der PCI — sich ganz den Radikalen widmet. Und zum ersten Male seit 25 Jahren können radikale Intellektuelle in der „Rinascita" schreiben. Bis zu den Wahlergebnissen waren wir gewissermaßen die Juden der Linken — gefürchtet und schlecht angesehen. Wenn jetzt Craxi (PSI-Chef — Anm. AK) hierher kommt und mit Jean Fabre (PR) spricht — das hat er schon gemacht und wird es wieder tun — so soll das nicht bedeuten, daß wir unsere politische Persönlichkeit verlieren und eine institutionalisierte Partei werden, ganz im Gegenteil.

Noch eine kleine Anmerkung: Die Abgeordnetengruppe im Parlament darf vom Statut her nicht parteigebunden sein, sie ist unabhängig von der Partei.

Frage: In dem Zusammenhang gleich die nächste Frage: Ihr seid zur Parlamentswahl im Juni angetreten mit der Forderung einer Linksregierung unter Einschluß von PSI und PCI. Wie beurteilt Ihr jetzt, angesichts des Wahlergebnisses auf der einen Seite und angesichts der Beauftragung von Craxi mit der Regierungsbildung auf der anderen Seite, die Möglichkeit einer Realisierung dieser Forderung, und wie beurteilt Ihr die Diskussion, die in der PCI zur Zeit um die Frage der Strategie des „historischen Kompromisses" geführt wird? Glaubt Ihr, daß die PCI ihre Position der Unterstützung der DC z.B. relativieren könnte?

Antwort: Alle diejenigen Regierungsprojekte (der PCI — Anm. AK), die die Democrazia Cristiana miteinbezogen haben, haben sich aufgelöst, und das liegt einfach daran, daß man eine solche große Koalition nicht realisieren kann. Das ist ein Punkt, den wir ganz drastisch kritisieren, und sobald die PCI sich wieder einer solchen Politik nähern wird, werden wir auch wieder unsere ganze Polemik darauf ausrichten. Es handelt sich für uns jetzt nicht darum, vom Programm her zu sagen, wir werden eine vereinigte linke Regierung unterstützen; das geht schon zahlenmäßig nicht (wir müßten dann Republikaner und Liberale gleichermaßen miteinbeziehen), sondern es handelt sich darum, jetzt die konkreten Objekte zu bestimmen, in denen wir zusammenarbeiten könnten. Nur wenn die Parteien zu diesen konkreten Zielen Stellung bezogen haben, kann man auch über ein Zusammengehen der Linken (im Parlament — d.Verf.) sprechen.

Frage: Was sind das für konkrete Ziele?

Antwort: Abrüstung, Umwandlung der Militärausgaben in Zivilausgaben und natürlich die Ablehnung der Atomenergie. Ferner der „Kampf der 2 Prozente", d.h. daß 2 % der Steuereinnahmen dazu benutzt werden, um Dinge wie z.B. das Welthungerproblem lösen zu helfen. Diese Forderungen würden wir zur Bedingung einer politischen Allianz machen.

Frage: Warum habt Ihr Euch an den Wahlen zum Europaparlament beteiligt?

Antwort: Wir glauben ganz einfach daran, daß man ein europäisches Parlament aufbauen kann, aber dann natürlich auf einer anderen Basis. Wir glauben ferner, daß man alle Mittel
türlich auf einer anderen Basis. Wir glauben ferner, daß man alle Mittel
nutzen muß, um den Kampf inner- und außerparlamentarisch weiterzubringen; d i e s e Möglichkeit nicht auszunutzen, hätte geheißen, eine Gelegenheit zu verpassen. Das europäische Parlament hätte sich auf jeden Fall gebildet — ob mit oder ohne uns; und daß sich jetzt eine linke Opposition im Europaparlament bilden kann, ist der Anfang einer r e a l e n Opposition, die natürlich auch der Information dient: So können wir i n n e r h a l b des europäischen Parlaments anklagen, daß es eine Fälschung ist. Ohne diese Opposition wäre das Europaparlament leichter in die öffentliche Meinung gedrungen als etwas, was es n i c h t ist. Ferner werden wir gleichzeitig das Europaparlament dazu nutzen, um u n s e r e Kämpfe voranzutreiben. Es ist somit ein Kampf von innen her, den wir führen, und nicht nur von außen.

Frage: Zum Schluß dieses Komplexes vielleicht noch eine Frage zu Eurem Verhältnis von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit. In der BRD wird z.B. der Aufbau alternativer Wahlbündnisse von Teilen der Linken mit der Begründung abgelehnt, daß diese Listen durch ihre Wahlbeteiligung zu Teilen eines Apparates würden, den man ja eigentlich bekämpft, daß von daher die Gefahr der Korrumpierung bestehe usw.

Antwort: Hier liegt ein ganz reeller, konkreter Unterschied zwischen uns und gewissen Linken: Wir kämpfen nicht gegen die Institution an sich, gegen die Verfassung, gegen den Legalismus, sondern wir kämpfen gegen die a u g e n b l i c k l i c h e Verfassung, gegen den a u g e n b l i c k l i c h e n, korrumpierten Legalismus. Wir sind im Unterschied zu den Anarchisten nicht für eine Abwesenheit aller Gesetze, sondern wir sind für Gesetze, die das Verbieten verbieten (...).

Fortsetzung von Seite 34

Atomenergie: Die Gewalt steht auf Seiten des Staates

Frage: Vor einigen Jahren noch war die Anti-AKW-Bewegung in Italien nur sehr schwach entwickelt. Mittlerweile hat sich die Situation geändert. Könnt Ihr uns etwas sagen zum Stand des Atomprogramms in Italien und zur Situation des Widerstandes?

Antwort: Die Anti-AKW-Bewegung gab es in Italien aus dem einfachen Grund bis jetzt nicht, weil wir keine Atomkraftwerke hatten, abgesehen von drei winzig kleinen, experimentellen Kraftwerken, die 1963 gebaut wurden. Das erste große AKW (1.900 MW) bei Caorso an der Po-Mündung ist erst vor einigen Monaten in Betrieb genommen worden. Seit 1975/76 wurde ein Energieplan entwickelt, der den Bau von 20 Atomkraftwerken in Italien innerhalb der nächsten zehn Jahre vorsieht. Gleichzeitig hat sich dann auch die Anti-AKW-Bewegung entwickelt, vorangetrieben durch Lotta Continua, Autonomia Operaia und die Radikalen. Wir bewegen uns dabei auf unserer traditionellen Ebene, indem wir sagen, daß wir jetzt ein Referendum, eine Volksabstimmung machen wollen, mit dem Ziel, auch hier zu dezentralisieren: Der Staat darf nicht bestimmen, wo und wie Atomkraftwerke installiert werden, das muß auf provinzieller Ebene entschieden werden, abgesehen natürlich von dem totalen Anti-AKW-Kampf, den wir auf nationaler Ebene und regionaler Ebene führen. Die Volksabstimmung darf in diesem Sinn auch nicht auf nationaler Ebene vorangetrieben werden, sondern auf regionaler, weil die Regionen eben die Betroffenen sind. In Piemonte und in der Lombardei sind von den Radikalen und von Capanna (ehemaliger Studentenführer — AK) bereits Unterschriften gesammelt worden für die Volksabstimmung gegen den Bau von Atomkraftwerken. Wir konnten in diesem Jahr die Stimmen für die Volksabstimmung nicht weiter einsammeln, weil es Wahlen gab — es gibt da eine Klausel, daß man im Wahljahr keine Stimmen für Referenden sammeln darf — und die Volksabstimmung gegen den Bau von Atomkraftwerken ist eines der vielen Referenden, die wir für das nächste Jahr programmiert haben (z.B. ein neues Referendum für die Abtreibung, ein Referendum gegen die Militärgerichte, gegen die Jagd, ein Referendum gegen gewisse Paragraphen der italienischen Notstandsgesetze, gegen die Bewaffnung und für die Reform und die Vergewerkschaftung der Polizei und des Zolls).

Frage: Es hat 1976 in Montalto di Castro eine Platzbesetzung gegeben. Könnt Ihr etwas sagen zu den Aktionsformen des Anti-AKW-Kampfes und wie steht Ihr angesichts Eurer
tionsformen des Anti-AKW-Kampfes
und wie steht Ihr angesichts Eurer
prinzipiellen Linie der Gewaltfreiheit zur Frage des militanten Widerstandes gegen die Angriffe des Staatsapparates und der Polizei?

Antwort: Die Besetzung der Montalto di Castro-Gebiete ist von der PR ins Leben gerufen worden, das ist eine Aktionsform, die wir auch weiterhin betreiben werden. Unsere Gewaltfreiheit ist nicht nur eine moralische, sondern auch eine rein pragmatische. Um so gewalttätiger die Demonstrationen sind, umso mehr fordern sie die Reaktion der Polizei heraus. So überlegen wir uns, eine alternative Art der Demonstration wahrzunehmen. (...)

Wir akzeptieren die Provokationen der Polizei nicht. Wir gehen davon aus, daß der Staat gewalttätig ist — die Polizei gebraucht gerne Gewalt. Wir dürfen ihr keine Möglichkeit geben, diese Gewalt anzuwenden, denn das geht alles zu unseren Ungunsten (...). Wir leben nicht mehr im 18. Jahrhundert und wir haben keine Möglichkeit, mit unserer Gewalt die Gewalt des Staates zu überwinden. (...) Wir haben unser Recht auf Demonstration; da wir aber der Meinung sind, daß es keine Möglichkeit gibt, gewaltvoll die Gewalt des Staates zu brechen, haben wir uns andere Aktionsformen ausgedacht. Wir machen jeden Tag, jede Woche gewaltfreie Aktionen, die manchmal durch die Presse gehen, manchmal nicht. Durch unsere Aktionen konnten wir zeigen, daß die Gewalt ausschließlich auf Seiten des Staates steht. (...) Wo wir uns am meisten von den anderen unterscheiden, ist gerade im Gebrauch oder Nichtgebrauch von Gewalt. Wenn wir einen Kampf durchführen, einigen wir uns mit jedem, der mit den Zielen einverstanden ist — was wir aber verlangen, das ist die Gewaltfreiheit. Wir arbeiten mit Gruppen, die Gewalt theoretisieren — das machen wir gern und oft — aber wenn wir einen Kampf zusammen durchführen, dann muß er gewaltlos sein. (...)

Frankreich

Hohe Haftstrafen gegen korsische Nationalisten

Während der 22tägigen Prozeßdauer gegen 21 Mitglieder der „Nationalen Befreiungsfront Korsikas" (FLNC) ist die Mittelmeerinsel Gegenstand zahlreicher Presseberichte gewesen.

Die Anklage

Bereits seit über einem Jahr sitzen die FLNC-Mitglieder in verschiedenen französischen Haftanstalten. Seit dem 14. Juni 1979 wird ihnen der Prozeß gemacht. Sie sind angeklagt wegen eines Anschlages auf den Luftwaffenstützpunkt von Fort-Lacroix in der Nacht vom 25.-26.3.77, wegen eines Bombenanschlages auf den Fernsehsender von Serra di Pigno im August 1977, wegen drei Attentaten auf Nebenstrecken bzw. Bahnhöfen der französischen Eisenbahn (SNCF) in der Pariser Region, wegen zahlreicher Attentate auf Korsika gegen Einrichtungen des französischen Kolonialismus (Banken, Fernsehstationen, Touristikbüros etc.) – oder auch wegen bloßer Mitgliedschaft in der FLNC.

Die Prozeßführung oder die Angeklagten machen dem französischen Kolonialismus den Prozeß

Trotz ständiger Interventionen des Gerichtspräsidenten Allaer und zweifelhafter Interpretationen des Generalstaatsanwalts Olivier, die darauf abzielten, die Angeklagten zu „individualisieren" und sie zu zwingen, nur ausschließlich zu den Anklagepunkten Stellung zu nehmen, gelang es den FLNC-Genossen, zu Prozeßbeginn eine gemeinsame Erklärung zu verlesen. In dieser nahmen sie kollektiv die Verantwortlichkeit aller Aktionen der FNLC auf sich, prangerten die 200-jährige Kolonialherrschaft an und zeigten die Geschichte des Widerstands des korsischen Volkes bis in die Gegenwart auf. Während des Prozeßverlaufes gingen die einzelnen Angeklagten nicht auf die jeweils ihnen zur Last gelegten Attentate etc. ein, sondern zeigten – einer nach dem anderen – die verschiedenen Ursachen auf, die zwangsläufig zur Gewalt führen müssen.

Beispielsweise nahmen P. Anziani und F. Lorenzi, die wegen des Versuches eines Bombenanschlags auf die Villa des Postdirektors in Bastia angeklagt sind, diese Anklage zum Anlaß, um auf das korsische Problem *Arbeitslosigkeit* aufmerksam zu machen, die u.a. dadurch entsteht, daß Franzosen stark bevorzugt werden bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst.

Der Angeklagte Pancrazi zeigte den öffentlichen Dienst.

Der Angeklagte Pancrazi zeigte das Problem *Entvölkerung der Insel* auf: 100.000 Korsen sind aufgrund fehlender Arbeitsmöglichkeiten gezwungen, ins Exil zu gehen; seit 1945 verlassen jährlich 3000 Korsen ihr Land. Dagegen sind allein von 1968-1975 42.380 Fremde (28.660 Franzosen und 17.720 Ausländer) nach Korsika eingewandert. D.h., es besteht die Gefahr, daß das korsische Volk in seiner Heimat in der Minderheit sein wird. So prognostiziert auch das „Hudson Institut" in einer unter Verschluß gehaltenen Studie: *„Das korsische Volk wird verschwinden wie die Bisons und Adler der USA."* (Liberation, 21.6.79).

Ein weiterer Angeklagter legte das korsische *Landwirtschaftsproblem* dar: heute teilen 161 Nicht-Korsen 34.600 Hektar des Wein- und Zitrusfrüchteanbaus unter sich auf, während 6.000 korsische Bauern 29.000 Hektar zur landwirtschaftlichen Nutzung übrigbleiben. 90% der Einnahmen aus der Landwirtschaft entgehen den zahlreichen korsichen Kleinbauern. *„Alles das"*, schloß dieser Angeklagte, *„ist vom französischen Kolonialismus gewollt, programmiert worden und aus diesem Grund kämpfen wir, um unser Land und unseren Reichtum wiederzubekommen"* (Liberation, 21.6.79).

Nicht der Hergang des Attentats auf den Fernsehsender wurde von einem weiteren Angeklagten dargestellt, vielmehr die Gründe, die dazu geführt haben: *„Dieser Sender übermittelt unserem ganzen Land die französische Kultur. D.h. alles, was unsere Identität zerstört. Kein Platz wird unserer Sprache un. er Kultur eingeräumt ..."* Das korsische Volk will, daß Korsisch als obligatorische Sprache in den Schulen gesprochen wird, fordert eine eigene Universität („Liberation", 22.6.79).

Im Prozeßverlauf wurden noch eine Reihe anderer korsischer Probleme der Öffentlichkeit deutlich gemacht, u.a. der *Wahlbetrug* und die *Herrschaft der Familienclans* über das gesamte politische Leben.

Die Urteile

Am 11.7.79 wurden äußerst harte Urteile gegen die 21 FLNC-Angeklagten gefällt: Lorenzi, Roesch und Filidori wurden zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt. 8 Angeklagte erhielten Haftstrafen von 8 und 1o Jahren, die anderen Angeklagten 5 und 6 Jahre Haft! Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Gleich nach der Urteilsverkündung erhob sich das Publikum und stimmte zusammen mit den verurteilten Genossen und deren Rechtsanwälten das revolutionäre korsische Volkslied *„Sunate lu Cornu"* an. Danach skandierte das Publikum *„Liberta"* – Freiheit!

Solidarität mit den verurteilten FLNC-Genossen

Es gab in den verschiedenen Städten Korsikas Protestdemonstrationen mit der Forderung nach Freilassung der Angeklagten (u.a. am 13.Juni in Ajaccio, am 29.6. in Bastia und auch in Marseille). In Bastia hatten ab 14.oo Uhr 95% aller Geschäfte geschlossen und damit den Aufruf zu einer Aktion „Tote Stadt" befolgt. Bei allen Demonstrationen auf Korsika kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit den CRS-Bullen, die Tränengas einsetzten und etliche Demonstranten festnahmen. Das aus Freunden und Angehörigen der Verurteilten zusammengesetzte Komitee „A Riscossa" (Die Hilfe) erklärte nach der Urteilsverkündung: „Unsere Söhne, unsere Männer haben uns den Weg gezeigt, dem wir folgen müssen." (LM 13.7.79)

Nach Einschätzung der Verteidiger wird – gerade aufgrund der Anstrengungen der korsischen Nationalisten, das korsische Problem zu erklären – in der Öffentlichkeit die harte Verurteilung auf Unverständnis stoßen. Die Mehrheit der Korsen – wenn sie auch nicht die von den Nationalisten angewendeten Methoden gutheißen – stimmt mit dem Ziel überein: die Identität Korsikas zu schützen und, solange es noch Zeit ist, das korsische Volk zu retten. (nach „Liberation vom 14.6.-29.6.79)



Geheime Pressekonferenz von FLNC-Sprechern

Geheime Pressekonferenz von FLNC-Sprechern

Fünf Sprecher der „Nationalen Befreiungsfront Korsikas" gaben am 13.6.79, einen Tag vor Prozeßbeginn, fünf Journalisten (von „Le Monde", „Le Matin", „Liberation" und RTL) und einem Fotographen eine heimliche Pressekonferenz in einem Pariser Vorort.

Nach Verlesung einer Stellungnahme zur Geschichte Korsikas antworteten die FLNC-Sprecher auf diverse Fragen der Jounalisten.

Hier eine Übersetzung aus „Liberation" vom 14. Juni 79:

Zum Illegalen Kampf der FLNC

„Er ist notwendig, um auf wirksame Weise auf die Unterdrückung Korsikas und auf die verschiedenen repressiven Kräfte, die unser Volk angreifen, zu antworten."

Zur Gewalt

„Der Weg der Legalität ist blockiert und die Gewalt ist nötig für unseren Kampf. Trotz alledem ist dieser Kampf vor allem ein politischer und die Gewalt ist nur eine Ergänzung..."

Zur Jugend in der FLNC

„Es ist wahr, daß unsere Bewegung enorm viele Jugendliche zählt. All diejenigen Jugendlichen, die sich weigern, ins Exil zu gehen und die sich nicht in den traditionellen Parteien zurechtfinden, die sich nicht damit brüsten können, viele junge Korsen hinter sich zu versammeln."

Zu den Verhaftungen

„Sie haben uns bestimmte Schwächen unsererseits gezeigt, aber haben uns nicht unser Operationspotential erstickt. Die Repression stärkt nur unsere Bewegung."

Zum Inhalt der Unabhängigkeitsforderungen

„Wir sind nicht dazu da, dem korsischen Volk ein Entwicklungsmodell aufzuzwingen. Es muß selbst den Inhalt des freien Korsika wählen. Wir können ihm nur ein gewisses Raster vorschlagen."

Zu den Rechten Terrorbanden

„ Die Männer, die bezahlt werden, um die Interessen Frankreichs auf Korsika zu verteidigen, sie werden von unserem Volk und von der Geschichte verurteilt werden."

Zu den Aktionen in der französischen Hauptstadt

„Sie sind ein integraler Bestandteil unseres Kampfes und mit ihnen antworten wir nur auf die tatsächliche Ausrottung unseres Volkes."

Zu den Prozessen in Paris

„Wir werden sie zu Prozessen gegen den französischen Staat machen, der die Liquidation unseres Volkes will. Sie sind ein wichtiges Moment des Kampfes."

Zu den Perspektiven

„Wir wollen eine dynamische Gesellschaft, die sich in ständiger Evolution befindet..."

Zur Ideologie

„Wir sind linke Nationalisten, die jede Form der Ausbeutung zurückweisen, sei es die des Kolonialismus oder der Inselbewohner. Wir sind Internationalisten."

Zum Verhältnis zu anderen europäischen Untergrundorganisationen

„Selbst wenn ihre Kämpfer aufrichtige Leute sind, denken wir, daß Organisationen wie die Roten Brigaden oder die GRAPO eine Selbstmordstrategie verfolgen, da sie nicht vom Volk unterstützt werden...Dagegen stehen wir in unserem Kampf dem, der von der ETA oder der IRA geführt wird, näher."

Zu den anderen politischen Kräften auf Korsika, der „PC" und „PS"

(der kommunist. und sozialist. Partei)

„Sie machen wichtige Versuche, um sich der korsischen Realität zu nähern und unser Volk zu verteidigen; dennoch wissen sie immer noch nicht, auf welche Seite sie sich schlagen sollen und bleiben oft genug mit den Clans liiert. Sie müssen wählen..."

Zu A. Grziani, der von der Polizei als Chef der FLNC angesehen wird

„Wir haben nichts Besonderes dazu zu sagen, wenn nicht das, daß es bei uns keinen Chef gibt. Es gibt nur korsische Militante, die für ihr Land kämpfen. Wenn man der Polizei glauben würde, wären viele unserer Chefs im Gefängnis und die FLNC säße hinter Gittern... die Wirklichkeit und die verschiedenen „blauen Nächte" (Bombenanschläge) widerlegen diese Informationen."

Frankreich-Kommission, 30.7.79

Großbritannien

Politik der Tory-Regierung:

Nach dem Geschmack des Großkapitals

Das was die neugewählte konservative Regierung gegenwärtig an kapitalistenfreundlichen Maßnahmen auf dem Sektor der staatlichen Finanz- und Wirtschaftspolitik beschließt und durchzusetzen beginnt, ist das rabiateste, was sich die britischen Werktätigen in den letzten Jahren gefallen lassen mußten.
Als Folgen dieser Politik wird bereits offiziell mit einer Steigerung der Arbeitslosenzahlen auf zwei Millionen (d.h. über 8%!) gerechnet und mit einer Inflation von über 18%!
Verantwortlich zeichnet für diese Politik vor allem „Sir" Keith Joseph, Rechtsaußen im Thatcher-Kabinett, berühmt-berüchtigt durch seine Äußerungen, sozial niedrigstehende Frauen solle man(n) zwangssterilisieren, da sie nur minderwertige und asoziale Kinder großziehen würden, die der Gesellschaft und Kultur schaden würden. ... Joseph kündigte im Zusammenhang zu den unten beschriebenen Maßnahmen an, er werde *„das Klima, in dem das freie Unternehmertum arbeiten müsse, radikal ändern"*. Die bisherige Labour-Regierung habe *„den privaten Sektor entmutigt und das Ziel der neuen Regierung ist es, die Bedingung zu schaffen, in dem dieser wieder belebt werden kann"* („Guardian" („G"), 20.7.79).
Der erste Erfolg dieser „Wiederbelebungsversuche" hat sich bereits eingestellt: Der Kurs des britischen Pfundes stieg vom Tag des Wahlsieges der Tories an und hat jetzt den Höchststand von 2,32 Dollar erreicht, das entspricht einer Aufwertung von 13%.
Neben der Wirtschaftspolitik zeichnet sich auch auf dem Gebiet Atomprogramm, Rassenpolitik und Abtreibungsgesetzgebung ein scharfer Kurs gegen die Interessen der britischen Werktätigen ab.

Die Maßnahmen im Einzelnen:

- Die **staatlichen Ausgaben im sozialen Sektor** sollen drastisch – um 400 Mio. Pfund! – reduziert werden. Es wurden Streichungen im Bereich der kommunalen Dienste und des Schulwesens angekündigt, außerdem eine Erhöhung der Preise für Schulmahlzeiten und der Mieten der städtischen Mietshäuser („G", 23.7.79).
- **Einstellungsstop im Öffentlichen Dienst.**
- **Die „regional development aid"** (Programm zur Förderung wirtschaftlich schwacher Gebiete) wird für die nächsten drei Jahre um mehr als ein Drittel (233 Mio. Pfund) gekürzt. Es wurde dabei einfach der Status von Gebieten als förderungsbedürftig aufgehoben: In erster Linie von Schottland, Wales, Yorkshire und Nordwest. Diese Förderung durch Staatsmittel kam vor allem der ortsansässigen Klein- und Mittelindustrie zu gute und trug zumindest geringfügig zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation bei. Die Kürzung ist eine Maßnahme, die ausschließlich im Interesse des Großkapitals liegt: nicht konkurrenzfähigen Betrieben wird die staatliche Unterstützung entzogen, um Gelder zur Verfügung stellen zu können für Projekte wie z.B. den Ausbau des Atomprogramms (s.u.).

Es werden Schätzungen veröffentlicht, die von einer Gefährdung von rund 100.000 Arbeitsplätzen in den betroffenen Gebieten ausgehen („G", 18.7.79). Der Protest gegen diese Maßnahmen geht in Schottland bis rein in die konservative Partei.

- Von ähnlichen Überlegungen geht Joseph bei seinem **Programm für die staatlichen Betriebe** aus: Abstos-

Joseph bei seinem **Programm für die staatlichen Betriebe** aus: Abstos-
sen von nichtkonkurrenzfähigen und veralteten Betrieben, Zwang zu brutalen Entlassungen, Rationalisierungen und Konzentration, Reprivatisierung der profitablen Sektoren.
- **Schiffbau**: Auch hier werden die Steuergelder stark reduziert. Im kaufmännischen Bereich sollen von 32.000 Angestellten 12.000 entlassen werden! Und das, obwohl bereits 7.000 in der letzten Zeit entlassen bzw. versetzt worden sind! Die Betriebe Vosper, Yarrow und Vickers sollen reprivatisiert werden.
- **Luftfahrt**: Bei der „British Airways" (BA) soll nach Josephs Vorstellungen der profitable Bereich des Flugzeugbaus privatisiert werden: bis zu 49% der Kapitalanteile sollen zum Verkauf angeboten werden. Die BA erbrachte 1978 nach Steuerabzug 29 Mio Pfund Profit und „die City ist bereits begierig darauf, sich bei BA einzukaufen" („G", 23.7.79). Dies macht auch sehr deutlich, daß es reine Demagogie ist, wenn Joseph seine Pläne offiziell damit begründet, daß den 57.000 Beschäftigten die Möglichkeit gegeben werden soll, Anteile „ihres Betriebes" zu kaufen. („FR", 21.7.79)
- Mit zu Josephs Programm gehört der **Angriff auf die „Arbeiterkooperativen"**. Diese sind in den letzten Jahren in verschiedenen Branchen daraus entstanden, daß die Arbeiter sich die Schließung ihres Werks nicht gefallen ließen und die Produktion in eigener Regie weiterführten. Unter der Labour-Regierung erhielten sie dafür staatliche Unterstützung, butterten aber ihr letztes Geld dazu, kauften den Betrieb dem Kapitalisten ab und schufteten z.T. mehr als in einem „normalen" kapitalistischen Betrieb.

Eins der bekanntesten Beispiele hierfür ist „Meriden Motorcycle Coop". Als das Werk 1975 vom Eigentümer geschlossen wurde, bilde-

Eigentümer geschlossen wurde, bilde-
te sich eine Arbeiter-Kooperative, die mit 4,2 Mio. Pfund staatlicher Unterstützung den Betrieb übernahm. Alle bekamen den gleichen Lohn, vom leitenden Angestellen bis zur Hofkolonne. Allerdings hatte das leitende Arbeiterkomitee nicht die Kompetenz erhalten, die produzierten Motorräder zu vertreiben. Der Verkauf klappte nicht und der Weinstock-Konzern übernahm den Vertrieb zu für die Coop ungünstigen Bedingungen. Tatsache ist, daß die Coop weiter mit 1,25 Mio. Pfund beim britischen Staat in der Kreide steht. Und Joseph hat angekündigt, daß auf der Rückzahlung dieser Schulden bestanden wird. Dies könnte die „Totenglocke" für die Meriden Coop sein, so der „Guardian" am 18.7.79.

Joseph hat ebenfalls angekündigt, das „National Enterprise Board" (NEB), die Verwaltungsbehörde der verstaatlichten Industrien, in seinen Kompetenzen zu beschneiden. Von den 55 Betrieben, die das NEB verwaltet, sollen etwa 30 in nächster Zukunft zumindest zum Teil privatisiert werden. Zur weiteren Aufgabe des NEB zählte Joseph es, *„Bankier zu sein für das private Unternehmertum auf dem Gebiet der modernsten Technologie"*, z.B. der Entwicklung der Mikroprozessorentechnologie. Das NEB soll dem Unternehmertum hier schlicht finanzielle Risiken abnehmen.

Ausbau des Atomprogramms

Die britische Regierung gab bekannt, daß in der nächsten Zeit an 15 Stellen Probebohrungen durchgeführt werden, um den geeignetsten Platz für die Errichtung einer Atommülldeponie herauszufinden. Baubeginn soll 1990 sein.

Innenbehörde pfeift Kommission für Rassengleichheit zurück

Die unter Labour gebildete „Kommission für Rassengleichheit" veröffentlichte ihren Jahresbericht, in dem sie darstellt, daß von 43 Anzeigen wegen Aufhetzung zu Rassenhaß nur zwei zu Verfahren geführt haben. Eines dieser Verfahren sei durch das Gericht auf eine „unbegründet lange Zeit" verschoben worden. Anläßlich der Aufdeckung der rassistischen und unmenschlichen „Jungfrauentests" durch die Einwanderungsbehörden (wir berichteten im AK darüber) hatte sich die Kommission entschieden, eine formelle Untersuchung einzuleiten, wenn die Regierung nicht ihrerseits dies tut. Nun erklärte die Behörde für Inneres aber, die Kommission habe hierzu überhaupt kein Recht, dies ginge über die Kompetenzen

dies ginge über die Kompetenzen
der Kommission hinaus ...

Großbritannien-Kommission

Niederlande

Massenprotest gegen Sparpläne

Der westdeutschen Presse – einschließlich ta , ausschließlich u – war es wieder mal höchstens eine Notiz wert: Vielfältige Aktionen, Streiks und Massendemonstrationen in den Niederlanden gegen die einschneidenden „Spar" pläne der christdemokratisch-rechtsliberalen Regierung.

Empfindliche Kürzungen im Sozialbereich, der Unterstützungszahlungen, in Krankenhäusern und Kindergärten, im Bildungsbereich; zusätzliche Belastungen über die Krankenversicherung hinaus für Arztbesuche, Medikamente und Krankenhausaufenthalt; Abschaffung oder starke Reduzierung der „Preiskompensation", der halbjährlichen Lohnerhöhungen als Anpassung an gestiegene Preise und Ausgleich für die Geldentwertung – das sind einige der Maßnahmen, mit denen die Regierung die Probleme der niederländischen Kapitalisten lösen will.

Schon im Juni letzten Jahres hatten die Beamten mit ihrer Demonstration der 70.000 in Den Haag zu verstehen gegeben, daß auch ihre Staatsloyalität Grenzen hat. Dem folgten zahlreiche Protestaktionen u.a. von Arbeitsinvaliden, des Krankenhauspersonals und der Studenten.

Die Ankündigung des „Juli-Pakets" (mit den obigen Maßnahmen) durch die Regierung war der unmittelbare Anlaß für Aktionen im ganzen Land und Massendemonstrationen in Utrecht und Amsterdam.

Am 19. Juni demonstrierten annähernd 50.000 Menschen in Utrecht auf einer von der FNV (Zusammenschluß der sozialdemokratischen und der katholischen Gewerkschaft) organisierten Demonstration gegen die „Spar"pläne der Regierung. Wim Kok, Vorsitzender der FNV, erntete starken Protest, als er bekanntgab, daß sich die Gewerkschaften einer parlamentarischen Entscheidung für die einschneidenden Sparpläne beugen würden.

Parallel zu dieser Demonstration wurden im ganzen Land Protestaktionen durchgeführt:

- In Amsterdam wurde der öffentliche Verkehr durch kurze Aktionen erheblich behindert; der Metroverkehr lag vom Vormittag bis zum Abend ganz still
- Rund 15.000 Menschen in 90 Betrieben der Fleisch- und Ernährungsindustrie, 10.000 Mann vom Bau und noch einmal soviel in ausgewählten Industriebestrieben führten Besetzungen, Arbeitsunterbrechungen und Kantinendiskussionen durch.
- Zahlreiche Buslinien im Westen des Landes waren stillgelegt.
- Rund 100 Mitglieder einer Beamtengewerkschaft besetzten das Kultusministerium.
- Bauarbeiter besetzten in Amsterdam eine Brücke, um Flugblätter zu verteilen.
- Mütter in Den Haag besetzten mehrere Schulen.

Wenige Tage später, in der Nacht vom 22. auf den 23. Juni feierten 15.000 vor allem Jugendliche in einem Amsterdamer Park eine „Nacht gegen Van Agt" (den Ministerpräsidenten).



50.000 in Utrecht: Die „Spar"pläne müssen weg!

Für den nächsten Tag, den 23.6., waren Sternmärsche und eine Kundgebung des „Nationalen Komitees gegen Bestek '81" (das „Spar"programm) angekündigt. Von vielen Plätzen Amsterdams – die Frauen marschierten vom Frederiksplein aus – strömten dann schließlich 45.000 Menschen zu einer Kundgebung ins Zentrum.

So machtvoll die Proteste dieser Woche auch waren, die Perspektiven sind nicht so vielversprechend: Nach der Demonstration der 70.000 Beamten in Den Haag im letzten Juni war erst mal Sommer und Ferien und es passierte nicht mehr so viel. In genau der gleichen Situation hat der FNV die Demonstration in Utrecht und die Protestaktionen im ganzen Land organisiert. Auch jetzt ist wieder erstmal Sommer und Ferien ...

Das „Nationale Komitee gegen Bestek '81", stark von der revisionistischen KP beeinflußt, orientiert, zumindest was seine Führung und seine Sprecher angeht, ebenso wie FNV-Führer Wim Kok auf die parlamentarischen Bahnen. Den Vorwurf gegen das Komitee, nicht über Alternativen zu verfügen, weist der Vorsitzende Janissen empört zurück. Schließlich würde von ihnen im September ein „Soziales Forum" veranstaltet und dort würden sie schon die besseren (Spar?)Pläne vortragen. (de Volkskrant", 20. und 25.6.79).

Niederlande-Kommission

Verschärftes Abtreibungsgesetz

Am 13. Juli fand im britischen Unterhaus die zweite Lesung für eine **Verschärfung des englischen Abtreibungsgesetzes** statt. **Eingebracht wurde dieser Angriff auf die Rechte** der Frauen von John Corrie, Mitglied der Tory-Fraktion. Die Gesetzesvorlage sieht vor, daß Abtreibungen statt wie bisher bis zur 28. Woche zukünftig nur noch bis zur 20. Woche durchgeführt werden dürfen, es sei denn, daß das Leben der Mutter gefährdet ist oder Mißbildungen beim Kind zu erwarten sind.

Außerdem sollen Ärzte sowie medizinisches Personal in den Krankenhäusern Abtreibungen verweigern dürfen, einer der beiden authorisierten Ärzte soll mindestens fünf Jahre praktizieren, Beratungsstellen und Kliniken müssen sich einer besonderen Prüfung unterziehen („Socialist Worker", 7. Juli 1979).

Dies ist nicht der erste Angriff auf das englische Abtreibungsgesetz, welches zwar auf den ersten Blick liberaler als in der BRD erscheinen kann, das ansonsten aber auch von Region zu Region unterschiedlich gehandhabt wird. Auch in England gibt es nach der Einführung des Abtreibungsgesetzes 1967 eine restriktive Krankenhauspraxis, nicht jede Frau bekommt ihre Abtreibung umsonst auf Kosten des National Health Service, des staatlichen Gesundheitswesens. **Für viele gilt nach wie vor:** erst Geld machts möglich. Denn wenn frau sich an die Britisch Pregnancy Advisory Service (Schwangerschaftsberatungsstellen) wendet und von denen in eine Klinik vermittelt wird, kostet es ca. 300,- DM!

Schon 1977 versuchte der Labourabgeordnete William Benyon das Abtreibungsgesetz zu ändern. Damit hatte er allerdings keinen Erfolg, denn nicht zuletzt der Protest von tausenden von Frauen brachte damals dieses Gesetz zu Fall. Auch damals ging es übrigens schon um die Herabsetzung der Frist von 28 auf 20 Wochen.

Der neuere Gesetzesentwurf wird denn auch besser vorbereitet. So ist in der englischen Presse davon zu lesen, daß gerade jetzt ein nach 26 Wochen abgetriebener Fötus noch 36 Stunden gelebt hat, daß Sex im Alter von unter 16 Jahren bei Mädchen zu Gebärmutterkrebs führt usw. usf. Unterstützt werden diese Schmierenstories von Demonstrationen der Anti-Abortion-Groups (Abtreibunsgegner, von den Kirchen unterstützt).

Zum Trotz der Tories bringen ;uengruppen und linke Organisationen aber weiterhin ihre Forderung zu Gehör:

Kein Abtreibungsverbot in England und auch nicht anderswo!

Großbritannien-Kommission

asien

Nach der Genfer Konferenz:

Die Hetze und Provokationen gegen Vietnam gehen weiter

Am 20./21. Juli fand in Genf eine internationale Konferenz über das Problem der Vietnam-Flüchtlinge statt. Begleitet von einem Trommelfeuer antivietnamesischer Hetze in den Massenmedien der kapitalistischen Länder — insbesondere auch der BRD — sollte Vietnam hier als Angeklagter sitzen.

Vietnam hatte an der Konferenz nur unter der Bedingung teilgenommen, daß die politischen Auseinandersetzungen um die Frage, wer an dem Elend der Flüchtlinge Schuld sei, aus der Diskussion herausgehalten würde und Thema nur die humanitäre Hilfe sein sollte. Daß Vietnam bereit ist, Schritte in dieser Richtung zu unternehmen, machte der Leiter der vietnamesischen Delegation, Phan Hien, deutlich. In einem Sieben-Punkte-Vorschlag der Regierung der SRV heißt es:

„ [1] *Genehmigte Ausreisen solcher Leute, die Vietnam verlassen und sich im Ausland niederlassen wollen — Familienzusammenführung und andere humanitäre Fälle — werden so schnell wie möglich und im größtmöglichen Ausmaß durchgeführt. Die Anzahl der Leute hängt sowohl von dem Umfang der Ausreisegesuche in Vietnam als auch von der Möglichkeit der Aufnahmeländer, Einreisevisa zu erteilen, ab.*

[2] *Die Auswahl solcher Leute, die unter diesem Programm eine Genehmigung erhalten, ins Ausland zu gehen, wird, wenn möglich, auf der Grundlage von Listen getroffen, die von der vietnamesischen Regierung und Listen, die von den Aufnahmeländern vorbereitet werden. Jene Personen, deren Namen auf beiden Listen erscheinen, qualifizieren sich für die Ausreise. Was jene Personen betrifft, die nur auf einer Liste erscheinen, so werden ihre Fälle Gegenstand von Diskussionen zwischen dem UNHCR"* (UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge — Anm. AK) *und der vietnamesischen Regierung oder den Regierungen der Aufnahmeländer sein, je nachdem.*

[3] *Das UNHCR wird alle Anstrengungen unternehmen, unter den möglichen Aufnahmeländern Unterstützung für dieses Programm zu gewin-* *lichen Aufnahmeländern Unterstützung für dieses Programm zu gewin-**nen.*

[4] *Die vietnamesische Regierung und das UNHCR werden jeweils Personal benennen, das bei der Durchführung dieses Programms eng zusammenarbeiten wird.*

[5] *Dieses Personal ist ermächtigt, in Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt zu operieren und, wenn nötig, an andere Orte zu gehen, um Ausreiseverfahren zu unterstützen.*

[6] *Ausreiseverfahren werden in regelmäßigen Abständen durch geeignete Transportmittel durchgeführt.*

[7] *Die vietnamesische Regierung wird, gemäß entsprechender vietnamesischer Gesetze, das UNHCR und die Aufnahmeländer mit allen Möglichkeiten versorgen, dieses Programm durchzuführen"* (Vietnamesische Nachrichtenagentur „VNA", 21.7.79).

Diese Vorschläge bedeuten im Grunde, daß Vietnam eine legale Ausreise unterstützt und niemand gezwungen ist, auf zerbrechlichen Booten auf dem Meer herumzuirren. Allerdings hatte die vietnamesische Seite einen ähnlichen Vorschlag schon vor Monaten unterbreitet, ohne daß die nach humanitärer Hilfe rufenden Länder diesen aufgegriffen hätten. Auch die Berichterstattung über die Genfer Konferenz zeigt wieder einmal, daß es den Imperialisten darum ja auch gar nicht geht. Während über die vietnamesischen Vorschläge kaum konkret berichtet wurde, kotzten sich die Kommentatoren von „FR" bis „FAZ" darüber aus, daß Vietnam *„das Kunststück fertiggebracht"* habe, *„den Platz auf der Anklagebank nicht nur zu räumen, sondern sich auch noch kühn auf das Siegerpodest zu schwingen"* („FR", 23.7.79).

Zynisch meint ein Kommentator der „Süddeutschen Zeitung": *„Das schlechte Gewissen, am Elend Indochinas mitschuldig zu sein, mag Franzosen und Amerikaner zu einer nachgiebigeren Haltung bewogen haben, die zugunsten der notwendigen humanitären Hilfe auf politischen Druck verzichtet"* (24.7.79).

In keiner westdeutschen bürgerlichen Zeitung fanden sich etwa konkret die Vorschläge der SRV im Wortlaut. Stattdessen wurde immer wieder der US-Vertreter Mondale zitiert, der — gerade vier Jahre nach Ende des barbarischen Aggressionskriegs seiner Regierung gegen Vietnam! — sich zum Gralshüter der Menschenrechte aufschwang und forderte: *„Die Vertreibung von Vietnamesen muß sofort beendet werden. Die Freiheit auszureisen ist ein fundamentales Menschenrecht, doch keiner Nation bleibt der Unterschied zwischen freier Ausreise und erzwungener Vertreibung verborgen"* („SZ", 23.7.79).

Wie ernst es gerade der US-Regierung damit ist, den Flüchtlingsstrom zu stoppen, zeigt der Einsatz der amerikanischen 7. Flotte im Südchinesischen Meer nach der Konferenz, was zu scharfen Protesten der vietnamesischen Regierung, aber auch aus Malaysia führte, dessen Innenminister dazu sehr treffend bemerkte: *„So kurz nach dem Ende der Genfer Konferenz werde die Entsendung von Schiffen von Ausreisewilligen geradezu als Einladung zur Flucht angesehen"* („FAZ", 30.7.79).

Abgesehen davon, stellt es auch eine direkte militärische Bedrohung Vietnams dar, wenn amerikanische und auch italienische Kriegsschiffe vor seinem Territorium kreuzen.

Daß es sich durchaus nicht nur um ein „humanitäres", sondern sehr wohl um ein militärisches Manöver handelt, wird auch aus der Tatsache deutlich, daß *„mit dem Hinweis, daß die Marine nicht ihre Flottenbewegungen bekannt gebe"* von einem Militärsprecher die Antwort darauf verweigert wurde, *„wieviele US-Kriegsschiffe insgesamt eingesetzt seien"* („SZ", 26.7.79).

„In Zusammenarbeit mit der gegenwärtigen lautstarken Propaganda über Schiffe verstärken die Henker *über Schiffe verstärken die Henker* *des Imperialismus und die internationale Reaktion ihre Aktivitäten. Sie stacheln die Vietnamesen an, ihr Land in der Hoffnung illegal zu verlassen, daß sie vor der Küste aufgefischt werden. Dies ist eine Form psychologischer Kriegsführung, die sie einst anwendeten, um eine Million Nordvietnamesen dazu zu bringen, 1954 in den Süden zu gehen, unter dem hinterlistigen Etikett, daß ‚Gott nach Süden gegangen sei'"* (Radio Hanoi, 25.7.79).

Für die imperialistischen Provokationen in Südostasien legt sich auch die eurorevisionistische KP Italiens ins Zeug, da es sich bei dem Einsatz italienischer Kriegsschiffe *„um eine normale Operation des Friedens und der Humanität"* handele (nach „Le Monde", 28.7.79)!

Auch in der BRD: Die Hetze nimmt zu

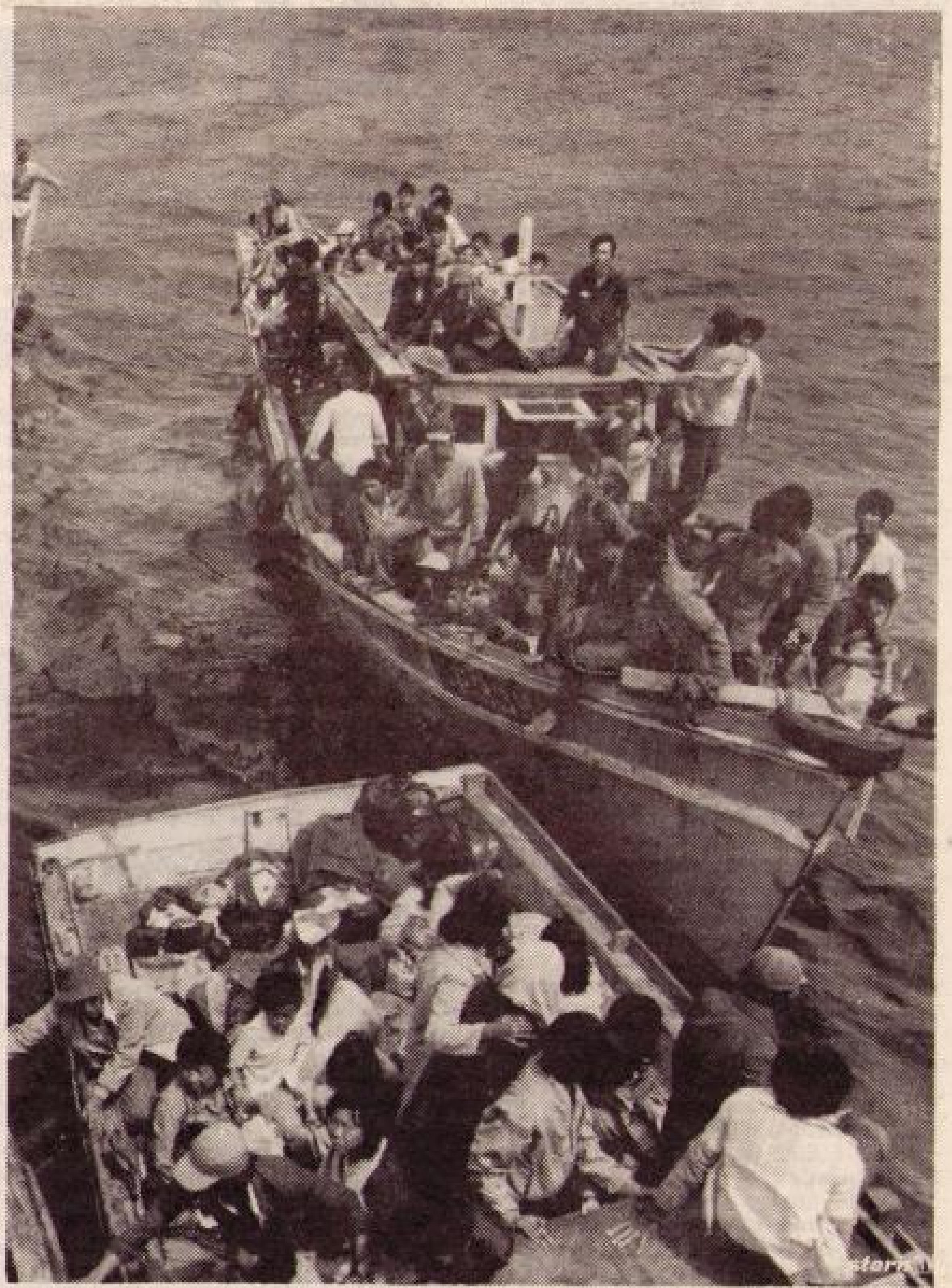
„Vietnamesen schlachteten 85 Flüchtlinge ab" — so beginnt die „Bild"-Zeitung ihre „Berichterstattung" nach der Konferenz. Auch wenn dies nur extremster Ausdruck der gegenwärtigen Marschrichtung ist, so ist doch auch in den „seriösen" Medien und in den Verlautbarungen der bürgerlichen Parteien deutlich zu bemerken, daß jetzt in der Hetze gegen Vietnam noch ein Zahn zugelegt werden soll. Lang und breit wird berichtet, welche westdeutschen Städte weitere Flüchtlinge aufnehmen wollen. Die CDU *„fordere die Bundesregierung auf, sich für eine offizielle Verurteilung Vietnams durch die UNO einzusetzen"* („S..", 25.7.).

Entwicklungshilfeminister Offergeld reiste zu einem mehrtägigen Aufenthalt nach Thailand, wo er den dort regierenden Faschisten, die seit Monaten Kriegsvorbereitungen gegen Indochina betreiben, eine Ausweitung der westdeutschen Hilfe zusagte. Gleichzeitig versicherte er, daß die BRD in die Propagandakampagne gegen Vietnam voll einsteigen werde. *„Die Möglichkeit Bonns, unmittelbaren Druck auf Vietnam auszuüben, seien zwar gering, ‚aber was wir tun können, sollten wir tun'"* („FR", 30.7.).

Daß sich auch ehemalige Vietnamkriegsgegner zu nützlichen Instrumenten für diese Kampagnen machen lassen, haben wir schon am Beispiel von Joan Baez gezeigt. Jetzt hat auch der Westberliner Theologe Helmut Gollwitzer die Gelegenheit erhalten, sich im Fernsehen („Report") entsprechend zu äußern. So forderte er die Bundesregierung auf, Druck auf Vietnam auszuüben. Sie solle *„die für Vietnam bereitgestellten Entwicklungsgelder so lange stoppen, als Hanoi seine ‚skandalöse Politik' fortsetze"* („FAZ", 25.7.). Dieser gute Rat erübrigt sich natürlich, weil bisher noch keine Mark dieser „bereitgestellten Gelder" überhaupt nach Vietnam geflossen ist!

Denn auch die damalige Zusage war mit handfesten politischen Auflagen verbunden gewesen. So erklärte das Auswärtige Amt, *„die 1973 versprochenen 89 Millionen Mark Kapitalhilfe für Nord- und Südvietnam"* (wahrlich keine Riesensumme!) *„seien nach der Wiedervereinigung 1975 nicht gezahlt worden, weil sich Hanoi wegen der Berlinklausel geweigert habe, das Abkommen zu unterschreiben"* („FR", 19.7.79).

Daß die „KPD", die mit einem Korrespondenten in Genf vertreten war, sich in den Chor der antivietnamesischen Hetze einreihen würde, war klar. Das Auftreten der BRD-Vertreter auf der Konferenz wurde denn von ihnen auch als zu lasch kritisiert (die CDU-Vorschläge liegen wohl mehr auf ihrer Linie). Es ist allerdings erschreckend, wie tief man politisch schon gesunken ist. So wird beifällig der Beitrag des BRD-Staatssekretärs van Well zitiert: *„Das deutsche Volk weiß aus eigener leidvoller Erfahrung, was Flucht und Vertreibung bedeuten. Es beobachtet heute mit tiefer Sorge und Anteilnahme die menschliche Tragödie, die sich vor unseren Augen in Südostasien abspielt"*. Die einzige Kritik daran war: *„Aber nach diesem Präludium folgte nichts Nennenswertes"* („Rote Fahne", 26.7.79)!



Es gibt auch andere Stimmen

Kurz vor der Genfer Konferenz gab die „Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern in der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Vietnam" eine Pressekonferenz, auf der eine Broschüre mit dem Titel „So werden Flüchtlinge gemacht" vorgelegt wurde, in der unter anderem daran erinnert wird, *„daß bereits während des Vietnam-Kriegs Millionen von Südvietnamesen heimatlos geworden seien, weil die Regierung in Saigon ganze Provinzen entvölkert habe, um den Guerilleros des Vietcong die Deckung in der Zivilbevölkerung zu nehmen"* („FR", 19.7.79). Außerdem wird auf die Ursachen des gegenwärtigen Flüchtlingsstroms eingegangen, wie Schließung der Schwarzmärkte Anfang 1978, zurückgebliebene CIA-Agenten und chinesische Propaganda.

Während man von einer westdeutsch-vietnamesischen Freundschaftsgesellschaft sicher Unterstützung der vietnamesischen Position erwarten kann, versetzt es die Schreiberlinge der bürgerlichen Presse immer wieder in Wut, wenn jemand, den man nicht so einfach als „Kommunisten" abstempeln kann, sich gegen ihre konzertierte Kampagne wendet. Ein positives Beispiel und damit auch viel Mut zeigt die Essener Theologieprofessorin Uta Ranke-Heinemann. Scharfe Kritik übte sie an den Äußerungen Gollwitzers, die Hilfe für Vietnam einzustellen. *„Wenn durch unsere Hilfe der Lebensstandard in Vietnam verbessert wird, wird der Flüchtlingsstrom gestoppt. Wenn man aber verkündet, wer in Vietnam lebt, bekommt von uns nichts zu essen, wer flüchtet, dem helfen wir, kann man sich ausrechnen, daß man das Flüchtlingsproblem vergrößert und anheizt"* („FR", 27.7.79).

Ähnliche Kritik kam schon auf der Genfer Konferenz vom Präsidenten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, der *„erklärte, gerade die Ursprungsländer der Flüchtlinge brauchten rasch weitere ‚massive Hilfe'"* („FR", 23.7.).

Asien/Australien-Kommission

Sihanouk fordert bewaffnete Intervention in Kampuchea

Sicherlich nicht zufällig zur gleichen Zeit als in Genf die Konferenz über die Flüchtlinge aus Vietnam zu Ende gegangen ist, wartet das Ex-Staatsoberhaupt Kampucheas, Prinz Norodom Sihanouk, mit einem neuen Plan zur Rettung „seines Landes" auf.

Anscheinend neutral zwischen den Überbleibseln des Pol-Pot-Regimes und der seit Januar dieses Jahres das Land kontrollierenden Regierung der Befreiungsfront FUNKSN möchte der Prinz wieder einmal eine entscheidende Rolle in Kampuchea spielen. Da ihm das aufgrund der aktuellen politischen Lage im Lande so nicht möglich ist, hat er die USA und die westlichen Länder aufgefordert, *„von der UNO und der nächsten Konferenz der Blockfreien"* (die im September in Havana stattfindet) *„die Aufstellung internationaler bewaffneter Kontingente zu fordern, um den Frieden und das Volk der Khmer in Kambodscha zu retten"* („Le Monde", 27.7.79).

Außerdem hat er sich — selbstlos wie er ist — bereit erklärt, an die Spitze einer Exilregierung der Khmer-Flüchtlinge zu treten. Merkwürdig ist es schon: *„Während der Periode von etwas mehr als drei Jahren, die jetzt hinter uns liegen, als die ganze Nation ins Unglück gestürzt war, hat nicht einmal eine dieser jüngst wiederbelebten politischen Leichen ihre Stimme erhoben, um das kampucheanische Volk zu verteidigen. Aber sowie das kampucheanische Volk sein Land vom völkermordenden Pol-Pot-Regime befreit hatte, kommen sie mit verschiedenen Forderungen hervor"* (Kampucheanische Nachrichtenagentur „SPK", 10.7.). Scheinheilig wird von den Kommentatoren der bürgerlichen Presse immer wieder behauptet, durch seine Vorstöße stünde Sihanouk auch im Widerspruch zur chinesischen Führung. Doch das ist nicht richtig. Auch die chinesische Führung weiß, daß sie mit einer bedingungslosen Unterstützung des Pol-Pot-Regimes international und auch in Kampuchea keinen Blumentopf gewinnen kann. Sie hat sich deshalb auch in der Vergangenheit schon von der Innenpolitik des Regimes distanziert, aber in der Praxis sein (bisheriges) Überleben mitgarantiert.

Mit seiner Forderung nach einer bewaffneten Intervention in Kampuchea und dem Ausschluß aus der UNO hat Sihanouk jetzt offen gezeigt, daß es ihm nicht um die Neutralität des Landes, sondern um die Unterstützung der thailändischen Interventionspläne geht, hinter denen letzten Endes die US-Imperialisten stehen.

So haben gerade in jüngster Zeit wieder thailändische Flugzeuge und Hubschrauber mehrfach den Luftraum Kampucheas verletzt, wobei sie bis zu 10 km tief in kampucheanisches Territorium eindrangen und dort sogar landeten („SPK", 20.7.79).

Mehr oder weniger direkte Unterstützung für seine Pläne bekommt Sihanouk von Jugoslawien und der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik (KDVR).

Seine Interventionsvorschläge hat Sihanouk aus Pjöngjang, Hauptstadt der KDVR, an das US-Magazin „Newsweek" und die französische Nachrichtenagentur „AFP" telegrafiert. Der koreanische Parteivorsitzende Kim Il Sung hat Sihanouk in einem persönlichen Brief mitgeteilt, er *„glaube fest, daß Ihre patriotischen Aktivitäten für Heimat und Volk ausgezeichnete Früchte tragen werden"* (koreanische Nachrichtenagentur „KCNA", 22.7.).

Die jugoslawischen Revisionisten haben *„angeregt, daß Kambodscha auf der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der blockfreien Länder Anfang September in Havanna durch seinen 1970 entmachteten Staatschef Prinz Sihanouk vertreten wird"* („FAZ", 30.7.79).

Inzwischen haben auch die US-Imperialisten dankbar Sihanouks Initiative aufgegriffen und die *„Einberufung einer internationalen Kambodscha-Konferenz"* verlangt („SZ", 31.7.79).

Das Pol-Pot-Regime unter Anklage

In Kampuchea hat die Regierung beschlossen, die Verbrechen des Pol-Pot-Regimes von einem Völkermord-Tribunal untersuchen und verurteilen zu lassen. Zu diesem Tribunal sollen auch ausländische Journalisten zugelassen werden. Gerade vor kurzem waren in Kampuchea vier Massengräber — *„jedes 80 Meter lang und acht Meter breit — mit Opfern des gestürzten Pol-Pot-Regimes"* entdeckt worden. Alleine in einer Gemeinde waren *„mehr als 26.000 Menschen abgeschlachtet worden"* („SZ", 19.7.79).

Eine genaue Untersuchung und Verurteilung der Verbrechen des Pol-Pot-Regimes ist daher nur zu begrüssen!

Asien/Australien-Kommission

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Böll!

Wir, die Unterzeichner, gehören zu jenen, die vor Jahren das Bedürfnis nach Parteinahme für ein fernes Land und gegen den US-Imperialismus auf die Straße getrieben Hat, und die heute sehen, daß dieses ferne Land, Vietnam, die gleiche Parteinahme noch nötiger hat als damals.

Selbstverständnis und Funktionsweise der Massenmedien in unsererm Staat sind genau die gleichen geblieben, und das Resultat ist nach wie vor eine wüste Hetze zum einen gegen Vietnam, zum anderen gegen diejenigen, die für Vietnam eintreten. Nur sind unsere Aktionsmöglichkeiten seitdem erheblich geschrumpft. Über die Ursachen zu sprechen, würde wohl hier zu weit führen.

In dieser Situation schmerzt es uns sehr zu sehen, wie Sie, den wir als menschlich und politisch engagierten Schriftsteller kennen und schätzen, in Fernsehauftritten sich einerseits einiger hunderttausend vietnamesischen Emigranten annehmen, mit deren zumeist ungeklärtem Schicksal im „Freien Westen" zur.Zeit eifrig politische Geschäfte getrieben werden. Andererseits helfen Sie durch eben diese Fernsehauftritte, die wirkliche Not eines 52-Millionenvolkes vergessen zu machen, das nicht unter einem unmenschlichen kommunistischen Regime leidet, sondern unter den Folgen einer unmenschlichen kolonialen und neokolonialen Politik.

Der Neubeginn von 1975 läßt allen glaubwürdigen Zeugen zufolge den Vergleich mit der „Stunde Null" im Deutschland von 1945 als lächerlich erscheinen.

Das Land geriet erneut in das Räderwerk von Großmachtinteressen. Dies führte unter anderem dazu, daß es die Gunst seines mächtigsten Nachbarn verlor und sich um so enger an die Sowjetunion anschließen mußte. Eine der Konsequenzen der wachsenden Feindseligkeit Chinas waren Unruhen unter der chinesischen Bevölkerungsgruppe, die – zumindest im Norden des Landes – eine bleibende Heimat gefunden zu haben schien. Besonders aber seit der verheerenden Flutkatastrophe – in ihrem Ausmaß eine Spätfolge der US-Bombardements auf die Deichanlagen sowie der „Entlaubung" der Dschungel – und seit den Sozialisierungsmaßnahmen im Handelssektor des Südens im Jahre 1978 lösten geschickt lancierte Gerüchte aus Peking (z.B. Radiosendungen) eine Wanderungsbewegung von Angehörigen der chinesischen Minderheit z.T. in Richtung China aus. Als diese die Grenze erreichten, wurde sie von China geschlossen. Eine weitere auswirkung chinesischer Destabilisierungsbemühungen gegenüber Vietnam waren die Massaker und Verwüstungen, die von kampucheanischen Pol-Pot-Truppen im vietnamesischen Grenzgebiet angerichtet wurden. Diese blutigen Provokationen zwangen Vietnam schließlich, seinen Beitrag zum Sturz des Pol-Pot-Regimes zu leisten.

Schließlich griff China selbst Vietnam an und verwüstete während seines Feldzuges im Februar dieses Jahres die gesamte Infrastruktur des nördlichen Grenzgebietes, und es ist zu befürchten, daß dies nicht der letzte Schlag dieser Art war.

In diesem Zusammenhang nun gewinnt die Kampagne, deren Teil die Aktion „Ein Schiff für Vietnam" ist, eine schreckliche Bedeutung. Längst schon sind Forderungen laut geworden, die Ursachen des Flüchtlingsstroms müßten in Vietnam selbst beseitigt werden („Eine dauerhafte Lösung kann nur gefunden werden, wenn die Ursachen beseitigt werden" – und die liegen „in Hanoi" – „Die Zeit" und FAZ vom 22. bzw. 26.6). Es könnte sehr wohl sein, daß China bei seinem nächsten Schlag gegen Vietnam auf die öffentliche Billigung seines Vorgehens durch den „Freien Westen" verweisen kann, und vielleicht ist es dann kein großer Schritt mehr von der verbalen Billigung zur tatkräftigen Unterstützung in aller Offenheit. Ob die soeben abgeschlossene Genfer Konferenz auf die Entwicklung mäßigend einwirken wird, bleibt abzuwarten. Daß die USA z.Zt. Kriegsschiffe und -flugzeuge aus, wie sie sagen, humanitären Gründen vor der vietnamesischen Küste einsetzen, wirft die Frage auf, ob hier etwa eine neue Tonking-Affäre vorbereitet wird – vor allem in Hinblick auf die 200-Meilenzone. Daß ausgerechnet dieser Staat auf der erwähnten Konferenz Vietnam wiederum mit dem Dritten Reich verglichen hat, kann im übrigen angesichts des gigantischen Trümmerfeldes und des unendlichen Leids, das die USA dort zurückließen, nur als Gipfel der Schamlosigkeit verstanden werden.

Ohne den Anspruch zu erheben, im Besitz der absoluten Wahrheit über Vietnam zu sein, möchten wir auf einige Ursachen des gegenwärtigen Emigrantenstroms hinweisen.

Nach Informationen des australischen Journalisten Wilfred Burchett (s. „Le Monde", hier zitiert nach „Die Neue" vom 3.7.) ergibt sich:

- Schon vor dem Abzug der Amerikaner aus Südvietnam existierte eine Liste von rund 200.000 Vietnamesen, die im Notfall mit ihren Familien evakuiert werden sollten. Darunter befanden sich 30.000 Agenten des CIA-Programms „Phoenix", die die Aufgabe hatten, Sympathisanten der Befreiungsbewegung systematisch zu ermorden. Im April 1975 gelang es jedoch nur, 5.595 dieser Personen (ohne Familienangehörige) zu evakuieren (lt. Bericht des strategischen Chefs der CIA für Südvietnam). Ein großer Teil der damals Zurückgebliebenen fand sich jetzt auf den Wartelisten oder auch schon auf den Schiffen der Emigranten wieder.
- Ein ebenfalls bedeutender Teil der Ausreisewilligen rekrutiert sich aus jener Schicht, die noch bis 1978 aufgrund der Hinterlassenschaft der US-Kriegswirtschaft die Ökonomie Südvietnams beherrscht und durch die notwendig gewordene Liquidierung dieser Wirtschaftsform ihre bisherige Existenzgrundlage verloren hat. Unter diesen sind besonders viele Angehörige der chinesischen Bevölkerungsgruppe.
- Schließlich bedeutet ein Teil dieses angeblich von Vietnam selbst provozierten Emigrantenstroms in Wirklichkeit einen Aderlaß für dieses Land, weil er aus hochqualifizierten Fachleuten (Techniker, Ärzte, Lehrer) besteht.

Daß es z.B. der Bundesregierung in dieser Sache nicht um Humanität geht, zeigt die völlig andere Behandlung der Problematik politischer Gefangener in Chile und Argentinien. Auch die Abschiebungspraxis, die sich vor allem hier für Pakistanis eingebürgert hat, zeigt, wie fexibel „Humanität" gehandhabt werden kann.

Unserer Meinung nach sollte humanitäres Engagement vor allem darauf ausgerichtet sein, dem vietnamesischen Volk das zu verschaffen, warauf es Anspruch hat: Wiedergutmachung und großzügige Hilfe bei der Überwindung akuter Schwierigkeiten ebenso wie für die langfristige Entwicklung des Landes.

In dem Chor, der gegenwärtig das Lied von der Humanität vorträgt, singen viele mit verstellter Stimme. Wir hoffen, daß diejenigen, die guten Willens gegenüber dem vietnamesischen Volk sind, nicht die Begleitmusik zum Auslaufen von Kriegsschiffen gegen Vietnam abgeben und sich erst durch einen neuen Indochinakrieg von ihren falschen Freunden trennen lassen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Horst Gohritz, Student
Lothar Siese, Diplom-Psychologe
Wolfgang Endler, Diplom-Biologe
Ton veerkamp, Studentenpfarrer
Inge Kanitz, „Kinderhilfe" e.V.
Joachim Kanitz, Pfarrer
Detlef Spielmann, Student Med.
Edith de Vries, Grundschullehrerin
Hinrich Rosenbrock, Sprachlehrer

Berlin, den 24.7.79

Vietnamhilfe Niederlande

Wär's nicht so traurig, könnte man nur noch lachen darüber: Unsere einheimischen Vaterländler werden derzeit in Sachen Vietnam nicht nur von den niederländischen Sozialdemokraten, sondern sogar von kirchlichen Stimmen links überholt.

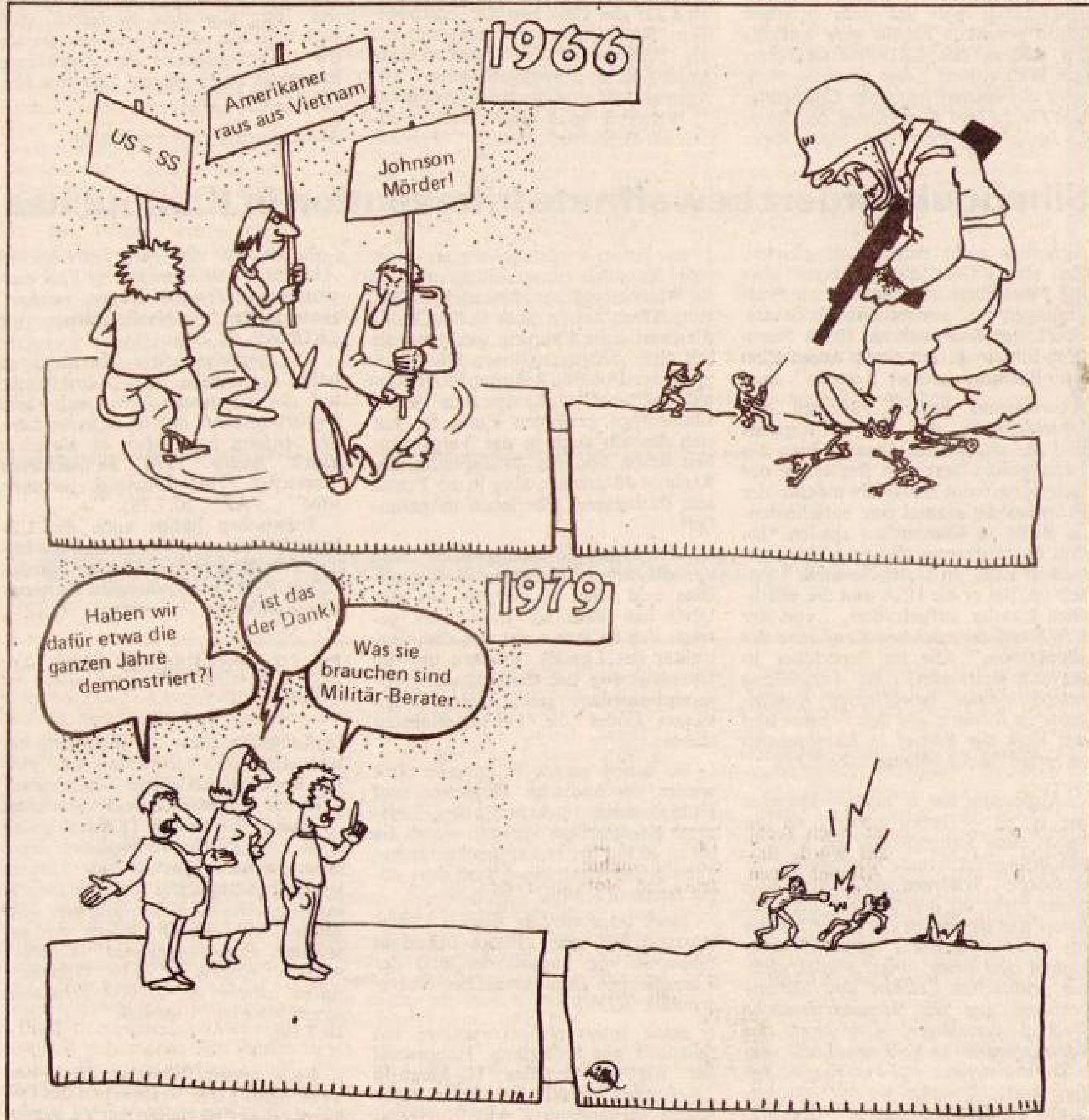
Die Führung der niederländischen Sozialdemokraten (PvdA) ist der Auffassung, daß die Hilfeleistungen und Wiederaufbauzahlungen für Vietnam, auch durch die EG, fortgesetzt werden müssen. Die PvdA wendet sich damit gegen den Beschluß der EG, die Nahrungssendungen für Vietnam in diesem Jahr nicht an Vietnam, sondern an die vietnamesischen und kambodschanischen Flüchtlinge gehen zu lassen. – Obwohl die PvdA die Art verurteilt, in der die vietnamesische Regierung das Flüchlingsproblem behandelt, bleibt nach Auffassung der Partei *„der Westen mitverantwortlich für einen kräftigen Wiederaufbau des Landes". Ebenso verwendet die PvdA sich für eine großzügige Aufnahme der „Boot-Flüchtlinge"* in den Niederlanden. („de Volkskrant", 13.7.)

Bei der Sitzung des EG-Ministerrats in Brüssel am 24.7., bei der u.a. die Frage der Vietnamhilfe zur Debatte stand, erklärte der (christdemokratische) Außenminister der Niederlande, Van der Klaauw, *„audrücklich, daß die Niederlande ihre humanitäre Hilfe für die Vietnamesen in Vietnam nicht gestoppt haben"* („de Volkskrant", 25.7.).

Im redaktionellen Kommentar der an der Christdemokratie orientierten „Hervormd Nederland" (Reformiertes Niederlande) zur Konferenz in Genf über die Flüchtlinge in Südost-Asien (21./22.7.), heißt es, daß nach dem relativen Erfolg dieser Konferenz und der Zusage Vietnams, die Flüchtlinge noch für einige Zeit im Land zu behalten, kein Grund bestehe, in der Aufmerksamkeit nachzulassen. Aber: *„Unterdessen muß auch die Frage nach den Ursachen des gigantischen Flüchtlingsproblems in ganz Südost-Asien auf die Tagesordnung kommen. Die Verwüstungen, die die USA in Vietnam angerichtet haben und die zum Ziel hatten, die Nahrungsmittelproduktion zu minimalisieren und so den Widerstand der Bevölkerung zu brechen, müssen dieses Land verpflichten, endlich mit den Wiederaufbauzahlungen zu beginnen, die 1973 vereinbart wurden. Es geht hierbei um Milliarden Dollars. Auch die systematische Störungsversuche, Vietnam von den Krediten der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds profitieren zu lassen, sind ein riesiger Skandal. Nach dem Krieg und den mißglückten Ernten als Folge von Naturkatastrophen 1977 ist in Vietnam eine Situation entstanden, worin selbst das humanste Regime nach inhumanen Mitteln greifen müßte, um die Millionen ernähren zu können. Hunger und Verwüstungen rechtfertigen keineswegs unmenschliche Maßnahmen von Seiten der vietnamesischen Regierung. Sie müssen für die USA und andere westliche Länder jedoch ein Grund sein, schnell mit gezielter Hilfe zu kommen. Dann hat man wieder ein Recht, mitzureden."* (28.7.).

Nebenbei: Ist es nicht erschreckender Ausdruck der Verlumpung des Internationalismus, daß Binsenweisheiten, wie sie im obigen Kommentar ausgesprochen werden, im Bewußtsein großer Teile der westdeutschen Linken in tiefste Vergessenheit geraten sind ... ?!

Niederlande-Kommission



Aus der links-unabhängigen Wochenzeitung „De Nieuwe Linie" (Niederlande) vom 4.7.79

F.K. Flick: Ich gebe 100 000 DM für den Sanitäter zur See

Endlich zahlen die Richtigen ..
(aus „Welt", 4.8.79).

So weit ist es mit manchem gekommen

In der Frage der Vietnam-Flüchtlinge meldet sich heute so mancher zu Wort, dem man mehr politische Einsicht und weniger Kopflosigkeit gegenüber den trüben Fischzügen einer internationalen antikommunistischen Propaganda- und Kriegskampagne zugetraut hätte. Alte Freunde prostituieren sich plötzlich im Chor dieser Kampagne, versuchen sich gar als Vorsänger. Aber Stimmbruch, zumal politischer, hat nicht immer einen feineren Klang zum Ergebnis, er kann auch schlicht im Krächzen steckenbleiben.

Alexander Langer, ehemals führendes Mitglied von Lotta Continua, heute Abgeordneter der „Nuova Sinistra/Neue Linke" im Südtiroler Landtag und vielen Genoss(inn)en hierzulande durch Veranstaltungen und seine frühere Emigrantenarbeit in der BRD bekannt, hat seinen Stimmbruch kürzlich in der „Südtiroler Volkszeitung" (Nr. 29 v. 13.7.79) zu Markte getragen. Er forderete den *„Einsatz der Linken"*, um Aktionen zur Flüchtlingsaufnahme in Südtirol und anderswo *„ins Rollen zu bringen"*. Ein ehrenwert humanistisches Ansinnen, wie es scheint, dessen Fragwürdigkeit aber auch dem Genossen Langer wohl bewußt ist: *„Und wenn aus einer solchen Hilfsaktion am Schluß eine antivietnamesische, antisozialistische, antifortschrittliche Kampagne wird? Und ob man sich nicht mit den Reaktionären und Imperialisten vermengt,* *tionären und Imperialisten vermengt,* *wenn man ...?"* Seine tiefschürfende Antwort: *„Mag sein"*. Ja, mag sein – oder besser: so ist es! Denn hier *„mag"* nicht erst *„am Schluß"* eine antivietnamesische, antisozialistische Kampagne draus *„werden"*, sondern sie i s t es bereits und sie ist es von Anfang an. Aber wen kümmert's schon? Wen kümmert auch die Verantwortung des Imperialismus selbst gegenüber diesem „Flüchtlingsproblem"? Sie existiert offenbar nicht mehr in der ehrenwert gekleideten Moralauffassung des Genossen Langer, sondern Schuld trägt Vietnam selbst, weil es *„immer mehr in eine Politik treibt, vor der viele Leute abhauen"*, und die *„wissen nicht wohin"*. Und dann schwingt sich seine Moral zu ihrer letzten Konsequenz auf: *„Die schlimmste Demagogie (und selbst die Entsendung westlicher Kriegsschiffe) erscheint da fast noch glaubwürdiger, als gar nichts zu tun."* Dieses Zitat, man muß es betonen, ist keine Fälschung. Einige Ausgaben früher, in der „Südtiroler Volkszeitung" vom 9.3.79, hat der gleiche Alexander Langer zum *„offenen Grenzkrieg zwischen China und Vietnam"* kommentiert, es gäbe inzwischen *„viele Leute, die sich fragen, ob es nicht langsam Zeit wird, zusammen mit dem Bad auch das Kind auszuschütten"*. Er hat es jetzt getan, und seine damals schon ausgegebene Parole, sich nicht länger *„von alten und bereits fruchtlos gewordenen Ideologien und Frontstellungen aufhalten zu lassen"*, konkretisiert. Entsendung westlicher Kriegsschiffe nach Vietnam – aus einem anitimperialistischen Kämpfer ist ein Ritter von der traurigen Gestalt geworden. Leider ist er nicht mal der einzige.

Ein Freund von Alexander Langer, aber mehr noch des vietnamiesischen Volkes

PvdA verlangt Fortsetzung der Vietnam-Hilfe

Die Parteiführung der niederländischen Sozialdemokraten (PvdA) ist der Meinung, daß die Hilfeleistungen für Vietnam durch die Länder der EG fortgesetzt werden müssen. Die PvdA wendet sich damit gegen den Beschluß der EG, die Nahrungssendungen für Vietnam zu stoppen und die eingesparten Gelder für vietnamesische und kambodschanische Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. Großbritannien und die BRD (natürlich!) haben bereits ihre Hilfeleistungen beendet.

Die PvdA-Führung verurteilt zwar die Art, in der die vietnamesische Regierung das Flüchtlingsproblem behandelt, ist aber der Auffassung, daß der Westen für den Wiederaufbau des Landes mitverantwortlich bleibt. („de Volkskrant", 13.7.79).

Niederlande-Kommission



lateinamerika

Für ein antiimperialistisches Nicaragua!

Die Macht der neuen Regierung in Nicaragua hat sich sowohl militärisch als auch politisch konsolidiert, momentan ist weder mit größeren militärischen Auseinandersetzungen, noch mit einem Auseinanderbrechen der Antisomoza-Allianz zu rechnen. Daß dies nicht so bleiben wird, daß die USA nicht so ohne weiteres ein antiimperialistisches Nicaragua akzeptieren werden, liegt auf der Hand. Die Möglichkeiten und Schwierigkeiten einer eigenständigen nicaraguanischen Politik sollen im Folgenden untersucht werden.



Noch vor zwei Jahren hätte kaum jemand einen so schnellen militärischen Sieg gegen den Imperialismus in Lateinamerika, nur wenige Kilometer von den USA entfernt, für möglich gehalten. Die nicaraguanischen Genossen haben der Welt abermals gezeigt, daß es möglich ist, eine Diktatur durch die Mobilisierung des Volkes im Bürgerkrieg zu stürzen. Nachdem Somoza das Land verlassen hatte, wurde Urcuyo als Übergangspräsident von den Somozisten benannt. Aber statt wie mit der FSLN ausgehandelt, gleich wieder zurückzutreten, versuchte Urcuyo auf eigene Faust — in völliger Verkennung des Kräfteverhältnisses — weiter Krieg gegen die FSLN zu führen.

Die FSLN zwang den demoralisierten Truppen Somozas daraufhin eine bedingungslose Kapitulation auf („NZZ", 27.7.79).

Ursprünglich war lediglich ein („NZZ", 27.7.79).

Ursprünglich war lediglich ein Waffenstillstand vereinbart, die Guardia sollte in das neue Heer Nicaraguas integriert werden. Die militärische Macht, und das ist momentan noch das Entscheidende, liegt also eindeutig in den Händen der FSLN.

Hieran kann auch der neue Verteidigungsminister Bernandino Larios nichts ändern, der bekanntlich ein früherer Oberst der Nationalgarde gewesen ist. Seine Position ist offensichtlich so schwach, daß alle militärischen Entscheidungen direkt von der Nationalen Führung der Frente Sandinista getroffen werden, er selbst ist in der Öffentlichkeit nicht mehr aufgetaucht („Taz", 1.8.79). So nahm er z.B. auch nicht an einer Pressekonferenz teil, in der es ausdrücklich um das neue nicaraguanische Heer gehen sollte.

An der Spitze des Heeres soll weiterhin das Militärkommando stehen, das aus Humberto Ortega, Luis Carrion und Tomas Borge — alles Führer der Sandinisten — besteht. Dem Militärkommando unmittelbar unterstellt ist der Generalstab, der von einigen Guerillakommandanten gebildet wird. Humberto Ortega legte besonderen Wert auf die Feststellung, daß es zwar kein großes, aber ein gut ausgebildetes und ausgezeichnet bewaffnetes Heer sein wird. Es solle keine abenteuerlichen Aktionen ausserhalb der Grenzen Nicaraguas durchführen, sondern dessen Grenzen schützen. Tomas Borge, Gründungsmitglied, Vertreter des Linken Flügels in der FSLN und Innenminister hat die militärischen Schlüsselpositionen inne. Auf die Frage nach der Größe des zukünftigen Heeres antwortete er: *„Nicaragua hat zweieinhalb Millionen Einwohner und fast eine Million Erwachsene, die bereit sind, die nicaraguanische Revolution mit der Waffe zu verteidigen."* („Taz", 31.7.79).

Eine schlagkräftige Volksarmee wird Nicaragua auch brauchen: Rund 1500 Nationalgardisten rotten sich in El Salvador, rund 7000 in Honduras zusammen. Sie sind bestens bewaffnet und stehen unter Leitung des Sohnes von Somoza, Anastasio, der die Macht für seinen Clan zurückerobern will.

Wie ein gelungener Scherz hört es sich an, wenn Tomas Borge (in den USA als „Castrist" verschrien) ausgerechnet die USA auffordert, Waffen an Nicaragua zu liefern, verbunden mit dem Hinweis, daß Nicaragua ein modernes und schlagkräftiges Heer aufbauen wolle. Lehnen die USA allerdings, wie wohl zu erwarten, ab, so hat die Regierung die Hände frei, sich eben von anderen Staaten (sprich Kuba) Waffen liefern zu lassen.

HART IM KAMPF, HOCHHERZIG IM SIEG, ist die Parole, mit der die ehemaligen Nationalgardisten behandelt werden. Zum Erstaunen der ganzen bürgerlichen Berichterstatter ist das von ihnen erwartete Blutbad unter den Somozaanhängern völlig ausgeblieben. Praktisch alle Nationalgardisten hatten die Möglichkeit, sich ins Ausland abzusetzen, in Botschaften zu fliehen, von wo aus sie ausreisen dürfen, oder haben Unterschlupf in Lagern gefunden, die vom Roten Kreuz geführt werden und in denen die Nationalgardisten nicht verfolgt werden. Ausdrücklich wird betont, daß das Leben der Nationalgardisten respektiert werden solle, an Todesstrafe sei nicht gedacht.

Dieser Großmut ist natürlich gekoppelt an eine tatsächliche Unterwerfung der Nationalgardisten. Für Sabotage und bewaffnete Aktionen ehemaliger Gardisten werden drakonische Strafen bis hin zur Todesstrafe angedroht. Nach Angaben eines Militärrichters in Massaya hat es seit dem Einmarsch der Guerilleros vor eineinhalb Monaten 8 Hinrichtungen von Mitgliedern der Nationalgarde und Angehörigen der rechtsextremen Terrororganisation „Weiße Hand" gegeben. Weitere Hinrichtungen seien nicht vorgekommen („SZ", 26.7.79). Dieses Vorgehen — immerhin rotten sich die Somozisten ja außerhalb der Landesgrenzen wieder zusammen — hat sicherlich sehr viel zum guten Ruf der neuen Regierung in der liberaleren Weltöffentlichkeit beigetragen.

Während also auf militärischem Gebiet die Linken eindeutig dominieren und die tatsächliche Macht derzeit unangefochten ausüben, ist die wirtschaftliche Lage wesentlich komplizierter. Hier allerdings wird langfristig eine sehr wichtige Entscheidung über den weiteren Weg Nicaraguas fallen.

Zunächst ein paar Fakten:

* Die Auslandsschulden Nicaraguas betragen rund 1,8 Mrd. Dollar, ein Großteil stammt noch aus der Erdbebenkatastrophe und ist jetzt fällig. Bereits seit einem halben Jahr ist Nicaragua zahlungsunfähig. Die neue Regierung muß aber die Verschuldungen anerkennen, um überhaupt kreditwürdig für die Imperialisten zu sein. Lediglich Schulden an Argentinien (3,2 Mio US-Dollar) und Israel (4,1 Mio US-Dollar) für Waffenkäufe der letzten Zeit will die neue Regierung nicht anerkennen („SZ", 27.7.79)
* Rund 40.000 Menschen, das sind zwei Prozent der Bevölkerung, sind in den Kämpfen und vor allem bei den mörderischen Bombardierungen ums Leben gekommen. Rund ein Viertel der ca. 2,3 Millionen Einwohner Nicaraguas ist obdachlos, kaum einer hat Arbeit und es gibt nur sehr wenige Lebensmittel („NZZ", 27.7.79).
* Praktisch alle Betriebe haben schon vor vielen Wochen ihre Produktion eingestellt, teilweise sind die Produktionsanlagen zerstört. Die Landwirtschaft liegt fast vollständig brach. Großgrundbesitzer trieben außerdem ganze Viehherden über die Grenze in die Nachbarländer. 60 000 Rinder wurden allein bei der kleinen Ortschaft Somotillo nahe der Grenze zu Honduras illegal aus Nicaragua verschoben, so daß örtliche „Notstands- und Zivilverteidigungskomitee" („Spiegel", 30/1979).
* Zum Neuaufbau des Landes wird Kapital in Milliardenhöhe gebraucht, aber natürlich auch Ersatzteile und Fachkräfte.

Schon an diesen wenigen Beispielen wird deutlich, wie dringend Nicaragua auf internationale Hilfe angewiesen ist. Die Imperialisten sind in diesem Fall bereit zu zahlen, weil sie dadurch erhoffen, ihren Einfluß wiederzugewinnen und ein „zweites Kuba" zu verhindern.

Natürlich betonen die Mitglieder der neuen Regierung, daß sie keine Einmischung von außen hinnehmen wollen. Aber schon ein kurzer Blick auf die Zusammensetzung der Regierung, in der in großer Zahl bürgerliche und konservative Politiker vertreten sind, zeigt, daß sich natürlich gewisse Rücksichtnahmen nicht vermeiden lassen. Die starke Präsenz der bürgerlichen Kräfte entspricht keineswegs ihrem realen Einfluß in Nicaragua, sondern dem internationalen Kräfteverhältnis, daß Nicaragua zwingt, bei den Imperialisten um Unterstützung zu bitten. Die Alternative, Unterstützung von der UdSSR und Kuba zu bekommen, existiert nur sehr begrenzt. Zu Kuba besteht noch aus gemeinsamen Guerillazeiten herzliche Freundschaft, allein Kuba ist selbst auf Hilfe der UdSSR angewiesen, und ob die UdSSR ein „zweites Kuba" finanzieren will, scheint doch recht fraglich. Darüber hinaus würde das natürlich ein direkter Affront gegen die USA sein, die ihrerseits jede Hilfe einstellen und wahrscheinlich intervenieren würden. Dies ist der Grund, warum Kuba die Unterstützung auf das Entsenden von Ärzten und Pädagogen (zur Alphabetisierung) beschränkt, warum Fidel Castro immer wieder betont, ein „zweites Kuba" sei nicht geplant.

Die Imperialisten scheinen im Augenblick durchaus bereit, gewisse Hilfen zu leisten: Die USA schicken zur Zeit täglich 120 t Lebensmittel und Medikamente, die vom Roten Kreuz verteilt werden („FR", 31.7.79). Venezuela hat als erste wirtschaftliche Hilfsmaßnahme 20 Millionen Dollar bereitgestellt, weitere finanzielle Unterstützung soll folgen („SZ", 31.7.79).

Dagegen sind die geplanten 5,6 Mio Entwicklungshilfe der EG eher noch bescheiden zu nennen. Daß diese Zahlungen nicht uneigennützig geleistet werden, wird in der bürgerlichen Presse ungeniert diskutiert. So schlägt die „NZZ" eine Art Marshall-Plan vor (Marshallplan = Rekonstruktion des deutschen Imperialismus durch amerikanischen Kapitalexport, siehe „NZZ", 27.7.79). Eine Entwicklung wie in Portugal wäre wohl nach dem Geschmack dieser Leute.

Die ersten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung hatten naturgemäß die Beendigung des Chaos, die Versorgung der Bevölkerung und die Wiederankurbelung der Wirtschaft zum Ziel. Die erste Maßnahme der neuen Regierung überhaupt war die Verstaatlichung sämtlichen Besitzes der Familie Somoza, immerhin über ein Drittel des Landes. Geplant ist eine gemischte Wirtschaftsform, in der die ehemaligen Besitzungen Somozas den staatlichen Teil ausmachen. Ebenfalls enteignet werden Ländereien und Fabriken, die von ihren Besitzern verlassen wurden. Ansonsten wird das Eigentum gewährleistet. Mitglieder der Regierungsjunta erklärten nicht ohne Ironie, daß mit dieser Maßnahme *„eine Stärkung der sozialen Funktion des Eigentums"* geplant sei („Taz", 30.7.79). Ausgerechnet der Vertreter der Privatwirtschaft (Vorsitzender des Kapitalistenverbandes), Alfonso Robelo, kündigte auf einer Pressekonferenz die Verstaatlichung der Banken und Kreditinstitutionen an. Robelo versicherte, daß die Banken des Landes bankrott seien, es sei deshalb nicht zu vermeiden, daß sich die Regierung der Banken annehme, um das Vertrauen der Gläubiger wieder herzustellen. Für 30 Tage wurde der Notstand ausgerufen, eine Maßnahme, die allerdings mit deutschen Notstandspolitikern wenig gemein hat. Im wesentlichen bedeutet die Ausrufung des Notstandes, daß private Güter für die Allgemeinheit genutzt werden dürfen, vor allem die Nutzung von Räumen und Fahrzeugen.

Wie schnell sich die Lage in Nicaragua „normalisiert" und welchen politischen Preis die Revolution wird zahlen müssen, hängt nicht zuletzt von der internationalen Solidarität mit Nicaragua ab.

Kurzmeldungen

Auslieferung Somozas gefordert

Beim Generalstaatsanwalt der USA hat die Regierung in Managua die Auslieferung Somozas und mehrerer Familienangehöriger beantragt. Diese Forderung ist von daher interessant, weil es zwischen den USA und Nicaragua ein Auslieferungsabkommen gibt, an dem Somoza selbst mitgewirkt hat. Auslieferungsgründe wären hiernach z.B. Raub, Unterschlagung, Betrug, Mord usw. Alles Delikte, die von Somoza begangen wurden. Junta-Mitglied Ramirez teilte mit, daß die neue Regierung Nicaraguas Somoza „viele Fragen zu stellen" hätte, da der Diktator „und seine Freunde" bei ihrem Fortgang Gelder aus der Staatskasse mitgenommen haben („SZ", 25.7.79). Die USA versprachen, die Angelegenheiten zu überprüfen. Unter der Hand wurde aber bekannt, daß die USA Somoza zugesagt haben, ihn nicht auszuliefern.

Jubel in Panama

130 panamaische Freiwillige, die auf Seiten der sandinistischen Befreiungsfront im nicaraguanischen Bürgerkrieg gekämpft haben, sind auf dem Luftwege heimgekehrt und wurden auf dem Flughafen begeistert von der Bevölkerung empfangen („SZ", 30.7.79). Der Organisator der internationalen Brigade, Hugo Spadafora, teilte mit, 20 seiner insgesamt 300 Landsleute, die in Nicaragua kämpften, seien gefallen. Spadafora war vorher Gesundheitsminister von Panama gewesen und hatte seinen Posten aufgegeben, um am nicaraguanischen Befreiungskampf teilzunehmen („FR", 31.7.79).

USA verhindern Waffenlieferung an FSLN

Nach Angaben der amerikanischen Zollfahndung ist der Generalkonsul der dominikanischen Republik wegen versuchten Waffenschmuggels zugunsten der FSLN verhaftet worden. Die Transaktion, die verhindert worden sei, habe die Lieferung von 1000

sei, habe die Lieferung von 1000

Schnellfeuergewehren und 300 Maschinenpistolen im Gesamtwert von über einer Million Dollar vorgesehen („SZ", 26.7.79).

Zeitung geschlossen

Der Innenminister Tomas Borge hat die Zeitung „El Pueblo" (Das Volk) verboten. Die Zeitung existierte schon einige Monate und übte scharfe Kritik an der ihrer Meinung nach zu rechten Politik der FSLN. Ein Sprecher der Junta erklärte dazu: *„Nicaragua durchlebt eine Notsituation, und solange die anhält, ist es notwendig, die Kräfte zu vereinen und nicht zu spalten."*

Wahrscheinlich handelt es sich bei „Pueblo" um eine Zeitung der Vaterländler, Marke China. Daniel Ortega wies darauf hin, daß El Pueblo legal erscheinen konnte (sogar mit Angabe des Herausgebers), als andere wegen des Schreibens von Parolen erschossen wurden. Die Herkunft der finanziellen Mittel bleiben im Dunkeln („Taz", 30.7.79).

Nationalgardisten verüben weiterhin Mordaktionen

Innenminister Borge hat am Mittwoch ein Flüchtlingslager am Flughafen von Managua zum Gefangenenlager erklärt. In dem Lager hatten rund 2000 Menschen, darunter auch zahlreiche Nationalgardisten Zuflucht gesucht. In der Nähe des Lagers wurden zahlreich verstümmelte Leichen sandinistischer Kämpfer gefunden, die von im Lager anwesenden Nationalgardisten umgebracht wurden. Die Lagerinsassen sollen verhört und bei dringendem Tatverdacht vor Gericht gestellt werden, ihr Leben werde allerdings respektiert werden, gleich welcher Verbrechen sie sich schuldig gemacht haben („NZZ", 27.7.79).

Anhänger von Somoza wollten Angaben des neuen Innenministers zufolge das „Marsfeld" an der Infanterie-Schule von Managua überfallen. Das Komplott konnte jedoch vereitelt werden („SZ", 28./29.7.79).

Bereiten Somoza-Söldner Invasion vor?

Nach einem Bericht der „Neuen" vom 3. August bereiten über 6.000 nach Honduras geflüchtete Nationalgardisten eine militärische Invasion in das befreite Nicaragua vor. Die „Neue" schreibt, daß dies „mit offensichtlicher Billigung" der Militärregierung von Honduras geschehe. Kommandiert werde diese weißgardistische Exil-Armee des geflüchteten Somozas von dem Oberst Harry Pineda.

Kubaner raus aus Nicaragua!...

... So wird es wohl demnächst in den einschlägigen Blättern („Rote Fahne", „KVZ") zu lesen sein. Denn schon hat Kuba ein Kontingent (!) von 60 Personen nach Nicaragua geschickt, darunter 40 Ärzte.

Höchste Zeit also, sich gegen diesen Einfall Kubas nach Nicaragua eng mit allen antihegemonistischen Kräften zusammenzuschließen. Denkbare Geschichten für die nächste Zeit:

– Die Sowjetunion habe die gesamte Baumwollernte Nicaraguas 100 % unter dem Welmarktpreis aufgekauft.
– 2.000 Fallschirmjäger aus der DDR kontrollieren Managua.
– Kubanische Söldner bereiten von Nicaragua aus einen Überfall auf die USA vor.
– Deng Hsiao-ping fordert eine Bestrafung Nicaraguas, des „Kubas von Mittelamerika".

Bewaffnete Propaganda-Aktionen des chilenischen Widerstands

MIR-Genossen aus Frankfurt schickten uns eine Übersetzung aus der Nr. 149 (Mai 79) des REBELDE zu, in der eine Reihe von bewaffneten Propaganda-Aktionen des chilenischen Widerstands aufgeführt sind. Der REBELDE ist die Zeitung des MIR, die nun bald seit sechs Jahren kontinuierlich in der Illegalität erstellt und vertrieben wird.

Am Morgen des 23. April um 9 Uhr starb der Hauptmann Luis Carevic bei dem Versuch, eine vom Widerstand gelegte Bombe zu entschärfen, die sich vor dem Gebäude der DINA (Straße Santa Maria, Ecke Lopez) befand. Er war für unzählige Folgerungen verantwortlich und war der Leiter der Sprengstoffabteilung.

Der üble Staatskontrolleur der Universität von Chile, Julio Salas Romo, verantwortlich für zahlreiche Rausschmisse und ausführende Hand des Terrorregimes in der Uni, erhielt einen Warnanruf, daß wieder gegen die Repression des Gorillaterrors gekämpft wird. Am 25. April explodierte in seinem Haus eine Bombe.

Der Widerstand taucht im Zentrum von Santiago mit Bomben geringer Sprengkraft auf, die die „Experten" auf Trab halten, durch verschiedene Plazierung der Bomben, in einem Mülleimer in der Einkaufsstraße Phillips und anderen in der Ahumada.

Eine operative Einheit des MIR besetzt das Sendegebäude der Station „Radio Minera" mit dem Ziel, einen Aufruf zum Kampf bezüglich des 1. Mai und eine Darstellung des sich entwickelnden Kampfes und der Einheit durchzugeben. Die Aktion war erfolgreich, obwohl man aus technischen Gründen nicht die Aktion wie vorgesehen durchführen konnte.

Auch in der Provinz nimmt die bewaffnete Propaganda Ausmaße an. In Arica (an der Grenze zu Peru) explodierten 8 Bomben, eine davon in dem Gebäude der Zeitung „Estrella de Arica".

Die Studenten solidarisieren sich mit den Verhafteten vom 1. Mai. Ihr Kampf wird mit dem Rausschmiß vieler beantwortet. Der Widerstand greift mit Aktionen ein; gegen den Dekan der humanistischen Fakultät, Ciudad Vasquez (15. Mai), den stellvertretenden Direktor der kathol. Universität, Jaime de Valle, und gegen Hernan Gracia Vidal, stellvertretender Direktor der Universität von Chile.

Die Arbeiter von Lan (Fluggesellschaft) sind von Entlassungen aus „Restrukturierungsgründen" bedroht. Mit einer im Lastwagen versteckten Bombe wird eine kämpferische Aktion gegen den Präsidenten der Lan, Benis Lustig, durchgeführt.

In den westlichen Stadtteilen von Santiago, in einer der Vorbereitungskundgebungen zum 1. Mai, verteilt eine Einheit des MIR den „REBELDE" unter den zahlreich Anwesenden, abgesichert von bewaffneter Unterstützung.

Im Sitz der Zentrale der „Nationalen Jugend", nur eine Ecke vor dem Regierungsgebäude Diego Portales, explodiert am 14. Mai eine Bombe des Widerstands (Anm. zum 2. Mai).

In einem Weinlokal der Gesellschaft für Papier und Kartons explodiert in der Phase eines sich eskalierenden Konflikts zwischen Arbeitern und Bonzen, eine Bombe des Gewerkschaftswiderstands zur Unterstützung des Kampfes der Papierarbeiter.

In Irarrazaval zerstörte eine Bombe die Fenster und Vorderfront der „Banco Sudamericano", die in der Hand bekannter Ausbeuter ist.

Im Bereich des Hauptbahnhofs zerstörte eine Bombe des Widerstands die Schalterhalle der „Bank von Chile". Die Bank gehört einer Monopolgruppe der „Piranas".

In Irarrazaval zerstört ebenfalls eine Bombe des Widerstands die Front der „Kredit- und Anlagenbank".

Aufruf zur Unterstützung der illegalen Presse in Chile



DIE UNTERGRUNDARBEIT BRAUCHT EURE UNTERSTÜTZUNG!

MIR

Der chilenischen Presse sind unter der Junta Hände und Füße gebunden. Nach dem Putsch 1973 sind hunderte von Journalisten verhaftet oder ausgewiesen worden. Eine große Anzahl von Zeitungen und Zeitschriften sind verboten. Was übrig geblieben ist, steht unter scharfer Zensur. Das Ziel dieser Vorgehensweise ist offenbar: Die tatsächlichen Verhältnisse in Chile müssen vertuscht werden, ebenso wie der Widerstand und seine Aktionen; der Widerstand sollte mundtot gemacht werden.

Aber bereits seit 1973 gibt es verschiedene Organe der Untergrundpresse. Eines davon ist „EL REBELDE". Der Rebelde konnte vor dem Putsch öffentlich erscheinen und war Sprachrohr für die Ärmsten in Chile und für die revolutionäre Opposition. Er verteidigte beispielsweise die Rechte der Arbeiter in den Kohlengruben und war Bestandteil der Kämpfe der Bauern in Cautin.

Gleichzeitig legte er die Machenschaften und Intrigen der ausländischen Unternehmen offen. Er war die einzige Zeitung, die Berichte über die Vorbereitungen der Rechten veröffentlichte, die demokratisch gewählte Regierung Allende zu stürzen.

In der Folgezeit setzte der Rebelde seine Aktivitäten in der Illegalität fort. Mit einfachsten Hilfsmitteln schafften es die Widerstandskämpfer, die Zeitung regelmäßig herauszubringen. Es gelang, die Zeitung im ganzen Land zu verbreiten.

Im Rebelde werden die Arbeiter, Bauern, Studenten und Angestellte aufgerufen, die Widerstandskomitees gründen; es wird über die illegalen Streiks der Arbeiter und weitere Protestaktionen berichtet; es werden Namen und Schicksale von Personen veröffentlicht, die von den Sicherheitsorganen gefaßt wurden; die Zeitung organisiert Spendenaktionen, um den Widerstand materiell zu unterstützen u.a.m..

Nach einem Schlag der Sicherheitskräfte mußte der Rebelde im Oktober des letzten Jahres seine ausgedehnte Arbeit stark einschränken. Augusto Carmona, der wichtige Aufgaben bei der Herausgabe wahrnahm, wurde ermordet. Große Mengen an Ausrüstung und Material wurden beschlagnahmt. Die Auflage mußte deshalb reduziert werden und auch die Verbreitung wurde problematischer: Große Teile des Landes konnten nicht mehr mit Informationen versorgt werden.

Eine unterstützende Notlösung war, vom Ausland aus zehntausende von Kopien des Rebelde nach Chile zu schicken. Dies mit großem Erfolg. Es ist aber absolut wichtig, daß die illegale Presse im Lande wieder ausgebaut wird.

Die ständig zunehmenden Streiks, Hungerstreiks und Protestkundgebungen in Chile bekräftigen das. Dank der Verbreitung von tausenden von Flugblättern konnten und konnen diese Aktionen gut organisiert werden. Die Bevölkerung war immer breit darüber informiert, worum es bei den Aktionen ging und wie man sie vorbereiten und organisieren kann; ob Druck auf die Junta hinsichtlich der Aufklärung von Verschwundenenschicksalen ausgeübt wird, zur Wiedereinsetzung von Grundrechten oder zur Bekämpfung von Hunger und Arbeitslosigkeit.

Obwohl die offizielle Presse die Aktionen totschweigt, hat es sich gezeigt, daß es möglich ist, die Bevölkerung auch mit einfachen Mitteln zu informieren.

Um den Rebelde in der Fortsetzung und Ausweitung seiner Aufgaben zu unterstützen, ist es wichtig, überall in der Welt Geld zu sammeln, um so die illegale Presse in Chile zu stärken. Das Geld soll gezielt für die fotografischen und drucktechnischen Ausrüstungen gesammelt werden. Dadurch kann ein wichtiger Beitrag für die Unterstützung des Widerstands geleistet werden.

UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE ILLEGALE PRESSE DES UNTERGRUNDWIDERSTANDES ALS UNTERSTÜTZUNG DES VOLKSWIDERSTANDS

Postscheckkonto Frankfurt/M.: 25 792 - 603, S. Lissner, Rödelheimer Str. 13, 6000 Frankfurt/Main 90
Kontaktadresse: H. Jank, Postfach 550326, 6000 Frankfurt/M. 55



afrika

Meldungen Südliches Afrika

Namibia: Ausdehnung des Befreiungskrieges

Die namibische Befreiungsbewegung hat beschlossen, „*den Befreiungskrieg auf vorwiegend von Weißen bewohnte Gebiete Namibias auszuweiten*", nachdem RSA-Rassisten international überwachte Wahlen unter Beteiligung der SWAPO torpediert haben. Wie die SWAPO in einem der in Dar Es Salaam tagenden 33. Konferenz des Befreiungsausschusses der OAU vorgelegten Communique mitteilt, will sie mit dieser Maßnahme die „*weißen kolonialistischen Landherren daran erinnern, daß für die Unterstützer des repressiven Regimes in Südafrika Komfort und Sicherheit nicht länger bestehen*" („NZZ", 30.6.).

Zimbabwe: Massenflucht nach Mosambik

Massenflucht nach Mosambik

Seit den April-Scheinwahlen in Zimbabwe (Rhodesien) sind insgesamt ca. 30.000 Schwarze aus Zimbabwe nach Mosambik geflohen und halten sich dort in Flüchtlingslagern auf. Insgesamt hat sich die Zahl der zimbabwischen Flüchtlinge in Mosambik auf 150.000 erhöht. Eine bezeichnende Bilanz nicht nur des Smith-Regimes, sondern auch des in ach so „freien Wahlen" zum Premier avancierten Bischofs Muzorewa.

RSA: CDU-MdB in Südafrika

Der Westberliner CDU-Bundestagsabgeordnete Wohlrabe wurde in Pretoria vom Chef des südafrikanischen Rassistenregimes, Botha, zu einer – wie es in der Mitteilung der CDU/CSU-Fraktion heißt – „längeren politischen Aussprache empfangen". Nach seinen Gesprächen in der RSA wird Wohlrabe in Namibia mit dem Beauftragten des südafrikanischen Okkupationsregimes, Repräsentanten der sogenannten Turnhallen-Allianz und Vertretern der „dortigen Presse" zusammentreffen.

Südafrika bekommt Öl aus Großbritannien

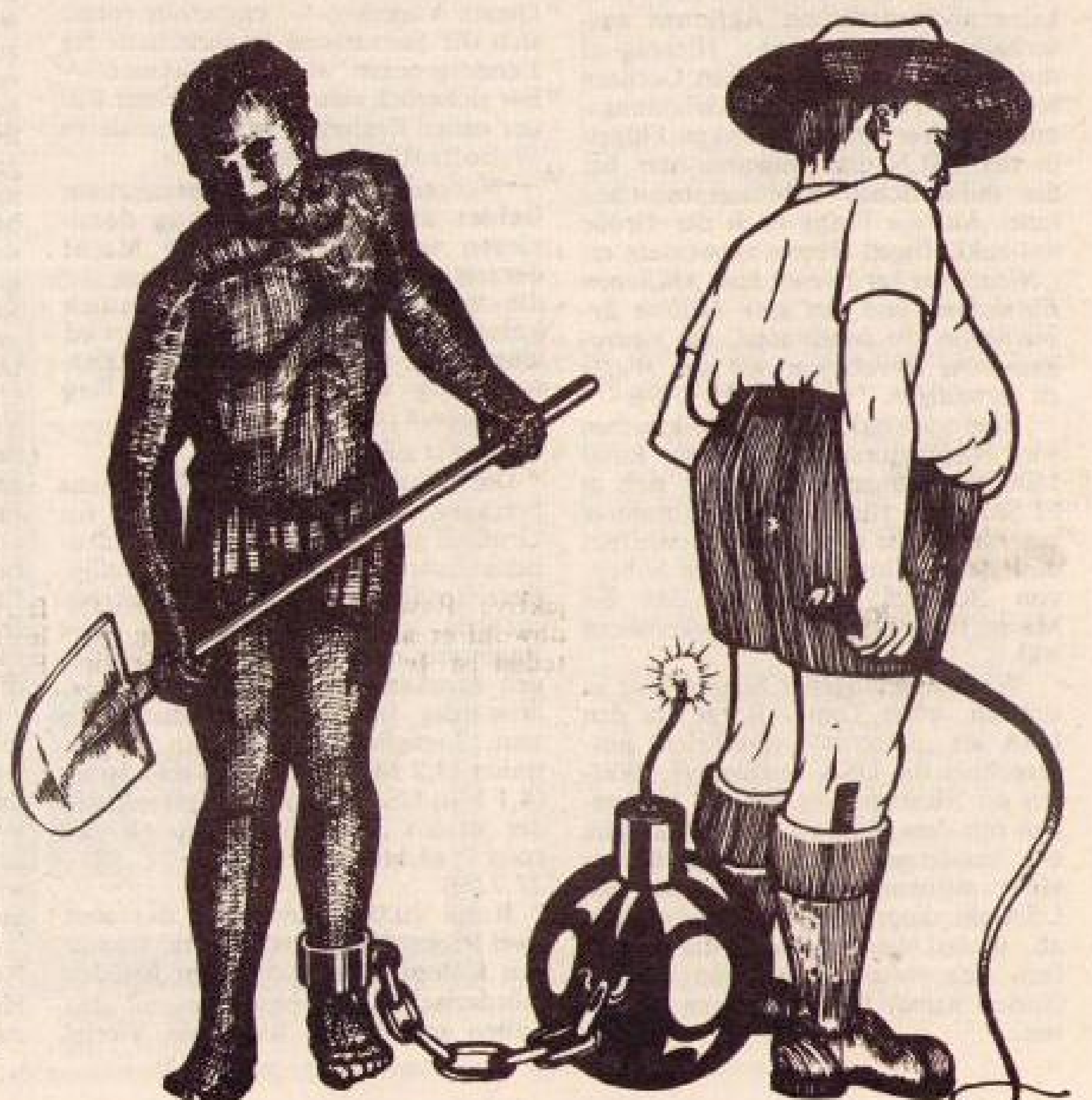
Die britische Regierung hat der Erdölgesellschaft „BP" gestattet, die RSA indirekt mit Erdöl zu beliefern. Gemäß dem Regierungsbeschluß darf die BP in der Nordsee gefördertes Öl an die EG und die Mitgliedsländer der internationalen Energieagentur liefern und im Austausch hierfür Rohöl aus Drittländern erhalten. Dieses Öl kann die BP anschließend an Südafrika weiterverkaufen – mit der Auflage, es nicht an Rhodesien zu liefern („TAZ", 2.7.).

RSA: Eschel Rhoodie verhaftet

Der frühere südafrikanische Informationsminister Eschel Rhoodie wurde am 19.7. von französischer Polizei verhaftet. Die RSA-Behörden werfen ihm Unterschlagung von 72 Millionen Dollar aus der südafrikanischen
ihm Unterschlagung von 72 Millionen
Dollar aus der südafrikanischen
Staatskasse vor und versuchen, „mit allen Mitteln" eine Auslieferung Rhoodies durchzusetzen („IHT", 21.7.). Tatsächlich handelt es sich bei den 72 Mio. Dollar um den Bestechungsetat der RSA-Regierung, den Rhoodie in seiner Funktion als Informationsminister überwiegend erfolgreich dazu verwandt hat, Presseorgane, Parteien und Gewerkschaften des „freien Westens" zu pro-rassistischer Propaganda zu bewegen. Rhoodie, der sich angesichts des absehbaren Skandals rechtzeitig abgesetzt hatte, schützte Leben und Freiheit bisher mit der Drohung weiterer Veröffentlichung „intimster Kenntnisse" in Bezug auf den Bestechungsskandal (zu seinen bisherigen Äußerungen s. AK 151).

Die RSA will sich jetzt anscheinend endgültig dieses potentiellen Störenfriedes entledigen, und hat dabei in den französischen Behörden augenscheinlich willige Partner gefunden (sicherlich hat das gute Gründe!)

Wir hoffen nur, daß Rhoodie seine Ankündigung wahr macht, im Falle der Verhaftung seiner Person weitere Skandale aufzudecken.



Licht und Schatten in Monrovia

Die Meinungsverschiedenheiten und Widersprüche unter den 49 Mitgliedsstaaten der OAU sind auf ihrer 16. Gipfelkonferenz in der liberianischen Hauptstadt Monrovia deutlich zutage getreten. Diese Widersprüche zeigten sich in den harten Auseinandersetzungen auf der Tagung und führten zu sehr unterschiedlichen Entschließungen.

Westsahara: Erfreulich ist der Beschluß zur Westsaharafrage. Zwar konnte die Forderung nach sofortigem Abzug der marokkanischen und mauretanischen Besatzungstruppen nicht durchgesetzt werden, aber beschlossen wurde, daß unter internationaler Überwachung die Sahauris über die Zukunft der ehemaligen spanischen Kolonie entscheiden sollen. Diese Entscheidung, die mit nur einer Stimme mehr als der Zweidrittelmehrheit zustande kam, führte zum Auszug der marokkanischen Delegation aus der Konferenz. Marokko hat inzwischen angekündigt, daß es seine OAU-Mitgliedschaft überprüfen werde – ein Austritt dieses reaktionären Königreiches wäre sicher kein Schaden für die OAU.

Zimbabwe: Mit großer Mehrheit verurteilte die OAU *„die heimtückische sogenannte interne Verfassung und die daraus hervorgehende Lösung in Zimbabwe."* Jeder Versuch, die rassistische Minderheitsregierung anzuerkennen, werde als feindlicher Akt gegenüber Afrika gewertet. Alle Staaten wurden aufgefordert, das illegale Regime in Salisbury nicht anzuerkennen und alle Sanktionen aufrechtzuerhalten. Die Gipfelkonferenz verdammte *„konzertierte diplomatische Manöver, insbesondere von Seiten Großbritanniens, den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe für volle und echte Unabhängigkeit zu ersticken"* sowie die Vorbereitungen der USA und Großbritanniens, die Regierung in Salisbury anzuerkennen. Auch wenn in einer Situation, in der es der Imperialismus bisher noch nicht für ratsam hielt, das Muzorewa-Regime schon formal anzuerkennen, es die Vertreter der reaktionären afrikanischen Staaten nicht allzuviel kostet, eine Anerkennung abzulehnen, so erstaunt doch der scharfe Ton des Beschlusses. Außerdem muß er vor dem Hintergrund gesehen werden, daß der bisherige OAU-Präsident Numeiri eine „Allparteienkonferenz" gefordert hatte, worauf selbst vom Führer des ZAPU-Flügels der Patriotischen Front, Nkomo, ablehnend eingegangen wurde und daß der zairische Ministerpräsident Lokonga mit dem Antrag auf Nichtbefassung einen fortschrittlichen Beschluß zu verhindern versucht hatte.

Naher Osten: Durchsetzen konnten sich die Reaktionäre in der Nahostfrage. Nachdem der ursprüngliche Resolutionsentwurf separate „Friedensverhandlungen" zwischen Ägypten und Israel noch ausdrücklich verurteilte, ist in der schließlich verabschiedeten Fassung trotz der Proteste während der Rede Sadats keinerlei Kritik am „Friedensabkommen" mehr enthalten.

Uganda: Kein Beschluß wurde über das Thema Uganda herbeigeführt. Nachdem zunächst der sudanesische und nigerianische Staatschef Numeiri und Obasanjo die tansanische Hilfe beim Sturz Amins stark angegriffen hatten, warf unter starkem Beifall der neue ugandische Präsident Binaisa der OAU vor, tatenlos zugesehen zu haben, wie Amin eine halbe Million Menschen umgebracht habe. *„Ich bitte Sie, Exzellenzen, sich nicht hinter der Formel von der Nichteinmischung zu verstecken, wenn es um eklatante Verletzungen der Menschenrechte geht. Wir müssen auch den Mut haben, Menschenrechtsverletzungen im Zentralafrikanischen Kaiserreich und in Äquatorial-Guinea anzuprangern. Andernfalls wird die Geschichte Sie richten, wenn Sie keinen Finger rühren."*

Die Namen der Staaten deren Binaisa namentlich die Unterstützung Amins vorwarf wurden allerdings auf Bestreben des neuen OAU-Präsidenten Tolbert (Liberia) nachträglich aus dem Protokoll gestrichen.

BRD-Imperialismus verurteilt:

Zum Abschluß der Tagung verurteilten die Staatschefs alle die Länder, die in Verletzung der einschlägigen UNO und OAU [illegible] wirtschaftliche, Handels-, militärische, nukleare und andere Beziehungen mit den Regimes in Südafrika und Rhodesien haben, insbesondere Großbritannien, die USA, die Bundesrepublik Deutschland Frankreich, Japan, Belgien, Italien und einige lateinamerikanische Länder.

Afrika-Kommission

„Der neue Mensch ist ein Prozeß"

Für die bürgerlichen Medien hierzulande ist die Entwicklung der VR Mosambik nach der Unabhängigkeit weitgehend tabu gewesen.

Wenn über die Situation im Land berichtet wurde, so mit dem ausschließlichen Ziel, die fortschrittliche Aufbauarbeit und die Demokratisierung der mosambikanischen Gesellschaft zu diffamieren. In guter Erinnerung sind noch die reißerisch aufgemachten Meldungen über angebliche „stalinistische Säuberungen", wahllos vollstreckte Todesurteile und ähnlichem Quatsch, die leider auch von der Alternativpresse („TAZ", „Neue") in der Regel unkommentiert abgedruckt wurden. Verschwiegen wurde hier wie üblich der politische Hindergrund für das verschärfte Vorgehen der FRELIMO, nämlich eine bedrohliche Zunahme von Sabotageakten und Überfällen durch diverse Söldnergruppen, die aktiv an der politischen Destabilisierung Mosambiks arbeiten.

Die VR Mosambik gehört zu den wenigen Staaten des afrikanischen Kontinents, die sich programmatisch und auch in der politischen Praxis zum Marxismus-Leninismus bekennen und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft anstreben. Mosambik ist auch logistischer Stützpunkt für die Kämpfer der ZANU. Mosambik hat auch sehr deutlich das Engagement der tansanischen Truppen in Uganda begrüßt und gilt innerhalb des Frontstaatenbündnis als wesentlicher Fürsprecher und Unterstützer der afrikanischen Befreiungsbewegungen.

Auch wir haben der innenpolitischen Entwicklung dieses Landes in unserer Berichterstattung bisher wenig Beachtung geschenkt. Angesichts des Versuchs der FRELIMO, neben der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der wirtschaftlichen Weiterentwicklung Mosambiks ein besonderes Schwergewicht auf die Veränderung des Bewußtseins der Menschen zu legen, um so der Gefahr einer revisionistischen Entwicklung engegenzuwirken, haben wir uns entschlossen, in einer lockeren Artikelfolge einen detaillierten Einblick in die Situation der VR Mosambik zu geben.

Den Anfang bilden Auszüge aus einer Rede von Sergio Vieira, Mitglied des ZK der FRELIMO, die er auf einer Konferenz des Ministeriums für Erziehung und Kultur hielt (Aus: „Informationsdienst Südliches Afrika", Juli 1979).



Gegen das kolonialisierte Bewußtsein

...Uns allen ist bekannt, daß hier in Mosambik relativ gute Mathematikbücher fürs zweite, dritte und vierte Schuljahr gab. Es gab möglicherweise ein paar tausend Prioritäten, bevor wir ein Mathematikbuch herausgegeben haben. Aber warum diese Umständlichkeit bei der Produktion eines Mathematikbuches, wenn doch die Mathematik ein so neutrales Thema ist? Wir hätten vielleicht zuerst die Auswahl schöner Literatur ändern sollen – das wäre leichter zu verstehen gewesen. In dem Mathematikbuch hätten wir vielleicht die Illustrationen abändern, statt von Birnen von Cashew-Nüssen reden sollen. Dann hätten wir ein Mathematikbuch gehabt. ... Allerdings ist das eine leichte Lösung des Problems! Das Mathematikbuch wäre nicht so neutral gewesen. Es hätte aber mit einer ganzen Denkweise korrespondieren müssen, die wir ablehnen; es hätte mit einer bestimmten Klassenperspektive korrespondieren müssen, die nicht nur auf der Vorstellung beruht, ein schwarzes Kind statt ein weißes oder Birnen statt Cashew-Nüsse zu zeichnen. ...

Weder Herr noch Knecht

...Die Schaffung des neuen Menschen ist nicht hauptsächlich subjektiv, sondern die Veränderung in den objektiven Bedingungen. Wenn es andersherum wäre, würden wir in Idealismus verfallen. Wir müssen die ökonomische und gesellschaftliche Basis ändern, wir müssen die Infrastruktur unserer Gesellschaft ändern, um den „Neuen Menschen" zu schaffen. ...

Der „Neue Mensch" ist kein Heiliger. Der Mensch ist Produkt einer konkreten Gesellschaft, er ist das objektive Resultat einer Gesellschaft, obwohl er an ihrer Veränderung beteiligt ist. In der Perspektive, wie wir den „Neuen Menschen" definiert haben, konnte er nicht in der bürgerlichen oder feudalen Gesellschaft entstehen. Wir haben die ökonomische Grundlage für das Fortbestehen des „feudalen" und „bourgeoisen" Menschen ausgeschaltet (...).

Es gab neue Werte und neue Kriterien für Werte. Was für Werte sind geschaffen worden? (...) Es kamen Leute zur FRELIMO, und es gibt hier welche unter Euch, die es bezeugen können – die ihren Diener mitbrachten. Sie waren zusammen mit ihrer Frau, ihren Kindern ... und ihrem Diener davongelaufen. Es war notwendig, das Herr-Knecht-Verhältnis abzuschaffen und eine neue Art von Beziehung zwischen den Menschen herzustellen (...). Teilweise ist das auch geschehen, indem auf der Machamba beide Seite an Seite arbeiteten, wobei der eine aufhörte, Herr zu sein und der andere nicht mehr Diener war. Er arbeitete Seite an Seite mit seinem Diener und war nicht erniedrigt, weil auch der Diener durch die Arbeit nicht erniedrigt wurde. Es geht nicht darum, Menschen zu erniedrigen, sondern sie dazu zu bringen, kollektive Arbeit zu verrichten. (...) Es war notwendig, die Vorstellung einzuführen, daß Arbeit eine Tugend sei...

Initiative

Es ist sehr schwierig, die Bereitschaft zur Initiative in eine Gesellschaft einzubringen, weil gerade die Initiative in der feudalen Gesellschaft unterdrückt wird. Ihre rigide Struktur verbietet jegliche Initiative. Sie ist deshalb verboten, weil Initiative und Neuerungen in feudalen Gesellschaften als Angriff auf das Erbe der Vorfahren verstanden werden. (...) Wir lebten hauptsächlich in ehemals vom Feudalismus dominierten Zonen und das bedeutete die Einführung der Bereitschaft zur Initiative als Wert. Gestern habe ich in „Tempo" von dem letzten rhodesischen Angriff auf Chimoio gelesen. Der Bericht besagt u.a., daß die betroffene Bevölkerung zusätzliche Schutzbunker gegraben hat, als sie die Bomben fallen sah. Initiative und Kreativität sind bestimmt durch Notwendigkeit. Fortschritt ist das Resultat bestimmter Bedürfnisse. (...) Initiative und Kreativität sind entstanden, weil der historische Augenblick sie erforderlich machte. Wären sie nicht entstanden, so wären wir gestorben. (...)

Erziehung gegen Obskurantismus

(...) Ein wichtiger Aspekt, der sich in unserem Land entwickelt, wenn auch vielleicht nicht mit dem notwendigen Nachdruck, ist die Kritik an Obskurantismus und Idealismus, die religiöse Auffassungen bloßstellt. (...) Wir würden sagen, daß die Fehler, die wir in der Vergangenheit begingen und die zu machen wir immer noch in Gefahr sind, weshalb wir aufmerksam sein müssen, darin bestanden, zu denken, wir könnten den neuen Menschen zuwege bringen und die neue Mentalität schaffen, indem wir eine Reihe von Slogans wiederholten, durch Konditionierung durch eine Reihe von Slogans. Dies ist idealistisch und ultra-links. Es geht nicht um die Form. Wenn (...) z.B. ein dreijähriges Kind laut ruft: „Lang lebe der Marxismus-Leninismus!", so erzeugt dies keine neue Mentalität in ihm. Ein dreijähriges Kind wird eine neue Mentalität erwerben, wenn es in seinem Kindergarten andere Kinder nicht schlägt und wenn es versteht, mit anderen Kindern zu spielen, ohne zu sagen: „Das ist mein Ball." Auf diese Weise lernt das Kind die neue Mentalität. Denn wenn das Kind sagt: „Lang lebe der Marxismus-Leninismus", sagt es das in derselben Weise wie: „Heil, Maria, voll der Gnaden...". Das Kind sagt etwas, was es nicht versteht. Es lernt eine Gewohnheit. Und wir, die wir erwachsen sind, wenn wir uns an die Zeit erinnern, wo wir verpflichtet waren zu sagen: „Heil Maria, voll der Gnaden...", so werden wir ärgerlich und entwickeln Widerstand. Und dieses Kind kann dieselbe Reaktion morgen zeigen. (...).

Hand und Kopf

Der neue Mensch kennt keinen Widerspruch zwischen geistiger und körperlicher Arbeit. Er hat diesen Widerspruch überwunden und sie zu ergänzenden Bestandteilen seiner Arbeit gemacht. (...) Der Körper nimmt teil an der schöpferischen Arbeit und der Verstand leistet und lebt vermittels der schöpferischen Tätigkeit. Aber für jemanden, der begeistert ist von der Produktion, ist es nötig, daß diese Produktion etwas produziert. Wir hatten da mal ein Problem: Einem Soldaten und einem Studenten, die einen Verstoß gegen die Disziplin begangen hatten, wurde eine Hacke gegeben und aufgetragen, ein Loch zu graben. Sie gruben das Loch und am nächsten Tag hieß man sie, es wieder zu füllen. Dann sollten sie wieder ein Loch graben. Dann mußten sie dieses auch wieder auffüllen. Ich erinnere mich, daß der Präsident mit uns wegen dieser Sache eine Versammlung veranstaltete. Er sagte: *„Das ist verbrecherisch! Was ihr da macht, ist verbrecherisch! Ihr verwandelt den schöpferischen Akt der Arbeit in etwas sinnloses: Ihr schafft Widerwillen, ihr schafft Haß auf Arbeit."* Arbeit schafft und befreit den Menschen. (...) Arbeit kann niemals Spiel sein! Arbeit muß ein konkretes Ziel haben und gesellschaftlichen Nutzen bringen. ...

Wenn ich in einer „machamba" arbeiten gehe, die Mais produziert und der Mais verschwindet, werde ich nächstes Jahr nicht mehr zu dieser machamba gehen. Sie können alle möglichen Appelle für freiwillige Arbeit loslassen, aber ich werde sagen: *„Nein! Was habt ihr mit der Produktion gemacht? Was war der Nutzen unserer Anstrengung, unseres Schweißes?"*

Arbeit ist dazu bestimmt, unser Leben besser zu machen. (...) Und sei es auch nur dadurch, daß wir durch das Geld für unsere Produkte ein besseres Schulessen haben. So werde ich den Wert der Arbeit im Wert des Essens schmecken. ...

Der neue Mensch muß erst geschaffen werden

(...) Der neue Mensch ist ein Prozeß. ... Wenn wir vom neuen Menschen sprechen, so sprechen wir von kommunistischen Menschen, von dem Menschen, der in der kommunistischen Gesellschaft auftauchen wird. Es ist ein Mensch, der frei ist von der Konditionierung, der wir unterworfen sind. Frei von materiellen Wünschen. Wir befinden uns immer noch in der Vorgeschichte des Menschen, wie Marx sagt.

(...) Wir haben nicht die Erfahrung, um zu wissen, wie dieser Mensch sein wird. Wir wissen nicht, was er sein wird. Wir kennen die Richtlinien, die uns führen werden. Aber genauso, wie wir uns nicht vorstellen können, was Unabhängigkeit ist vor der Unabhängigkeit, genauso wissen wir nicht, wie eine Birne oder ein Apfel schmeckt, bevor wir in ihn beißen und ebenso können wir nicht sagen, was der neue Mensch ist.



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Studenten wählen links Reaktionäre ohne Chance

Die diessemestrigen Ergebnisse der Studentenparlamentswahlen (in der Regel wird einmal im Jahr gewählt, also entweder im Sommer- oder im Wintersemester) haben im wesentlichen keine Verschiebung des Kräfteverhältnisses gebracht. Weder im Verhältnis zwischen dem fortschrittlichen Lager, von den reformistischen Jusos bis hin zur radikalen Linken, und den Reaktionären, noch innerhalb des fortschrittlichen Lagers selbst (siehe hierzu die Ergebnisse in AK 158 und in dieser Ausgabe).

Nach wie vor vereinigt die Linke zwischen zwei Drittel und drei Viertel der Stimmen auf sich, während der RCDS ca. 20 % gewinnt (an großen Unis noch weit darunter). Dazwischen liegen Gruppierungen auf strammem SPD-Kurs (mit antikommunistischer Abgrenzung nach links) mit ca. 10 %.

Kürzlich veröffentlichte auch das Bundesbildungsministerium eine Auswertung der SP-Wahlen der vergangenen Semester. Danach *„konnten nach einem vorübergehenden Rückgang im Studienjahr 1977/78 vor allem die den im Bundestag vertretenen Parteien nahestehenden politischen Studentenverbände ihre Anteile deutlich steigern."* („FR", 17.7.)

Einmal mehr wird damit versucht zu suggerieren, innerhalb der Studentenschaft bahne sich eine „Tendenzwende" an. Die Rechnung dieser Experten ist dabei ganz einfach: Danach verfügen die Jusos und der RCDS über zusammen 40 % der Sitze in den SPs, womit sie zusammen zu den bestimmenden Kräften innerhalb der Studentenschaft hochstilisiert werden. Es wird dabei jedoch unterschlagen, daß es an k e i n e r Hochschule ein Bündnis zwischen Jusos und dem RCDS gibt und die Jusos dies auch für die Zukunft kategorisch ablehnen. Tatsache ist auch, daß der Stimmenanteil für die Jusos erheblich fallen würde, wenn sie gegenüber dem RCDS bündnisbereit wären. Richtig an der Analyse ist, daß die Jusos seit '77 Stimmengewinne zu verzeichnen haben. Dies im wesentlichen auf Kosten des SHB (ehemaliger Studentenverband der SPD, heute Bündnispartner der DKP) und des MSB, die zusammen ca. 10 % verloren. Trotzdem stellen MSB und SHB zusammen noch immer etwa 25 % der studentischen Parlamentarier.

Die Basisgruppen haben teilweise durch ihre eigene Spontaneität Verluste einstecken müssen. Im Gefolge des Aufschwungs der Studentenbewegung 76/77 errangen sie teilweise überraschende Wahlerfolge. An einer Reihe von Hochschulen traten sie in diesem Semester nicht mehr an; so z.B. in Bremen und Marburg, was dem inneren Zerfall dieser Gruppen geschuldet ist. Fast vollständig vom Boden verschwunden sind die „superspontaneistischen" Gruppierungen wie der Göttinger „Undogmatische Frühling". Mit dem Abebben der Studentenbewegung kam auch ihr Ende. Einen besonderen Erfolg konnte jedoch die Basisgruppenbewegung an allen Westberliner Hochschulen erreichen, wo sie jeweils die stärkste Fraktion stellt und zwischen 30 und 65 % der Stimmen auf sich vereinigt.

Die Gruppierungen mit revolutionärem Anspruch spielen nur noch eine sehr geringe Rolle. Der einst in dieser Hinsicht führende KBW hat seinen Einfluß jetzt vollständig verloren, auch in seinen Hochburgen in Baden-Württemberg. Der KSV (Studentenverband der „KPD") spielt nur noch in der Basisgruppenliste in Westberlin (an der FU) eine gewisse Rolle. Mit der beabsichtigten Auflösung des KSV wird dieser Prozeß sich noch fortsetzen. Die mit dem KB sympathisierenden Studenten haben eine Reihe von Positionen wieder verloren, was im wesentlichen auf einen Rückzug aus der Hochschulpolitik zurückzuführen ist. In beiden „Hochburgen", in Göttingen und Hamburg, konnten dagegen die früheren Ergebnisse gehalten oder sogar leicht verbessert werden.

Eine besondere Situation ergibt sich in Baden-Württemberg und Bayern, wo die verfaßte Studentenschaft (und damit auch die Studentenparlamente) gesetzlich abgeschafft wurden. Der Linken stellt sich dort die Aufgabe, einerseits die Staatsorgane (Sprecherräte) effektiv zu nutzen, andererseits eigene, unabhängige Vertretungsorgane aufzubauen. Um auf diesem Weg Erfolge zu organisieren, ist eine grundsätzliche Verständigung innerhalb des linken Lagers notwendig. Die größten Wahlerfolge hatten in beiden Fällen jeweils die Listen, die ein breites Spektrum der sozialistischen Kräfte abdeckten. In der Regel bildeten die Basisgruppen hierbei den Kern, da diese am ehesten bereit sind, Wahlbündnislisten einzugehen. Niederlagen erlitt hier vor allem der MSB, der trotz dieser Situation auf einer scharfen Abgrenzung von den Basisgruppen bestand.

Gegenwärtig sind die Angriffe auf die verfaßte Studentenschaft und ebenso auf die ASten zurückgegangen. Das Experiment Baden-Württemberg hat gezeigt, daß die Studentenschaft sich unabhängige Vertretungsorgane nicht nehmen läßt. Gegensätzliche Tendenzen zeigen sich in Westberlin, wo die verfaßte Studentenschaft nach 10 Jahren wieder eingeführt wurde. Offensichtlich versucht die Bourgeoisie mit ihren Parteien gegenwärtig ihren politisch-ideologischen Einfluß innerhalb der Studentenschaft auf „friedlichem" Wege zu sichern. Bisher jedoch mit wenig Erfolg. Vielleicht wird sich in Westberlin schon bald zeigen, daß die Studentenschaft so unverschämt ist, mit dem gereichten kleinen Finger gleich die ganze Hand zu nehmen.

SSB/Hamburg

„Zwangsexmatrikulation hat sich nicht bewährt"

Wie schon in AK 158 berichtet, sind gegenwärtig Bestrebungen im Gange, die Zwangsexmatrikulation bei Überschreiten der Regelstudienzeit (zu gut deutsch: Der Hinauswurf aus der Hochschule bei Überschreiten einer Studienzeit von 3 bis 4 Jahren) aus dem Hochschulrahmengesetz und den Landeshochschulgesetzen zu streichen.

Die Initiative geht von den Ländern Hamburg und Bremen aus. Sie wollen im Bundesrat eine dementsprechende Gesetzesinitiative einbringen. Unterstützung haben sie dabei schon im vorherein vom CDU-regierten Land Schleswig-Holstein erhalten. Jetzt zog auch der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Späth, nach. Dort soll das Hochschulrecht so geändert werden, *„daß die Regelung der Sanktionen bei Überschreitung der Regelstudienzeiten den einzelnen Hochschulen überlassen wird."* („Badische Zeitung", 18.7.).

Baden-Württemberg ist das einzige Land, in dem bisher in größerem Stil versucht wurde, die Zwangsexmatrikulation anzuwenden. Im vergangenen Sommersemester erhielten 3000 Studenten eine ultimative Aufforderung, die Prüfung abzulegen. Dies konnte durch massive Proteste verhindert werden. Jetzt erklärte Späth, *„daß sich die Zwangsexmatrikulation...nicht bewährt habe."* (ebda)

Gegenüber der Öffentlichkeit hatten die Bundesregierung und die Landesregierungen die Zwangsexmatrikulation damit begründet, daß Platz für neue Studenten geschaffen werden müsse. Dieses Argument war zu keinem Zeitpunkt stichhaltig, da alle westdeutschen Hochschulen heute soweit überbelegt sind, daß selbst die Zwangsexmatrikulation nur ein Tropfen auf einen heißen Stein wäre. Schon heute stehen ca. 600.000 Studienplätzen über 900.000 Studenten gegenüber.

Der eigentliche Grund für das Fallenlassen dieser administrativen Maßnahme dürfte denn wohl auch sein, daß sie innerhalb der Studentenschaft für erhebliche Unruhe gesorgt hat. Insbesondere deshalb, weil unter den gegenwärtigen Bedingungen der totalen Überbelegung der Universitäten ein zeitlich eingegrenztes Studium kaum möglich ist.

So ist denn die plötzliche Einigkeit zwischen SPD und CDU in dieser Frage kaum weiter verwunderlich. Unterschiede bestehen noch darin, ob die Zwangsexmatrikulation ganz fallengelassen werden soll (wie in Hamburg und Bremen geplant) oder ob sie in die Verantwortung der einzelnen Hochschulen gelegt werden soll (Späth). Bei der bekannten Kompromißbereitschaft der SPD im Bundesrat wird wohl mit letzterem gerechnet werden müssen. Keinerlei Abstriche sollen jedoch an der Regelstudienzeit gemacht werden, obwohl auch dies von allen Teilen der Hochschulen gefordert wird.

SSB/Hamburg

SP-Wahlen 79

Über die schon im AK 158 veröffentlichten Ergebnisse bei den Studentenparlamentswahlen hinaus, erreichten uns folgende Meldungen:

Marburg: Bei einer Wahlbeteiligung von 37,6 % (gegenüber 57,7 % im Jahre 1978) verteilten sich die Stimmen wie folgt (in Klammern die Ergebnisse von 1978):

Liste	Stimmen	Prozent	Sitze
Jusos	1052 (1390)	23,3 (18)	10 (8)
MSB	1022 (1070)	22,6 (13,9)	9 (6)
SHB	719 (623)	15,9 (8,1)	6 (3)
RCDS	968 (1261)	21,4 (16,4)	9 (7)
ADU/SLH	674 (724)	14,9 (9,4)	6 (4)
KBW	85 (13)	1,8 (0,17)	0 (0)

Es kandidierte diesmal nicht: Die „Linke Liste" (Basisgruppen), die 1978 867 Stimmen erreichte, die „Lockere Liste" (eine mehr aus „Witz" kandidierende Gruppe) mit 294 Stimmen und die Zyniker von der Marxistischen Gruppe mit immerhin 1019 Stimmen. Die Wähler dieser Gruppierungen sind offensichtlich nicht zur Wahl gegangen, denn immerhin beteiligten sich fast 3.000 Studenten weniger an der Wahl als 1978.

Westberlin: Über 50 % der Studenten beteiligten sich an der Fachhochschule für Wirtschaft (FHW) an den Wahlen. Von den 30 Sitzen entfallen je 14 auf die Basisgruppenlisten (Internationale Liste und Delegiertenratsinitiative) und die „Gewerkschaftlich orientierten" Gruppen (Jusos und ADS (SEW)). Die restlichen zwei Sitze erhielt der LHV. Besonders bemerkenswert ist der Erfolg der Internationalen Liste, die acht Sitze errang. Die IL ist ein Bündnis zwischen ausländischen (die FHW hat einen hohen Ausländeranteil) und einigen deutschen Studenten. Der LHV hat erkennen lassen, daß er eher bereit wäre, mit den Basisgruppenlisten einen AStA zu bilden.

München: Bei den Gremienwahlen an der Universität München (mit ca. 40.000 Studenten die größte Hochschule der BRD) gab es auf studentischer Seite die folgenden Ergebnisse: Eine Liste von Basisgruppen und Fachschaftsvertretern erreichte 38 Sitze, eine Liste, die wesentlich vom MSB beeinflußt wird, 26 Sitze, der LHV 1 Sitz, der RCDS (CDU-Studentenorganisation) 33 Sitze, der SLH (rechtssozialdemokratisch, geht gegen die Jusos mit dem RCDS zusammen) 2 Sitze und eine konservative Medizinergruppe 3 Sitze. Die Wahlbeteiligung lag bei 25 %. Damit wird es mit Sicherheit einen linken Sprecherrat geben.

In Bayern ist die verfaßte Studentenschaft gesetzlich abgeschafft worden. Das heißt, es gibt gesetzlich kein unabhängiges Studentenparlament mehr und auch keinen AStA. Der Sprecherrat der Studentenschaft setzt sich zusammen aus Vertretern der Studenten in den Hochschulgremien. Diesem Sprecherrat wird von der Landesregierung jegliche politische Vertretung untersagt. Neben diesem Sprecherrat gibt es noch einen „illegalen" AStA, der von Teilen der Studentenschaft entgegen der gesetzlichen Regelung als politisches Vertretungsorgan aufgebaut wird.

Tübingen: An den Wahlen zum Großen Senat (universitäres Selbstverwaltungsgremium, in dem alle Teile der Uni vertreten sind) beteiligten sich 20 % der Studenten. 51,45 % entschieden sich für eine Liste der Fachschaftsräte (Bereichsvertretungsorgane), einem Bündnis, das verschiedene linke Strömungen vereinigt, vor allem die Basisgruppen. Sie erreichte damit 4 Sitze. 22 % erreichte eine rechtssozialdemokratische Gruppierung, 16,4 % der RCDS (der damit gut 4 % verlor), und 10 % der Stimmen gewann der MSB.

In Baden-Württemberg ist ebenfalls die verfaßte Studentenschaft liquidiert worden. Das linke Bündnis, das sich auch zu dieser Wahl stellte, bemüht sich, über den Aufbau von unabhängigen Vertretungsorganen an den einzelnen Fachbereichen, auch wieder einen unabhängigen AStA für die gesamte Hochschule aufzubauen. An der Uni Tübingen studieren ca. 18.000 Studenten.

Baden-Württemberg: Sehr unterschiedliche Ergebnisse gab es bei den offiziellen studentischen Wahlen. Nach der gesetzlichen Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft (die noch unter dem Todesrichter Filbinger durchgeführt wurde), dürfen sich die Studenten offiziell nur noch an den Wahlen zu den allgemeinen Selbstverwaltungsgremien der Hochschulen beteiligen. Eigene studentische Vertretungsorgane sind verboten. An vielen Hochschulen beteiligt sich die Linke an diesen Wahlen nicht, teilweise wird zum Boykott aufgerufen. Dementsprechend sind die Beteiligungen: An der Pädagogischen Hochschule (PH) Ludwigsburg 3,1 %, an den Fachhochschulen (FHS) Stuttgart 6 %, in Reutlingen 7 %, in Esslingen 2,8 % usw. Höhere Wahlbeteiligungen gab es nur dort, wo sich die Linke an diesen Wahlen beteiligte. Dann gab es in der Regel auch linke Mehrheiten.

Zur Zeit sieht es so aus, daß sich an fast allen größeren Hochschulen, insbesondere den Universitäten, die Linke an diesen Wahlen beteiligt, um diese gesetzlichen Vertretungsorgane nicht den Reaktionären zu überlassen, die sie auch bei geringer Wahlbeteiligung besetzen würden. An den kleineren Hochschulen (Fachhochschulen) ist es jedoch in einer Reihe von Fällen gelungen, die alten Vertretungsorgane aufrecht zu erhalten und einen fast vollständigen Boykott der Staatsorgane zu erreichen.

SSB/Studenten

Reaktionärer Elternverein will Volksabstimmung über die Förderstufe

Der Hessische Elternverein will über eine Volksabstimmung das Gesetz über die Einführung der Förderstufe zu Fall bringen. Die Förderstufe entspricht der Orientierungsstufe in anderen Bundesländern, ist also die Zusammenfassung aller Schüler der 5. und 6. Klassen in einer Schulart. Erst
und 6. Klassen in einer Schulart. Erst
nach der 6. Klasse werden die Schüler auf die einzelnen Schularten aufgeteilt. Der Elternverein sieht hierin die Vorwegnahme der Gesamtschule als Regelschule und setzt sich für eine strikte Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems ein.

Der Elternverein wurde 1972 als Antwort auf den Umbruch in der Bildungspolitik gegründet, hat nach eigenen Angaben 8000 Mitglieder und ist in der Praxis ein reiner CDU-Verband. Seine bisherigen Aktivitäten bestanden vor allem darin, gegen die Einführung der Gesamtschule zu agitieren, gegen die Einführung fortschrittlicher Unterrichtsbücher anzugehen, sich für die Berufsverbote einzusetzen. Und er hat in diesem Kampf schon einige Erfolge zu verzeichnen: Die SPD hat die Gesamtschule als Regelschule schon längst fallen gelassen, der engagierteste Vertreter in dieser Richtung, der ehemalige Kultusminister Friedeburg mußte gehen, die Rahmenrichtlinien für den Unterricht (die vor allem eine stärkere Beachtung der Gesellschaftslehre, der Soziallehre und der Arbeitswelt beinhalteten) wurden von der SPD „korrigiert". Die Förderstufe ist sozusagen das letzte Überbleibsel der Reformversprechen für eine „humane Schule" und soll jetzt von der Reaktion zum entscheidenden Kampf gegen jegliche fortschrittliche Veränderung des Schulwesens genutzt werden.
werden.

Nach Artikel 124 der Hessischen Verfassung würde ein Volksentscheid in mehreren Stufen laufen:

1. Um einen Volksentscheid zu initiieren, müssen dem Landeswahlleiter 120.000 Stimmen (drei Prozent der Wahlberechtigten) vorgelegt werden.

2. Daraufhin muß der Landeswahlleiter in ganz Hessen Listen auslegen lassen, in die sich 800.000 Bürger (20% der Wahlberechtigten) eintragen müssen. Sie stimmen für einen Volksentscheid.

3. Die Landesregierung ist dann verpflichtet, den von der Initiativgruppe vorgelegten Gesetzesentwurf im Parlament zur Abstimmung zu bringen. Lehnt das Parlament den Entwurf ab, kommt es zum Volksentscheid.

4. Erst dann wären alle Wahlberechtigten aufgefordert, mit ja oder nein über den vorgelegten Gesetzesentwurf abzustimmen. Die Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheidet.

Dieses Verfahren würde sich über einen Zeitraum von neun Monaten erstrecken.

Der Elternverein rechnet sich für

Fortsetzung auf Seite 43



Fortsetzung von Seite 42

seinen Vorstoß „gute Chancen" aus, obwohl sich in einer Meinungsumfrage 78% der Wahlberechtigten für die Förderstufe ausgesprochen haben. Sie wollen damit an die ebenfalls von Elternvereinen und CDU in NRW initiierte Volksabstimmung gegen die Einführung der kooperativen Gesamtschule anknüpfen. Damals (1977) hatten sich 30% gegen diese Schulform ausgesprochen, womit die SPD zur Änderung ihrer Bildungspolitik ‚gezwungen" wurde -halb fiel sie, halb wurde sie gestoßen. Diese kooperative Gesamtschule hatte jedoch keinen Verteidiger, denn sie war nicht mehr als eine bildungspolitische Mißgeburt. Statt wirklicher Gesamtschulen sollten die einzelnen Schultypen nur in einen Schulkomplex zusammen gelegt werden. Der Konkurrenzdruck für die Schüler der drei verschiedenen Schultypen wäre dadurch eher noch gestiegen.

In Hessen sieht dies anders aus. Alle Kräfte, die für eine Verbesserung der Schulsituation eintreten, setzen sich für die Förderstufe ein. Hier muß der Elternverein also mit massiven Gegenreaktionen der fortschrittlichen bildungspolitischen Kräfte rechnen.

Gefahr besteht jedoch auch in diesem Fall wieder von der SPD. Es ist anzunehmen, daß der Elternverein die erste Hürde (120.000 Unterschriften) nehmen kann. Es liegt sogar drin, daß auch die 800.000 Unterschriften zusammenkommen. Und genau dann wird die SPD/FDP-Landesregierung bei ihrem bekannten Engagement für eine fortschrittliche Reformpolitik weich werden. Bevor es überhaupt zu einer Volksabstimmung kommt, hat die SPD-Führung die Möglichkeit, ihren Gesetzesentwurf zurückzuziehen. Bis zu diesem Zeitpunkt haben die fortschrittlichen Kräfte nicht einmal die Möglichkeit, in den eigentlichen Prozeß zur Vorbereitung der Volksabstimmung einzugreifen.

Deshalb ist es eine Aufgabe, von Anfang an soviel Druck zu erzeugen, daß die SPD nicht mehr zurück kann. Sollte so die Initiative des Elternvereins Erfolg haben, müßte dann wirklich über die Förderstufe abgestimmt werden und nicht über ein Rumpfgesetz, das den Schülern keinerlei Vorteile mehr bringt.

Eine gravierende Änderung des Schulsystems ist gerade für die Kinder der Unterschichten von großer Bedeutung. Nach einer Studie der Hessischen Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft (HLZ) werden in den Jahren 1979-81 jährl. 20.000 Schulabgänger mehr als in den Jahren 77 und 78 einen Berufsausbildungsplatz suchen. Bereits in diesem Jahr haben allein in Frankfurt 1400 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz gefunden, in ganz Hessen sind es 20.000. Unter ihnen ist jeder Zweite ein Sonderschüler, deren Anzahl sich von 1960 bis 1975 fast verdreifacht hat (von 2,5 auf 7% aller Schüler); jeder Dritte ist ein Hauptschüler ohne Abschluß und jeder Fünfte ist ein Hauptschüler mit Abschluß.

An dieser Situation wird sich im gegenwärtigen Schulsystem nichts ändern. Der Einstellungsstop für Lehrer trifft vor allem die Haupt-und Grundschulen. So wurden z.B. in Frankfurt in diesem Bereich zum 1.8.79 keine Lehrer eingestellt, darüberhinaus sogar noch 150 abgezogen, um sie an Gymnasien zu schicken.

Solange es das dreigliedrige Schulsystem gibt, wird es auch diese Bevorteilung der Gymnasien geben, denn dort soll nach dem Willen der herrschenden Klasse die „Elite" herangezogen werden.

Gerade um diese Privilegien der Gymnasien und um die Aufspaltung der Jugend geht es auch dem Elternverein. Er hat damit eine Kampfansage gegen jegliche fortschrittliche Veränderung im Bildungswesen gemacht. Dies gilt es zurückzuschlagen, wenn die BRD nicht auf absehbare Zeit zum bildungspolitischen Hinterland werden soll.

Weitere Stellungnahmen zur Diskussion um die Gesamtschulfrage

Vorbemerkung: Im folgenden drukken wir nochmals zwei Stellungnahmen zur Gesamtschuldiskussion ab (siehe hierzu AK 157 und 158). Gerade angesichts der Tatsache, daß die CDU/CSU die Gesamtschulfrage zum entscheidenden Auseinandersetzungspunkt in der Schulpolitik machen will (siehe AK 158), fordern wir dazu auf, unter allen Lehrergenossen diese Diskussion aufzunehmen bzw. fortzusetzen, um über den Weg einer öffentlichen Diskussion zu einer vereinheitlichten Strategie und Taktik zu gelangen. Hierzu sollten sowohl die grundsätzlichen Aspekte diskutiert werden, als auch die konkreten Erfahrungen einfließen. Ebenso notwendig ist es, über die Politik der linken SPD und der GEW zu berichten.

Ein AK–Redakteur

Die Frage: „ Sollen wir als Lehrer für die Gesamtschule mobilisieren?" (siehe AK 157) ist falsch gestellt, weil sie eine Trennung macht zwischen Politik unter Lehrern und Eltern. Es wird in dem Papier von P. nicht auf die inhaltlichen Fragen eingegangen, als da sind: Die gemeinsamen Interessen von Lehrern und Schülern und deren Eltern an besseren Lernbedingungen. Aus der gesamten Fragestellung des Artikels spricht in meinen Augen eine Resignation, deren Ursache darin liegt, daß es mit der Revolution im Augenblick doch nicht so schnell geht, wie früher einmal angenommen und der Weg dahin a l l e i n über den
genblick doch nicht so schnell geht, wie früher einmal angenommen und der Weg dahin a l l e i n über den
Schulkampf auch nicht klappt. Die Einschätzung, der SPD liege soviel an ‚ihrer' GS, weil sie ihr ideologisches Vehikel ist, weil sie ausschließlich systemstabilisierend ist und langfristig auch billiger, behandelt nur die eine Seite des Widerspruchs einer Schulpolitik im Kapitalismus. Dann müßten ja mindestens alle SPD'ler freudestrahlend ihre Kinder an den GS anmelden. Tun sie das? Dann wäre die Schulpolitik in Hamburg gekennzeichnet von dem Bemühen seitens der SPD, soviel Unterstützung wie möglich für die GS herauszuholen. Tut sie das? Dann würde die SPD Sturm laufen gegen die reaktionären Angriffe der CDU. Tut sie das?

Natürlich versucht die SPD, die Schule, so auch die GS, für ihre Zwecke der Integration, der Technokratisierung und Ausbeutung aller Reserven zu nutzen. Die GS ist damit aber immer noch nicht die Erfindung der SPD. Sie ist eher eine Reaktion auf die Studenten– und Schülerbewegung, die die herkömmliche Pädagogik an den Schulen, in den Kindergärten und an den Unis in Frage stellten. Es ist deshalb überheblich, allen Lehrern, Eltern und Schülern, die sich für die Arbeit an der GS entschieden haben, unterjubeln zu wollen, sie würden der SPD auf den Leim gehen, die „den gewaltlosen Weg der Änderung dieser Gesellschaft durch ‚bessere Bildung' zur neuen Gesellschaft" verheißt.

In diesem Zusammenhang halte ich es für Zynismus, von „tatsächlichen Modellen kollektiver Erziehung (ohne Schule inclusive Abschaffung aller Lehrer)" zu labern. Mit wem soll der Kampf darum z.Z. eigentlich geführt werden? M i t den Gewerkschaftskollegen oder g e g e n sie? Unter diesem Gesichtspunkt bringen die „Schnacks" (wie P. dies abfällig nennt) in einer BuLi–Zeitung, die sich mit den realen Bedingungen für eine Schularbeit hier und heute für Lehrer und Schüler auseinandersetzen, allerdings mehr, als das Jammern darüber, daß die ach so kleinbürgerlichen Lehrer leider nicht so rrrevolutionär sind wie wir.

Sollen wir unter Lehrern für die gegenwärtige GS mobilisieren? Ja natürlich! Noch viel mehr! Wir sollen außerdem auch noch unter den Lehrern dafür mobilisieren, die gegenwärtigen GS zu verbessern. Die GS bietet verglichen mit dem dreigliedrigen Schulsystem mehrere Vorteile: mehr Unterricht in Kleingruppen, ein breiteres Lernangebot, Tutorenstunden, in denen über die Probleme der Schüler gesprochen werden kann, weniger Aussonderungen der schwächeren Schüler und der sog. ‚Verhaltensgestörten', bessere Fachräume, die ansonsten höchstens an den Gymnasien vorzufinden sind, verpflichtende Absprache unter den Lehrern über Unterrichtsinhalte und mehr Lehrer, die bereit sind, sich und ihren Unterricht zur Diskussion zu stellen.

Schließlich haben sich nicht umsonst vor allem fortschrittliche Pädagogen, die im Interesse der Schüler arbeiten wollen, an die GS gemeldet.

Im Augenblick liegt es an uns, diese qualitativen Verbesserungen zu erhalten bzw. gegen die Angriffe der Reaktion zu verteidigen.

G., Hamburg–Eimsbüttel (Lehrerin)

G., Hamburg–Eimsbüttel (Lehrerin)

Einige Gedanken zur Auseinandersetzung unter den Paukern

„Es gibt Schüler, die machen jetzt nicht mehr mit!
Die Schüler in der Bundesrepublik sind eine unverhältnismäßig rechtlose und unterdrückte Gruppe. Sie sind abhängig von demokratisch nicht kontrollierten Instanzen:
– von einer Schule mit überholter Autoritätsstruktur,
– von einem Elternhaus, das alle erzieherischen Mittel in der Hand hat. Die Schule in der Bundesrepublik ist noch undemokratischer in ihren Inhalten, als die bundesrepublikanische Gesellschaft in ihrem Durchschnitt. An der Schule gelten immer noch Gesetze aus vordemokratischen Zeiten. Die Ausbildungsinhalte dienen in erster Linie der Anpassung an ein formal pluralistisches und inhaltlich, aber undemokratisches und inhumanes Gesellschaftssystem...".

Na, erinnert ihr euch noch daran? Das war aus einem Aufruf des AUSS zum „Kongreß unabhängiger und sozialistischer Schüler" im Juni 67.

Was hat das mit der Diskussion im Lehrerbereich zu tun? Nun, als ich das Papier von P. zur Gesamtschule (aber es ist ja nicht nur dazu) gelesen hatte, stieß mir einmal wieder eine Sache auf, die ich in Gesprächen mit Lehrergenossen schon häufig bemerkt habe: Das Desinteresse vieler an dem, wofür sie eigentlich da sind – einen fortschrittlichen Unterricht zu machen. Und dabei erinnere ich mich dann sehr lebhaft an meine eigene Schulzeit, an den langweiligen und trockenen Unterricht, an die Feigheit vieler Lehrer, zu kritischen Fragen eine eigene Stellung zu beziehen, anstatt den Schmus aus den „Unterrichtsmaterialien" zu verbreiten. Und war es nicht gerade dieser Unterricht, der mich und viele andere Genossen hat auf die ‚Barrikaden' gehen lassen – die Revolte in der Schule zu beginnen. Und ich erinnere mich an die ersten ‚fortschrittlichen' Lehrer, die anstatt unsere Solidarität zu suchen, uns mit ihrem ‚fortschrittlichen' Unterricht nervten. ‚Moderne Stadtplanung' wurde unterrichtet, aber die Zensuren und der Unterricht blieben der gleiche. Ein Ereignis war es dann schon, wenn wir mal abends bei einem Bier mit einem dieser Lehrer über seine wirklichen Ansichten reden konnten, aber nur bei einem Bier und dann im erlauchten privaten Kreis. Am nächsten Morgen in der Schule war es wieder der alte Trott, die gleiche terroristische Zensurengebung wie bei den anderen Paukern, die gleichen Schnacks...

Viele meiner Mitschüler von damals, die mit mir dagegen protestierten, sind oder werden heute Lehrer, und viele von ihnen haben heute unsere Ziele von damals aus den Augen verloren. Was hat das jetzt mit dem Papier von P. zu tun? Da lese ich: *„2. Wir müssen an den Interessen der Lehrer anknüpfen (und die sind nicht auf Mehrarbeit an der neuen GS aus), mit dem klaren Bewußtsein, daß diese Interessen nicht geradewegs auf den Sozialismus zulaufen und auch nicht ‚sozialistisch zugespitzt werden können'".*

Mal abgesehen von der Plattheit mit den „Interessen, (die) nicht...". Wo
Mal abgesehen von der Plattheit mit den „Interessen, (die) nicht...". Wo
bleiben die Eltern, wo bleiben die Schüler? Wenn man sich nur an den Interessen der Lehrer orientiert, wird man über kurz oder lang einen kleinbürgerlichen, standesorientierten Verein aufmachen können. M.E. sollten die Lehrer dafür gewonnen werden, etwas für die zu tun, die sie unterrichten.

Wir sollten keine Lehrer haben, die zwar „Sozialismus aus den Büchern" im Kopf haben, aber ansonsten am Erhalt ihres Standes interessiert sind, sondern Lehrer, die etwas tun gegen den Unterricht, der an der Schule verbraten wird. Ich kann mir vorstellen, daß dazu auch eine gehörige Portion Zivilcourage gehört, die sollte aber ein fortschrittlicher Pauker aufbringen. Mit anderen Worten: ein Pauker, der mit Eltern und Schülern gut zurechtkommt, bei ihnen beliebt ist, ist mir hundertmal mehr Wert, als ein Pauker, der nur mit seinen Mitkollegen gut zurechtkommt. Den Schutz und die Deckung für einen fortschrittlichen Unterricht bieten nur die Schüler und Eltern, denn nur die sind in ihrer relativen Unabhängigkeit in der Lage, eine Verteidigung aufzubauen, die halbwegs frei ist von den Ängsten, den Arbeitsplatz zu verlieren, wenn man den Mund aufmacht. Das haben auch alle bisherigen Schulkämpfe gezeigt. Dann ist es ja auch übel, das „DvD" („Dem Volke dienen", Anm. Red.) der „KPD" als Argument gegen eine Eltern/Schüler–orientierte Lehrerarbeit anzuführen, denn was zum Abgehoben–sein der Kämpfe beigetragen hat, waren die schwachköpfigen Forderungen der „KPD", nicht aber die Orientierung auf die Eltern/Schüler.

Im Zorn, ein ehemaliger Schüler

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Geestacht
Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitrag von 16 bis 18 Uhr
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

Lübeck
ARBEITERKAMPF -Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Neumünster
Angelika Schuknecht
Joachimstraße 29
2350 Neumünster
04321/46598

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/ Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel. 0471/47597
Di-Fr. 13.30 - 18.30
Sa. 9.30 - 14.00

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bächerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J.Reents Vertriebsbüro
Buddestr.9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 - 2o UHR

Bochum
Postlagerkarte A 056 011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Bonn
Dienstag 12 bis 14 Uhr
Mensa Nasserstraße
Sonnabends 10.30 bis 12.30 Uhr
Münsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen:
Jeden Sa. 11 - 13 Uhr Kettwiger Str.
Nähe Kurienplatz.
Den AK gibt's außerdem in Buchh.
H. Heine, Viehofer Pl. 8 und
Buchladen Bundschuh, Tiegelstr. 39

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 0067 45
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Dienstag:
Büchertisch-Fachhochschule für Sozialarbeit
Mittwoch: Büchertisch – Uni

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
J.Reents-Vertriebsbüro
S.Lissner
Rödelheimer Str. 13
6ooo Frankfurt 90

Kassel
F. Rohs
Postfach 10 31 43
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/
Mensa) Kontakt über Postlagerkarte
080 845 B
AK-Verkauf dienstags 12-14 Uhr
Mensa Triplex

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Mannheim
„Der Andere Buchladen"
co. KB-Sympathisanten
M 2,6
6800 Mannheim 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Dienstag
Büchertisch 11-13 Uhr
Gesamthochschule

Landshut
A.Fierlbeck,
Postfach 2413,
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 - 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg
Verkauf mittwochs nach
AK-Erscheinen, Alte Mensa

Westberlin

J. Reents-Vertriebsbüro
Eisenbahnstr. 4
1 Westberlin 36

Schuld und Sühne

Die von Kt. prophezeite „*schädliche Polarisierung*“, zu der unsere beiden Leserbriefe im KB führen würden, ist inzwischen eingetreten. Es ist unbestreitbar, daß folgende Formulierungen in unseren Leserbriefen dazu beigetragen haben:

1. „*Das Ansinnen, in einer kommunistischen Zeitung diese Fragen breit diskutieren zu wollen, ist ein Ausdruck dieser ganz und gar utopischen und objektiv auf die Zerstörung der Organisation abzielenden Ansprüche*“ (Leserbrief von Kl., AK 156).

Mit den „*utopischen Ansprüchen*“ ist die vorher beschriebene Forderung gemeint, der KB solle „*gefälligst die Voraussetzungen für das Lösen von Beziehungsproblemen ... schaffen.*“ Trotzdem mußte sich aus dem Gesamtzusammenhang des Leserbriefes die Schlußfolgerung aufdrängen, daß wir die Diskussion um die sich aus unserer politischen Arbeit ergebenden scheinbar individuellen, in Wirklichkeit aber die gesamte Organisation bzw. Teile von ihr (Frauen, Leitungsgremien etc.) betreffenden „privaten“ Probleme und Konflikte aus dem AK heraushalten wollen. Die in den meisten Leserbriefen daraus abgeleitete, weitere Schlußfolgerung, wir würden g e n e r e l l einer rigiden Unterdrückung dieser Diskussionen auf allen Ebenen der Organisation das Wort reden, also in der Konsequenz den Marsch zurück zu einer verknöcherten Sekte, die über kurz oder lang große Teile ihrer Mitglieder kaputtmacht, propagieren, ist zwar nicht zwingend, aber aus der mangelnden Präzisierung unserer Vorstellungen verständlich.

Der Streit kann und sollte unserer Meinung nach nicht darum geführt werden, o b, sondern w i e und w o die Diskussion über Konkurrenzver-
die Diskussion über Konkurrenzver-
halten, Benachteiligung von Frauen im KB etc. geführt wird.

Wir erinnern daran, daß unseres Wissens zum ersten Mal Kai Ehlers mit seiner persönlichen Erklärung zu einem Prozeß, den er in Bochum durchstehen mußte (vgl. AK 125), das Tabu, „persönliche Probleme“ in die Organisationsöffentlichkeit zu tragen, durchbrochen hat. Kai hatte kritisiert, daß er in Bochum auf eine ziemliche „Kaltschnäuzigkeit“ und auf mangelnde Bereitschaft der Genoss(inn)en, ihn in „seinem“ Prozeß zu unterstützen, gestoßen war. Was die sich an die persönliche Erklärung anschließende Debatte im AK der heute geführten Diskussion „persönlicher Probleme“ voraus hatte, sind im wesentlichen folgende Punkte:

a) Die Verhaltensweisen der Genoss(inn)en (Abgebrühtheit, Gleichgültigkeit, mangelnde Solidarität) wurden auf k o n k r e t entwickelte g e s e l l s c h a f t l i c h e Ursachen zurückgeführt (Mechanismus politischer Prozesse, die schleichende Gewöhnung an die repressiven Verhältnisse, die „*halt persönliche Opfer kosten*“).

b) Es wurde nicht bei der bloßen Beschreibung „privater“ Verhaltensweisen und deren politischen Auswirkungen stehengeblieben, sondern der Versuch unternommen, den „Klassenfeind in uns selbst“ aufzuspüren. Es wurde aufgezeigt, wie die Politik der Bourgeoisie unsere eigenen Reihen ideologisch zersetzt und eben typisch bürgerliche Verhaltensweisen hervorbringt.

c) Diese p o l i t i s c h e Herangehensweise an „private“ Probleme und Schwierigkeiten ist die Voraussetzung dafür, daß die Auseinandersetzung darüber nicht in ein die Organisation lahmlegendes, emotional hochgeputschtes Gemetzel jeder gegen jeden ausartet. Beim Schweineschlachten nicht den Hauptfeind vergessen!

2. „*So lebhaft die Debatte über diese Fragen* (SM-Debatte) *geführt wird, geht doch von ihr ein penetranter Leichengeruch aus*“ (Leserbrief von Kl. AK 156). Die Formulierung „*penetranter Leichengeruch*“ ist geschmacklos, sie diffamiert diejenigen, die sich an der Debatte beteiligt haben. Sie wird von uns zurückgenommen.



Der Hintergrund speziell auch dieser Passage des Leserbriefes von Kl. ist die Diskussion auf einer AK-Schulung in Göttingen. Die Debatte um den ersten Punkt der Tagesordnung: BI-Kongreß in Braunschweig und Gorleben-Demonstration in Hannover lief peinlich-schleppend, die Genoss(inn)en waren unvorbereitet, desinteressiert. Das Diskussionsbild änderte sich schlagartig beim zweiten Punkt (SM-Debatte im AK): Die müden Geister wurden wach, man/frau war ausgezeichnet präpariert und interessiert.

Wer ist „schuld“?

Der zentrale Vorwurf, der uns in sämtlichen Leserbriefen gemacht wird, lautet: Wir würden den Frauen „*die Schuld*“ für die Krise in die Schuhe schieben, wir hätten in den Frauen „*einen neuen Sündenbock für die Krisensituation*“ gefunden, die Frauen seien nach unserer Meinung „*verantwortlich für das Andauern der Krise*“ usw. usf.. Und nachdem man/frau derart grobschlächtige „Analysen“ in unseren Leserbriefen aufgespürt hat, kann ungeniert gegen die intellektuell verbrämten Macker, gegen die Chauvis, Frauenfeinde, gegen die Ratten, die aus ihren Löchern kommen, vom Leder gezogen werden. Pardon, von der letzten Formulierung hat frau sich ja distanziert, nachdem sie sie zuvor demonstrativ zu Papier gebracht hat.

Wir wollen die „*Frauenpolitik liquidieren*“, heißt es allenthalben und der Vorwurf, unser Aufspüren von Schuldigen für die Krise sei „*unmaterialistisch*“ nimmt sich noch vergleichsweise harmlos aus. Dabei ist, nebenbei bemerkt, besonders auffällig, daß die Kritiker(innen) die von uns kritisierten Tendenzen des Leserbriefs „Die Scham ist vorbei“ bzw. das von uns kritisierte Verständnis der Parole „macht das Private öffentlich“ mit d e r Frauenpolitik gleichsetzen, um diesen Vorwurf gegen uns erhärten zu können.

Die engagierte Kritik hat nur einen Haken: Sie bleibt j e d e n Beweis für den uns unterstellten Idealismus schuldig. In der Tat: man kann jeden einzelnen Leserbrief durchgehen — es wird nicht e i n e i n z i g e s Zitat aus unseren Beiträgen als Beleg für die schweren Anschuldigungen angeführt. Ein Beispiel: Kt. schreibt: „*Die ‚Beziehungsdiskussionen' sollen also* (?) *schuld sein an der Entpolitisierung*“ (AK 157, S. 52). Wieso eigentlich „*also*“? Aus welchen Prämissen zieht Kt. diese Schlußfolgerung? Doch wohl nicht aus folgendem Satz: „*Dabei unterliegt es einer Gesetzmäßigkeit, daß die Einlösung dieser, oft utopischen, Erwartungen* (das Lösen privater Schwierigkeiten mit und durch den KB) *in Zeiten der politischen Stagnation und des allgemeinen Rückgangs revolutionärer Politik einen dermaßen großen Stellenwert einnimmt, daß die obengenannten ‚drängenden Fragen' nicht mehr vor dem Hintergrund der kapitalistischen Klassenwirklichkeit der BRD diskutiert werden, sondern, ihres politisch-gesellschaftlichen Gehalts beraubt, als sofort lösbare private Probleme* (...) *erscheinen*“ (Leserbrief von Ha., AK 157).

Wir haben gerade die These aufgestellt, daß die politische Krise der Linken die Verlagerung von Interessen und Ansprüchen auf persönliche, „private“ Bereiche naturwüchsig („gesetzmäßig“!) hervortreibt. H. hat mit der historischen Parallele 1905/Rußland darauf hingewiesen, daß gerade die revolutionäre Intelligenz nach einem Scheitern (oder angesichts der scheinbaren Unmöglichkeit) der k o l l e k t i v e n Befreiung sich zügig der Illusion einer i n d i v i d u e l l e n Emanzipation hingibt. Kl. hat versucht, den objektiven Prozeß nachzuzeichnen, an dessen Ende die Vorstellung steht, „*daß in den Beziehungen, den hier vorhandenen Abhängigkeitsverhältnissen die Ursachen für ‚persönliche Krise' und für die politische Stagnation des KB liegen*“ (Leserbrief von Kl, AK 156). **Und wie schließlich diese durch die politische Krise (also im wesentlichen durch objektive Faktoren) entstandene S i c h t w e i s e Forderungen hervorbringt, die nicht mehr auf eine kollektive, d.h. revolutionäre Befreiung der unterdrückten Klassen, sondern auf eine „individuelle“ Emanzipation von KB-Genoss(inn)en abzielen.**

Aha, sagen unsere Kritiker(innen), ihr seht die U r s a c h e der Krise in den Beziehungsdiskussionen, personifiziert in den Frauen, den „*neuen Sündenböcken*“! Wenn wir schreiben, objektive Verhältnisse produzieren bei uns (bei den Linken) spezifische (von uns konkret an verschiedenen Beispielen kritisierte) Herangehensweisen an „private Probleme“, modifizieren Ansprüche und Erwartungen, verlagern Interessen und Bedürfnisse, halten uns unsere Kritiker kackfrech entgegen, wir erheben den „*Subjektivismus zur politischen Kritik*“ (Leserbrief von Bj., Cl., Ma., AK 157). Diese Kritik macht uns — wir geben es zu — einigermaßen hilflos.

Die „Krise“ der Linken (genauer: die verschiedenen objektiven Faktoren der Krise) ist also die Ursache; die „grauen Zonen des Feminismus“, die Tendenz des Leserbriefes „Die Scham ist vorbei“, die Konzentration der Debatten auf „private Probleme“, die Herangehensweise an solche Probleme, die Krisenliteratur, die mangelnde Bereitschaft, sich mit den strategischen Fragen des Klassenkampfes zu beschäftigen etc. sind W i r k u n g e n oder Erscheinungsformen der Krise.

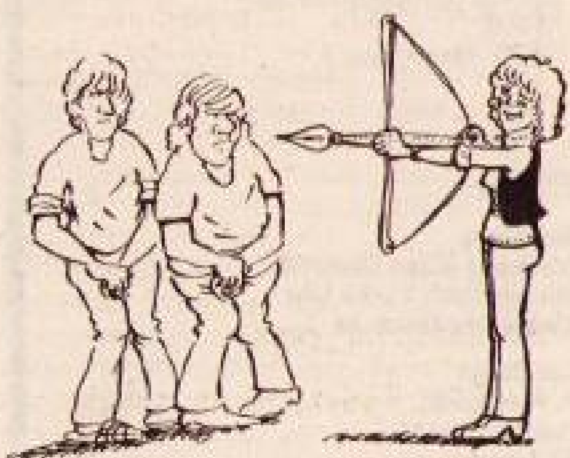
A propos Krisenliteratur: Es ist schon erstaunlich, wenn in einer Stellungnahme die von Ha. angesprochene Literatur lediglich als Bettlektüre vieler Genossinnen dargestellt wird, vergleichbar mit Western oder Krimis. Wir sind ziemlich gespannt zumindest auf die Reaktion der Verfasser der Buchrezension von „Die Scham ist vorbei“ in AK 157, von deren Verfassern wir glauben, daß sie das von ihnen besprochene Buch als alles andere als eine vergnügliche Bettlektüre betrachtet haben.

Selbstverständlich stehen sich Ursache und Wirkung nicht als starr entgegengesetzte Pole gegenüber. Die im wesentlichen subjektivistische Handhabung der Forderung „macht das Private öffentlich“ (eine Auswirkung der Krise) wirkt natürlich auf die Krise, auf die Entpolitisierung im KB, zurück.

In diesem Zusammenhang hat Kl. gegen den Leserbrief der Bochumer Genossin polemisiert. Wir halten daran fest, daß es unbedingt notwendig ist, den unserer Meinung nach gefährlichen Tendenzen solcher Leserbriefe entgegenzutreten, also eine Auseinandersetzung um falsche Vorstellungen und Herangehensweisen konkret dort aufzunehmen, wo sie im AK sichtbar werden. He. aus Hamburg möchten wir in diesem Zusammenhang beruhigen: Nichts liegt uns ferner, als den lächerlichen Versuch zu wagen, in die Fußstapfen Alexanders des Großen zu treten und den Gordischen Knoten, sprich: die Krise mit einem Schlag gegen die Frauen zu lösen. Einen solchen Geniestreich überlassen wir gerne der „Wenn-Man-So-Will-Fraktion“, die ja mit der Liquidierung des LG der Krise den Garaus machen will. Wenn allerdings in jedem Ansatz, ideologische Fehlströmungen zu bekämpfen, mißtrauisch ein solche eitler „Streich“ gewittert wird, bleibt die Krise wohl „*ein so kompliziertes, verstricktes Ding*“, wie sie nun einmal ist...

Wir sind in den Leserbriefen im AK 157 mit zum Teil freundlichen, größtenteils wohl aber unfreundlichen Etiketten belegt worden. Man/frau mag das für originell oder weniger originell halten. Wir möchten trotzdem auf folgende Tatsache verweisen: Siegfried Knittel, mit dem wir verglichen werden, hat eine Frau in den
chen werden, hat eine Frau in den
Unterleib getreten und dies als „emanzipatorische“ Tat im „Pflasterstrand“ gefeiert. Die Mentalität, die in diesem Vergleich zum Ausdruck kommt, macht uns etwas Angst. Wir haben die Briefe „aus dem Volk“ noch nicht vergessen, die damals den Göttinger Buback-Angeklagten geschickt wurden, nachdem sie in den bürgerlichen Medien als „Terroristen“ aufgebaut worden waren. Erschreckt haben uns auch die unterschwelligen Perversionen des AK-Karikaturisten, der die Frauenfrage als wehrloses Mädchen darstellt, das die Torturen von zwei Ärzten zu erdulden hat. Der Vergleich einer politischen Auseinandersetzung mit präpubertären Doktorspielen ist ja auch urkomisch. Wir sind keineswegs der Meinung, daß dieser tiefschwarze Humor die Privatangelegenheit des Zeichners ist. Schon gar nicht, wenn er von den Lesern einer kommunistischen Zeitung Beifall erheischen will.

Ha., Kl./Göttingen



Keiner hat uns richtig lieb!

Es war alles nur ein Mißverständnis. Ein paar hysterische Weiber haben rot gesehen. „Schuld und Sühne“ nennen Kl. und Ha. ihren zweiten Artikel. Von Sühne ist freilich keine Spur. Wozu auch, da beide doch ihre Schuld bestreiten und die Polemik gegen ihre übergeschnappten Kritikerinnen richten? Kl. und Ha. „bereuen nichts“. Nur einen geschmacklosen Ausdruck („Leichengeruch“) ziehen sie aus dem Verkehr. Der Rest sind Mißverständnisse und Unterstellungen der hysterischen Weiber, unter die sich auch ein paar männliche Genossen verirrt hatten. Mißverstanden haben auch wir u.a. folgende Passagen aus den Artikeln von Ha. und Kl. im AK 156:

+ Die „*Entpolitisierung in unseren Reihen*“ werde „*mit dem Schlachtruf ‚Macht das Private öffentlich!' vorangetrieben*“ (Kl.).
+ „*Die Krise des KB ist nicht nur aus der nationalen und internationalen Entwicklung zu erklären, die Krise des KB ist auch eine F o l g e überhöhter Erwartungen an die Rolle einer kommunistischen Organisation bei der persönlichen Emanzipation und der Lösung ‚privater' Probleme*“ (Ha.).
+ Es handele sich dabei um „*utopische Erwartungen*“ (Ha. und Kl.), die „*objektiv auf die Zerstörung der Organisation abzielen*“ (Kl.).
+ Im AK würden sich die Leserbriefe „*h ä u f e n, welche die ... Reduzierung der Politik aufs Private auf die Spitze treiben*“ (Ha.).

Kl. und Ha. nehmen davon nichts zurück (ebenso wenig wie speziell die arroganten Auslassungen von Kl. über eine Artikelschreiberin aus Bochum oder den Begriff „idiotisch“ für den Erfahrungsbericht einer lesbischen Genossin). Trotzdem behaupten sie, man könne in ihren Artikeln „*nicht ein einziges Zitat als Beleg*“ für die im AK 157 geführte Kritik finden. Das ist wahrhaftig sehr stark und eröffnet ganz neue Möglichkeiten der Auseinandersetzung.

Kl. und Ha. haben im übrigen ihre Thesen in AK 156, die wir alle so grausam mißverstanden oder verfälscht haben, vorzugsweise durch unbewiesene Behauptungen belegt:

— Die Behauptung, wir Frauen würden die Ursachen für unsere politischen Schwierigkeiten „*verzweifelt*“ in Beziehungsproblemen suchen und vom KB verlangen, er solle „*gefälligst die Voraussetzungen für das Lösen der Beziehungsprobleme schaffen*“, taucht bei Kl. und Ha. im AK 156 insgesamt sechs Mal auf. Die Wiederholung soll wahrscheinlich den Mangel an sachlichen Beweisen für diese These wettmachen. Natürlich wollen wir Beziehungsprobleme, die i m KB auftreten, auch i m KB lösen — wo denn sonst?! Das sind allerdings keine „*utopischen Ansprüche*“ an den KB. Bisher war es eher so, daß persönliche Ansprüche zugunsten der übergeordneten politischen Interessen häufig zurückgestellt wurden. Daran gemessen ist die These von Ha. (die Krise sei „*auch eine Folge überhöhter Erwartungen an den KB*“) ziemlich makaber. Was hält e r denn eigentlich für „überhöht“? Seine Ausführungen über die „*neue Sensibilität in der Frauenfrage*“, die angeblich zu einem drastischen Rückgang der offenen Diskriminierung von Frauen im KB geführt habe, läßt einiges vermuten. Nur wäre es doch gut gewesen, wenn Ha. und Kl. an irgendeiner Stelle klar gesagt hätten, wo konkret ihrer Ansicht nach „überhöhte Erwartungen“ gestellt worden sind. Etwa von der Bochumer Genossin — das ist tatsächlich der e i n z i g e Artikel, auf den sich Kl. und Ha. in AK 156 konkret bezogen —, die den offenbar total „überspannten“ Wunsch hat, mit der von ihr als Problem empfundenen Konkurrenz unter Frauen (im KB) fertig zu werden?

— Ha. behauptete im AK 156, es würden sich im AK die Leserbriefe „*h ä u f e n, ... welche die ... Reduzierung der Politik aufs Private auf die Spitze treiben*“. Da wäre es doch interessant, was Ha. unter einer Häufung versteht und welche Leserbriefe (Artikel) er k o n k r e t meint. Stattdessen hat er auf das primitivste Vorurteil all derjenigen spekuliert, denen reichlich unkonkret „das Breittreten persönlicher Probleme“ im AK zu viel erscheint. Ha. und Kl. haben insgesamt drei Artikel genannt („Zu viert im Bett“, „Psychische Gewalt gegen Frauen“ und „Die Scham ist vorbei“), von denen man die ersten beiden allenfalls als „privat“ ansehen kann, sicher aber nicht den dritten, wo die Genossin die Situation in einer Ortsgruppe des KB beschreibt. Wer das als „Reduzierung der Politik aufs

Fortsetzung auf Seite 45

Redaktionelle Anmerkung zur Auseinandersetzung um die Göttinger Artikel

In der letzten Ausgabe des AK (S. 43) ist zur Fortführung der Auseinandersetzung um die Göttinger Artikel ein Vorspann erschienen, in dem die Entscheidung mitgeteilt wurde, die Veröffentlichung eines zweiten (gemeinsamen) Artikels der Göttinger Genossen Kl. und Ha., in dem sie auf die Leserbriefe in AK 157 antworten, auf diese Ausgabe zu verschieben, um „den Göttinger Genossinnen und der AG Frauen Gelegenheit zu einer parallelen Stellungnahme“ zu geben. Dieser Vorspann ist mit „AG Frauen und AK-Redaktion“ unterzeichnet worden. Mehrere Genoss(inn)en (etwa ein Drittel der AK-Redaktion) legen in diesem Fall Wert auf die Feststellung, daß sie mit der Entscheidung zur Verschiebung des Artikels und mit dem Vorspann nicht einverstanden sind. **AK-Redaktion**

Fortsetzung von Seite 44

Private" mißversteht, muß wohl einen ziemlich beengten Politik-Begriff haben. Was soll eine Polemik gegen eine angebliche „Häufung" von „Reduzierung der Politik aufs Private", wenn das nicht konkret an bestimmten Artikeln und bestimmten Aussagen, Herangehensweisen usw. festgemacht wird? Heraus kommt nichts weiter als eine pauschale Diffamierung von „persönlichen", d.h. genauer meist innerorganisatorischen (seit wann ist das denn unpolitisch?!) Fragestellungen im AK.

Da Ha. und Kl. nicht an den verdammten Texten entlang argumentieren, ist ihnen auch der Beifall derjenigen sicher, die z.B. „Die Scham ist vorbei" (d.h. den Artikel der Bochumer Genossin) überhaupt nicht gelesen haben, aber sich instinktiv sicher sind, daß an den „Warnungen vor der offenen Flanke zum Feminismus" etc. pp. „etwas dran sein" müsse.

Das Wo, das Wie und das Männchen mit den Puschen

„Der Streit kann und sollte unserer Meinung nach nicht darum geführt werden, ob, sondern wie und wo die Diskussion über Konkurrenzverhalten, Benachteiligung von Frauen im KB etc. geführt wird", schreiben Kl. und Ha. jetzt. Das WO scheint wohl klar: Jedenfalls nicht im AK, der für die „richtige" Politik vorbehalten bleiben muß (vgl. dazu auch Kl. in AK 156: *„Das Ansinnen, in einer kommunistischen Zeitung diese Fragen breit diskutieren zu wollen..."* sei Ausdruck von utopischen und zerstörerischen Ansprüchen). Man/frau kann das ja auch ganz gut unter 4 Augen besprechen, im Ernstfall auch mal in der Zelle, oder wenn's ganz heiß läuft, vielleicht sogar mal in einem richtigen internen Rundbrief. Aber, so viel ist sicher, nicht im AK! Die Leser des AK interessieren sich nämlich nicht für solche Probleme! (siehe Ha. in AK 156) — wahrscheinlich haben sie solche Probleme selbst nicht?!...

Neben dem passenden „Wo" hat frau aber vor allem auch das korrekte WIE zu beachten. Denn wir wollen ja kein *„die Organisation lahmlegendes, emotional hochgeputschtes Gemetzel jeder gegen jeden"* (Ha. und Kl.). Leider mangelt es auch in diesem Punkt wieder an Deutlichkeit — Kl. und Ha. vermeiden jede Berührung mit konkreten Aussagen konkreter Artikel. Was gemeint ist, wird trotzdem an der Polemik von Kl. gegen den Artikel der Bochumer Genossin („Die Scham ist vorbei") deutlich: Die Bullen würden sich bei der Lektüre des Artikels *„die Hände reiben"*; er spricht von *„gegenseitigem Zerfleischen"* im KB; er behauptet, die Verfasserin würde ihre *„Wut gegen ihresgleichen, statt gegen ihre Unterdrücker kehren"*; er stellt schließlich die Verfasserin auf eine Stufe mit einem AKW-Gegner, der den Appellen der Bourgeoisie zu Sparsamkeit, Bescheidenheit etc. folgt, statt gegen das Atomprogramm zu kämpfen. — Zusätzlich geben Kl. und Ha. in ihrem neuen Artikel ein paar methodische Hinweise zur Frage des WIE: Frau darf nicht bei *„der bloßen Beschreiben ‚privater' Verhaltensweisen und deren politischen Auswirkungen stehenbleiben"*, sondern muß *„die Verhaltensweisen der Genossen... auf konkret entwickelte gesellschaftliche Ursachen zurückführen"*. Außerdem soll frau *„den ‚Klassenfeind in uns selbst' aufspüren"*, d.h. wohl: in sich selbst, nicht etwa in den sie unterdrückenden Genossen (vgl. Ausführungen von Kl. s.o.).

Zu dieser Gebrauchsanweisung zur Behandlung von KB-interner Frauenunterdrückung ist zu sagen:

1. Wenn sich die Bourgeoisie „die Hände reibt", dann nicht über die Beschreibung von Zuständen im KB (sie ist durchaus in der Lage, auch ohne solche Artikel die Situation ungefähr einzuschätzen), sondern gerade über die Zustände selbst. Kl. und Ha. unterliegen anscheinend dem Trugschluß, daß diese Zustände halb so schlimm sind, solange sie nicht im AK öffentlich dargestellt und diskutierbar gemacht werden. Genau das Gegenteil ist aber richtig!!!
2. Die Forderung von Ha. und Kl., alle Verhaltensweisen im KB auf „gesellschaftliche Ursachen" zurückzuführen, kann im Ergebnis nur dazu führen, daß mechanisch unter jede Beschreibung von Verhaltensweisen noch ein politischer Stempel druntergeklatscht wird. Die gesellschaftlichen Ursachen für die unterschiedlichen konkreten Verhaltensweisen sind nämlich stets dieselben, uns allen durchaus bekannten, im AK alle 14 Tage ausführlichst nachzulesenden. Die Forderung von Kl. und Ha. ist also bestenfalls lächerlich. Eher läuft sie aber wohl darauf hinaus, die konkrete Verantwortlichkeit für bestimmte Verhaltensweisen von den einzelnen Genoss(inn)en abzuladen auf die allgemeinen „gesellschaftlichen Verhältnisse". Damit verschwindet auch die Perspektive für das Ändern solcher Verhaltensweisen in eine unbestimmte Ferne.
3. Speziell Kl. macht eine schematische Trennung zwischen dem „Unterdrücker" (= Kapitalist), gegen den frau gefälligst ihre Wut wenden möge und „ihresgleichen" (= männliche Genossen), mit denen frau sich doch nicht „selbst zerfleischen" dürfe. Da hat dem Kl. doch das Männchen mit den Puschen auf der Schreibmaschine gehockt und fröhlich gegrinst. Es ist die alte, eigentlich längst schon vom KBW zu Tode gerittene Marotte von den HAUPT- und den Nebenwidersprüchen, von den Widersprüchen im Volke, vom Verschwinden der konkreten Frauenunterdrückung hinter dem allgemeinen Unterdrücker (= Kapitalist, Staat usw.). Jede Frau wird bestätigen können, daß sich an ihrer Unterdrückung durch Männer (Kollegen, Genossen u.a.m.) nicht ändert, wenn sie im Sinne von Kl. ihre Wut gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse allgemein oder die Deutsche Bank wendet, statt gegen ihre ganz konkreten Unterdrücker in jedem einzelnen Fall. Die Unterscheidung von Haupt- und Nebenwidersprüchen ist durchaus richtig — solange sie nicht dazu führt, die Nebenwidersprüche bis zur Unkenntlichkeit „unterzuordnen" oder unverbindlich auf den Hauptwidersprüch („Bourgeoisie-Proletariat") „zurückzuführen". Das Interessante an den Nebenwidersprüchen ist gerade, daß sie im Einzelfall durchaus vor dem Hauptwiderspruch lösbar sein können.

Konkret: Wir sind durchaus nicht ohnmächtig den gesellschaftlichen Verhältnissen bzw. deren Auswirkungen im KB ausgeliefert, sondern können Verhaltensweisen ändern, ohne erst die Änderung der allgemeinen Verhältnisse abwarten zu müssen. Das setzt allerdings Diskussion und Streit, notfalls auch mal Wut gegen „unseresgleichen" voraus.

Ein heiterer Einfall von Ha. am Rande ist sein Hinweis auf *„feministische Tendenzen"* (AK 156) im KB. Solche Tendenzen gibt es zwar erklärtermaßen, aber keineswegs in dem Zusammenhang, in den Ha. und Kl. sie rücken wollen, d.h. den von ihnen angegriffenen Artikeln. Mit diesem konstruierten Zusammenhang bringen Ha. und Kl. recht elegant die „persönlichen" Artikel unter einen Begriff, von dem man(n) ja im KB weiß, was er davon zu halten hat. Wieviele feministische oder „tendenziell" feministische Artikel sind denn bisher im AK erschienen? 30, 20, 10, 2 oder einer oder gar keiner?? (Bei mehreren richtigen Einsendungen entscheidet das Los.)

Nicht nur, daß Kl. und Ha. in ihrem zweiten Leserbrief vollkommen unkonkret argumentieren, besser gesagt also gar nicht mehr argumentieren, so wird gerade an diesem Leserbrief auch ihr kleinbürgerliches Herangehen deutlich:

Es ist nicht so, daß sie z.B. zu ihren in AK 156 dargelegten Positionen weiterhin offen stehen, auch darum kämpfen und sozusagen heldenhaft ihren Weg weitergehen; es ist auch nicht so, daß sie unsere Kritik einsehen, Selbstkritik leisten oder zugeben, sich geirrt zu haben. Nein, sie winden sich in ihrer „Argumentation" zwischen allen Stühlen hindurch, sagen nichts Halbes und nichts Ganzes.

Und darüber hinaus sind Ha. und Kl. sooooo empfindlich: haben wir euch wirklich so viel Angst gemacht, indem wir Euch mit Siegfried Knittel verglichen haben?

Aber wie wunderlich Ihr auf der anderen Seite auch wieder seid: zwei Zeilen weiter, nachdem Ihr Eurer „Angst" ordentlich Ausdruck gegeben habt, pöbelt Ihr gleich wieder in den schärfsten Tönen von den *„unterschwelligen Perversionen des AK-Karikaturisten"* und seinen *„präpubertären Doktorspielchen"*. Wie wenig Ihr uns Frauen doch zutraut: Derm Karikaturist ist eine Frau!

AG Frauen/KB Hamburg

Frauen in Urlaub

Die im letzten AK angekündigte Stellungnahme der Göttinger KB-Frauen zum neuen Artikel von Ha. und Kl. muß verschoben werden, da die Genossen derzeit großenteils im Urlaub sind. Wir hoffen, daß sie sich danach gut erholt zu Wort melden.

AG Frauen, Hamburg

„Sei stolz auf das, was Du bist!"

Ich will versuchen, einige meiner persönlichen Erfahrungen und Konsequenzen aus meinem Leben als Behinderter darzustellen. Denn ich glaube, daß meine eigene Situation kein privates Problem, sondern typisch für viele Behinderte ist.

Bereits als Kind suchte und fand ich als ‚Ersatz' für meine körperliche Behinderung ein Feld, auf dem ich mich profilieren konnte: die Schule. Denn nun konnte ich sagen: „Ich bin zwar kein guter Torwart, dafür aber der Beste in Mathe." Die Anerkennung, die mir sonst durch Mitschüler oder Verwandte versagt geblieben wäre, erreichte ich durch glänzende Zeugnisse. Dadurch stand ich unter dauerndem Leistungsdruck, weil ich mir nicht wie andere Schüler den ‚Mut zur Lücke' leisten, die Gefahr eines abträglichen Nichtwissens eingehen konnte. Schon früh wurde mir also eingeprägt, meinen Körper als negativ zu empfinden, daß Aufnahme in die Umwelt nur über (schulische, d.h. geistige) Leistung zu erreichen ist. Damit wurde gleichzeitig ein Grundstein dafür gelegt, mich von geistig Behinderten, später von Behinderten generell, abzugrenzen; sie standen im Wege für mich als derjenige, der bewies, daß der Behinderte bei genügendem eigenen Einsatz eben doch mithalten könne. Ich hatte gelernt, auf andere herabzuschauen, ein Ventil gefunden für meine Wut, wenn ich selbst ungerecht behandelt wurde.

Ich spürte die Unzufriedenheit, nur aufgrund von Dingen anerkannt zu werden, die mit meiner menschlichen Seite nichts zu tun hatten. Immer drängender wurde das Problem, außerhalb der Schule Kontakte zu knüpfen, ohne den Rückhalt des bekannten ‚klugen' Kopfes.

Als Spastiker falle ich durch relativ unkontrollierte Bewegungen und schwer verständliche, gewöhnungsbedürftige Sprache auf. Es ist also schon eine gewisse Schwierigkeit, überhaupt Kontakt durch Worte, Gestik, Schulterklopfen, Streicheln aufzunehmen. Auch beginnt für mich vor mir unbekannten Frauen und Männern immer ein persönlicher Kampf, mich so zu geben, wie ich bin, nicht ruhig und zurückgezogen hinter einem breiten Rücken möglichst ‚normal' erscheinen zu wollen. Die Angst, als Behinderter erkannt und abgetan zu werden, rührt von der Vorstellung des ‚Idealmannes' auch in meinem Kopf: kräftige Sportlerfigur, redegewandt, erfolgreich in Geschäft und Liebe. Mir ist klar, daß nur wenige dieses Ideal erreichen, aber ‚unsere' Gesellschaft lebt von dem Streben nach diesen Idealen, von der Konkurrenz ihrer Mitglieder – und ich versuchte (bisher) mitzukonkurrieren.

Ich spüre oft den Zwang, die mir gegenüber aufkommende Verlegenheit und Unsicherheit durch Erklärungen und betont freundliches Verhalten aufzulösen. Schon besteht die Gefahr, mit der eigenen festen Meinung zurückzuhalten, auf keinem klaren Standpunkt zu verharren: der Weg zum verwalteten ‚Musterkrüppel' ohne eigene Stimme ist bereits eingeschlagen. Die Ursache für dieses Verhalten steckt in meinen Hintergedanken: „Siehst Du, alles nicht so schlimm und nett bin ich obendrein." Fragen und Zweifel, die an einen Nichtbehinderten nie so herangetragen werden („Wie kommt denn das?" „Schaffst du das denn auch?" „Wo bist du denn zur Schule gegangen?"), stelle ich mir selbst und beantworte sie im Voraus. Die Einstellung voller Vorurteile gegenüber Behinderten habe auch ich im Kopf, ich versuche sie nur durch beschriebenes Verhalten zu umgehen anstatt sie als unsinnig abzulegen, mich für selbstverständlich zu halten.

Das allzeit nette Auftreten beinhaltet auch, daß es mir schwerfällt, auf noch so beknackte Fragen, auf mitleidsvolles Gerede mit einem „Laß mich doch in Ruhe!" zu antworten. Einerseits halte ich es für richtig, keinen Menschen mit meinem sozialen Verhalten vor den Kopf zu stoßen. Andererseits will ich nicht als wandelndes Auskunftsbüro in Sachen Behinderung herumlaufen. Es fällt jedoch schwer etwa zu sagen: „Frag mal wieder, vielleicht habe ich dann Lust zu erzählen." Die Angst, sich zu isolieren, steckt in mir. Zwar ist das Leben der großen Bevölkerungsmehrheit in der BRD durch abgekapseltes Nebeneinander gekennzeichnet, aber die Möglichkeiten, dem zu entrinnen, sind für den Behinderten schon aus bspw. architektonischen, verkehrstechnischen Gegebenheiten bedeutend begrenzter. Daher läuft der Kampf um die Gunst von (fast) jedem Nichtbehinderten unbewußt (?) immer und überall.

Meist gelingt es mir schnell, nicht als ‚der Behinderte', sondern als Udo dazustehen. Ein zweifelhafter Erfolg, wenn sich in meiner Gegenwart amüsiert ausgemalt wird, wie ein Mensch mit einer Hasenscharte zu küssen sei, wie Leute mit „Alter Spasti" oder „Blinder Typ!" beschimpft werden. Welch eine Überwindung für mich, zu protestieren, aus der Rolle des Akzeptierten unter Nichtbehinderten in die des Veralberten, Beschimpften zu schlüpfen. Einer Rolle, der ich gerade entronnen war. Die letzte Konsequenz, sich von allem, was mit Behinderung in Zusammenhang steht, zurückzuziehen, habe ich gezogen, jedoch mittlerweile als falsch erkannt. Denn den Teil von mir, der die Behinderung ausdrückt, kann ich nicht ständig verdrängen, mich als ‚gesund' bezeichnen, weil dies eine ständige untergründige Unzufriedenheit produziert.

Erst wenn frau/man sich an meine Sprache, meine Bewegungen gewöhnt hat, kann ich an eine tiefere Beziehung denken. Dabei schießt es mir durch den Kopf: „Will die/der mit dir, dem Krüppel, eigentlich überhaupt was zu tun haben?" Das bedeutet, ich betrachte mich noch selbst als minderwertig und unvollkommen. Neben dem ‚genormten Mann' stellen sich auch die geforderten ästhetischen Gesichtspunkte (z.B. sauberes, geräuschloses Essen und Trinken, möglichst ‚normale' Körperhaltung) als das für mich anzustrebende Ideal dar. Der gefährliche, weil aus physischen Gründen unmögliche Wunsch, sich anpassen zu wollen, ist groß. Dieses Unvermögen erzeugt wiederum eine Unzufriedenheit, über deren Ursache ich mir selten klar werde.

Nach dem ersten sexuellen Erlebnis mit einer Freundin folgte der (wie bei jedem Mann?) kaputte Gedanke: „Du hast es geschafft!" Hinterhältig gegenüber der Frau, die mir in diesem Augenblick zur Selbstbestätigung diente. Doch wichtig für mich speziell als Behinderter war das damit verbundene Siegesgefühl, ein einhelliges Urteil durchbrochen zu haben: der Behinderte hat keine Sexualität. Was also völlig natürlich ist, betrachte ich stolz als etwas Besonderes, nur weil meine Umwelt bestimmte Dinge als unumstößlich, bindend festgelegt hat.

Viele Frauen bringen mir viel Vertrauen und Offenheit entgegen. Eine Freundin sagte dazu: „Bei dir brauche ich nicht immer Angst zu haben, gleich auf den Rücken geworfen zu werden." Steckt hinter dieser Antwort der unterbewußte Gedanke, daß Behinderte ja eh keine Sexualität besitzen, also von diesem Mann auch nichts zu befürchten ist? Und ist Sexualität denn auf das reine Bumsen beschränkt (auch wenn viele Frauen diese miese Erfahrung machen)? Zwar gibt unsere Erziehung mit ihren verkappten Moralvorstellungen und ständig unterdrückter, versteckter Sexualität dies als anzustrebendes Ziel an, doch Sexualität ist viel mehr. Gerade für Behinderte, die bestimmte ‚Regeln' des Sexuallebens nicht erfüllen können, ist es notwendig, zu erkennen, daß Sexualität vielfältige Formen besitzt, daß Zärtlichkeiten austauschen nur von den individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten der Einzelnen abhängen.

Gegen die Behinderung

Wer ist eigentlich behindert, was heißt eigentlich gesund? Früher wurden den chinesischen Frauen als Kind die Füße eingebunden, kleine Füße galten als schön. Heute wurde der Brauch abgeschafft, ältere Frauen mit solchen Füßen gelten als verkrüppelt. Deutlich wird hier, daß Behinderung von den jeweiligen gesellschaftlichen Vorstellungen abhängig ist. Ein Merkmal wird erst dann zur Behinderung, wenn es begutachtet und an den gestellten Normen gemessen wird. Der Mensch wird erst durch diese Reaktionen auf seine Eigenschaft zum Behinderten.

Und: Ein Querschnittsgelähmter kann medizinisch gesünder als sein Gesprächspartner sein, der ihn als ‚krank' bezeichnet. Gesundheit ist immer nur der Zustand, wie er in der Gesellschaft als solcher anerkannt, als Norm festgesetzt wird. Diese Normen richten sich in der kapitalistischen Gesellschaft nach dem Grad der Erwerbsfähigkeit. Der Mensch wird nur an der ihn verbleibenden Produktivkraft gemessen, in prozentualen Abstufungen (z.B. auf Schwerbehindertenausweisen) eingeteilt. Das Leistungsprinzip gliedert in ständiger Konkurrenz Menschen aus, die in diesem Wettbewerb nicht mithalten können: Behinderte werden gemacht. Ich halte daraus folgernd die Forderung „Behinderte zu integrieren" für falsch, weil sie nicht durchführbar ist. Denn die Voraussetzung des ‚Behinderten' Arbeitskraft verwertbar, profitabel zu machen, ist aus körperlichen Gründen meist unmöglich. Und wer gliedert aus, nur um dann wieder einzugliedern? Wer Integration für machbar hält, behauptet, das Konkurrenz- und Ausgliederungssystem umgehen zu können.

... müssen wir uns wehren

Der Einzelne hat nicht die Macht, einfach durch seinen Entschluß Zurücksetzung und Unterdrückung abzuschaffen, auch nicht für sich. Um dies zu erreichen, müssen wir uns erstmal als Behinderte zusammensetzen, unsere Situation aufarbeiten und durchschauen. Unumgänglich finde ich es, dies in reinen Behindertengruppen, ähnlich den Frauengruppen, zu beginnen. Denn das Bestreben, sich den Nichtbehinderten anzubiedern, ist nach meiner Beobachtung (mich eingeschlossen!) so groß, daß kein ehrliches und offenes Gespräch zustandekommt, wenn ein Nichtbehinderter zugegen ist. Außerdem kann ein Nichtbehinderter noch so aufgeschlossen sein, an gewissen Punkten kann er nur noch den passiven Zuhörer spielen. Wie soll er auch etwas verstehen können, wozu ihm konkrete Erfahrungen fehlen? Wozu soll er denn da sitzen? Der Nichtbehinderte fördert nur die Konkurrenz, wer wohl der ‚tollste', ‚dynamischte' Behinderte sei.

Ich will endlich auch mit Behinderten Freundschaften schließen, will die Konkurrenz, das Herabblicken auf Andere ablegen. Erlebnisse von anderen Behinderten möchte ich hören und diskutieren, den Mut zum freien Sprechen über die Behinderung finden. Wir sollten darüber reden, worüber wir reden wollen, uns eine eigene Meinung bilden und vertreten. Nur so kann ich als Behinderter zur eigenen Identität finden und sagen: „Sei stolz auf das, was Du bist!"

u.

Nochmals zur „Männergruppe"

Der Genosse, der im AK 157 für die Bildung einer „Männergruppe" geworben hat, wird gebeten, sich über die Verlagsadresse noch einmal zu melden. Wir haben leider seine Adresse verschlampt und können jetzt nicht die schon eingegangenen Zuschriften weiterleiten.
Also, bitte melden!

AK-Redaktion

Wenn einer eine Reise macht

Zum Beispiel in die USA, und er unterhält sich mit den dortigen Linken über Europa und die BRD, dann kann er erstaunliche Erfahrungen machen. Ein Mitglied der Grünen Liste Hessen schreibt an die Daheimgebliebenen:

„Insgesamt gesehen ist das Wissen, was sich außerhalb der USA tut, jedoch nicht so gut. Was hier in Alternativzeitungen über Europa bzw. die BRD berichtet wird (über alle Bereiche), stammt zum größten Teil vom KB, oder aus dem „Arbeiterkampf" wird zitiert. Ja, der KB! Es gibt hier so einen ähnlichen Verein, die Zeitung von denen heißt Workers World. Ich find's ja gut, wenn der KB gehört wird, aber grundsätzlich meine ich, daß ein regelmäßiger Infoaustausch oder Infodienst gemacht werden sollte..."

KULTUR

Rock für die DKP ... und die Bewegung ist passé!

Wenn alles gut geht, dann wird es auf dem nächsten Parteitag der DKP eine ganz tolle Kiste für die jungen Genossen und Mitkämpfer geben, eine heiße ,,Rock gegen Rechts"-Einlage, die im Kongreßzentrum einer westdeutschen Großstadt alles, was unter 30 ist, von den bequemen Polstern hochreißen wird, derweil Genosse Mies mit den beanzugten Schenkeln im Takt mitgeht, bevor auch er sich beim Schlußapplaus lächelnd von seinem Sitz in der ersten Reihe erheben wird. Ein flotter junger Mann vom Jugendmagazin ,,elan" wird auf die Bühne eilen, um den erschöpften, aber glücklich wirkenden Musikern einen Strauß roter Nelken zu überreichen und ihnen im Namen des Parteipräsidiums zu gratulieren, in das er selbst noch am Vortag einstimmig aufgenommen worden ist. Die Musiker werden um eine Zugabe nicht herumkommen, die Begeisterung der Delegierten wird grenzenlos sein, und die ,,UZ" wird am folgenden Tag ein Gruppenfoto der Band mit dem berühmten Genossen Kosmonauten aus der DDR ganz groß herausbringen. ,,Elan" wird die Band interviewen: ,,Wie fandet Ihr Euren Auftritt? — Toll! — Und das Publikum? — Ganz toll! — Was macht Ihr als nächstes? — Wir nehmen gerade unsere neueste Platte auf, dann geht's auf Tournee...". Keiner wird dann noch im Ernst daran zweifeln können, daß der ,,richtige Rock gegen Rechts" von ,,elan" kommt; Maoisten, Trotzkisten und Antikommunisten werden in ihre Schranken gewiesen sein.

Tatsächlich ist die SDAJ mit Elan bei der Sache, um diesen Jahresplan zu erfüllen und überzuerfüllen. Im Aufwind des Frankfurter Festivals vom 16./17.6. werden überall im Land Konzerte unter dem Markenzeichen ,,Rock gegen Rechts" angesetzt. Die DKP-eigene Presse hat ihre Geschichtsschreibung insofern korrigiert, als inzwischen das Stattfinden von ,,Rock gegen Rechts" in Frankfurt zugegeben wird bei gleichzeitigem Verschweigen der wenig ruhmreichen Boykott-Politik des eigenen Vereins (siehe ,,UZ" vom 6.7.). Ohne mit zurückliegenden Peinlichkeiten kostbare Zeit zu vergeuden, hat sich ,,elan" dankenswerterweise (und ungefragt) bereit erklärt, *,,die Bewegung zu unterstützen"* und als Kontaktadresse für ,,Rock gegen Rechts" zu fungieren. Eine Unterschriftensamm-



lung unter einen ebenso unproblematischen wie inhaltsleeren Text wurde durchgeführt, und eine Reihe von Musikern hat auch unterschrieben, vielleicht, weil es gerade keine andere Unterschriftensammlung gab. In Göttingen und Bückeburg (anläßlich des Prozesses gegen die ,,Hansa"-Bande) wurden gemeinsam mit den Jusos *,,erfolgreiche Veranstaltungen"* mit 300 bzw. 500 Jugendlichen durchgeführt (,,UZ" vom 13.7. und 20.7.), bei denen örtliche Rockgruppen auftraten. Weitere Konzerte sollen im September in Hannover und Bremen folgen. Für Oktober kündigte ,,elan" gar ein ,,Rock gegen Strauß" in München an — eine Idee, die zwar den Frankfurter Veranstaltern geklaut wurde und in dieser kurzen Vorbereitungszeit auch höchstens zu einem ,,Röckchen" führen kann — aber was macht's? Hastig wird eine Parallel-,,Bewegung" zusammengezimmert, und wenn deren Strukturen erst einmal stehen, ist die Spaltung perfekt. Wie aus anderen Bewegungen bekannt.

Daß es bei RGR Marke DKP um etwas prinzipiell anderes geht als das, was in Frankfurt praktiziert wurde, zeigt sich konkret in solchen Städten, wo DKP/SDAJ jetzt Initiativen für örtliche Konzerte ergreifen, andererseits aber schon Bündnisse existieren, die sich zur Unterstützung der Frankfurter Aktion gebildet hatten.

So wollen in Hannover Gruppen, die zu den Frankfurter Unterstützern gehörten, vom 1.10. bis 6.10. eine Antifa-Woche mit abschließendem RGR-Konzert durchführen. Zu ihrer Überraschung erfuhren sie von einer parallelen Initiative des ,,Salvador Allende Clubs" (SAC), der bereits am 22.9. ein gleichnamiges Konzert veranstalten will. Keineswegs handelt es sich dabei platt um eine Parteiveranstaltung der DKP bzw. SDAJ. Denn der SAC ist ,,unabhängig" (ungefähr so, wie auch die DKP von der SED ,,unabhängig" ist) und hat zur Mitwirkung Jugendverbände und Schülervertretungen angeschrieben. Zufälligerweise sind bloß diejenigen, die sich in Frankfurt beteiligt hatten, bei der Einladung vergessen worden, und inzwischen ist die Veranstaltung natürlich schon fest geplant, so daß eine Einigung a l l e r antifaschistischen Gruppierungen auf die gemeinsame Durchführung e i n e r Veranstaltung nicht mehr infrage kommt. So werden für ein Bündnis sorgsam diejenigen ausgewählt, die dem politischen Kleingeist der DKP genehm sind, und alle anderen vor vollendete Tatsachen gestellt. In einem Rundschreiben bringt es der SAC sogar fertig, sich in der Pose des Märtyrers zu präsentieren: Für sie habe doch stets *,,die Sache im Vordergrund"* gestanden, und jetzt kämen da *,,einige politische Gruppierungen"* daher, die RGR mit *,,Verbandsegoismus und Hick-Hack"* kaputt machen wollten. Schluchz, sagte das Krokodil und kaute weiter — oder was?

Ähnlich sieht es in Bremen aus. Dort hat die SDAJ eine — natürlich unabhängige — ,,Bremer Initiative Rock gegen Rechts" ins Leben gerufen, die am 29./30.9. RGR gegen einen NPD-Parteitag durchführen will. Die Initiative besteht zwar nur aus acht Leuten, möchte sich aber partout nicht vergrößern, da es ,,effektiver" sei, mit wenigen Leuten zu arbeiten. Andererseits will sie aber auch weitere Personen und Gruppen zur Unterstützung angeschrieben haben. Diese geheimnisvollen Widersprüche werden sich sicher bald auflösen, wenn erst einmal die eine oder andere Gruppe dazugewonnen ist, und das Programm ,,schon steht", was dann wiederum eine Mitwirkung weiterer Gruppen (z.B. des KB) ausschließt...

Immerhin bemerkenswert ist es, daß sich in Hamburg die ,,Progressive Agentur mehrerer Medien" (PAMM) — nach eigener Darstellung *,,bekanntlich nicht weltanschaulich oder politisch gebunden"* (siehe oben) — mit einem Angebot zur ,,Zusammenarbeit" an die Initiative ,,Rock gegen Rechts" e.V. gewandt hat. Die PAMM schreibt, sie unterscheide sich von der RGR-Initiative darin, daß sie *,,ein möglichst breites Bündnis"* anstrebe. *,,Die Aktivitäten der Initiative Rock gegen Rechts e.V. in Hamburg hingegen sind gegen eine möglichst breite Bewegung gegen Rechts gerichtet"*. Angesichts der Tatsache, daß der RGR-e.V. immerhin maßgeblich zum Gelingen des Frankfurter Konzerts beigetragen hat, fallen einem dazu höchstens noch die Witze vom Elefanten und der Maus ein. PAMM stellt dem RGR-e.V. drei Bedingungen für eine Zusammenarbeit:

1. Der e.V. solle auf *,,Verbotsdrohungen"* verzichten. Diese etwas dramatische Formulierung bezieht sich darauf, daß der e.V. anfangs tatsächlich mit dem Gedanken gespielt hat, den Namen und das Emblem ,,Rock gegen Rechts" rechtlich schützen zu lassen, d.h. der SDAJ gerichtlich zu untersagen, Konzerte unter diesem Titel zu veranstalten. Diese Vorstellung ist zweifellos zu kritisieren, und inzwischen gibt es auch einen klaren Beschluß der Initiative, nicht den juristischen Weg einzuschlagen. Dennoch hat sich der e.V. dadurch mehr Schaden zugefügt als ihm lieb sein kann. Eine andere Sache ist es, wenn sich nun ausgerechnet DKP-orientierte Kräfte als Hüter des fair play aufzuspielen, sind sie es doch gerade, die solche und ähnliche Methoden in der demokratischen Bewegung eingeführt haben.
2. Gemeinsame RGR-Aktivitäten dürften nicht an die BUNTE LISTE ,,gebunden" sein. Was damit gemeint sein soll, ist logisch leider nicht erschließbar. Sollen die Bunten künftig nicht mehr als Unterstützer von Rock gegen Rechts auftreten dürfen? Man ist aufs Spekulieren angewiesen, woran sich die DKP beim bisherigen Auftreten der Bunten Liste in dieser Bewegung stoßen könnte (und das kann sehr viel sein...). Fest steht je-

Fortsetzung auf Seite 47

Offener Brief an ,,elan"

Liebe Leute,

mit Erstaunen haben wir Eure beiden Rundschreiben zur Kenntnis genommen. Die Formulierung des Textes erweckt den Anschein, daß die Aktion „Rock gegen Rechts" allein durch die Zeitschrift „elan" organisiert wird. Damit vereinnahmt Ihr „Rock gegen Rechts" parteipolitisch.
In Frankfurt wurde die „Rock gegen Rechts"-Veranstaltung von einem breiten Aktionsbündnis getragen. Unter der Vielzahl der Unterzeichner befinden sich z.B. ...

(die folgende Aufzählung ersparen wir uns aus Platzgründen - Anm. AK)...

Tatsache ist ebenso, daß in diesem Aktionsbündnis weder „elan" noch die DKP vertreten waren.

Wir stellen fest, daß es zwei Formen von „Rock gegen Rechts" gibt: einmal diejenige, wo „Rock gegen Rechts" parteipolitisch instrumentalisiert wird und zum anderen die, die sich - ausgehend von der englischen Initiative „Rock against Racism" - überparteilich initiiert von Musikern, in einer Gemeinsamkeit a l l e r antifaschistischen Organisationen ausdrückt.

Wir sehen uns daher gezwungen, alle Musiker aufzufordern, zwischen diesen beiden Formen zu unterscheiden und zu bedenken, daß „Rock gegen Rechts" als Unterstützung des antifaschistischen Kampfes nur dann erfolgreich sein kann, wenn diese Aktion von parteipolitischen Interessen losgelöst ist.

In Eurem Rundschreiben vom 12.7.1979 kündigt Ihr „Rock gegen Strauß" in München an. Daß „elan" diese Initiative ergreift, kritisieren wir nicht, aber der Zeitpunkt Oktober unterstreicht unsere Bedenken, daß es Euch nicht um ein Bündnis aller Antifaschisten geht, welches sich unserer Meinung nach, entsprechend dem Frankfurter Bündnis, auf die neue und alte Linke, Spontis, Freaks, Christen, Jusos, Grüne, Schwulen- und Lesbengruppen, Jugendgruppen, Lehrlinge und Gewerkschafter erstrecken sollte. Über die Sommerpause ist dieses breite Bündnis nicht machbar. Somit scheint es, daß es Euch lediglich um eine DKP-bezogene Veranstaltung geht. Daß Ihr dieses Vorhaben anscheinend auf dem Rücken der Musiker durchführen wollt, ist mehr als ärgerlich!

Wir erwarten von jedem, der eine solche Initiative in Sachen „Rock gegen Rechts" ergreift, daß er Möglichkeiten schafft, daß a l l e Antifaschisten - Musiker oder nicht - sich an der Organisierung und Durchführung beteiligen können.

„Rock gegen Rechts" ist keine DKP-Vorfeldorganisation oder Organisation einer anderen politischen Partei und Gruppe!

Aktionsbündnis **„Rock gegen Rechts"**
gez. Claus
Mitglied der Gruppe Octopus
Aktionsbündnis **„Rock gegen Rechts"**

Kleine Hochstraße 42
6000 Frankfurt am Main
24. Juli 1979

Nachrichten von der RGR-Front

Udo Lindenberg bleibt am Ball. An „Rock gegen Rechts will er auch in Zukunft *,,unbedingt"* teilnehmen, heißt es in einem ,,pardon"-Interview (Ausgabe vom August 79). Als nächstes müsse man an die alternative Wahlbeteiligung ran (hat er mit der ,,Panik-Partei" ja schon immer vertreten). *,,Ich bin ziemlich optimistisch, daß da bis zur nächsten Bundestagswahl (!) was auf den Beinen steht"*. Udo meint, der Rock der '70er sei *,,schlapp, reich und fett geworden und hat mit Aufruhr eigentlich nichts mehr gemeinsam"*. Vielleicht bringe aber die Strauß-Kandidatur neue power, *,,daß die Leute dann wieder sagen: Das machen wir nicht mehr mit, jetzt wehren wir uns, jetzt hauen wir auf den Putz"*. Udos Tip: *,,Ich halte es für Unsinn, daß alle linken Gruppen immer noch an der Klagemauer stehen, anstatt endlich in einem großen Bündnis gemeinsam Power zu entwickeln. „Rock-gegen-Rechts" war ein Zeichen dafür"*.

* * *

Genüßlich breitet die Zeitschrift ,,sounds" (August 79) die Differenzen, die derzeit in der RGR-Szene diskutiert werden (siehe auch AK 158), vor ihren Lesern aus, um schließlich (verheißungsvoll?) zu fragen: *,,Ist die Chance von RGR, zumindest in Hamburg, bereits vertan?"* Was ,,sounds" neu entdeckt hat, ist, daß hinter jeder Position ein *,,Zentralkomitee"* steckt. Ein bißchen wenig für eine Musikzeitung mit progressivem Anspruch.

* * *

RGR ist nun auch ins Feuilleton der ,,FR" (1.8.) vorgedrungen. Nach einer im wesentlichen richtigen Darstellung der Schwierigkeiten, die durch die Spaltungspolitik von DKP/SDAJ entstanden sind, folgt ein Gespräch mit Alexis Korner, der auf dem RGR-Konzert von ,,elan" im November 78 aufgetreten war.

Das wird die DKP kaum davon abhalten, ihn wie bisher in den eigenen Blättern penetrant als Kronzeugen für die Richtigkeit der eigenen Politik zu präsentieren.

Alexis meint, aus den RGR-Streitigkeiten solle man sich am besten raushalten. Das wird die DKP kaum davon abhalten, ihn wie bisher in den eigenen Blättern penetrant als Kronzeugen für die Richtigkeit der eigenen Politik zu präsentieren. Zu RGR in Frankfurt, wo er auch eingeladen war, meint er, es sei unklar gewesen, *,,was man mit den Kohlen tun würde"*. Natürlich war er darüber ebenso wie die anderen Musiker informiert worden. Leider war (und ist) die Frage in Frankfurt nicht: W o h i n mit den Kohlen? — sondern: W o h e r kriegen wir die Kohlen. Das Defizit des Aktionsbündnisses beläuft sich immer noch auf rund 26 000 DM. Hier nochmal die Kontonr. für höchstwillkommene Spenden:

Jens Matthaes, Stichwort ,,RGR", Postsch. Frankfurt 3134 23-600.

* * *

Recht lebhaft wird in der Leserbriefspalte der ,,Neuen" über die Politik der DKP zum 16./17.6. diskutiert, erfreulich für eine Zeitung, die sich ansonsten maßgeblich auf das Umfeld der DKP bezieht. Teilweise äußern sich auch direkt Mitglieder der DKP oder zumindest Stammleser von ,,UZ", ,,tat" usw. mit scharfen Kritiken.

,,Ich bin richtig sauer", schrieb eine Leserin an die ,,Neue" über die Berichterstattung der ,,tat"; andere sprachen von *,,Nachrichtenunterdrükkung"*. In der Ausg. vom 7.7. wurde von Austritten aus der DKP berichtet. *,, ‚Rock gegen Rechts' ist ein Lehrstück in Sachen Bündnispolitik der DKP. Aus purer Machtbesessenheit wird diese Bewegung gespalten"*. Oder in der ,,Neuen" vom 12.7.: *,,Ich meine, die DKP kann momentan froh sein, wenn überhaupt mal ein Bündnis zustande kommt, das breiter gefächert ist als DKP-SDAJ-MSB-DFU-VVN! [Ich weiß, wovon ich spreche, denn als DKP-Mitglied kenne ich die isolierte Situation, in der wir uns derzeit befinden, recht genau]"*.

* * *

Schwerer Rückschlag für die ,,Politrock-Position" der Gruppen ‚Oktober' und ‚Druckknöpfe' (siehe AK 157)! Der Rock ist d o c h revolutionär, auch ohne politische (deutsche) Texte! Dies wußten schon die alten griechischen Philosophen: *,,Denn eine neue Art von Musik einzuführen, muß man sich hüten, weil es das Ganze gefährden heißt; denn nirgends wird an den Weisen der Musik gerüttelt, ohne daß die wichtigsten Gesetze des Staates mit erschüttert würden"* (Plato: Der Staat; zitiert nach ,,FAZ", 26.7.79).

Fortsetzung von Seite 46

denfalls: Wenn diese „Bedingung" nicht eine völlig banale Leerformel ist, kann sich nichts Gutes dahinter verbergen.

3. Es müsse eine gemeinsame Plattform geben, die für öffentliches Auftreten verbindlich sein soll. *„Diese Plattform muß sich ganz auf den Kampf gegen rechts beschränken und darf die Bündnisbreite nicht — etwa durch antikommunistische oder antigewerkschaftliche Inhalte — einschränken."*

Wir wollen hier nicht vom Neid der Besitzlosen sprechen, aber der Begriff „Bündnisbreite" scheint doch auf den Verfasser dieser Zeilen eine ähnliche Faszination auszuüben wie etwas, das man nicht hat, aber gern besitzen möchte. Es g i b t ja seit einiger Zeit eine Plattform der RGR-Initiative, mit der bereits erfolgreich (und sehr breit!) gearbeitet worden ist. Ist diese Plattform für PAMM vielleicht nicht akzeptabel?

Auf den Nachweis, was daran „antikommunistisch" oder „antigewerkschaftlich" sein soll, kann man gespannt sein! Der Hund dürfte wohl eher dort begraben liegen, wo die PAMM von denGruppen fordert, sich bei Auftritten *„ganz auf den Kampf gegen rechts zu beschränken"*.

Angesichts der bekannten Eiertänze der DKP etwa um Biermann liegt man wohl nicht falsch mit der Vermutung, dahinter die Forderung nach Zensur zu vermuten. Die DKP liegt aber falsch, wenn sie immer noch glaubt, die Definitionsgewalt darüber zu besitzen, was Kampf gegen rechts ist und was nicht. Wenn es der PAMM im übrigen tatsächlich um „Bündnisbreite" ginge, warum wendet sie sich dann nicht umgehend an die DKP und SPD, wo es wahrhaftig genug schmutzige Wäsche zu waschen gibt, anstatt die (vergleichsweise) blütenweiße Weste der RGR-Initiative danach zu prüfen, ob sie auch weichgespült ist.

Es geht nicht darum, eine Zusammenarbeit mit der DKP und ihr nahestehenden Gruppen abzulehnen. So schreibt die Hamburger Initiative in einer Presseerklärung: *„Rock gegen rechts ist immer noch bereit, mit der DKP/SDAJ zusammenzuarbeiten, doch nur dann, wenn sie sich genauso solidarisch verhalten, wie die Falken, KB, SB, Jusos, Spontis usw. usf. und nicht versuchen, RGR und die anderen Gruppen am langen Band hinterherzuziehen"*. Um allerdings an die Vernunft und Einsicht dieser Leute zu glauben, muß man ein ziemlich unverwüstlicher Optimist sein. Wenn es noch Möglichkeiten gibt, den durch die Spaltung entstehenden Schaden zu verhindern oder gering zu halten, dann vielleicht durch ein Vorgehen, wie es von Hannoveraner Musikern eingeschlagen worden ist. Dort ist eine Erklärung von den meisten örtlichen Rockgruppen unterschrieben worden, in der es heißt:

— Beide Veranstaltungen sowie die antifaschistische Woche werden als Einheit begriffen
— Von den Musikern wird zu allen antifaschistischen Aktivitäten aufgerufen
— Die Musiker gestalten das Programm der RGR-Konzerte selbst
— Es wird keinerlei Einschränkung antifaschistischer Propaganda akzeptiert (keine Zensur von Infoständen usw.).

Es reicht natürlich nicht aus , mit dem Zeigefinger auf die undemokratischen Methoden von DKP/SDAJ hinzuweisen und sich ansonsten mit der zufriedenenen Feststellung zu begnügen, daß „wir" ja in Frankfurt „viel besser" waren. Im Gegenteil: Die Aktivitäten von „elan" werden durch eine jetzt häufig anzutreffende Haltung nur begünstigt, wo die Linken in einem Anflug von Größenwahn Planspiele über weitere Mammutprojekte betreiben, anstatt örtliche RGR-Initiativen aufzubauen und mit den „e i g e n e n" Bands Veranstaltungen zu planen. Alles Gute kommt bekanntlich von unten. So erfreulich wie das Engagement von Udo Lindenberg und anderen bekannten Künstlern in Frankfurt war, so wenig kann dies eine solide B a s i s a r b e i t im ganzen Land ersetzen. Schafft 98, 99, 100 RGR-Inittiativen mit möglichst vielen Konzerten in möglichst vielen Jugendzentren, Schulen usw.!

Also dann: bis zum nächsten UZ-Pressefest mit billigen Würstchen, heißem Rock gegen Rechts und blauen Augen für Maoisten und „Antikommunisten"...

Ein Frankfurter Genosse

Honoré-Daumier-Ausstellung in Hamburg

In der Hamburger Kunsthalle sind bis zum 9.9.79 Hunderte von Lithographien Daumiers anzuschauen (Eintritt 2,00 DM, Schüler 1,00 DM). Daumier lebte von 1830 bis 1879 in Paris. Er erlebte die Juli-Revolution, den Weberaufstand von Lyon, den Aufstand der Commune (3.000 ermordet, 40.000 Gefangene, 3.000 wurden deportiert ...), drei Republiken, Karl X., Louis Philippe, Napoleon III.

Daumier war ein radikaler Demokrat und Republikaner. Er kämpfte gegen den Krieg der Herrschenden, gegen Kirche und Reaktion. Seit 1830 griff Daumier mit seinen Zeichnungen die herrschenden Verhältnisse und die Politiker der Bourgeoisie an. 1832, zu Beginn seiner Mitarbeit an der Wochenzeitung „La Caricature", wurde seine erste Lithographie über Louis Philippe beschlagnahmt. Daumier wurde angeklagt wegen Staatsverleumdung, „Aufreizung der Bevölkerung zum Haß gegen die Regierung", „Verachtung und Beleidigung der königlichen Regierung Louis Philippe". Diese Regierung zeichnete sich aus durch Gesetze gegen politische Vereine, Verbot von Flugblättern, Verbot von Tageszeitungen, Verschärfung der Pressezensur. Daumier und der Drucker wurden zu 6 Monaten Knast und 500 Francs Geldstrafe verurteilt; außerdem mußten sie die Kosten des Verfahrens tragen.



„ – Vorwärts, liebe Mitstreiter ... warum wollt ihr auf dem Gang disputieren ... dieser Ort muß Warteraum für die Beteiligten bleiben ... Juristen haben hier kein Wort zu verlieren."

Die Hamburger Ausstellung dokumentiert in den Arbeiten Daumiers ein Stück der wichtigsten und lebendigsten Geschichte Frankreichs. Einen Schwerpunkt seiner Angriffe legte Daumier während der Julimonarchie 1830-48 auf die Machthaber der Julimonarchie und auf die Juristen. Daumier sah in den Richtern Knechte der herrschenden konservativen Kräfte, in den Rechtsanwälten Sklaven des Geldes ihrer Mandanten, parteilich und korrumpiert.

Im Themenbereich Pariser Bürger und Städter auf dem Land reißt er dem aufsteigenden Kleinbürgertum die liberale Maske herunter; zu sehen sind Heuchelei, Geldgier, Zynismus, Geschäftsmacherei, Anbiederung ans Großbürgertum, Verteidigung der Julimonarchie.

In der Zeit der Industrialisierung erlebten die Städte eine Bevölkerungsexplosion. Elend, Hunger, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, mangelnde Hygiene waren die Folge. Daumier kämpfte auf der Seite der Arbeiterklasse gegen Mietwucher, Kinderfeindlichkeit usw.



„Die Pariser Hausmeister – Zwecklos, Ihnen meine Wohnung zu zeigen! ... Wir vermieten nicht an Mütter mit Kindern!..."

Während der vielen, langen Perioden des Verbots von politischen Karrikaturen widmete sich Daumier dem Theater, zeichnete das Publikum, karikierte die Geschehen hinter den Kulissen.

Er gab satirische Litographien der antiken Geschichte heraus, mit denen er die wichtigtuerische und vom „Bereichert Euch" bestimmte Bourgeoisie entlarvte. Eine Schwäche hat jedoch diese Ausstellung bzw. hat Daumier: Die Frauen! Er vertritt althergebrachte Vorstellungen von den Frauen, wie: „Geistige Schwäche des weiblichen Geschlechts", oder: die Emanzipation gehe auf Kosten der Familie und des Haushalt. Er erkannte nicht die veränderte sozia Stellung der proletarischen Frau als Fabrikarbeiterin. Daumier erkannte nicht die politische Bedeutung der Frauenorganisationen und gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse der Arbeiterinnen. Er verspottete die Frauenbewegung in der Serie „Blaustrümpfe"

Die Februarrevolution und die 2. Republik 1848-51 bilden den zweiten großen Teil seiner Lithographien; der dritte Teil stellt die 3. Republik und die Commune dar. Es lohnt, sich die Ausstellung anzusehen!

Ro., Hamburg

Harrisburg war nur der Anfang

Was ist dran an der Energiekrise?

Dieses Buch ist jetzt zu haben!

150 Seiten
DM 12,50

Am 1.4. besuchte US-Präsident Carter den Kontrollraum des Katastrophenreaktors und verkündete danach, daß die Techniker alles im Griff hätten.

- **Doch nicht länger als 10 Minuten durfete sich der Präsident im Kontrollraum aufhalten, und**
- **2 Tage vorher hätte er diesen Raum nur mit Atemgerät betreten dürfen.**
- **Im Reaktor befand sich zum Zeitpunkt seines Besuchs den internen Protokollen der Us-Atombehörde zufolge ein entzündliches, ja eventuell sogar explosives Gasgemisch. Eine brennende Zigarette hätte den Reaktor auseinandergerissen.**

Diese FAKTEN, eine ANALYSE DES UNFALLS und UNTERSUCHUNGEN über die ENERGIEPOLITIK nach Harrisburg und vieles andere mehr findet man in diesem Buch..
Das Buch enthält viele DOKUMENTE und ist reich BEBILDERT !

Bestellungen gegen Vorauskasse bei Verlag J. Reents. Adresse s. unten.

Spendenaufruf

Wenn das mit der Verkaufs- und Auflagenentwicklung des ARBEITERKAMPF so weiter (bzw. zurück) geht, dann ist das weitere Erscheinen dieser Zeitung nicht mehr zu gewährleisten.

Da wir sehr hohe monatliche Fixkosten für eine Zeitung wie d i e s e haben (Raummieten, Maschinen, Redaktions- und Technikangestellte), „erwirtschaften" wir gegenwärtig mit jeder neuen Ausgabe ein dickes Minus (von DM 10.000). Was der Verkauf nicht bringt, muß aus den Mitgliedsbeiträgen (vornehmlich der Hamburger Organisation) zugeschossen werden.

Auf diese Weise sind wir mittlerweile ziemlich blank, haben kaum mehr Rücklagen für politische Kampagnen, dringend notwendige Reparaturen und unumgängliche Neuanschaffungen im Bereich der Technik. Wir möchten daher an alle AK-Leser, Freunde usw. appellieren:

SPENDET, WAS DAS ZEUG HÄLT! GROSSE UND AUCH VIELE KLEINE SUMMEN!

Einzahlungen auf das Konto
Dresdner Bank Hamburg BLZ 200 800 00
Kto. Nr. 451 83 78 Stichwort „AK-Spende"
des Reents-Verlages
2 Hamburg 50, Lerchenstr. 75
Postscheckkto. Hamburg BLZ 200 100 00
Kto. Nr. 240595-203 Stichwort „AK-Spende"

ausschneiden und in einen Umschlag stecken!

Abs. ....

....

....
(bitte in Blockschrift ausfüllen)

Ich/wir wollen den Arbeiterkampf im Abonnement beziehen.

Der Bezugspreis soll

halbjährlich – DM 27,50 O
jährlich – DM 55,– O

abgebucht werden (bitte Rückseite beachten).

wird überwiesen auf das Konto J. Reents, Postscheckamt Hamburg BLZ 20010020 Kt. Nr. 2405 95–203

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

....
Ort, Datum Unterschrift

AK Abo Karte

J. Reents Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

Wie knapp ist Öl wirklich?

Das „ nde der Ölzeit" wird angesagt, die Menschheit muß sich um „die letzten Tonnen und Fässer" des schwarzen Goldes streiten, statt energierasenden Wohlstand droht Verknappung und Verteuerung allerorten. Die Regierung hat ihr Kostüm des Wunderlampen-Aladins mit dem des Damol-Männchens vertauscht, der sich und die anderen nicht mehr mit einer Öllampe, sondern mit einer schlichten Kerze an den stillen Ort der Zukunft hinleuchtet. In der Massenpresse hat eine neue Art von Redakteuren die Feder in die Hand gedrückt bekommen: Jehovas Energie-Zeugen. Ihre Endzeitberechnung lautet auf 30 Jahre.

Wirklich eine neue Art?

Die magische Zahl „30 Jahre" für die Reichweite der Ölreserven ist so alt wie die Ölförderung selbst.

„Seit Beginn der Ölzeit", schrieb der SPIEGEL im Eröffnungsartikel seiner Öl-Serie Mitte Juni (Nr. 25/79), „reichen die bestätigten, also die mit den zeitgemäßen Mitteln der Technik und unter den Kriterien der Wirtschaftlichkeit zugänglichen Ölquellen für immer wieder dreißig Jahre bei konstantem Verbrauch." Sieht man genauer hin, etwa auf ein Schaubild der gewiß nicht auf panikmachende Massenwirkung, sondern auf Unternehmerinformation angelegte „Wirtschaftswoche" vom 7.4.1977, so waren die Ölreserven oftmals sogar schon „knapper" als dreißig Jahre. 1900 wurde die Reichweite der vorhandenen Ölvorräte auf 34 Jahre geschätzt,

1910 auf 24 Jahre,
1920 auf 19 Jahre,
1930 auf 17 Jahre,
1940 auf 19 Jahre,
1950 auf 20 Jahre,
1960 auf 38 Jahre,
1970 auf 36 Jahre und
1975 auf 33 Jahre.

Die Menschheit hat also das Ende der Ölzeit mindestens schon ein Dutzend Mal erlebt, ohne daß sie es bemerkt hat...

Tatsächlich klafft ein tiefer Graben zwischen den presseweiten Kassandrarufen über die Ölverknappung und dem, was zumindest aktuell an Ölmengen in die BRD sprudelt. Klaus Marquardt, ARAL-Chef und Vorsitzender des westdeutschen Mineralölwirtschaftsverbandes, gab selbst gelassen zu, daß seit langem nicht mehr so viel Öl in die BRD geflossen ist wie in den ersten sechs Monaten dieses Jahres (lt. SPIEGEL v. 9.7.79). In den Zahlen einer von der „Süddeutschen Zeitung" veröffentlichten Statistik liest sich das so:

47,3 Mio. t Rohöl importierte die BRD im ersten Halbjahr 1978,

56,3 Mio. t aber im ersten Halbjahr 1979 – eine EinfuhrSTEIGERUNG um 20% also. Daß die lange Zeit in der Geltinger Bucht vor sich hindümpelnden Tankerriesen inzwischen ihre Anker gelichtet haben und wieder auf große Ölfahrt gehen, für die „Frankfurter Rundschau" etwas „auf den ersten Blick absurdes", spricht auch nicht gerade für versiegende auch nicht gerade für versiegende Ölquellen. Wer aber tatsächlich den Ölhahn für die Öffentlichkeit ein wenig zuschraubt, um dem Gerede von der Verknappung Fakten beizufügen, ist insbesondere in den USA deutlich geworden: trotz steigenden Rohöl-Nachschubs haben die US-Raffinerien ihren Ausstoß an Benzin und Heizöl in der ersten Juni-Hälfte von 87% auf 84,5% der maximalen Kapazität zurückgenommen.

Aktuell ein Ende der Ölzeit an die Wand zu malen, ist demnach offensichtlich absurd; aber wie sehen die längerfristigen Prognosen aus?

In den vergangenen 120 Jahren, seit der Entdeckung und Förderung des schwarzen Goldes, wurden 55 Mrd. t Öl aus dem Boden gepumpt. Die bestätigten, d.h. entdeckten und zum Teil erschlossenen Reserven werden von der ESSO AG gegenwärtig mit 88,9 Mrd. t angegeben.

Natürlich reichen diese aufgrund des in den letzten Jahren und Jahrzehnten immens in die Höhe geschnellten Energieverbrauchs keine weiteren 120 Jahre. Aber schon vor über zwei Jahren stellte die „Wirtschaftswoche" sachlich fest, es sei *„nicht zu befürchten, daß die Ölquellen um das Jahr 2.000 versiegen. Denn bei 90 Mrd. t handelt es sich nur um bestätigte Reserven, die bereits durch Bohrungen geortet sind und zum heutigen Preis zu 90% gefördert werden können. Das sind aber nur 10 bis 30% des Öls, das tatsächlich vorhanden ist."*

Den aktuellen Förderquotienten der bereits bestätigten Ölreserven gab der SPIEGEL sogar noch weit niedriger an als die „Wirtschaftswoche". Gegenwärtig werden demnach im Schnitt nur 30% des in der ölführenden Schicht vorhandenen Erdöls gewonnen. Aber:

„Jeder Preisanstieg erhöht die Quote des förderbaren Öls, da er den Einsatz bereits erprobter, aber bislang noch zu teurer Techniken rentabel macht und zum Austüfteln neuer Förder-Tricks reizt. So nahmen die ausbeutbaren Ölreserven nach dem Ölpreis-Schub von 1973/74 um 6 Mrd. Tonnen zu, ohne daß auch nur ein einziges neues Ölfeld gefunden werden mußte."

Indes stoßen die Ölgesellschaften auch immer wieder auf neue, bislang nicht gekannte Ölfelder. Die gigantischen mexikanischen Ölfelder von Chiapas-Tabasco, Chicontebec und im Golf von Campeche, die während und nach der Ölkrise 1973/74 aufgespürt wurden, sind ein jüngstes Beispiel dafür. Schlagartig haben sich damit die nachgewiesenen Öl- und Gas-Reserven in einem Land, in dem seit 70 Jahren rumgebohrt wird, von 6,3 Mrd. Barrel Ende 1975 auf 40,2 Mrd. Barrel Ende 1978 erweitert (1 Barrel = 158,8 Liter) – eine Steigerung um mehr als das Sechsfache. Und das sind wohlgemerkt nur die mittlerweile nachgewiesenen Reserven; die vermuteten liegen noch um etliches höher. Allein für das Chicontepec-Feld werden 100 Mrd. Barrel angenommen, die in den offiziellen Reserve-Zahlen noch gar nicht enthalten sind. Die potentiellen Reserven in Mexiko insgesamt werden z.Zt. auf 200 Mrd. Barrel geschätzt, eine imposante Größenordnung, wenn man die Reserven von 245 Mrd. Barrel (22,6 Mrd. t) im ölreichsten Land Saudi-Arabien als Vergleich hinzuzieht. Erst 10-15% des 2,5 Mio. qkm großen mexikanischen Sediment-Beckens, in dem nach Ansicht der Geologen Ölfunde möglich sind, wurden bislang nämlich von der Pemex, dem staatlichen Ölkonzern in Mexiko, untersucht. Die riesigen Neufunde in Mexiko veranlaßten das US-Wissenschaftsblatt „Science" seinerzeit jedenfalls zu dem nüchternen Kommentar, daß sie die *„konventionelle Weisheit über die Welt-Ölvorräte umstoßen und das geopolitische Kräfteverhältnis auf dem Energie-Sektor spürbar ändern könnten".* Die „konventionelle Weisheit", so muß man wohl übersetzen, ist das, was sich auf der Ebene der Massenpresse als Panikmache um die Ölknappheit darstellt.

Interessant, in welchem Zusammenhang mit den Preissteigerungen die förderbaren Ölreserven in den Angaben von Experten steigen, ist eine Untersuchung von Pierre Desprairies, Chef des französischen Erdölinstituts. Er befragte 29 staatliche Organisationen, Ölgesellschaften und Wissenschaftler, wieviel Öl sie bei einem Preis von 20 Dollar pro Barrel für wirtschaftlich förderbar halten (nach den letzten OPEC-Beschlüssen vom 1. Juli dieses Jahres liegt der Barrel-Preis zwischen 18 und 23,50 Dollar). Das Ergebnis dieser Umfrage im Mittelwert: 260 Mrd. Tonnen, also rund das Dreifache dessen, was aktuell als bestätigte Reserven veröffentlicht ist (88,0 Mrd. t). Die vermuteten 40 Mrd. t Ölreserven in der Tiefsee, deren Produktionskosten den 20-Dollar-Barrel-Preis um etliches übersteigen, sind darin z.B. noch gar nicht enthalten.

obwohl die Anlage auf 129.000 Barrel ausgelegt ist. Bis 1985 jedoch soll die tägliche Ausbeute aus den kanadischen Teersandfeldern durch Syncrude und Alsands auf 970.000 Barrel gesteigert werden, was einer Jahresförderung von 48,5 Mrd. t (1/10 der saudi-arabischen Jahresförderung) entspricht. Mit welchen Perspektiven und zu wessen Nutznießung hier operiert wird, war einer Reportage in der „Zeit" vom 13.7.79 zu entnehmen:

„Legt man wie kürzlich ein Vertreter der Royal Bank of Canada tat, einen von der Opec hochgetriebenen Preis von 60 Dollar pro Barrel in Rotterdam um das Jahr 1995 zugrunde, dann lassen sich wahrscheinlich auch die waghalsigsten Teersandvorhaben finanzieren... Kanadische Prognosen gehen bis 1985 von einem im Durchschnitt um jährlich 6 % steigenden Opec-Preis aus. Das würde einen Barrel-Preis von 27 Dollar im Jahre 1985 bedeuten. Danach, so die kanadische Annahme, würde der Weltpreis - entsprechend der wachsenden Verknappung - um jährlich 8 - 9 % klettern. Auf der Grundlage derartiger Rechnungen sind Albertas Teersandvorkommen selbst bei so aufwendigen Verfahren wie der Trennung von Sand und Öl unter der Erdoberfläche wirtschaflich interessant. Bei den Vorkommen, die auch für den größten Bagger unerreichbar sind, soll Wasserdampf unter Hochdruck in Tiefen von rund 700 m gepumpt werden, um die Teersände an Ort und Stelle zu verflüssigen. Dies ist ein Spiel mit so hohen Einsätzen, daß nur die internationalen Giganten des Ölgeschäfts mithalten können. An der Syncrude z.B. sind denn auch die Exxon-Tochter Imperial Oil sowie die Gulf Oil und Canada-Cities-Service zusammen mehrheitlich beteiligt. Die Anteile der kanadischen Bundesregierung (15%) sowie der Provinzregierungen von Alberta und Ontavio (10 und 5 %) nehmen sich daneben kläglich aus. Die Liste der Alsands-Teilhaber liest sich ähnlich illuster: Shell Canada Resources Ltd. vorneweg, mit weiteren Shell-Töchtern in dichtem Gefolge, sodann wiederum Gulf, Amoco Canada, Chevron Standart. Einheimische kanadische Interessen ... spielen in diesem Konsortium allenfalls die zweite Geige."

Das Fazit: Verknappung, das macht gerade die „Ölkrise" bei Ausleuchtung ihres Hintergrundes deutlich, ist in der kapitalistischen Welt in erster Linie eine Kosten-, oder besser: Profitfrage. Unter dem Schlagwort „Ende der Ölzeit" segeln die wirtschaflich mächtigsten Konzerne zu neuen Goldufern, treiben die Preise hoch, um die Erschließung und Ausbeutung neuer, und beileibe nicht so knapper Ölquellen noch profitabler zu machen, rüsten im ständigen Konkurrenzkampf um eine noch unangefochtenere Spitzen-, oder gar Monopolstellung um eine Verteilung noch brachliegender Energie-Rohstoffe. Und dazu gehören neben dem Öl schließlich weitere: z.B.



Nicht enthalten in diesen Schätzungen sind aber vor allem auch die 410 - 540 Mrd. t Reserven in Ölschiefer (wovon die BP 6 % für wirtschaftlich förderbar hält) und die 410 - 680 Mrd. t in Teersänden und Schweröl (deren wirtschaftlicher Nutzungsgrad nach BP-Angaben bei vorerst 10 % liegt). Die Produktionskosten pro Barrel betragen dabei laut einer Statistik des World Energy Prospects der Shell-AG für Ölschiefer-Abbau 15 - 35 Dollar und für Ölsände 15 - 25 Dollar. Bei den mittlerweile erreichten Rohölpreisen hat die Ölgewinnung aus Schiefer und Teersand also längst begonnen, profitabel zu werden.

Am Athabasca-River in der kanadischen Provinz Alberta ist solche Produktion denn auch seit September 1978 (zu einer Zeit, als der Preis für ein Barrel Öl noch 12,70 Dollar betrug aufgenommen worden. Die Teersände in diesem Gebiet werden auf ein Ölvolumen von 600 Mrd. Barrel geschätzt, laut einer regierungsamtlichen Mitteilung der Provinz Alberta das „doppelte der bekannten zugänglichen Reserven des ganzen Mittleren Ostens". Dabei beläuft sich die Tagesproduktion der dort tätigen Syncrude-Gesellschaft z. Zt. erst auf 50.000 Barrel,

das Erdgas, das prinzipiell überall dort aufzufinden ist, wo auch Erdöl angebohrt wird, und dessen bereits bekannte Vorräte bei weiter steigendem Verbrauch mindestens noch 70 Jahre reichen. Die Öl-Multis sind in das Gasgeschäft längst eingestiegen. Und z.B. Kohle: noch 1969 besaß der mächtigste Ölkonzern, die Exxon, noch keine einzige Tonne Kohle. 1975 produzierte sie aber bereits 3 Mio. t, und 1985 sollen es laut „Spiegel" 25/79 rund 40 Mio. t sein, halb so viel wie die gesamte westdeutsche Kohleproduktion. Auf 10 Billionen Tonnen wird der Weltvorrat an Kohle geschätzt, wovon ca. 2 Billionen Tonnen als abbaubar gelten. *„Selbst diese 2 Billionen"*, so der „Spiegel" in seiner genannten Ausgabe, *„würden reichen, den gegenwärtigen Weltkohleverbrauch tausend Jahre lang fortzusetzen. Würden überdies sämtlich fossilen Brennstoffe - also Öl und Gas - durch Kohle ersetzt, ließe sich die Menschheit für 200 Jahre mit Energie versorgen."*. Ungeachtet dieser Tatsachen ist für Kohle auch schon mal die Endzeit verkündet worden. Das Hochtreiben der Rohölpreise verweist hier wie beim Öl selbst das Verknappungs-Märchen in das Reich bewußter Zweckpropaganda.